

Staatshaushaltsplan für 2017

Einzelplan 03

Ministerium für Inneres, Digitalisierung
und Migration



Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR FINANZEN

Inhalt

	Betragsteil Seite	Stellenteil Seite
Vorwort	4	-
Produktorientierte Informationen	10	-
Grafische Übersicht der Fach- bzw. Servicebereiche	17	-
Kapitel 0301 Ministerium	18	489
Kapitel 0302 Allgemeine Bewilligungen	28	-
Kapitel 0303 Digitalisierung	51	-
Kapitel 0304 Regierungspräsidium Stuttgart.....	55	497
Kapitel 0305 Regierungspräsidium Karlsruhe.....	96	515
Kapitel 0306 Regierungspräsidium Freiburg.....	124	527
Kapitel 0307 Regierungspräsidium Tübingen	159	543
Kapitel 0308 Informatikzentrum Landesverwaltung Baden-Württemberg.....	198	-
Kapitel 0309 Zentrale Informationstechnik Landesverwaltung	201	557
Kapitel 0310 Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst	215	560
Kapitel 0311 Ausbildung für den Verwaltungsdienst	240	562
Kapitel 0312 Landratsämter	244	563
Kapitel 0314 Zentrale Veranschlagungen Polizei.....	247	565
Kapitel 0315 Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei	256	582
Kapitel 0316 Polizeipräsidium Einsatz	273	593
Kapitel 0317 Hochschule für Polizei Baden-Württemberg.....	285	604
Kapitel 0318 Landeskriminalamt.....	302	616
Kapitel 0319 Landesamt für Verfassungsschutz	315	626
Kapitel 0320 Logistikzentrum Baden-Württemberg.....	325	630
Kapitel 0330 Ausländer und Aussiedler	334	631
Kapitel 0331 Migration.....	359	652
Kapitel 0335 Polizeipräsidium Aalen.....	373	-
Kapitel 0336 Polizeipräsidium Freiburg	382	-
Kapitel 0337 Polizeipräsidium Heilbronn	391	-
Kapitel 0338 Polizeipräsidium Karlsruhe	400	-
Kapitel 0339 Polizeipräsidium Konstanz.....	409	-
Kapitel 0340 Polizeipräsidium Ludwigsburg.....	418	-

	Betragsteil Seite	Stellenteil Seite
Kapitel 0341 Polizeipräsidium Mannheim	427	-
Kapitel 0342 Polizeipräsidium Offenburg.....	436	-
Kapitel 0343 Polizeipräsidium Reutlingen.....	445	-
Kapitel 0344 Polizeipräsidium Stuttgart	454	-
Kapitel 0345 Polizeipräsidium Tuttlingen	463	-
Kapitel 0346 Polizeipräsidium Ulm	472	-
Zusammenstellung der Haushaltsansätze	482	-
Zusammenstellung der Verpflichtungsermächtigungen.....	484	-
Zusammenstellung der Belastungen aus Verpflichtungsermächtigungen.....	486	-
Zusammenstellung der Personalstellen	-	664

Vorwort

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration gehören alle Aufgaben der Staatsverwaltung, für die nicht ein anderes Ministerium zuständig ist, insbesondere:

1. Verfassung, Staatsgebiet und Landeseinteilung, Wahlen und Abstimmungen;
2. allgemeines Verwaltungsrecht, Datenschutz;
3. Verwaltungsreform und Behördenorganisation;
4. allgemeines Beamtenrecht (ohne Besoldungs- und Versorgungsrecht), Disziplinarrecht, Personalwesen für den allgemeinen Verwaltungsdienst einschließlich Ausbildung, ressortübergreifende Aufgaben der fachübergreifenden Fortbildung für die Landesverwaltung;
5. Grundsatzfragen sowie Koordinierung von Planung und Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnik in der Landesverwaltung;
6. Personenstandswesen, Auswanderung;
7. Öffentliche Sicherheit und Ordnung;
8. Verfassungsschutz;
9. Katastrophenschutz, Rettungsdienst, Notfallvorsorge, Zivile Verteidigung und Angelegenheiten der Streitkräfte (ohne Verteidigungslasten und Liegenschaftsfragen);
10. Kommunalwesen;
11. Sparkassenwesen;
12. Feuerwehrwesen;
13. Angelegenheiten der Vertriebenen, Lastenausgleich;
14. Ausländer- und Asylrecht;
15. Wappenrecht;
16. Digitalisierung;
17. Migration.

Dem Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration unmittelbar unterstellte Behörden und Dienststellen:

Regierungspräsidium Stuttgart,
Regierungspräsidium Karlsruhe,
Regierungspräsidium Freiburg,
Regierungspräsidium Tübingen,
Landesbetrieb IT Baden-Württemberg – BITBW,
Landesfeuerwehrschule Baden-Württemberg, Bruchsal,
Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei,
Polizeipräsidium Einsatz,
Hochschule für Polizei Baden-Württemberg,
Landeskriminalamt Baden-Württemberg, Stuttgart,
Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, Stuttgart,
Logistikzentrum Baden-Württemberg, Ditzingen,
Haus der Heimat, Stuttgart,
Institut für Volkskunde der Deutschen des östlichen Europa, Freiburg i. Br.,
Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde, Tübingen,
Polizeipräsidium Aalen,
Polizeipräsidium Freiburg,
Polizeipräsidium Heilbronn,
Polizeipräsidium Karlsruhe,
Polizeipräsidium Konstanz,
Polizeipräsidium Ludwigsburg,
Polizeipräsidium Mannheim,
Polizeipräsidium Offenburg,
Polizeipräsidium Reutlingen,
Polizeipräsidium Stuttgart,
Polizeipräsidium Tuttlingen,
Polizeipräsidium Ulm.

Vom Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration unmittelbar beaufsichtigte Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts:

Datenzentrale Baden-Württemberg, Stuttgart,
Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg, Karlsruhe,
Kommunaler Versorgungsverband Baden-Württemberg, Karlsruhe,
Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, Stuttgart,
Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband, Karlsruhe,
Zweckverband Bodensee-Wasserversorgung, Stuttgart,
Zweckverband Landeswasserversorgung, Stuttgart,
Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke, Ravensburg,
Sparkassenverband Baden-Württemberg, Stuttgart,
LBS Landesbausparkasse -Südwest, Stuttgart und Mainz,
Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz (gemeinsam mit dem Ministerium für Finanzen),
Landeswohlfahrtsverband Württemberg-Hohenzollern (in Abwicklung), Stuttgart.

Die Regierungspräsidien üben die Fachaufsicht aus über:

- 35 Landratsämter (staatliche untere Verwaltungsbehörden),
 - 9 Stadtkreise als untere Verwaltungsbehörden,
- 94 Große Kreisstädte als untere Verwaltungsbehörden,
- 38 Verwaltungsgemeinschaften als untere Verwaltungsbehörden (davon 27 mit Großer Kreisstadt).

Die Regierungspräsidien üben die Rechtsaufsicht aus über folgende Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts:

- 11 Regionalverbände,
 - 1 Verband Region Stuttgart
- 35 Landkreise,
 - 9 Stadtkreise,
- 94 Große Kreisstädte,
- 38 Verwaltungsgemeinschaften,
 - 5 Nachbarschaftsverbände sowie eine größere Zahl von Zweckverbänden und Stiftungen, soweit sie nicht vom Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration, den Fachministerien oder von den Landratsämtern beaufsichtigt werden,
- 52 Sparkassen.

Von den Landratsämtern (staatliche untere Verwaltungsbehörde) beaufsichtigte Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts:

- 998 kreisangehörige Gemeinden (ohne Große Kreisstädte),
- 232 Verwaltungsgemeinschaften sowie eine größere Zahl von Zweckverbänden und Stiftungen, soweit sie nicht vom Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration oder von den Regierungspräsidien beaufsichtigt werden.

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr

I. Organisation

Im Rahmen der IT-Neuordnung wurde das als Landesbetrieb geführte Informatikzentrum Landesverwaltung Baden-Württemberg (IZLBW) aufgelöst und in eine als Landesbetrieb geführte Landesoberbehörde „IT Baden-Württemberg“ (BITBW) überführt, die in die Rechte und Pflichten des IZLBW eintritt und auch die Aufgaben des Landesentrums für Datenverarbeitung (LZfD) für die steuerfachunabhängigen Verfahren übernimmt.

Das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration steuert nach der aktuellen Bekanntmachung der Landesregierung zur Änderung der Bekanntmachung über die Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien die Digitalisierungsaktivitäten im Land. Die vielfältigen Aufgabenstellungen des Landes in diesem Bereich werden fortan in einer neu geschaffenen Stabsstelle Digitalisierung koordiniert und gebündelt und sollen in einer ressortübergreifenden Digitalisierungsstrategie münden. Zudem soll durch gezielte Förderprojekte mit konkretem Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger die Digitalisierung im Land vorangebracht werden. Die Stabsstelle ist beim Beauftragten der Landesregierung für Informationstechnologie (Chief Information Officer) angesiedelt.

Daneben ist auch die Zuständigkeit für den Breitbandausbau vom Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz auf das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration übergegangen.

Mit Wirkung vom 12. Mai 2016 wurde das Ministerium für Integration aufgelöst. Dabei sind Zuständigkeiten auf das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration und auf das Ministerium für Soziales und Integration übergegangen. Dem Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration sind insbesondere die Aufgaben für Grundsatzfragen der Migration, Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen, Eingliederung von Spätaussiedlern, Geschäftsstelle der Härtefallkommission, Staatsangehörigkeitsrecht und Geschäftsstelle der Ombudsperson übertragen worden. Im Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration ist für die Wahrnehmung dieser Aufgaben eine Abteilung eingerichtet worden.

II. Personalausgabenbudgetierung

Ab 2017 nimmt auch das Landesamt für Verfassungsschutz (Kapitel 0319) an der Personalausgabenbudgetierung teil. Im Einzelplan 03 ist die Personalausgabenbudgetierung bereits seit dem vorangegangenen Doppelhaushalt im Ministerium (Kapitel 0301 ohne Polizeivollzugsdienst), bei den Regierungspräsidien Stuttgart, Tübingen und Freiburg (Kapitel 0304, 0306, 0307; Kapitel 0306 und 0307 ohne die Stellen der Forstdirektion), bei der Landesfeuerwehrschule (Kapitel 0310) sowie im Kapitel Landratsämter (Kapitel 0312) eingeführt. Das Regierungspräsidium Karlsruhe (Kapitel 0305) nimmt schon seit 2009 an der Personalausgabenbudgetierung teil. Der Umfang des jeweiligen Personalausgabenbudgets ergibt sich aus den genannten Kapiteln des Haushalts.

C. Abschluss des Einzelplans

	2016	2017
	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR
Verwaltungseinnahmen.....	62.326,3	68.747,2
Übrige Einnahmen.....	78.914,3	111.460,9
Gesamteinnahmen.....	141.240,6	180.208,1

	2016	2017
	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR
Personalausgaben.....	2.320.999,2	2.441.564,9
Sächliche Verwaltungsausgaben.....	175.804,8	443.971,8
Schuldendienst.....	0,0	0,0
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).....	145.335,9	614.158,0
Ausgaben für Investitionen.....	97.346,7	196.895,3
Besondere Finanzierungsausgaben.....	13.393,8	-20.207,8
Gesamtausgaben.....	2.752.880,4	3.676.382,2
Zuschuss.....	2.611.639,8	3.496.174,1
Verpflichtungsermächtigungen.....	87.190,0	141.627,5

D. Personalsoll

I.	2016	2017
Tit. 422 01		
Planmäßige Beamtinnen und Beamte.....	29.194,0	29.794,0
	- 616,0 kw -	- 788,0 kw -
Tit. 422 03		
Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst.....	5.622,0	5.817,0
	- 400,0 kw -	- 7,0 kw -
Tit. 428 01		
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)	5.844,0	5.982,5
	- 509,0 kw -	- 433,0 kw -
zusammen	40.660,0	41.593,5
	- 1.525,0 kw -	- 1.228,0 kw -

II. Auszubildende (Praktikanten/-innen) Tit. 428 01

Kapitel	2016	2017
0301	1,0	1,0
0304	106,0	106,0
0305	72,0	72,0
0306	77,0	77,0
0307	57,0	57,0
0314	20,0	20,0
0315	2,0	2,0
0317	3,0	3,0
zusammen	338,0	338,0

III. Auszubildende Sonstige Titel

Kapitel/Titel	2016	2017	Praktikantinnen und Praktikanten	
			2016	2017
0304 / 428 86	20,0	20,0		
0305 / 428 86	3,0	3,0		
0306 / 428 86	6,0	6,0		
0307 / 428 86	3,0	3,0		
zusammen	32,0	32,0		

IV. Sonstige im Personalsoll nicht enthaltene Bedienstete in VZÄ (ohne Landesbetriebe)

Kapitel/Titel	2016	2017
0302 / 427 53, 429 01	1,0	1,0
0302 / 429 67	7,0	7,0
0303/ 429 70	0,0	4,0
0304 / 427 51	4,0	3,0
0304 / 428 01	9,0	9,0
0304 / 428 72 A	5,0	5,0
0304 / 428 86	200,0	200,0
0305 / 428 06	20,0	19,0
0305 / 428 86	103,0	103,0
0306 / 427 51	1,0	2,0
0306 / 429 74	3,0	3,6
0306 / 428 86	122,0	122,0
0307 / 429 73	8,0	8,0
0307 / 428 86	99,0	99,0
0310 / 427 51	1,0	1,0
0310 / 428 06	8,8	7,8
0315 / 428 06	3,2	1,51
0316 / 427 51	0,19	1,0
0316 / 428 06	17,05	13,33
0317 / 427 51	0,75	0,5
0317 / 428 06	13,4	9,2
0317 / 428 51	4,6	5,2
0317 / 427 93	4,0	12,0
0318 / 428 06	6,05	6,05
0319 / 428 06	3,2	3,7
0330/ 428 06	0,3	0,0
0330/ 428 07	4,0	0,0
0330 / 428 71	1,0	1,0
0331/ 428 07	0,0	4,0
0335 / 428 06	1,13	0,98
0336 / 428 06	13,99	13,66
0336 / 428 51	0,71	0,31
0337 / 428 06	4,73	3,09
0338 / 428 06	2,95	4,93
0339 / 428 06	1,66	1,12
0341 / 428 06	5,96	5,96
0342 / 428 06	8,7	7,6
0342 / 428 51	1,25	0,79
0343 / 428 06	0,81	0,0
0344 / 428 06	2,0	1,0
0345 / 428 06	4,02	2,82
0345 / 428 51	0,51	0,4
0346 / 428 06	2,5	2,75
	700,46	697,3

V. Personal bei den Landesbetrieben (nach Wirtschaftsplan)

Gesamtbestand Personal (Summe) entsprechend den Wirtschaftsplänen

Kapitel/Titel	Beamtinnen und Beamte		Beschäftigte	
	2016	2017	2016	2017
0304 / 682 02	24,5	24,5	76,5	75,5
0304 / 682 03	43,5	35,0	82,5	68,5
0305 / 682 02	34,0	38,0	129,0	130,0
0306 / 682 02	32,0	44,0	207,0	208,0
0307 / 682 02	35,0	35,0	64,5	63,5
0307 / 682 03	130,0	130,0	69,5	69,5
0309 / 682 01	97,5	168,0	192,0	234,0
0320 / 682 01	4,5	6,0	41,0	45,5
zusammen	401,0	480,5	862,0	894,5

VI. Sonstige im Personalsoll des Wirtschaftsplans nicht enthaltene Bedienstete in VZÄ (Auszubildende/Praktikantinnen/Praktikanten/Sonstige)

Kapitel/Titel	2016	2017
0304 / 682 02	6,3	4,7
0304 / 682 03	4,0	4,0
0305 / 682 02	0,0	0,0
0306 / 682 02	11,0	0,0
0307 / 682 02	5,0	4,0
0307 / 682 03	14,3	15,9
0309 / 682 01	6,0	12,0
0320 / 682 01	0,5	0,5
zusammen	47,1	41,1

E. Zusammenfassung der Ausgaben nach Aufgabenbereichen

2017

in Tsd. E U R

Bereich	Personal- ausgaben	Sächliche Verwaltungs- ausgaben	Zuweisungen Zuschüsse für laufende Zwecke	Investitions- ausgaben	Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben
Innere Sicherheit (Kap. 0314 – 0319 und 0335 – 0346)	1.401.640,8	142.890,9	15.542,9	30.817,5	0,0	1.590.892,1
Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst (Kap. 0310)	5.037,8	4.437,4	14.440,4	45.018,3	1.516,0	70.449,9
Digitalisierung (Kap. 0303)	0,0	25,0	0,0	108.742,0	0,0	108.767,0
Ausländer und Aussiedler) (Kap. 0330)	18.459,4	9.810,0	4.746,2	440,1	0,0	33.455,7
Migration (Kap. 0331)	10.599,5	251.180,1	480.588,0	4.040,0	0,0	746.407,6
Regierungspräsidien, BITBW, Landratsämter, Logistikzentrum Baden- Württemberg (Kap. 0304 – 0307, 0309, 0312 und 0320)	287.240,4	27.585,8	77.955,1	6.102,3	0,0	398.883,6
Innenministerium, Allg. Bewilligungen, Ausbildung (Kap. 0301, 0302 und 0311)	718.587,0	8.042,6	20.885,4	1.735,1	-21.723,8	727.526,3
zusammen	2.441.564,9	443.971,8	614.158,0	196.895,3	-20.207,8	3.676.382,2

F. Verpflichtungsermächtigungen

Die Verpflichtungsermächtigungen nach § 38 Abs. 1 LHO

	2017
	Mio. EUR
betragen zusammen	141,6

Politische Ziele des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration

Innenpolitisches Ziel des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration ist es, dass Baden-Württemberg weiterhin eines der sichersten Bundesländer in Deutschland bleibt. Mit einer gut organisierten, effizienten und ausreichend finanzierten Polizei sowie einem leistungsstarken Verfassungsschutz die Sicherheit der Menschen in Baden-Württemberg zu garantieren, ist hierbei das zentrale Ziel.

Die Landesregierung sieht die Digitalisierung als Chance, die Lebensqualität der hier lebenden Menschen zu verbessern und den Wirtschaftsstandort in Baden-Württemberg zu stärken. Um den digitalen Wandel positiv zu gestalten, soll unter der Federführung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration in Kooperation mit den Ressorts eine landesweite Digitalisierungsstrategie entwickelt und umgesetzt werden.

Einen weiteren Schwerpunkt legt das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration auf den Schutz der Menschen vor Naturkatastrophen, Bränden und allen anderen plötzlich auftretenden Gefahren durch ein funktionierendes System von Rettungsdiensten, Feuerwehren, Katastrophenschutz und Polizei.

Der Erfolg unseres Bundeslandes basiert insbesondere auch auf der Leistungsfähigkeit und der Stärke unserer Kommunen. Das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration setzt sich zum Ziel, diese hohe Leistungsfähigkeit zu erhalten und, falls möglich, durch geeignete Maßnahmen weiter zu stärken. Hierbei ist die Zusammenarbeit mit den Kommunalen Spitzenverbänden von besonderer Bedeutung.

Ein Aufnahme-, Verteilungs- und Unterbringungssystem, das den ausländer- und asylrechtlichen sowie humanitären Erfordernissen Rechnung trägt ist für das Land Baden-Württemberg ebenfalls eine große Aufgabe. Aufgrund zahlreicher Krisenherde in der Welt und in der Folge extrem gesteigener Flüchtlingszahlen war es notwendig, die bisher einzige Landeserstaufnahmeeinrichtung in Karlsruhe zu entlasten. Infolgedessen wurden weitere Landeserstaufnahmeeinrichtungen eingerichtet. Migrationspolitisches Ziel des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration ist es auch, politisch Verfolgten aus humanitären Gründen Schutz zu gewähren. Um die Akzeptanz der Bevölkerung für die Flüchtlingsaufnahme zu erhalten, ist die konsequente Aufenthaltsbeendigung ausreisepflichtiger Ausländer unumgänglich.

Baden-Württemberg hat eine sehr gut funktionierende und innovative Innenverwaltung. Dieser Erfolg basiert auf einer effizienten Organisationsstruktur, motivierten und gut ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie einem hohen Maß an Innovationsbereitschaft. Das Ministerium für Inneres, Di-

gitalisierung und Migration setzt sich zum Ziel, in allen drei Bereichen weitere Entwicklungsimpulse zu geben, welche dazu beitragen, den stetigen Verbesserungsprozess in diesem Bereich weiter zu führen.

Mit der Bündelung der Informationstechnik des Landes in einem Landesbetrieb (BITBW) wird diese zentrale Aufgabe in eine effizientere Struktur überführt, welche mittel- und langfristig einen Beitrag zur Entlastung des Landeshaushaltes erbringen wird.

Zu jeder nachstehend abgebildeten Kennzahl wird im Abgeordneten-Informationssystem eine Kennzahlen-Beschreibung zur Verfügung gestellt.

Oberziele des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration

1. Baden-Württemberg soll eines der sichersten Bundesländer bleiben

Wirkungskennzahl/Einheit	Ist 2014 (Soll 2014)	Ist 2015 (Soll 2015)	Soll 2016	Soll 2017
Anzahl der Straftaten pro 100 Tsd. Einwohner (Häufigkeitszahl) *	5.592,3 (-)	5.760,8 (-)	-	-
Verhältnis der aufgeklärten Fälle zu bekannt gewordenen Fällen in % (Aufklärungsquote)	58,9 (-)	60,1 (-)	-	-
Verkehrsunfälle mit Personenschaden pro 100 Tsd. Einwohner (Belastungszahl)	340,7 (-)	342,1 (-)	-	-
Einsatzstunden der geschlossenen Einheiten einschließlich der gesonderten auszuweisenden Rüst- und Fahrzeiten des Polizeipräsidiums Einsatz in % (Einsatzauslastung)	60,9 (-)	65,5 (-)	-	-
Anzahl der Einwohner je Planstelle Polizeivollzugsdienst (PVD) (Polizeidichte)	447 (445)	451 (446)	446	453
Anzahl der Neueinstellungen (Personalgewinnung)	681 (-)	801 (-)	1.100	1.400
Gesamtausgaben der Polizei pro Einwohner in EUR	137,4 (130,1)	138,3 (140,5)	140,3	143,7
Personalausgaben der Polizei pro Einwohner in EUR	122,3 (114,7)	121,2 (122,4)	122,6	127,1
Anzahl der Einwohner je Planstelle des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV)	41.138,7 (-)	39.600,6 (-)	36.785,5	35.113,1

* Hier wird eine andere Einwohnerzahl zugrunde gelegt (vom Vorjahr), da der Begriff Häufigkeitskennzahl bundesweit fix definiert ist.

2. Das Land und seine Bevölkerung schützen

Wirkungskennzahl/Einheit	Ist 2014 (Soll 2014)	Ist 2015 (Soll 2015)	Soll 2016	Soll 2017
Zahl der Gemeindefeuerwehren	1.099 (-)	1.098 (-)	1.098	1.098
Zahl der Jugendfeuerwehren	1.003 (-)	1.007 (-)	1.007	1.007
Zahl der Feuerwehrangehörigen der Einsatzabteilungen	109.815 (-)	109.964 (-)	110.164	110.364
Zahl der Feuerwehrangehörigen der Jugendfeuerwehren	28.388 (-)	29.043 (-)	29.467	29.467
Zahl der Feuerwehreinsätze pro 1.000 Einwohner	8,8 (-)	9,7 (-)	-	-
Zahl der Feuerwehrfahrzeuge	9.026 (-)	9.139 (-)	9.189	9.239
Zahl der Rettungsdiensteinsätze pro 1.000 Einwohner	180,0 (-)	190,0 (-)	-	-
Finanzielle Unterstützungsleistungen des Landes im Bereich des Rettungsdienstes einschl. Berg- und Wasserrettung nach dem Rettungsdienstgesetz je 1.000 Einwohner in EUR	432,9 (-)	275,4 (-)	290,3	279,4
Anzahl der landeseigenen Fahrzeuge im Katastrophenschutz	654 (-)	668 (-)	668	686
Anteil der landeseigenen Katastrophenschutzfahrzeuge bei denen die kalkulatorische Nutzungsdauer abgelaufen ist, am Gesamtfahrzeugbestand in %	20 (-)	18 (-)	16	16

3. Für starke und leistungsfähige Kommunen sorgen

Wirkungskennzahl/Einheit	Ist 2014 (Soll 2014)	Ist 2015 (Soll 2015)	Soll 2016	Soll 2017
Kosten für die Wahrnehmung der Rechtsaufsicht über die Kommunen und über die Sparkassenfinanzgruppe pro 1.000 Einwohner in EUR	477,3 (494,9)	475,2 (460,2)	466,8	408,9

4. Aufnahme, Unterbringung und Betreuung in Landeserstaufnahmeeinrichtungen sowie vorläufige Unterbringung in den Stadt- und Landkreisen

Wirkungskennzahl/Einheit	Ist 2014 (Soll 2014)	Ist 2015 (Soll 2015)	Soll 2016	Soll 2017
Zugänge in den Erstaufnahmeeinrichtungen (Erstantragsteller)	25.673 (-)	97.822 (-)	50.000	50.000
Anzahl an Erstverteilungen von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern	22.666 (-)	79.277 (-)	83.575	42.500

5. Baden-Württemberg als Vorreiter der Digitalisierung

Wirkungskennzahl/Einheit	Ist 2014 (Soll 2014)	Ist 2015 (Soll 2015)	Soll 2016	Soll 2017
Erarbeitung einer Strategie digital@bw in Zusammenarbeit mit den Ressorts und Vertretern aus Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft	- (-)	- (-)	-	1
Bereitstellung eines Internetportals digital@bw zur Bündelung der Digitalisierungsmaßnahmen im Land	- (-)	- (-)	-	1

Weitere produktorientierte Informationen des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration

1. Den öffentlichen Dienst stärken

Servicebereich Dienstrecht, Berufs- u. Laufbahnausbildung

Wirkungskennzahl/Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Soll 2016	Soll 2017
	(Soll 2014)	(Soll 2015)		
Verwaltungskosten für die Weiterentwicklung und Anwendung des öffentlichen Dienstrechts pro 1.000 Beschäftigte in EUR	1.376,1 (-)	1.251,0 (-)	1.225,2	1.250,0
Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Staatsprüfung für den mittleren Verwaltungsdienst	124 (135)	118 (125)	125	130
Zulassungszahl für die Ausbildung zum gehobenen Verwaltungsdienst	700 (700)	700 (700)	700	700

2. Das E-Government fördern

Servicebereich Verwaltungsmodernisierung

Wirkungskennzahl/Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Soll 2016	Soll 2017
	(Soll 2014)	(Soll 2015)		
Zahl der Verwaltungsverfahren, die Bürger und Wirtschaft über das Portal service-bw elektronisch abwickeln können	30 (-)	30 (-)	35	40
Zahl der Zugriffe (Visits) auf service-bw (nur Zugriffe auf landeseigene Plattform)	3.808.000 (3.300.000)	4.994.000 (3.700.000)	4.000.000	5.200.000

3. Die Feuerwehr und den Katastrophenschutz stärken

Fachbereich Bevölkerungsschutz

Wirkungskennzahl/Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Soll 2016	Soll 2017
	(Soll 2014)	(Soll 2015)		
Für die Unterstützung der Kommunen zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Feuerwehren eingesetzte Fördermittelvolumen (Landeshaushalt) in Tsd. EUR	35.139,7 (31.842,6)	36.011,5 (38.168,4)	35.085,5	47.706,0
Anzahl der Bewilligungen	1.423 (1.200)	1.269 (1.200)	1.200	1.500
Für die Optimierung des Niveaus der Katastrophenschutz-ausstattung eingesetzte Kosten pro 1.000 Einwohner in EUR	466,4 (232,5)	450,4 (454,0)	454,5	454,3

4. Flüchtlinge aufnehmen – Aufenthalt ausreisepflichtiger Ausländer beenden

Fachbereich Ausländer, Aussiedler, Ordnungsrecht und Verfassungsschutz

Wirkungskennzahl/Einheit	Ist 2014 (Soll 2014)	Ist 2015 (Soll 2015)	Soll 2016	Soll 2017
Anzahl der Asylantragsteller	19.738 (-)	61.671 (-)	-	-
Anzahl geduldeter Ausländer (Stand jeweils zum 31.12.)	12.908 (-)	27.819 (-)	-	-
Anzahl vollzogener Abschiebungen	1.211 (-)	2.449 (-)	-	-
Für die Unterstützung von Beratungsprojekten im Land zur Förderung der freiwilligen Rückkehr ausreisepflichtiger Ausländer eingesetzte Fördermittelvolumen (Landeshaushalt) in Tsd. EUR	466,2 (500,0)	396,2 (690,0)	690,2	690,2
Anzahl geförderter Beratungsprojekte der freiwilligen Rückkehr	20 (-)	21 (-)	21	25

5. Die IT bündeln

Servicebereich Verwaltungsmodernisierung

Wirkungskennzahl/Einheit	Ist 2014 (Soll 2014)	Ist 2015 (Soll 2015)	Soll 2016	Soll 2017
Anzahl der von der BITBW betreuten BK-Arbeitsplätze	33.600 (-)	33.600 (-)	35.000	35.300

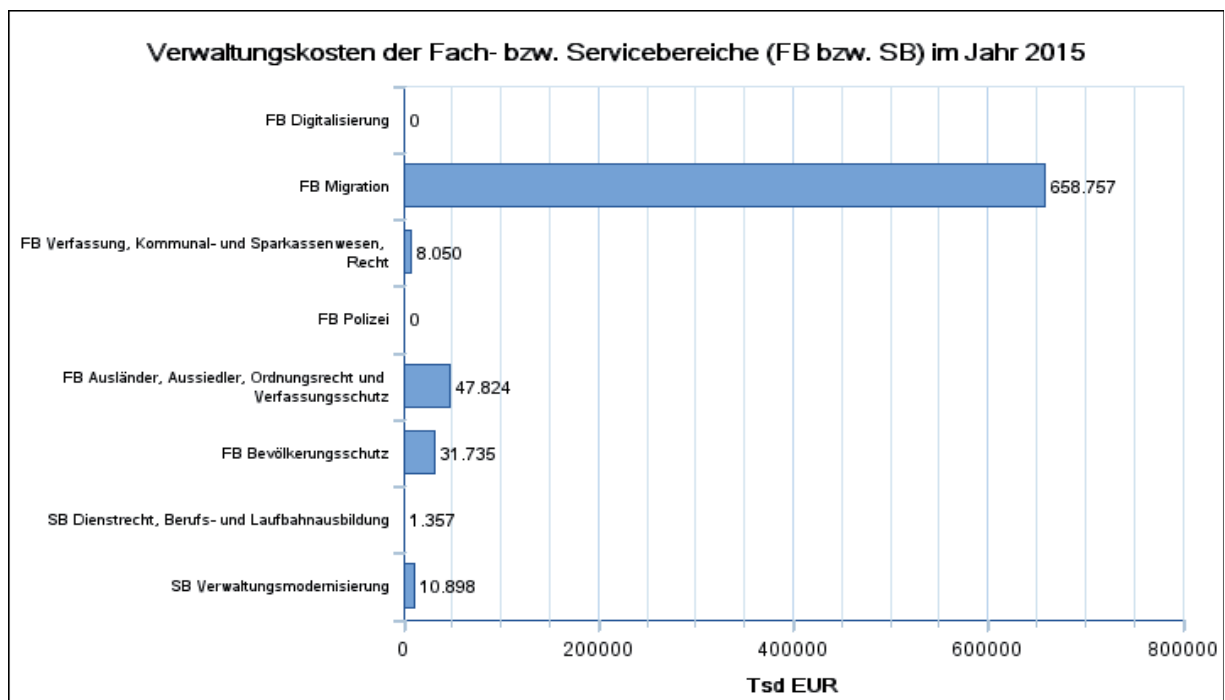
Produktinformationen

Die folgende Grafik zeigt die Verwaltungskosten der Fach- bzw. Servicebereiche des Einzelplans aus dem Jahr 2015 gerundet auf volle Tsd. EUR und soll einen Überblick über die Kostenverteilung im Einzelplan geben.

Zu einem Fachbereich (FB) werden homogene Aufgabenbereiche der Landesverwaltung, deren Aufgaben sich an Empfänger außerhalb der Landesverwaltung richten, zusammengefasst. Ein Servicebereich (SB) umfasst dagegen homogene Aufgabenbereiche der Landesverwaltung, die zentral für Empfänger innerhalb der Landesverwaltung erbracht werden.

Die Verwaltungskosten setzen sich zusammen aus den Personalkosten, den Sachkosten und Umlagen (d.h. Kosten der Querschnittsleistungen, die für Adressaten innerhalb der Verwaltung erbracht werden).

Weitere Informationen zu den Fach- bzw. Servicebereichen sind im Vorheft zum StHPI. 2017 unter Ziff. 8. und 10. der "Allgemeinen Erläuterungen zur Veranschlagung der Haushaltsmittel und Stellen" sowie in der sog. Kosten- und Leistungsrechnungsübersicht dargestellt.



- Zu den oben dargestellten Verwaltungskosten der Fach- bzw. Servicebereiche ist Folgendes anzumerken: Für den FB Polizei stehen keine Kosten und Erlöse zur Verfügung.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0301 Ministerium

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 02	011	Gebühren		7,5 229,3 2,4	a) b) c)	7,6
--------	-----	----------	--	---------------------	----------------	-----

Erläuterung: Gebühren und Auslagenersätze nach dem Landesgebührengesetz und anderen gesetzlichen Vorschriften.

Übertragen von Kap. 1501 Tit. 111 02 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbe-
reiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 0,1 Tsd. EUR.

119 49	011	Vermischte Einnahmen		11,8 15,2 114,0	a) b) c)	12,1
--------	-----	----------------------	--	-----------------------	----------------	------

Erläuterung: Erlöse aus dem Verkauf abgängiger Gegenstände, Altpapier u. dgl.,
Kostenersätze für die Besorgung von Verwaltungsaufgaben.

Übertragen von Kap. 1501 Tit. 119 49 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbe-
reiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 0,3 Tsd. EUR.

124 01	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
--------	-----	--	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind die Einnahmen aus Veranstaltungen und für auf-
wandsbezogene Leistungen des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migra-
tion nach der Konzeption zur Veranstaltungsbetreuung im Ministeriumsgebäude.
Vgl. Vermerk bei Tit. 517 01.

Zwischensumme Verwaltungseinnahmen			19,3	a)	19,7
---	--	--	------	----	------

Gesamteinnahmen			19,3	a)	19,7
------------------------	--	--	------	----	------

Ausgaben

Personalausgaben

Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017.

Das Personalausgabenbudget gemäß § 6a Abs. 2 StHG 2017 umfasst die Tit. 422 01, 422 02, 422 04, 427 51, 428 01, 428 05, 428 06, 453 01 und 459 49 mit Ausnahme der jeweils enthaltenen Personalausgaben für den Polizeivollzugsdienst und hat ein Gesamtvolumen in Höhe von 24.683,1 Tsd. Euro in 2017.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0301 Ministerium

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
421 01	011	Bezüge des Ministers		151,7 159,8 155,2	a) b) c)	159,8
		<u>Amtsgehalt</u>		<u>2016</u>		<u>2017</u>
		B 11		1		1 Minister
Erläuterung:						
In dem Haushaltsansatz sind enthalten: Tsd. EUR						
- Aufwandsentschädigungen des Ministers (§ 10 Abs. 2 Ministergesetz) 6,2						
- Trennungsgeld des Ministers 4,9						
422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten		17.038,7 15.856,2 14.199,4	a) b) c)	22.786,5
<p>Im Rahmen der Ausbildung für den gehobenen und höheren Polizeivollzugsdienst und zur Wahrnehmung von besonderen Aufgaben können Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte zu anderen Polizeidienststellen und zum Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration ohne Besoldungersatz abgeordnet werden.</p>						
Erläuterung: Veranschlagt sind einschließlich der Zulagen nach Maßgabe der besoldungsgesetzlichen Vorschriften: Tsd. EUR						
1.1 Planmäßige Beamtinnen und Beamte im Rahmen des Personalausgabenbudgets 18.912,5						
darunter						
- Aufwandsentschädigungen und Zuwendungen aus Gründen der Fürsorge:						
• steuerfreie Aufwandsentschädigungen nach der AER 0,0						
• Schul- und Kinderreisebeihilfen an Beamtinnen und Beamte bei der Vertretung des Landes bei der EU 0,0						
1.2 Planmäßige Beamtinnen und Beamte des Polizeivollzugsdienstes 3.874,0						
darunter						
- Aufwandsentschädigungen und Zuwendungen aus Gründen der Fürsorge 0,0						
- Zuschuss zu den von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten an Krankenversicherungen zu entrichtenden Beiträgen 2,6						
- Wechselschichtzulagen 25,6						
422 02	011	Bezüge und Nebenleistungen für abgeordnete Beamtinnen und Beamte (und Richterinnen und Richter)		530,0 377,7 376,5	a) b) c)	637,2
Die Tit. 422 02 und 422 05 sind gegenseitig deckungsfähig.						
Erläuterung: Übertragen von Kap. 1501 Tit. 422 02 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 107,2 Tsd. EUR.						
422 04	011	Leistungsprämien für Beamtinnen und Beamte gem. § 76 LBesGBW		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
Ausgaben für Leistungsprämien für Beamtinnen und Beamte des Polizeivollzugsdienstes sind bis zur Höhe von Einsparungen bei den Tit. des Kap. 0301 zulässig, die gem. § 6 Abs. 1 Nr. 4 und 5 i. V. m. § 6 Abs. 2 StHG von der dezentralen Finanzverantwortung erfasst sind.						

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0301 Ministerium

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

422 05	011	Mehrarbeitsvergütung und Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten für Beamtinnen und Beamte und dgl.	33,0 23,8 20,2		a) b) c)	33,0
--------	-----	--	----------------------	--	----------------	------

Die Tit. 422 02 und 422 05 sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterung:

<u>Veranschlagt sind:</u>	<u>Tsd. EUR</u>
- Zulage für lageorientierten Dienst	32,2
- Mehrarbeitsvergütung	0,8
zus.	33,0

427 51	011	Sonstige Beschäftigungsentgelte	7,5 2,5 0,0		a) b) c)	16,8
--------	-----	---------------------------------	-------------------	--	----------------	------

Erläuterung:

<u>Veranschlagt sind:</u>	<u>Tsd. EUR</u>
1. Urlaubs- und Krankheitsstellvertretungen, Aushilfen (auch Hochschulpraktikantinnen und -praktikanten u. dgl.)	15,8
2. Sonstiges	1,0
zus.	16,8

Übertragen von Kap. 1501 Tit. 427 51 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 9,3 Tsd. EUR.

428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)	4.050,3 4.077,3 3.963,9		a) b) c)	4.953,4
--------	-----	---	-------------------------------	--	----------------	---------

Erläuterung: Veranschlagt sind:

Neben den ordentlichen Bezügen für die tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte) einschließlich der nicht besonders aufgeführten Zulagen aufgrund von Tarifverträgen

	<u>Tsd. EUR</u>
3. 1/1 Auszubildende(r) oder Praktikantin/Praktikant und sonstige in einem privatrechtlichen Ausbildungsverhältnis beschäftigte Personen sowie Praxissemesterstudentinnen/-studenten	
4. Zuwendungen aus Gründen der Fürsorge: - Schul- und Kinderreisebeihilfen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Vertretung des Landes bei der EU	0,0
5. Steuerfreie Aufwandsentschädigungen nach der AER	0,0
6. Sonstige Zulagen (Zulagen nach § 14 TV-L, nach §§ 10 und 18 TVÜ-Länder, nach § 19 TV-L, Wechselschicht- und Schichtdienstzulagen)	22,4
7. Entschädigung zur pauschalen Abgeltung für Aufwendungen der Berufskraftfahrer gem. Nr. 19 der VwV Kfz für 3/3 Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer je 25,00 EUR im Monat	0,9

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0301 Ministerium

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
428 05	011	Zeitzuschläge, Überstundenentgelte und Entgelte für Mehrarbeit für Beschäftigte	45,6 28,6 26,5		a) b) c)	50,3
Erläuterung:						
		Veranschlagt sind:	Tsd. EUR			
		- Zeitzuschläge	38,7			
		- Überstundenentgelte	4,0			
		- Entgelte für Mehrarbeit	7,6			
		zus.	50,3			
Übertragen von Kap. 1501 Tit. 428 05 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 4,7 Tsd. EUR.						
428 06	011	Entgelte der Beschäftigten des Reinigungsdienstes	76,4 47,0 46,4		a) b) c)	46,4
453 01	011	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.	140,8 115,0 88,7		a) b) c)	152,5
Erläuterung:						
		Veranschlagt sind:	Tsd. EUR			
		1. Trennungsgelder und Umzugskostenvergütungen im Rahmen des Personalausgabenbudgets	52,5			
		2. Trennungsgelder und Umzugskostenvergütungen im Bereich des Polizeivollzugsdienstes	100,0			
		zus.	152,5			
Übertragen von Kap. 1501 Tit. 453 01 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 11,7 Tsd. EUR.						
459 49	011	Vermischte Personalausgaben	13,1 0,4 11,5		a) b) c)	14,0
Erläuterung:						
		Veranschlagt sind:	Tsd. EUR			
		1. Geldpreise für Vorschläge zur Verwaltungsvereinfachung	13,0			
		2. Sonstiges	1,0			
		zus.	14,0			
Übertragen von Kap. 1501 Tit. 459 49 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 0,9 Tsd. EUR.						
Zwischensumme Personalausgaben			22.087,1		a)	28.849,9

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0301 Ministerium

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01	011	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	793,9 191,8 270,2	a) b) c)	429,3
--------	-----	---	-------------------------	----------------	-------

Ersätze fließen den Mitteln zu.

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften)	268,6
2. Porto	59,3
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	78,4
4. Unterhaltung und Instandsetzung	17,0
5. Sonstiges	6,0
zus.	429,3

Enthalten sind auch die Aufwendungen für elektronische Medien.

Übertragen von Kap. 0801 Tit. 511 01 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 2,7 Tsd. EUR.

Übertragen von Kap. 0802 Tit. 525 68 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 1,3 Tsd. EUR.

Übertragen von Kap. 1501 Tit. 511 01 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 49,4 Tsd. EUR.

514 01	011	Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl.	60,0 38,4 27,2	a) b) c)	80,0
--------	-----	--------------------------------------	----------------------	----------------	------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Haltung von Dienstfahrzeugen	77,5
3. Sonstiges	2,5
zus.	80,0

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen:	2016	2017
Pkw	3	3
davon geleast	3	3
Kombi-, Einsatz- und Spezialfahrzeuge, Fahrzeuge mit Sonderausstattung, Funk usw.	1	1
davon geleast	1	1
Selbstfahrende Arbeitsmaschinen	2	1
Fahrräder	2	2

514 02	011	Dienst- und Schutzkleidung (persönliche Ausrüstungsgegenstände)	0,9 0,1 0,7	a) b) c)	0,9
--------	-----	---	-------------------	----------------	-----

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0301 Ministerium

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

517 01	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)	13,8 28,0 17,5		a) b) c)	18,8
Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um die Einnahmen bei Tit. 124 01.						

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel (z. B. Putzmittel, WC-Bedarf).

518 02	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Fahrzeuge und Geräte	40,0 14,0 11,0		a) b) c)	76,0
--------	-----	--	----------------------	--	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind Leasingkosten für 4 Dienstfahrzeuge.

526 01	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	15,0 0,0 6,4		a) b) c)	15,0
--------	-----	-------------------------------	--------------------	--	----------------	------

Einnahmen und Ersätze fließen den Mitteln zu.

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten von Rechtsstreitigkeiten vor den ordentlichen Gerichten, vor den Verwaltungs- und Arbeitsgerichten, Erstattung von Kosten im Vorverfahren nach § 80 LVwVfG sowie für Gutachten.

526 22	011	Kosten für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen	5,0 0,0 0,0		a) b) c)	9,7
--------	-----	--	-------------------	--	----------------	-----

Erläuterung:

Veranschlagt sind: _____ Tsd. EUR

1.	Aufwandsentschädigung, Sitzungsvergütung, Reisekosten und Ersatz sonstiger Auslagen für die Mitglieder usw. der Einigungsstelle nach dem LPVG, der Schlichtungsstelle für Freistellungen von Beauftragten für Chancengleichheit und sonstiger Sachverständigenausschüsse beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration	8,7
2.	Sonstiges (einschließlich Bewirtungskosten in geringem Umfang)	1,0
	zus.	9,7

Übertragen von Kap. 1501 Tit. 526 22 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 4,7 Tsd. EUR.

527 01	011	Dienstreisen	126,5 134,1 115,7		a) b) c)	140,5
--------	-----	--------------	-------------------------	--	----------------	-------

Ersätze fließen den Mitteln zu.

Erläuterung: Veranschlagt sind auch Wegstreckenentschädigungen für privateigene Kraftfahrzeuge. Weitere Reisekosten sind veranschlagt bei Tit. 526 22 und 525 69.

Zugelassene Fahrzeuge	2016	2017
Pkw	12	12

Übertragen von Kap. 1501 Tit. 527 01 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 14,0 Tsd. EUR.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0301 Ministerium

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
529 01	011	Zur Verfügung des Ministers für Inneres, Digitalisierung und Migration für Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	18,0 16,2 16,8	a) b) c)	18,0	
Erläuterung: Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.						
529 02	011	Zur Verfügung des Staatssekretärs für Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	2,9 0,0 0,0	a) b) c)	5,0	
Erläuterung: Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.						
531 01	011	Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentation	77,1 105,2 53,3	a) b) c)	98,1	
Tit. 531 01 und Kap. 0302 Tit. 531 02 sind gegenseitig deckungsfähig. Ersätze und Erlöse fließen den Mitteln zu. Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.						
Erläuterung: Veranschlagt sind Mittel insbesondere für Veröffentlichungen auf dem Gebiet der Innenpolitik (z. B. polizeiliche Prävention, Verfassungsschutzbericht, Kulturförderung im Spätaussiedlerbereich, etc.) sowie den elektronischen Pressepiegel.						
Übertragen von Kap. 1501 Tit. 531 01 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbe- reiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 21,0 Tsd. EUR.						
532 01	011	Umzugs- und Verlegungskosten	0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0	
534 01	011	Dienstleistungen Dritter u. dgl.	15,0 38,5 84,5	a) b) c)	19,7	
Erläuterung: Veranschlagt sind Werkvertragsvergütungen wie z. B. Vergabe von Dolmetscher- und Übersetzungsarbeiten, Beratungsleistungen u. dgl. sowie Maßnahmen der Personalfürsorge beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration.						
Übertragen von Kap. 1501 Tit. 534 01 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbe- reiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 4,7 Tsd. EUR.						

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0301 Ministerium

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

546 49	011	Vermischte Verwaltungsausgaben		14,5	a)	16,8
				37,5	b)	
				22,2	c)	

Ersätze fließen den Mitteln zu.

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Unfallrenten usw. und Entschädigungen an Dritte	0,5
2. Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern	8,0
3. Auslagen für Vorstellungsreisen	0,5
4. Sonstige vermischte Ausgaben (u. a. Aufwand für die Bewirtung von Gästen)	<u>7,8</u>
zus.	16,8

Übertragen von Kap. 1501 Tit. 546 49 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 2,3 Tsd. EUR.

Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben	1.182,6	a)	927,8
--	---------	----	-------

**Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Investitionen)**

685 49	011	Mitgliedsbeiträge an Verbände, Vereine, Gesellschaften, Organisationen u. dgl.		2,0	a)	2,0
				2,0	b)	
				2,0	c)	

Erläuterung: Veranschlagt ist der Beitrag an den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.

Zwischensumme Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	2,0	a)	2,0
---	-----	----	-----

Ausgaben für Investitionen

811 01	011	Erwerb von Dienstfahrzeugen u. dgl. (für die Verwaltung)		0,0	a)	0,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	
812 01	011	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		5,0	a)	5,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für notwendige Ersatzbeschaffungen.

812 02	011	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl. für den Ministeriumsneubau		0,0	a)	0,0
				0,0	b)	
				30,8	c)	

Zwischensumme Ausgaben für Investitionen	5,0	a)	5,0
---	-----	----	-----

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0301 Ministerium

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Titelgruppen

69		Aufwand für Informationstechnik				
511 69A	011	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	14,7 111,0 39,7		a) b) c)	29,7

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
<hr/>	
1. Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	21,7
2. Unterhaltung und Instandsetzung	8,0
zus.	<u>29,7</u>

Übertragen von Kap. 1501 Tit. 511 69A infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 4,7 Tsd. EUR.

511 69B	011	Fernmeldegebühren u. dgl.	89,7 74,2 90,1		a) b) c)	100,6
---------	-----	---------------------------	----------------------	--	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
<hr/>	
1. Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	64,5
2. Einmalige Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	16,7
3. Rundfunkbeiträge	3,4
4. Sonstiges	16,0
zus.	<u>100,6</u>

Übertragen von Kap. 1501 Tit. 511 69B infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 10,9 Tsd. EUR.

514 69	011	Verbrauchsmittel	20,0 33,2 13,9		a) b) c)	44,0
--------	-----	------------------	----------------------	--	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind Kosten für DV-Papier, Spezialpapier für Kopierer und Telefax, Datenträger, Toner und Trommeln für Laserdrucker, Tintenpatronen u. dgl.

Übertragen von Kap. 1501 Tit. 514 69 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 14,0 Tsd. EUR.

518 69	011	Maschinen- und Gerätemieten	108,9 93,7 92,4		a) b) c)	115,4
--------	-----	-----------------------------	-----------------------	--	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind u. a. die Mieten für Multifunktionsgeräte.

Übertragen von Kap. 1501 Tit. 518 69 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 6,5 Tsd. EUR.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0301 Ministerium

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
525 69	011	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung	9,4 5,3 2,3		a) b) c)	13,0
<p>Erläuterung: Kosten (einschließlich Reisekosten) für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration in den Bereichen EDV, Nachrichten- und Fernmeldetechnik und sonstiger Informationstechnik.</p> <p>Übertragen von Kap. 1501 Tit. 525 69 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbe- reiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 3,6 Tsd. EUR.</p>						
534 69	011	Dienstleistungen Dritter u. dgl.	1.833,4 1.241,7 1.237,7		a) b) c)	1.478,7
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Mittel für die BK-Betreuung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration durch den Landesbetrieb IT Baden-Württemberg. Kosten für die Lizenzpflege, Wartungskosten sowie den Rechtsinformationsdienst „Landesrecht BW“ für die Landesverwaltung Baden-Württemberg.</p> <p>Übertragen von Kap. 1501 Tit. 534 69 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbe- reiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 96,6 Tsd. EUR.</p>						
812 69	011	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	5,0 0,0 0,0		a) b) c)	5,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für notwendige Ersatzbe- schaffungen.</p>						
Summe Titelgruppe 69			2.081,1		a)	1.786,4
Gesamtausgaben			25.357,8		a)	31.571,1
Abschluss Kapitel 0301						
Verwaltungseinnahmen			19,3		a)	19,7
Gesamteinnahmen			19,3		a)	19,7
Personalausgaben			22.087,1		a)	28.849,9
Sächliche Verwaltungsausgaben			3.258,7		a)	2.709,2
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			2,0		a)	2,0
Ausgaben für Investitionen			10,0		a)	10,0
Gesamtausgaben			25.357,8		a)	31.571,1
Kapitel 0301 Zuschuss			25.338,5		a)	31.551,4

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

112 01	011	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten	0,0		a)	0,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind Geldstrafen und Geldbußen aus Disziplinarverfahren.

119 49	011	Vermischte Einnahmen	22,0		a)	22,0
			0,0		b)	
			34,9		c)	

Zwischensumme Verwaltungseinnahmen			22,0		a)	22,0
---	--	--	------	--	----	------

Übrige Einnahmen

231 01	011	Ersatz der Kosten der Bundestagswahl durch den Bund	0,0		a)	9.800,0
			0,0		b)	
			1.143,3		c)	

Erläuterung: Der Bund erstattet die durch die Bundestagswahlen den Gemeinden, Landkreisen und dem Land entstehenden notwendigen Ausgaben (vgl. Tit. 633 01). Die nächste Bundestagswahl findet voraussichtlich im Herbst 2017 statt.

231 03	011	Ersatz der Kosten der Wahl des Europäischen Parlaments durch den Bund	0,0		a)	0,0
			0,0		b)	
			5.726,4		c)	

Erläuterung: Der Bund erstattet die durch die Wahlen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments (Europawahl) den Gemeinden, Landkreisen und dem Land entstehenden notwendigen Ausgaben (vgl. Tit. 633 03).

231 04	249	Erstattung der Kosten der Durchführung des Gräbergesetzes durch den Bund	1.891,8		a)	2.616,0
			2.616,3		b)	
			2.616,3		c)	

Erläuterung: Das Gesetz über die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft (Gräbergesetz) in der jeweils geltenden Fassung wird von den Ländern durchgeführt. Die Kosten trägt der Bund. Er erstattet den Ländern die Aufwendungen für Anlegung, Instandsetzung und Pflege der Gräber pauschal sowie Ruherechtsentschädigungen nach dem Gräbergesetz. Die dem Land obliegende Sorge für die Gräber wird von den Friedhofsträgern (in der Regel Gemeinden) wahrgenommen. Sie erhalten vom Land den Aufwand für die laufende Pflege und laufende Instandhaltung der Gräber pauschal sowie außergewöhnlichen Aufwand (z. B. für außerordentliche Instandsetzung) auf vorherige Einzelanforderung und Einzelabrechnung erstattet (vgl. Tit. 633 04).

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
231 05	244	Zuweisungen des Bundes zur Betreuung verwaister jüdischer Friedhöfe		383,5 370,1 370,1	a) b) c)	383,5
<p>Erläuterung: Aufgrund einer Vereinbarung zwischen Bund, Ländern und dem Zentralrat der Juden stellen der Bund und die Länder zu gleichen Teilen Mittel zur Verfügung, um die Sicherung und die dauernde Erhaltung der verwaisten jüdischen Friedhöfe zu ermöglichen, deren frühere Träger – die jüdischen Gemeinden – durch die NS-Verfolgungsmaßnahmen vernichtet wurden. Aus diesen Mitteln gewährt das Land Zuschüsse im Rahmen der Vereinbarung. Die Mittel werden nach der Größe der Gesamtfriedhofsfläche bemessen, die in Baden-Württemberg nach dem Stand vom 01.01.2016 490.242 m² beträgt (vgl. Tit. 633 05).</p>						
231 06	N 249	Zuweisungen des Bundes zur Durchführung des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	4.049,5
<p>Erläuterung: Veranschlagt ist der Anteil des Bundes in Höhe von 65 v.H. an den Leistungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (vgl. Tit. 681 01).</p> <p>Übertragen von Kap. 0330 Tit. 231 01 4.049,5 Tsd. EUR.</p>						
232 02	011	Erstattungen der Länder		0,0 44,3 0,0	a) b) c)	0,0
<p>Erläuterung: Vereinnahmt werden ggf. Zahlungen anderer Länder aus ländereinheitlichen bzw. gebündelten Verfahren im Bereich des Glücksspielwesens. Leertitel, da Grund und Höhe solcher Einnahmen nicht vorherzusehen sind. Vgl. Vermerk bei Tit. 632 02.</p>						
235 02	253	Leistungen der Bundesagentur für Arbeit und kommunaler Träger nach dem SGB III und II		72,0 8,6 8,1	a) b) c)	40,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind Leistungen der Bundesagentur für Arbeit und kommunaler Träger nach dem SGB III und II zur Förderung der Arbeitsaufnahme und Durchführung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bzw. zur Eingliederung in Arbeit. Die Zuweisungen zur Förderung der Arbeitsaufnahme für schwerbehinderte Menschen und ihnen gleichgestellte Menschen werden bei Tit. 235 03 vereinnahmt. Im Bereich der staatlichen Innenverwaltung sind Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bis zu 100,0 Tsd. EUR vorgesehen. Dabei ist eine durchschnittliche Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit in Höhe von rd. 40 v. H. unterstellt (vgl. Tit. 427 52).</p>						
235 03	253	Zuweisungen und Zuschüsse zur Förderung der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen und ihnen gleichgestellter Menschen bei Landesbehörden		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
<p>Erläuterung: Leertitel, da nicht feststeht, in welcher Höhe Förderleistungen der Bundesagentur für Arbeit oder anderer Stellen, z. B. Rentenversicherungsträger, gewährt werden. Die Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit zur Durchführung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden bei Tit. 235 02 vereinnahmt.</p>						

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
235 05	253	Zuweisungen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe zur besonderen Förderung der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
<p>Erläuterung: Leertitel, da nicht feststeht, in welcher Höhe Zuweisungen gewährt werden. Die Mittel können Dienststellen, die schwerbehinderte Menschen beschäftigen, für entlastende Personalmaßnahmen (z. B. Aushilfen) zugewiesen werden (vgl. Tit. 427 53).</p>						
272 01	011	Zuweisungen der EU und Dritter für EU-Projekte		0,0 43,8 31,4	a) b) c)	0,0
<p>Erläuterung: Vereinnahmt werden ggf. Zuweisungen der EU und Kofinanzierungsbeiträge Dritter für EU-Projekte. Vgl. Vermerk bei Tit. 547 01.</p>						
Zwischensumme Übrige Einnahmen				2.347,3	a)	16.889,0
Titelgruppen						
66		Portalplattform "service-bw" und E-Bürgerdienste im Rahmen des Programmbudgets Medien sowie FöBIS				
281 66	011	Sonstige Erstattungen aus dem Inland		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
<p>Erläuterung: Vereinnahmt werden ggf. Erstattungen für den maschinellen Aufwand bei der Abgabe der Inhalte von „service-bw“. Leertitel, da Grund und Höhe solcher Einnahmen nicht vorherzusehen sind. Vgl. Vermerk bei Tit.Gr. 66 – Ausgaben.</p>						
Summe Titelgruppe 66				0,0	a)	0,0
69		Einnahmen aus Informationstechnik				
119 69	011	Vermischte Einnahmen aus Informationstechnik		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
<p>Erläuterung: Vereinnahmt werden ggf. Erlöse aus der Überlassung von Informationstechnik (Hardware, Software) an Dritte u. dgl. Leertitel, da Grund und Höhe solcher Einnahmen nicht vorherzusehen sind. Vgl. Vermerk bei Tit.Gr. 69 – Ausgaben.</p>						

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
281 69	011	Sonstige Erstattungen aus dem Inland		0,0 418,7 660,2	a) b) c)	0,0
<p>Erläuterung: Vereinnahmt werden ggf. Erstattungen von Ausgaben für Informationstechnik. Leertitel, da Grund und Höhe solcher Einnahmen nicht vorherzusehen sind. Vgl. Vermerk bei Tit.Gr. 69 – Ausgaben.</p>						
282 69	011	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
<p>Erläuterung: Vereinnahmt werden ggf. Zuschüsse des Bundes und der Länder zur Abwicklung von E-Government-Vorhaben. Leertitel, da Grund und Höhe solcher Einnahmen nicht vorherzusehen sind. Vgl. Vermerk bei Tit.Gr. 69 – Ausgaben.</p>						
Summe Titelgruppe 69				0,0	a)	0,0
70		Verwaltungsmodernisierung, Bürokratieabbau, Open Government				
119 70	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
<p>Erläuterung: Vereinnahmt werden ggf. Erlöse aus der Überlassung von Informationsmaterial an Dritte u. dgl. Leertitel, da Grund und Höhe solcher Einnahmen nicht vorherzusehen sind. Vgl. Vermerk bei Tit.Gr. 70 – Ausgaben.</p>						
281 70	011	Sonstige Erstattungen aus dem Inland		0,0 0,0 99,1	a) b) c)	0,0
<p>Erläuterung: Vereinnahmt werden ggf. Erstattungen von Ausgaben zur Verwaltungsmodernisierung. Leertitel, da Grund und Höhe solcher Einnahmen nicht vorherzusehen sind. Vgl. Vermerk bei Tit.Gr. 70 – Ausgaben.</p>						
Summe Titelgruppe 70				0,0	a)	0,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

75 Zuschüsse und Zuweisungen der Baden-Württemberg
Stiftung für Maßnahmen der Kriminalprävention

282 75	042	Zuschüsse und Zuweisungen der Baden-Württemberg Stiftung für Maßnahmen der Kriminalprävention		0,0 52,9 492,4	a) b) c)	0,0
--------	-----	--	--	----------------------	----------------	-----

Erläuterung: Vgl. Vermerke und Erläuterungen bei Tit.Gr. 75 – Ausgaben.

Summe Titelgruppe 75 0,0 a) 0,0

Gesamteinnahmen 2.369,3 a) 16.911,0

Ausgaben

Personalausgaben

422 16	840	Versicherungsbeiträge für ausscheidende Beamtinnen und Beamte		6.000,0 2.620,6 2.670,6	a) b) c)	6.000,0
--------	-----	--	--	-------------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten der Nachversicherung von ausscheidenden Beamtinnen und Beamten nach § 8 Absatz 2 SGB VI.

427 52	253	Entgelte an Beschäftigte nach dem SGB III und II (u. a. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)		180,0 13,5 21,3	a) b) c)	100,0
--------	-----	--	--	-----------------------	----------------	-------

Die Mittel sind übertragbar.

Erläuterung: Entgelte an Beschäftigte im Rahmen der Förderung der Arbeitsaufnahme bzw. bei Eingliederung in Arbeit und bei Durchführung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach dem SGB III und II mit Ausnahme der Maßnahmen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe; vgl. Tit. 427 53. Die Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit und kommunaler Träger sind bei Tit. 235 02 veranschlagt.

427 53	253	Beschäftigungsentgelte aus Mitteln der Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX für entlastende Personalmaßnahmen		0,0 46,6 45,7	a) b) c)	0,0
--------	-----	---	--	---------------------	----------------	-----

Ausgaben sind bis zur Höhe der Einnahmen bei Tit. 235 05 sowie bis zur Höhe der Wenigerausgaben bei Tit. 429 01 zulässig.

Erläuterung: Das Integrationsamt des Kommunalverbandes für Jugend und Soziales sowie die Bundesagentur für Arbeit können nach dem SGB III und dem SGB IX aus Mitteln der Ausgleichsabgabe Zuschüsse an öffentliche und private Arbeitgeber zur Förderung der Beschäftigung bzw. Einstellung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen gewähren. Diese Förderinstrumentarien dienen mit dazu, Arbeitgeber zu motivieren, vermehrt schwerbehinderte Menschen einzustellen und zu beschäftigen. Da nicht abzusehen ist, inwieweit entsprechende Maßnahmen im Landesbereich durchgeführt werden, sind Leertitel vorgesehen (vgl. Tit. 235 05).

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
			Tsd. EUR			
429 01	253	Beschäftigungsentgelte zur Erleichterung der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen und ihnen gleichgestellter Menschen bei Landesbehörden	130,0		a)	102,0
			0,1		b)	
			0,0		c)	
<p>Erläuterung: Zur Erleichterung der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen können zu Lasten dieser Mittel schwerbehinderte Menschen bis zu drei Monate vor Freiwerden einer Stelle in den Landesdienst übernommen werden.</p> <p>In Höhe von Wenigerausgaben bei diesem Titel sind Ausgaben bei Tit. 427 53 zulässig; vgl. Haushaltsvermerk.</p>						
432 01	048	Versorgungsbezüge der Beamtinnen und Beamten und ihrer Hinterbliebenen	486.392,8		a)	522.471,9
			482.595,2		b)	
			455.875,7		c)	
<p>Erläuterung: Anzahl der Versorgungsempfänger/innen Stand 31.12.2015: 16.097.</p>						
432 02	048	Alters- und Hinterbliebenengeld	0,0		a)	0,0
			4,1		b)	
			0,0		c)	
<p>Erläuterung: Leertitel, weil der Aufwand für 2017 ungewiss ist.</p>						
441 01	840	Beihilfen aufgrund der Beihilfeverordnung u. dgl. (ohne Versorgungsempfänger/innen)	23.595,9		a)	22.795,8
			22.394,3		b)	
			21.344,5		c)	
<p>Erläuterung: Übertragen von Kap. 1502 Tit. 441 01 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 23,9 Tsd. EUR.</p>						
443 01	840	Fürsorgemaßnahmen	305,7		a)	307,1
			308,4		b)	
			286,8		c)	
<p style="text-align: center;">Ersätze fließen den Mitteln zu.</p> <p>Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Unfallfürsorgeleistungen nach §§ 47 ff. des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Baden-Württemberg - LBeamtVGBW -, die Unfallausgleichsleistungen nach § 50 LBeamtVGBW jedoch nur, soweit sie neben Bezügen im Sinne des Besoldungsrechts gezahlt werden. Zur Polizei vgl. die Erläuterungen bei Kap. 0314 Tit. 443 02. Vgl. Allgemeine Erläuterungen zur Veranschlagung der Planmittel zu Tit. 443 01 im Vorheft des Staatshaushaltsplans.</p> <p>Übertragen von Kap. 1502 Tit. 443 01 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 1,4 Tsd. EUR.</p>						
443 03	840	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	2,2		a)	2,2
			0,0		b)	
			0,0		c)	
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind Unterstützungen analog der Unterstützungsgrundsätze vom 7. September 2006 (GABl. S. 431).</p>						

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
446 01	048	Beihilfen aufgrund der Beihilfeverordnung u. dgl. (Versorgungsempfänger/innen)	85.654,6 83.587,5 77.666,9		a) b) c)	90.422,8
446 21	048	Beihilfen zu den Kosten der Pflege aufgrund der Beihilfeverordnung u. dgl. (Versorgungsempfänger/innen)	17.963,3 16.598,0 15.674,7		a) b) c)	17.726,4
459 01	840	Ersatz von Sachschäden an Landesbedienstete, soweit die Leistungen nicht im Rahmen der Unfallfürsorge gewährt werden		96,7 86,6 56,1	a) b) c)	97,6
<p>Aus diesen Mitteln dürfen auch Billigkeitsleistungen gewährt werden (vgl. Erläuterungen).</p> <p>Erläuterung: Leistungen nach § 80 des Landesbeamtengesetzes (bei Richterinnen und Richtern i.V. mit § 8 des Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetzes - LRiStAG - , bei ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern nach § 14 LRiStAG) sowie Ausgaben für den Ersatz von Sachschäden an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte) nach Maßgabe der gesetzlichen bzw. der für die Beamtinnen und Beamten geltenden Bestimmungen auch aus Billigkeitsgründen. Vgl. auch Tit. 443 01.</p> <p>Übertragen von Kap. 1502 Tit. 459 01 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 0,9 Tsd. EUR.</p>						
461 01	W 880	Globale Mehrausgabe für Personalausgaben	8.500,0 0,0 0,0		a) b) c)	0,0
462 01	880	Globale Minderausgabe für Personalausgaben	-638,6 0,0 0,0		a) b) c)	0,0
462 03	N 880	Globale Minderausgabe für Personalausgaben aufgrund vorangegangener Staatshaushaltsgesetze		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	-993,3
<p>Die ersatzweise Sachmitteleinsparung entfällt für bis zu 100,0 Stelleneinsparverpflichtungen aufgrund § 2 Abs. 2 StHG 2015/16 bis längstens 1. September 2018.</p>						
Zwischensumme Personalausgaben			628.182,6		a)	659.032,5

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Sächliche Verwaltungsausgaben

Die Tit. 526 01 bis 531 02 sind übertragbar und gegenseitig deckungsfähig.

526 01	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	7,7 0,0 0,0	a) b) c)	7,7
--------	-----	-------------------------------	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind u.a. die Kosten für die Funktion einer Vertrauensanwältin bzw. eines Vertrauensanwalts für Korruptionsverhütung im Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration nach der VwV Korruptionsverhütung und -bekämpfung in der jeweils geltenden Fassung.

526 21	011	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
--------	-----	--	-------------------	----------------	-----

529 03	012	Aufwendungen für Konferenzen, Veranstaltungen, Zusammenarbeit u. dgl.	41,0 8,6 3,7	a) b) c)	66,0
--------	-----	---	--------------------	----------------	------

Ersätze und Beiträge Dritter fließen den Mitteln zu.

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Veranstaltungen Polizeibereich	32,0
2. Kosten der Arbeitsgruppe „Vernetzung der Kommunikationssysteme der Regionalverwaltungen der 4 Regionen“	8,3
3. Überregionale, grenzüberschreitende Zusammenarbeit	15,0
3. Sonstiges	10,7
zus.	66,0

einschließlich Reisekosten sowie in geringem Umfang Bewirtungskosten. Aus dem Titel können im Bedarfsfall bei Vorliegen eines öffentlichen Interesses auch Ausgaben für landespolitisch wichtige Veranstaltungen mit Bezug auf die Zuständigkeiten des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration geleistet werden.

531 02	012	Sonstige Öffentlichkeitsarbeit	5,5 4,1 2,0	a) b) c)	5,5
--------	-----	--------------------------------	-------------------	----------------	-----

Tit. 531 02 und Kap. 0301 Tit. 531 01 sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterung: Aus den Mitteln werden auch Aufwendungen für Regional- und Kreisbereisungen, Pressefahrten u. dgl. bestritten (einschließlich Bewirtungskosten in geringem Umfang).

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
534 05	012	Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes		16,4 15,8 13,5	a) b) c)	18,3
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten zur Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes und der dazugehörigen Unfallverhütungsvorschrift GUV 0.5. Enthalten sind die Kosten für die sicherheitstechnische und betriebsärztliche Betreuung der Beschäftigten einschließlich der Kosten für arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen.</p> <p>Übertragen von Kap. 1502 Tit. 534 05 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 1,9 Tsd. EUR.</p>						
537 09	314	Gesundheitsmanagement		900,7 860,7 879,2	a) b) c)	905,3
<p>Mehrausgaben sind bis zur Höhe von Einsparungen bei Tit.Gr. 68 zulässig.</p> <p>Erläuterung: Leistung von Ausgaben im Rahmen des Gesundheitsmanagements zur Erhaltung und Förderung der Gesundheit der Beschäftigten und damit ihrer Leistungsfähigkeit.</p> <p>Übertragen von Kap. 1502 Tit. 537 09 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 4,6 Tsd. EUR.</p>						
537 10	314	Gesundheitsmanagement für die Landesbediensteten bei den Landratsämtern		58,6 41,7 42,0	a) b) c)	58,6
<p>Erläuterung: Die Mittel sind für Maßnahmen im Rahmen des Gesundheitsmanagements - insbesondere zur Gesundheitsförderung - in den Landratsämtern bestimmt, von denen die dortigen Landesbediensteten profitieren und an denen sie teilhaben. Die Finanzierungszuständigkeit für die bestehenden Aufgaben der Landratsämter (insbesondere Arbeitssicherheit und Arbeitsschutz) bleibt unberührt.</p>						
547 01	011	Sachaufwand für EU-Projekte		0,0 41,4 31,4	a) b) c)	0,0
<p>Die Mittel sind übertragbar. Ausgaben sind in Höhe der Einnahmen bei Tit. 272 01 zulässig.</p> <p>Erläuterung: Die EU fördert mit Zuweisungen u. a. die Entwicklung des europäischen Raumes z. B. durch Hilfen zum Aufbau von Verwaltungsstrukturen (sog. IPA-Programm). Leertitel, da das Aufkommen bei Tit. 272 01 nicht geschätzt werden kann.</p>						
549 01	880	Globale Minderausgabe für sächliche Verwaltungsausgaben		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben				1.029,9	a)	1.061,4

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

**Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Investitionen)**

Die Mittel sind übertragbar.

623 01	820	Schuldendiensthilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
632 01	011	Anteil des Landes Baden-Württemberg an den Aufwendungen für die Ständige Geschäftsstelle der Innenministerkonferenz	24,0 22,5 21,2	a) b) c)	24,0

Erläuterung: Veranschlagt ist insbesondere der Anteil des Landes Baden-Württemberg an den Aufwendungen für die Ständige Geschäftsstelle der Innenministerkonferenz entsprechend der Verwaltungsvereinbarung vom 3. Mai 1996.

632 02	043	Anteil des Landes Baden-Württemberg an den Aufwen- dungen für die Gemeinsame Geschäftsstelle Glücks- spiel der Länder und an ländereinheitl. Verfahren	305,0 898,5 478,0	a) b) c)	370,0
--------	-----	--	-------------------------	----------------	-------

Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um die Einnahmen bei
Tit. 232 02.

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Geschäftsstelle Glücksspiel	115,0
2. Ländereinheitliche bzw. gebündelte Verfahren	255,0
zus.	<u>370,0</u>

Die Gemeinsame Geschäftsstelle Glücksspiel der Länder nimmt Aufgaben im Bereich des Glücksspielkollegiums, der länderübergreifenden Zusammenarbeit, des Fachbeirats sowie des Sportbeirats wahr. Der Anteil des Landes Baden-Württemberg an den Aufwendungen für die Gemeinsame Geschäftsstelle gemäß der Verwaltungsvereinbarung Glücksspielstaatsvertrag vom 23. Mai 2012 wird nach dem Königsteiner Schlüssel berechnet. Die nach Abzug der Einnahmen ggf. verbleibenden Kosten ländereinheitlicher bzw. gebündelter Verfahren, die einzelne Länder für alle Länder betreiben, werden ebenfalls nach dem Königsteiner Schlüssel aufgeteilt.

Mehr für ländereinheitliche bzw. gebündelte Verfahren.

633 01	011	Kosten der Wahl des Bundestags	0,0 0,0 2.212,6	a) b) c)	9.800,0
--------	-----	--------------------------------	-----------------------	----------------	---------

Ausgaben sind in Höhe der Einnahmen bei Tit. 231 01 zulässig.
Ausgaben dürfen auch vor dem kassenmäßigen Eingang der
Einnahmen geleistet werden.

Erläuterung: Vgl. Erläuterung bei Tit. 231 01.

633 02	011	Kosten der Wahl des Landtags	8.700,0 13,5 0,0	a) b) c)	0,0
--------	-----	------------------------------	------------------------	----------------	-----

Erläuterung: Das Land erstattet den Gemeinden und Landkreisen die notwendigen
Ausgaben.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
633 03	011	Kosten der Wahl des Europäischen Parlaments		0,0 0,0 6.971,8	a) b) c)	0,0
		Ausgaben sind in Höhe der Einnahmen bei Tit. 231 03 zulässig. Ausgaben dürfen auch vor dem kassenmäßigen Eingang der Einnahmen geleistet werden.				
		Erläuterung: Vgl. Erläuterung bei Tit. 231 03.				
633 04	249	Kosten der Sorge für die Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft		1.891,8 2.736,0 2.526,0	a) b) c)	2.616,0
		Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 231 04.				
		Erläuterung: Vgl. Erläuterung bei Tit. 231 04.				
633 05	244	Zuschüsse zur Betreuung verwaister jüdischer Friedhöfe		767,0 740,3 740,1	a) b) c)	767,0
		Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um das Doppelte der Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 231 05. Ausgaben dürfen auch vor dem kassenmäßigen Eingang der Einnahmen geleistet werden.				
		Erläuterung: Vgl. Erläuterung bei Tit. 231 05.				
633 06	019	Zuweisungen an die Datenzentrale und an Zusammenschlüsse für kommunale Datenverarbeitung		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
		In Höhe des Anspruchs auf Rückzahlung zuviel gezahlter Zuweisungen nach § 16 Absatz 1 ADVZG können zusätzliche Zuweisungen bewilligt werden.				
		Erläuterung: Nach Maßgabe des Haushalts können Zuweisungen nach § 16 Absatz 1 des Gesetzes über die Zusammenarbeit bei der automatisierten Datenverarbeitung (ADVZG) in der jeweils geltenden Fassung gewährt werden.				
633 07	011	Kosten von Volksabstimmungen		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kostenerstattungen des Landes an die Gemeinden und Landkreise für die notwendigen Ausgaben nach § 24 des Volksabstimmungsgesetzes.				
633 08	430	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände		940,0 0,0 0,0	a) b) c)	60,0
		Erläuterung: Veranschlagt ist die Förderung des Projekts Zukunftsstädte, die in Kooperation mit dem Gemeindetag erfolgt.				

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
681 01	N 249	Leistungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	6.230,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Ausgaben für die Leistungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG). Der Anspruch für eine Kapitalentschädigung bestimmt sich nach § 17, der für die monatliche besondere Zuwendung für Haftopfer der ehemaligen SED-Diktatur (Opferrente) nach § 17 a StrRehaG i. d. F. v. 17.12.1999 (BGBl. I S. 2664), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR vom 22.12.2014 (BGBl. I S. 2408).</p> <p>Die Leistungen nach dem StrRehaG werden zu 65 v. H. vom Bund getragen, vgl. Tit. 231 06.</p> <p>Weniger entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf.</p> <p>Übertragen von Kap. 0330 Tit. 681 01 6.230,0 Tsd. EUR.</p>						
684 02	249	Zuschüsse an den Landesverband Baden-Württemberg der Sinti und Roma		500,0 500,0 500,0	a) b) c)	500,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Zuschüsse aufgrund des Vertrags des Landes Baden-Württemberg mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg e.V. (GBl. 2014 S. 61).</p>						
Zwischensumme Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)				13.127,8	a)	20.367,0
Besondere Finanzierungsausgaben						
971 01	W 880	Globale Mehrausgabe		15.000,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
972 10	880	Globale Minderausgabe für den Einzelplan 03		-6.601,9 0,0 0,0	a) b) c)	-21.728,8
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind:</p> <hr/> <p>Restlicher Anteil an der Allgemeinen globalen Minderausgabe Konsolidierungsvorgabe</p> <p style="text-align: right;">Tsd. EUR</p> <p style="text-align: right;">-9.417,8 -12.311,0</p> <p>Übertragen von Kap. 0802 Tit. 972 10 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung - 602,4 Tsd. EUR.</p>						
972 20	W 880	Globale Minderausgabe für nicht erbrachte Stelleneinsparverpflichtungen		-520,3 0,0 0,0	a) b) c)	0,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
981 01	890	Erstattung des Aufwands an Kap. 0607 Tit. 381 73 von neuen und wesentlich ausgebauten Statistiken, die der Ressortdeckung unterliegen	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	0,0
981 02	890	Ausgaben für gebührenpflichtige Leistungen des Statistischen Landesamtes	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	5,0
Erläuterung: Gegebenenfalls für Leistungen des Statistischen Landesamtes aufgrund der Verordnung der Landesregierung und des Finanzministeriums (seit Mai 2016: Ministerium für Finanzen) über die Benutzung des Landesinformationssystems und die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Einrichtungen des Statistischen Landesamtes in der jeweils geltenden Fassung.						
Übertragen von Kap. 1502 Tit. 981 02 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung			5,0			5,0
Zwischensumme Besondere Finanzierungsausgaben			7.877,8		a)	-21.723,8
Titelgruppen						
61		Abfindungen und Übergangsgelder				
Erläuterung: Veranschlagt sind Abfindungen insbesondere aufgrund des Kündigungsschutzgesetzes.						
428 61	840	Abfindungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)	50,0 16,5 6,1		a) b) c)	50,0
Summe Titelgruppe 61			50,0		a)	50,0
62		Jubiläumsgaben und Jubiläumsgelder				
Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig.						
Erläuterung: Jubiläumsgaben und Jubiläumsgelder für 25-, 40- und 50jährige Dienstjubiläen.						
422 62	840	Jubiläumsgaben für Beamtinnen und Beamte (und Richterinnen und Richter)	652,4 482,0 617,0		a) b) c)	600,3
428 62	840	Jubiläumsgelder für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)	153,9 120,8 113,0		a) b) c)	157,0
Summe Titelgruppe 62			806,3		a)	757,3

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll	2016	a)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
			Ist	2015	b)	
			Ist	2014	c)	
			Tsd. EUR			

66 Aufwand für die Portalplattform "service-bw" und für E-Bürgerdienste im Rahmen des Programmbudgets Medien sowie für FöBIS

Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um die Einnahmen bei Tit.Gr. 66. Ersätze und Beiträge Dritter fließen den Mitteln zu. Aus den Gruppentiteln dürfen Ausgaben auch neben anderen zweckentsprechenden Bewilligungen des Staatshaushaltsplans geleistet werden (§ 35 Absatz 2 LHO).

Erläuterung: Veranschlagt sind die Sachmittel für den Betrieb der Portalplattform von „service-bw“, für die funktionale und inhaltliche Weiterentwicklung von „service-bw“, für die bundeseinheitliche Behördenrufnummer 115, für nicht anderweitig veranschlagte E-Bürgerdienste-Projekte des Landes, für Auszeichnungssaktionen sowie für die Erstellung eines Fördermittel-Bearbeitungs- und Informationssystems (FöBIS).

Kommunen mit ihren Onlinediensten und -formularen sind eingebunden; im Gegenzug können sie die Inhalte aus „service-bw“ in ihre eigenen Internetauftritte integrieren.

Das Portal „service-bw“ enthält eine elektronische Vorgangsbearbeitung, z. B. für die Abwicklung von Verwaltungsverfahren (auch EU-Dienstleistungsrichtlinie) und Förderverfahren. Eine Identifizierungs- und Authentisierungskomponente, ein Dokumentensafe sowie eine virtuelle Poststelle machen das Portal zur E-Government-Drehzscheibe des Landes. Das Portal bietet den Nutzern den Zugang zu allen für sie relevanten Daten, Informationen, Diensten und Anwendungen der öffentlichen Hand in Baden-Württemberg.

Die Aufwände für die Umsetzungs- und Anpassungsarbeiten in IT-Fachverfahren sind im Informationstechnischen Gesamtbudget (IGB) zu veranschlagen.

Kommunale E-Bürgerdienste werden von den Kommunen selbst finanziert.

526 66	011	Kosten für Sachverständige, Gutachten u. dgl. für FöBIS	250,0	a)	215,0
			213,0	b)	
			53,1	c)	

Erläuterung: Für die Erstellung eines Fördermittel-Bearbeitungs- und Informationssystems (FöBIS).

534 66	011	Dienstleistungen Dritter u. dgl.	4.500,0	a)	3.210,0
			3.920,6	b)	
			2.160,8	c)	

Erläuterung: Die Verpflichtungsermächtigungen bis 2015 sind für die Ausschreibung des weiteren Betriebs sowie die Aktualisierung und Fortentwicklung von „service-bw“ bestimmt.

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und ihre Abdeckung (Beträge in Tsd. EUR)

Bewilligung im Haushaltsplan	Betrag	davon abzudecken aus Haushaltsmitteln				
		2016	2017	2018	2019	2020 ff.
bis 2015	18.000,0	4.500,0	3.210,0	3.210,0	3.210,0	3.870,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
631 66	011	Anteil des Landes Baden-Württemberg an der Umlage des Bundes für den Regelbetrieb der einheitlichen Behördenrufnummer 115		216,4 215,2 164,3	a) b) c)	216,4
				2017 Tsd. EUR		
		Verpflichtungsermächtigung		1.082,0		
		Davon zur Zahlung fällig im				
		Haushaltsjahr 2018bis zu		216,4		
		Haushaltsjahr 2019bis zu		216,4		
		Haushaltsjahr 2020bis zu		216,4		
		Haushaltsjahr 2021bis zu		216,4		
		Haushaltsjahr 2022bis zu		216,4		
		Summe Titelgruppe 66		4.966,4	a)	3.641,4

67 Kosten des Hauptpersonalrats und der
Bezirkspersonalräte sowie der Haupt- und
Bezirksvertrauensleute der Schwerbehinderten

Die Gruppentitel sind - ohne Tit. 429 67 - gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterung: Nach § 55 Absatz 3 i. V. mit § 41 Absatz 1 Landespersonalvertretungsgesetz trägt die durch die Tätigkeit des Haupt- und Bezirkspersonalrats entstehenden notwendigen Kosten die Dienststelle. Das Gleiche gilt für die Kosten für die Tätigkeit der Haupt- und Bezirksschwerbehindertenvertretung nach § 97 Absatz 7 i.V. mit § 96 Absatz 8 SGB IX.

Bezirkspersonalräte bestehen bei den Regierungspräsidien. Die Ausgaben der Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretungen bei den obersten Landesbehörden Baden-Württemberg sind hier mit veranschlagt. Gemäß § 57 Absatz 6 Satz 2 Landespersonalvertretungsgesetz sind auch die Ausgaben der Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Vorsitzenden der Hauptpersonalräte aus den veranschlagten Mitteln zu tragen, falls der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration angehört.

429 67	012	Personalaufwand		279,5 193,8 262,8	a) b) c)	279,5
--------	-----	-----------------	--	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:
Personalkosten für Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer (Beschäftigte) mit unbefristeten Arbeitsverträgen der Entg.Gr. E 2 bis E 8 TV-L wie folgt:

	Stellen
1. für den Hauptpersonalrat beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration	2,0
2. für die Bezirkspersonalräte bei den Regierungspräsidien – davon je eine Kraft bei jedem Regierungspräsidium –	4,0
3. für den Hauptpersonalrat der Polizei beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration	1,0
zus.	7,0

Die Beschäftigten können in begrenztem Umfang für den örtlichen Personalrat eingesetzt werden. In diesen Fällen wird aus Vereinfachungsgründen auf einen Vergütungsausgleich verzichtet (Gegenseitigkeitsprinzip).

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
527 67	012	Reisekosten		216,1 225,7 218,8	a) b) c)	230,7
Erläuterung: Veranschlagt sind auch Wegstreckenentschädigungen für privateigene Kraftfahrzeuge.						
		<u>Zugelassene Fahrzeuge</u>	2016	2017		
		Pkw	40	40		
546 67	012	Sonstiger Sachaufwand		47,6 17,1 56,1	a) b) c)	33,0
Summe Titelgruppe 67				543,2	a)	543,2
68		Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten				
Die Mittel sind übertragbar.						
427 68	012	Aufwendungen für nebenamtlich Tätige		0,0 0,0 0,5	a) b) c)	0,0
Erläuterung: Aus diesem Titel werden bei Bedarf Vergütungen für nebenamtlichen Unterricht durch Landesbedienstete (einschließlich Reisekosten) geleistet.						
525 68	012	Allgemeiner Sachaufwand		190,0 186,4 147,2	a) b) c)	204,1
Beiträge und Ersätze Dritter fließen den Mitteln zu.						
Erläuterung: Die Mittel sind insbesondere für Teilnehmergebühren, Honorare, Reisekosten und sonstige Sachausgaben für berufliche Weiterqualifizierung, Führungskräfteentwicklung, Betreuung von Informationsaufenthalten der Bediensteten der Innenverwaltung, Kosten der Qualifizierungsreihe für die mittlere Führungsebene gemäß dem Beschluss des Ministerrats vom 18. Juli 2006 sowie für die weitere Umsetzung der Konzeption „Fortbildung 21“ und die konzeptionelle Weiterentwicklung der Fortbildung in der Landesverwaltung bestimmt.						
Übertragen von Kap. 1501 Tit. 525 21 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 14,1 Tsd. EUR.						
671 68	133	Zuschuss an die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer		280,0 273,9 248,6	a) b) c)	300,0
Erläuterung: Anteil des Landes entsprechend dem Abkommen zwischen Bund und Ländern über die Finanzierung der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer.						
Summe Titelgruppe 68				470,0	a)	504,1

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

69 Aufwand für Informationstechnik

Die Tit.Gr. 70 ist einseitig zugunsten der Tit.Gr. 69 deckungsfähig.
Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um die Einnahmen bei Tit.Gr. 69.

Erläuterung: In Tit.Gr. 69 sind die Sachmittel zum IT-Geschäftsbetrieb und der IT-Leitstelle für IT-Vorhaben der Innenverwaltung sowie Mittel für bauliche Aufwendungen im Zusammenhang mit der Einführung und Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnik für Dienststellen im Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration (Tit. 711 69) veranschlagt.

Die Haushaltsmittel werden überwiegend eingesetzt zur Klärung von Grundsatzfragen, zur Finanzierung innovativer, ressortinterner IT-Vorhaben und zur Fortentwicklung von IT-Fachverfahren der Innenverwaltung entsprechend den Vorgaben der Verwaltungsvorschrift der Landesregierung über die Organisation des Einsatzes von Informationstechnik in der Landesverwaltung Baden-Württemberg (VwV IT-Organisation).

Die Sachausgaben für die Bereiche Verwaltungsmodernisierung, Bürokratieabbau, Open Government (ausgenommen Ausgaben für IT-Technik) sind bei Tit.Gr. 70, der Aufwand für das Portal „service-bw“ bei Tit.Gr. 66 veranschlagt.

427 69	011	Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0	a)	0,0
			0,0	b)	
			0,0	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind auch die Kosten für die Beschäftigung von Hochschulpraktikantinnen und Hochschulpraktikanten sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmern an dualen Studiengängen u. dgl.

511 69A	011	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	39,0	a)	31,0
			4,6	b)	
			12,9	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Beschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie deren Unterhaltung und Instandsetzung.

Übertragen nach Kap. 0309 Tit. 511 69A 8,0 Tsd. EUR.

511 69B	011	Fernmeldegebühren u. dgl.	4,0	a)	3,0
			2,5	b)	
			2,6	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind die laufenden Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen sowie die Kosten für sonstige Kommunikationsdienste.

Übertragen nach Kap. 0309 Tit. 511 69B 1,0 Tsd. EUR.

514 69	011	Verbrauchsmittel	1,0	a)	1,0
			0,0	b)	
			0,0	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Backup-Medien, Kartuschen/Patronen für Drucker, Folien u. dgl.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

518 69	011	Maschinen- und Gerätemieten		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
--------	-----	-----------------------------	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Mietkosten für IT-Geräte.

525 69	011	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten		10,0 2,1 2,7	a) b) c)	9,0
--------	-----	--	--	--------------------	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die berufliche Weiterqualifizierung im informationstechnischen Bereich einschließlich Reisekosten.

Übertragen nach Kap. 0309 Tit. 525 69 1,0 Tsd. EUR.

526 69	011	Kosten für Sachverständige, Gutachten u. dgl.		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
--------	-----	---	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für IT-Vorhaben gemäß der Verwaltungsvorschrift der Landesregierung über die Organisation des Einsatzes von Informationstechnik in der Landesverwaltung Baden-Württemberg (VwV IT-Organisation).

527 69	011	Dienstreisen		30,0 20,1 21,2	a) b) c)	23,0
--------	-----	--------------	--	----------------------	----------------	------

Ersätze fließen den Mitteln zu.

Erläuterung: Veranschlagt sind auch Wegstreckenentschädigungen für privateigene Kraftfahrzeuge.

<u>Zugelassene Fahrzeuge</u>	<u>2016</u>	<u>2017</u>
Pkw	3	3

Übertragen nach Kap. 0309 Tit. 527 69 7,0 Tsd. EUR.

534 69	011	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		513,7 1.201,5 1.374,5	a) b) c)	110,0
--------	-----	----------------------------------	--	-----------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für den Erwerb und die Entwicklung von Software und für sonstige externe IT-Unterstützung.

Übertragen nach Kap. 0309 Tit. 534 69 313,7 Tsd. EUR.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
546 69	011	Sonstiger Sachaufwand		7,0 7,9 11,5	a) b) c)	6,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Geschäftsbedarf, Bücher und sonstige Druckerzeugnisse, Druckkosten für Veröffentlichungen im Rahmen der IT-Koordination und IT-Leitstelle.</p> <p>Übertragen nach Kap. 0309 Tit. 546 69 1,0 Tsd. EUR.</p>						
632 69	011	Anteil des Landes an den länderübergreifenden Aufwänden für im IT-Planungsrat oder in Verwaltungsvereinbarungen beschlossenen Vorhaben		0,0 105,9 584,5	a) b) c)	0,0
711 69	811	Bauliche Aufwendungen in bestehenden Gebäuden zur Einführung der Informations- und Kommunikationstechnik		2.084,3 658,6 313,4	a) b) c)	1.725,1
<p>Ersätze fließen den Mitteln zu.</p> <p>Erläuterung: Veranschlagt sind bauliche Aufwendungen im Zusammenhang mit der Einführung der Informationstechnik für Dienststellen, die in das Informationstechnische Gesamtbudget einbezogen sind. Hierunter fallen alle baulichen Aufwendungen für IT, für die keine sonstigen Instandsetzungs-, Umbau- oder Erweiterungsbauten durchgeführt werden. Der auf den Einzelplan 03 entfallende Anteil ist hier veranschlagt.</p>						
812 69A	011	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
<p>Erläuterung: Zu leisten sind ggf. die Kosten der Beschaffung von IT-Geräten und Maschinen sowie Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, insbesondere die technische Ausstattung des Referats IT-Koordination für Tests von Hard- und Software auf ihre Eignung zum Einsatz in der Landesverwaltung und für Entwicklungskooperationen entsprechend dem jeweiligen Jahresbedarf.</p>						
Summe Titelgruppe 69				2.689,0	a)	1.908,1

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
70		Verwaltungsmodernisierung, Bürokratieabbau, Open Government				
		Die Mittel sind übertragbar. Die Tit.Gr. 70 ist einseitig zugunsten der Tit.Gr. 69 deckungsfähig. Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um die Einnahmen bei Tit.Gr. 70.				
		Erläuterung: Veranschlagt sind Aufwendungen für die Entwicklung und Umsetzung von Projekten zur Verwaltungsmodernisierung (z. B. Vereinfachung und IT-Unterstützung von Geschäftsprozessen, Kommunikation mit verwaltungsunkundigen Bürgerinnen und Bürgern, bessere Rechtsetzung und Bürokratieabbau), die nicht der Tit.Gr. 69 zuzuordnen sind (wegen des Sachzusammenhangs der erforderlichen IT-Unterstützung bei Verwaltungsmodernisierungsprozessen ist eine Deckungsfähigkeit mit der Tit.Gr. 69 vorgesehen, z. B. Tools zur Geschäftsprozessoptimierung, Modellierung von Geschäftsprozessen). Hierunter fallen z. B. Werkverträge, Dienstleistungsverträge, Kaufverträge, Ausschreibungen, Erprobungen, Untersuchungen, Gutachten, sachverständige Beratungen, Aufwand für das Qualitätsmanagement, Veranstaltungen, Fachliteratur und Sachkosten für die Organisation der Reformprozesse.				
427 70	011	Sonstige Beschäftigungsentgelte	2,0 0,0 0,0	a) b) c)	2,0	
		Erläuterung: Veranschlagt sind Vergütungen für befristete Beschäftigungen im Rahmen von Verwaltungsmodernisierungsprojekten u. dgl.				
511 70A	011	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	10,0 0,0 0,0	a) b) c)	10,0	
		Erläuterung: Veranschlagt sind auch die Kosten für Unterhaltung, Wartung und Instandsetzung von Geräten.				
525 70	011	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten	23,5 2,3 7,4	a) b) c)	23,5	
		Erläuterung: Veranschlagt sind Kosten für Schulungsmaßnahmen, die im Zusammenhang mit der Durchführung von Pilotprojekten und zur Einführung neuer Methoden anfallen, sowie Fortbildungskosten im Zusammenhang mit der Verwaltungsmodernisierung, jeweils einschließlich Reisekosten.				
526 70	011	Kosten für Sachverständige, Gutachten u. dgl.	30,0 0,0 0,0	a) b) c)	30,0	
		Erläuterung: Aus diesem Titel werden bei Bedarf Ausgaben für Projekte zur Verwaltungsmodernisierung geleistet. Hierunter fallen auch Kosten für externe Sachverständige sowie für die Beteiligung des Landes an Projekten des Bundes oder anderer Länder.				

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
527 70	011	Dienstreisen		20,0 11,0 13,2	a) b) c)	20,0
		Ersätze fließen den Mitteln zu.				
		Erläuterung: Reisetätigkeit in Zusammenhang mit der Verwaltungsmodernisierung.				
531 70	011	Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentation		10,0 0,0 0,0	a) b) c)	10,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind Kosten für die Veröffentlichung und Dokumentation von Arbeitsergebnissen zur Verwaltungsmodernisierung, die überwiegend dem Wissenstransfer für Landesbehörden und andere interessierte Kreise dienen. Die Publikationen stellen keine Öffentlichkeitsarbeit im eigentlichen Sinne dar.				
534 70	011	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		159,3 45,7 129,3	a) b) c)	42,4
		Erläuterung: Für Werkverträge u.ä.				
546 70	011	Sonstiger Sachaufwand		23,0 16,5 58,5	a) b) c)	23,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für Geschäftsbedarf und Fachliteratur sowie in geringem Umfang Bewirtungskosten, ferner Sachkosten für Podiumsdiskussionen, Kolloquien, Anhörungen und Symposien.				
812 70	011	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
		Erläuterung: Zu leisten sind ggf. die Kosten für die Beschaffung von Geräten und Maschinen zur Verbesserung der Infrastruktur im Zusammenhang mit der Verwaltungsmodernisierung.				
Summe Titelgruppe 70				277,8	a)	160,9

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
75		Für Maßnahmen der Kriminalprävention aus Zuschüssen und Zuweisungen der Baden-Württemberg Stiftung				
		Die Mittel sind übertragbar. Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Ausgaben sind bis zur Höhe der Einnahmen bei Tit. 282 75 zulässig. Ausgaben dürfen auch vor dem kassenmäßigen Eingang der Einnahmen geleistet werden.				
		Erläuterung: Die Baden-Württemberg Stiftung gGmbH kann aufgrund von ressort- übergreifenden Anträgen des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration, des Ministeriums für Soziales und Integration, des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport sowie des Ministeriums der Justiz und für Europa außerhalb der Zu- kunftsoffensive III kriminalpräventive Projekte des Landes fördern. Solche Projekte werden in der Tit.Gr. 75 abgewickelt. Leertitel, da das Aufkommen bei Tit. 282 75 nicht geschätzt werden kann.				
547 75	042	Sächliche Verwaltungsausgaben	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	0,0
685 75	042	Erstattungen für Maßnahmen der Kriminalprävention	0,0 24,4 135,3		a) b) c)	0,0
Summe Titelgruppe 75			0,0		a)	0,0
77		Betreuungsförderung von Kindern von Landesbediensteten				
		Die Mittel sind übertragbar. Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Ersätze fließen den Mitteln zu. Die Ausgaben dürfen auch neben anderen zweckentsprechen- den Bewilligungen des Staatshaushaltsplans geleistet werden (§ 35 Absatz 2 LHO). Ausgaben sind zulässig in Höhe von Mehreinsparungen bei Titeln der Gruppe 972 innerhalb des Einzelplans 03.				
		Erläuterung: Leertitel zur Förderung der Betreuung von Kindern von Landesbe- diensteten.				
534 77	270	Sicherung von Belegplätzen für Kinder von Landesbediensteten	0,0 0,0 -35,0		a) b) c)	0,0
		Erläuterung: Leertitel zur Finanzierung der Sicherung von Belegplätzen für Kinder von Landesbediensteten in Kinderbetreuungseinrichtungen kommunaler, freier oder privatgewerblicher Einrichtungsträger oder im Rahmen der Kindertagespflege in anderen Räumen.				

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
711 77	270	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten für die betrieblich unterstützte Betreuung von Kindern von Landesbediensteten		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
812 77	270	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für die betrieblich unterstützte Betreuung v. Kindern von Landesbediensteten		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
893 77	270	Investitionszuschüsse an Träger von Kindertageseinrichtungen für die betrieblich unterstützte Betreuung von Kindern von Landesbediensteten		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
Summe Titelgruppe 77				0,0	a)	0,0
Gesamtausgaben				660.020,8	a)	666.302,1
Abschluss Kapitel 0302						
Verwaltungseinnahmen				22,0	a)	22,0
Übrige Einnahmen				2.347,3	a)	16.889,0
Gesamteinnahmen				2.369,3	a)	16.911,0
Personalausgaben				629.320,4	a)	660.121,3
Sächliche Verwaltungsausgaben				7.114,1	a)	5.296,1
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)				13.624,2	a)	20.883,4
Ausgaben für Investitionen				2.084,3	a)	1.725,1
Besondere Finanzierungsausgaben				7.877,8	a)	-21.723,8
Gesamtausgaben				660.020,8	a)	666.302,1
Kapitel 0302 Zuschuss				657.651,5	a)	649.391,1

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0303 Digitalisierung

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Einnahmen

Titelgruppen

70		Breitbandinfrastruktur				
231 70	N 692	Zuweisungen vom Bund		0,0	a)	19.842,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Zuweisungen des Bundes an die Länder aus der Vergabe der 700 MHz- und 1,5 GHz-Frequenzen („Digitale Dividende II“). Vgl. Vermerk und Erläuterungen bei Tit.Gr. 70 – Ausgaben.

Übertragen von Kap. 0803 Tit. 231 91 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 19.842,0 Tsd. EUR.

Summe Titelgruppe 70			0,0	a)	19.842,0
Gesamteinnahmen			0,0	a)	19.842,0

Ausgaben

Titelgruppen

69		Aufwand für Informationstechnik				
		Ausgaben sind bis zur Höhe von 500,0 Tsd. EUR gegen Einsparungen bei Tit. 883 70B zulässig.				
534 69	N 692	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		0,0	a)	0,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	
Summe Titelgruppe 69			0,0	a)	0,0	

70 Breitbandinfrastruktur

Die Gruppentitel sind mit Ausnahme von Tit. 883 70A und Tit. 883 70C gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.

Ausgaben bei Tit. 883 70C sind zulässig in Höhe der Einnahmen bei Tit. 231 70. Im Rahmen des vom Bund verbindlich bereitgestellten Volumens können entsprechende Ausgaben auch vor Eingang der jeweiligen Zahlung des Bundes geleistet werden. Die Mittel werden teilweise von der Landeskreditbank Baden-Württemberg verwaltet.

Erläuterung: Die Breitbandinfrastruktur insbesondere im Ländlichen Raum soll durch finanzielle Hilfen unterstützt werden. Vgl. auch Kap. 0804 Tit. Gr. 72 und Kap. 1223 Tit. 883 91C.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0303 Digitalisierung

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

429 70	N	692	Personalaufwand	0,0	a)	0,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Personalaufwand für bis zu 4 befristete Arbeitsverhältnisse (bis E10 TV-L) im Zusammenhang mit der Breitbandförderung.

547 70	N	692	Sachaufwand	0,0	a)	25,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Veranschlagt ist insbesondere der Verwaltungskostenbeitrag an die Landeskreditbank Baden-Württemberg sowie Sachaufwand für Werkverträge, Veröffentlichungen, Informationsveranstaltungen u. dgl.

Übertragen von Kap. 0803 Tit. 547 91 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 25,0 Tsd. EUR.

883 70A	N	692	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Breitbandinfrastruktur im Ländlichen Raum	0,0	a)	6.900,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

	2017
	Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigung	8.500,0
Davon zur Zahlung fällig im	
Haushaltsjahr 2018bis zu	2.000,0
Haushaltsjahr 2019bis zu	4.000,0
Haushaltsjahr 2020bis zu	2.500,0

Erläuterung: Die Mittel sind in voller Höhe dem Kommunalen Investitionsfonds entnommen; vgl. Übersicht im Vorheft über die Leistungen des Landes an die Gemeinden (Gemeindeverbände) im Staatshaushaltsplan 2017 (Abschn. II. Ziff. 1.2).

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und ihre Abdeckung (Beträge in Tsd. EUR).

Bewilligung im Staatshaushaltsplan	Betrag	davon abzudecken aus Haushaltsmitteln				
		2017	2018	2019	2020	2021
bis 2015	6.000,0	3.900,0	2.100,0	-	-	-
2016	7.500,0	1.500,0	3.900,0	2.100,0	-	-
2017	8.500,0	-	2.000,0	4.000,0	2.500,0	-
zus.	22.000,0	5.400,0	8.000,0	6.100,0	2.500,0	-

Für Neubewilligungen stehen zur Verfügung:

	2017
	Tsd. EUR
1. Haushaltsmittel	6.900,0
2. Abzüglich fällige Verpflichtungsermächtigung	5.400,0
3. Zuzüglich neue Verpflichtungsermächtigung	8.500,0
Programmvolumen:	10.000,0

Übertragen von Kap. 0803 Tit. 883 91A infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 6.900,0 Tsd. EUR.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0303 Digitalisierung

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	-------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

883 70B	N	692	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Breitbandinfrastruktur im Ländlichen Raum	0,0 0,0 0,0	a) b) c)	82.000,0
---------	---	-----	---	-------------------	----------------	----------

	2017 Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigung	25.000,0
Davon zur Zahlung fällig im	
Haushaltsjahr 2018bis zu	10.000,0
Haushaltsjahr 2019bis zu	10.000,0
Haushaltsjahr 2020bis zu	5.000,0

Erläuterung: Die Breitbandinfrastruktur insbesondere im Ländlichen Raum soll durch finanzielle Hilfen unterstützt werden.

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und ihre Abdeckung (Beträge in Tsd. EUR).

Bewilligung im Staatshaushaltsplan	Betrag	davon abzudecken aus Haushaltsmitteln				
		2017	2018	2019	2020	2021
bis 2015	10.000,0	10.000,0	-	-	-	-
2016	10.000,0	-	10.000,0	-	-	-
2017	25.000,0	-	10.000,0	10.000,0	5.000,0	-
zus.	45.000,0	10.000,0	20.000,0	10.000,0	5.000,0	-

Für Neubewilligungen stehen zur Verfügung:	2017 Tsd. EUR
1. Haushaltsmittel	82.000,0
2. Abzüglich fällige Verpflichtungsermächtigung	10.000,0
3. Zuzüglich neue Verpflichtungsermächtigung	25.000,0
Programmvolumen:	97.000,0

Übertragen von Kap. 0803 Tit. 883 91B infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 40.000,0 Tsd. EUR.

883 70C	N	692	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Breitbandinfrastruktur im Ländlichen Raum	0,0 0,0 0,0	a) b) c)	19.842,0
---------	---	-----	---	-------------------	----------------	----------

Erläuterung: Die Breitbandinfrastruktur insbesondere im Ländlichen Raum soll durch finanzielle Hilfen unterstützt werden. Der Bund weist den Ländern einen Anteil an den Erlösen aus der Vergabe der 700 MHz- und 1,5 GHz-Frequenzen („Digitale Dividende II“) zu. Vgl. Tit. 231 70.

Übertragen von Kap. 0803 Tit. 883 91C infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 19.842,0 Tsd. EUR.

981 70	N	890	Haushaltstechnische Verrechnungen	0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
--------	---	-----	-----------------------------------	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Für Projekte, soweit sie an staatlichen Hochschulen oder anderen Einrichtungen des Landes durchgeführt werden.

Summe Titelgruppe 70	0,0	a)	108.767,0
Gesamtausgaben	0,0	a)	108.767,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0303 Digitalisierung

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Abschluss Kapitel 0303

	Übrige Einnahmen	0,0	a)	19.842,0
	Gesamteinnahmen	0,0	a)	19.842,0
	Sächliche Verwaltungsausgaben	0,0	a)	25,0
	Ausgaben für Investitionen	0,0	a)	108.742,0
	Gesamtausgaben	0,0	a)	108.767,0
	Kapitel 0303 Zuschuss	0,0	a)	88.925,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Vorbemerkung: In diesem Plankapitel sind die Einnahmen und Ausgaben des Regierungspräsidiums Stuttgart (einschließlich Landesamt für Ausbildungsförderung Baden-Württemberg, Landesprüfungsamt Baden-Württemberg für Medizin und Pharmazie, Zentrale Fahrbereitschaft in der Hofdienergarage und Landesbetriebe Gewässer und Landesgesundheitsamt) sowie die Einnahmen und Ausgaben in Tit. Gr. 72 für die Kampfmittelbeseitigung und in Tit. Gr. 73 für die SV Sparkassen-Versicherung nachgewiesen.

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 02	012	Gebühren	3.783,8 4.283,7 5.144,1	a) b) c)	3.873,8
--------	-----	----------	-------------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Gebühren, die aufgrund des Landesgebührengesetzes und anderer gesetzlicher Bestimmungen erhoben werden.

111 05	012	Gebühren aus dem Vollzug des Gewebegesetzes	29,9 31,5 35,0	a) b) c)	29,9
--------	-----	---	----------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind Gebühreneinnahmen für Maßnahmen nach dem Gewebegesetz, sofern nicht in der Zuständigkeit der Leitstelle Arzneimittelüberwachung beim Regierungspräsidium Tübingen.

111 06	012	Gebühren aus der Medizinprodukteüberwachung	180,4 131,7 61,0	a) b) c)	180,4
--------	-----	---	------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind Gebühreneinnahmen für Maßnahmen nach dem Medizinproduktegesetz und dessen Verordnungen.

111 07	012	Gebühren aus der Umsetzung der Richtlinie über Industrieemissionen	1.704,1 1.736,7 1.633,8	a) b) c)	1.704,1
--------	-----	--	-------------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Veranschlagt sind Gebühreneinnahmen aus der Umsetzung der Richtlinie über Industrieemissionen.

111 10	012	Gebühren und Erstattung von Sachverständigenkosten in atom- und strahlenschutzrechtlichen Verfahren	100,0 0,0 0,0	a) b) c)	100,0
--------	-----	---	---------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind Ersätze für Sachverständigenkosten in atom- und strahlenschutzrechtlichen Verfahren. Vgl. Vermerk und Erläuterungen bei Tit. 526 12.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
112 01	012	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten	45,0 29,2 63,1		a) b) c)	45,0
Erläuterung: Veranschlagt sind Geldbußen einschließlich Kosten, Gebühren und Auslagenersätze auf den Gebieten des Straßenverkehrs, der Marktordnung, der Berufsordnung (z. B. Architektengesetz) u. dgl.						
112 46	012	Erstattung von Prozesskosten	3,5 0,8 4,1		a) b) c)	3,5
Erläuterung: Veranschlagt sind auch Ersätze in Regress- und Schadensfällen.						
119 49	012	Vermischte Einnahmen	116,2 99,8 78,8		a) b) c)	116,2
Erläuterung: Vereinnahmt werden u. a. Einnahmen bei Veröffentlichungen und Ausschreibungen.						
124 01	012	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	2,8 3,1 3,2		a) b) c)	2,8
132 01	012	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	4,1 0,0 0,0		a) b) c)	4,1
Erläuterung: Veranschlagt sind die Erlöse aus dem Verkauf abgängiger Büromaschinen und -möbel u. dgl.						
Zwischensumme Verwaltungseinnahmen			5.969,8		a)	6.059,8
Übrige Einnahmen						
231 02	332	Sonstige Zuweisungen vom Bund	13,0 0,0 0,0		a) b) c)	13,0
Erläuterung: Erstattungen des Bundes für Freiwillige nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz (vgl. Tit. 427 02).						
233 01	722	Erstattungen durch Gemeinden und Landkreise	0,0 0,0 28,9		a) b) c)	0,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
261 01	111	Erstattungen von Verwaltungsausgaben		36,0 150,6 116,8	a) b) c)	36,0
Erläuterung: Vgl. Vermerk bei Tit. 534 01.						
381 01	890	Haushaltstechnische Verrechnung der tatsächlichen Mehrausgaben aufgrund der Sprachstandsdiagnose		0,0 584,3 649,5	a) b) c)	0,0
Erläuterung: Leertitel für die aus Kap. 0439 Tit. 981 82 finanzierten Mehrausgaben zur Durchführung der Sprachstandsdiagnose durch über das Landesgesundheitsamt einzusetzende externe Fachkräfte. Vgl. Tit. 682 03.						
Zwischensumme Übrige Einnahmen				49,0	a)	49,0
Titelgruppen						
69		Aufwand für Informationstechnik				
119 69	012	Vermischte Einnahmen aus Informationstechnik		0,0 0,0 3,5	a) b) c)	0,0
Erläuterung: Vgl. Vermerk bei Tit. Gr. 69 - Ausgaben.						
Summe Titelgruppe 69				0,0	a)	0,0
72		Kosten der Kampfmittelbeseitigung				
111 72	045	Gebühren und gebührenartige Entgelte		189,4 236,7 213,1	a) b) c)	239,4
Erläuterung: Vgl. Vermerk bei Tit. Gr. 72 - Ausgaben.						
231 72	045	Erstattung der Kosten der Kampfmittelbeseitigung durch den Bund nach dem allgemeinen Kriegsfolgenrechtsgesetz		1.599,4 1.645,7 1.169,2	a) b) c)	1.749,4
Erläuterung: Erstattungen, soweit es sich um die Beseitigung reichseigener Munition handelt, die vom Bund zur Erfüllung von Ansprüchen aus § 1004 BGB aufgrund der §§ 2 Nr. 3 und 19 Abs. 2 Nr. 1 des Allgemeinen Kriegsfolgenrechtsgesetzes vom 05.11.1957 (BGBl. I S. 1747) zu beseitigen wäre, sowie Räummaßnahmen auf Bundesliegenschaften oder solchen Liegenschaften, die unter Bundesverwaltung stehen.						

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
261 72	045	Erstattung Dritter		187,7 1.288,5 189,7	a) b) c)	187,7
Erläuterung: Veranschlagt sind Kostenerstattungen der Auftraggeber für die Beratung, Suche und Bergung von Kampfmitteln durch den Kampfmittelbeseitigungsdienst; vgl. Vermerk bei Tit. 534 72A.						
Summe Titelgruppe 72				1.976,5	a)	2.176,5
73		SV Sparkassenversicherung				
261 73	610	Erstattung der Personalkosten durch die SV Sparkassenversicherung		11.200,8 9.458,2 10.197,0	a) b) c)	9.686,3
Erläuterung: Vgl. Vermerk bei Tit. Gr. 73 - Ausgaben.						
Summe Titelgruppe 73				11.200,8	a)	9.686,3
86		Erstattung der Personalaufwendungen				
231 86	721	Erstattungen vom Bund für die Unterhaltung der Bundesautobahnen		9.101,8 8.551,9 8.656,9	a) b) c)	9.238,3
Erläuterung: Veranschlagt ist die Erstattung der Personalaufwendungen für die im Unterhaltungs- und Fernmeldedienst an Bundesautobahnen tätigen Beschäftigten durch den Bund; vgl. Vermerk und Erläuterungen bei Tit. Gr. 86 - Ausgaben.						
Summe Titelgruppe 86				9.101,8	a)	9.238,3
Gesamteinnahmen				28.297,9	a)	27.209,9

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Ausgaben

Personalausgaben

Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017.

Das Personalausgabenbudget gemäß § 6a Abs. 2 StHG 2017 umfasst die Tit. 422 01, 422 02, 422 04, 422 05, 427 26, 427 51, 428 01, 428 02, 428 05, 428 06, 428 51 sowie 453 01 und hat ein Gesamtvolumen in Höhe von 77.769,7 Tsd. EUR.

Die Ausgabeermächtigung des Personalausgabenbudgets erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 233 01. Ausgaben können auch vor dem kassenmäßigen Eingang der Einnahmen bei Tit. 233 01 geleistet werden.

422 01	012	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten	39.350,9 37.696,6 37.271,0	a) b) c)	43.593,2
Erläuterung: In dem Haushaltsansatz sind einschließlich der Zulagen nach Maßgabe der besoldungsgesetzlichen Vorschriften enthalten: Tsd. EUR					
1.1		Aufwandsentschädigungen und Zuwendungen aus Gründen der Fürsorge	0,4		
Mehr wegen Zugang Neustellen.					
422 02	012	Bezüge und Nebenleistungen für abgeordnete Beamtinnen und Beamte	358,0 373,5 288,6	a) b) c)	358,0
422 03	012	Bezüge der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst u. dgl.	168,7 188,9 154,8	a) b) c)	168,7
422 04	012	Leistungsprämien für Beamtinnen und Beamte gem. § 76 LBesGBW	0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
422 05	012	Mehrarbeitsvergütung und Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten für Beamtinnen und Beamte und dgl.	35,8 35,1 19,7	a) b) c)	35,8

Erläuterung:
Veranschlagt sind: Tsd. EUR

- Mehrarbeitsvergütung 35,8

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

427 02	332	Aufwendungen nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz	30,0		a)	30,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Mehrausgaben sind in Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 231 02 zulässig.

Erläuterung: Veranschlagt sind die Aufwendungen insbesondere für unentgeltliche Unterkunft, Verpflegung, Arbeitskleidung und Taschengeld für die Freiwilligen nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz (vgl. Tit. 231 02).

427 26	012	Persönliche Prüfungskosten	200,0		a)	200,0
			182,5		b)	
			228,3		c)	

Erläuterung: Prüfungsvergütungen und Honorare (einschließlich Reisekosten), Kosten der Prüfungsaufsicht und Vergütungen für vorübergehend beschäftigte Schreibhilfen.

427 51	012	Sonstige Beschäftigungsentgelte	248,7		a)	183,4
			210,6		b)	
			215,4		c)	

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Urlaubs- und Krankheitsstellvertretungen, Aushilfen (auch Werkstudentinnen/-studenten, Ferienpraktikantinnen/-praktikanten, Austauschstudentinnen/-studenten, ständige Heimarbeiterinnen/-arbeiter u. dgl.)	173,4
2. Aufwendungen für die Teilnehmerinnen/-nehmer des Freiwilligen Ökologischen Jahres	10,0
zus.	183,4

428 01	012	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)	28.520,8		a)	33.085,6
			27.561,1		b)	
			28.676,2		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind:

Neben den ordentlichen Bezügen für die tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einschließlich der nicht besonders aufgeführten Zulagen aufgrund von Tarifverträgen	Tsd. EUR
3. 91/91 Auszubildende, 15/15 Praktikantinnen/Praktikanten und sonstige in einem privatrechtlichen Ausbildungsverhältnis beschäftigte Personen sowie Praxissemesterstudentinnen/-studenten	
6. Sonstige Zulagen (Zulagen nach § 14 TV-L, Zulagen nach §§ 10 und 18 TVÜ-Länder, Zulagen nach § 19 TV-L, Wechselschicht- und Schichtdienstzulagen)	52,7
7. Entschädigung zur pauschalen Abgeltung für Aufwendungen der Berufskraftfahrer gem. Nr. 19 der VwV Kfz für 21/21 Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer je 25,00 EUR im Monat	6,3
8. Sonstiges (Pauschvergütung nach § 25 Abs. 5 TVÜ-Länder)	25,5

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
428 02	012	Entgelte für abgeordnete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
428 05	012	Zeitzuschläge, Überstundenentgelte und Entgelte für Mehrarbeit für Beschäftigte		152,3 76,7 64,1	a) b) c)	152,3
		Erläuterung:				
		Veranschlagt sind:		Tsd. EUR		
		- Zeitzuschläge		40,0		
		- Überstundenentgelte		76,3		
		- Entgelte für Mehrarbeit		36,0		
			zus.	152,3		
428 06	012	Entgelte der Beschäftigten des Reinigungsdienstes		126,0 90,7 89,3	a) b) c)	96,0
428 51	012	Beschäftigungsentgelte für nicht voll beschäftigte Arbeitnehmerinnen/-nehmer mit weniger als 50 v.H. der durchschnittl. regelm. wöchentl. Arbeitszeit		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
453 01	012	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.		64,4 54,0 62,6	a) b) c)	65,4
		Erläuterung:				
		Veranschlagt sind:		Tsd. EUR		
		1. Trennungsgelder		46,4		
		2. Umzugskostenvergütungen		19,0		
			zus.	65,4		
		Übertragen infolge Neuordnung Denkmalpflege				
		von Kap. 0305 Tit. 453 01		0,5 Tsd. EUR		
		von Kap. 0306 Tit. 453 01		0,5 Tsd. EUR		
Zwischensumme Personalausgaben				69.255,6	a)	77.968,4

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01	012	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.092,0 2.593,6 1.311,3	a) b) c)	1.126,4
		Ersätze fließen den Mitteln zu.			

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften)	400,8
2. Porto	450,0
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	230,6
4. Unterhaltung und Instandsetzung	25,0
5. Hofdienergarage/Zentrale Fahrbereitschaft	10,0
6. Sonstiges	10,0
zus.	1.126,4

Übertragen infolge Neuordnung Denkmalpflege	
von Kap. 0305 Tit. 511 01	52,2 Tsd. EUR
von Kap. 0306 Tit. 511 01	24,1 Tsd. EUR
von Kap. 0307 Tit. 511 01	22,1 Tsd. EUR

Übertragen wegen Neustellen Windenergie	
von Kap. 0305 Tit. 511 01	8,0 Tsd. EUR
von Kap. 0306 Tit. 511 01	4,0 Tsd. EUR
von Kap. 0307 Tit. 511 01	8,0 Tsd. EUR

514 01	012	Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl.	800,0 791,6 690,4	a) b) c)	800,0
--------	-----	--------------------------------------	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Haltung von Dienstfahrzeugen	790,0
3. Sonstiges	10,0
zus.	800,0

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen und selbstfahrenden Arbeitsmaschinen:	2016	2017
---	------	------

aus Kap. 0304 unterhalten:		
Pkw	106	108
davon geleast	86	96
Kombi-, Einsatz- und Spezialfahrzeuge, Fahrzeuge mit Sonderausstattung, Funk usw.	71	71
davon geleast	33	36
Lkw	1	1
Anhänger für Kfz	20	20
Boot mit Außenbordmotor	1	1

aus Kap. 1304 beschafft:		
Kombi-, Einsatz- und Spezialfahrzeuge, Fahrzeuge mit Sonderausstattung, Funk usw.	3	3

Angaben ohne Landesbetriebe und Bundesfahrzeuge.

Übertragen infolge Neuordnung Denkmalpflege	
von Kap. 0305 Tit. 514 01	14,0 Tsd. EUR
von Kap. 0306 Tit. 514 01	17,8 Tsd. EUR
von Kap. 0307 Tit. 514 01	12,7 Tsd. EUR

Die Kraftfahrzeuge der zentralen Fahrbereitschaft des Regierungspräsidiums werden regelmäßig von folgenden Dienststellen mitbenutzt:
alle Ministerien Baden-Württembergs

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
		Amtsgericht Stuttgart Finanzamt Stuttgart I Finanzamt Stuttgart II Finanzamt Stuttgart III Finanzamt Stuttgart IV Finanzamt Stuttgart-Körperschaften Finanzgericht Baden-Württemberg Generalstaatsanwaltschaft Hauptstaatsarchiv Haus der Geschichte Baden-Württemberg Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg Haus der Wirtschaft Baden-Württemberg Landesbetrieb IT Baden-Württemberg Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg Landesarchivdirektion Landesbeauftragter für den Datenschutz Baden-Württemberg Landesbetrieb Vermögen und Bau Landesinstitut für Erziehung und Unterricht Landesmuseum Württemberg Landessozialgericht Stuttgart Landesstelle für Museumsbetreuung Baden-Württemberg Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg Landgericht Stuttgart Landtagsverwaltung Linden-Museum Stuttgart Oberfinanzdirektion Karlsruhe, Außenstelle Stuttgart Oberlandesgericht Stuttgart Oberlandesgericht Stuttgart Verwaltungsabteilung Staatliches Hochbauamt Reutlingen, Außenstelle Stuttgart Staatliches Museum für Naturkunde Stuttgart Staatliches Schulamt Stuttgart Staatsanwaltschaft Stuttgart Statistisches Landesamt Universitätsbauamt Stuttgart und Hohenheim Verwaltungsgericht Stuttgart				
514 02	012	Dienst- und Schutzkleidung (persönliche Ausrüstungsgegenstände)	14,9 21,7 27,0		a) b) c)	21,7
Erläuterung:						
Dienstkleidung erhalten:						
- 3/3 Bezirksbrandmeister/in und feuertechnische Mitarbeiter/innen						
- 21/21 Mitarbeiter/innen der zentralen Fahrbereitschaft						
- 10/10 Hausdienst und Hausmeister/innen						
- 4/4 Bedienstete der Druckerei						
- 42/42 andere Mitarbeiter/innen des Regierungspräsidiums						
517 01	012	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)	56,5 92,9 61,1		a) b) c)	68,7
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel (z. B. Putzmittel, WC-Bedarf). Im Planansatz sind für die Bewirtschaftung der Hofdienergarage 1,3 Tsd. EUR enthalten.						
518 02	012	Mieten und Pachten für Maschinen, Fahrzeuge und Geräte	224,7 265,4 238,2		a) b) c)	245,5
Erläuterung: Veranschlagt sind Leasingkosten für Dienstfahrzeuge.						
Übertragen infolge Neuordnung Denkmalpflege von Kap. 0712 Tit. 514 01 16,0 Tsd. EUR						

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

525 21	012	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten	142,0 167,3 131,5		a) b) c)	145,7
		Ersätze fließen den Mitteln zu.				

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten einschließlich Reisekosten für die berufliche Aus- und Fortbildung der Bediensteten des Regierungspräsidiums und der Apothekenvisitorinnen/-visitatoren.

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
a) Für Ausbildung	10,5
b) Für Fortbildung	135,2
zus.	<u>145,7</u>

526 01	012	Gerichts- und ähnliche Kosten	165,9 54,1 60,2		a) b) c)	54,1
--------	-----	-------------------------------	-----------------------	--	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind Kosten von Rechtsstreitigkeiten vor den ordentlichen Gerichten und vor den Verwaltungsgerichten sowie Erstattung von Kosten im Vorverfahren nach § 80 LVwVfG.

526 11	012	Kosten für Sachverständige	3,1 16,9 36,0		a) b) c)	16,9
--------	-----	----------------------------	---------------------	--	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind Kosten für Sachverständige und Gutachten sowie für ärztliche Untersuchungen.

526 12	012	Kosten für nach dem Atomgesetz und der darauf beruhenden Verordnungen zugezogene Sachverständige	100,0 0,0 0,0		a) b) c)	100,0
--------	-----	---	---------------------	--	----------------	-------

Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Tit. 111 10 und soweit dort nach § 21 Atomgesetz ein Erstattungsanspruch für die Kosten der Genehmigungs- bzw. Aufsichtsbehörde besteht. Ausgaben können auch vor dem kassenmäßigen Eingang der Einnahmen geleistet werden.

Erläuterung: Veranschlagt sind die Sachverständigenkosten in atom- und strahlenschutzrechtlichen Verfahren, die vom Land verausgabt und von den Betreibern von Anlagen und Einrichtungen nach dem Atomgesetz und der darauf beruhenden Verordnungen erstattet werden (vgl. Tit. 111 10).

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

526 22	012	Kosten für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen		1,0 2,3 4,2	a) b) c)	2,3
--------	-----	--	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung:

Veranschlagt sind (ggf. einschließlich Reisekosten):	Tsd. EUR
1. Entschädigung für die Beauftragten der Denkmalschutzbehörden	0,1
2. Entschädigung der Beisitzer/innen in Enteignungsverfahren	1,7
3. Entschädigung der Mitglieder des Gutachterausschusses für die Anerkennung in der städtischen Hauswirtschaft	0,1
4. Entschädigung der Mitglieder des Berufsausschusses „Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung in Werkstätten für behinderte Menschen“	0,2
5. Entschädigung der Mitglieder des Beirats für Kriegsopferversorgung	0,1
6. Sonstiges	0,1
zus.	<u>2,3</u>

527 01	012	Dienstreisen		789,8 744,3 610,7	a) b) c)	821,2
--------	-----	--------------	--	-------------------------	----------------	-------

Ersätze fließen den Mitteln zu.

Erläuterung:

Veranschlagt sind auch Wegstreckenentschädigungen für privateigene Kraftfahrzeuge und Feldaufwandsentschädigungen. Weitere Reisekosten sind veranschlagt bei Tit. 427 26, 525 21, 526 22, 534 01, 546 49, 525 69 und 527 72.

Zugelassene Fahrzeuge	2016	2017
Pkw	353	353

Übertragen infolge Neuordnung Denkmalpflege
von Kap. 0305 Tit. 527 01 10,8 Tsd. EUR
von Kap. 0306 Tit. 527 01 26,8 Tsd. EUR
von Kap. 0307 Tit. 527 01 9,5 Tsd. EUR

529 01	012	Zur Verfügung des Regierungspräsidenten und des Regierungsvizepräsidenten für Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen		7,2 7,2 6,7	a) b) c)	7,2
--------	-----	--	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.

531 02	012	Sonstige Öffentlichkeitsarbeit		0,0 5,1 5,4	a) b) c)	0,0
--------	-----	--------------------------------	--	-------------------	----------------	-----

Ersätze und Erlöse fließen den Mitteln zu. Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für sonstige Öffentlichkeitsarbeit.

532 01	012	Umzugs- und Verlegungskosten		50,0 12,7 10,8	a) b) c)	12,7
--------	-----	------------------------------	--	----------------------	----------------	------

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
533 01	012	Sächliche Prüfungskosten		135,2 138,0 141,3	a) b) c)	120,0
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten für Prüfungsmaterial und für die Anmietung von Prüfungsräumen.						
534 01	012	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		99,2 230,6 152,2	a) b) c)	115,6
Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um Mehreinnahmen bei Tit. 261 01.						
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Entschädigungen für die Besichtigung von Apotheken einschließlich Reisekosten, Auslagen einschließlich Reisekosten für die neben- oder ehrenamtlichen Landesbeauftragten für Luftaufsicht, Honorare und Gebühren im Rahmen der Gleichwertigkeitsprüfung nach der Bundesärzteordnung sowie Ersätze an Dritte im Rahmen der Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes und der Gefahrstoffverordnung.						
534 05	012	Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes		75,0 78,4 64,6	a) b) c)	75,0
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten zur Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes und der dazugehörigen Unfallverhütungsvorschrift GUV 0.5. Enthalten sind die Kosten für die sicherheitstechnische und betriebsärztliche Betreuung der Beschäftigten einschließlich der Kosten für arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen.						
537 03	219	Beweiserhebung und Kostenerstattung in Versorgungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten		55,0 83,4 54,9	a) b) c)	55,0
546 49	012	Vermischte Verwaltungsausgaben		51,8 139,5 93,4	a) b) c)	69,7
Ersätze und Beiträge Dritter fließen den Mitteln zu.						
Erläuterung:						
Veranschlagt sind:			Tsd. EUR			
2.	a)	Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern		9,0		
	b)	Kosten für Bekanntmachungen und Zustellungen in straßenrechtlichen Planfeststellungsverfahren sowie in Enteignungsverfahren		18,8		
3.		Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten und in Vertretung der Interessen der schwerbehinderten Menschen und Vorstellungsreisen		1,0		
4.	a)	Schadenersatzleistungen an Dritte aus Verschulden von Verwaltungsberechtigten und aus Anlässen von Unfällen beim Betrieb von Dienstfahrzeugen sowie aus anderen Rechtsgründen		36,8		
	b)	Kosten für die Erhaltung der Gültigkeit von Luftfahrerscheinen		1,4		
	c)	Gebühr für Registrierung der Auszubildenden bei der IHK		0,5		
	d)	Sonstige vermischte Ausgaben (u. a. Aufwand für die Bewirtung von Gästen u. dgl.)		2,2		
			zus.	69,7		

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll	2016	a)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
			Ist	2015	b)	
			Ist	2014	c)	
			Tsd. EUR			

547 01	195	Sachaufwand für die Erfassung von Kulturdenkmalen		0,0	a)	40,0
				33,5	b)	
				4,2	c)	

Erläuterung: Die Mittel sind vorgesehen insbesondere zur Erfassung der Kulturdenkmale, zur Eintragung von Kulturdenkmalen von besonderer Bedeutung in das Denkmalsbuch sowie zur Ausweisung von Gesamtanlagen (z. B. von historischen Ortsbildern) und Grabungsschutzgebieten.

Übertragen infolge Neuordnung Denkmalpflege
von Kap. 0305 Tit. 547 01 16,5 Tsd. EUR
von Kap. 0306 Tit. 547 01 25,5 Tsd. EUR
von Kap. 0307 Tit. 547 01 14,4 Tsd. EUR

Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben			3.863,3	a)	3.897,7
--	--	--	---------	----	---------

**Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Investitionen)**

Die Mittel sind übertragbar.

633 01	187	Zuweisungen für die Förderung kultureller Aktivitäten in Bibliotheken an Gemeinden und Gemeindeverbände		5,8	a)	6,5
				11,6	b)	
				11,6	c)	

Die Tit. 633 01 und 684 02 sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterung: Veranschlagt sind Zuschüsse für kulturelle Aktivitäten in Bibliotheken (wie Dichterlesungen, Ausstellungen, u. ä.) vor allem im ländlichen Raum.

682 02	623	Zuschuss an den Landesbetrieb Gewässer		5.483,2	a)	5.593,1
				5.304,3	b)	
				4.899,4	c)	

Die im Finanzplan des Landesbetriebs für die Vermehrung des Anlagevermögens (Investitionen) veranschlagten Beträge sind bindend. Für im Finanzplan (Ziff. B.I.2.2 und 2.3) nicht veranschlagte Investitionen und für Mehrausgaben bei veranschlagten Investitionen dürfen – bei Beträgen über 100.000 Euro im Einzelfall mit Einwilligung des Ministeriums für Finanzen – verwendet werden:

- A) Einsparungen bei anderen Investitionen gegenüber den im Finanzplan veranschlagten Beträgen.
- B) Eine Minderung des Fehlbetrages, die der Betrieb gegenüber dem im Haushaltsplan veranschlagten Betrag erzielen würde, wenn und soweit die Minderung des Fehlbetrages nicht durch buchungstechnische Vorgänge herbeigeführt wird.

Die Bildung und Verwendung von Rücklagen bedarf der Einwilligung des Ministeriums für Finanzen.

Die Kosten der Unterbringung einschließlich der Gebäudebewirtschaftungs- und Energiekosten sowie Bauunterhaltung werden aus den Kap. 1208 und 1209 getragen.

Erläuterung: Veranschlagt ist der Zuschuss an den Landesbetrieb Gewässer. Der Wirtschaftsplan ist in der Anlage 1 zu Kap. 0304 aufgeführt.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Unentgeltliche Leistungen für den Landesbetrieb		Fläche in m ² bzw. anderer Größenordnung der Leistung	Ist-Ergebnis 2014 Tsd. EUR	Betrag für 2016 (Planung) Tsd. EUR	Betrag für 2017 (Planung) Tsd. EUR
I. Nutzung unentgeltlich überlassener Liegenschaften des Landes (Mietwert, Bewirtschaftung, Bauunterhalt)					
1.	Burgstetten Stützpunkt Burgstall Neue Str. 49	100,0	2,0	2,1	2,1
2.	Ellwangen Betriebshof Hinterer Spitalhof 8	468,6	36,4	35,7	35,7
3.	Ellwangen Dienstsitz Außenstelle Philipp-Jeningen-Platz 4	211,3	Angaben über Mietwert und Betriebskosten liegen nicht vor, da mehrere Nutzer im Gebäude.		
4.	Heilbronn Dienstsitz Rollwagstr. 16	405,6	Angaben über Mietwert und Betriebskosten liegen nicht vor, da mehrere Nutzer im Gebäude.		
5.	Herbrechtingen Betriebshof Bolheim Wörthstr. 28	695,3	53,7	46,6	46,6
6.	Kirchberg/Jagst Betriebshof Lensiedel Hauptstr. 60	581,0	16,1	11,9	11,9
7.	Möckmühl Betriebshof Domeneckerstr. 51	602,6	34,0	25,4	25,4
8.	Niedernhall Betriebshof Egelgraben 49	439,2	29,8	22,5	22,5
9.	Schwäbisch Hall Betriebshof Ringstr. 58	1.011,5	15,5	16,7	16,7
10.	Stuttgart Dienstsitz Ruppmanstr. 21	250,5	Angaben über Mietwert und Betriebskosten liegen nicht vor, da mehrere Nutzer im Gebäude.		
11.	Tauberbischofsheim Betriebshof Pestalozziallee 25	592,3	39,7	31,0	31,0
12.	Unterensingen Betriebshof Bachstr. 71	945,3	45,7	45,7	45,7
13.	Vaihingen/Enz Betriebshof Einsteinstr. 49	421,9	39,4	41,4	41,4
14.	Winterbach Betriebshof Remsstr. 44	874,6	40,1	38,0	38,0
	Zusammen	7.599,7	352,4	317,0	317,0
II. Weitere Leistungsblöcke		- keine -			
III. Unentgeltliche Leistungen insgesamt		7.599,7	352,4	317,0	317,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

682 03	311	Zuschuss an den Landesbetrieb Landesgesundheitsamt	8.465,4		a)	6.922,4
			8.800,1		b)	
			8.208,7		c)	

Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um die Einnahmen bei Tit. 381 01.

Die im Finanzplan des Landesbetriebs für die Vermehrung des Anlagevermögens (Investitionen) veranschlagten Beträge sind bindend. Für im Finanzplan nicht veranschlagte Investitionen und für Mehrausgaben bei veranschlagten Investitionen dürfen – bei Beträgen über 30.000 Euro im Einzelfall mit Einwilligung des Ministeriums für Finanzen – verwendet werden:

- A) Einsparungen bei anderen Investitionen gegenüber den im Finanzplan veranschlagten Beträgen.
- B) Eine Erhöhung des Überschusses oder eine Minderung des Fehlbetrages, die der Landesbetrieb gegenüber dem im Erfolgsplan veranschlagten Betrag erzielen würde, wenn und soweit die Erhöhung des Überschusses oder die Minderung des Fehlbetrages nicht durch buchungstechnische Vorgänge herbeigeführt wird.

Die Bildung und Verwendung von Rücklagen bedarf der Einwilligung des Ministeriums für Finanzen.

Die Kosten der Unterbringung einschließlich der Gebäudebewirtschaftungs- und Energiekosten sowie Bauunterhaltung werden aus den Kap. 1208 und 1209 getragen.

Erläuterung: Veranschlagt ist der Zuschuss an den Landesbetrieb Landesgesundheitsamt. Der Wirtschaftsplan ist in der Anlage 2 zu Kap. 0304 aufgeführt.

Unentgeltliche Leistungen für den Landesbetrieb	Fläche in m ² bzw. anderer Größenordnung der Leistung	Ist-Ergebnis 2014 Tsd. EUR	Betrag für 2016 (Planung) Tsd. EUR	Betrag für 2017 (Planung) Tsd. EUR
I. Nutzung unentgeltlich überlassener Liegenschaften des Landes (Mietwert, Bewirtschaftung, Bauunterhalt)				
1. Stuttgart Nordbahnhofstr. 135	9.321,0	1.886,7	1.883,9	1.883,9
Zusammen	9.321,0	1.886,7	1.883,9	1.883,9
II. Weitere Leistungsblöcke	- keine -			
III. Unentgeltliche Leistungen insgesamt	9.321,0	1.886,7	1.883,9	1.883,9

Übertragen nach Kap. 0508 Tit. 534 72 80,0 Tsd. EUR
 Zuschussminderung wegen Umsetzung des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG).

684 02	187	Zuschüsse für die Förderung kultureller Aktivitäten in Bibliotheken an soziale und ähnliche Einrichtungen	5,8		a)	6,5
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Die Tit. 633 01 und 684 02 sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterung: Veranschlagt sind Zuschüsse für kulturelle Aktivitäten in Bibliotheken (wie Dichterlesungen, Ausstellungen u. ä.) vor allem im ländlichen Raum.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
685 49	195	Mitgliedsbeiträge an Verbände, Vereine, Gesellschaften, Organisationen u. dgl.		20,5 21,2 21,3	a) b) c)	20,5
Zwischensumme Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)				13.980,7	a)	12.549,0
Ausgaben für Investitionen						
811 01	012	Erwerb von Dienstfahrzeugen u. dgl. (für die Verwaltung)		49,4 125,0 102,9	a) b) c)	133,6

Erläuterung:

Ausgesondert werden sollen mit dem Ziel der Ersatzbeschaffung durch Leasing

Dienststellen	Typ des Dienstkraft- fahrzeugs	Baujahr	Gesamtfahrleistung am 1. Januar 2016 km	Voraussichtliche Gesamtfahrleistung zum Aussonde- rungszeitpunkt km	Amtliches Kenn- zeichen
RP Stuttgart	Astra Caravan	2005	174.232	225.000	S-141

Ausgesondert werden sollen mit dem Ziel der Ersatzbeschaffung durch Kauffahrzeuge

Dienststellen	Typ des Dienstkraft- fahrzeugs	Baujahr	Gesamtfahrleistung am 1. Januar 2016 km	Voraussichtliche Gesamtfahrleistung zum Aussonde- rungszeitpunkt km	Amtliches Kenn- zeichen
RP Stuttgart	Mercedes Vito	2010	169.300	271.000	S-RP 195
RP Stuttgart	Opel Astra Caravan	2005	172.007	225.000	S-144
RP Stuttgart	Opel Astra Caravan	2006	212.000	240.000	S-159
RP Stuttgart	Opel Vivaro	2007	231.701	270.000	S-RP 583
RP Stuttgart	VW Caddy Life	2007	154.625	180.000	S-RP 589

Veranschlagt sind folgende Ersatzbeschaffungen:

	Tsd. EUR
3 Transporter	99,6
2 Pkw Kombi	34,0
zus.	133,6

Übertragen von Kap. 0712 Tit 811 21 76,2 Tsd. EUR

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

812 01	012	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		10,1 198,2 91,0	a) b) c)	40,7
--------	-----	--	--	-----------------------	----------------	------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
Bauwagen	8,7
Ersatzbeschaffung Frankiermaschine	12,0
Ersatzbeschaffung Kippbräter	20,0
Zus.	40,7

Übertragen von Kap. 0712 Tit. 812 01 8,7 Tsd. EUR

Zwischensumme Ausgaben für Investitionen 59,5 a) 174,3

Titelgruppen

69 Aufwand für Informationstechnik

Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um die Einnahmen bei Tit. 119 69.

Erläuterung: Neben den Kosten für die Telefonanlagen sind hier insbesondere die Kosten der behördenübergreifenden Bürokommunikation der Innenverwaltung (BKl) erfasst. Derzeit beteiligen sich an BKl

- das Innenministerium (Kap. 0301),
- die vier Regierungspräsidien (Kap. 0304 - 0307),
- das Logistikzentrum Baden-Württemberg (Kap. 0320),
- das Haus der Heimat, das Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde, das Institut für Volkskunde der Deutschen des östlichen Europa, Freiburg (IVDE) (alle Kap. 0330)
- und den Landesbetrieb IT Baden-Württemberg (BITBW) (Kap. 0309); weitere Dienststellen können sich anschließen. Dadurch werden eine höhere Wirtschaftlichkeit, ein möglichst zentraler, gesicherter und einheitlicher BK-Betrieb und eine koordinierte Weiterentwicklung von BK- und Fachanwendungen ermöglicht.

427 69	012	Personalaufwand		0,0 5,8 36,1	a) b) c)	0,0
511 69A	012	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		439,0 590,3 471,7	a) b) c)	451,0

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	421,0
2. Unterhaltung und Instandsetzung	30,0
Zus.	451,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
511 69B	012	Fernmeldegebühren u. dgl.		241,2 226,8 182,7	a) b) c)	241,2
Erläuterung:						
Veranschlagt sind:			Tsd. EUR			
1. Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen			131,3			
2. Einmalige Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen			47,0			
3. Rundfunkbeiträge			12,9			
4. Sonstiges (Raumsicherungsanlagen)			50,0			
			Zus. <u>241,2</u>			
514 69	012	Verbrauchsmittel		160,3 82,5 126,4	a) b) c)	82,5
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Verbrauchsmaterial u. dgl.						
518 69	012	Maschinen- und Gerätemieten		156,0 221,2 179,4	a) b) c)	221,2
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Mieten für Kopiersysteme.						
525 69	012	Aus- und Fortbildung		62,5 19,2 28,5	a) b) c)	19,2
Erläuterung: Berufliche Fortbildung der Bediensteten des Regierungspräsidiums (einschließlich Reisekosten) in den Bereichen EDV und sonstiger Informationstechnik.						
534 69	012	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		1.683,8 1.690,8 1.711,2	a) b) c)	1.755,6
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten für den Erwerb von Software und Lizenzen für das Arbeitsgebiet BKI sowie für Beratungsleistungen für die Installation von informationstechnischen Anlagen. Betreuung der BK-Arbeitsplätze durch den Landesbetrieb IT Baden-Württemberg.						
Übertragen infolge Neuordnung Denkmalpflege						
von Kap. 0305 Tit. 534 69			20,0 Tsd. EUR			
von Kap. 0306 Tit. 534 69			22,4 Tsd. EUR			
von Kap. 0307 Tit. 534 69			57,6 Tsd. EUR			
546 69	012	Sonstiger Sachaufwand		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

812 69	012	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	35,0		a)	35,0
			53,5		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Vollformatscanner Druckerei	15,0
2. Telefonanlage	20,0
zus.	35,0

Summe Titelgruppe 69 2.777,8 a) 2.805,7

72 **Kosten der Kampfmittelbeseitigung**

Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabermächtigung vermindert sich um die Wenigereinnahmen bei Tit. 111 72.

Erläuterung: Die Aufgaben der Kampfmittelbeseitigung (Bergen und Entschärfen, Befördern und Unschädlichmachen von Kampfmitteln des letzten Krieges) werden vom Kampfmittelbeseitigungsdienst beim Regierungspräsidium Stuttgart für das ganze Land wahrgenommen.

428 72A	045	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)	1.912,0		a)	1.822,0
			1.736,8		b)	
			1.726,3		c)	

Erläuterung: Die Stellen sind in der Stellenübersicht zu Tit. 428 01 ausgebracht. Veranschlagt sind:
 Neben den ordentlichen Bezügen für die tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einschließlich der nicht besonders aufgeführten Zulagen aufgrund von Tarifverträgen

	Tsd. EUR
6. Sonstige Zulagen	204,0
u. a. Gefahrenzulage, Sonderprämien	
8. Sonstiges (Sonderzuschläge)	12,1

Aus den Mitteln dürfen auch Personalkosten für unbefristete Beschäftigungsverhältnisse (drei Luftbildauswerter/innen in Entgeltgruppe 12, eine/n Verwaltungsangestellte/n und eine/n Feuerwerker/in in Entgeltgruppe 9) bestritten werden.

428 72B	045	Zeitzuschläge, Überstundenentgelte und Entgelte für Mehrarbeit für Beschäftigte	55,1		a)	55,1
			62,2		b)	
			47,1		c)	

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
- Zeitzuschläge	4,9
- Überstundenentgelte	18,3
- Entgelte für Mehrarbeit	31,9
Zus.	55,1

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
453 72	045	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
511 72	045	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände		32,8 27,8 17,8	a) b) c)	27,8
Erläuterung:						
Veranschlagt sind: Tsd. EUR						
1. Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften), Porto, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchs- gegenstände 9,5						
4. Unterhaltung und Instandsetzung 5,5						
5. Fernmeldegebühren 9,8						
6. Sonstiges 3,0						
Zus. <u>27,8</u>						
Anzahl der in den Wohnungen von Landesbediensteten vorhandenen Fernsprechanchlüsse: 6						
514 72	045	Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl.		90,3 85,9 86,0	a) b) c)	85,9
Erläuterung:						
Bestand an Dienstkraftfahrzeugen und selbstfah- renden Arbeitsmaschinen: 2016 2017						
Pkw 2 2						
davon geleast 1 1						
Kombi-, Einsatz- und Spezialfahrzeuge, Fahrzeuge mit Sonder- ausstattung, Funk usw. 8 8						
Lkw 5 5						
Anhänger für Kfz 5 5						
Selbstfahrende Arbeitsmaschinen 1 1						
517 72	045	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume		1,0 0,3 0,3	a) b) c)	0,3
Erläuterung: Veranschlagt sind geringwertige Gebrauchsgegenstände und Ver- brauchsmittel.						
518 72	045	Mieten und Pachten für Maschinen, Fahrzeuge und Geräte		2,3 7,9 6,0	a) b) c)	7,9
525 72	045	Aus- und Fortbildung		15,4 9,1 17,0	a) b) c)	9,1

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

527 72	045	Dienstreisen		15,0	a)	9,1
				9,1	b)	
				8,8	c)	

Erläuterung:

Veranschlagt sind auch Wegstreckenentschädigungen für privateigene Kraftfahrzeuge.

Zugelassene Fahrzeuge	2016	2017
Pkw	2	2

534 72A	045	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		0,0	a)	0,0
				1.075,8	b)	
				0,0	c)	

Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Tit. 261 72; ggf. können Ausgaben auch vor dem kassenmäßigen Eingang der Einnahmen geleistet werden.

Erläuterung: Veranschlagt sind Kosten für die Kampfmittelbeseitigung durch private Unternehmen zur Intensivierung der Räumung insbesondere von Konversionsflächen.

534 72B	045	Dienstleistungen Dritter u. dgl. für die Munitionsvernichtung		100,0	a)	330,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Aufgrund immissionsrechtlicher Bestimmungen ist die bisherige Art der Vernichtung von Kampfmitteln, die auf landeseigenem Gelände und von eigenem Personal vorgenommen wurde, nicht mehr gestattet. Deshalb ist die Vernichtung der Fundmunition in einer speziellen Munitionsvernichtungsanlage vorgesehen. Veranschlagt sind Entgelte für Vernichtungs- und Transportkosten.

547 72	045	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben		34,9	a)	29,6
				29,6	b)	
				39,4	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind Kosten für Bücher und sonstige Druckerzeugnisse, Unterhaltungskosten, Verbrauchsmittel (z. B. Sprengstoffe) sowie Ersätze an Dritte im Rahmen der Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes und der Gefahrstoffverordnung.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
811 72	045	Erwerb von Dienstfahrzeugen und Anhängern		80,0 284,7 55,7	a) b) c)	150,0
Erläuterung:						
Veranschlagt sind folgende Ersatzbeschaffungen:						Tsd. EUR
1	LKW			150,0		
			Zus.	150,0		
Ausgesondert werden sollen im Jahr 2017:						
Dienststellen	Typ des Dienstkraft- fahrzeugs	Baujahr	Gesamtfahrleistung am 1. Januar 2016 km	Voraussichtliche Gesamtfahrleistung zum Aussonde- rungszeitpunkt km	Amtliches Kenn- zeichen	
RP Stuttgart	Iveco ML95E	1994	180.800	200.000	S-1313	
812 72	045	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		6,0 77,9 41,1	a) b) c)	24,0
Erläuterung:						
Veranschlagt sind:						Tsd. EUR
1.	Luftbilder			0,0		
2.	Bombensuchgerät			6,0		
3.	GPS			10,0		
4.	Tauchausrüstung und Anzug			8,0		
			Zus.	24,0		
Summe Titelgruppe 72				2.344,8	a)	2.550,8
73		SV Sparkassenversicherung				
Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Ausgaben sind in Höhe der Einnahmen bei Tit. 261 73 zulässig; ggf. können Ausgaben auch vor dem kassenmäßigen Eingang der Einnahmen geleistet werden.						
422 73	610	Bezüge der Beamtinnen und Beamten einschließlich Abordnungen		4.304,3 3.866,4 4.152,9	a) b) c)	3.962,4
428 73	610	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)		5.076,5 4.370,8 4.656,5	a) b) c)	4.413,9
429 73	610	Sonstige Personalausgaben		20,0 0,0 0,0	a) b) c)	10,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
441 73	610	Beihilfen aufgrund der Beihilfenverordnung u. dgl.		1.800,0 1.176,3 1.405,3	a) b) c)	1.300,0
547 73	610	Sächliche Verwaltungsausgaben		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
Summe Titelgruppe 73				11.200,8	a)	9.686,3
74		Versorgungskurkliniken				
428 74	241	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)		126,0 89,0 93,1	a) b) c)	98,3
Summe Titelgruppe 74				126,0	a)	98,3
75		Durchführung der Informationsdienste für Suchtprävention und für Beratungslehrerinnen und -lehrer Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig.				
429 75	129	Personalaufwand		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
547 75	129	Sachaufwand		10,0 11,5 7,3	a) b) c)	10,0
Summe Titelgruppe 75				10,0	a)	10,0
86		Personalkosten für die Unterhaltung der Bundes- autobahnen aus Bundesmitteln Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 231 86, ggf. können Ausgaben auch vor dem kassenmäßigen Eingang der Einnah- men geleistet werden.				

Erläuterung: Hier werden die Personalkosten für die im Unterhaltungsdienst an Bundesautobahnen tätigen Beschäftigten nachgewiesen. Die Kosten werden in voller Höhe aus Bundesmitteln erstattet; vgl. Tit. 231 86.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

428 86	721	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)	9.101,8 8.558,0 8.680,4	a) b) c)		9.238,3
--------	-----	--	-------------------------------	----------------	--	---------

Erläuterung:

Veranschlagt ist der Personalaufwand für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit unbefristeten und befristeten Arbeitsverträgen der Entgeltgruppen

	2016	2017
3 – 5 (Autobahnmeistereien)	3	3
6 – 9	67	67
1 – 5	130	130
Auszubildende, Umschüler/innen	20	20

Entgelte einschließlich der Sozialversicherungsbeiträge sowie Nebenleistungen und Zulagen (auch Überstundenvergütungen, Nachdienstentschädigungen, Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten, Jubiläumszuwendungen, Abfindungen und Übergangsgelder) für Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Auszubildende im Straßenunterhaltungsdienst sowie für Reinigungspersonal, insbesondere bei den Autobahnmeistereien.

441 86	721	Beihilfen	0,0 0,0 0,0	a) b) c)		0,0
--------	-----	-----------	-------------------	----------------	--	-----

Summe Titelgruppe 86			9.101,8	a)		9.238,3
-----------------------------	--	--	---------	----	--	---------

Gesamtausgaben			112.720,3	a)		118.978,8
-----------------------	--	--	-----------	----	--	-----------

Abschluss Kapitel 0304

Verwaltungseinnahmen			6.159,2	a)		6.299,2
-----------------------------	--	--	---------	----	--	---------

Übrige Einnahmen			22.138,7	a)		20.910,7
-------------------------	--	--	----------	----	--	----------

Gesamteinnahmen			28.297,9	a)		27.209,9
------------------------	--	--	----------	----	--	----------

Personalausgaben			91.651,3	a)		98.868,4
-------------------------	--	--	----------	----	--	----------

Sächliche Verwaltungsausgaben			6.907,8	a)		7.178,1
--------------------------------------	--	--	---------	----	--	---------

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			13.980,7	a)		12.549,0
---	--	--	----------	----	--	----------

Ausgaben für Investitionen			180,5	a)		383,3
-----------------------------------	--	--	-------	----	--	-------

Gesamtausgaben			112.720,3	a)		118.978,8
-----------------------	--	--	-----------	----	--	-----------

Kapitel 0304 Zuschuss			84.422,4	a)		91.768,9
------------------------------	--	--	----------	----	--	----------

Wirtschaftsplan

des

Landesbetriebs Landesbetrieb Gewässer

gemäß § 26 LHO

Vorbemerkung

Die Gewässerdirektion Neckar wird seit 01.01.1997 als Landesbetrieb gem. § 26 LHO geführt und ist im Zuge der Verwaltungsreform mit Wirkung vom 01.01.2005 in das Regierungspräsidium Stuttgart eingegliedert und als Landesbetrieb Gewässer fortgeführt worden.

Der Landesbetrieb Gewässer übernimmt die nach dem Verwaltungsstruktur-Reformgesetz - VRG zum 01.01.2005 beim Land verbliebenen Aufgaben, die von der Gewässerdirektion Neckar auf das Regierungspräsidium Stuttgart übergangen.

Die für die Aufgabenerfüllung notwendigen Personal- und Sachmittel sind im Einzelplan 03, die für Unterhaltung und Betrieb, für Baumaßnahmen, Anlagen, Erwerb von beweglichen Sachen und Grunderwerb erforderlichen Mittel im Einzelplan 10 enthalten. Innerhalb des Wirtschaftsplans können die Mittel aus Kap. 0304 Tit. 682 02 und die für den Landesbetrieb Gewässer beim Regierungspräsidium Stuttgart zugewiesenen Mittel aus Kap. 1005 Tit. 682 01 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Anlage 1 zu Kap. 0304
Regierungspräsidium Stuttgart Landesbetrieb Gewässer

A. Erfolgsplan		Betrag für 2015 Ist-Ergebnis	Betrag für 2016 Soll	Betrag für 2017 Planung
Tsd. EUR				
I. Erträge				
1.	Umsatzerlöse	4,9	425,0	358,0
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,0	0,0	0,0
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	161,2	0,0	0,0
4.	Sonstige betriebliche Erträge	846,0	145,0	170,3
5.	Erträge aus Beteiligungen, Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, Zins- und ähnliche Erträge	0,0	0,0	0,0
6.	außerordentliche Erträge	0,0	0,0	0,0
	Die Nr. 2-4 können auch unter der Bezeichnung "übrige Erträge" zusammengefasst werden.	1.012,1	570,0	528,3
	Summe der Erträge			
II. Aufwendungen				
1.	Materialaufwand	4.069,9	2.492,7	3.454,8
1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	193,9	250,0	328,0
1.2	Aufwendungen für Bezogene Leistungen	3.876,0	2.242,7	3.126,8
2.	Personalaufwand	4.843,5	5.189,5	5.401,9
2.1	Löhne und Gehälter	3.675,4	4.009,8	3.999,6
2.2	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.168,1	1.179,7	1.402,3
3.	Abschreibungen	1.502,4	1.115,0	1.391,2
4.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	359,6	660,0	631,5
4.1	Instandhaltung und Instandsetzung	334,3	350,0	400,0
4.2	Übrige	25,3	310,0	231,5
5.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens, Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0
6.	Außerordentliche Aufwendungen	4,8	0,0	0,0
7.	Steueraufwand	2,7	0,0	0,0
	Summe der Aufwendungen	10.782,9	9.457,2	10.879,3
III.	Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-) vor Zu- und Abführungen Land - Ergebnisübernahme	-9.770,8	-8.887,2	-10.351,1
IV.	Zuführungen/Ablieferungen Land - Ergebnisübernahme	10.064,4	7.772,2	8.959,9
1.	Zuführungen für den laufenden Betrieb	10.064,4	7.772,2	8.959,9
2.	Ablieferungen an das Land	0,0	0,0	0,0
V.	Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-) nach Ergebnisübernahme Land	293,6	-1.115,0	-1.391,2

Die Berechnung der Summen erfolgt auf Basis der EUR-Werte. Durch die Rundung der Einzelwerte im Druck auf Tsd. EUR mit einer Nachkommastelle können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

Anlage 1 zu Kap. 0304
Regierungspräsidium Stuttgart Landesbetrieb Gewässer

B. Finanzplan		Betrag für 2015 Ist-Ergebnis	Betrag für 2016 Soll	Betrag für 2017 Planung
Tsd. EUR				
I. Mittelbedarf				
1.	Jahresfehlbetrag des Erfolgsplans vor Ergebnisübernahme Land	9.770,8	8.887,2	10.351,1
2.	Zugänge des Anlagevermögens einsch. Anzahlungen/Anlagen im Bau und immaterielle Anlagegüter	8.816,8	4.327,1	5.553,0
2.1	Grundstücke und Bauten	5,5	30,0	120,0
2.2	Technische Anlagen und Maschinen	305,9	420,0	46,0
2.3	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	918,2	17,1	827,0
2.4	Sonstige Anlagen	7.587,2	3.860,0	4.560,0
3.	Bildung von Rücklagen	2.972,4	0,0	0,0
4.	Erfolgswirksame Auflösung des Sonderpostens für Investitionszu- schüsse Dritter	28,5	0,0	0,0
5.	Entnahmen/Ablieferung an das Land	0,0	0,0	0,0
	<u>davon erfolgswirksam:</u>			
	a) Ablieferung (Ergebnisübernahme)	0,0	0,0	0,0
	<u>davon erfolgsneutral:</u>			
	b) Kapitalrückzahlungen	0,0	0,0	0,0
	<u>Summe I</u>	21.588,5	13.214,3	15.904,1
II. Deckungsmittel				
1.	Jahresüberschuss des Erfolgsplans vor Ergebnisübernahme Land	0,0	0,0	0,0
2.	Verminderung des Anlagevermö- gens	1.509,7	1.115,0	1.391,2
2.1	Abgänge	7,2	0,0	0,0
2.2	Abschreibungen	1.502,4	1.115,0	1.391,2
3.	Verwendung/Auflösung von Rückla- gen	4.098,2	0,0	0,0
4.	Zugänge Sonderposten Investitions- zuschüsse Dritter	724,2	2.057,0	905,0
5.	Zuführung des Landes			
	Kap. 0304 Tit. 682 02	5.304,3	5.483,2	5.593,1
	Kap. 1005 Tit. 682 01	1.590,0	1.404,3	1.590,0
	Kap. 1005 Tit. 891 01	2.564,0	2.270,1	3.448,0
	Kap. 1005 Tit. 682 76	71,0	150,0	150,0
	Kap. 0802 ELER	684,9	0,0	0,0
	Kap. 1005 Tit. 633 75	11,0	0,0	0,0
	Kap. 1005 Tit. 682 74	610,0	734,7	1.626,8
	Kap. 1005 Tit. 682 85 GAK	1.500,0	0,0	1.200,0
	Kap. 1005 Tit. 883 85	700,0	0,0	0,0
	LUBW Messwesen	538,0	0,0	0,0

Anlage 1 zu Kap. 0304
Regierungspräsidium Stuttgart Landesbetrieb Gewässer

	<u>davon erfolgswirksam:</u>			
	a) Zuführungen für den laufenden Betrieb (Ergebnisübernahme)	10.064,4	7.772,2	8.959,9
	<u>davon erfolgsneutral:</u>			
	b) Kapitalzuführungen	0,0	0,0	0,0
	c) Zuführungen zur Vermehrung des Anlagevermögens	3.508,8	2.270,1	4.648,0
	d) Zuführungen für Rücklagen	0,0	0,0	0,0
	<u>Summe II</u>	19.905,3	13.214,3	15.904,1

Die Berechnung der Summen erfolgt auf Basis der EUR-Werte. Durch die Rundung der Einzelwerte im Druck auf Tsd. EUR mit einer Nachkommastelle können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan:

Gesamtbestand Personal

		Stellen/VZÄ	Stellen/VZÄ
		2016	2017
		Soll	Planung
a)	Planmäßige Beamtinnen und Beamte in Stellen	24,5	24,5
	*kw	*0,0	*0,0
b)	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte) in Stellen	76,5	75,5
	*kw	*4,0	*3,0
	Summe a) und b):	101,0	100,0
	*kw:	*4,0	*3,0
c)	Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (in Stellen), Auszubildende, Praktikanten u.ä. (in VZÄ)	0,0	0,0
	*kw	*0,0	*0,0
d)	Auszubildende, Praxissemester-/DHBW-studenten/-innen	0,0	0,5
e)	Praktikanten/-innen, Volontäre, u.ä.	6,3	4,2
	Summe c) bis e):	6,3	4,7
	*kw:	*0,0	*0,0
f)	Nicht nach Stellen bewirtschaftetes Personal	0,0	0,0
g)	Befristet Beschäftigte (nur Museen)	0,0	0,0
	Gesamtsumme a) bis g)	107,3	104,7
	*kw:	*4,0	*3,0

Anlage 1 zu Kap. 0304
Regierungspräsidium Stuttgart Landesbetrieb Gewässer

Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte) einschl. kw-/ku-Vermerken	Stellen 2016 Soll	Veränderungen 2017 Planung	Stellen 2017 Planung
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insgesamt			
Außertariflich Beschäftigte	0,0		0,0
Summe	0,0		0,0
Summe *kw	0,0		0,0
Tariflich Beschäftigte			
1. E13	3,0		3,0
Hochwasserrisikomanagementpläne 1/1 beschäftigt aus Kap. 1005 Tit. 682 74			
2. E12	1,0		1,0
3. E11	5,0		5,0
*kw spätestens ab 01.06.2017 Hochwasserschutz	1,0		1,0
4. E9	1,0		1,0
5. E8	9,5	-2,0 Wegfall in Vollzug des ku-Vermerks nach E7 -1,0 Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	6,5
ku 8,5/3,5 nach E7 mit Ausscheiden des Stelleninhabers			
*kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers	0,0	+3,0 übertragen von E6 (Korrektur wegen falscher Zuordnung) mit gleichzeitiger Änderung des ku-Vermerks -1,0 Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	2,0
6. E7	3,0	+2,0 Zugang in Vollzug des ku-Vermerks bei E8	5,0
7. E6	8,5		8,5
*kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers	3,0	-3,0 übertragen nach E8 (Korrektur wegen falscher Zuordnung)	0,0
8. E5	43,0		43,0
9. E2-5	2,5		2,5
Summe	76,5		75,5
Summe *kw	4,0		3,0
Summe	76,5		75,5
Summe *kw	4,0		3,0

Bestand an Dienstfahrzeugen und selbstfahrenden Arbeitsmaschinen:	Anzahl für 2015 Ist-Ergebnis	Anzahl für 2016 Soll	Anzahl für 2017 Planung
PKW	11	10	11
Einsatz- und Spezialfahrzeuge	24	25	24
Lastwagen	6	3	5
Anhänger für KFZ	47	69	65
Wasserfahrzeuge	13	18	18
Sonstige	17	21	21
Zum Dienstreiseverkehr zugelassene privateigene PKW	0	22	20

Erläuterungen zum Erfolgsplan:

Zu A.I.1 (Umsatzerlöse): Veranschlagt sind Verwaltungsgebühren nach dem Landesgebührengesetz, Einnahmen aus Veröffentlichungen, Wassernutzungsentgelte, Kostenersatz Dritter usw.

Betrag für 2016 und 2017: einschließlich Zuweisung der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW) für Betrieb und Unterhaltung des Landesmessnetzes.

Betrag für 2015: ohne Zuweisung der LUBW (diese ist unter B.II.5 „Zuführung des Landes“ ausgewiesen).

Zu A.I.4 (Sonstige betriebliche Erträge): Veranschlagt sind Erstattungen im Rahmen der Gewährung von Leistungen nach dem Altersteilzeitgesetz durch die Agentur für Arbeit und Erstattungen des Bundes für Freiwillige nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz (Kap. 0304) sowie Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung und dergleichen (Kap. 1005).

Betrag für 2015: einschließlich Erträge aus der Nachaktivierung von Altanlagen in Höhe der Restbuchwerte (518,5 Tsd. EUR).

Zu A.II.1 (Materialaufwand):

Zu A.II.1.1: Veranschlagt sind die Kosten für Baustoffe, Treib- und Schmierstoffe und dergleichen.

Zu A.II.1.2: Veranschlagt sind die Kosten für die Unterhaltung der in der Unterhaltungslast des Landes stehenden Gewässer und wasserwirtschaftlichen Anlagen sowie des Messnetzes und der Erstellung der Hochwasserrisikomanagementpläne.

Zu A.II.2 (Personalaufwand):

Zu A.II.2.1: Veranschlagt ist der Personalaufwand für 107,3/104,7 Bedienstete – 24,5/24,5 Beamtinnen/Beamte, 76,5/75,5 Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer (davon 22,5/21,5 [kw. 4,0/3,0] Verwaltung und 54/54 Wasserbauarbeiter) sowie 6,3/4,7 Praktikantinnen/Praktikanten, Freiwillige gem. Bundesfreiwilligendienstgesetz und Reinigungskräfte. Weitere Aushilfskräfte nach Bedarf.

Zu A.II.2.2: Veranschlagt sind der Versorgungsaufwand für Beamtinnen und Beamte, Sozialversicherungsbeiträge (Arbeitgeberanteil) für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Umlagen für die Zusatzversorgung, Übergangsgelder, Beihilfen, Fürsorgeleistungen.

Zu A.II.4 (sonstige betriebliche Aufwendungen):

Zu A.II.4.1 Veranschlagt sind die Kosten für die Instandhaltung von Fahrzeugen, Maschinen und Geräten. Die Anschaffung eines weiteren Leasingfahrzeugs am Dienstsitz Heilbronn zur Einsparung von Reisekosten ist bereits 2016 vorgesehen.

Zu A.II.4.2: Veranschlagt ist insbesondere der allgemeine Geschäftsbedarf, Postgebühren, Reisekosten, IT-Kosten sowie die Erstattung von Sachkosten (an das Regierungspräsidium Stuttgart), Verwaltungskosten (an das Landesamt für Besoldung und Versorgung BW und die Landesoberkasse BW), Lizenzgebühren (an das LCC), sowie die Arbeitsschutzkleidung der Wasserbauarbeiter und dergleichen.

Betrag für 2015: einschließlich des Saldos aus den im Jahr 2015 neu gebildeten und den aufgelösten Rückstellungen des Vorjahres für ungewisse Personalausgaben (Resturlaub, Gleitzeit, Überstunden und Altersteilzeit) in Höhe von -293,6 Tsd. EUR (neu gebildet: 662,0 Tsd. EUR; aufgelöst: 955,7 Tsd. EUR).

Zu A.IV.1: Betrag für 2015: einschließlich Abschreibungen (A.II.3).

Zu A.V: Betrag für 2016 und 2017: Planmäßiger Jahresfehlbetrag in Höhe der Abschreibungen (A.II.3).

Betrag für 2015: Jahresüberschuss in Höhe des Saldos aus aufgelösten und neu gebildeten Rückstellungen für ungewisse Personalausgaben in Höhe von 293,6 Tsd. EUR.

Erläuterungen zum Finanzplan:

Bauvorhaben-Nr. Gewässer	Baumaßnahme	Veranschlagte Gesamtkosten	Voraussichtl. Ausgabenstand 31.12.2016 Tsd. EUR	Betrag 2017 Tsd. EUR	Betrag 2018ff. Tsd. EUR
	Baumaßnahmen an Gewässer I. Ordnung				
Zu B.I.2.1:	Grundstücke und Bauten				
-	Grunderwerb	240,0	0,0	120,0	120,0
zu B.I.2.4:	Sonstige Anlagen				
	Hochwasserschutzmaßnahmen				
GSI0003 Tauber	HWS Tauberbischofsheim	9.105,0	2.855	1.650,0	4.600
	Kleine Hochwasserschutzmaßnahmen				
	Hochwasserschutzplanungen	300,0	0,0	100,0	200,0
	Kleinere HWS-Maßnahmen, insbesondere an Jagst, Fils, Erms, Würm	300,0	0,0	100,0	200,0
	Summe Hochwasserschutzmaßnahmen	9.705,0	2.855,0	1.850,0	5.000,0
	Gewässerökologische Maßnahmen				
GSS0016Jagst	Aktionsprogramm Jagst	3.053,0	153,0	450,0	2.450,0
GSI0009 Tauber	Renaturierung der Tauber bei Tauberbischofsheim	1.595,0	1.005,0	590,0	0,0
GSI0025Kocher	Ökolog. Umgestaltung Kocher, Abtsgmünd-Fachsenfeld	910,0	50,0	200,0	660,0
GSI0074Würm	Reaktivierung eines Altarms, Würm, Merklingen	1.425,0	75,0	300,0	1.050,0
GSI0075 Neckar	Herstellung der ökolog. Durchgängigkeit Neckarwehr Wendlingen	3.530,0	130,0	200,0	3.200,0
	Kleine gewässerökologische Maßnahmen				
Lein	Kleinere gewässerökolog. Maßnahmen an der Lein, insbe- sondere - Raue Rampe Lauberbachmühle - Raue Rampe Rossnagelmühle GSI0055 - Raue Rampe Göggingen/Mulfingen	720,0	20,0	300,0	400,0
Neckar	Kleinere gewässerökolog. Maßnahmen am Neckar, insbe- sondere - Pappelwald, Neckartenzlingen GSI0083 - Mündung Hammetweiler Graben, Neckartenzlingen - Seitenarm Neckartenzlingen - Tuchbleichensee, Unterensingen GSI0082	2.630,0	130,0	670,0	1.830,0
	Summe Gewässerökologische Maßnahmen	13.863,0	1.563,0	2.710,0	9.590,0
	Summe Sonstige Anlagen:	23.568,0	4.418,0	4.560,0	14.590,0
Zu B.II.4	davon Kostenersätze Dritter	6.009,0	864,0	905,0	4.240,0

Anlage 1 zu Kap. 0304
Regierungspräsidium Stuttgart Landesbetrieb Gewässer

Zu B.I.2.2: Technische Anlagen und Maschinen

Zweckbestimmung		Betrag 2017 Tsd. EUR
1 Notstromaggregat	Ersatzbeschaffung	16,0
2 handgeführte Motormäher	Ersatzbeschaffungen	30,0
	Summe:	46,0

Betrag für 2015: ohne Fuhrpark
 Betrag für 2016: einschließlich Fuhrpark
 Betrag für 2017: ohne Fuhrpark

Zu B.I.2.3: Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

Zweckbestimmung		Betrag 2017 Tsd. EUR
1 LKW mit Aufbauten	Ersatzbeschaffung	360,0
1 Unimog bzw. Schlepper	Ersatzbeschaffung	250,0
1 Geräteträger mit Frontlader	Neubeschaffung	130,0
1 PKW Allrad-Pritschentransporter	Ersatzbeschaffung	40,0
1 Unimog Tandemanhänger	Ersatzbeschaffung	30,0
2 PKW-Tandemanhänger	Ersatzbeschaffungen	14,0
3 Motorsägen	Ersatzbeschaffungen	3,0
	Summe:	827,0

Betrag für 2015: einschließlich Fuhrpark
 Betrag für 2016: ohne Fuhrpark
 Betrag für 2017: einschließlich Fuhrpark

Zu B.I.2.4: Sonstige Anlagen

Betrag für 2015 einschließlich Anschaffungs-/Herstellungskosten nachaktivierter Altanlagen in Höhe von 2.385,4 Tsd. EUR.

Zu B.II.5: Zuführung des Landes

Betrag für 2015 einschließlich Zuweisung der LUBW für Betrieb und Unterhaltung des Landesmessnetzes in Höhe von 538,0 Tsd. EUR

Wirtschaftsplan

des

Landesbetriebs Landesbetrieb Landesgesundheitsamt

gemäß § 26 LHO

Vorbemerkung

Das Landesgesundheitsamt wird seit 01.01.1998 als Landesbetrieb gem. § 26 LHO geführt und ist im Zuge der Verwaltungsreform mit Wirkung vom 01.01.2005 als Abteilung 9 in das Regierungspräsidium Stuttgart eingegliedert worden. Nach dem Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst (Gesundheitsdienstgesetz - ÖGDG) vom 29.12.2015 (GBl. S. 1210) hat das Landesgesundheitsamt gem. § 16 ÖGDG die Aufgabe, als fachliche Leitstelle für den Öffentlichen Gesundheitsdienst die Landesregierung, die Regierungspräsidien und die Gesundheitsämter auf den Gebieten des Öffentlichen Gesundheitsdienstes zu beraten und zu unterstützen. Im Rahmen dieser Aufgaben obliegen dem Landesgesundheitsamt insbesondere:

1. die Sammlung und Auswertung wissenschaftlicher Erkenntnisse und praktischer Erfahrungen,
2. die Entwicklung fachlicher Konzepte und Strategien auf dem Gebiet des öffentlichen Gesundheitswesens, soweit nicht andere Stellen zuständig sind,
3. die Durchführung von fachbezogenen Untersuchungen sowie die Auswertung von Untersuchungsprogrammen auf dem Gebiet des öffentlichen Gesundheitswesens,
4. die Durchführung labordiagnostischer Untersuchungen nach Maßgabe näherer Bestimmung durch die zuständige oberste Gesundheitsbehörde,
5. die Entwicklung von Methoden und Verfahren der Qualitätssicherung und -kontrolle für den Öffentlichen Gesundheitsdienst und die Kommunalen Gesundheitskonferenzen,
6. soweit nicht andere Einrichtungen zuständig sind, die Qualifizierung im Öffentlichen Gesundheitsdienst im Rahmen seiner Aufgabenzuständigkeit (Aus-, Fort- und Weiterbildung),
7. die Feststellung der Gleichwertigkeit im Ausland erworbener Ausbildungsnachweise und inländischer Ausbildungsnachweise für landesrechtlich geregelte Berufe im öffentlichen Gesundheitswesen nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz Baden-Württemberg,
8. die Erstattung und Erläuterung von Gutachten für Gerichte und Staatsanwaltschaften über Fragen, die Dienstaufgaben betreffen und
9. die Gesundheitsberichterstattung.

Beim Landesgesundheitsamt ist eine Geschäftsstelle Kompetenzzentrum Gesundheitsschutz eingerichtet. Ihr obliegt die koordinierende Schnittstellenfunktion auf dem Gebiet der Gesundheitsvorsorge und der Gefahrenabwehr beim Auftreten von gefährlichen übertragbaren Krankheiten, Großschadens- und Katastrophenfällen sowie bei terroristischen Bedrohungen.

Die Aufgabenerledigung i. S. d. § 16 ÖGDG liegt derzeit auf folgenden Schwerpunktgebieten:

- Hygiene und Infektionsschutz zur Verhütung von Infektionskrankheiten und Verhinderung ihrer Weiterverbreitung,
- Medizinisch-chemische Analytik, insbesondere auf dem Gebiet der Schimmelpilze in Innenräumen,
- Fachbezogene Untersuchungen im Öffentlichen Gesundheitsdienst und Forschungsprojekte im öffentlichen Gesundheitswesen/Gesundheitsplanung,
- Gesundheitsförderung und Prävention,
- Gesundheitsdaten, Epidemiologie und Gesundheitsberichterstattung,
- Kompetenzzentrum Gesundheitsschutz, einschließlich IfSG-Meldewesen sowie Fragestellungen zum umweltbezogenen Gesundheitsschutz.

Ein weiterer Aufgabenschwerpunkt ist das Qualitätsmanagement für den Laborbereich, die Qualitätssicherung im Öffentlichen Gesundheitsdienst sowie die Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote für den Öffentlichen Gesundheitsdienst und für den Bereich Hygiene in medizinischen und nichtmedizinischen Einrichtungen. Als neues Aufgabengebiet seit 01.01.2016 (mit dem Inkrafttreten des ÖGDG) ist auch die Feststellung der Gleichwertigkeit im Ausland erworbener Ausbildungsnachweise und inländischer Ausbildungsnachweise für landesrechtlich geregelte Berufe im öffentlichen Gesundheitswesen beim Landesgesundheitsamt angesiedelt.

Zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit können auch andere Leistungen – insbesondere im Rahmen gesundheitsschutz- bzw. gesundheitsvorsorgebezogener Forschungsprojekte – erbracht werden, soweit die Erledigung der o. g. Aufgaben nicht beeinträchtigt wird.

Anlage 2 zu Kap. 0304
Regierungspräsidium Stuttgart Landesbetrieb Landesgesundheitsamt

Mit der Eingliederung ins Regierungspräsidium Stuttgart sind auch die Tätigkeitsbereiche des Landesprüfungsamtes für Medizin und Pharmazie, Approbationswesen, Teil des Aufgabenkatalogs geworden. Das Landesprüfungsamt (Referat 92) ist jedoch nicht Bestandteil des Landesbetriebs bzw. des Wirtschaftsplans.

Mit Inkrafttreten des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst und Änderung anderer Vorschriften zum 01.01.2016 geht die Zuständigkeit der Landesärzte für Behinderte und von Behinderung bedrohter Menschen nach § 62 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch, die Aufgaben der Staatlichen Gewerbeärztin oder des Staatlichen Gewerbearztes einschließlich der Kompetenzstelle Arbeitsmedizin – Arbeitspsychologie – Gesundheitsmanagement vom Landesbetrieb Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg auf das Regierungspräsidium Stuttgart über. Die Umsetzung der für diese Bereiche erforderlichen Personalstellen und Haushaltsmittel ist im Wirtschaftsplan 2017 berücksichtigt.

Durch die unentgeltliche Durchführung von verschiedenen Untersuchungen im öffentlichen Interesse entstehen wie folgt Mindereinnahmen:

Untersuchungen für die Stadt- und Landkreise als Untere Gesundheitsbehörden	Medizinische LaborU in Tsd. EUR	Trink- und Badewasser in Tsd. EUR
2015	2.346,7	260,6
2016	2.000,0	250,0
2017	2.000,0	250,0

Anlage 2 zu Kap. 0304
Regierungspräsidium Stuttgart Landesbetrieb Landesgesundheitsamt

A. Erfolgsplan		Betrag für 2015 Ist-Ergebnis	Betrag für 2016 Soll	Betrag für 2017 Planung
Tsd. EUR				
I. Erträge				
1.	Umsatzerlöse	2.854,2	1.354,9	1.551,4
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-923,6	0,0	-85,9
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	0,0	0,0
4.	Sonstige betriebliche Erträge	330,1	72,1	135,4
5.	Erträge aus Beteiligungen, Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, Zins- und ähnliche Erträge	0,5	0,0	0,6
6.	außerordentliche Erträge	0,0	0,0	0,0
	Die Nr. 2-4 können auch unter der Bezeichnung "übrige Erträge" zusammengefasst werden.	2.261,2	1.427,0	1.601,5
	Summe der Erträge			
II. Aufwendungen				
1.	Materialaufwand	2.287,7	1.116,5	1.255,0
1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.084,6	908,0	876,7
1.2	Aufwendungen für Bezogene Leistungen	1.203,1	208,5	378,4
2.	Personalaufwand	7.323,2	7.784,2	6.341,5
2.1	Löhne und Gehälter	5.715,3	6.085,6	4.806,0
2.2	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.607,9	1.698,6	1.535,5
3.	Abschreibungen	270,7	231,1	212,0
4.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	791,8	693,7	645,4
4.1	Instandhaltung und Instandsetzung	0,0	210,0	157,3
4.2	Übrige	791,8	483,7	488,1
5.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens, Zinsen und ähnliche Aufwendungen	79,0	0,0	0,0
6.	Außerordentliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0
7.	Steueraufwand	1,0	1,3	1,0
	Summe der Aufwendungen	10.753,4	9.826,8	8.454,9
III.	Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-) vor Zu- und Abführungen Land - Ergebnisübernahme	-8.492,2	-8.399,8	-6.853,4
IV.	Zuführungen/Ablieferungen Land - Ergebnisübernahme	8.617,8	8.168,7	6.641,4
1.	Zuführungen für den laufenden Betrieb	8.617,8	8.168,7	6.641,4
2.	Ablieferungen an das Land	0,0	0,0	0,0
V.	Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-) nach Ergebnisübernahme Land	125,6	-231,1	-212,0

Die Berechnung der Summen erfolgt auf Basis der EUR-Werte. Durch die Rundung der Einzelwerte im Druck auf Tsd. EUR mit einer Nachkommastelle können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

Anlage 2 zu Kap. 0304
Regierungspräsidium Stuttgart Landesbetrieb Landesgesundheitsamt

B. Finanzplan		Betrag für 2015 Ist-Ergebnis	Betrag für 2016 Soll	Betrag für 2017 Planung
Tsd. EUR				
I. Mittelbedarf				
1.	Jahresfehlbetrag des Erfolgsplans vor Ergebnisübernahme Land	8.492,2	8.399,8	6.853,4
2.	Zugänge des Anlagevermögens einsch. Anzahlungen/Anlagen im Bau und immaterielle Anlagegüter	189,1	355,0	281,0
2.1	Grundstücke und Bauten	5,9	0,0	0,0
2.2	Technische Anlagen und Maschinen	117,1	328,0	211,0
2.3	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	61,9	27,0	70,0
2.4	Sonstige Anlagen	4,2	0,0	0,0
3.	Bildung von Rücklagen	0,0	0,0	0,0
4.	Erfolgswirksame Auflösung des Sonderpostens für Investitionszu- schüsse Dritter	85,0	0,0	0,0
5.	Entnahmen/Ablieferung an das Land	0,0	0,0	0,0
	<u>davon erfolgswirksam:</u>			
	a) Ablieferung (Ergebnisübernahme)	0,0	0,0	0,0
	<u>davon erfolgsneutral:</u>			
	b) Kapitalrückzahlungen	0,0	0,0	0,0
	<u>Summe I</u>	8.766,3	8.754,8	7.134,4
II. Deckungsmittel				
1.	Jahresüberschuss des Erfolgsplans vor Ergebnisübernahme Land	0,0	0,0	0,0
2.	Verminderung des Anlagevermö- gens	271,4	231,1	212,0
2.1	Abgänge	0,7	0,0	0,0
2.2	Abschreibungen	270,7	231,1	212,0
3.	Verwendung/Auflösung von Rückla- gen	0,0	58,3	0,0
4.	Zugänge Sonderposten Investitions- zuschüsse Dritter	73,0	0,0	0,0
5.	Zuführung des Landes Kap. 0304 Titel 682 03	8.215,8	8.465,4	6.922,4
	<u>davon erfolgswirksam:</u>			
	a) Zuführungen für den laufenden Betrieb (Ergebnisübernahme)	8.617,8	8.168,7	6.641,4
	<u>davon erfolgsneutral:</u>			
	b) Kapitalzuführungen	0,0	0,0	0,0
	c) Zuführungen zur Vermehrung des Anlagevermögens	182,3	296,7	281,0
	d) Zuführungen für Rücklagen	0,0	0,0	0,0
	<u>Summe II</u>	8.560,2	8.754,8	7.134,4

Die Berechnung der Summen erfolgt auf Basis der EUR-Werte. Durch die Rundung der Einzelwerte im Druck auf Tsd. EUR mit einer Nachkommastelle können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

**Anlage 2 zu Kap. 0304
Regierungspräsidium Stuttgart Landesbetrieb Landesgesundheitsamt**

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan:

<u>Gesamtbestand Personal</u>		Stellen/VZÄ 2016 Soll	Stellen/VZÄ 2017 Planung
a)	Planmäßige Beamtinnen und Beamte in Stellen	43,5	35,0
	*kw	*1,0	*1,0
b)	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte) in Stellen	82,5	68,5
	*kw	*1,0	*1,0
	Summe a) und b):	126,0	103,5
	*kw:	*2,0	*2,0
c)	Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (in Stellen), Auszubildende, Praktikanten u.ä. (in VZÄ)	0,0	0,0
	*kw	*0,0	*0,0
d)	Auszubildende, Praxissemester-/DHBW-studenten/-innen	0,0	0,0
e)	Praktikanten/-innen, Volontäre, u.ä.	4,0	4,0
	Summe c) bis e):	4,0	4,0
	*kw:	*0,0	*0,0
f)	Nicht nach Stellen bewirtschaftetes Personal	0,0	0,0
g)	Befristet Beschäftigte (nur Museen)	0,0	0,0
	Gesamtsumme a) bis g)	130,0	107,5
	*kw:	*2,0	*2,0

Anlage 2 zu Kap. 0304
Regierungspräsidium Stuttgart Landesbetrieb Landesgesundheitsamt

Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte) einschl. kw-/ku-Vermerken	Stellen 2016 Soll	Veränderungen 2017 Planung	Stellen 2017 Planung
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insgesamt			
Außertariflich Beschäftigte	0,0		0,0
Summe	0,0		0,0
Summe *kw	0,0		0,0
Tariflich Beschäftigte			
1. E15	6,0	- 4,0 übertragen nach Kap. 0304 Tit. 428 01 Abschnitt 1 in Umsetzung des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG)	2,0
2. E14	4,5	- 1,5 übertragen nach Kap. 0304 Tit. 428 01 Abschnitt 1 in Umsetzung des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG)	3,0
3. E13	2,0		2,0
4. E12	1,0		1,0
5. E11	3,0		3,0
6. E10	4,0		4,0
7. E9	26,0		26,0
8. E8	7,0		7,0
9. E7	1,0		1,0
*kw spätestens ab 01.01.2018	1,0	- 1,0 Wegfall gegen Zugang *kw spätestens ab 01.01.2021	0,0
*kw spätestens ab 01.01.2021	0,0	+ 1,0 Zugang gegen Wegfall *kw spätestens ab 01.01.2018	1,0
10. E6	9,0	- 3,5 übertragen nach Kap. 0304 Tit. 428 01 Abschnitt 1 in Umsetzung des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG)	5,5
11. E5	10,5	- 5,0 übertragen nach Kap. 0304 Tit. 428 01 Abschnitt 1 in Umsetzung des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG)	5,5
ku 2,5/1,5 nach Entg.Gr. 4 mit Ausscheiden des Stelleninhabers			
12. E4	3,0		3,0
13. E3	2,0		2,0
14. E2-5	3,5		3,5
Summe	82,5		68,5
Summe *kw	1,0		1,0
Summe	82,5		68,5
Summe *kw	1,0		1,0

Bestand an Dienstfahrzeugen und selbstfahrenden Arbeitsmaschinen:	Anzahl für 2015 Ist-Ergebnis	Anzahl für 2016 Soll	Anzahl für 2017 Planung
PKW	1	1	0
KOM, Mannschafts-, Transportwagen	1	1	1
Zum Dienstreiseverkehr zugelassene privateigene PKW	0	4	4

Erläuterungen zum Erfolgsplan:

- Zu A I/1:** Veranschlagt sind Gebühren nach dem Gebührenverzeichnis zum Landesgebührengesetz i.V.m. der Gebührenverordnung Sozialministerium – GebVOSM in der jeweils geltenden Fassung, Einnahmen aus interner Verrechnung gem. § 61 LHO gegenüber Dienststellen der unmittelbaren Landesverwaltung und privatrechtliche Entgelte, insbesondere für Laboruntersuchungen. Weiterhin veranschlagt sind Teilnehmerentgelte für die Teilnahme an den vielfältigen vom Landesgesundheitsamt angebotenen Aus-, Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen. Die Zuweisungen durch Drittmittelgeber erfolgen für Projekte, die überwiegend kostendeckend und somit kostenneutral kalkuliert sind. Erst mit Abschluss der Projekte werden die Zuwendungen und Aufwendungen in ihrer Gesamthöhe erfolgswirksam. Der Zuführungsbetrag bzw. die Finanzplanung werden durch die Drittmitteleinnahmen bzw. -ausgaben somit nur geringfügig beeinflusst. Zuweisungen durch Drittmittelgeber sind im Plan 2017 enthalten, soweit diese durch Vereinbarungen bereits konkretisiert sind. Die Abweichungen der Planzahlen 2017 zum Plan 2016 bzw. Ist-Ergebnis 2015 resultieren aus Umsatzerlösen aus Drittmittelprojekten. Die Umsatzerlöse im Ist-Ergebnis 2015 betragen abzgl. der Erlöse aus Drittmittelprojekten 1.512 Tsd. EUR. Im Planansatz 2016 sind keine Umsatzerlöse aus Drittmitteln berücksichtigt, da zum Zeitpunkt der Planaufstellung noch keine Vereinbarungen bzgl. Drittmittelprojekten getroffen waren.
- Zu A I/2:** Veranschlagt ist die Erhöhung bzw. Verminderung des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen aus Drittmittelprojekten entsprechend den vertraglich vereinbarten Drittmittelfinanzierungsplänen. Im Haushaltsjahr 2017 endet die vertragliche Laufzeit von einigen mehrjährigen Projekten. Damit vermindert sich der Bestand an unfertigen Erzeugnissen entsprechend. Zum Zeitpunkt der Planaufstellung 2016 lagen für das Planjahr 2016 noch keine Drittmittelvereinbarungen vor.
- Zu A I/4:** Veranschlagt sind Erstattungen im Rahmen der Gewährung von Leistungen nach dem Altersteilzeitgesetz durch die Agentur für Arbeit, Mahn- und Vollstreckungsgebühren, Zuschüsse durch den Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg zur Abgeltung außergewöhnlicher Belastungen gem. dem Schwerbehindertenrecht nach dem SGB IX, sowie Erstattungen vom Bund für Reisekosten. Weiterhin sind für Aufwendungen des Landesbetriebes für das Regierungspräsidium Stuttgart Erträge aus interner Verrechnung berücksichtigt.
- Zu A II/1:** Veranschlagt sind Labormaterialien, Chemikalien und sonstiger Laborbedarf, Kosten für Druck- und Bindearbeiten, Mittel für die Vergütung von Dozentinnen und Dozenten im Rahmen der Aus- und Fortbildungen, die für Dritte angeboten werden, Aufwendungen zur Unterhaltung und Wartung technischer Anlagen, Kosten für den Gefahrgutversand, Aufwendungen für Berufskleidung und Arbeitsschutz. Die Aufwendungen für die Verbindliche Sprachstandsdiagnostik sind im Haushalt des Kultusministeriums veranschlagt, die Ausgabeermächtigung des LGA wird hierfür um Einnahmen bei Titel 381 01 erhöht. Daraus resultiert u.a. die erhebliche Abweichung Plan 2016 und 2017 zum Ist-Ergebnis 2015. Weiterhin haben sich die Aufwendungen für Labormaterialien aufgrund der Zunahme im Rahmen von Flüchtlingsuntersuchungen erhöht. Daneben sind im Ist-Ergebnis 2015 Materialaufwendungen für Drittmittelprojekte enthalten.
- Zu A II/2.1:** Veranschlagt ist der Personalaufwand für 130,0/107,5 Bedienstete (Beamtinnen und Beamte, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer) sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Sachmitteln, Drittmitteln, Praktikantinnen und Praktikanten und sonstige befristet Beschäftigte.
- Zu A II/2.2:** Veranschlagt sind die Aufwendungen für den Versorgungszuschlag, die Versorgungsrücklage, die Beihilfeaufwendungen und die Sozialversicherungsbeiträge für die Tarifbeschäftigten (Arbeitgeberanteil).
- Zu A II/3:** Veranschlagt sind die Abschreibungen auf das Anlagevermögen.
- Zu A II/4.1:** Veranschlagt sind Aufwendungen für die Pflege und Instandhaltung der EDV-Systeme, die Unterhaltung und Instandsetzung der Kraftfahrzeuge, Treibstoff mit Ausnahme der Leasingkosten. Die Leasingkosten werden unter der Position A II/4.2 "Übrige Aufwendungen" geplant. Für den Unterhalt der Gebäude sind nur die geringwertigen Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel veranschlagt. Die sonstigen Bewirtschaftungskosten sind wie bisher zentral bei Kap. 1209 - Staatsvermögen - etatisiert. Im Planjahr 2016 wurden hier auch die Aufwendungen für die Instandhaltung der technischen Anlagen im Produktionsbetrieb angesetzt. Diese Aufwendungen werden im Materialaufwand unter A.II/1. verbucht und sind für das Planjahr 2017 auch dort veranschlagt.
- Zu A II/4.2:** Veranschlagt sind neben dem allgemeinen Geschäftsbedarf u. a. Post- und Fernmeldegebühren, Reisekosten, Aus- und Fortbildungskosten, Gerätemieten, Lizenzen, Leasingkosten für Kfz, Schadensersatzzahlungen, Aufwendungen für Zeitungen und Fachliteratur, Bewirtungskosten für Gäste, Mitgliedsbeiträge, Trennungsgeld und Umzugskosten, Dienstjubiläumsgelder sowie Verwaltungskosten an das Landesamt für Besoldung und Versorgung. Weiterhin sind die Kosten für die Beschäftigung einer externen Betriebsärztin/eines externen Betriebsarztes für die arbeitsmedizinische Betreuung der Bediensteten des Landesgesundheitsamts und die Leistungen für die sicherheitstechnische Betreuung des Landesgesundheitsamtes auf der Grundlage der abgeschlossenen Verträge über die Ausführung von sicherheitstechnischen Leistungen nach dem Arbeitssicherheitsgesetz veranschlagt.
- Erträge und Aufwendungen für Drittmittelprojekte sind im Plan 2017 soweit bekannt berücksichtigt.
- Zu A II/7:** Veranschlagt sind Kfz-Steuern.

Das Jahresabschlussergebnis 2015 ist aufgrund folgender Punkte vorläufig:

1. Bewertung des Vorratsvermögens
2. Wertberichtigung des Forderungsbestandes
3. Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten und sonstige Rückstellungen
4. Rechnungsabgrenzung
5. Ermittlung der Vorsteuerabzugsquote für 2015
6. Sonstige Abschlussbuchungen

Anlage 2 zu Kap. 0304
Regierungspräsidium Stuttgart Landesbetrieb Landesgesundheitsamt

Erläuterungen zum Finanzplan:

Zu B I/2.: Veranschlagt sind die Investitionskosten ab 409 EUR für Maschinen, Geräte und Betriebs- und Geschäftsausstattung (einschl. EDV) im Rahmen von Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen insbesondere zur Gewährleistung der Arbeits- und Laborsicherheit, zur Qualitätssicherung und zum Ausbau der Büro- und Laborautomation. Die weiteren Kosten für Baumaßnahmen und Bauunterhaltung sind wie bisher bei Kap. 1208 – Staatlicher Hochbau – veranschlagt.

Zu B.1.2.2: Technische Anlagen und Maschinen:

Zweckbestimmung	Betrag 2017 Tsd. EUR
1 Tiefkühlschrank -70° C / 500 Liter Volumen (Ersatzbeschaffung)	10,0
1 Hybridisierungsautomat	20,0
1 Nukleinsäureextraktionsgerät (Ersatzbeschaffung)	15,0
1 CO ₂ Brutschrank (Ersatzbeschaffung)	10,0
1 Infektionssereologisches Analysegerät	40,0
1 Allergie-Screening-Gerät (Ersatzbeschaffung)	30,0
1 Interaktives Whiteboard	6,0
1 Softwareentwicklung LIMS	30,0
1 Server im Rechnerraum – Einrichtung erweitern	10,0
1 Ersatzbeschaffung und Erweiterung diverser Netzkomponenten (Hubs und Switches)	10,0
1 Softwareweiterentwicklung, z.B. Laborkosten- und Leistungsrechnung	30,0
Summe:	211,0

Zu B.1.2.3: Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung:

Zweckbestimmung	Betrag 2017 Tsd. EUR
Möbel, Gerätewagen, sonstige Ausstattungsgegenstände für die Fachabteilungen	10,0
Ausstattungsgegenstände für die Laborbereiche	10,0
Beschaffungen IUK	50,0
	70,0

Rücklagenplan

Zweckbestimmung	Jahr 2015 Ist		Jahr 2016 Plan		Jahr 2017 Plan		
	Bestand 01.01.	Entnahme	Bestand 01.01.	Entnahme	Bestand 01.01.	Entnahme	Bestand 31.12.2017
I. Kapitalrücklagen							
aus Einlagen des Landes oder anderer am Betrieb Beteiligter							
II. Gewinnrücklagen							
1. haushaltsgesetzlich vorgegebene Rücklage (§ 266 Abs. 3 Position A III 1 HGB)							
2. nach den Errichtungsregelungen vorgegebene Rücklage aus dem Jahresergebnis (§ 266 Abs. 3 Position A III 3 HGB)							
3. andere Rücklagen aus dem Jahresergebnis (§ 266 Abs. 3 Position A III 4 HGB)							
a) für Beschaffung neues Laborsystem	89,9	0,0	89,9	58,3	31,6	0,0	31,6
b) für Investitionen/Verlustausgleich	146,1	53,7	92,4	0,0	92,4	0,0	92,4
Zusammen	236,0	53,7	182,3	58,3	124,0	0,0	124,0
Gewinnrücklagen zusammen	236,0	53,7	182,3	58,3	124,0	0,0	124,0
III. Rücklagen insgesamt (I. + II.)	236,0	53,7	182,3	58,3	124,0	0,0	124,0

Das neue Laborsystem Lims ist seit 2008 im Einsatz. Lediglich die Migration des Laborbereichs der Medizinisch-Chemischen Analytik steht noch aus und soll in 2018 abgeschlossen werden.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0305 Regierungspräsidium Karlsruhe

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Vorbemerkung: In diesem Plankapitel sind die Einnahmen und Ausgaben des Regierungspräsidiums Karlsruhe (einschließlich Zentrale Bußgeldstelle und Landesbetrieb Gewässer) sowie in Tit.Gr. 72 das Budget für die Betriebskosten des Zweckverbands EURODISTRICT REGIO PAMINA und die technische Hilfe zur Abwicklung des INTERREG V A-Programms und in Tit.Gr. 73 der Landesanteil der Trinationalen Metropolregion Oberrhein nachgewiesen. Ferner sind hier die Personalausgaben der Staatsfernsprechzentrale Karlsruhe (Betriebskosten bei Kap. 1212) veranschlagt.

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 02	012	Gebühren	2.762,0 2.575,0 2.542,6	a) b) c)	2.762,0
--------	-----	----------	-------------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Gebühren, die aufgrund des Landesgebührengesetzes und anderer gesetzlicher Bestimmungen erhoben werden.

111 04	042	Luftsicherheitsgebühren	2.300,0 3.071,7 2.620,3	a) b) c)	2.300,0
--------	-----	-------------------------	-------------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Veranschlagt ist das voraussichtliche Gebührenaufkommen auf dem Verkehrsflughafen Baden-Airport Karlsruhe/Baden-Baden (vgl. Tit. 671 01).

111 05	012	Gebühren aus dem Vollzug des Gewebegesetzes	39,9 29,8 23,6	a) b) c)	39,9
--------	-----	---	----------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind Gebühreneinnahmen für Maßnahmen nach dem Gewebegesetz, sofern nicht in der Zuständigkeit der Leitstelle Arzneimittelüberwachung beim Regierungspräsidium Tübingen.

111 06	012	Gebühren aus der Medizinprodukteüberwachung	234,8 362,9 250,0	a) b) c)	234,8
--------	-----	---	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind Gebühreneinnahmen für Maßnahmen nach dem Medizinproduktegesetz und dessen Verordnungen.

111 07	012	Gebühren aus der Umsetzung der Richtlinie über Industrieemissionen	1.194,0 940,8 1.019,9	a) b) c)	1.194,0
--------	-----	--	-----------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Veranschlagt sind Gebühreneinnahmen aus der Umsetzung der Richtlinie über Industrieemissionen.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0305 Regierungspräsidium Karlsruhe

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
111 10	012	Gebühren und Erstattung von Sachverständigenkosten in atom- und strahlenschutzrechtlichen Verfahren	100,0		a)	100,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	
Erläuterung: Veranschlagt sind Ersätze für Sachverständigenkosten in atom- und strahlenschutzrechtlichen Verfahren. Vgl. Vermerk und Erläuterungen bei Tit. 526 12.						
112 01	012	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten	28.267,0		a)	32.887,0
			30.414,4		b)	
			25.577,8		c)	
Erläuterung: Veranschlagt sind Geldbußen einschließlich Kosten, Gebühren und Auslagenersatz auf den Gebieten des Straßenverkehrs auf Bundesautobahnen, der Landwirtschaft, der Aufgaben der Aufsichtsbehörde für den Datenschutz im nichtöffentlichen Bereich u. dgl.						
112 46	012	Erstattung von Prozesskosten	10,5		a)	10,5
			4,9		b)	
			12,7		c)	
Erläuterung: Veranschlagt sind auch Ersätze in Regress- und Schadensfällen.						
119 49	012	Vermischte Einnahmen	5,0		a)	5,0
			0,0		b)	
			0,2		c)	
Erläuterung: Vereinnahmt werden u. a. Einnahmen bei Veröffentlichungen und Ausschreibungen.						
124 01	012	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	25,0		a)	25,0
			15,5		b)	
			13,4		c)	
132 01	012	Erlöse aus der Veräußerung von Maschinen und sonstigen beweglichen Sachen	5,0		a)	5,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	
Erläuterung: Veranschlagt sind die Erlöse aus dem Verkauf abgängiger Büromaschinen und -möbel u. dgl.						
Zwischensumme Verwaltungseinnahmen			34.943,2		a)	39.563,2

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0305 Regierungspräsidium Karlsruhe

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Übrige Einnahmen

231 01	155	Zuweisung des Bundes für Begabtenförderung "Berufliche Bildung"	0,0		a)	0,0
			45,0		b)	
			56,0		c)	

Erläuterung: Vereinnahmt werden hier die Zuweisungen des Bundes für die Fördermaßnahme Begabtenförderung „Berufliche Bildung“. Vgl. Vermerk bei Tit. 681 01.

231 02	332	Sonstige Zuweisungen vom Bund	13,0		a)	13,0
			0,3		b)	
			8,3		c)	

Erläuterung: Erstattungen des Bundes für Freiwillige nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz (vgl. Tit. 427 02).

261 01	111	Erstattungen von Verwaltungsausgaben	68,6		a)	68,6
			132,8		b)	
			159,5		c)	

Erläuterung: Ersatz von Dienstbezügen für zwei Bedienstete des Regierungspräsidiums (bisher Oberschulamt) Karlsruhe als obere Schulaufsichtsbehörde durch die Schulstiftung Baden-Württemberg.

331 01	042	Erstattungen des Bundes	0,0		a)	0,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Vgl. Tit. 812 02.

Zwischensumme Übrige Einnahmen	81,6		a)	81,6
---------------------------------------	------	--	----	------

Titelgruppen

69		Aufwand für Informationstechnik				
119 69	012	Vermischte Einnahmen aus Informationstechnik	0,0		a)	0,0
			6,5		b)	
			3,2		c)	

Erläuterung: Vgl. Vermerk bei Tit.Gr. 69 - Ausgaben.

Summe Titelgruppe 69	0,0		a)	0,0
-----------------------------	-----	--	----	-----

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0305 Regierungspräsidium Karlsruhe

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
72		Grenzüberschreitende und interregionale Zusammen- arbeit				
237 72	012	Erstattungen des grenzüberschreitenden Zweckverbands EURODISTRICT REGIO PAMINA		0,0 64,1 61,0	a) b) c)	0,0
Erläuterung: Vgl. Vermerk bei Tit. 637 72.						
Summe Titelgruppe 72				0,0	a)	0,0
86		Erstattung der Personalaufwendungen				
231 86	721	Erstattungen vom Bund für die Unterhaltung der Bundesautobahnen		4.653,9 4.634,3 4.474,0	a) b) c)	4.753,9
Erläuterung: Veranschlagt ist die Erstattung der Personalaufwendungen für die im Unterhaltungs- und Fernmeldedienst an Bundesautobahnen tätigen Beschäftigten durch den Bund; vgl. Vermerk und Erläuterungen zu Tit.Gr. 86 - Ausgaben.						
Summe Titelgruppe 86				4.653,9	a)	4.753,9
Gesamteinnahmen				39.678,7	a)	44.398,7

Ausgaben

Personalausgaben

Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017.

Das Personalausgabenbudget gemäß § 6a Abs. 2 StHG 2017 umfasst die Tit. 422 01, 422 02, 422 04, 422 05, 427 26, 427 51, 428 01, 428 02, 428 05, 428 06, 428 51 sowie 453 01 und hat ein Gesamtvolumen in Höhe von 50.178,0 Tsd. EUR.

Die Ausgabeermächtigung des Personalausgabenbudgets erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 261 01. Ausgaben können auch vor dem kassenmäßigen Eingang der Einnahmen bei Tit. 261 01 geleistet werden.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Polizeireform können Beamtinnen und Beamte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer temporär von Regierungspräsidien zu Polizeidienststellen und von Polizeidienststellen zu Regierungspräsidien ohne Besoldungs- bzw. Vergütungersatz abgeordnet werden.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0305 Regierungspräsidium Karlsruhe

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
422 01	012	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten	31.024,6 28.385,4 27.607,5		a) b) c)	30.928,4
Erläuterung: In dem Haushaltsansatz sind einschließlich der Zulagen nach Maßgabe der besoldungsgesetzlichen Vorschriften enthalten:						
						Tsd. EUR
1.1		Aufwandsentschädigungen und Zuwendungen aus Gründen der Fürsorge				1,0
Mehr wegen Zugang Neustellen.						
422 02	012	Bezüge und Nebenleistungen für abgeordnete Beamtinnen und Beamte	99,8 104,5 62,3		a) b) c)	99,8
422 03	012	Bezüge der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst u. dgl.	147,0 91,5 127,5		a) b) c)	147,0
422 04	012	Leistungsprämien für Beamtinnen und Beamte gem. § 76 LBesGBW	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	0,0
422 05	012	Mehrarbeitsvergütung und Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten für Beamtinnen und Beamte und dgl.	30,9 16,9 2,6		a) b) c)	30,9
Erläuterung:						
Veranschlagt sind:						Tsd. EUR
- Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten						5,5
- Mehrarbeitsvergütung						25,4
zus.						30,9
427 02	332	Aufwendungen nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz	65,5 2,5 13,2		a) b) c)	65,5
Mehrausgaben sind in Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 231 02 zulässig.						
Erläuterung: Veranschlagt sind die Aufwendungen insbesondere für unentgeltliche Unterkunft, Verpflegung, Arbeitskleidung und Taschengeld für die Freiwilligen nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz (vgl. Tit. 231 02).						
427 26	012	Persönliche Prüfungskosten	160,0 157,1 161,4		a) b) c)	160,0
Erläuterung: Prüfungsvergütungen und Honorare (einschließlich Reisekosten), Kosten der Prüfungsaufsicht und Vergütungen für vorübergehend beschäftigte Schreibhilfen.						

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0305 Regierungspräsidium Karlsruhe

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

427 51	012	Sonstige Beschäftigungsentgelte	580,0 944,7 308,0		a) b) c)	580,0
--------	-----	---------------------------------	-------------------------	--	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Urlaubs- und Krankheitsstellvertretungen, Aushilfen (auch Werkstudentinnen/-studenten, Ferienpraktikantinnen/-praktikanten, Austauschstudentinnen/-studenten, ständige Heimarbeiterinnen/-arbeiter u. dgl.) sowie vorübergehende Beschäftigung von Ausgebildeten im Anschluss an die Ausbildung zur Ableistung des Praxisjahres	530,0
2. Sonstiges (u. a. Hausdienstvergütungen an Beamtinnen und Beamte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte) des Hausdienstes)	50,0
zus.	<u>580,0</u>

428 01	012	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)	18.189,4 18.846,1 19.026,6		a) b) c)	17.714,7
--------	-----	---	----------------------------------	--	----------------	----------

Erläuterung: Veranschlagt sind:

Neben den ordentlichen Bezügen für die tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einschließlich der nicht besonders aufgeführten Zulagen aufgrund von Tarifverträgen	Tsd. EUR
3. 62/62 Auszubildende, 10/10 Praktikantinnen/Praktikanten und sonstige in einem privatrechtlichen Ausbildungsverhältnis beschäftigte Personen sowie Praxisssemesterstudentinnen/-studenten	
6. Sonstige Zulagen (Zulagen nach § 14 TV-L, Zulagen nach §§ 10 und 18 TVÜ-Länder, Zulagen nach § 19 TV-L, Wechselschicht- und Schichtdienstzulagen)	43,5
7. Entschädigung zur pauschalen Abgeltung für Aufwendungen der Berufskraftfahrer gem. Nr. 19 der VwV Kfz für 1/1 Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer je 25,00 EUR im Monat	0,3
8. Sonstiges (Pauschvergütung nach § 25 Abs. 5 TVÜ-Länder)	33,1

428 02	012	Entgelte für abgeordnete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)	80,0 0,0 0,0		a) b) c)	80,0
--------	-----	--	--------------------	--	----------------	------

428 05	012	Zeitzuschläge, Überstundenentgelte und Entgelte für Mehrarbeit für Beschäftigte	148,0 13,5 11,5		a) b) c)	148,0
--------	-----	---	-----------------------	--	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
- Zeitzuschläge	88,0
- Überstundenentgelte	55,0
- Entgelte für Mehrarbeit	<u>5,0</u>
zus.	148,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0305 Regierungspräsidium Karlsruhe

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
428 06	012	Entgelte der Beschäftigten des Reinigungsdienstes	406,1 174,8 171,7		a) b) c)	379,6
Erläuterung: Übertragen nach Kap. 1209 Tit. 517 01 26,5 Tsd. EUR						
428 51	012	Beschäftigungsentgelte für nicht voll beschäftigte Arbeitnehmerinnen/-nehmer mit weniger als 50 v.H. der durchschnittl. regelm. wöchentl. Arbeitszeit	23,2 9,8 9,6		a) b) c)	23,2
453 01	012	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.	33,9 24,7 36,4		a) b) c)	33,4
Erläuterung:						
Veranschlagt sind:			Tsd. EUR			
1. Trennungsgelder			17,0			
2. Umzugskostenvergütungen			16,4			
			Zus. 33,4			
Übertragen infolge Neuordnung Denkmalpflege nach Kap. 0304 Tit. 453 01 0,5 Tsd. EUR						
Zwischensumme Personalausgaben			50.988,4		a)	50.390,5
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01	012	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Ersätze fließen den Mitteln zu.	756,8 652,7 575,2		a) b) c)	583,4
Erläuterung:						
Veranschlagt sind:			Tsd. EUR			
1. Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften)			270,9			
2. Porto			112,0			
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände			167,3			
4. Unterhaltung und Instandsetzung			27,0			
5. Sonstiges			6,2			
			zus. 583,4			
Übertragen infolge Neuordnung Denkmalpflege wegen Neustellen Windenergie						
			nach Kap. 0304 Tit. 511 01			52,2 Tsd. EUR
			nach Kap. 0304 Tit. 511 01			8,0 Tsd. EUR
514 01	012	Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl.	223,0 188,3 247,2		a) b) c)	162,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0305 Regierungspräsidium Karlsruhe

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Erläuterung:

Veranschlagt sind: Tsd. EUR

1. Haltung von Dienstfahrzeugen 223,0
Zus. 223,0

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen und selbstfahrenden Arbeitsmaschinen: 2016 2017

aus Kap. 0305 unterhalten:

Pkw	46	46
davon geleast	23	27
Kombi-, Einsatz- und Spezialfahrzeuge, Fahrzeuge mit Sonderausstattung, Funk usw.	27	23
LKW	6	5
Anhänger für Kfz	22	16
Krafträder und Mopeds	0	3
Arbeitsboote	2	2

aus Kap. 1304 beschafft:

Kombi-, Einsatz- und Spezialfahrzeuge, Fahrzeuge mit Sonderausstattung, Funk usw.	1	2
LKW	1	1

aus Kap. 0829 beschafft, unterhalten aus Kap. 1008:

Pkw	2	1
Kombi-, Einsatz- und Spezialfahrzeuge, Fahrzeuge mit Sonderausstattung, Funk usw.	2	2
Lkw	1	2
Anhänger für Kfz	3	3
Selbstfahrende Arbeitsmaschinen	1	1

aus Kap. 1503 beschafft, unterhalten aus Kap. 0331:

Pkw	4	4
Kombi-, Einsatz- und Spezialfahrzeuge, Fahrzeuge mit Sonderausstattung, Funk usw.	1	1
Omnibusse, Mannschaftstransportwagen	1	4
Anhänger für Kfz	3	3
Krafträder und Mopeds	0	4
Selbstfahrende Arbeitsmaschinen	1	1

Angaben ohne Landesbetrieb Gewässer.

Die Differenz 2016/2017 ergibt sich aus der Neuordnung der Ordnungsmerkmale sowie erforderlichen Bestandskorrekturen nach Aussonderungen.

Die Kraftfahrzeuge der zentralen Fahrbereitschaft des Regierungspräsidiums werden regelmäßig von folgenden Dienststellen mitbenutzt:
 Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Karlsruhe
 Führungsakademie Baden-Württemberg
 Generallandesarchiv
 Landgericht Karlsruhe
 Oberfinanzdirektion Karlsruhe
 Oberlandesgericht
 Rechnungshof Baden-Württemberg

Übertragen infolge Neuordnung Denkmalpflege
 nach Kap. 0304 Tit. 514 01 14,0 Tsd. EUR

514 02	012	Dienst- und Schutzkleidung (persönliche Ausrüstungsgegenstände)	12,1	a)	12,1
			14,4	b)	
			24,4	c)	

Erläuterung:

- Dienstkleidung erhalten:
- 2/2 Bezirksbrandmeister/in und feuertechnische Mitarbeiter/innen
 - 11/5 Hausmeister/innen
 - 2/2 Bedienstete der Druckerei
 - 3/3 Bedienstete der Abteilung Landwirtschaft
 - 53/53 Bedienstete im Bereich Straßenwesen
 - 10/10 andere Mitarbeiter/innen des Regierungspräsidiums

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0305 Regierungspräsidium Karlsruhe

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
517 01	012	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)	41,7 80,0 34,1		a) b) c)	33,4
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel (z. B. Putzmittel, WC-Bedarf).						
518 02	012	Mieten und Pachten für Maschinen, Fahrzeuge und Geräte	39,9 16,6 53,7		a) b) c)	49,9
Erläuterung: Veranschlagt sind Leasingkosten für Dienstfahrzeuge.						
525 21	012	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten	100,0 117,9 88,6		a) b) c)	100,0
Ersätze fließen den Mitteln zu.						
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten einschließlich Reisekosten für die berufliche Aus- und Fortbildung der Bediensteten des Regierungspräsidiums und der Apothekenvisitorinnen/-visitatoren.						
526 01	012	Gerichts- und ähnliche Kosten	182,7 790,9 639,5		a) b) c)	182,7
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten von Rechtsstreitigkeiten vor den ordentlichen Gerichten und vor den Verwaltungsgerichten sowie Erstattung von Kosten im Vorverfahren nach § 80 LVwVfG.						
526 11	012	Kosten für Sachverständige	5,0 21,7 34,0		a) b) c)	5,0
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Sachverständige und Gutachten sowie für ärztliche Untersuchungen.						
526 12	012	Kosten für nach dem Atomgesetz und der darauf beruhenden Verordnungen zugezogene Sachverständige	100,0 0,0 0,0		a) b) c)	100,0
Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Tit. 111 10 und soweit dort nach § 21 Atomgesetz ein Erstattungsanspruch für die Kosten der Genehmigungs- bzw. Aufsichtsbehörde besteht. Ausgaben können auch vor dem kassenmäßigen Eingang der Einnahmen geleistet werden.						
Erläuterung: Veranschlagt sind die Sachverständigenkosten in atom- und strahlenschutzrechtlichen Verfahren, die vom Land verausgabt und von den Betreibern von Anlagen und Einrichtungen nach dem Atomgesetz und der darauf beruhenden Verordnungen erstattet werden (vgl. Tit. 111 10).						

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0305 Regierungspräsidium Karlsruhe

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

526 22	012	Kosten für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen		14,3 18,2 20,6	a) b) c)	14,3
--------	-----	--	--	----------------------	----------------	------

Erläuterung:

Veranschlagt sind (ggf. einschließlich Reisekosten): Tsd. EUR

1.	Entschädigung für die Beauftragten der Denkmalschutzbehörden	0,4
2.	Entschädigung der Beisitzer/innen in Enteignungsverfahren	1,0
3.	Entschädigung der Mitglieder des Gutachterausschusses für die Anerkennung von Ausbildungsstätten in der städtischen Hauswirtschaft	0,5
4.	Entschädigung der Mitglieder des Berufsbildungsausschusses für den öffentlichen Dienst	10,0
5.	Kosten der oberen Jagdbehörde	0,2
6.	Entschädigung der Mitglieder des Fachausschusses für die Anerkennung von Luftkur- und Erholungsorten	0,5
7.	Entschädigung der Beisitzer/innen in Nachprüfverfahren der Vergabekammer	1,7
8.	Sonstiges	
	zus.	<u>14,3</u>

527 01	012	Dienstreisen		568,7 478,2 489,3	a) b) c)	508,3
--------	-----	--------------	--	-------------------------	----------------	-------

Ersätze fließen den Mitteln zu.

Erläuterung:

Veranschlagt sind auch Wegstreckenentschädigungen für privateigene Kraftfahrzeuge und Feldaufwandsentschädigungen. Weitere Reisekosten sind veranschlagt bei Tit. 427 26, 525 21, 526 22, 534 01, 525 69, 525 71 und 527 71.

Zugelassene Fahrzeuge	2016	2017
Pkw	275	275

Übertragen infolge Neuordnung Denkmalpflege nach Kap. 0304 Tit. 527 01 10,8 Tsd. EUR

529 01	012	Zur Verfügung des Regierungspräsidenten und des Regierungsvizepräsidenten für Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen		7,2 6,0 7,2	a) b) c)	7,2
--------	-----	--	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.

531 02	012	Sonstige Öffentlichkeitsarbeit		6,8 8,7 8,3	a) b) c)	6,8
--------	-----	--------------------------------	--	-------------------	----------------	-----

Ersätze und Erlöse fließen den Mitteln zu. Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für sonstige Öffentlichkeitsarbeit einschließlich der Kosten für den Pressespiegel.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0305 Regierungspräsidium Karlsruhe

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
532 01	012	Umzugs- und Verlegungskosten		0,0 6,1 11,1	a) b) c)	0,0
533 01	012	Sächliche Prüfungskosten		11,9 11,2 16,1	a) b) c)	11,9
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten für Prüfungsmaterial und für die Anmietung von Prüfungsräumen.						
534 01	012	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		70,6 180,9 202,5	a) b) c)	53,0
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Übersetzungsgebühren für Dolmetschertätigkeit im Rahmen der Koordination im deutsch-französischen Grenzraum, Entschädigungen für die Besichtigungen von Apotheken einschließlich Reisekosten, Auslagen einschließlich Reisekosten für die neben- oder ehrenamtlichen Landesbeauftragten für Luftaufsicht sowie Ausgaben für Werkverträge u. dgl.						
534 05	012	Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes		17,0 7,9 12,1	a) b) c)	17,0
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten zur Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes und der dazugehörigen Unfallverhütungsvorschrift GUV 0.5. Enthalten sind die Kosten für die sicherheitstechnische und betriebsärztliche Betreuung der Beschäftigten einschließlich der Kosten für arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen.						
535 01	012	Kosten der Berufsbildung, beruflichen Fortbildung und Umschulung gem. § 73 Abs. 2 des Berufsbildungsgesetzes (BBiG)		0,3 0,3 0,1	a) b) c)	0,3

Erläuterung: Das Regierungspräsidium Karlsruhe ist zuständige Stelle (Vor-Ort-Präsidium) für die Berufsbildung im öffentlichen Dienst des Landes Baden-Württemberg nach dem Berufsbildungsgesetz. Veranschlagt sind die Kosten für gemeinschaftliche Veranstaltungen und zur Fortbildung der an der Ausbildung Beteiligten und der Prüfungsausschüsse.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0305 Regierungspräsidium Karlsruhe

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

546 49	012	Vermischte Verwaltungsausgaben		56,2	a)	44,5
				79,7	b)	
				101,9	c)	

Ersätze und Beiträge Dritter fließen den Mitteln zu.

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
2. Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern	18,5
3. Auslagen für Vorstellungsreisen	0,4
4. a) Schadenersatzleistungen an Dritte aus Verschulden von Verwaltungsangehörigen und aus Anlass von Unfällen beim Betrieb von Dienstfahrzeugen sowie aus anderen Rechtsgründen	13,9
b) Kosten für die Erhaltung der Gültigkeit von Luftfahrerscheinen	5,6
c) Aufwand für Veranstaltungen der Oberheinkonferenz	4,0
d) Sonstige vermischte Ausgaben (u. a. Aufwand für die Bewirtung von Gästen u. dgl.)	2,1
zus.	44,5

547 01	195	Sachaufwand für die Erfassung von Kulturdenkmälern		16,5	a)	0,0
				0,0	b)	
				12,7	c)	

Erläuterung: Die Mittel sind vorgesehen insbesondere zur Erfassung der Kulturdenkmale, zur Eintragung von Kulturdenkmälern von besonderer Bedeutung in das Denkmalsbuch sowie zur Ausweisung von Gesamtanlagen (z. B. von historischen Ortsbildern) und Grabungsschutzgebieten.

Übertragen infolge Neuordnung Denkmalpflege
nach Kap. 0304 Tit. 547 01 16,5 Tsd. EUR

Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben		2.230,7	a)	1.891,8
--	--	---------	----	---------

**Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Investitionen)**

Die Mittel sind übertragbar.

631 01	042	Erstattungen an den Bund für Luftsicherheitskontrolltechnik		290,4	a)	290,4
				263,2	b)	
				249,7	c)	

Die Tit. 631 01 und 671 01 sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterung: Veranschlagt ist die Erstattung von Abschreibungen und kalkulatorischen Zinsen für die zur Durchführung der Kontrollen nach § 5 LuftSiG zur Verfügung gestellte Luftsicherheitskontrolltechnik.

633 01	187	Zuweisungen für die Förderung kultureller Aktivitäten in Bibliotheken an Gemeinden und Gemeindeverbände		7,2	a)	7,2
				15,4	b)	
				15,4	c)	

Die Tit. 633 01 und 684 02 sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterung: Veranschlagt sind Zuschüsse für kulturelle Aktivitäten in Bibliotheken (wie Dichterlesungen, Ausstellungen, u. ä.) vor allem im ländlichen Raum.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0305 Regierungspräsidium Karlsruhe

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
671 01	042	Erstattungen für die Wahrnehmung von Aufgaben der Luftsicherheit	2.300,0 2.936,4 2.619,7		a) b) c)	2.300,0
<p>Die Tit. 671 01 und 631 01 sind gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabermächtigung erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Tit. 111 04.</p> <p>Erläuterung: Veranschlagt ist die Erstattung von Personal- und Sachkosten für die Durchführung von Luftsicherheitsaufgaben gemäß § 5 LuftSiG. Wegen der Luftsicherheitsgebühr vgl. Tit. 111 04.</p>						
681 01	155	Zuweisungen Begabtenförderung berufliche Bildung	0,0 38,7 56,0		a) b) c)	0,0
<p>Ausgaben sind in Höhe der Einnahmen bei Tit. 231 01 zulässig.</p> <p>Erläuterung: Das Bundesministerium für Bildung und Forschung weist den nach dem Berufsbildungsgesetz und der Handwerksordnung zuständigen Stellen der Länder Mittel aus dem Bundeshaushalt zur Begabtenförderung „Berufliche Bildung“ in Form von Zuwendungen zur Projektförderung zu.</p>						
682 02	623	Zuschuss an den Landesbetrieb Gewässer	7.890,2 7.772,4 7.154,1		a) b) c)	8.424,1
<p>Die im Finanzplan des Landesbetriebs für die Vermehrung des Anlagevermögens (Investitionen) veranschlagten Beträge sind bindend. Für im Finanzplan (Ziff. B.I.2.2 und 2.3) nicht veranschlagte Investitionen und für Mehrausgaben bei veranschlagten Investitionen dürfen – bei Beträgen über 100.000 Euro im Einzelfall mit Einwilligung des Ministeriums für Finanzen – verwendet werden:</p> <p>A) Einsparungen bei anderen Investitionen gegenüber den im Finanzplan veranschlagten Beträgen.</p> <p>B) Eine Minderung des Fehlbetrages, die der Betrieb gegenüber dem im Haushaltsplan veranschlagten Betrag erzielen würde, wenn und soweit die Minderung des Fehlbetrages nicht durch buchungstechnische Vorgänge herbeigeführt wird.</p> <p>Die Bildung und Verwendung von Rücklagen bedarf der Einwilligung des Ministeriums für Finanzen.</p> <p>Die Kosten der Unterbringung einschließlich der Gebäudebewirtschaftungs- und Energiekosten sowie Bauunterhaltung werden aus den Kap. 1208 und 1209 getragen.</p>						

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0305 Regierungspräsidium Karlsruhe

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Erläuterung: Veranschlagt ist der Zuschuss an den Landesbetrieb Gewässer. Der Wirtschaftsplan ist in der Anlage 1 zu Kap. 0305 aufgeführt.

Unentgeltliche Leistungen für den Landesbetrieb	Fläche in m ² bzw. anderer Größenordnung der Leistung	Ist-Ergebnis 2014 Tsd. EUR	Betrag für 2016 (Planung) Tsd. EUR	Betrag für 2017 (Planung) Tsd. EUR
I. Nutzung unentgeltlich überlassener Liegenschaften des Landes (Mietwert, Bewirtschaftung, Bauunterhalt)				
1. Calw-Wimberg Betriebshof Oberrieder Str. 9	595,0	32,7	38,2	38,2
2. Karlsruhe Markgrafenstr. 46	685,0	Angaben über Mietwert und Betriebskosten liegen nicht vor, da mehrere Nutzer im Gebäude.		
3. Ketsch Betriebshof Brühler Landstr. 1	854,4	69,4	71,3	71,3
4. Stutensee-Brüchig Betriebshof Kreisstr. 2	1.551,8	62,7	63,3	63,3
5. Weinheim Betriebshof Neuwiesen 3	846,9	35,1	33,2	33,2
Zusammen	4.533,1	199,9	206,0	206,0
II. Weitere Leistungsblöcke				
Nutzung der gemeinschaftlichen Telefonanlage		1,2	1,2	1,2
Zusammen		1,2	1,2	1,2
III. Unentgeltliche Leistungen insgesamt	4.533,1	201,1	207,2	207,2

684 02	187	Zuschüsse für die Förderung kultureller Aktivitäten in Bibliotheken an soziale und ähnliche Einrichtungen	8,2 0,0 0,0	a) b) c)	8,2
--------	-----	---	-------------------	----------------	-----

Die Tit. 633 01 und 684 02 sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterung: Veranschlagt sind Zuschüsse für kulturelle Aktivitäten in Bibliotheken (wie Dichterlesungen, Ausstellungen u. ä.) vor allem im ländlichen Raum.

684 07	N 249	Förderung des Dokumentationszentrums deutscher Sinti und Roma in Heidelberg	0,0 0,0 0,0	a) b) c)	160,8
--------	-------	---	-------------------	----------------	-------

Rückerstattungen fließen den Mitteln zu.

Erläuterung: Veranschlagt ist der Zuschuss an das Dokumentationszentrum deutscher Sinti und Roma in Heidelberg. Das Land beteiligt sich an den Betriebskosten des Dokumentations- und Kulturzentrums mit 10 v.H. des Gesamtaufwands, den Rest trägt der Bund.

Übertragen von Kap. 0917 Tit. 684 07 160,8 Tsd. EUR

Zwischensumme Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	10.496,0	a)	11.190,7
---	----------	----	----------

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0305 Regierungspräsidium Karlsruhe

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Ausgaben für Investitionen

811 01	012	Erwerb von Dienstfahrzeugen u. dgl. (für die Verwaltung)	40,0			40,0
			32,3		b)	
			40,1		c)	

Erläuterung:

Ausgesondert werden sollen mit dem Ziel der Ersatzbeschaffung durch Leasing im Jahr 2017:

Dienststellen	Typ des Dienstkraft- fahrzeugs	Baujahr	Gesamtfahrleistung am 1. Januar 2016 km	Voraussichtliche Gesamtfahrleistung zum Aussonde- rungszeitpunkt km	Amtliches Kenn- zeichen
RP Karlsruhe	Opel Astra	2006	180.881	215.000	KA-1064
RP Karlsruhe	Opel Astra	2006	167.210	200.000	KA-1834
RP Karlsruhe	Opel Astra	2006	189.014	220.000	KA-1835
RP Karlsruhe	VW Trans- porter T 5	2005	158.759	185.000	KA-1199

Ausgesondert werden sollen mit dem Ziel der Ersatzbeschaffung durch Kauffahrzeuge im Jahr 2017:

Dienststellen	Typ des Dienstkraft- fahrzeugs	Baujahr	Gesamtfahrleistung am 1. Januar 2016 km	Voraussichtliche Gesamtfahrleistung zum Aussonde- rungszeitpunkt km	Amtliches Kenn- zeichen
RP Karlsruhe	Opel Zafira	2007	156.878	200.000	KA-RP 711
RP Karlsruhe	VW Trans- porter T 4	2001	125.734	140.000	KA-1688

Veranschlagt sind folgende Ersatzbeschaffungen:

			Tsd. EUR
2	Pkw Kombi und/oder SUV-Kompaktklasse	40,0	
	zus.	40,0	

812 01	012	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	30,0			25,0
			80,3		b)	
			21,1		c)	

Erläuterung:

Veranschlagt sind:

			Tsd. EUR
1.	Ersatzbeschaffung von Paternoster- und Rollregalanlagen für Abteilungs- registraturen sowie Ausstattung von Diensträumen	20,0	
2.	Erneuerung und Ergänzung Systemelementen für Fachbereich Ausstel- lungswesen für ständige Ausstellungen i. R. der Mittelstandsförderung	5,0	
	Zus.	25,0	

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0305 Regierungspräsidium Karlsruhe

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll	2016	a)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
			Ist	2015	b)	
			Ist	2014	c)	
			Tsd. EUR			

812 02	042	Erwerb von Geräten für die Fluggastkontrollen		0,0	a)	0,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Ausgaben sind in Höhe der Einnahmen bei Tit. 331 01 zulässig. Über die Mittel in Höhe der Einnahmen bei Tit. 331 01 kann ohne Einwilligung des Ministeriums für Finanzen verfügt werden. Ggf. können Ausgaben auch vor dem kassenmäßigen Eingang der Einnahmen geleistet werden.

Erläuterung: Geräte für die Fluggastkontrollen auf dem Verkehrsflughafen Baden Airport Karlsruhe/Baden-Baden (z. B. Handsonden, Gepäckdurchleuchtungsanlagen, Fernsehüberwachungsanlagen u. dgl.). Die Kosten werden vom Bund erstattet (vgl. Tit. 331 01).

Zwischensumme Ausgaben für Investitionen			70,0	a)	65,0
---	--	--	------	----	------

Titelgruppen

69		Aufwand für Informationstechnik				
		Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um die Einnahmen bei Tit. 119 69.				

Erläuterung: Auf die Erläuterungen zu Tit.Gr. 69 bei Kap. 0304 wird verwiesen.

427 69	012	Personalaufwand		0,0	a)	0,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

511 69A	012	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		460,7	a)	363,4
				431,4	b)	
				274,9	c)	

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	338,8
2. Unterhaltung und Instandsetzung	24,6
zus.	<u>363,4</u>

511 69B	012	Fernmeldegebühren u. dgl.		51,1	a)	51,1
				51,3	b)	
				52,7	c)	

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	30,0
2. Einmalige Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	7,1
3. Rundfunkbeiträge	12,0
4. Sonstiges	<u>2,0</u>
zus.	51,1

Das Regierungspräsidium ist mit Ausnahme der auswärtigen Dienstsitze an die Staatsfernsprechzentrale angeschlossen, deren Aufwendungen bei Kap. 1212 Tit.Gr. 69 veranschlagt sind.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0305 Regierungspräsidium Karlsruhe

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
514 69	012	Verbrauchsmittel		90,9 56,3 54,3	a) b) c)	60,0
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Verbrauchsmaterial u. dgl.						
518 69	012	Maschinen- und Gerätemieten		199,3 130,2 140,3	a) b) c)	168,4
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Mieten für Kopiersysteme.						
525 69	012	Aus- und Fortbildung		22,9 16,3 17,6	a) b) c)	22,9
Erläuterung: Berufliche Fortbildung der Bediensteten des Regierungspräsidiums (einschließlich Reisekosten) in den Bereichen EDV und sonstiger Informationstechnik.						
534 69	012	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		1.729,3 1.943,2 1.821,8	a) b) c)	1.864,1
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten für den Erwerb von Software und Lizenzen für das Arbeitsgebiet BK1, für Beratungsleistungen für die Installation von informationstechnischen Anlagen sowie für das EDV-Verfahren der Zentralen Bußgeldstelle. Betreuung der BK-Arbeitsplätze durch den Landesbetrieb IT Baden-Württemberg.						
Übertragen infolge Neuordnung Denkmalpflege nach Kap. 0304 Tit. 534 69 20,0 Tsd. EUR						
546 69	012	Sonstiger Sachaufwand		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
812 69	012	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		40,0 14,1 61,9	a) b) c)	40,0
Erläuterung:						
Veranschlagt sind:			Tsd. EUR			
1.	Ersatzbeschaffung von DV-Geräten (einschließlich Peripherie) sowie Komponenten zur Anpassung und Ergänzung der Server- und LAN-Systeme bei der Zentralen Bußgeldstelle		40,0			
2.	Ersatzbeschaffung CORE-Switche		0,0			
	Zus.		40,0			
Summe Titelgruppe 69			2.594,2		a)	2.569,9

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0305 Regierungspräsidium Karlsruhe

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
			Tsd. EUR			
71		Aufwand für Zentrale Bußgeldstelle für Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten auf Autobahnen des Landes sowie datenschutzrechtlicher Ordnungswidrigkeiten				
Erläuterung: Veranschlagt sind die Ausgaben der Zentralen Bußgeldstelle für die Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten auf den Autobahnen des Landes. Die Bußgeldstelle hat am 01.04.1995 den Betrieb aufgenommen. Seit 01.01.2014 ist die Zentrale Bußgeldstelle auch für die Bearbeitung datenschutzrechtlicher Ordnungswidrigkeiten zuständig.						
511 71	012	Geschäftsbedarf	1.424,6		a)	1.518,5
			1.335,9		b)	
			1.161,2		c)	
Erläuterung:						
Veranschlagt sind:			Tsd. EUR			
		1. Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften)		19,6		
		2. Porto		1.483,3		
		3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände		5,1		
		4. Unterhaltung und Instandsetzung		10,0		
		5. Sonstiges		0,5		
		zus.		1.518,5		
517 71	012	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)	2,3		a)	2,3
			2,6		b)	
			1,7		c)	
525 71	012	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung	5,0		a)	5,0
			1,8		b)	
			4,4		c)	
526 71	012	Gerichts- und ähnliche Kosten	21,0		a)	21,0
			51,2		b)	
			29,1		c)	
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten von Rechtsstreitigkeiten vor ordentlichen Gerichten und vor Verwaltungsgerichten sowie Erstattung von Kosten im Vorverfahren nach § 80 LVwVfG.						
527 71	012	Dienstreisen	3,0		a)	3,0
			2,2		b)	
			2,1		c)	
Erläuterung: Veranschlagt sind Reisekosten für Angehörige der Zentralen Bußgeldstelle.						
532 71	012	Umzugs- und Verlegungskosten	0,0		a)	0,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0305 Regierungspräsidium Karlsruhe

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
534 71	012	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		16,2 54,6 33,4	a) b) c)	16,2
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für Übersetzungen sowie die Transaktionskosten der bargeldlosen Zahlungen auf den Autobahnen.						
546 71	012	Vermischte Verwaltungsausgaben		1,0 0,5 1,1	a) b) c)	1,0
812 71	012	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	10,0
Summe Titelgruppe 71				1.473,1	a)	1.577,0
72		Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit				
637 72	012	Betriebskosten der Informations- und Beratungsstelle INFOBEST Pamina beim grenzüberschreitenden Eurodistrict Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um die Einnahmen bei Tit. 237 72. Ggf. können Ausgaben auch vor dem kassenmäßigen Eingang der Einnahmen bei Tit. 237 72 geleistet werden.		43,3 15,7 24,9	a) b) c)	43,3
Erläuterung: Zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beauftragen das Land Baden-Württemberg, die Republik Frankreich, die Region Alsace, das Departement Bas-Rhin, das Land Rheinland-Pfalz und die Planungsgemeinschaft Rhein-Pfalz durch Beschluss vom 18.12.2009 den grenzüberschreitenden EURODISTRICT REGIO PAMINA mit Sitz in Lauterbourg/F, die INFOBEST-Aufgabe (Information und Beratung für alle grenzüberschreitenden Fragen und Projekte) weiterzuführen. Veranschlagt ist der Landesanteil an den Betriebskosten der INFOBEST und an der technischen Hilfe für das Programm INTERREG V A Oberrhein. Als Landesanteil wird zusätzlich eine Beamtin/ein Beamter der Bes. Gr. A 14 bereitgestellt; die Stelle ist bei Tit. 422 01 ausgebracht. Erstattungen der Region Alsace sind bei Tit. 237 72 veranschlagt. Im Rahmen dieser Erstattungen wird auf die Erhebung eines Versorgungszuschlags und des pauschalen Betrags für die Aufwendungen für die Beihilfe verzichtet.						
Summe Titelgruppe 72				43,3	a)	43,3
73		Trinationale Metropolregion Oberrhein				
Erläuterung: Veranschlagt sind die Aufwendungen des Landes für die Trinationale Metropolregion Oberrhein, die bei der Region Alsace in Straßburg angesiedelt ist.						
429 73	012	Personalaufwand		15,0 0,0 0,0	a) b) c)	15,0
Erläuterung: Veranschlagt ist der Landesanteil des Personalaufwandes der Koordinatorin/des Koordinators der Säule Politik im Büro der Trinationalen Metropolregion Oberrhein.						
Summe Titelgruppe 73				15,0	a)	15,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0305 Regierungspräsidium Karlsruhe

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

86 Personalkosten für die Unterhaltung der Bundesautobahnen aus Bundesmitteln

Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 231 86, ggf. können Ausgaben auch vor dem kassenmäßigen Eingang der Einnahmen geleistet werden.

Erläuterung: Hier werden die Personalkosten für die im Unterhaltungsdienst an Bundesautobahnen tätigen Beschäftigten nachgewiesen. Die Kosten werden in voller Höhe aus Bundesmitteln erstattet; vgl. Tit. 231 86.

428 86	721	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)	4.653,9	a)	4.753,9
			4.622,3	b)	
			4.481,0	c)	

Erläuterung:
Veranschlagt ist der Personalaufwand für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit unbefristeten und befristeten Arbeitsverträgen der Entgeltgruppen

	2016	2017
6 – 9	28	28
1 – 5	75	75
Auszubildende, Umschüler/innen	3	3

Entgelte einschließlich der Sozialversicherungsbeiträge sowie Nebenleistungen und Zulagen (auch Überstundenvergütungen, Nachdienstentschädigungen, Zulagen für Dienste zu ungünstigen Zeiten, Jubiläumswendungen, Abfindungen und Übergangsgelder) für Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Auszubildende im Straßenunterhaltungsdienst einschließlich Reinigungspersonal, insbesondere bei den Autobahnmeistereien.

441 86	721	Beihilfen	0,0	a)	0,0
			0,0	b)	
			0,0	c)	

Summe Titelgruppe 86			4.653,9	a)	4.753,9
-----------------------------	--	--	---------	----	---------

Gesamtausgaben			72.564,6	a)	72.497,1
-----------------------	--	--	----------	----	----------

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0305 Regierungspräsidium Karlsruhe

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Abschluss Kapitel 0305

Verwaltungseinnahmen	34.943,2	a)	39.563,2
Übrige Einnahmen	4.735,5	a)	4.835,5
Gesamteinnahmen	<hr/> 39.678,7	a)	<hr/> 44.398,7
Personalausgaben	55.657,3	a)	55.159,4
Sächliche Verwaltungsausgaben	6.258,0	a)	5.988,7
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	10.539,3	a)	11.234,0
Ausgaben für Investitionen	110,0	a)	115,0
Gesamtausgaben	<hr/> 72.564,6	a)	<hr/> 72.497,1
Kapitel 0305 Zuschuss	<hr/> 32.885,9	a)	<hr/> 28.098,4

Wirtschaftsplan

des

Landesbetriebs Landesbetrieb Gewässer

gemäß § 26 LHO

Vorbemerkung

Die Gewässerdirektion Nördlicher Oberrhein wird seit 01.01.1997 als Landesbetrieb gem. § 26 LHO geführt und ist im Zuge der Verwaltungsreform mit Wirkung vom 01.01.2005 in das Regierungspräsidium Karlsruhe eingegliedert und als Landesbetrieb Gewässer fortgeführt worden.

Der Landesbetrieb Gewässer übernimmt die nach dem Verwaltungsstruktur-Reformgesetz - VRG zum 01.01.2005 beim Land verbliebenen Aufgaben, die von der Gewässerdirektion Nördlicher Oberrhein auf das Regierungspräsidium Karlsruhe übergingen.

Die für die Aufgabenerfüllung notwendigen Personal- und Sachmittel sind im Einzelplan 03, die für Unterhaltung und Betrieb, für Baumaßnahmen, Anlagen, Erwerb von beweglichen Sachen und Grunderwerb erforderlichen Mittel im Einzelplan 10 enthalten. Innerhalb des Wirtschaftsplans können die Mittel aus Kap. 0305 Tit. 682 02 und die für den Landesbetrieb Gewässer beim Regierungspräsidium Karlsruhe zugewiesenen Mittel aus Kap. 1005 Tit. 682 01 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Anlage 1 zu Kap. 0305
Regierungspräsidium Karlsruhe Landesbetrieb Gewässer

A. Erfolgsplan		Betrag für 2015 Ist-Ergebnis	Betrag für 2016 Soll	Betrag für 2017 Planung
		Tsd. EUR		
I. Erträge				
1.	Umsatzerlöse	93,1	340,0	94,0
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,0	0,0	0,0
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	825,9	0,0	0,0
4.	Sonstige betriebliche Erträge	3.520,1	220,0	424,5
5.	Erträge aus Beteiligungen, Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, Zins- und ähnliche Erträge	0,1	0,0	0,0
6.	außerordentliche Erträge	0,0	0,0	0,0
	Die Nr. 2-4 können auch unter der Bezeichnung "übrige Erträge" zusammengefasst werden.	4.439,1	560,0	518,5
	Summe der Erträge			
II. Aufwendungen				
1.	Materialaufwand	3.958,9	3.290,6	2.735,5
1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	411,5	720,0	561,5
1.2	Aufwendungen für Bezogene Leistungen	3.547,4	2.570,6	2.174,0
2.	Personalaufwand	7.263,4	7.890,2	8.404,1
2.1	Löhne und Gehälter	5.628,0	6.158,2	6.187,8
2.2	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.635,4	1.732,0	2.216,3
3.	Abschreibungen	6.483,9	6.500,0	6.500,0
4.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	11.695,7	1.200,0	2.025,0
4.1	Instandhaltung und Instandsetzung	1.741,9	850,0	1.250,0
4.2	Übrige	9.953,9	350,0	775,0
5.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens, Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0
6.	Außerordentliche Aufwendungen	0,0	560,0	570,0
7.	Steueraufwand	23,5	20,0	23,5
	Summe der Aufwendungen	29.425,4	19.460,8	20.258,1
III.	Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-) vor Zu- und Abführungen Land - Ergebnisübernahme	-24.986,3	-18.900,8	-19.739,6
IV.	Zuführungen/Ablieferungen Land - Ergebnisübernahme	24.975,4	12.400,8	13.239,6
1.	Zuführungen für den laufenden Betrieb	24.975,4	12.400,8	13.239,6
2.	Ablieferungen an das Land	0,0	0,0	0,0
V.	Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-) nach Ergebnisübernahme Land	-10,9	-6.500,0	-6.500,0

Die Berechnung der Summen erfolgt auf Basis der EUR-Werte. Durch die Rundung der Einzelwerte im Druck auf Tsd. EUR mit einer Nachkommastelle können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

Anlage 1 zu Kap. 0305
Regierungspräsidium Karlsruhe Landesbetrieb Gewässer

B. Finanzplan		Betrag für 2015 Ist-Ergebnis	Betrag für 2016 Soll	Betrag für 2017 Planung
Tsd. EUR				
I. Mittelbedarf				
1.	Jahresfehlbetrag des Erfolgsplans vor Ergebnisübernahme Land	24.986,3	18.900,8	19.739,6
2.	Zugänge des Anlagevermögens einsch. Anzahlungen/Anlagen im Bau und immaterielle Anlagegüter	27.886,6	19.485,5	19.944,5
2.1	Grundstücke und Bauten	934,9	0,0	10,0
2.2	Technische Anlagen und Maschinen	370,9	235,5	204,5
2.3	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	1.836,7	190,0	420,0
2.4	Sonstige Anlagen	24.744,1	19.060,0	19.310,0
3.	Bildung von Rücklagen	16.511,4	0,0	0,0
4.	Erfolgswirksame Auflösung des Sonderpostens für Investitionszu- schüsse Dritter	1.439,7	0,0	0,0
5.	Entnahmen/Ablieferung an das Land	0,0	0,0	0,0
	<u>davon erfolgswirksam:</u>			
	a) Ablieferung (Ergebnisübernahme)	0,0	0,0	0,0
	<u>davon erfolgsneutral:</u>			
	b) Kapitalrückzahlungen	0,0	0,0	0,0
	Summe I	70.824,0	38.386,3	39.684,1
II. Deckungsmittel				
1.	Jahresüberschuss des Erfolgsplans vor Ergebnisübernahme Land	0,0	0,0	0,0
2.	Verminderung des Anlagevermö- gens	15.805,8	6.500,0	6.500,0
2.1	Abgänge	9.321,8	0,0	0,0
2.2	Abschreibungen	6.483,9	6.500,0	6.500,0
3.	Verwendung/Auflösung von Rückla- gen	14.518,4	0,0	0,0
4.	Zugänge Sonderposten Investitions- zuschüsse Dritter	600,7	190,0	1.995,0
5.	Zuführung des Landes			
	Kap.0305 Tit. 682 02	7.772,4	7.890,2	8.424,1
	Kap.1005 Tit. 682 01	4.400,5	4.510,6	4.870,0
	Kap.1005 Tit. 891 01	14.441,1	17.485,5	15.225,0
	Kap.1005 IRP Freiburg	8.969,0	1.810,0	2.520,0
	Kap.1005 Tit. 682 76	79,0	0,0	150,0
	<u>davon erfolgswirksam:</u>			
	a) Zuführungen für den laufenden Betrieb (Ergebnisübernahme)	24.975,4	12.400,8	13.239,6
	<u>davon erfolgsneutral:</u>			
	b) Kapitalzuführungen	0,0	0,0	0,0
	c) Zuführungen zur Vermehrung des Anlagevermögens	27.285,9	19.295,5	17.949,5
	d) Zuführungen für Rücklagen	0,0	0,0	0,0
	Summe II	66.586,9	38.386,3	39.684,1

Die Berechnung der Summen erfolgt auf Basis der EUR-Werte. Durch die Rundung der Einzelwerte im Druck auf Tsd. EUR mit einer Nachkommastelle können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

**Anlage 1 zu Kap. 0305
Regierungspräsidium Karlsruhe Landesbetrieb Gewässer**

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan:

<u>Gesamtbestand Personal</u>		Stellen/VZÄ 2016 Soll	Stellen/VZÄ 2017 Planung
a)	Planmäßige Beamtinnen und Beamte in Stellen	34,0	38,0
	*kw	*0,0	*4,0
b)	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte) in Stellen	129,0	130,0
	*kw	*8,0	*9,0
	Summe a) und b):	163,0	168,0
	*kw:	*8,0	*13,0
c)	Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (in Stellen), Auszubildende, Praktikanten u.ä. (in VZÄ)	0,0	0,0
	*kw	*0,0	*0,0
d)	Auszubildende, Praxissemester-/DHBW-studenten/-innen	0,0	0,0
e)	Praktikanten/-innen, Volontäre, u.ä.	0,0	0,0
	Summe c) bis e):	0,0	0,0
	*kw:	*0,0	*0,0
f)	Nicht nach Stellen bewirtschaftetes Personal	0,0	0,0
g)	Befristet Beschäftigte (nur Museen)	0,0	0,0
	Gesamtsumme a) bis g)	163,0	168,0
	*kw:	*8,0	*13,0

Anlage 1 zu Kap. 0305
Regierungspräsidium Karlsruhe Landesbetrieb Gewässer

Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte) einschl. kw-/ku-Vermerken	Stellen 2016 Soll	Veränderungen 2017 Planung	Stellen 2017 Planung
Außer tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insgesamt			
Außer tariflich Beschäftigte	0,0		0,0
Summe	0,0		0,0
Summe *kw	0,0		0,0
Tariflich Beschäftigte			
1. Integriertes Rheinprogramm (IRP)			
1. E14	1,0		1,0
*kw spätestens ab 01.01.2028	1,0		1,0
2. E11	1,0		1,0
3. E9	1,0		1,0
4. E8	3,0		3,0
*kw spätestens ab 01.01.2020	1,0		1,0
5. E6	1,0	+ 1,0 Zugang zur Umsetzung des Nationalen Hochwasserschutzprogramms (IRP)	2,0
*kw spätestens ab 01.01.2020	1,0		1,0
*kw spätestens ab 01.01.2028	0,0	+ 1,0 Zugang zur Umsetzung des Nationalen Hochwasserschutzprogramms (IRP)	1,0
6. E5	8,0		8,0
Summe	15,0		16,0
Summe *kw	3,0		4,0
2. Gewässer I. Ordnung			
1. E14	1,0		1,0
2. E13	1,0		1,0
*kw spätestens ab 01.01.2028	1,0		1,0
3. E11	7,0		7,0
*kw spätestens ab 01.01.2028	4,0		4,0
4. E10	2,0		2,0
5. E9	4,0		4,0
6. E8	8,0		8,0
7. E7	2,0		2,0
8. E6	7,5		7,5
9. E5	79,0		79,0
10. E2-5	2,5		2,5
Summe	114,0		114,0
Summe *kw	5,0		5,0
Summe	129,0		130,0
Summe *kw	8,0		9,0
Summe	129,0		130,0
Summe *kw	8,0		9,0

Bestand an Dienstfahrzeugen und selbstfahrenden Arbeitsmaschinen:	Anzahl für 2015 Ist-Ergebnis	Anzahl für 2016 Soll	Anzahl für 2017 Planung
PKW	40	27	27
Einsatz- und Spezialfahrzeuge	7	7	7
Lastwagen	12	11	11
Anhänger für KFZ	23	22	22
Wasserfahrzeuge	14	11	11
Selbstfahrende Arbeitsmaschinen	63	34	34
Sonstige	73	77	77
Zum Dienstreiseverkehr zugelassene private PKW	0	10	10

Anlage 1 zu Kap. 0305
Regierungspräsidium Karlsruhe Landesbetrieb Gewässer

Erläuterungen zum Erfolgsplan:

- Zu A.I.1:** Veranschlagt sind Verwaltungsgebühren nach dem Landesgebührengesetz, Einnahmen aus Veröffentlichungen, Wassernutzungsentgelte sowie Kostenersätze Dritter usw.
- Zu A.I.4:** Veranschlagt sind Personal-, Material- und Pegelkostenerstattungen sowie Aufwandsentschädigungen.
- Zu A.II.1.2:** Veranschlagt sind die Kosten für die Unterhaltung der in der Unterhaltungslast des Landes stehenden Gewässer und wasserwirtschaftlichen Anlagen sowie des Messnetzes.
- Zu A.II.2.1:** Personalaufwand für 163/168 Bedienstete (Beamtinnen, Beamte, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (davon 21/22 [kw 8/kw 9] Verwaltung und 108 Wasserbauarbeiter.

Erläuterungen zum Finanzplan:

Baumaßnahmen an Gewässern I. Ordnung

Bauvorhaben-Nr. Gewässer	Baumaßnahme	Veranschlagte Gesamtkosten	Voraussichtl. Ausgaben- stand 31.12.2016	Betrag 2017	Betrag 2018ff
Tsd. EUR					
1. Große Baumaßnahmen aus Kapitel 1005					
Dammertüchtigungsmaßnahmen					
G.KI5321.B.2.032, G.KI5321.B.2.002, G.KI5321.B.2.003, Rhein	Ertüchtigung von Rheinhauptdämmen: Baumaßnahmen RHWD XXV, XXX; neue Planungen RHWD XXV, XXVII, XXXIX	146.500,0	26.917,0	10.350,0	109.233,0
Hochwasserschutzmaßnahmen					
G.KI5322.B.2.009 und G.KI5322.B.2.010, Leimbach	Ausbau Leimbach Ober- u. Unterlauf	46.900,0	411,0	360,0	46.129,0
G.KI5321.B.2.010, Murg	Dammsanierung und Hochwasserschutz Rastatt	13.000,0	5.927,0	280,0	6.793,0
Gewässerökologische Maßnahmen					
G.KI5322.B.2.004, Kraichbach	Hochwasserschutz- und Ökologieprojekt Hockenheim	5.000,0	1.155,2	3.000,0	844,8
G.KI5322.B.2.011, Leimbach	Zusammenlegung Leimbach/ Landgraben	7.600,0	359,5	50,0	7.190,5
k.A., Enz	Umbau des Pegels Pforzheim an der Enz	350,0	50,0	300,0	0,0
k.A.	kleine Baumaßnahmen und Planungen zur Umsetzung der WRRL	450,0	0,0	450,0	0,0
Bauwerksanierungen					
G.KI5321.B.2.006, Kriegbach	Sanierung Kriegbachpolder	8.500,0	983,0	400,0	7.117,0
k.A., Pfinzentlastungskanal	Sanierung HRB Oberfüllbruch	2.500,0	600,0	600,0	1.300,0
G.KS5321.A.1.009 und G.KS5321.A.1.010	Sanierung Brücken/Bauwerke im Stadt- u. Landkreis Karlsruhe	10.000,0	1.616,0	500,0	7.884,0
G.KI5321.B.2.036	San. Brücken / Bauwerke / HRBs im Landkreis Rastatt	6.000,0	0,0	500,0	5.500,0
ZS:		246.800,0	38.018,7	16.790,0	191.991,3
B.I.2.1	Grunderwerb			10,0	
B.I.2.3	Andere Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsausstattung davon Kostenersätze Dritter			420,0 1.995,0	
Summe Maßnahmen Kapitel 1005 an G.I.O				15.225,0	

**Anlage 1 zu Kap. 0305
Regierungspräsidium Karlsruhe Landesbetrieb Gewässer**

**Erläuterungen zu B.II.5. HH-Position 4
Baumaßnahmen im Rahmen des Integrierten Rheinprogrammes**

Bauvorhaben-Nr.	Baumaßnahme	Veranschlagte Gesamtkosten	Voraussichtl. Ausgabenstand 31.12.2016	2017	2018ff
			Tsd. EUR		
0120	RR Bellenkopf Rappenwört	144.000,0		200,0	143.800,0
0130	RR Elisabethenwört	41.000,0		1.200,0	39.800,0
0140	Polder Rheinschanzinsel	46.495,5		600,0	45.895,5
0110	Polder Söllingen-Greffern	84.751,9		520,0	84.231,9
Summe Maßnahmen im Integrierten Rheinprogramm		316.247,4		2.520,0	313.727,4
Zusammenstellung:				2017	
Summe Maßnahmen an Gewässern l. Ordnung einschl. Grunderwerb				15.225,0	
Summe Maßnahmen im Integrierten Rheinprogramm				2.520,0	
Gesamtsumme				17.745,0	

Erläuterungen zu B.I.2.4

Zusammenstellung:	2017
Summe Große Baumaßnahmen aus Kap. 1005	16.790,0
Summe Maßnahmen im Integrierten Rheinprogramm	2.520,0
Gesamtsumme	19.310,0

Zu B.I.2.2 Technische Anlagen und Maschinen

	2017 Tsd. EUR
Ersatz- oder Neubeschaffung	
EDV – Anlagen	3,0
Freischneider, Motorsägen	12,0
Scheibenmäherwerke	148,5
Balkenmäher, Böschungsmulcher	41,0
Summe:	204,5

Zu B.I.2.3 Andere Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsausstattung

	2017 Tsd. EUR
Ersatz- oder Neubeschaffung	
Traktor mit Ausleger 250 PS	300,0
Traktor	120,0
Summe:	420,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0306 Regierungspräsidium Freiburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Vorbemerkung: In diesem Plankapitel sind die Einnahmen und Ausgaben des Regierungspräsidiums Freiburg (einschließlich Landesbetrieb Gewässer), die Ausgaben für die Verwaltung des Bodensees und des Rheins innerhalb von Baden-Württemberg sowie in Tit. Gr. 71 das Budget für die Informations- und Beratungsstelle für grenzüberschreitende Fragen Kehl, in Tit. Gr. 72 die Aufwendungen des Landes für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit europäischen Regionen einschließlich der Kontakte mit mittel- und osteuropäischen Staaten, in Tit. Gr. 73 der Landesanteil der Trinationalen Metropolregion Oberrhein, in Tit. Gr. 74 das Budget der Internationalen Bodenseekonferenz und in Tit. Gr. 76 das Budget des Gemeinsamen Sekretariats der Oberrheinkonferenz nachgewiesen.

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 02	012	Gebühren	1.854,4 1.582,5 1.993,3	a) b) c)	1.854,4
--------	-----	----------	-------------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Gebühren, die aufgrund des Landesgebührengesetzes und anderer gesetzlicher Bestimmungen erhoben werden.

111 05	012	Gebühren aus dem Vollzug des Gewebegesetzes	29,9 28,3 22,3	a) b) c)	29,9
--------	-----	---	----------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind Gebühreneinnahmen für Maßnahmen nach dem Gewebegesetz, sofern nicht in der Zuständigkeit der Leitstelle Arzneimittelüberwachung beim Regierungspräsidium Tübingen.

111 06	012	Gebühren aus der Medizinprodukteüberwachung	270,0 359,4 272,0	a) b) c)	270,0
--------	-----	---	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind Gebühreneinnahmen für Maßnahmen nach dem Medizinproduktegesetz und dessen Verordnungen.

111 07	012	Gebühren aus der Umsetzung der Richtlinie über Industrieemissionen	1.194,0 813,5 547,2	a) b) c)	1.194,0
--------	-----	--	---------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Veranschlagt sind Gebühreneinnahmen aus der Umsetzung der Richtlinie über Industrieemissionen.

111 10	012	Gebühren und Erstattung von Sachverständigenkosten in atom- und strahlenschutzrechtlichen Verfahren	100,0 0,0 0,0	a) b) c)	100,0
--------	-----	---	---------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind Ersätze für Sachverständigenkosten in atom- und strahlenschutzrechtlichen Verfahren. Vgl. Vermerk und Erläuterungen bei Tit. 526 12.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0306 Regierungspräsidium Freiburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
112 01	012	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		30,0 12,0 12,7	a) b) c)	30,0
Erläuterung: Veranschlagt sind Geldbußen einschließlich Kosten, Gebühren und Auslagenersätze auf den Gebieten des Güterkraftverkehrs, des Straßenverkehrs, der Landwirtschaft u. dgl.						
112 46	012	Erstattung von Prozesskosten		0,5 0,2 0,1	a) b) c)	0,5
Erläuterung: Veranschlagt sind auch Ersätze in Regress- und Schadensfällen.						
119 49	012	Vermischte Einnahmen		80,0 44,7 81,6	a) b) c)	80,0
Erläuterung: Vereinnahmt werden u. a. Einnahmen bei Veröffentlichungen und Ausschreibungen.						
122 01	632	Konzessionsabgaben		220,0 166,8 198,9	a) b) c)	220,0
124 01	012	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
132 01	012	Erlöse aus der Veräußerung von Maschinen und sonstigen beweglichen Sachen		12,0 0,1 0,9	a) b) c)	12,0
Erläuterung: Veranschlagt sind die Erlöse aus dem Verkauf abgängiger Büromaschinen und -möbel u. dgl.						
Zwischensumme Verwaltungseinnahmen				3.790,8	a)	3.790,8
Übrige Einnahmen						
231 02	332	Sonstige Zuweisungen vom Bund		15,0 13,6 15,3	a) b) c)	15,0
Erläuterung: Erstattungen des Bundes für Freiwillige nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz (vgl. Tit. 427 02).						

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0306 Regierungspräsidium Freiburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
233 01	722	Erstattungen durch Gemeinden und Landkreise		100,0 19,7 76,3	a) b) c)	0,0
261 01	111	Erstattungen von Verwaltungsausgaben		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
Zwischensumme Übrige Einnahmen				115,0	a)	15,0
Titelgruppen						
69		Aufwand für Informationstechnik				
119 69	012	Vermischte Einnahmen aus Informationstechnik		15,0 45,0 39,2	a) b) c)	15,0
Erläuterung: Vgl. Vermerk zu Tit. Gr. 69 - Ausgaben.						
Summe Titelgruppe 69				15,0	a)	15,0
71		Informations- und Beratungsstelle für grenzüberschreitende Fragen in Kehl				
286 71	012	Beiträge zu den Projektkosten der Informations- und Beratungsstelle für grenzüberschreitende Fragen in Kehl		107,0 106,9 106,9	a) b) c)	107,0
Erläuterung: Vgl. Vermerk zu Tit. Gr. 71 - Ausgaben.						
Summe Titelgruppe 71				107,0	a)	107,0
74		Budget der Internationalen Bodenseekonferenz				
286 74	011	Beiträge zum Budget der Internationalen Bodenseekonferenz		194,7 465,4 360,1	a) b) c)	195,4
Erläuterung: Vgl. Vermerk zu Tit. Gr. 74 - Ausgaben.						
Summe Titelgruppe 74				194,7	a)	195,4

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0306 Regierungspräsidium Freiburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
76		Budget des gemeinsamen Sekretariats der Oberrhein-Konferenz				
286 76	011	Beiträge zum Budget des gemeinsamen Sekretariats der Oberrheinkonferenz und Kooperationsfonds	228,9 228,9 228,9		a) b) c)	228,9
Erläuterung: Vgl. Vermerk zu Tit. Gr. 76 - Ausgaben.						
Summe Titelgruppe 76			228,9		a)	228,9
77		Geowissenschaftliche Arbeiten und Untersuchungen im Auftrag Dritter				
Erläuterung: Zweckgebundene Einnahmen für wissenschaftliche Arbeiten und Untersuchungen im Auftrag Dritter (vgl. Tit. Gr. 77 - Ausgaben).						
232 77	165	Erstattungen der Länder	65,8 0,0 0,0		a) b) c)	65,8
Erläuterung: Veranschlagt ist die Erstattung der Personalaufwendungen für eine Beamtin / einen Beamten der Besoldungsgruppe A 14 durch das Land Rheinland-Pfalz (vgl. Tit. 422 77).						
Die erstatteten Versorgungszuschläge sind Kap. 1210 Tit. 232 71 zuzuführen.						
282 77	165	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	0,0 236,8 510,7		a) b) c)	0,0
381 77	890	Zuweisungen von Landesdienststellen	0,0 33,6 128,0		a) b) c)	0,0
Summe Titelgruppe 77			65,8		a)	65,8
86		Erstattung der Personalaufwendungen				
231 86	721	Erstattungen vom Bund für die Unterhaltung der Bundesautobahnen	5.618,4 5.664,4 5.607,1		a) b) c)	5.618,4
Erläuterung: Veranschlagt ist die Erstattung der Personalaufwendungen für die im Unterhaltungs- und Fernmeldedienst an Bundesautobahnen tätigen Beschäftigten durch den Bund; vgl. Vermerk und Erläuterungen zu Tit. Gr. 86 - Ausgaben.						
Summe Titelgruppe 86			5.618,4		a)	5.618,4
Gesamteinnahmen			10.135,6		a)	10.036,3

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0306 Regierungspräsidium Freiburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Ausgaben

Personalausgaben

Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017.

Das Personalausgabenbudget gemäß § 6a Abs. 2 StHG 2017 umfasst die Tit. 422 01, 422 02, 422 04, 422 05, 427 16, 427 26, 427 51, 428 01, 428 02, 428 05, 428 06, 428 51 sowie 453 01 mit Ausnahme der jeweils enthaltenen Personalausgaben der Forstdirektion und hat ein Gesamtvolumen in Höhe von 51.518,9 Tsd. EUR.

Die Ausgabeermächtigung des Personalausgabenbudgets erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 233 01. Ausgaben können auch vor dem kassemäßigen Eingang der Einnahmen bei Tit. 233 01 geleistet werden.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Polizeireform können Beamtinnen und Beamte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer temporär von Regierungspräsidien zu Polizeidienststellen und von Polizeidienststellen zu Regierungspräsidien ohne Besoldungs- bzw. Vergütungersatz abgeordnet werden.

422 01	012	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten	33.150,4 31.002,1 30.352,6	a) b) c)	32.855,5
--------	-----	---	----------------------------------	----------------	----------

Erläuterung: In dem Haushaltsansatz sind einschließlich der Zulagen nach Maßgabe der besoldungsgesetzlichen Vorschriften enthalten: Tsd. EUR

1.1	Planmäßige Beamtinnen und Beamte im Rahmen des Personalausgabenbudgets darunter - Aufwandsentschädigungen und Zuwendungen aus Gründen der Fürsorge	28.944,7 6,2
1.2	Planmäßige Beamtinnen und Beamte der Forstdirektion darunter - Dienstkleidungszuschüsse für 81/81 Beamtinnen und Beamte des forstlichen Dienstes je 17,50 EUR im Monat - Jagdaufwandsentschädigung gemäß Jagdnutzungsanweisung für 81/81 Beamtinnen und Beamte des forstlichen Dienstes je 120,00 EUR pro Jahr	3.910,8 17,1 9,7

Mehr wegen Zugang Neustellen.

422 02	012	Bezüge und Nebenleistungen für abgeordnete Beamtinnen und Beamte	50,0 26,0 44,1	a) b) c)	50,0
422 03	012	Bezüge der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst u. dgl.	31,7 44,8 31,6	a) b) c)	31,7

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0306 Regierungspräsidium Freiburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
			Tsd. EUR			
422 04	012	Leistungsprämien für Beamtinnen und Beamte gem. § 76 LBesGBW	0,0		a)	0,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	
		Ausgaben für Leistungsprämien für Beamtinnen und Beamte der Forstdirektion sind bis zur Höhe von Einsparungen bei Titeln des Kap. 0306 zulässig, die gem. § 6 Abs. 1 Nr. 4 und 5 i. V. m. § 6 Abs. 2 StHG von der dezentralen Finanzverantwortung erfasst sind.				
422 05	012	Mehrarbeitsvergütung und Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten für Beamtinnen und Beamte und dgl.	41,8		a)	41,8
			6,1		b)	
			8,8		c)	
Erläuterung:						
Veranschlagt sind:		Tsd. EUR				
-	Mehrarbeitsvergütung	41,8				
427 02	332	Aufwendungen nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz	53,4		a)	53,4
			46,4		b)	
			53,3		c)	
		Mehrausgaben sind in Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 231 02 zulässig.				
Erläuterung:		Veranschlagt sind die Aufwendungen insbesondere für unentgeltliche Unterkunft, Verpflegung, Arbeitskleidung und Taschengeld für die Freiwilligen nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz (vgl. Tit. 231 02).				
427 16	012	Unterrichtsvergütungen	0,3		a)	0,3
			0,0		b)	
			0,0		c)	
Erläuterung:		Veranschlagt sind Unterrichtsvergütungen (einschließlich Reisekosten).				
427 26	012	Persönliche Prüfungskosten	10,0		a)	10,0
			9,6		b)	
			13,2		c)	
Erläuterung:		Prüfungsvergütungen und Honorare (einschließlich Reisekosten), Kosten der Prüfungsaufsicht und Vergütungen für vorübergehend beschäftigte Schreibhilfen.				

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0306 Regierungspräsidium Freiburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
427 51	012	Sonstige Beschäftigungsentgelte	947,6 891,7 768,2		a) b) c)	747,6
Erläuterung:						
		<u>Veranschlagt sind:</u>	Tsd. EUR			
		1. Urlaubs- und Krankheitsstellvertretungen, Aushilfen (auch Werkstudentinnen/-studenten, Ferienpraktikantinnen/-praktikanten, Austauschstudentinnen/-studenten, ständige Heimarbeiterinnen/-arbeiter u. dgl.) sowie Beschäftigungsentgelte für ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis im Bereich Wasserschutzkoordination	497,6			
		2. Sonstige Beschäftigungsentgelte für das Innovationsprogramm Landeserdbendienst	250,0			
		zus.	747,6			
428 01	012	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)	23.966,5 24.142,5 24.215,2		a) b) c)	22.713,2
Erläuterung: Veranschlagt sind:						
Neben den ordentlichen Bezügen für die tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einschließlich der nicht besonders aufgeführten Zulagen aufgrund von Tarifverträgen						
		<u>Zulagen aufgrund von Tarifverträgen</u>	Tsd. EUR			
		1.1 Bezüge für die tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen des Personalausgabenbudgets darunter	21.515,0			
		- 62/62 Auszubildende, 15/15 Praktikanten/innen und sonstige in einem privatrechtlichen Ausbildungsverhältnis beschäftigte Personen sowie Praxissemesterstudentinnen/-studenten	26,3			
		- Sonstige Zulagen (Zulagen nach § 14 TV-L, Zulagen nach §§ 10 und 18 TVÜ-Länder, Zulagen nach § 19 TV-L, Wechselschicht- und Schichtdienstzulagen)	2,8			
		- Entschädigung zur pauschalen Abgeltung für Aufwendungen der Berufskraftfahrer gem. Nr. 19 der VwV Kfz für 6/6 Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer je 25,00 EUR im Monat	21,0			
		- Sonstiges (Pauschvergütung nach § 25 Abs. 5 TVÜ-Länder)	21,0			
		1.2 Bezüge für die tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Forstdirektion darunter	1.198,2			
		- Dienstkleidungszuschüsse/Kleidergeld für 5/5 Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer des forstlichen Dienstes je 17,50 EUR im Monat	0,1			
		- Jagdaufwandsentschädigung gemäß Jagdnutzungsanweisung für 5/5 Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer des forstlichen Dienstes je 120,00 EUR pro Jahr	0,6			
428 02	012	Entgelte für abgeordnete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)	10,0 0,0 0,0		a) b) c)	10,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0306 Regierungspräsidium Freiburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
428 05	012	Zeitzuschläge, Überstundenentgelte und Entgelte für Mehrarbeit für Beschäftigte	54,6		a)	54,6
			15,1		b)	
			16,9		c)	
Erläuterung:						
Veranschlagt sind:			Tsd. EUR			
-		Zeitzuschläge		18,0		
-		Überstundenentgelte		9,6		
-		Entgelte für Mehrarbeit		27,0		
			zus.	54,6		
428 06	012	Entgelte der Beschäftigten des Reinigungsdienstes	234,6		a)	82,5
			130,6		b)	
			148,4		c)	
428 51	012	Beschäftigungsentgelte für nicht voll beschäftigte Arbeitnehmerinnen/-nehmer mit weniger als 50 v.H. der durchschn. regelm. wöchentl. Arbeitszeit	7,9		a)	7,9
			1,5		b)	
			0,0		c)	
453 01	012	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.	55,0		a)	54,5
			39,0		b)	
			68,3		c)	
Erläuterung:						
Veranschlagt sind:			Tsd. EUR			
1.		Trennungsgelder		14,5		
2.		Umzugskostenvergütungen		40,0		
			zus.	54,5		
Übertragen infolge Neuordnung Denkmalpflege nach Kap. 0304 Tit. 453 01 0,5 Tsd. EUR						
Zwischensumme Personalausgaben			58.613,8		a)	56.713,0
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01	012	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Ersätze fließen den Mitteln zu.	673,8		a)	681,1
			590,2		b)	
			629,5		c)	
Erläuterung:						
Veranschlagt sind:			Tsd. EUR			
1.		Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften)		301,3		
2.		Porto		124,5		
3.		Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände		156,7		
4.		Unterhaltung und Instandsetzung		75,0		
5.		Sonstiges		23,6		
				681,1		
Übertragen infolge Neuordnung Denkmalpflege wegen Neustellen Windenergie nach Kap. 0304 Tit. 511 01 24,1 Tsd. EUR nach Kap. 0304 Tit. 511 01 4,0 Tsd. EUR						

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0306 Regierungspräsidium Freiburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	-------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

514 01	012	Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl.		310,2	a)	
				255,4	b)	292,4
				300,5	c)	

Erläuterung:

Veranschlagt sind: Tsd. EUR

1. Haltung von Dienstfahrzeugen	292,4
zus.	292,4

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen und selbstfahrenden Arbeitsmaschinen: 2016 2017

aus Kap. 0306 unterhalten:		
Pkw	77	72
davon geleast	35	30
Kombi-, Einsatz- und Spezialfahrzeuge, Fahrzeuge mit Sonderausstattung, Funk usw.	23	23
davon geleast	1	7
Lkw	1	0
davon geleast	0	0
Anhänger für Kfz	12	6
Arbeitsboote	2	2
Selbstfahrende Arbeitsmaschinen	1	0
aus Kap. 0829 beschafft, unterhalten aus Kap.1008:		
Pkw	1	0
Kombi-, Einsatz- und Spezialfahrzeuge, Fahrzeuge mit Sonderausstattung, Funk usw.	0	2
Lkw	2	1
Anhänger für Kfz	4	3
aus Kap. 1303 unterhalten und beschafft:		
Pkw	4	2
Kombi-, Einsatz- und Spezialfahrzeuge, Fahrzeuge mit Sonderausstattung, Funk usw.	2	1
Lkw	1	0
Anhänger für Kfz	4	4
Arbeitsboote	2	5
aus Kap. 1304 beschafft:		
Kombi-, Einsatz- und Spezialfahrzeuge, Fahrzeuge mit Sonderausstattung, Funk usw.		11
Anhänger für Kfz	2	0

Angaben ohne Landesbetrieb Gewässer.

Die Änderungen 2017 ergeben sich aus der Neuordnung der Ordnungsmerkmale sowie erforderlichen Bestandskorrekturen insbesondere auf Grundlage der durchgeführten Inventur und Umorganisation der Regierungspräsidien.

Die Kraftfahrzeuge der zentralen Fahrbereitschaft des Regierungspräsidiums werden regelmäßig von folgenden Dienststellen mitbenutzt:

- Amtsgericht Freiburg
- Institut für Volkskunde der Deutschen des östlichen Europa
- Landeszentrale für politische Bildung, Außenstelle Freiburg
- Landgericht Freiburg
- Staatsanwaltschaft Freiburg
- Verwaltungsgericht Freiburg
- Rechnungsprüfungsamt Freiburg

Übertragen infolge Neuordnung Denkmalpflege
nach Kap. 0304 Tit. 514 01 17,8 Tsd. EUR

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0306 Regierungspräsidium Freiburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
514 02	012	Dienst- und Schutzkleidung (persönliche Ausrüstungsgegenstände)	20,0 28,1 28,0		a) b) c)	20,0
Erläuterung:						
Dienstkleidung erhalten:						
- 2/2 Bezirksbrandmeister/in und feuertechnische Mitarbeiter/innen						
- 4/4 Hausmeister/innen						
- 4/4 Lebensmittelprüfer/innen						
- 2/2 Tierärzte/innen						
- 2/2 Laboranten/innen						
- 81/81 technische Bedienstete mit Außendiensttätigkeit						
- 23/23 andere Mitarbeiter/innen des Regierungspräsidiums						
514 03	012	Verbrauchsmittel	28,0 38,0 30,9		a) b) c)	28,0
Erläuterung: Verbrauchsmaterial für die Laboratorien.						
517 01	012	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)	63,4 68,2 75,6		a) b) c)	63,4
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel (z. B. Putzmittel, WC-Bedarf).						
518 02	012	Mieten und Pachten für Maschinen, Fahrzeuge und Geräte	75,0 74,8 66,7		a) b) c)	75,0
Erläuterung: Veranschlagt sind Leasingkosten für Dienstfahrzeuge.						
525 21	012	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten	90,0 169,5 137,2		a) b) c)	90,0
Ersätze fließen den Mitteln zu.						
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten einschließlich Reisekosten für die berufliche Aus- und Fortbildung der Bediensteten des Regierungspräsidiums und der Apothekenvisitorinnen/-visitatoren.						
526 01	012	Gerichts- und ähnliche Kosten	116,6 95,5 100,5		a) b) c)	116,6
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten von Rechtsstreitigkeiten vor den ordentlichen Gerichten und vor den Verwaltungsgerichten sowie Erstattung von Kosten im Vorverfahren nach § 80 LVwVfG.						

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0306 Regierungspräsidium Freiburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

526 11	012	Kosten für Sachverständige	6,5 2,7 0,7		a) b) c)	6,5
--------	-----	----------------------------	-------------------	--	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Sachverständige und Gutachten sowie für ärztliche Untersuchungen.

526 12	012	Kosten für nach dem Atomgesetz und der darauf beruhenden Verordnungen zugezogene Sachverständige	100,0 0,0 0,0		a) b) c)	100,0
--------	-----	--	---------------------	--	----------------	-------

Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Tit. 111 10 und soweit dort nach § 21 Atomgesetz ein Erstattungsanspruch für die Kosten der Genehmigungs- bzw. Aufsichtsbehörde besteht. Ausgaben können auch vor dem kassenmäßigen Eingang der Einnahmen geleistet werden.

Erläuterung: Veranschlagt sind die Sachverständigenkosten in atom- und strahlenschutzrechtlichen Verfahren, die vom Land verausgabt und von den Betreibern von Anlagen und Einrichtungen nach dem Atomgesetz und der darauf beruhenden Verordnungen erstattet werden (vgl. Tit. 111 10).

526 22	012	Kosten für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen	5,0 0,1 0,6		a) b) c)	5,0
--------	-----	--	-------------------	--	----------------	-----

Erläuterung:

Veranschlagt sind (ggf. einschließlich Reisekosten):	Tsd. EUR
1. Entschädigung für die Beauftragten der Denkmalschutzbehörden	1,2
2. Entschädigung der Beisitzer/innen in Enteignungsverfahren	1,4
3. Entschädigung der Mitglieder des Gutachterausschusses für die Anerkennung von Ausbildungsstätten in der städt. Hauswirtschaft	1,3
4. Kosten der oberen Jagdbehörde	0,5
5. Entschädigung an die Mitglieder der Tierversuchskommission	0,5
6. Sonstiges	0,1
zus.	5,0

527 01	012	Dienstreisen	703,8 597,1 605,2		a) b) c)	677,0
--------	-----	--------------	-------------------------	--	----------------	-------

Ersätze fließen den Mitteln zu.

Erläuterung:

Veranschlagt sind auch Wegstreckenentschädigungen für privateigene Kraftfahrzeuge und Feldaufwandsentschädigungen. Weitere Reisekosten sind veranschlagt bei Tit. 427 16, 427 26, 525 21, 526 22, 534 01 und 525 69.

Zugelassene Fahrzeuge	2016	2017
Pkw	348	348

Übertragen infolge Neuordnung Denkmalpflege nach Kap. 0304 Tit. 527 01 26,8 Tsd. EUR

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0306 Regierungspräsidium Freiburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
			Tsd. EUR			
529 01	012	Zur Verfügung des Regierungspräsidenten und des Regierungsvizepräsidenten für Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	7,2		a)	7,2
			7,2		b)	
			7,2		c)	
		Erläuterung: Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.				
531 02	012	Sonstige Öffentlichkeitsarbeit	6,0		a)	6,0
			10,9		b)	
			6,2		c)	
		Ersätze und Erlöse fließen den Mitteln zu. Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.				
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für sonstige Öffentlichkeitsarbeit einschließlich der Kosten für den Pressespiegel.				
532 01	012	Umzugs- und Verlegungskosten	22,8		a)	22,8
			5,1		b)	
			0,0		c)	
533 01	012	Sächliche Prüfungskosten	1,0		a)	1,0
			0,2		b)	
			0,2		c)	
		Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten für Prüfungsmaterial und für die Anmietung von Prüfungsräumen.				
534 01	012	Dienstleistungen Dritter u. dgl.	578,4		a)	578,4
			350,1		b)	
			419,6		c)	
		Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Übersetzungsgebühren, Gebühren für Dolmetschertätigkeit im Rahmen der Koordination im deutsch-französischen Grenzraum (insbesondere grenzüberschreitender Katastrophen- und Umweltschutz und Raumordnungsverfahren), Entschädigungen für Besichtigungen von Apotheken einschließlich Reisekosten, Auslagen einschließlich Reisekosten für die neben- oder ehrenamtlichen Landesbeauftragten für Luftaufsicht sowie Werkverträge für Bohrungen und kartographische Arbeiten. Daneben sind hier auch die Kosten für Maßnahmen zur Gefahrenerforschung und -abwehr stillgelegter Bergwerke und anderer künstlicher Hohlräume veranschlagt.				
534 05	012	Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes	20,1		a)	20,1
			19,2		b)	
			18,2		c)	
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten zur Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes und der dazugehörigen Unfallverhütungsvorschrift GUV 0.5. Enthalten sind die Kosten für die sicherheitstechnische und betriebsärztliche Betreuung der Beschäftigten einschließlich der Kosten für arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen.				

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0306 Regierungspräsidium Freiburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

546 49	012	Vermischte Verwaltungsausgaben	107,3		a)	107,3
			133,8		b)	
			125,6		c)	

Ersätze und Beiträge Dritter fließen den Mitteln zu.

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
2. Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern	12,5
3. Auslagen für Vorstellungsreisen	0,5
4. Sonstige vermischte Ausgaben	
a) Schadenersatzleistungen an Dritte aus Verschulden von Verwaltungsangehörigen und aus Anlass von Unfällen beim Betrieb von Dienstfahrzeugen sowie aus anderen Rechtsgründen.	42,4
b) Kosten für die Erhaltung der Gültigkeit von Luftfahrerscheinen	1,3
c) Aufwand der Hausspitze, der Stabsstelle für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (SGZ) und der Abteilungen im Rahmen der grenzüberschreitenden und interregionalen Zusammenarbeit mit den EU-Staaten und der Schweiz	8,6
d) Aufwand im Rahmen des grenzüberschreitenden Katastrophenschutzes	37,5
e) Aufwand für die Mitglieder des Katastrophenschutzstabes im Bezirk Freiburg bei Übungen und Einsätzen	1,0
f) Sonstige vermischte Ausgaben (u. a. Aufwand für die Bewirtung von Gästen u. dgl.)	3,5
zus.	107,3

547 01	W 195	Sachaufwand für die Erfassung von Kulturdenkmälern	25,5		a)	0,0
			0,0		b)	
			20,3		c)	

Übertragen infolge Neuordnung Denkmalpflege
nach Kap. 0304 Tit. 547 01 25,5 Tsd. EUR

Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben	2.960,6	a)	2.897,8
--	---------	----	---------

**Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Investitionen)**

Die Mittel sind übertragbar.

633 01	187	Zuweisungen für die Förderung kultureller Aktivitäten in Bibliotheken an Gemeinden und Gemeindeverbände	2,9		a)	2,9
			5,8		b)	
			5,8		c)	

Die Tit. 633 01 und 684 02 sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterung: Veranschlagt sind Zuschüsse für kulturelle Aktivitäten in Bibliotheken (wie Dichterlesungen, Ausstellungen, u. ä.) vor allem im ländlichen Raum.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0306 Regierungspräsidium Freiburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

682 02	623	Zuschuss an den Landesbetrieb Gewässer	13.194,9		a)	14.422,0
			12.859,8		b)	
			11.079,5		c)	

Die im Finanzplan des Landesbetriebs für die Vermehrung des Anlagevermögens (Investitionen) veranschlagten Beträge sind bindend. Für im Finanzplan (Ziff. B.I.2.2 und 2.3) nicht veranschlagte Investitionen und für Mehrausgaben bei veranschlagten Investitionen dürfen – bei Beträgen über 100.000 Euro im Einzelfall mit Einwilligung des Ministeriums für Finanzen – verwendet werden:

- A) Einsparungen bei anderen Investitionen gegenüber den im Finanzplan veranschlagten Beträgen.
- B) Eine Minderung des Fehlbetrages, die der Betrieb gegenüber dem im Haushaltsplan veranschlagten Betrag erzielen würde, wenn und soweit die Minderung des Fehlbetrages nicht durch buchungstechnische Vorgänge herbeigeführt wird.

Die Bildung und Verwendung von Rücklagen bedarf der Einwilligung des Ministeriums für Finanzen.

Die Kosten der Unterbringung einschließlich der Gebäudebewirtschaftungs- und Energiekosten sowie Bauunterhaltung werden aus den Kap. 1208 und 1209 getragen.

Erläuterung: Veranschlagt ist der Zuschuss an den Landesbetrieb Gewässer. Der Wirtschaftsplan ist in der Anlage 1 zu Kap. 0306 aufgeführt.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0306 Regierungspräsidium Freiburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Unentgeltliche Leistungen für den Landesbetrieb		Fläche in m ² bzw. anderer Größenordnung der Leistung	Ist-Ergebnis 2014 Tsd. EUR	Betrag für 2016 (Planung) Tsd. EUR	Betrag für 2017 (Planung) Tsd. EUR
I. Nutzung unentgeltlich überlassener Liegenschaften des Landes (Mietwert, Bewirtschaftung, Bauunterhalt)					
1.	Bad Säckingen Rathausplatz 5	1.636,1	Angaben über Mietwert und Betriebskosten liegen nicht vor, da mehrere Nutzer im Gebäude.		
2.	Donaueschingen Bregstr. 24 a	1.290,7	79,8	87,1	87,1
3.	Donaueschingen Irmastr. 11	150,9	13,5	3,5	3,5
4.	Epfendorf Kilbigwasen 2	347,5	17,5	17,4	17,4
5.	Freiburg Bissierstr. 3	2.733,1	Angaben über Mietwert und Betriebskosten liegen nicht vor, da mehrere Nutzer im Gebäude.		
6.	Freiburg Bissierstr. 7	14.048,1	Angaben über Mietwert und Betriebskosten liegen nicht vor, da mehrere Nutzer im Gebäude.		
7.	Konstanz Pegel Konstanz/Rhein Webersteig 7	4,0	0,0	0,1	0,1
8.	Konstanz Steganlage Betriebshof Moos Stromeyersdorfstr. 3-7	66,0	1,7	1,7	1,7
9.	Lauchringen Flussbaugerätehof Klettgaustr. 24	1.065,2	63,2	61,9	61,9
10.	Moos Betriebshof Moos Iznangerstr. 40	425,7	40,6	33,0	33,0
11.	Offenburg Kinzigstr. 8	1.746,0	28,3	69,7	69,7
12.	Offenburg Wilhelmstr. 24	1.557,2	162,0	157,7	157,7
13.	am Rhein 6 Pegelhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0
14.	Riegel Oberwald 13	876,1	56,9	72,6	72,6
15.	Steinen-Höllstein Im Föhribuckweg	743,3	26,4	26,3	26,3
16.	Tuttlingen Ludwigstal 38	264,8	13,5	13,4	13,4
17.	Wagshurst Wehrwärtergehöft (Renchen)	1.996,0	70,5	112,0	112,0
	Zusammen	28.950,7	573,9	656,4	656,4
II. Weitere Leistungsblöcke					
1.	Wartung/Nutzung der gemeinschaftlichen Telefonanlage		1,3	1,3	1,3
2.	Wartung Zeiterfassung ZEUS		0,3	0,3	0,3
	Zusammen		1,6	1,6	1,6
III. Unentgeltliche Leistungen insgesamt		28.950,7	575,5	658,0	658,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0306 Regierungspräsidium Freiburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

684 02	187	Zuschüsse für die Förderung kultureller Aktivitäten in Bibliotheken an soziale und ähnliche Einrichtungen Die Tit. 633 01 und 684 02 sind gegenseitig deckungsfähig.	2,9 0,0 0,0		a) b) c)	2,9
--------	-----	---	-------------------	--	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind Zuschüsse für kulturelle Aktivitäten in Bibliotheken
(wie Dichterlesungen, Ausstellungen u. ä.) vor allem im ländlichen Raum.

685 49	012	Mitgliedsbeiträge an Verbände, Vereine, Gesellschaften, Organisationen u. dgl.	4,9 3,9 3,3		a) b) c)	4,9
--------	-----	---	-------------------	--	----------------	-----

Zwischensumme Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			13.205,6	a)	14.432,7
---	--	--	----------	----	----------

Ausgaben für Investitionen

811 01	012	Erwerb von Dienstfahrzeugen u. dgl. (für die Verwaltung)	140,8 148,5 154,6		a) b) c)	140,8
--------	-----	---	-------------------------	--	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind folgende Ersatzbeschaffungen:		Tsd. EUR
5	Pkw	115,0
1	Transporter	25,8
	zus.	140,8

Ausgesondert werden sollen im Jahr 2017:

Dienststellen	Typ des Dienstkraft- fahrzeugs	Baujahr	Gesamtfahrleistung am 1. Januar 2016 km	Voraussichtliche Gesamtfahrleistung zum Aussonde- rungszeitpunkt km	Amtliches Kenn- zeichen
RP Freiburg	MB Sprinter	2000	161.114	230.000	FR-1415
RP Freiburg	Opel Astra Kombi	2006	184.153	225.000	FR-1441
RP Freiburg	Opel Corsa	2002	149.770	175.000	FR-1524
RP Freiburg	Opel Astra	2005	175.000	225.000	FR-1850
RP Freiburg	VW Golf V	2008	195.624	245.000	FR-RP 103
RP Freiburg	VW Golf V	2008	207.872	260.000	FR-RP 104

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0306 Regierungspräsidium Freiburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

812 01	012	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	264,0		a)	264,0
			554,2		b)	
			514,2		c)	

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Rollregalanlagen Bissierstraße 3	25,0
2. Technische Erneuerung des Landeserdbebendienstes	190,0
3. Dienstzimmerausstattung Bissierstr.3, Alberstr. 5, Bertoldstr. 43	29,0
4. Trockenschrank für Labor Abt. 9	20,0
zus.	<u>264,0</u>

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und ihre Abdeckung (Beträge in Tsd. EUR)

Bewilligungen im Haushaltsplan	Betrag	davon abzudecken aus Haushaltsmitteln		
		2015	2016	2017
2013	570,0	190,0	190,0	190,0

Zwischensumme Ausgaben für Investitionen	404,8	a)	404,8
---	--------------	----	--------------

Titelgruppen

69 Aufwand für Informationstechnik

Die Ausgabermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 119 69.

Erläuterung: Auf die Erläuterungen zu Tit. Gr. 69 bei Kap. 0304 wird verwiesen.

427 69	012	Personalaufwand	0,0		a)	0,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	
511 69A	012	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	558,7		a)	558,7
			384,3		b)	
			669,9		c)	

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	389,7
2. Unterhaltung und Instandsetzung	169,0
zus.	<u>558,7</u>

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0306 Regierungspräsidium Freiburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

511 69B	012	Fernmeldegebühren u. dgl.		139,1 104,2 142,2	a) b) c)	139,1
---------	-----	---------------------------	--	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	99,1
2. Einmalige Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	15,0
3. Rundfunkbeiträge	8,0
4. Sonstiges (EDV-Leitungsmieten)	17,0
	<u>139,1</u>
zus.	139,1

Neben dem Aufwand für zwei Telekommunikationsanlagen sind hier die Kosten für fünf Fernsprechhauptanschlüsse, die Postleitungen für DV-Geräte sowie der Kostenersatz an das Landratsamt Lörrach für den Betrieb der grenzüberschreitenden Fernsprechstandleitungen von Lörrach nach Basel und Mulhouse veranschlagt.

514 69	012	Verbrauchsmittel		126,8 134,6 114,6	a) b) c)	126,8
--------	-----	------------------	--	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Verbrauchsmaterial u. dgl.

518 69	012	Maschinen- und Gerätemieten		175,9 135,1 170,3	a) b) c)	175,9
--------	-----	-----------------------------	--	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Mieten für Kopiersysteme.

525 69	012	Aus- und Fortbildung		11,0 32,8 58,6	a) b) c)	11,0
--------	-----	----------------------	--	----------------------	----------------	------

Erläuterung: Berufliche Fortbildung der Bediensteten des Regierungspräsidiums (einschließlich Reisekosten) in den Bereichen EDV und sonstiger Informationstechnik.

534 69	012	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		1.403,9 2.289,1 1.642,2	a) b) c)	1.186,5
--------	-----	----------------------------------	--	-------------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten für den Erwerb von Software und Lizenzen für das Arbeitsgebiet BKI sowie für Beratungsleistungen für die Installation von informationstechnischen Anlagen. Betreuung der BK-Arbeitsplätze durch den Landesbetrieb IT Baden-Württemberg. Mehr wegen Entwicklung Geo-LA-Erläuterungen und Consulting Datenbanken sowie höherer Lizenzkosten ArcGis.

Übertragen infolge Neuordnung Denkmalpflege
nach Kap. 0304 Tit. 534 69 22,4 Tsd. EUR

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0306 Regierungspräsidium Freiburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
546 69	012	Sonstiger Sachaufwand		1,0 0,3 1,9	a) b) c)	1,0
812 69	012	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		10,0 7,0 10,6	a) b) c)	10,0
		Erläuterung:				
		Veranschlagt sind:	Tsd. EUR			
		Erwerb von DV-Geräten (Rechner und sonstige Peripherie) für das Arbeitsgebiet BKL und für Fachanwendungen.	10,0			
Summe Titelgruppe 69			2.426,4		a)	2.209,0
71		Informations- und Beratungsstelle für grenzüberschreitende Fragen in Kehl				
		Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 286 71, ggf. können Ausgaben auch vor dem kassenmäßigen Eingang der Einnahmen bei Tit. 286 71 geleistet werden.				
		Erläuterung: Die Einnahmen und Ausgaben für die im Rahmen der grenzüberschreitenden Entwicklungskonzeption Oberrhein Mitte-Süd bewilligte Informations- und Beratungsstelle für grenzüberschreitende Fragen in Kehl werden vom Land Baden-Württemberg bewirtschaftet und gegenüber den beteiligten Partnern nachgewiesen.				
429 71	012	Personalaufwand		98,0 77,0 84,2	a) b) c)	98,0
531 71	012	Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen		4,0 3,8 2,1	a) b) c)	4,0
		Erläuterung: Die Mittel dienen vor allem zur Durchführung von Informationsveranstaltungen und -maßnahmen der Beratungsstelle.				
546 71	012	Sonstiger Sachaufwand		44,0 52,1 38,7	a) b) c)	44,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Anmietung, Unterhaltung und den Betrieb des Büros der Beratungsstelle einschließlich der Kosten der Bürokommunikation.				
Summe Titelgruppe 71			146,0		a)	146,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0306 Regierungspräsidium Freiburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
72		Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit				
		Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig.				
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Aufwendungen des Landes für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit europäischen Regionen einschließlich der Kontakte mit mittel- und osteuropäischen Staaten. Wegen des Aufwands für die Informations- und Beratungsstelle für grenzüberschreitende Fragen in Kehl vgl. Tit. Gr. 71.				
681 72	012	Anteil des Landes an der Informations- und Beratungsstelle für grenzüberschreitende Fragen Palmrain in Weil am Rhein/Hünigen	56,0 55,3 55,3		a) b) c)	56,0
		Erläuterung: Der Landesanteil für die Informations- und Beratungsstelle für grenzüberschreitende Fragen Palmrain in Weil am Rhein/Hünigen wird an die Regio Basiliensis geleistet, die im Verlauf der Projektvorbereitung die finanzielle Abwicklung übernommen hat. Veranschlagt ist der auf Baden-Württemberg entfallende Anteil unter Berücksichtigung der Weiterförderung durch die Europäische Union. Als Landesanteil wird zusätzlich eine Beamtin/ein Beamter der Bes. Gr. A 13 bereitgestellt; die Stelle ist bei Tit. 422 01 ausgebracht. Die Personalkosten werden zu Lasten des Gesamtbudgets der Informations- und Beratungsstelle Palmrain von der Regio Basiliensis erstattet.				
683 72	012	Anteil des Landes an der Informations- und Beratungsstelle für grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Vogelgrun/Breisach	25,0 25,0 25,0		a) b) c)	25,0
		Erläuterung: Veranschlagt ist der Landesanteil an der Informations- und Beratungsstelle für grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Breisach/Neuf-Breisach unter Berücksichtigung einer erwarteten Förderung durch die Europäische Union und einer finanziellen Beteiligung durch die berührten Kommunen.				
684 72	012	Anteil des Landes für die technische Hilfe zur Abwicklung des INTERREG V A-Programms "Oberrhein"	44,6 0,0 0,0		a) b) c)	44,6
		Erläuterung: Veranschlagt ist der Landesanteil an der Finanzierung für die technische Hilfe zur Abwicklung des INTERREG V A-Programms „Oberrhein“, Geschäftsstelle bei der Region Alsace Champagne-Ardenne Lorraine in Straßburg.				
686 72	012	Anteil des Landes für die Hochrheinkommission	10,0 10,0 10,0		a) b) c)	10,0
		Erläuterung: Veranschlagt ist der Landesanteil an den Kosten der Hochrheinkommission. Partner der Hochrheinkommission sind neben dem Land Baden-Württemberg die Kantone Aargau und Schaffhausen, die Landkreise Waldshut und Lörrach, zahlreiche schweizerische und deutsche Gemeinden beidseits des Hochrheins sowie der Regionalverband Hochrhein-Bodensee.				

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0306 Regierungspräsidium Freiburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

687 72	012	Anteil des Landes an Maßnahmen von EURES-T-Oberrhein	6,0 0,0 0,0		a) b) c)	6,0
--------	-----	--	-------------------	--	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt ist der Landesanteil an den Kosten der Koordinationsstelle EURES-T-Oberrhein in Straßburg.

Summe Titelgruppe 72			141,6	a)	141,6
-----------------------------	--	--	-------	----	-------

73 Trinationale Metropolregion Oberrhein

Erläuterung: Veranschlagt sind die Aufwendungen des Landes für die Trinationale Metropolregion Oberrhein, die bei der Région Alsace Champagne-Ardenne Lorraine in Straßburg angesiedelt ist.

429 73	012	Personalaufwand	15,0 0,0 0,0		a) b) c)	15,0
--------	-----	-----------------	--------------------	--	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt ist der Landesanteil des Personalaufwandes der Koordinatorin/des Koordinators der Säule Politik im Büro der Trinationalen Metropolregion Oberrhein.

Summe Titelgruppe 73			15,0	a)	15,0
-----------------------------	--	--	------	----	------

74 Budget der Internationalen Bodenseekonferenz

Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 286 74, ggf. können Ausgaben auch vor dem kassenmäßigen Eingang der Einnahmen bei Tit. 286 74 geleistet werden.

Erläuterung: Die Regierungschefs der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) haben am 12.12.2007 ihr gemeinsames Budget für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der beteiligten Mitgliedsländer auf Grund der Entwicklung der Personalkosten auf 275,0 Tsd. EUR aufgestockt. Es wird gemeinsam finanziert auf Grund eines per Statuts festgelegten Verteilungsschlüssels. Zur Erleichterung der praktischen Abwicklung des Budgets hat sich Baden-Württemberg als Hauptzahlerland bereit erklärt, die Kassenführung für das gemeinsame Budget der Bodenseekonferenz zu übernehmen. Finanziert werden damit hauptsächlich die Aufwendungen für die gemeinsam betriebene IBK Geschäftsstelle in Konstanz, die gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit, sowie die Kosten für die Projektarbeit der IBK-Kommissionen und Projektgruppen. Die Anteile der übrigen beteiligten Länder und der Zuschuss der Europäischen Union im Rahmen des INTERREG-Programms für die Geschäftsstelle sind bei Tit. 286 74 veranschlagt.

Am 12.12.2014 haben die IBK-Regierungschefs eine neue Vereinbarung über die Einrichtung der IBK-Geschäftsstelle von 2015 bis 2020 beschlossen. Dazu kommt seit 2015 das Budget für die Administration des IBK-Kleinprojektfonds i.H.v. 17.917,67 € (Beschluss IBK-Regierungschefs 12.12.2014), welches ab 2015 in das INTERREG-V-Projekt „IBK-Kompetenzzentrum“ integriert ist.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0306 Regierungspräsidium Freiburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
			Tsd. EUR			
429 74	012	Personalaufwand	185,7		a)	186,9
			234,7		b)	
			229,4		c)	
<p>Erläuterung: Veranschlagt ist der Personalaufwand für die Geschäftsführerin/den Geschäftsführer und zwei weitere Bedienstete der Geschäftsstelle der Internationalen Bodenseekonferenz und für eine Teilzeitkraft zur Koordinierung des Projektes „INTERREG-Kleinprojektfonds“. Im Bedarfsfall ist eine unbefristete Beschäftigung von Tarifpersonal zulässig.</p>						
531 74	012	Öffentlichkeitsarbeit	12,0		a)	12,0
			11,5		b)	
			8,8		c)	
<p>Erläuterung: Über die Ausgaben für die Projektarbeit entscheidet grundsätzlich der Ständige Ausschuss der IBK.</p>						
541 74	012	Sachaufwand für ad hoc-Projekte der Internationalen Bodenseekonferenz	45,0		a)	45,0
			128,8		b)	
			197,5		c)	
<p>Erläuterung: Über die Ausgaben für die Projektarbeit entscheidet grundsätzlich der Ständige Ausschuss der IBK.</p>						
546 74	012	Sonstiger Sachaufwand	41,0		a)	41,0
			29,2		b)	
			38,2		c)	
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere der Sachaufwand und die Kosten für den Betrieb der IBK-Geschäftsstelle.</p>						
685 74	012	INTERREG-Kleinprojektfonds für grenzüberschreitende Begegnungen und Zusammenarbeit	8,0		a)	8,0
			80,8		b)	
			58,1		c)	
<p>Erläuterung: Über die Ausgaben zur Förderung der Kleinprojekte, zur Öffentlichkeitsarbeit und zu den Sachkosten entscheidet grundsätzlich der Ständige Ausschuss der IBK. Die IBK-Regierungschefs haben am 05. Juli 2013 beschlossen, ein konkretes Projekt zur Weiterführung des Kleinprojektfonds ab 2015 auszuarbeiten. Unabhängig davon ist in 2015 mit einer Abwicklung von Restmitteln/INTERREG-Abrechnung zu rechnen.</p>						
Summe Titelgruppe 74			291,7		a)	292,9

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0306 Regierungspräsidium Freiburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
76		Budget des gemeinsamen Sekretariats der Oberrhein-Konferenz				
		Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 286 76, ggf. können Ausgaben auch vor dem kassenmäßigen Eingang der Einnahmen bei Tit. 286 76 geleistet werden.				
		Erläuterung: Die an der Oberrheinkonferenz beteiligten Partner haben die Einrichtung eines Gemeinsamen Sekretariats vereinbart, das Koordinations- und Organisationsaufgaben für die Oberrheinkonferenz wahrnimmt. Träger der Einrichtung sind das Elsaß (Republik Frankreich/Région Alsace/Département Bas-Rhin und Haut-Rhin), die Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sowie die Basler Kanton. Die Projektverantwortung für das Gemeinsame Sekretariat wurde am 08.12.1994 dem Land Baden-Württemberg übertragen. Dies bedeutet die Übernahme der Kassenführung durch das Land mit Bewirtschaftung aller Einnahmen und Ausgaben. Die Projektverantwortung für das Gemeinsame Sekretariat der Oberrheinkonferenz wird vom Regierungspräsidium wahrgenommen.				
429 76	012	Personalaufwand	52,0 59,3 54,4		a) b) c)	52,0
531 76	012	Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen	20,0 19,4 10,8		a) b) c)	20,0
		Erläuterung: Die Mittel dienen vor allem zur Durchführung von Informationsveranstaltungen und -maßnahmen der Oberrheinkonferenz.				
541 76	012	Sachaufwand für Projekte des Kooperationsfonds Oberrhein	100,0 138,4 55,7		a) b) c)	100,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind trinationale Projekte des Kooperationsfonds.				
546 76	012	Sonstiger Sachaufwand und Funktionsbudget	90,8 65,5 61,6		a) b) c)	90,8
		Erläuterung: Veranschlagt sind die üblichen sächlichen Verwaltungsausgaben für das gemeinsame Sekretariat. 25,0 Tsd. EUR sind zur Finanzierung von kleineren trinationalen Projekten veranschlagt. Die Entscheidungen trifft der Kooperationsausschuss der Oberrheinkonferenz.				
Summe Titelgruppe 76			262,8		a)	262,8

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0306 Regierungspräsidium Freiburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
77		Geowissenschaftliche Arbeiten und Untersuchungen im Auftrag Dritter				
		Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Ausgaben sind in Höhe der Einnahmen bei den Tit. 232 77, 282 77 und 381 77 zulässig.				
422 77	165	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamte	65,8 0,0 0,0	a) b) c)	65,8	
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Bezüge und Nebenleistungen für eine Beamtin / einen Beamten der Besoldungsgruppe A 14, die von Rheinland-Pfalz erstattet werden (vgl. Tit. 232 77).				
429 77	165	Personalaufwand	0,0 212,8 284,2	a) b) c)	0,0	
		Erläuterung: Zulässig ist die Einstellung von befristet Beschäftigten auf der Grund- lage des Teilzeit- und Befristungsgesetzes i. V. m. § 30 TV-L.				
547 77	165	Sachaufwand	0,0 52,1 141,4	a) b) c)	0,0	
		Erläuterung: Sachaufwand für die Durchführung geowissenschaftlicher Arbeiten und Untersuchungen einschließlich der dazu erforderlichen Reisekosten, Beschaf- fung von Labor- und Kleingeräten u. dgl.				
812 77	165	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	0,0 0,0 9,9	a) b) c)	0,0	
Summe Titelgruppe 77			65,8	a)	65,8	
86		Personalkosten für die Unterhaltung der Bundes- autobahnen aus Bundesmitteln				
		Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 231 86, ggf. können Ausgaben auch vor dem kassenmäßigen Eingang der Einnah- men geleistet werden.				
		Erläuterung: Hier werden die Personalkosten für die im Unterhaltungsdienst an Bundesautobahnen tätigen Beschäftigten nachgewiesen. Diese Kosten werden in voller Höhe aus Mitteln des Bundeshaushalts erstattet, vgl. Tit. 231 86.				

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0306 Regierungspräsidium Freiburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
428 86	721	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)	5.614,0 5.852,8 5.714,4		a) b) c)	5.614,0
Erläuterung:						
Veranschlagt ist der Personalaufwand für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit unbefristeten und befristeten Arbeitsverträgen der Entgeltgruppen						
			2016	2017		
		3 – 5 (Autobahnmeistereien)	1	1		
		6 – 9	37	37		
		1 – 5	84	84		
		Auszubildende, Umschüler/innen	6	6		
Entgelte einschließlich der Sozialversicherungsbeiträge sowie Nebenleistungen und Zulagen (auch Überstundenvergütungen, Nachdienstentschädigungen, Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten, Jubiläumszuwendungen, Abfindungen und Übergangsgelder) für Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Auszubildende im Straßenunterhaltungsdienst sowie für Reinigungspersonal, insbesondere bei den Autobahnmeistereien.						
441 86	721	Beihilfen	4,4 0,0 0,0		a) b) c)	4,4
Summe Titelgruppe 86			5.618,4		a)	5.618,4
Gesamtausgaben			84.152,5		a)	83.199,8
Abschluss Kapitel 0306						
Verwaltungseinnahmen			3.805,8		a)	3.805,8
Übrige Einnahmen			6.329,8		a)	6.230,5
Gesamteinnahmen			10.135,6		a)	10.036,3
Personalausgaben			64.648,7		a)	62.749,1
Sächliche Verwaltungsausgaben			5.733,8		a)	5.453,6
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			13.355,2		a)	14.582,3
Ausgaben für Investitionen			414,8		a)	414,8
Gesamtausgaben			84.152,5		a)	83.199,8
Kapitel 0306 Zuschuss			74.016,9		a)	73.163,5

Wirtschaftsplan

des

Landesbetriebs Landesbetrieb Gewässer

gemäß § 26 LHO

Vorbemerkung

Die Gewässerdirektion Südlicher Oberrhein/Hochrhein wird seit 01.01.1997 als Landesbetrieb gem. § 26 LHO geführt und ist im Zuge der Verwaltungsreform mit Wirkung vom 01.01.2005 in das Regierungspräsidium Freiburg eingegliedert und als Landesbetrieb Gewässer fortgeführt worden.

Der Landesbetrieb Gewässer übernimmt die nach dem Verwaltungsstruktur-Reformgesetz - VRG zum 01.01.2005 beim Land verbliebenen Aufgaben, die von der Gewässerdirektion Südlicher Oberrhein/Hochrhein auf das Regierungspräsidium Freiburg übergingen.

Die für die Aufgabenerfüllung notwendigen Personal- und Sachmittel sind im Einzelplan 03, die für Unterhaltung und Betrieb, für Baumaßnahmen, Anlagen, Erwerb von beweglichen Sachen und Grunderwerb erforderlichen Mittel im Einzelplan 10 enthalten. Innerhalb des Wirtschaftsplans können die Mittel aus Kap. 0306 Tit. 682 02 und die für den Landesbetrieb Gewässer beim Regierungspräsidium Freiburg zugewiesenen Mittel aus Kap. 1005 Tit. 682 01 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Anlage 1 zu Kap. 0306
Regierungspräsidium Freiburg Landesbetrieb Gewässer

A. Erfolgsplan		Betrag für 2015 Ist-Ergebnis	Betrag für 2016 Soll	Betrag für 2017 Planung
Tsd. EUR				
I. Erträge				
1.	Umsatzerlöse	115,2	686,0	816,0
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,0	0,0	0,0
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	2.727,0	0,0	0,0
4.	Sonstige betriebliche Erträge	36.579,2	12,0	13,0
5.	Erträge aus Beteiligungen, Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, Zins- und ähnliche Erträge	0,0	0,0	0,0
6.	außerordentliche Erträge	0,0	1,0	0,0
	Die Nr. 2-4 können auch unter der Bezeichnung "übrige Erträge" zusammengefasst werden.	39.421,4	699,0	829,0
	<u>Summe der Erträge</u>			
II. Aufwendungen				
1.	Materialaufwand	6.074,7	5.528,6	5.265,8
1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	675,5	850,0	675,5
1.2	Aufwendungen für Bezogene Leistungen	5.399,2	4.678,6	4.590,3
2.	Personalaufwand	11.266,3	13.023,3	14.273,3
2.1	Löhne und Gehälter	8.747,6	10.525,6	10.933,8
2.2	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.518,7	2.497,7	3.339,5
3.	Abschreibungen	6.298,0	3.990,0	4.336,0
4.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.702,2	671,8	1.112,7
4.1	Instandhaltung und Instandsetzung	816,1	450,0	903,0
4.2	Übrige	3.886,0	221,8	209,7
5.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens, Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0
6.	Außerordentliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0
7.	Steueraufwand	24,2	21,5	24,2
	<u>Summe der Aufwendungen</u>	28.365,4	23.235,2	25.012,0
III.	Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-) vor Zu- und Abführungen Land - Ergebnisübernahme	11.055,9	-22.536,2	-24.183,0
IV.	Zuführungen/Ablieferungen Land - Ergebnisübernahme	-11.178,1	18.546,2	19.847,0
1.	Zuführungen für den laufenden Betrieb	-11.178,1	18.546,2	19.847,0
2.	Ablieferungen an das Land	0,0	0,0	0,0
V.	Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-) nach Ergebnisübernahme Land	-122,1	-3.990,0	-4.336,0

Die Berechnung der Summen erfolgt auf Basis der EUR-Werte. Durch die Rundung der Einzelwerte im Druck auf Tsd. EUR mit einer Nachkommastelle können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

Anlage 1 zu Kap. 0306
Regierungspräsidium Freiburg Landesbetrieb Gewässer

B. Finanzplan		Betrag für 2015 Ist-Ergebnis	Betrag für 2016 Soll	Betrag für 2017 Planung
Tsd. EUR				
I. Mittelbedarf				
1.	Jahresfehlbetrag des Erfolgsplans vor Ergebnisübernahme Land	0,0	22.536,2	24.183,0
2.	Zugänge des Anlagevermögens einsch. Anzahlungen/Anlagen im Bau und immaterielle Anlagegüter	144.054,7	41.539,0	64.381,9
2.1	Grundstücke und Bauten	1.493,1	0,0	100,0
2.2	Technische Anlagen und Maschinen	340,5	1.500,0	717,0
2.3	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	1.036,0	36,8	1.100,0
2.4	Sonstige Anlagen	141.185,1	40.002,2	62.464,9
3.	Bildung von Rücklagen	44.637,8	0,0	0,0
4.	Erfolgswirksame Auflösung des Sonderpostens für Investitionszu- schüsse Dritter	74,0	0,0	0,0
5.	Entnahmen/Ablieferung an das Land IRP-Mittel an das RP Karlsruhe Landesbetrieb Gewässer	9.742,5	1.810,0	2.520,0
	<u>davon erfolgswirksam:</u>			
	a) Ablieferung (Ergebnisübernahme)	0,0	0,0	0,0
	<u>davon erfolgsneutral:</u>			
	b) Kapitalrückzahlungen	9.742,5	1.810,0	2.520,0
	Summe I	198.509,0	65.885,2	91.084,9
II. Deckungsmittel				
1.	Jahresüberschuss des Erfolgsplans vor Ergebnisübernahme Land	11.055,9	0,0	0,0
2.	Verminderung des Anlagevermö- gens	9.420,3	3.990,0	4.336,0
2.1	Abgänge	3.122,2	0,0	0,0
2.2	Abschreibungen	6.298,0	3.990,0	4.336,0
3.	Verwendung/Auflösung von Rückla- gen	35.400,4	0,0	0,0
4.	Zugänge Sonderposten Investitions- zuschüsse Dritter	14.851,8	10.481,3	21.348,1
5.	Zuführung des Landes			
	(Kap. 0306 Tit. 682 02)	12.859,8	13.194,9	14.422,0
	(Kap. 1005 Tit. 682 01)	5.150,0	5.313,1	5.250,0
	(Kap. 1005 Tit. 891 01)	25.190,4	31.430,9	26.642,8
	(Kap. 1005 Tit. 891 01 Anteil ELER)	849,7	0,0	0,0
	(Kap. 1005 Tit. 891 01 Anteil IDP)	728,4	0,0	0,0
	(Kap. 1005 Tit. 682 76 WRRL)	607,7	0,0	150,0
	(Kap. 1005 Tit. 682 85 GAK)	10.397,0	1.400,0	18.861,0
	(Kap. 1005 Tit. 682 74 HWRM)	70,0	75,0	75,0

Anlage 1 zu Kap. 0306
Regierungspräsidium Freiburg Landesbetrieb Gewässer

	<u>davon erfolgswirksam:</u>			
	a) Zuführungen für den laufenden Betrieb (Ergebnisübernahme)	-11.178,1	18.546,2	19.847,0
	<u>davon erfolgsneutral:</u>			
	b) Kapitalzuführungen	4.561,8	1.333,5	1.271,4
	c) Zuführungen zur Vermehrung des Anlagevermögens	58.345,7	31.534,2	44.282,4
	d) Zuführungen für Rücklagen	0,0	0,0	0,0
	Summe II	126.581,4	65.885,2	91.084,9

Die Berechnung der Summen erfolgt auf Basis der EUR-Werte. Durch die Rundung der Einzelwerte im Druck auf Tsd. EUR mit einer Nachkommastelle können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan:

<u>Gesamtbestand Personal</u>		Stellen/VZÄ	Stellen/VZÄ
		2016	2017
		Soll	Planung
a)	Planmäßige Beamtinnen und Beamte in Stellen	32,0	44,0
	*kw	*0,0	*12,0
b)	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte) in Stellen	207,0	208,0
	*kw	*23,0	*24,0
	Summe a) und b):	239,0	252,0
	*kw:	*23,0	*36,0
c)	Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (in Stellen), Auszubildende, Praktikanten u.ä. (in VZÄ)	11,0	0,0
	*kw	*0,0	*0,0
d)	Auszubildende, Praxissemester-/DHBW-studenten/-innen	0,0	0,0
e)	Praktikanten/-innen, Volontäre, u.ä.	0,0	0,0
	Summe c) bis e):	11,0	0,0
	*kw:	*0,0	*0,0
f)	Nicht nach Stellen bewirtschaftetes Personal	0,0	0,0
g)	Befristet Beschäftigte (nur Museen)	0,0	0,0
	Gesamtsumme a) bis g)	250,0	252,0
	*kw:	*23,0	*36,0

Anlage 1 zu Kap. 0306
Regierungspräsidium Freiburg Landesbetrieb Gewässer

Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte) einschl. kw-/ku-Vermerken	Stellen 2016 Soll	Veränderungen 2017 Planung	Stellen 2017 Planung
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insgesamt			
Außertariflich Beschäftigte	0,0		0,0
Summe	0,0		0,0
Summe *kw	0,0		0,0
Tariflich Beschäftigte			
1. Integriertes Rheinprogramm (IRP)			
1. E14	5,0	+ 1,0 Zugang zur Umsetzung des Nationalen Hochwasserschutzprogramms (IRP)	6,0
*kw spätestens ab 01.01.2020 IRP	1,0		1,0
*kw spätestens ab 01.01.2028 IRP	2,0	+ 1,0 Zugang zur Umsetzung des Nationalen Hochwasserschutzprogramms (IRP)	3,0
2. E12	5,0		5,0
*kw spätestens ab 01.01.2028 IRP	1,0		1,0
3. E11	15,5		15,5
*kw spätestens ab 01.01.2020 IRP	3,0		3,0
*kw spätestens ab 01.01.2028 IRP	2,0		2,0
*kw spätestens ab 01.01.2028 HW	1,0		1,0
4. E10	1,0		1,0
*kw spätestens ab 01.01.2020 IRP	1,0		1,0
5. E9	6,0		6,0
6. E8	5,0		5,0
ku 3/3 nach Entgeltgruppe 7 mit Ausscheiden des Stelleninhabers			
*kw spätestens ab 01.01.2020 IRP	2,0		2,0
7. E7	3,0		3,0
8. E6	7,5		7,5
*kw spätestens ab 01.01.2020 IRP	3,0		3,0
*kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers	1,0		1,0
9. E5	7,0		7,0
10. E2-5	1,0		1,0
Summe	56,0		57,0
Summe *kw	17,0		18,0
2. Gewässer I. Ordnung			
1. E14	1,0		1,0
2. E13	3,0		3,0
1/1 beschäftigt aus Kap. 1005 Tit. 429 76			
1/1 beschäftigt aus Kap. 1005 Tit. 682 74			
3. E12	2,0		2,0
4. E11	10,0		10,0
*kw spätestens ab 01.01.2028 HW	5,0		5,0
5. E9	7,0		7,0
6. E8	16,0		16,0
ku 5/5 nach Entgeltgruppe 7 mit Ausscheiden des Stelleninhabers			
7. E7	7,0		7,0
8. E6	17,5		17,5
9. E5	86,0		86,0
10. E4	1,0		1,0
*kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers	1,0		1,0
11. E2-5	0,5		0,5
Summe	151,0		151,0
Summe *kw	6,0		6,0
Summe	207,0		208,0
Summe *kw	23,0		24,0
Summe	207,0		208,0
Summe *kw	23,0		24,0

Anlage 1 zu Kap. 0306
Regierungspräsidium Freiburg Landesbetrieb Gewässer

Bestand an Dienstfahrzeugen und selbstfahrenden Arbeitsmaschinen:	Anzahl für 2015 Ist-Ergebnis	Anzahl für 2016 Soll	Anzahl für 2017 Planung
PKW	5	7	15
Einsatz- und Spezialfahrzeuge	79	81	84
Lastwagen	9	9	9
Anhänger für KFZ	98	95	100
Krafträder, Mopeds	1	1	1
Wasserfahrzeuge	25	25	25
Selbstfahrende Arbeitsmaschinen	15	15	15
Sonstige	361	0	0
Zum Dienstreiseverkehr zugelassene private PKW	0	15	30

Die Differenz 2016 / 2017 ergibt sich aus erforderlichen Bestandskorrekturen und Neubeschaffungen.

Erläuterungen zum Erfolgsplan:

- Zu A.I.1:** Veranschlagt sind Zuweisungen für das Messnetz von der LUBW, Verwaltungsgebühren nach dem Landesgebührengesetz, Wassernutzungsentgelte sowie Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung und dgl. (Kapitel 1005).
- Zu A.I.3:** Veranschlagt sind aktivierte Eigenleistungen für wasserwirtschaftliche Anlagen.
- Zu A.I.4:** Veranschlagt sind Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen und die Auflösung von Sonderposten aus Kostenersätzen für Anlagegüter.
- Zu A.II.1.1:** Veranschlagt sind die Kosten für Baustoffe, Treib- und Schmierstoffe und dgl.
- Zu A.II.1.2:** Veranschlagt sind die Kosten für die Unterhaltung der in der Unterhaltungslast des Landes stehenden Gewässer und wasserwirtschaftlichen Anlagen sowie des Messnetzes.
- Zu A.II.2.1:** Personalaufwand für 250/252 Bedienstete – 32/44 Beamtinnen, Beamte [davon kw 0/12], 207/208 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (davon 75/76 [kw 23/24] Verwaltung und 132/132 Wasserbauarbeiter) sowie Praktikantinnen, Praktikanten, Freiwillige gem. Bundesfreiwilligendienstgesetz und Reinigungskräfte. Weitere Aushilfskräfte nach Bedarf.
- Zu A.II.2.2:** Veranschlagt sind Versorgungsaufwand für Beamtinnen und Beamte, Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Arbeitgeberanteil), Umlagen für die Zusatzversorgung, Übergangsgelder, Beihilfen, Fürsorgeleistungen.
- Zu A.II.4.2:** Veranschlagt sind insbesondere der allgemeine Geschäftsbedarf, Postgebühren, Reisekosten, IT-Kosten sowie die Erstattung von Sachkosten (an das Regierungspräsidium Tübingen) und Verwaltungskosten (an das Landesamt für Besoldung und Versorgung Baden-Württemberg) sowie die Arbeitsschutzkleidung für Wasserbauarbeiter und dgl.
- Zu A.III und A.IV.1:** Im Jahr 2015 wurden in einer ersten Stufe die noch nicht in SAP aktivierten, sich jedoch im Eigentum des Landesbetriebs Gewässer befindlichen Großanlagen nachaktiviert. Die Nachaktivierung wurde in SAP über Erfolgskonten gebucht. Aufgrund dieser Buchungen weist die Position A.III einen theoretischen Überschuss aus. Automatisch wird dadurch unter Position A.IV.1 eine negative, nicht ablieferungspflichtige Zuführung ausgewiesen.

Anlage 1 zu Kap. 0306
Regierungspräsidium Freiburg Landesbetrieb Gewässer

Erläuterungen zum Finanzplan:

Zu B.1.2.2: Technische Anlagen und Maschinen:

Zweckbestimmung	Betrag	
	2017	
	Tsd.	
	EUR	
7 Anbaumähgeräte	102,0	E
8 Schwader	123,0	E
10 Mähgeräte	330,0	E
1 Messerschleifmaschine	12,0	E
3 Seilwinden	55,0	E
1 Ladepritsche LKW	30,0	E
1 Hebebühne Werkstatt	8,0	E
1 Hebebühne Waschhalle	15,0	E
1 Handfunkgeräte HW-Einsatz	5,0	E
1 Anbau Fräse	15,0	E
1 Klappschaufel	15,0	E
1 Forstgreifer	7,0	E
	Summe:	717,0

Zu B.1.2.3: Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung:

Zweckbestimmung	Betrag	
	2017	
	Tsd.	
	EUR	
1 PKW WT-2222	45,0	E
8 PKW	240,0	N
1 Doka OG-RP 110	45,0	E
1 Doka	45,0	N
1 Großschlepper KWB	325,0	N
1 Traktor KWB	65,0	N
1 Zugmaschine KN-6030	110,0	E
5 Anhänger	72,0	E
1 Motorboot KN-184	18,0	E
1 Rückewagen VS-RP 83	60,0	E
2 Baustellenwagen	25,0	E
Sachanlagen	50,0	E
	Summe:	1.100,0

Zu B.1.5: Weitergabe von Mitteln im Rahmen der Federführung für das Integrierte Rheinprogramm an den Landesbetrieb Gewässer beim RP Karlsruhe. Die mit diesen Mitteln gebauten wasserwirtschaftlichen Anlagen gehen dem Anlagevermögen des dortigen Landesbetriebs zu.

2017	aus Kap. 1005 Tit. 891 01:	1.271,4 Tsd. EUR
	aus Kostenersätzen Dritter:	1.248,6 Tsd. EUR
		<hr/> 2.520,0 Tsd. EUR

Anlage 1 zu Kap. 0306
Regierungspräsidium Freiburg Landesbetrieb Gewässer

Bauvorhaben-Nr. Gewässer	Baumaßnahme	Veransch. Gesamt- kosten Tsd.Euro	Voraussich. Ausgaben- stand 31.12.2016 Tsd.Euro	Betrag 2017 Tsd.Euro	Betrag 2018 ff. Tsd.Euro
Baumaßnahmen an Gewässern I. Ordnung					
Zu B.I.2.1:	Grundstücke und Bauten				
	Grunderwerb HWS	100,0	0,0	100,0	0,0
Zu B.I.2.4:	Große Baumaßnahmen aus Kap.1005				
Dammertüchtigungsmaßnahmen					
G.FI1000 Acher	DE Achern-Rheinau	7.148,7	248,7	230,0	6.670,0
G.FI4000 Dreisam	DE Lehen-Betzenhausen	1.182,4	642,4	100,0	440,0
G.FI1113 Elz	DE Teningen rechts	1.541,6	911,6	630,0	0,0
G.FI1126 Elz	Weitere DE an der Elz	1.320,0	70,0	100,0	1.150,0
G.FI1015 Kinzig	DE Fischerbach	4.444,4	394,6	0,0	4.049,8
G.FI1122 Kinzig	DE Zunsweier-Elgersweier	1.723,0	293,0	1.430,0	0,0
G.FI1122 Kinzig	DE Berghaupten links	1.880,0	0,0	100,0	1.780,0
G.FI4043 Neumagen	DE Biengen-Hausen rechts	3.060,8	1.150,8	1.910,0	0,0
G.FI1110 Rench	DE Lautenbach	6.368,8	68,8	150,0	6.150,0
G.FI1024 Schutter-Entlastungskanal	DE Ausbau SEK 4800-9900	18.571,8	11.241,8	30,0	7.300,0
G.FI4045 Wiese	DE Lörrach-Brombach rechts	175,0	25,0	150,0	0,0
G.FI4046 Wutach	DE Steina-Mündung	230,0	25,0	5,0	200,0
Diverse	DE der Priorisierungsklasse III	3.135,0	0,0	575,0	2.560,0
	Zwischensumme DE:	50.781,5	15.071,7	5.410,0	30.299,8
Hochwasserschutzmaßnahmen					
G.FI1023 Kinzig	HWS Schiltach	3.986,0	2.786,0	820,0	380,0
G.FI1127 Kinzig	HWS Schenkenzell	1.075,0	55,0	100,0	920,0
G.FI1128 Kinzig	HWS Wolfach	546,0	56,0	30,0	460,0
G.FI3064 Neckar	HWS Oberndorf-Stadt	427,5	67,5	3,5	356,5
G.FI3064 Neckar	HWS Sulz	3.905,0	150,0	215,0	3.540,0
G.FI4047 Neumagen	HWS Staufen	435,0	35,0	30,0	370,0
	Zwischensumme HWS:	10.374,5	3.149,5	1.198,5	6.026,5

Anlage 1 zu Kap. 0306
Regierungspräsidium Freiburg Landesbetrieb Gewässer

Gewässerökologische Maßnahmen

G.FI3020 Radolfzeller-Aach	GÖ Flussverzweigung Singen-Hausen	6.419,0	339,0	500,0	5.580,0
G.FI3055 Bodensee	GÖ Mettnau Park	684,8	40,8	600,0	44,0
G.FI3071 Donau	GÖ Donauursprung	2.444,0	84,0	580,0	1.780,0
G.FI3013 Donau	GÖ Bronner Wehr	442,6	40,1	20,0	382,5
G.FI3054 Donau	GÖ Wehr Tuttlingen-Ludwigstal	430,2	210,2	70,0	150,0
G.FI3032 Neckar	GÖ bei Aistaig	851,6	41,6	61,8	748,2
G.FI1108 Rench	GÖ Müllener Wehr	1.066,0	531,0	535,0	0,0
G.FI4030 Wiese	GÖ Lörrach-Tumringen	4.498,9	348,9	2.400,0	1.750,0
	GÖ Sonstige	2.412,5	0,0	575,0	1.837,5
	Zwischensumme GÖ:	19.249,6	1.635,6	5.341,8	12.272,2

Bauwerkssanierungen

Bauwerkssanierung Ref. 53.2	1.600,0	0,0	1.100,0	500,0
ZWS große Baumaßnahmen:	82.105,6	19.856,8	13.050,3	49.098,5
davon Kostenersätze Dritter		500,0	300,0	

Bauvorhaben-Nr. Gewässer	Baumaßnahme	Veranschl. Gesamt- kosten Tsd.Euro	Voraussich. Ausgaben- stand 31.12.2016 Tsd.Euro	Betrag 2017 Tsd.Euro	Betrag 2018 ff. Tsd.Euro
-----------------------------	-------------	--	---	----------------------------	--------------------------------

Baumaßnahmen im Rahmen des Integrierten Rheinprogramms

IRP Baumaßnahmen des RP Freiburg:

G.FI0001 Rhein	Rückhalteraum Weil-Breisach	258.000,0	54.658,4	10.400,0	192.941,6
G.FI0002 Rhein	Rückhalteraum Kulturwehr Breisach (dt. und frz. Seite)	103.000,0	61.762,3	22.384,6	18.853,1
G.FI0003 Rhein	Rückhalteraum Breisach/Burkheim	92.000,0	5.788,8	100,0	86.111,2
G.FI0004 Rhein	Rückhalteraum Wyhl/Weisweil	101.000,0	8.036,5	100,0	92.863,5
G.FI0206 Rhein	Sanierung Kulturwehr Breisach	16.200,0	15.645,6	405,0	149,4
G.FI0203 Rhein	HWS Schlinge Rhinau	26.500,0	26.476,3	0,0	23,7
G.FI0005 Rhein	Rückhalteraum Elzmündung	77.000,0	25.832,0	10.000,0	41.168,0
G.FI0006 Rhein	Rückhalteraum Ichenheim/Meißenheim/ Ottenheim	72.000,0	2.110,2	1.500,0	68.389,8
G.FI0007 Rhein	Rückhalteraum Altenheim (Rückhalteraum be- reits fertig gestellt, Nacharbeiten)	28.000,0	25.894,3	2.100,0	5,7
G.FI0008 Rhein	Rückhalteraum Kehl/Straßburg (Rückhalteraum bereits fertig gestellt, Nacharbeiten)	95.000,0	93.791,8	125,0	1.083,2
G.FI0209 Rhein	Sanierung Kulturwehr Kehl/ Straßburg	10.500,0	10.463,6	0,0	36,4
G.FI0009 Rhein	Rückhalteraum Freistett	111.000,0	184,7	1.000,0	109.815,3
G.FI005* G.FI0021 G.FS009* G.FU3099 Rhein	IRP - übergreifende Planungsaufgaben (Zentra- le Koordination, Projektübergreifende Kosten, Interreg, Kleinprojekte)	28.000,0	13.747,2	1.100,0	13.152,8
G.FS0102 Rhein	Bauwerkssanierungen IRP	2.000,0	889,2	150,0	960,8
G.FI0101 Rhein	Infrastrukturmaßnahmen IRP	1.100,0	935,4	50,0	114,6
	Zwischensumme wasserwirtschaftliche Anlagen IRP FR:	1.021.300,0	346.216,3	49.414,6	625.669,1
Zu B.I.2.4:	Zwischensumme wasserwirtschaftliche Anlagen FR:	1.103.405,6	366.073,1	62.464,9	674.867,6

Anlage 1 zu Kap. 0306
Regierungspräsidium Freiburg Landesbetrieb Gewässer

Bauvorhaben-Nr. Gewässer	Baumaßnahme	Veranschl. Gesamt- kosten Tsd.Euro	Voraussich. Aus- gaben- stand 31.12.2016	Betrag 2017 Tsd.Euro	Betrag 2018 ff. Tsd.Euro
			Tsd.Euro		
IRP Baumaßnahmen des RP Karlsruhe:					
G.KIF010 Rhein	Rückhalteraum Söllingen-Greffern (Mittelweitergabe an RP Karlsruhe)	94.000,0	93.380,0	520,0	100,0
G.KIF011 Rhein	Rückhalteraum Bellenkopf/ Rappenwört (Mittelweitergabe an RP Karlsruhe)	186.000,0	8.384,6	200,0	177.415,4
G.KIF012 Rhein	Rückhalteraum Elisabethenwört (Mittelweitergabe an RP Karlsruhe)	147.000,0	2.541,4	1.200,0	143.258,6
G.KIF013 Rhein	Rückhalteraum Rheinschanzinsel (Mittelweitergabe an RP Karlsruhe)	75.000,0	69.113,7	600,0	5.286,3
	Zwischensumme wasserwirtschaftliche An- lagen IRP KA:	502.000,0	173.419,7	2.520,0	326.060,3
	Zwischensumme Maßnahmen im Integrierten Rheinprogramm incl. Sanierung Kulturwehre und IRP-Bauwerke sowie Hochwasserschutz Schlinge Rhinau und Kleinprojekte:	1.523.300,0	519.636,0	51.934,6	951.729,4
	Summe wasserwirtschaftliche Anlagen:	1.605.405,6	539.492,8	64.984,9	1.000.927,9
Zu B.II.4:	davon aus Kostenersätzen Dritter IRP	632.898,7	222.835,5	21.048,1	389.015,0
	davon aus Kostenersätzen Dritter GIO		500,0	300,0	

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0307 Regierungspräsidium Tübingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Vorbemerkung: In diesem Plankapitel sind die Einnahmen und die Ausgaben des Regierungspräsidiums Tübingen (einschließlich Ausbildungszentrum Nagold und Landesbetriebe Gewässer und Eich- und Beschusswesen Baden-Württemberg) sowie in Tit. Gr. 72 das Budget für die Technische Hilfe des Programms INTERREG IV „Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein“ und in Tit. Gr. 73 das Budget für die Technische Hilfe des Programms INTERREG V „Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein“ nachgewiesen.

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 02	012	Gebühren	2.039,1 2.189,1 1.875,0	a) b) c)	2.100,0
--------	-----	----------	-------------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Gebühren, die aufgrund des Landesgebührengesetzes und anderer gesetzlicher Bestimmungen erhoben werden.

111 03	012	Gebühren aus der Arzneimittelüberwachung	750,0 699,5 745,4	a) b) c)	750,0
--------	-----	--	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind Gebühreneinnahmen für Maßnahmen nach dem Arzneimittelgesetz (AMG), insbesondere aus der Herstellerüberwachung gem. § 64 AMG.

111 04	042	Luftsicherheitsgebühren	2.103,9 2.068,6 2.256,5	a) b) c)	2.453,9
--------	-----	-------------------------	-------------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Veranschlagt ist das voraussichtliche Gebührenaufkommen auf dem Verkehrsflughafen Bodensee-Airport Friedrichshafen (vgl. Tit. 671 01).

111 05	012	Gebühren aus dem Vollzug des Gewebegesetzes	29,9 25,9 24,7	a) b) c)	29,9
--------	-----	---	----------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind Gebühreneinnahmen für Maßnahmen nach dem Gewebegesetz, sofern nicht in der Zuständigkeit der Leitstelle Arzneimittelüberwachung beim Regierungspräsidium Tübingen.

111 06	012	Gebühren aus der Medizinprodukteüberwachung	149,5 213,5 196,7	a) b) c)	200,0
--------	-----	---	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind Gebühreneinnahmen für Maßnahmen nach dem Medizinproduktegesetz und dessen Verordnungen.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0307 Regierungspräsidium Tübingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
			Tsd. EUR			
111 07	012	Gebühren aus der Umsetzung der Richtlinie über Industrieemissionen	954,0		a)	954,0
			567,5		b)	
			788,9		c)	
		Erläuterung: Veranschlagt sind Gebühreneinnahmen aus der Umsetzung der Richtlinie über Industrieemissionen.				
111 08	012	Gebühren aus der Marktüberwachung	150,0		a)	150,0
			76,5		b)	
			39,5		c)	
		Erläuterung: Veranschlagt sind Gebühreneinnahmen für Maßnahmen in der Marktüberwachung.				
111 09	012	Gebühren aus dem Vollzug des Gentechnikgesetzes	10,0		a)	10,0
			9,1		b)	
			12,9		c)	
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Gebühreneinnahmen für die Zulassung und Überwachung gentechnischer Anlagen.				
111 10	012	Gebühren und Erstattung von Sachverständigenkosten in atom- und strahlenschutzrechtlichen Verfahren	100,0		a)	100,0
			13,8		b)	
			0,0		c)	
		Erläuterung: Veranschlagt sind Ersätze für Sachverständigenkosten in atom- und strahlenschutzrechtlichen Verfahren. Vgl. Vermerk und Erläuterungen bei Tit. 526 12.				
112 01	012	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten	25,0		a)	25,0
			49,4		b)	
			19,1		c)	
		Erläuterung: Veranschlagt sind Geldbußen einschließlich Kosten, Gebühren und Auslagenersätze auf den Gebieten des Wirtschafts- und Gewerberechts, des Güterkraft- und Luftverkehrs, der Landwirtschaft, des Gesundheitswesens, des Umweltrechts u. dgl.				
112 46	012	Erstattung von Prozesskosten	1,0		a)	1,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	
		Erläuterung: Veranschlagt sind auch Ersätze in Regress- und Schadensfällen.				
119 49	012	Vermischte Einnahmen	2,5		a)	2,5
			1,1		b)	
			1,9		c)	

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0307 Regierungspräsidium Tübingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
124 01	012	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		1,0 0,1 0,0	a) b) c)	1,0
132 01	012	Erlöse aus der Veräußerung von Maschinen und sonstigen beweglichen Sachen		5,0 0,5 0,6	a) b) c)	5,0
Erläuterung: Veranschlagt sind die Erlöse aus dem Verkauf abgängiger Büromaschinen und -möbel u. dgl.						
Zwischensumme Verwaltungseinnahmen				6.320,9	a)	6.782,3
Übrige Einnahmen						
231 02	332	Sonstige Zuweisungen vom Bund		30,0 6,3 4,5	a) b) c)	30,0
Erläuterung: Erstattungen des Bundes für Freiwillige nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz (vgl. Tit. 427 02).						
261 01	111	Erstattungen von Verwaltungsausgaben		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
331 01	042	Erstattungen des Bundes		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
Erläuterung: Vgl. Vermerk und Erläuterungen zu Tit. 812 02.						
Zwischensumme Übrige Einnahmen				30,0	a)	30,0
Titelgruppen						
69		Aufwand für Informationstechnik				
119 69	012	Vermischte Einnahmen aus Informationstechnik		0,0 0,3 0,4	a) b) c)	0,0
Erläuterung: Vgl. Vermerk bei Tit. Gr. 69 - Ausgaben.						
Summe Titelgruppe 69				0,0	a)	0,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0307 Regierungspräsidium Tübingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
72		Technische Hilfe für das Programm INTERREG IV "Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein"				
Erläuterung: Vgl. Erläuterungen bei Tit. Gr. 72 - Ausgaben.						
281 72	W 012	Erstattungen der Kofinanzierungspartner aus dem Inland		0,0 24,2 15,3	a) b) c)	0,0
282 72	W 012	Zuschüsse aus Mitteln des Programms INTERREG IV		0,0 301,3 197,9	a) b) c)	0,0
286 72	W 012	Erstattungen der Kofinanzierungspartner aus dem Ausland		0,0 136,1 102,4	a) b) c)	0,0
287 72	W 012	Zuschüsse aus Schweizer Bundesmitteln		0,0 103,3 104,5	a) b) c)	0,0
346 72	W 692	Zuschüsse für Investitionen von der EU aus Mitteln des Programms INTERREG IV A		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
Erläuterung: Vgl. Vermerk und Erläuterungen zu Tit. 883 72.						
Summe Titelgruppe 72				0,0	a)	0,0
73		Technische Hilfe für das Programm INTERREG V "Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein"				
Erläuterung: Vgl. Erläuterungen bei Tit. Gr. 73 Ausgaben.						
271 73	012	Erstattungen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE-Mittel)		360,4 0,0 0,0	a) b) c)	360,4
281 73	012	Erstattungen der nationalen Finanzierungspartner aus dem Inland		9,2 3,0 0,0	a) b) c)	9,2
286 73	012	Erstattungen der internationalen Finanzierungs- partner aus dem Ausland		81,4 0,0 0,0	a) b) c)	81,4
287 73	012	Erstattungen aus Schweizer INTERREG-Fördermitteln		58,5 0,0 0,0	a) b) c)	58,5

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0307 Regierungspräsidium Tübingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
346 73	692	Zuschüsse für Investitionen von der EU aus Mitteln des Programms INTERREG V		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	340,0
Summe Titelgruppe 73				509,5	a)	849,5
85		Ausbildungszentrum Nagold				
231 85	711	Erstattungen durch den Bund		500,0 358,1 466,6	a) b) c)	500,0
233 85A	711	Erstattungen durch die Landkreise		65,0 42,8 50,0	a) b) c)	65,0
233 85B	711	Erstattungen durch die Gemeinden		40,0 36,2 30,0	a) b) c)	40,0
Summe Titelgruppe 85				605,0	a)	605,0
86		Erstattung der Personalaufwendungen				
231 86	721	Erstattungen vom Bund für die Unterhaltung der Bundesautobahnen		4.695,7 4.643,0 4.518,7	a) b) c)	4.908,4
Summe Titelgruppe 86				4.695,7	a)	4.908,4
Gesamteinnahmen				12.161,1	a)	13.175,2

Erläuterung: Veranschlagt ist die Erstattung der Personalaufwendungen für die im Unterhaltungs- und Fernmeldedienst an Bundesautobahnen tätigen Beschäftigten sowie die Bediensteten der Verkehrsrechnerzentrale und Fernmeldemeisterei durch den Bund; vgl. Vermerk und Erläuterungen zu Tit. Gr. 86 - Ausgaben.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0307 Regierungspräsidium Tübingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Ausgaben

Personalausgaben

Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017.

Das Personalausgabenbudget gemäß § 6a Abs. 2 StHG 2017 umfasst die Tit. 422 01, 422 02, 422 04, 422 05, 427 16, 427 26, 427 51, 428 01, 428 02, 428 05, 428 06, 428 51 sowie 453 01 mit Ausnahme der jeweils enthaltenen Personalausgaben der Forstdirektion und hat ein Gesamtvolumen in Höhe von 49.700,5 Tsd. EUR.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Polizeireform können Beamtinnen und Beamte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer temporär von Regierungspräsidien zu Polizeidienststellen und von Polizeidienststellen zu Regierungspräsidien ohne Besoldungs- bzw. Vergütungersatz abgeordnet werden.

422 01	012	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten	33.852,0	a)	33.445,1
			28.841,0	b)	
			26.663,7	c)	

Erläuterung: In dem Haushaltsansatz sind einschließlich der Zulagen nach Maßgabe der besoldungsgesetzlichen Vorschriften enthalten: Tsd. EUR

1.1	Planmäßige Beamtinnen und Beamte im Rahmen des Personalausgabenbudgets darunter - Aufwandsentschädigungen und Zuwendungen aus Gründen der Fürsorge	29.010,6 3,3
1.2	Planmäßige Beamtinnen und Beamte der Forstdirektion darunter - Aufwandsentschädigungen und Zuwendungen aus Gründen der Fürsorge - Dienstkleidungszuschüsse für 89/92 Beamtinnen und Beamte des forstlichen Dienstes je 17,50 EUR im Monat - Jagdaufwandsentschädigung gemäß Jagdnutzungsanweisung für 89/92 Beamtinnen und Beamte des forstlichen Dienstes je 120,00 EUR pro Jahr	4.435,1 19,3 11,0

Mehr wegen Zugang Neustellen.

422 02	012	Bezüge und Nebenleistungen für abgeordnete Beamtinnen und Beamte	80,0	a)	60,0
			0,0	b)	
			3,8	c)	
422 03	012	Bezüge der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst u. dgl.	36,8	a)	36,8
			50,4	b)	
			46,4	c)	
422 04	012	Leistungsprämien für Beamtinnen und Beamte gem. § 76 LBesGBW	0,0	a)	0,0
			0,0	b)	
			0,0	c)	

Ausgaben für Leistungsprämien für Beamtinnen und Beamte der Forstdirektion sind bis zur Höhe von Einsparungen bei Titeln des Kap. 0307 zulässig, die gem. § 6 Abs. 1 Nr. 4 und 5 i. V. m. § 6 Abs. 2 StHG von der dezentralen Finanzverantwortung erfasst sind.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0307 Regierungspräsidium Tübingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
422 05	012	Mehrarbeitsvergütung und Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten für Beamtinnen und Beamte und dgl.	31,8 9,9 7,7		a) b) c)	21,8
Erläuterung:						
		Veranschlagt sind:	Tsd. EUR			
		- Mehrarbeitsvergütung	21,8			
427 02	332	Aufwendungen nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz	50,0 19,8 12,6		a) b) c)	50,0
		Mehrausgaben sind in Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 231 02 zulässig.				
Erläuterung: Veranschlagt sind die Aufwendungen insbesondere für unentgeltliche Unterkunft, Verpflegung, Arbeitskleidung und Taschengeld für die Freiwilligen nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz (vgl. Tit. 231 02).						
427 16	012	Unterrichtsvergütungen	86,0 101,6 108,2		a) b) c)	106,0
		Ersätze fließen den Mitteln zu.				
Erläuterung: Veranschlagt sind Unterrichtsvergütungen (einschließlich Reisekosten).						
427 26	012	Persönliche Prüfungskosten	145,0 128,3 141,8		a) b) c)	145,0
		Ersätze fließen den Mitteln zu.				
Erläuterung: Prüfungsvergütungen und Honorare (einschließlich Reisekosten), Kosten der Prüfungsaufsicht und Vergütungen für vorübergehend beschäftigte Schreibhilfen sowie Assessment-Center (höh. baut. Dienst).						
427 51	012	Sonstige Beschäftigungsentgelte	245,3 271,4 219,1		a) b) c)	275,3
Erläuterung:						
		Veranschlagt sind:	Tsd. EUR			
		1. Urlaubs- und Krankheitsstellvertretungen, Aushilfen (auch Werkstudentinnen/-studenten, Ferienpraktikantinnen/-praktikanten, Austauschstudentinnen/-studenten, ständige Heimarbeiterinnen/-arbeiter u. dgl.)	262,2			
		2. Aufwendungen für die Teilnehmerinnen/-nehmer des Freiwilligen Ökologischen Jahres	13,1			
		zus.	275,3			

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0307 Regierungspräsidium Tübingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
428 01	012	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)	22.124,9 23.922,7 21.780,7		a) b) c)	21.046,5
Erläuterung: Veranschlagt sind: Neben den ordentlichen Bezügen für die tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einschließlich der nicht besonders aufgeführten Zulagen aufgrund von Tarifverträgen						
						Tsd. EUR
1.1		Bezüge für die tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen des Personalausgabenbudgets darunter	19.903,7			
		47/47 Auszubildende, 10/10 Praktikanten/innen und sonstige in einem privatrechtlichen Ausbildungsverhältnis beschäftigte Personen sowie Praxissemesterstudenten/innen				
		- Sonstige Zulagen (Zulagen nach § 14 TV-L, Zulagen nach §§ 10 und 18 TVÜ-Länder, Zulagen nach § 19 TV-L, Wechselschicht- und Schichtdienstzulagen	39,7			
		- Entschädigung zur pauschalen Abgeltung für Aufwendungen der Berufskraftfahrer gem. Nr. 19 der VwV Kfz für 3/3	1,9			
		- Sonstiges (Pauschvergütung nach § 25 Abs. 5 TVÜ-Länder)	18,6			
1.2		Bezüge für die tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Forstdirektion darunter	1.142,8			
		- Dienstkleidungszuschüsse/Kleidergeld für 5/5 Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer des forstlichen Dienstes je 17,50 EUR im Monat	0,1			
		- Jagdaufwandsentschädigung gemäß Jagdnutzungsanweisung für 5/5 Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer des forstlichen Dienstes je 120,00 EUR pro Jahr	0,6			
428 02	012	Entgelte für abgeordnete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	0,0
428 05	012	Zeitzuschläge, Überstundenentgelte und Entgelte für Mehrarbeit für Beschäftigte	70,4 30,5 25,2		a) b) c)	50,4

Erläuterung:

Veranschlagt sind:

Tsd. EUR

-	Zeitzuschläge	35,5
-	Überstundenentgelte	12,9
-	Entgelte für Mehrarbeit	2,0
	zus.	<u>50,4</u>

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0307 Regierungspräsidium Tübingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR	
428 06	012	Entgelte der Beschäftigten des Reinigungsdienstes		120,0 86,1 111,9	a) b) c)	93,2	
Erläuterung:							
Veranschlagt sind:			Tsd. EUR				
1. Entgelte der Beschäftigten des Reinigungsdienstes im Rahmen des Personalausgabenbudgets			76,7				
2. Entgelte der Beschäftigten des Reinigungsdienstes der Forstdirektion			16,5				
			zus. 93,2				
Übertragen		nach Kap. 1209 Tit. 517 01	26,8 Tsd. EUR				
428 51	012	Beschäftigungsentgelte für nicht voll beschäftigte Arbeitnehmerinnen/-nehmer mit weniger als 50 v.H. der durchschnittl. regelm. wöchentl. Arbeitszeit		10,0 0,0 0,0	a) b) c)	10,0	
438 01	018	Versorgungsbezüge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)		15,0 12,3 14,9	a) b) c)	15,0	
Erläuterung: Versorgungsbezüge an ehemalige Waldarbeiter und ihre Hinterbliebenen.							
453 01	012	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.		41,0 20,3 35,3	a) b) c)	41,0	
Erläuterung:							
Veranschlagt sind:			Tsd. EUR				
1. Trennungsgelder			31,0				
2. Umzugskostenvergütungen			10,0				
			zus. 41,0				
Zwischensumme Personalausgaben			56.908,2 a)				55.396,1

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0307 Regierungspräsidium Tübingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01	012	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Ersätze fließen den Mitteln zu.	853,4 472,4 488,4	a) b) c)	758,6
--------	-----	--	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften)	343,6
2. Porto	190,0
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	180,0
4. Unterhaltung und Instandsetzung	10,0
5. Sonstiges (einschl. Marktüberwachung Bauprodukte und für die Kantine)	35,0
zus.	758,6

Übertragen

infolge Neuordnung Denkmalpflege nach Kap. 0304 Tit. 511 01 22,1 Tsd. EUR
wegen Neustellen Windenergie nach Kap. 0304 Tit. 511 01 8,0 Tsd. EUR

514 01	012	Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl.	317,3 215,3 268,6	a) b) c)	304,6
--------	-----	--------------------------------------	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Haltung von Dienstfahrzeugen	299,6
2. Sonstiges	5,0
zus.	304,6

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen und selbstfahrenden Arbeitsmaschinen:

	2016	2017
aus Kap. 0307 unterhalten:		
Pkw	62	62
davon geleast	46	46
Kombi-, Einsatz- und Spezialfahrzeuge, Fahrzeuge mit Sonderausstattung, Funk usw.	24	24
Lkw	2	2
Anhänger für Kfz	17	7
Boote	2	2
Selbstfahrende Arbeitsmaschinen	6	4
aus Kap. 0809 beschafft, unterhalten aus Kap. 1008:		
Boote	2	2
aus Kap. 1304 beschafft:		
Kombi-, Einsatz- und Spezialfahrzeuge, Fahrzeuge mit Sonderausstattung, Funk usw.	4	4
aus Kap. 0829 beschafft, unterhalten aus Kap. 1008:		
Kombi-, Einsatz- und Spezialfahrzeuge, Fahrzeuge mit Sonderausstattung, Funk usw.	3	3
Lkw	2	2
Anhänger für Kfz	9	9
Boote	2	1
Selbstfahrende Arbeitsmaschinen	8	10
aus Kap. 1503 beschafft, unterhalten aus Kap. 0331:		
PKW		7
Davon geleast		5
Kombi-, Einsatz- und Spezialfahrzeuge, Fahrzeuge mit Sonderausstattung, Funk usw.		2

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0307 Regierungspräsidium Tübingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Angaben ohne Landesbetriebe und Bundesfahrzeuge.

Die Differenz 2016/2017 ergibt sich aus der Neuordnung der Ordnungsmerkmale, Wegfall der Fahrzeuge der Denkmalpflege sowie erforderlichen Bestandskorrekturen im Zusammenhang mit der Erstaufnahme von Flüchtlingen.

Die Kraftfahrzeuge der zentralen Fahrbereitschaft des Regierungspräsidiums werden regelmäßig von folgenden Dienststellen mitbenutzt:
 Amtsgericht Tübingen
 Institut für Donauschwäbische Geschichte und Landeskunde
 Landgericht und Staatsanwaltschaft Tübingen
 Staatl. Rechnungsprüfungsamt Tübingen

Übertragen infolge Neuordnung Denkmalpflege
 nach Kap. 0304 Tit. 514 01 12,7 Tsd. EUR

514 02	012	Dienst- und Schutzkleidung (persönliche Ausrüstungsgegenstände)	23,5 35,8 29,5	a) b) c)	35,5
--------	-----	---	----------------------	----------------	------

Erläuterung:

Dienstkleidung erhalten:

- 2/2 Bezirksbrandmeister/in und feuerwehrtechnischer Mitarbeiter/in
- 1/1 Kraftfahrer/innen und Wagenpfleger/innen
- 5/5 Hausmeister/innen
- 1/1 Bedienstete der Druckerei
- 25/28 Bedienstete der Abteilung Landwirtschaft
- 65/137 Bedienstete aus dem Bereich Gewerbe und Marktüberwachung
- 75/134 Bedienstete aus dem Bereich Straßenbau
- 32/32 andere Mitarbeiter/innen des Regierungspräsidiums

517 01	012	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)	33,7 30,8 33,9	a) b) c)	33,7
--------	-----	--	----------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel (z. B. Putzmittel, WC-Bedarf).

518 02	012	Mieten und Pachten für Maschinen, Fahrzeuge und Geräte	83,5 74,1 56,5	a) b) c)	83,5
--------	-----	--	----------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind Leasingkosten für Dienstfahrzeuge.

525 21	012	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten	125,8 205,2 155,2	a) b) c)	200,8
--------	-----	--	-------------------------	----------------	-------

Ersätze fließen den Mitteln zu.

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten einschließlich Reisekosten für die berufliche Aus- und Fortbildung der Bediensteten des Regierungspräsidiums und der Arzneimittelüberwachung.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0307 Regierungspräsidium Tübingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

526 01	012	Gerichts- und ähnliche Kosten	42,3 41,3 10,2		a) b) c)	42,3
--------	-----	-------------------------------	----------------------	--	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten von Rechtsstreitigkeiten vor den ordentlichen Gerichten und vor den Verwaltungsgerichten sowie Erstattung von Kosten im Vorverfahren nach § 80 LVwVfG.

526 11	012	Kosten für Sachverständige	4,7 0,0 0,2		a) b) c)	4,7
--------	-----	----------------------------	-------------------	--	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Sachverständige und Gutachten sowie für ärztliche Untersuchungen.

526 12	012	Kosten für nach dem Atomgesetz und der darauf beruhenden Verordnungen zugezogene Sachverständige	100,0 0,0 0,0		a) b) c)	100,0
--------	-----	--	---------------------	--	----------------	-------

Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Tit. 111 10 und soweit dort nach § 21 Atomgesetz ein Erstattungsanspruch für die Kosten der Genehmigungs- bzw. Aufsichtsbehörde besteht. Ausgaben können auch vor dem kassenmäßigen Eingang der Einnahmen geleistet werden.

Erläuterung: Veranschlagt sind die Sachverständigenkosten in atom- und strahlenschutzrechtlichen Verfahren, die vom Land verausgabt und von den Betreibern von Anlagen und Einrichtungen nach dem Atomgesetz und der darauf beruhenden Verordnungen erstattet werden (vgl. Tit. 111 10).

526 22	012	Kosten für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen	13,5 11,9 3,6		a) b) c)	13,5
--------	-----	--	---------------------	--	----------------	------

Erläuterung:

Veranschlagt sind (ggf. einschließlich Reisekosten):

	Tsd. EUR
1. Entschädigung für die Beauftragten der Denkmalschutzbehörden	1,6
2. Entschädigung der Beisitzer/innen in Enteignungsverfahren	0,8
3. Entschädigung der Mitglieder des Gutachterausschusses für die Anerkennung von Ausbildungsstätten in der städtischen Hauswirtschaft und für die Schulung der Prüfungsausschüsse	10,1
4. Sonstiges	1,0
zus.	13,5

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0307 Regierungspräsidium Tübingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

527 01	012	Dienstreisen	682,7 625,0 591,3	a) b) c)		703,2
--------	-----	--------------	-------------------------	----------------	--	-------

Ersätze fließen den Mitteln zu.

Erläuterung:

Veranschlagt sind auch Wegstreckenentschädigungen für privateigene Kraftfahrzeuge und Feldaufwandsentschädigungen. Weitere Reisekosten sind veranschlagt bei Tit. 427 16, 427 26, 525 21, 526 22, 534 01, 525 69 und 527 73. Enthalten sind die Reisekosten für die/den in allen Regierungsbezirken zuständige/n Sachverständige/n für Milcherhitzungseinrichtungen sowie der Stabsstelle Ernährungssicherheit.

Zugelassene Fahrzeuge	2016	2017
Pkw	350	350

Übertragen infolge Neuordnung Denkmalpflege nach Kap. 0304 Tit. 527 01 9,5 Tsd. EUR

529 01	012	Zur Verfügung des Regierungspräsidenten und des Regierungsvizepräsidenten für Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	7,2 6,7 7,2	a) b) c)		7,2
--------	-----	--	-------------------	----------------	--	-----

Erläuterung: Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.

531 02	012	Sonstige Öffentlichkeitsarbeit	6,0 6,5 8,5	a) b) c)		8,0
--------	-----	--------------------------------	-------------------	----------------	--	-----

Ersätze und Erlöse fließen den Mitteln zu. Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für sonstige Öffentlichkeitsarbeit einschließlich der Kosten für den Pressespiegel.

532 01	012	Umzugs- und Verlegungskosten	11,1 0,0 7,9	a) b) c)		11,1
--------	-----	------------------------------	--------------------	----------------	--	------

533 01	012	Sächliche Prüfungskosten	19,0 -0,9 -57,9	a) b) c)		19,0
--------	-----	--------------------------	-----------------------	----------------	--	------

Ersätze Dritter fließen den Mitteln zu.

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten für Prüfungsmaterial und für die Anmietung von Prüfungsräumen u. a. für Prüfungen im Rahmen des Assessment Centers.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0307 Regierungspräsidium Tübingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

534 01	012	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		34,6	a)	34,6
				28,3	b)	
				31,5	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Entschädigungen für die Besichtigung von Apotheken einschließlich Reisekosten, Auslagen einschließlich Reisekosten für die neben- und ehrenamtlichen Landesbeauftragten für Luftaufsicht, Vergütungen aus Werkverträgen und Gutachten im Zusammenhang mit der Durchführung von Planfeststellungsverfahren und sonstige Sachverständigengutachten, Moderatorenschulung Assessment Center (höh. baut. Dienst), Beratungskosten sowie Kosten für Gutachten von Sachverständigen für den Vollzug des Gentechnikgesetzes und Kosten der Öffentlichkeitsarbeit.

534 05	012	Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes		66,1	a)	70,1
				58,9	b)	
				54,4	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten zur Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes und der dazugehörigen Unfallverhütungsvorschrift DGUV-V2. Enthalten sind die Kosten für die sicherheitstechnische und betriebsärztliche Betreuung der Beschäftigten einschließlich der Kosten für arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen.

546 49	012	Vermischte Verwaltungsausgaben		75,5	a)	146,1
				120,6	b)	
				48,1	c)	

Ersätze und Beiträge Dritter fließen den Mitteln zu.

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
2. Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern	89,0
3. Auslagen für Vorstellungsreisen	0,5
4. a) Schadenersatzleistungen an Dritte aus Verschulden von Verwaltungsangehörigen und aus Anlass von Unfällen beim Betrieb von Dienstfahrzeugen sowie aus anderen Rechtsgründen	49,0
b) Kosten für die Erhaltung der Gültigkeit von Luftfahrerscheinen	2,0
c) Sonstige vermischte Ausgaben (u. a. Aufwand für die Bewirtung von Gästen u. dgl.)	5,6
zus.	146,1

547 01	W 195	Sachaufwand für die Erfassung von Kulturdenkmalen		15,0	a)	0,0
				0,0	b)	
				14,6	c)	

Erläuterung: Die Mittel sind vorgesehen insbesondere zur Erfassung der Kulturdenkmale, zur Eintragung von Kulturdenkmalen von besonderer Bedeutung in das Denkmalsbuch sowie zur Ausweisung von Gesamtanlagen (z. B. von historischen Ortsbildern) und Grabungsschutzgebieten.

Übertragen infolge Neuordnung Denkmalpflege
nach Kap. 0304 Tit. 547 01 14,4 Tsd. EUR

Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben		2.514,9	a)	2.576,5
--	--	---------	----	---------

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0307 Regierungspräsidium Tübingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

**Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Investitionen)**

Die Mittel sind übertragbar.

631 01	042	Erstattungen an den Bund für Luftsicherheitskontrolltechnik	182,6 185,4 183,3	a) b) c)	182,6
--------	-----	--	-------------------------	----------------	-------

Die Tit. 631 01 und 671 01 sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterung: Veranschlagt ist die Erstattung von Abschreibungen und kalkulatorischen Zinsen für die zur Durchführung der Kontrollen nach § 5 LuftSiG zur Verfügung gestellte Luftsicherheitskontrolltechnik.

633 01	187	Zuweisungen für die Förderung kultureller Aktivitäten in Bibliotheken an Gemeinden und Gemeindeverbände	8,2 16,4 16,4	a) b) c)	8,2
--------	-----	---	---------------------	----------------	-----

Die Tit. 633 01 und 684 02 sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterung: Veranschlagt sind Zuschüsse für kulturelle Aktivitäten in Bibliotheken (wie Dichterlesungen, Ausstellungen, u. ä.) vor allem im ländlichen Raum.

671 01	042	Erstattungen an die Betreiber von Flughäfen für die Wahrnehmung von Aufgaben der Luftsicherheit	1.921,4 2.328,6 1.840,8	a) b) c)	2.271,4
--------	-----	--	-------------------------------	----------------	---------

Die Tit. 671 01 und 631 01 sind gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Tit. 111 04.

Erläuterung: Veranschlagt ist die Erstattung von Personal- und Sachkosten für die Durchführung von Luftsicherheitsaufgaben gemäß § 5 LuftSiG. Wegen der Luftsicherheitsgebühr vgl. Tit. 111 04.

682 02	623	Zuschuss an den Landesbetrieb Gewässer	5.572,1 5.291,2 4.610,0	a) b) c)	5.707,1
--------	-----	--	-------------------------------	----------------	---------

Die im Finanzplan des Landesbetriebs für die Vermehrung des Anlagevermögens (Investitionen) veranschlagten Beträge sind bindend. Für im Finanzplan (Ziff. B.I.2.2 und 2.3) nicht veranschlagte Investitionen und für Mehrausgaben bei veranschlagten Investitionen dürfen – bei Beträgen über 100.000 Euro im Einzelfall mit Einwilligung des Ministeriums für Finanzen – verwendet werden:

- A) Einsparungen bei anderen Investitionen gegenüber den im Finanzplan veranschlagten Beträgen.
- B) Eine Minderung des Fehlbetrages, die der Betrieb gegenüber dem im Haushaltsplan veranschlagten Betrag erzielen würde, wenn und soweit die Minderung des Fehlbetrages nicht durch buchungstechnische Vorgänge herbeigeführt wird.

Die Bildung und Verwendung von Rücklagen bedarf der Einwilligung des Ministeriums für Finanzen.

Die Kosten der Unterbringung einschließlich der Gebäudebewirtschaftungs- und Energiekosten sowie Bauunterhaltung werden aus den Kap. 1208 und 1209 getragen.

Erläuterung: Veranschlagt ist der Zuschuss an den Landesbetrieb Gewässer. Der Wirtschaftsplan ist in der Anlage 1 zu Kap. 0307 aufgeführt.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0307 Regierungspräsidium Tübingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Unentgeltliche Leistungen für den Landesbetrieb		Fläche in m ² bzw. anderer Größenordnung der Leistung	Ist-Ergebnis 2014 Tsd. EUR	Betrag für 2016 (Planung) Tsd. EUR	Betrag für 2017 (Planung) Tsd. EUR
I. Nutzung unentgeltlich überlassener Liegenschaften des Landes (Mietwert, Bewirtschaftung, Bauunterhalt)					
1.	Dietenheim Betriebshof Illertisser Str. 51	255,6	9,2	9,0	9,0
2.	Friedrichshafen Bootsliegeplatz	50,0	1,6	1,6	1,6
3.	Kiebingen Betriebshof Arthur-Junghans-Str. 41	377,3	24,4	16,2	16,2
4.	Ravensburg Dienstszitz Olgastr. 12	571,9	69,3	65,0	65,0
5.	Ravensburg Betriebshof Steinbeisstraße	440,2	35,0	27,3	27,3
6.	Riedlingen Dienstszitz Haldenstr. 7	717,8	75,4	61,1	61,1
7.	Riedlingen Betriebshof Robert-Bosch-Str. 17	906,5	67,4	55,9	55,9
8.	Sigmaringen Betriebshof Badstr. 33	538,6	25,7	22,6	22,6
9.	Tübingen Dienstszitz Konrad-Adenauer-Str. 20	149,0	Angaben über Mietwert und Betriebskosten liegen nicht vor, da mehrere Nutzer im Gebäude.		
10.	Ulm Betriebshof Am Sandhaken 32	682,5	66,2	49,3	49,3
11.	Ulm Flussmeisterstelle Olgastr. 109	306,8	31,7	29,1	29,1
12.	Urlau Betriebshof Missener Str. 59	462,0	20,0	20,5	20,5
13.	Warthausen Betriebshof In den Bogenwiesen	252,2	14,6	12,8	12,8
	Zusammen	5.710,4	440,5	370,4	370,4
II. Weitere Leistungsblöcke					
1.	Nutzung der gemeinschaftlichen Telefonanlagen Riedlingen Haldenstr. 7, Ravensburg Olgastr. 12, Tübingen Konrad-Adenauer-Str. 20 und Ulm Olgastr. 109		Nicht bezifferte unentgeltliche Leistungen.		
2.	Dienstleistungen der Zentrale des Regierungspräsidiums Tübingen		50,0	50,0	50,0
	Zusammen		50,0	50,0	50,0
III. Unentgeltliche Leistungen insgesamt		5.710,4	490,5	420,4	420,4

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0307 Regierungspräsidium Tübingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

682 03	610	Zuschuss an den Landesbetrieb Eich- und Beschusswesen Baden-Württemberg	447,5 753,7 768,5		a) b) c)	512,5
--------	-----	---	-------------------------	--	----------------	-------

Die Bildung von Rücklagen bedarf der Einwilligung des Ministeriums für Finanzen.

Die Kosten der Unterbringung einschließlich der Gebäudebewirtschaftungs- und Energiekosten sowie Bauunterhaltung werden aus den Kap. 1208 und 1209 getragen.

Abweichungen von der Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte) sind innerhalb der Gesamtstellenzahl und, wenn die Aufgabe wirtschaftlicher durch eigenes Personal erledigt werden kann, auch darüber hinaus im Rahmen der Aufwendungen des Wirtschaftsplans zulässig (§ 26 Abs. 1 LHO); bei unbefristeten Einstellungen ist die Einwilligung des Ministeriums für Finanzen erforderlich. Die Wirtschaftlichkeit ist im Einzelfall auf Grundlage einer Vollkostenrechnung nachzuweisen. Die Verfahrensregeln des Innenministeriums und das geltende Tarifrecht sind zu beachten.

Erläuterung: Veranschlagt ist der Zuschuss an den Landesbetrieb Eich- und Beschusswesen Baden-Württemberg. Der Wirtschaftsplan ist in der Anlage 2 zu Kap. 0307 aufgeführt.

Unentgeltliche Leistungen für den Landesbetrieb	Fläche in m ² bzw. anderer Größenordnung der Leistung	Ist-Ergebnis 2014 Tsd. EUR	Betrag für 2016 (Planung) Tsd. EUR	Betrag für 2017 (Planung) Tsd. EUR
I. Nutzung unentgeltlich überlassener Liegenschaften des Landes (Mietwert, Bewirtschaftung, Bauunterhalt)				
1. Aalen Alfred-Delp Str. 21a	56,0	3,8	3,8	3,8
2. Albstadt Schillerstr. 83 u. 95	1.972,6	139,7	155,8	155,8
3. Donaueschingen Hermann Fischer Allee 28	506,9	37,9	37,6	37,6
4. Fellbach Stuttgarter Str. 84, 86, 86a u. Parkplatz	1.618,8	143,5	183,9	183,9
5. Freiburg Elsässer Str. 2a	856,4	87,5	87,5	87,5
6. Heilbronn Brüggemannstr. 45 u. Christopstr. 79	1.254,1	114,5	80,2	80,2
7. Karlsruhe Stephanienstr. 51	918,8	93,0	93,8	93,8
8. Langenau-Hövelsingen, Böllerschießplatz	32,0	2,5	2,6	2,6
9. Mannheim Fahrlachstr. 46-48	1.776,1	198,9	196,7	196,7
10. Ravensburg Kanalstr. 45, 45a u. 45b	822,8	66,1	63,2	63,2

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0307 Regierungspräsidium Tübingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

11.	Schwäbisch Hall Ringstr. 58	701,2	65,0	54,6	54,6	
12.	Stuttgart Reitzensteinstr. 44	753,4	114,4	97,6	97,6	
13.	Stuttgart Ulmer Str. 227 B	4.154,2	473,0	453,8	453,8	
14.	Ulm Albstraße 74 u. Parkplatz	3.364,9	481,7	491,1	491,1	
15.	Ulm-Dornstadt Lerchenbergstr. 25	1.064,7	161,6	171,3	171,3	
16.	Wertheim Am Eichamt 2	749,2	94,0	63,8	63,8	
	Zusammen	20.602,1	2.277,1	2.237,3	2.237,3	
II. Weitere Leistungsblö- cke						
1.	Dienstleistungen der Zentrale des Regierungspräsi- diums Tübingen		74,2 (Ist 2015)	85,0	80,0	
	Zusammen					
III. Unentgeltliche Leis- tungen insgesamt		20.602,1	2.351,3	2.322,3	2.317,3	

684 02	187	Zuschüsse für die Förderung kultureller Aktivitäten in Bibliotheken an soziale und ähnliche Einrichtungen Die Tit. 633 01 und 684 02 sind gegenseitig deckungsfähig.	8,2 0,0 0,0	a) b) c)	8,2
--------	-----	---	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind Zuschüsse für kulturelle Aktivitäten in Bibliotheken
(wie Dichterlesungen, Ausstellungen u. ä.) vor allem im ländlichen Raum.

685 49	012	Mitgliedsbeiträge an Verbände, Vereine, Gesellschaften, Organisationen u. dgl.	2,5 1,7 1,7	a) b) c)	2,5
--------	-----	---	-------------------	----------------	-----

Zwischensumme Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			8.142,5	a)	8.692,5
---	--	--	---------	----	---------

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0307 Regierungspräsidium Tübingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Ausgaben für Investitionen

811 01	012	Erwerb von Dienstfahrzeugen u. dgl. (für die Verwaltung)	57,0 67,6 47,8	a) b) c)	65,0
--------	-----	---	----------------------	----------------	------

Erläuterung:

Veranschlagt sind folgende Ersatzbeschaffungen: Tsd. EUR

3	Pkw (bis 2 l, 110 kW)	65,0
---	-----------------------	------

Ausgesondert werden sollen im Jahr 2017:

Dienststellen	Typ des Dienstkraft- fahrzeugs	Baujahr	Gesamtfahrleistung am 1. Januar 2016 km	Voraussichtliche Gesamtfahrleistung zum Aussonde- rungszeitpunkt km	Amtliches Kenn- zeichen
RP Tübingen	Opel Combo	2002	135.000	145.000	TÜ-2627
RP Tübingen	Opel Astra	2007	191.500	225.000	TÜ-RP 3058
RP Tübingen	Opel Astra	2000	2015 wirtschaftli- cher Totalschaden	185.000	TÜ-2864

812 01	012	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	59,1 39,7 96,3	a) b) c)	146,2
--------	-----	---	----------------------	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind: Tsd. EUR

1.	Ersatzbeschaffung von Dienstzimmereinrichtungen	121,2
2.	Ersatzbeschaffung von Geräten für die Kantine und Teeküchen	10,0
3.	Registraturerweiterung	5,0
4.	Neuausstattung der Besprechungs- und Sitzungsräume	10,0
	zus.	146,2

812 02	042	Erwerb von Geräten für die Fluggastkontrollen	0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
--------	-----	---	-------------------	----------------	-----

Ausgaben sind in Höhe der Einnahmen bei Tit. 331 01 zulässig.
Über die Mittel in Höhe der Einnahmen bei Tit. 331 01 kann
ohne Einwilligung des Ministeriums für Finanzen verfügt wer-
den. Ggf. können Ausgaben auch vor dem kassenmäßigen
Eingang der Einnahmen geleistet werden.

Erläuterung: Geräte für die Fluggastkontrollen auf dem Verkehrsflughafen Boden-
see-Airport Friedrichshafen (z. B. Handsonden, Gepäckdurchleuchtungsanlagen,
Fernsehüberwachungsanlagen u. dgl.). Die Kosten werden vom Bund erstattet (vgl.
Tit. 331 01).

Zwischensumme Ausgaben für Investitionen			116,1	a)	211,2
---	--	--	-------	----	-------

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0307 Regierungspräsidium Tübingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Titelgruppen

69 Aufwand für Informationstechnik

Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um die Einnahmen bei
Tit. 119 69.

Erläuterung: Auf die Erläuterungen zu Tit. Gr. 69 bei Kap. 0304 wird verwiesen.

427 69	012	Personalaufwand		5,0 0,0 0,0	a) b) c)	5,0
511 69A	012	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		400,3 263,9 297,7	a) b) c)	400,3

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	382,3
2. Unterhaltung und Instandsetzung	18,0
zus.	<u>400,3</u>

511 69B	012	Fernmeldegebühren u. dgl.		256,6 213,7 237,2	a) b) c)	256,6
---------	-----	---------------------------	--	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	170,1
2. Einmalige Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	65,0
3. Rundfunkbeiträge	16,5
4. Sonstiges (Funkgebühren u. a.)	5,0
zus.	<u>256,6</u>

An die Behördenzentrale sind folgende Dienststellen angeschlossen (der Fernsprechaufwand ist hier mitveranschlagt):

Finanzamt Tübingen
Gerichte und Staatsanwaltschaft Tübingen
Staatliches Rechnungsprüfungsamt Tübingen
Forstverwaltung Bebenhausen

514 69	012	Verbrauchsmittel		106,7 86,8 108,0	a) b) c)	106,7
--------	-----	------------------	--	------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Verbrauchsmaterial u. dgl.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0307 Regierungspräsidium Tübingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
518 69	012	Maschinen- und Gerätemieten		125,0 98,9 105,2	a) b) c)	125,0
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Mieten für Kopiergeräte.						
525 69	012	Aus- und Fortbildung		30,0 13,4 19,2	a) b) c)	30,0
Erläuterung: Berufliche Fortbildung der Bediensteten des Regierungspräsidiums (einschließlich Reisekosten) in den Bereichen EDV und sonstiger Informationstechnik.						
534 69	012	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		1.353,6 1.385,8 1.367,1	a) b) c)	1.296,0
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten für den Erwerb von Software und Lizenzen für das Arbeitsgebiet BKI sowie für Beratungsleistungen für die Installation von informationstechnischen Anlagen. Betreuung der BK-Arbeitsplätze durch den Landesbetrieb IT Baden-Württemberg.						
Übertragen infolge Neuordnung Denkmalpflege nach Kap. 0304 Tit. 534 69 57,6 Tsd. EUR						
546 69	012	Sonstiger Sachaufwand		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
812 69	012	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		18,0 5,9 7,3	a) b) c)	18,0
Erläuterung:						
Veranschlagt sind:			Tsd. EUR			
1. Erwerb von DV-Geräten (Rechner und sonstige Peripherie) für das Arbeitsgebiet BKI und für Fachanwendungen			18,0			
zus.			18,0			
Summe Titelgruppe 69			2.295,2 a) 2.237,6			
72		Aufwand für die Technische Hilfe zur Abwicklung des Programms INTERREG IV "Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein"				
429 72	W 012	Personalaufwand		0,0 194,6 311,0	a) b) c)	0,0
531 72	W 012	Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen		0,0 57,0 5,6	a) b) c)	0,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0307 Regierungspräsidium Tübingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
534 72	W 012	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		0,0 70,1 85,7	a) b) c)	0,0
546 72	W 012	Sonstiger Sachaufwand		0,0 24,1 40,8	a) b) c)	0,0
883 72	W 692	Zuweisungen für Investitionen aus Mitteln des Programms INTERREG IV A		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
Summe Titelgruppe 72				0,0	a)	0,0

73

Aufwand für die Technische Hilfe zur Abwicklung des Programms INTERREG V "Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein"

Die Gruppentitel sind mit Ausnahme von Tit. 883 73 gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabeermächtigung bei Tit. 883 73 erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 346 73.

Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 271 73, 281 73, 286 73 und 287 73.

Ausgaben können auch vor dem kassenmäßigen Eingang der Einnahmen geleistet werden.

Erläuterung: Die EU fördert aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung im Rahmen des Ziels „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“ die grenzübergreifende Zusammenarbeit in der Region Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein. Die Abwicklung des Programms wird über die Technische Hilfe aus Fördermitteln der EU, des Schweizer Bundes sowie aus nationalen Finanzierungsmitteln der Programmpartner finanziert. Programmpartner sind die Schweizer Kantone Aargau, Appenzell-Innerrhoden, Appenzell-Außerrhoden, Glarus, Graubünden, Schaffhausen, St. Gallen, Thurgau und Zürich, das Land Vorarlberg (Österreich), das Fürstentum Liechtenstein, der Freistaat Bayern und das Bundesland Baden-Württemberg. Die Finanzmittel der Technischen Hilfe werden von der Verwaltungsbehörde im Zusammenwirken mit dem Gemeinsamen Sekretariat verwaltet, deren Sitz im Regierungspräsidium Tübingen bei Referat 21 ist. Dies bedeutet die Übernahme der Kassenführung durch das Land mit Bewirtschaftung aller Einnahmen und Ausgaben. Nach Prüfung der Schlussabrechnung und der Erfüllung der im EU-Recht bestimmten Voraussetzungen wird die Schlussrate der EU ausbezahlt (Vorfinanzierung dieser Schlussrate vgl. Tit. 346 73 und 883 73).

429 73	012	Personalaufwand		424,9 122,8 0,0	a) b) c)	425,0
--------	-----	-----------------	--	-----------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt ist der Personalaufwand für die Beschäftigung von fünf Beamtinnen und Beamten (Bes. Gr. A 13 – Regierungsrat; Bes. Gr. A 12 – Amtsrat, Bes. Gr. A 11 – Regierungsamtmann und zwei Bes. Gr. A 10 – Regierungsoberinspektor; vgl. Stellenplan) und drei unbefristet beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern (E 11, E 9 und E 6).

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0307 Regierungspräsidium Tübingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
527 73	012	Dienstreisen		12,5 24,7 0,0	a) b) c)	35,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Reisekosten und Unterbringungskosten der Programmpartner sowie der Beschäftigten der Verwaltungsbehörde und des Gemeinsamen Sekretariats (aufgrund der HIT's [harmonised implementation tools for ETC-Programmes]).</p>						
531 73	012	Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen		50,0 17,4 0,0	a) b) c)	50,0
<p>Erläuterung: Die Mittel dienen vor allem der Durchführung von Informationsveranstaltungen und –maßnahmen zur Erfüllung der Kommunikationsstrategie gem. VO 1303/2013, Art. 115ff.</p>						
534 73	012	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		103,8 13,0 0,0	a) b) c)	81,3
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind u. a. die Kosten für die Evaluation des Programms und die Einrichtung des Monitoring-Systems (incl. Zahlstelle).</p>						
546 73	012	Sonstiger Sachaufwand		12,5 4,8 0,0	a) b) c)	12,5
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die übrigen sächlichen Verwaltungsausgaben der Technischen Hilfe.</p>						
883 73	692	Zuweisungen für Investitionen aus Mitteln des Programms INTERREG V		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	340,0
<p>Erläuterung: Schlussrate des von der EU zugesagten Mittelkontingents für Projekte der baden-württembergischen Projektträger, die bis zur abschließenden Prüfung zurückgehalten wird.</p>						
Summe Titelgruppe 73				603,7	a)	943,8
85		Ausbildungszentrum Nagold				
<p>Die Mittel sind übertragbar. Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig.</p>						
534 85	711	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		943,0 930,6 908,8	a) b) c)	943,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0307 Regierungspräsidium Tübingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
			Tsd. EUR			
547 85	711	Sächliche Verwaltungsausgaben		15,0 9,8 26,0	a) b) c)	15,0
811 85	711	Erwerb von Dienstfahrzeugen u. dgl.		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
812 85	711	Investitionsausgaben		20,0 0,0 0,0	a) b) c)	20,0

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Ersatzbeschaffung von Küchen- und Kantinengeräten	5,0
2. Ersatzbeschaffung von Mobiliar für die Unterkünfte der Auszubildenden	15,0
zus.	20,0

Summe Titelgruppe 85	978,0	a)	978,0
-----------------------------	-------	----	-------

86	721	Personalkosten für die Unterhaltung der Bundesautobahnen aus Bundesmitteln			
		Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 231 86, ggf. können Ausgaben auch vor dem kassenmäßigen Eingang der Einnahme geleistet werden.			
		Erläuterung: Hier werden die Personalkosten für die im Unterhaltungsdienst an Bundesautobahnen tätigen Beschäftigten nachgewiesen. Die Kosten werden in voller Höhe aus Bundesmitteln erstattet; vgl. Tit. 231 86.			
428 86	721	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)	4.692,7 4.879,1 4.577,2	a) b) c)	4.905,4

Erläuterung:

Veranschlagt ist der Personalaufwand für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit unbefristeten und befristeten Arbeitsverträgen der Entgeltgruppen

Entgeltgruppen	2016	2017
a) Fernmeldemeisterei Ludwigsburg		
9 - 13	7	7
2 - 8	16	16
b) Autobahnmeistereien		
6 - 9	15	15
1 - 5	49	49
Auszubildende, Umschüler/innen	3	3
c) Verkehrsrechnerzentrale		
11	1	1
6 - 9	11	11

Entgelte einschließlich der Sozialversicherungsbeiträge sowie Nebenleistungen und Zulagen (auch Überstundenvergütungen, Nachdienstentschädigungen, Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten, Jubiläumswendungen, Abfindungen und Übergangsgelder) für Fernsprechvermittlerinnen und Fernsprechvermittler bei den Autobahnmeistereien, Fernmeldeingenieurinnen und Fernmeldeingenieure, Technikerinnen und Techniker der Fernmelde-meisterei Ludwigsburg, Bedienstete der Verkehrsrechnerzentrale, Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Auszubildende im Straßenunterhaltungsdienst sowie für Reinigungspersonal, insbesondere bei den Autobahnmeistereien.

Daneben:	Tsd. EUR
6. Sonstige Zulagen (Sonderzuschläge)	25,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0307 Regierungspräsidium Tübingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
441 86	721	Beihilfen		3,0 0,7 0,0	a) b) c)	3,0
Summe Titelgruppe 86				4.695,7	a)	4.908,4
Gesamtausgaben				76.254,3	a)	75.944,1
Abschluss Kapitel 0307						
Verwaltungseinnahmen				6.320,9	a)	6.782,3
Übrige Einnahmen				5.840,2	a)	6.392,9
Gesamteinnahmen				12.161,1	a)	13.175,2
Personalausgaben				62.033,8	a)	60.734,5
Sächliche Verwaltungsausgaben				5.923,9	a)	5.927,9
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)				8.142,5	a)	8.692,5
Ausgaben für Investitionen				154,1	a)	589,2
Gesamtausgaben				76.254,3	a)	75.944,1
Kapitel 0307 Zuschuss				64.093,2	a)	62.768,9

Wirtschaftsplan

des

Landesbetriebs Landesbetrieb Gewässer

gemäß § 26 LHO

Vorbemerkung

Die Gewässerdirektion Donau/Bodensee wird seit 01.01.1997 als Landesbetrieb gem. § 26 LHO geführt und ist im Zuge der Verwaltungsreform mit Wirkung vom 01.01.2005 in das Regierungspräsidium Tübingen eingegliedert und als Landesbetrieb Gewässer fortgeführt worden.

Der Landesbetrieb Gewässer übernimmt die nach dem Verwaltungsstruktur-Reformgesetz - VRG zum 01.01.2005 beim Land verbliebenen Aufgaben, die von der Gewässerdirektion Donau/Bodensee auf das Regierungspräsidium Tübingen übergingen.

Die für die Aufgabenerfüllung notwendigen Personal- und Sachmittel sind im Einzelplan 03, die für Unterhaltung und Betrieb, für Baumaßnahmen, Anlagen, Erwerb von beweglichen Sachen und Grunderwerb erforderlichen Mittel im Einzelplan 10 enthalten. Innerhalb des Wirtschaftsplans können die Mittel aus Kap. 0307 Tit. 682 02 und die für den Landesbetrieb Gewässer beim Regierungspräsidium Tübingen zugewiesenen Mittel aus Kap. 1005 Tit. 682 01 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Anlage 1 zu Kap. 0307
Regierungspräsidium Tübingen Landesbetrieb Gewässer

A. Erfolgsplan		Betrag für 2015 Ist-Ergebnis	Betrag für 2016 Soll	Betrag für 2017 Planung
		Tsd. EUR		
I. Erträge				
1.	Umsatzerlöse	611,1	530,0	520,0
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,0	0,0	0,0
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	343,9	0,0	0,0
4.	Sonstige betriebliche Erträge	110,7	85,0	70,0
5.	Erträge aus Beteiligungen, Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, Zins- und ähnliche Erträge	0,0	0,0	0,0
6.	außerordentliche Erträge	0,4	0,0	0,0
	Die Nr. 2-4 können auch unter der Bezeichnung "übrige Erträge" zusammengefasst werden.	1.066,2	615,0	590,0
	Summe der Erträge			
II. Aufwendungen				
1.	Materialaufwand	1.031,6	964,8	1.254,5
1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	279,7	255,0	289,5
1.2	Aufwendungen für Bezogene Leistungen	751,9	709,8	965,0
2.	Personalaufwand	4.708,9	5.453,0	5.535,3
2.1	Löhne und Gehälter	3.590,0	4.279,3	4.154,9
2.2	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.118,9	1.173,7	1.380,4
3.	Abschreibungen	1.663,4	1.250,0	2.000,0
4.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	510,8	501,1	507,5
4.1	Instandhaltung und Instandsetzung	287,0	245,0	287,5
4.2	Übrige	223,8	256,1	220,0
5.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens, Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0
6.	Außerordentliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0
7.	Steueraufwand	18,8	20,0	20,0
	Summe der Aufwendungen	7.933,5	8.188,9	9.317,3
III.	Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-) vor Zu- und Abführungen Land - Ergebnisübernahme	-6.867,4	-7.573,9	-8.727,3
IV.	Zuführungen/Ablieferungen Land - Ergebnisübernahme	6.867,0	6.358,9	6.777,3
1.	Zuführungen für den laufenden Betrieb	6.867,0	6.358,9	6.777,3
2.	Ablieferungen an das Land	0,0	0,0	0,0
V.	Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-) nach Ergebnisübernahme Land	-0,4	-1.215,0	-1.950,0

Die Berechnung der Summen erfolgt auf Basis der EUR-Werte. Durch die Rundung der Einzelwerte im Druck auf Tsd. EUR mit einer Nachkommastelle können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

Anlage 1 zu Kap. 0307
Regierungspräsidium Tübingen Landesbetrieb Gewässer

B. Finanzplan		Betrag für 2015 Ist-Ergebnis	Betrag für 2016 Soll	Betrag für 2017 Planung
Tsd. EUR				
I. Mittelbedarf				
1.	Jahresfehlbetrag des Erfolgsplans vor Ergebnisübernahme Land	6.867,4	7.573,9	8.727,3
2.	Zugänge des Anlagevermögens einsch. Anzahlungen/Anlagen im Bau und immaterielle Anlagegüter	2.517,2	4.762,3	8.124,0
2.1	Grundstücke und Bauten	74,0	50,0	100,0
2.2	Technische Anlagen und Maschinen	49,6	86,0	187,0
2.3	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	365,6	40,0	626,0
2.4	Sonstige Anlagen	2.028,0	4.586,3	7.211,0
3.	Bildung von Rücklagen	4.300,0	0,0	0,0
4.	Erfolgswirksame Auflösung des Sonderpostens für Investitionszu- schüsse Dritter	54,4	35,0	50,0
5.	Entnahmen/Ablieferung an das Land Mittelweitergaben LBG	728,4	0,0	0,0
	<u>davon erfolgswirksam:</u>			
	a) Ablieferung (Ergebnisübernahme)	0,0	0,0	0,0
	<u>davon erfolgsneutral:</u>			
	b) Kapitalrückzahlungen	0,0	0,0	0,0
	Summe I	14.467,5	12.371,2	16.901,3
II. Deckungsmittel				
1.	Jahresüberschuss des Erfolgsplans vor Ergebnisübernahme Land	0,0	0,0	0,0
2.	Verminderung des Anlagevermö- gens	1.685,4	1.250,0	2.000,0
2.1	Abgänge	22,0	0,0	0,0
2.2	Abschreibungen	1.663,4	1.250,0	2.000,0
3.	Verwendung/Auflösung von Rückla- gen	2.301,2	0,0	0,0
4.	Zugänge Sonderposten Investitions- zuschüsse Dritter	180,4	464,3	1.081,8
5.	Zuführung des Landes			
	Kap. 0307 Tit. 682 02	5.291,2	5.572,1	5.707,1
	Kap. 0802 Tit. 892 99 ELER	430,0	553,5	0,0
	Kap. 1005 Tit. 682 01	890,0	802,5	890,0
	Kap. 1005 Tit. 891 01	3.205,0	2.648,5	5.774,2
	Kap. 1005 Tit. 682 74	100,0	80,3	98,2
	Kap. 1005 Tit. 682 76	0,0	0,0	150,0
	Kap. 1005 Tit. 682 85 GAK	0,0	1.000,0	1.200,0
	Hochwasseraufbauhilfe	221,0	0,0	0,0

Anlage 1 zu Kap. 0307
Regierungspräsidium Tübingen Landesbetrieb Gewässer

	<u>davon erfolgswirksam:</u>			
a)	Zuführungen für den laufenden Betrieb (Ergebnisübernahme)	6.867,0	6.358,9	6.777,3
	<u>davon erfolgsneutral:</u>			
b)	Kapitalzuführungen	0,0	0,0	0,0
c)	Zuführungen zur Vermehrung des Anlagevermögens	0,0	4.298,0	7.042,2
d)	Zuführungen für Rücklagen	0,0	0,0	0,0
	<u>Summe II</u>	14.304,2	12.371,2	16.901,3

Die Berechnung der Summen erfolgt auf Basis der EUR-Werte. Durch die Rundung der Einzelwerte im Druck auf Tsd. EUR mit einer Nachkommastelle können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan:

<u>Gesamtbestand Personal</u>		Stellen/VZÄ	Stellen/VZÄ
		2016	2017
		Soll	Planung
a)	Planmäßige Beamtinnen und Beamte in Stellen	35,0	35,0
	*kw	*0,0	*0,0
b)	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte) in Stellen	64,5	63,5
	*kw	*2,0	*1,0
	Summe a) und b):	99,5	98,5
	*kw:	*2,0	*1,0
c)	Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (in Stellen), Auszubildende, Praktikanten u.ä. (in VZÄ)	0,0	0,0
	*kw	*0,0	*0,0
d)	Auszubildende, Praxissemester-/DHBW-studenten/-innen	5,0	4,0
e)	Praktikanten/-innen, Volontäre, u.ä.	0,0	0,0
	Summe c) bis e):	5,0	4,0
	*kw:	*0,0	*0,0
f)	Nicht nach Stellen bewirtschaftetes Personal	0,0	0,0
g)	Befristet Beschäftigte (nur Museen)	0,0	0,0
	Gesamtsumme a) bis g)	104,5	102,5
	*kw:	*2,0	*1,0

Anlage 1 zu Kap. 0307
Regierungspräsidium Tübingen Landesbetrieb Gewässer

Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte) einschl. kw-/ku-Vermerken	Stellen 2016 Soll	Veränderungen 2017 Planung	Stellen 2017 Planung
Außer tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insgesamt			
Außer tariflich Beschäftigte	0,0		0,0
Summe	0,0		0,0
Summe *kw	0,0		0,0
Tariflich Beschäftigte			
1. E13	2,0		2,0
1/1 Hochwasserrisikomanagementpläne beschäftigt aus Kap. 1005 Tit. 682 74			
2. E11	3,0	-1,0 Wegfall in Vollzug kw-Vermerk	2,0
*kw spätestens ab 01.01.2017 HW	1,0	-*1,0 Wegfall in Vollzug kw-Vermerk	0,0
3. E8	7,5		7,5
ku 5,5/5,5 nach Entg.Gr. 7 mit Ausscheiden des Stelleninhabers			
*kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers	1,0		1,0
4. E7	1,0		1,0
5. E6	7,0		7,0
6. E5	42,0		42,0
7. E2-5	2,0		2,0
Summe	64,5		63,5
Summe *kw	2,0		1,0
Summe	64,5		63,5
Summe *kw	2,0		1,0

Bestand an Dienstfahrzeugen und selbstfahrenden Arbeitsmaschinen:	Anzahl für 2015 Ist-Ergebnis	Anzahl für 2016 Soll	Anzahl für 2017 Planung
PKW	4	5	5
Einsatz- und Spezialfahrzeuge	32	32	33
Lastwagen	2	2	2
Anhänger für KFZ	43	40	40
Wasserfahrzeuge	2	5	2
Sonstige	66	0	0
Zum Dienstreiseverkehr zugelassene private PKW	0	27	27

Erläuterungen zum Erfolgsplan:

- Zu A.I.1:** Veranschlagt sind Zuweisungen für das Messnetz von der LUBW, Verwaltungsgebühren nach dem Landesgebührengesetz, Wassernutzungsentgelte sowie Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung und dgl. (Kapitel 1005).
- Zu A.I.4:** Veranschlagt sind Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen und die Auflösung von Sonderposten aus Kostenersätzen für Anlagegüter.
- Zu A.II.1.1:** Veranschlagt sind die Kosten für Baustoffe, Treib- und Schmierstoffe und dgl.
- Zu A.II.1.2:** Veranschlagt sind die Kosten für die Unterhaltung der in der Unterhaltungslast des Landes stehenden Gewässer und wasserwirtschaftlichen Anlagen sowie des Messnetzes.
- Zu A.II.2.1:** Personalaufwand 104,5/102,5 Bedienstete (Beamtinnen, Beamte, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (davon 16,5/15,5 [kw2/kw1] Verwaltung und 48/48 Wasserbauarbeiter)) sowie Praktikantinnen, Praktikanten, Freiwillige gem. Bundesfreiwilligendienstgesetz und Reinigungskräfte. Weitere Aushilfskräfte nach Bedarf.
- Zu A.II.2.2:** Veranschlagt sind Versorgungsaufwand für Beamtinnen und Beamte, Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Arbeitgeberanteil), Umlagen für die Zusatzversorgung, Übergangsgelder, Beihilfen, Fürsorgeleistungen.
- Zu A.II.4.2:** Veranschlagt sind insbesondere der allgemeine Geschäftsbedarf, Postgebühren, Reisekosten, IT-Kosten sowie die Erstattung von Sachkosten (an das Regierungspräsidium Tübingen) und Verwaltungskosten (an das Landesamt für Besoldung und Versorgung Baden-Württemberg) sowie die Arbeitsschutzkleidung für Wasserbauarbeiter und dgl.

Anlage 1 zu Kap. 0307
Regierungspräsidium Tübingen Landesbetrieb Gewässer

Erläuterungen zum Finanzplan:

Bauvorhaben-Nr. Gewässer	Baumaßnahme	Veransch. Gesamt- kosten Tsd. EUR	Voraussich. Ausgaben- stand 31.12.2016 Tsd. EUR	Betrag 2017 Tsd. EUR	Betrag 2018ff. Tsd. EUR
Zu B.I.2.1:	Grundstücke und Bauten				
	Grunderwerb	200,0	0,0	100,0	100,0
Zu B.I.2.4:	Sonstige Anlagen Wasserwirtschaftliche Anlagen				
	Dammertüchtigungsmaßnahmen				
Eschach/Aitrach	Eschach Deich R3 Urlaub	2.200,0	0,0	300,0	1.900,0
Donau G.TI0087	Donau Erbach Seenplatte	800,0	0,0	100,0	700,0
Donau	T Donau rechts Neufra B	1.500,0	0,0	0,0	1.500,0
	kleine Dammertüchtigungsmaßnahmen	650,0	0,0	500,0	150,0
	Zwischensumme Dammertüchtigungsmaßnahmen	5.150,0	0,0	900,0	4.250,0
	Hochwasserschutzmaßnahmen				
Donau G.TI0016	Hochwasserschutz Riedlingen „Holzbrücke“	861,0	0,0	61,0	800,0
Donau G.TI0004	Hochwasserschutz Ulm Friedrichsau	1.100,0	0,0	1.100,0	0,0
Neckar G.TI0041	Hochwasserschutz Tübingen	1.500,0	500,0	0,0	1.000,0
	kleine Hochwasserschutzmaßnahmen	100,0	0,0	100,0	0,0
	Planung und Grunderwerb Hochwasserschutz	100,0	0,0	100,0	0,0
	Zwischensumme Hochwasserschutzmaßnahmen	3.661,0	500,0	1.361,0	1.800,0
	Gewässerökologische Maßnahmen				
Bodensee G.TI0026	Renaturierungen des Bodenseeufers Kressbronn	2.730,0	630,0	870,0	1.230,0
Bodensee G.TI0081	Renaturierungen des Bodenseeufers Überlingen	1.750,0	0,0	750,0	1.000,0
Neckar G.TI0068	Neckar Tübingen Stadtteilpark	1.020,0	0,0	200,0	820,0
Neckar G.TI0038	Renaturierung des Neckars bei Rottenburg	800,0	0,0	0,0	800,0
Donau G.TI0005	Renaturierung der Donau unterhalb Binzwangen	2.300,0	0,0	100,0	2.200,0
Donau G.TI0048	Renaturierung der Donau oberhalb Hunderingen	760,0	0,0	0,0	760,0
Donau G.TI0006	Verbesserung Sohlstruktur Hochwasserkanal Riedlingen	1.100,0	0,0	0,0	1.100,0
Iller G.TI0019	Umbau Illerschwelle 43,5 in raue Rampe	2.000,0	0,0	1.900,0	100,0
Iller G.TI0045	Umbau Illerschwelle 45,5 in raue Rampe	1.280,0	0,0	0,0	1.280,0
Riß G.TI0039	Renaturierung Riß-Kanal Biberach	800,0	0,0	50,0	750,0
	kleine gewässerökologische Maßnahmen	1.965,0	120,0	1.080,0	765,0
	Zwischensumme gewässerökologische Maßnahmen	16.505,0	750,0	4.950,0	10.805,0
Zu B.I.2.4:	Summe wasserwirtschaftliche Anlagen RP Tübingen :	25.316,0	1.250,0	7.211,0	16.855,0
Zu B.II.4:	davon Kostenersätze Dritter	2.279,3	150,0	1.081,8	1.047,5

**Anlage 1 zu Kap. 0307
Regierungspräsidium Tübingen Landesbetrieb Gewässer**

Zu B.1.2.2: Technische Anlagen und Maschinen:

Zweckbestimmung	Betrag 2017 Tsd. EUR
4 Motormäher (E)	136,0
1 Anbaubreitspurmähwerk (N)	6,0
1 Anbaumähwerk	12,0
1 Messerschleifgerät	5,0
Betriebshofausstattung, Kleingeräte, Werkzeuge von je 1,0 bis 5,0 Tsd. EUR	28,0
Summe:	187,0

Zu B.1.2.3: Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung:

Zweckbestimmung	Betrag 2017 Tsd. EUR
1 Unitrak (N)	200,0
1 Mähtraktor (E)	80,0
3 Doppelkabinen (E)	126,0
1 Ladewagen (E)	55,0
2 Rückeanhänger (E)	65,0
1 Anhänger Rundballenpresse	30,0
1 Anbauseilwinde (E)	30,0
Betriebs- und Geschäftsausstattung	40,0
Summe:	626,0

Wirtschaftsplan

des

Landesbetriebs Landesbetrieb Eich- und Beschusswesen Baden-Württemberg

gemäß § 26 LHO

Vorbemerkung

Die Eichverwaltung Baden-Württemberg wird seit 01.01.2000 als Landesbetrieb gem. § 26 LHO geführt, das Beschussamt Ulm seit 01.01.2010. Beide Bereiche sind im Zuge der Verwaltungsreform mit Wirkung vom 01.01.2005 in das Regierungspräsidium Tübingen eingegliedert worden.

Seit 01.01.2015 werden die Landesbetriebe Mess- und Eichwesen Baden-Württemberg und Beschussamt Ulm als ein Landesbetrieb Eich- und Beschusswesen Baden-Württemberg geführt.

Die Eichverwaltung nimmt die im Mess- und Eichgesetz vom 25.07.2013 (BGBl. I S. 2722), im Medizinproduktegesetz vom 02.08.1994 (BGBl. I S. 1963) und anderen Vorschriften enthaltenen Aufgaben im Interesse des Verbraucherschutzes, der Lauterkeit im Handelsverkehr, der Messsicherheit im Gesundheitsschutz u. a. wahr.

Das Beschussamt Ulm nimmt die im Beschussgesetz vom 11.10.2002 (BGBl. I S. 3970) übertragenen hoheitlichen Aufgaben (Beschuss- und Munitionsprüfung und Rückführungsanfragen der Ordnungsbehörden) wahr. Daneben erbringt es im nicht hoheitlichen Bereich sicherheitstechnische Dienstleistungen und erledigt mit der Erprobung und Zertifizierung von Waffen und Munition etc. Sonderaufgaben. Ferner ist das Beschussamt in verschiedenen nationalen und internationalen Gremien beratend sowie - insbesondere für das Landeskriminalamt, die Polizei, den Verfassungsschutz und die Justiz- und Forstverwaltung - im Wege der Amtshilfe unterstützend tätig.

Es können zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit auch andere Leistungen erbracht werden, soweit die Erledigung der oben genannten Aufgaben nicht beeinträchtigt wird.

Durch unentgeltliche Leistungen entstehen dem Landesbetrieb wie folgt Mindereinnahmen:

	2016 Tsd. EUR	2017 Tsd. EUR
I. Eichwesen: Das Mess- und Eichwesen Baden-Württemberg erledigt im Rahmen der Amtshilfe gebührenfreie Eichungen für Kommunen, Landeseinrichtungen, andere Bundesländer und den Bund. Ferner sind die Mitarbeiter des Eichwesens in verschiedenen nationalen und internationalen Gremien tätig	550,0	660,0
II. Beschusswesen: Das Beschussamt Ulm unterstützt außerhalb des originären Aufgabenkreises nach dem Beschussgesetz im Wege der Amtshilfe insbesondere das Landeskriminalamt, die Polizei, die deutsche Polizeihochschule, den Verfassungsschutz, die Justiz- und Forstverwaltung sowie die Ordnungsbehörden und erhebt hierfür bis auf weiteres keine Gebühren und Entgelte. Ferner ist das Beschussamt in verschiedenen nationalen und internationalen Gremien beratend tätig.	184,0	65,0
Gesamt.:	734,0	725,0

Anlage 2 zu Kap. 0307
Regierungspräsidium Tübingen Landesbetrieb Eich- und Beschusswesen Baden-Württemberg

A. Erfolgsplan		Betrag für 2015 Ist-Ergebnis	Betrag für 2016 Soll	Betrag für 2017 Planung
Tsd. EUR				
I. Erträge				
1.	Umsatzerlöse	15.272,3	14.534,1	15.881,5
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	103,7	0,0	0,0
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	0,0	0,0
4.	Sonstige betriebliche Erträge	122,4	75,0	50,0
5.	Erträge aus Beteiligungen, Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, Zins- und ähnliche Erträge	0,8	1,0	2,5
6.	außerordentliche Erträge	20,8	0,0	0,0
	Die Nr. 2-4 können auch unter der Bezeichnung "übrige Erträge" zusammengefasst werden.	15.520,1	14.610,1	15.934,0
	Summe der Erträge			
II. Aufwendungen				
1.	Materialaufwand	1.087,5	1.316,6	1.650,0
1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	455,4	600,0	800,0
1.2	Aufwendungen für Bezogene Leistungen	632,0	716,6	850,0
2.	Personalaufwand	11.225,4	11.659,4	12.351,9
2.1	Löhne und Gehälter	8.320,8	8.547,2	8.706,5
2.2	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.904,5	3.112,2	3.645,4
3.	Abschreibungen	703,3	875,5	950,0
4.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	880,3	833,6	1.083,6
4.1	Instandhaltung und Instandsetzung	0,0	0,0	0,0
4.2	Übrige	880,3	833,6	1.083,6
5.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens, Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0
6.	Außerordentliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0
7.	Steueraufwand	14,9	75,0	100,0
	Summe der Aufwendungen	13.911,4	14.760,1	16.135,5
III.	Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-) vor Zu- und Abführungen Land - Ergebnisübernahme	1.608,7	-150,0	-201,5
IV.	Zuführungen/Ablieferungen Land - Ergebnisübernahme	0,0	0,0	201,5
1.	Zuführungen für den laufenden Betrieb	0,0	0,0	201,5
2.	Ablieferungen an das Land	0,0	0,0	0,0
V.	Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-) nach Ergebnisübernahme Land	1.608,7	-150,0	0,0

Die Berechnung der Summen erfolgt auf Basis der EUR-Werte. Durch die Rundung der Einzelwerte im Druck auf Tsd. EUR mit einer Nachkommastelle können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

Anlage 2 zu Kap. 0307
Regierungspräsidium Tübingen Landesbetrieb Eich- und Beschusswesen Baden-Württemberg

B. Finanzplan		Betrag für 2015 Ist-Ergebnis	Betrag für 2016 Soll	Betrag für 2017 Planung
Tsd. EUR				
I. Mittelbedarf				
1.	Jahresfehlbetrag des Erfolgsplans vor Ergebnisübernahme Land	0,0	150,0	201,5
2.	Zugänge des Anlagevermögens einsch. Anzahlungen/Anlagen im Bau und immaterielle Anlagegüter	955,9	1.024,0	1.261,0
2.1	Grundstücke und Bauten	0,0	0,0	0,0
2.2	Technische Anlagen und Maschinen	345,9	615,0	743,0
2.3	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	549,7	409,0	518,0
2.4	Sonstige Anlagen	60,3	0,0	0,0
3.	Bildung von Rücklagen	1.120,6	0,0	0,0
4.	Erfolgswirksame Auflösung des Sonderpostens für Investitionszu- schüsse Dritter	0,0	0,0	0,0
5.	Entnahmen/Ablieferung an das Land	0,0	149,0	0,0
	<u>davon erfolgswirksam:</u>			
	a) Ablieferung (Ergebnisübernahme)	0,0	0,0	0,0
	<u>davon erfolgsneutral:</u>			
	b) Kapitalrückzahlungen	0,0	149,0	0,0
	<u>Summe I</u>	2.076,5	1.323,0	1.462,5
II. Deckungsmittel				
1.	Jahresüberschuss des Erfolgsplans vor Ergebnisübernahme Land	1.608,7	0,0	0,0
2.	Verminderung des Anlagevermö- gens	703,5	875,5	950,0
2.1	Abgänge	0,1	0,0	0,0
2.2	Abschreibungen	703,3	875,5	950,0
3.	Verwendung/Auflösung von Rückla- gen	0,0	0,0	0,0
4.	Zugänge Sonderposten Investitions- zuschüsse Dritter	0,0	0,0	0,0
5.	Zuführung des Landes Kap. 0307 Titel 682 03	753,7	447,5	512,5
	<u>davon erfolgswirksam:</u>			
	a) Zuführungen für den laufenden Betrieb (Ergebnisübernahme)	0,0	0,0	201,5
	<u>davon erfolgsneutral:</u>			
	b) Kapitalzuführungen	0,0	0,0	0,0
	c) Zuführungen zur Vermehrung des Anlagevermögens	753,7	447,5	311,0
	d) Zuführungen für Rücklagen	0,0	0,0	0,0
	<u>Summe II</u>	3.065,8	1.323,0	1.462,5

Die Berechnung der Summen erfolgt auf Basis der EUR-Werte. Durch die Rundung der Einzelwerte im Druck auf Tsd. EUR mit einer Nachkommastelle können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

**Anlage 2 zu Kap. 0307
Regierungspräsidium Tübingen Landesbetrieb Eich- und Beschusswesen Baden-Württemberg**

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan:

<u>Gesamtbestand Personal</u>		Stellen/VZÄ 2016 Soll	Stellen/VZÄ 2017 Planung
a)	Planmäßige Beamtinnen und Beamte in Stellen	130,0	130,0
	*kw	*0,0	*0,0
b)	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte) in Stellen	69,5	69,5
	*kw	*0,0	*0,0
	Summe a) und b):	199,5	199,5
	*kw:	*0,0	*0,0
c)	Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (in Stellen), Auszubildende, Praktikanten u.ä. (in VZÄ)	14,3	15,9
	*kw	*0,0	*0,0
d)	Auszubildende, Praxissemester-/DHBW-studenten/-innen	0,0	0,0
e)	Praktikanten/-innen, Volontäre, u.ä.	0,0	0,0
	Summe c) bis e):	14,3	15,9
	*kw:	*0,0	*0,0
f)	Nicht nach Stellen bewirtschaftetes Personal	0,0	0,0
g)	Befristet Beschäftigte (nur Museen)	0,0	0,0
	Gesamtsumme a) bis g)	213,8	215,4
	*kw:	*0,0	*0,0

Die VZÄ Soll 2016 entsprechen dem Ist zum 01.01.2016.

Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte) einschl. kw-/ku-Vermerken	Stellen 2016 Soll	Veränderungen 2017 Planung	Stellen 2017 Planung
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insgesamt			
Außertariflich Beschäftigte	0,0		0,0
Summe	0,0		0,0
Summe *kw	0,0		0,0
Tariflich Beschäftigte			
1. E11	2,0		2,0
2. E10 1) 3)	7,0		7,0
3. E9 1) 2) 3)	36,0		36,0
4. E8	9,5		9,5
ku 1/1 nach Entg.Gr. 7 mit Ausscheiden des Stelleninhabers			
5. E7	1,0		1,0
6. E6	13,0		13,0
7. E4	1,0		1,0
Summe	69,5		69,5
Summe *kw	0,0		0,0
Summe	69,5		69,5
Summe *kw	0,0		0,0

- 1,0 Stelle der Entgeltgruppe 10 und 9,0 Stellen der Entgeltgruppe 9 Zugang Haushaltsplan 2013/14 ohne Erhöhung des Zuschusses bei Tit. 682 03.
- 3,0 Stellen der Entgeltgruppe 9 Zugang Haushaltsplan 2012 ohne Erhöhung des Zuschusses beim damaligen Tit. 682 04 des Landesbetriebs Beschussamt Ulm.
- 5,0 Stellen der Entgeltgruppe 10 und 12,0 Stellen der Entgeltgruppe 9 Zugang Haushaltsplan 2015/16 im Rahmen des Flexibilisierungsvermerks bei Kap. 0307 Tit. 682 03 ohne Erhöhung des Zuschusses.

Anlage 2 zu Kap. 0307**Regierungspräsidium Tübingen Landesbetrieb Eich- und Beschusswesen Baden-Württemberg**

Bestand an Dienstfahrzeugen und selbstfahrenden Arbeitsmaschinen:	Anzahl für 2015 Ist-Ergebnis	Anzahl für 2016 Soll	Anzahl für 2017 Planung
PKW	19	14	20
Einsatz- und Spezialfahrzeuge	53	63	60
KOM, Mannschafts-, Transportwagen	2	0	2
Anhänger für KFZ	5	5	6
Selbstfahrende Arbeitsmaschinen	7	8	8
Zum Dienstreiseverkehr zugelassene privateigene PKW	0	30	25

Die Differenz bei den PKW, Einsatz- und Spezialfahrzeugen und KOM, Mannschafts-, Transportwagen ergibt sich aus der unterschiedlichen Zuordnung der Ordnungsbegriffe bei der Planung 2016 und in der Anlagenbuchhaltung 2015 sowie der Planung 2017.

Erläuterungen zum Erfolgsplan:

Zu A/1:	Veranschlagt sind:	Betrag 2017 Tsd. EUR
	I. Hoheitliche Angelegenheiten	
	1. Erlöse Eichwesen	12.136,7
	2. Erlöse Beschusswesen	1.600,0
	zus.:	13.736,7
	II. Betrieb gewerblicher Art	
	1. Erlöse Eichwesen	1.364,9
	2. Erlöse Beschusswesen	640,0
	zus.:	2.004,9
	III. Buß- und Verwarnungsgelder	129,9
	IV. Dienstleistungen für Abteilung 11 RPT	10,0
	Summe:	15.881,5

Veranschlagt sind insbesondere Eich- und Prüfgebühren, Entgelte aufgrund privatrechtlicher Tätigkeit, Erlöse aus Verwarnungs- und Bußgeldern sowie Erträge aus Dienstleistungen für die Abteilung 11 des Regierungspräsidiums Tübingen. Außerdem Erlöse aus Munitions- und Waffentechnik und Entgelte aus Sicherheitstechnik und Sonderaufgaben des Beschusswesens. Grundlage der Berechnung sind die vorhandenen Arbeitskapazitäten, das zu erledigende Arbeitsvolumen sowie die ermittelten durchschnittlichen Einnahmen je Arbeitsstunde. Erhöhter Ansatz auf Grund geplanter Personalzugänge.

Zu A II/4: Veranschlagt sind Erträge aus der Herabsetzung von Rückstellungen, Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen, Kostenersätze der Auslagen aus Bußgeldbescheiden, Erträge aus Schadenersatzleistungen sowie Kostenersätze der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Telefon, Kopien) etc.

Zu A II/1.1: Veranschlagt sind Verbrauchsmaterialien für Labore, Aufwand für Beschussmunition, Reinigung, Kleinwerkzeuge, Treibstoff, Reparaturmaterial für Gebäude und Anlagen, Arbeitsschutzausrüstungen sowie Maschinen, Geräte und Ausrüstungsgegenstände <150 EUR. Mehrbedarf wegen gestiegener Rohstoffpreise, höherem Bedarf an Beschussmunition aufgrund gestiegener Auftragszahlen sowie Einplanung verschiedener nutzerspezifischen Reparaturarbeiten in Dienstgebäuden.

Zu A II/1.2: Veranschlagt ist der Aufwand für sämtliche Fremdleistungen, u. a. Kostenerstattung an das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) für die Prüfung von Dosimetern (ca. 160 TEUR), IT-Dienstleistungen (u.a. Kostenerstattung an den LCC und BITBW) sowie Aufwendungen für die Kalibrierung von Prüfgerätschaften. Mehraufwendungen, da erstmalig eine Pauschale für die elektronische Übermittlung von Gewerbeanmeldungen bezahlt werden muss. Außerdem höhere Kostenerstattung an BITBW, weil weitere Dienststellen an das Metronetz angebunden werden.

Zu A II/2.1: Personalaufwand für 213,8/215,4 Bedienstete (Beamtinnen, Beamte, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer) sowie Praktikantinnen, Praktikanten, Freiwillige gem. Bundesfreiwilligendienstgesetz und Reinigungskräfte. Weitere Aushilfskräfte nach Bedarf.

Zu A II/2.2: Veranschlagt sind u.a. der Versorgungsaufwand für Beamtinnen und Beamte, Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Aushilfen (Arbeitgeberanteile) einschließlich der Umlagen für den Versorgungszuschlag und die Versorgungsrücklage der Beamtinnen und Beamten und die Zusatzversorgung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie pauschalierte Beihilfezahlungen.

Zu A II/3: Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände, technische Anlagen und Maschinen, andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Anlagen im Bau.

Zu A II/4: Veranschlagt sind sonstige Personalaufwendungen (Reisekosten, Trennungsgeld, Kosten der Aus- und Fortbildung, Betriebsmedizin und Arbeitssicherheit, Verwaltungskostenerstattung an das LBV etc.), Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten (Mieten, Leasing, Lizenzen), Aufwendungen für die Kommunikation, Dokumentation und Information (Fachzeitschriften, Porto, Telefon, EDV-Leitungskosten) sowie Wertkorrekturen, wie Abschreibungen auf Forderungen. Mehrbedarf, da mit steigenden Reisekosten und erhöhten Lizenzgebühren zu rechnen ist, außerdem sind die Porto- und Versandgebühren gestiegen.

Zu A II/7: Veranschlagt sind die Kfz-Steuer für die Dienstfahrzeuge sowie die Ertragssteuern für den Betrieb gewerblicher Art. Erhöhung, da im Jahr 2017 vermutlich Ertragssteuern für den Betrieb gewerblicher Art anfallen werden (bisher nicht, da Verlustvortrag vorhanden).

Anlage 2 zu Kap. 0307
Regierungspräsidium Tübingen Landesbetrieb Eich- und Beschusswesen Baden-Württemberg

Erläuterungen zum Finanzplan:

- Zu BI/2:** Veranschlagt sind Ersatzbeschaffungen für immaterielle Vermögensgegenstände, technische Anlagen und Maschinen, andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Anlagen im Bau. Die Gesamtsumme beinhaltet auch Zugänge von GWG (Beschaffungen < 410 EUR). Einzelheiten können dem Investitionsplan entnommen werden.
- Zu BI/3:** Im Jahr 2015 wurde lediglich eine Neurücklage i.H.v. 322,6 TEUR gebildet. Der verbleibende Betrag unter der Position „Bildung von Rücklagen“ i.H.v. 798 TEUR wurde bei der Zusammenlegung der beiden Landesbetriebe „Beschussamt Ulm“ und „Mess- und Eichwesen Baden-Württemberg“ zum 01.01.2015 vom Landesbetrieb Beschussamt Ulm übernommen.

Investitionsplan:

Für Investitionen in technische Anlagen und Maschinen sind veranschlagt:	2017 Tsd. EUR
1. Erneuerung der Vorrichtung Krieghof K80 in der Beschusskammer	60,0
2. Überarbeitung und Umrüstung der Kurzwaffenvorrichtung in der Beschusskammer	35,0
3. Erneuerung der Vorrichtung Krieghoff Semprio in der Beschusskammer	60,0
4. Nachrüstung der Lasermaschine mit Positionslaser	3,0
5. Tandemanhänger mit Kran für Böllerbeschuss im Steinbruch	20,0
6. Messuhr für Cokevermessung Kal. 20 mit Zubehör	1,0
7. Modernisierung des Ballistik-Messplatzes	20,0
8. Messläufe wg. Umrüstung auf HPI	50,0
9. Videoendoskop	10,0
10. Digitalmikroskop mit (High-Speed) Kamera	50,0
11. Einrichtung zum Verschieben von Prüfobjekten im Bereich Sicherheitstechnik	50,0
12. Türöffner für Schutztüre beim Beschussamt Ulm	10,0
13. Erneuerung der Drehscheibe im Beschusskanal der Sicherheitstechnik	100,0
14. Komparatorwaage Eichamt Mannheim	22,0
15. Erneuerung Taxenprüfstand Eichamt Mannheim	29,0
16. Durchflussintegrator Eichamt Fellbach	25,0
17. Erneuerung der Mechanik Taxenprüfstand Eichamt Ulm-Dornstadt	18,0
18. Massekomparatoren für Feingewichtelabor Eichamt Albstadt	80,0
19. Ersatzbeschaffung defekter Prüfmittel	50,0
19. Unvorhergesehene Investitionen	50,0
Gesamt	743,0

Für Investitionen in andere Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung sind veranschlagt:	2017 Tsd. EUR
1. Weiterführung der Entwicklung eines neuen Beschussverwaltungsprogramms	100,0
2. Beschaffung eines Dokumentenmanagementsystems für den Landesbetrieb	50,0
3. Teilerneuerung der Einbruchmeldeanlage des Beschussamts Ulm	12,0
4. Telefonanlage Beschussamt Ulm	8,0
5. Ersatzbeschaffung 55 Notebooks für Außendienst	65,0
6. Ersatzbeschaffung 2 Tankstellenbusse Außenstelle Schw. Hall und Eichamt Karlsruhe	79,0
7. Ersatzbeschaffung Tankstellenbus Eichamt Ravensburg (Unfall)	39,5
8. Ersatzbeschaffung Caddy für Nacheichung Eichamt Fellbach	27,5
9. Ersatzbeschaffung 2 VW-Transporter für Nacheichung Eichamt Fellbach/Mannheim	78,0
10. Anhänger Eichamt Albstadt	5,0
11. Leinwand und Beamer für Besprechungsraum Eichamt Albstadt	3,0
12. Großbildfernseher für Präsentationen Eichamt Albstadt	1,0
13. Unvorhergesehene Investitionen	50,0
Gesamt	518,0

Rücklagenplan

Zweckbestimmung		2015 – Ist Tsd. EUR			2016– Plan Tsd. EUR		2017– Plan Tsd. EUR	
		Bestand 01.01.	Zuführung	Bestand 31.12	Bestand 01.01.	Bestand 31.12.	Bestand 01.01.	Bestand 31.12.
I.	Kapitalrücklagen							
	aus Einlagen des Landes oder anderer am Betrieb Beteiligter							
II.	Gewinnrücklagen							
1.	haushaltsgesetzlich vorgegebene Rücklage (§ 266 Abs. 3 Position A III 1 HGB)							
2.	nach den Errichtungsregelungen vorgegebene Rücklage aus dem Jahresergebnis (§ 266 Abs. 3 Position A III 3 HGB)							
3.	andere Rücklagen aus dem Jahresergebnis (§ 266 Abs. 3 Position A III 4 HGB)							
a)	für die nutzerspezifischen Kosten im Zusammenhang mit der Sanierung des zweiten Schießkanals	50,0		50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
b)	zur Absicherung möglicher Baurisiken einschließlich Einnahmeverluste	218,8		218,8	218,8	218,8	218,8	218,8
c)	Deckung etwaiger Verluste des Gesamtbetriebs	50,0	322,6	372,6	372,6	372,6	372,6	372,6
d)	Mehraufwand Neustrukturierung	50,0		50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
e)	Sicherung Kapitalausstattung für Finanzierungsbeiträge bei zukünftigen nutzerspezifischen Baumaßnahmen	429,2		429,2	429,2	429,2	429,2	429,2
III.	Rücklagen insgesamt (I. + II.)	798,0	322,6	1.120,6	1.120,6	1.120,6	1.120,6	1.120,6

Abweichung vom Wirtschaftsplan 2016 auf Grund neuester Erkenntnisse bei der Planung 2017.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0308 Informatikzentrum Landesverwaltung
Baden-Württemberg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Vorbemerkung:

Das Informatikzentrum Landesverwaltung Baden-Württemberg (IZLBW) wurde mit Wirkung vom 1. Juli 2015 aufgelöst und eine als Landesbetrieb geführte Landesoberbehörde "IT Baden-Württemberg (BITBW)" errichtet. Die haushaltmäßige Abbildung der BITBW erfolgt in Kap. 0309.

Ausgaben

**Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Investitionen)**

682 01	W	012	Zuschuss für laufende Zwecke	0,0	a)	0,0
				10.282,6	b)	
				22.280,4	c)	

Zwischensumme Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	0,0	a)	0,0
---	-----	----	-----

Ausgaben für Investitionen

891 01	W	012	Zuschuss für Investitionen	0,0	a)	0,0
				875,0	b)	
				2.200,0	c)	

Zwischensumme Ausgaben für Investitionen	0,0	a)	0,0
---	-----	----	-----

Gesamtausgaben	0,0	a)	0,0
-----------------------	-----	----	-----

Abschluss Kapitel 0308

Gesamtausgaben	0,0	a)	0,0
-----------------------	-----	----	-----

Kapitel 0308 Überschuss	0,0	a)	0,0
--------------------------------	-----	----	-----

Wirtschaftsplan des Betriebs nach § 26 Abs. 1 LHO:

Anlage 1 zu Kapitel 0308
Informationszentrum Landesverwaltung Baden-Württemberg

A. Erfolgsplan		Betrag für 2015 (Planung) Tsd. EUR	Ist-Ergebnis 2015 Tsd. EUR
I. Erträge			
1.	Umsatzerlöse	23.250,0	18.488,5
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,0	7.128,0
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	0,0
4.	Sonstige betriebliche Erträge	15,5	11,2
5.	Erträge aus Beteiligungen, Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, Zins- und ähnliche Erträge	0,0	0,0
6.	außerordentliche Erträge	0,0	0,0
	<u>Summe der Erträge</u>	23.265,5	25.627,7
II. Aufwendungen			
1.	Materialaufwand		
1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	4.495,0	8.570,9
1.2	Aufwendungen für bezogene Leistungen	18.159,8	15.814,7
2.	Personalaufwand		
2.1	Löhne und Gehälter	7.623,1	7.111,3
2.2	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.661,2	2.025,5
3.	Abschreibungen	925,0	832,9
4.	Sonstige betriebliche Aufwendungen		
4.1	Instandhaltung und Instandsetzung	50,5	37,2
4.2	Übrige	439,5	374,7
5.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens, Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0	0,0
6.	Außerordentliche Aufwendungen	0,0	0,0
7.	Steueraufwand	0,0	0,0
	<u>Summe der Aufwendungen</u>	34.354,1	34.767,2
III. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-) vor Zu- und Abführungen Land - Ergebnisübernahme		-11.088,6	-9.139,5
IV. Zuführungen/Ablieferungen Land - Ergebnisübernahme			
1.	Zuführungen für den laufenden Betrieb	10.358,6	10.282,6
2.	Ablieferungen an das Land	0,0	0,0
V. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-) nach Ergebnisübernahme Land		-730,0	1.143,1

Wirtschaftsplan des Betriebs nach § 26 Abs. 1 LHO:

Anlage 1 zu Kapitel 0308
Informationszentrum Landesverwaltung Baden-Württemberg

B. Finanzplan		Betrag für 2015 (Planung) Tsd. EUR	Ist-Ergebnis 2015 Tsd. EUR
I. Mittelbedarf			
1.	Jahresfehlbetrag des Erfolgsplans vor Ergebnisübernahme Land	11.088,6	9.139,5
2.	Zugänge des Anlagevermögens einschl. Anzahlungen/Anlagen im Bau und immaterielle Anlagegüter	0,0	1.629,0
2.1	Grundstücke und Bauten	0,0	0,0
2.2	Technische Anlagen und Maschinen	1.600,0	0,0
2.3	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	150,0	0,0
3.	Bildung von Rücklagen	195,0	0,0
4.	Erfolgswirksame Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse Dritter	0,0	0,0
5.	Entnahmen/Ablieferung an das Land	0,0	0,0
	a) davon erfolgswirksam - Ablieferung (Ergebnisübernahme)	0,0	0,0
	b) davon erfolgsneutral - Kapitalrückzahlungen	0,0	0,0
	Summe I	13.033,6	10.768,5
II. Deckungsmittel			
1.	Jahresüberschuss des Erfolgsplans vor Ergebnisübernahme Land	0,0	0,0
2.	Verminderung des Anlagevermögens		
2.1	Abgänge	0,0	0,0
2.2	Abschreibungen	925,0	832,9
3.	Verwendung/Auflösung von Rücklagen	0,0	0,0
4.	Zugänge Sonderposten Investitionszuschüsse Dritter	0,0	0,0
5.	Zuführung des Landes (Kap. 0308 Tit. 682 01) (Kap. 0308 Tit. 891 01)	10.358,6 1.750,0	10.282,6 875,0
	a) davon erfolgswirksam - Zuführungen für den laufenden Betrieb (Ergebnisübernahme)	10.358,6	10.282,6
	davon erfolgsneutral: b) Kapitalzuführungen	0,0	0,0
	c) Zuführungen zur Vermehrung des Anlagevermögens (Pos. I.2.)	1.750,0	875,0
	d) Zuführungen für Rücklagen (Pos. I.3. - II.3)	0,0	0,0
	Summe II	13.033,6	11.990,5

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0309 Zentrale Informationstechnik Landesverwaltung

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Vorbemerkung:

In diesem Plankapitel sind die Einnahmen und Ausgaben des Landes für die zentrale Informationstechnik der Landesverwaltung (einschließlich Beauftragter der Landesregierung Baden-Württemberg für Informationstechnologie und Landesbetrieb IT Baden-Württemberg - BITBW) veranschlagt.

Der Beauftragte der Landesregierung Baden-Württemberg für Informationstechnologie, auch als Chief Information Officer (CIO) bezeichnet, ist direkt dem Innenminister zugeordnet. Die Personalstellen des CIO und seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind im Kapitel 0301 veranschlagt. Der CIO hat insbesondere folgende Aufgaben:

- Er vertritt die IT des Landes nach außen und im IT-Planungsrat.
- Er stimmt sich mit dem Bund, den Ländern, der EU und den Kommunen und Interessenvertretungen im Land zu Fragen der IT ab.
- Er verantwortet den Auf- und Ausbau der IT-Infrastruktur und konsolidiert die IT der Landesverwaltung.
- Er übt die Aufsicht über den Landesbetrieb IT-Baden-Württemberg aus.
- Er führt neue IT-Technologien und IT-Verfahren ein.

Einnahmen

Titelgruppen

69		Einnahmen aus Informationstechnik				
281 69	011	Sonstige Erstattungen aus dem Inland	0,0	a)		0,0
			306,8	b)		
			0,0	c)		

Erläuterung: Vereinnahmt werden ggf. Erstattungen von Ausgaben zur Informationstechnik (Hardware, Software), die zentral und übergreifend geleistet wurden. Leertitel, da Grund und Höhe solcher Einnahmen nicht vorherzusehen sind. Vgl. Vermerk bei Tit. Gr. 69 - Ausgaben.

381 69	N 011	Einnahmen für besondere Zwecke aus anderen Kapiteln des Staatshaushaltsplans	0,0	a)		0,0
			0,0	b)		
			0,0	c)		
		Summe Titelgruppe 69	0,0	a)		0,0
		Gesamteinnahmen	0,0	a)		0,0

Ausgaben

Die Titel des Kapitels sind gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabeermächtigung bei diesen Titeln erhöht sich um die Einnahmen bei Tit. 281 69 und Tit. 381 69.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0309 Zentrale Informationstechnik Landesverwaltung

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

**Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Investitionen)**

Die Mittel der Tit. 682 01 und 891 01 sind übertragbar und gegenseitig deckungsfähig.

Die Bildung und Verwendung von Rücklagen bedürfen der Einwilligung des Ministeriums für Finanzen.

Die Kosten der Unterbringung einschließlich der Gebäudebewirtschaftungs- und Energiekosten sowie Bauunterhaltung werden aus den Kap. 1208 und 1209 getragen.

682 01	012	Zuführung an den Landesbetrieb IT Baden-Württemberg für laufende Zwecke	20.970,8 11.223,1 0,0	a) b) c)	23.995,3
--------	-----	---	-----------------------------	----------------	----------

Abweichungen von der Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte) sind innerhalb der Gesamtstellenanzahl und, wenn die Aufgabe wirtschaftlicher durch eigenes Personal erledigt werden kann, auch darüber hinaus im Rahmen der Aufwendungen des Wirtschaftsplans zulässig (§ 26 Abs. 1 LHO). Sie bedürfen der Einwilligung des Ministeriums für Finanzen. Die Wirtschaftlichkeit ist im Einzelfall auf Grundlage einer Vollkostenrechnung nachzuweisen. Die Verfahrensregeln des Innenministeriums und das geltende Tarifrecht sind zu beachten.

Erläuterung: Veranschlagt ist die Zuführung an den Landesbetrieb BITBW zur Deckung der Kosten der Aufgaben nach § 2 Abs. 1 BITBWG. Diese Aufgaben erfüllt die BITBW ressortübergreifend für die gesamte Landesverwaltung. Die BITBW erbringt sie in eigener Zuständigkeit; ihr obliegen Ausführung und Gestaltung. Die Kosten sind im Erfolgsplan des Wirtschaftsplans zu A.IV/1. erläutert (Anlage 1). Im Planansatz 2017 sind Mittel enthalten, die im Zuge der IT-Neuordnung gem. Nr. 14.3 VwV BITBW in die IT-Titel der Kunden rückübertragen werden sollen.

Übertragen von Kap. 0610 Tit. 682 01 57,1 Tsd. EUR.
Übertragen von Kap. 0401 Tit. 534 69 65,9 Tsd. EUR.
Übertragen von Kap. 0615 Tit. 682 01 653,6 Tsd. EUR.

Der Wirtschaftsplan des Landesbetriebs BITBW ist als Anlage 1 aufgeführt.

Unentgeltliche Leistungen für den Landesbetrieb BITBW	Fläche in m ² bzw. anderer Größenordnung der Leistung	Ist-Ergebnis 2014 Tsd. EUR	Betrag für 2016 (Planung) Tsd. EUR	Betrag für 2017 (Planung) Tsd. EUR
I. Nutzung unentgeltlich überlassener Liegenschaften des Landes (Mietwert, Bewirtschaftung, Bauunterhalt)				
1. Stuttgart Kraileshaldenstr. 44	5.230	2.929,1	2.101,3	2.101,3
2. Stuttgart Heilbronner Str. 300 - 302	6.789	1.661,7	1.351,2	1.351,2
Zusammen	12.019	4.590,8	3.452,5	3.452,5
II. Weitere Leistungsblöcke	- keine -			
III. Unentgeltliche Leistungen insgesamt	12.019	4.590,8	3.452,5	3.452,5

**Zwischensumme Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Investitionen)**

20.970,8 a)

23.995,3

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0309 Zentrale Informationstechnik Landesverwaltung

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Ausgaben für Investitionen

891 01	012	Zuführung an den Landesbetrieb IT Baden-Württemberg für Investitionen	3.500,0 1.622,0 0,0	a) b) c)	4.600,0
--------	-----	---	---------------------------	----------------	---------

Nicht im Wirtschaftsplan veranschlagte Investitionen für Aufgaben nach § 2 Abs. 1 BITBWG dürfen im Rahmen des Gesamtzuschusses - bei Beträgen von über 100.000 EUR im Einzelfall nur mit Einwilligung des Ministeriums für Finanzen - getätigt werden.

Erläuterung: Veranschlagt ist die Zuführung an den Landesbetrieb BITBW zur Finanzierung der Investitionen in Aufgaben nach § 2 Abs. 1 BITBWG. Die Investitionen sind im Finanzplan des Wirtschaftsplans zu B.I/2. erläutert (Anlage 1).

Zwischensumme Ausgaben für Investitionen			3.500,0	a)	4.600,0
---	--	--	---------	----	---------

Titelgruppen

69		Aufwand für Informationstechnik			
----	--	---------------------------------	--	--	--

Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um die Einnahmen bei Tit. Gr. 69.

Erläuterung: Bei Tit. Gr. 69 sind die Sachmittel der IT-Koordination veranschlagt.

Die Haushaltsmittel werden überwiegend eingesetzt zur Klärung von Grundsatzfragen mit ressortübergreifender Bedeutung, zur Finanzierung ressortübergreifender IT-Vorhaben sowie von Landesanteilen an bundesweiten IT-Vorhaben im Rahmen des IT-Planungsrats und zur Fortentwicklung von Grund- und Online-Verfahren entsprechend den Vorgaben der Verwaltungsvorschrift der Landesregierung über die Organisation des Einsatzes von Informationstechnik in der Landesverwaltung Baden-Württemberg (VwV IT-Organisation).

Für die länderübergreifend zu finanzierenden IT-Planungsrats-Verfahren ist dabei eine hälftige Ressortumlage vereinbart (Einnahmen bei Tit. 281 69).

427 69	011	Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
--------	-----	---------------------------------	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind auch die Kosten für die Beschäftigung von Hochschulpraktikantinnen und Hochschulpraktikanten sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmern an dualen Studiengängen u. dgl.

511 69A	011	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	0,0 0,8 0,0	a) b) c)	8,0
---------	-----	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Beschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie deren Unterhaltung und Instandsetzung.

Übertragen von Kap. 0302 Tit. 511 69A 8,0 Tsd. EUR.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0309 Zentrale Informationstechnik Landesverwaltung

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
511 69B	011	Fernmeldegebühren u. dgl.		0,0 0,1 0,0	a) b) c)	1,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die laufenden Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen sowie die Kosten für sonstige Kommunikationsdienste.</p> <p>Übertragen von Kap. 0302 Tit. 511 69B 1,0 Tsd. EUR.</p>						
514 69	011	Verbrauchsmittel		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Backup-Medien, Kartuschen/Patronen für Drucker, Folien u. dgl.</p>						
518 69	011	Maschinen- und Gerätemieten		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Mietkosten für IT-Geräte.</p>						
525 69	011	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	1,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die berufliche Weiterqualifizierung im informationstechnischen Bereich einschließlich Reisekosten.</p> <p>Übertragen von Kap. 0302 Tit. 525 69 1,0 Tsd. EUR.</p>						
526 69	011	Kosten für Sachverständige, Gutachten u. dgl.		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für ressortübergreifende IT-Vorhaben.</p>						
527 69	011	Dienstreisen		0,0 2,8 0,0	a) b) c)	7,0
<p>Ersätze fließen den Mitteln zu.</p> <p>Erläuterung: Veranschlagt sind auch Wegstreckenentschädigungen für privateigene Kraftfahrzeuge.</p> <p>Übertragen von Kap. 0302 Tit. 527 69 7,0 Tsd. EUR.</p>						

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0309 Zentrale Informationstechnik Landesverwaltung

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

534 69	011	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		1.000,0 467,1 0,0	a) b) c)	2.980,8
--------	-----	----------------------------------	--	-------------------------	----------------	---------

	2017 Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigung	39.000,0
Davon zur Zahlung fällig im	
Haushaltsjahr 2018bis zu	16.291,0
Haushaltsjahr 2019bis zu	9.314,0
Haushaltsjahr 2020bis zu	10.410,0
Haushaltsjahr 2021bis zu	2.985,0

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für den Erwerb und die Entwicklung von DV-Programmen, auch für ressortübergreifende Vorhaben.

Der Landesanteil aller aus länderübergreifenden Vereinbarungen zu finanzierenden Aufwendungen und Vorhaben ist bei Tit. 632 69 etatisiert.

Übertragen von Kap. 0302 Tit. 534 69 313,7 Tsd. EUR.

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und ihre Abdeckung (Beträge in Tsd. EUR)

Bewilligung im Haushaltsplan	Betrag	davon abzudecken aus Haushaltsmitteln			
		2018	2019	2020	2021
2017 für E-Akte	32.000,0	12.291,0	7.314,0	9.410,0	2.985,0
2017 für IT-Sicherheit	7.000,0	4.000,0	2.000,0	1.000,0	0,0
Zus.	39.000,0	16.291,0	9.314,0	10.410,0	2.985,0

546 69	011	Sonstiger Sachaufwand		0,0 6,5 0,0	a) b) c)	1,0
--------	-----	-----------------------	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Geschäftsbedarf, Bücher und sonstige Druckerzeugnisse, Druckkosten für Veröffentlichungen im Rahmen der IT-Koordination.

Übertragen von Kap. 0302 Tit. 546 69 1,0 Tsd. EUR.

632 69	011	Anteil des Landes an den länderübergreifenden Aufwänden für im IT-Planungsrat oder in Verwaltungsvereinbarungen beschlossenen Vorhaben		783,1 579,6 0,0	a) b) c)	662,0
--------	-----	--	--	-----------------------	----------------	-------

	2017 Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigung	3.120,5
Davon zur Zahlung fällig im	
Haushaltsjahr 2018bis zu	624,1
Haushaltsjahr 2019bis zu	624,1
Haushaltsjahr 2020bis zu	624,1
Haushaltsjahr 2021bis zu	624,1
Haushaltsjahr 2022bis zu	624,1

Erläuterung: Veranschlagt sind die anteiligen Kosten des Landes für die im IT-Planungsrat (der IT-Planungsrat wurde im IT-Staatsvertrag zum April 2010 eingerichtet) oder aufgrund von länderübergreifenden Verwaltungsvereinbarungen beschlossenen Finanzierungsvereinbarungen zu Geschäftsstellen, Aktionsplänen, Vorhaben u. dgl.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0309 Zentrale Informationstechnik Landesverwaltung

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

812 69A	011	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
---------	-----	--	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Zu leisten sind ggf. die Kosten der Beschaffung von IT-Geräten und Maschinen sowie Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für ressortübergreifende Vorhaben, insbesondere die technische Ausstattung des Referats IT-Koordination für Tests von Hard- und Software auf ihre Eignung zum Einsatz in der Landesverwaltung und für Entwicklungskooperationen entsprechend dem jeweiligen Jahresbedarf.

Summe Titelgruppe 69	1.783,1	a)	3.660,8
-----------------------------	---------	----	---------

Gesamtausgaben	26.253,9	a)	32.256,1
-----------------------	----------	----	----------

Abschluss Kapitel 0309

Gesamteinnahmen	0,0	a)	0,0
------------------------	-----	----	-----

Sächliche Verwaltungsausgaben	1.000,0	a)	2.998,8
--------------------------------------	---------	----	---------

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	21.753,9	a)	24.657,3
---	----------	----	----------

Ausgaben für Investitionen	3.500,0	a)	4.600,0
-----------------------------------	---------	----	---------

Gesamtausgaben	26.253,9	a)	32.256,1
-----------------------	----------	----	----------

Kapitel 0309 Zuschuss	26.253,9	a)	32.256,1
------------------------------	----------	----	----------

Wirtschaftsplan

des

Landesbetriebs Landesbetrieb IT Baden-Württemberg

gemäß § 26 LHO

Vorbemerkung

Der Landesbetrieb IT Baden-Württemberg (BITBW) wurde zum 01.07.2015 als Landesoberbehörde neu gegründet. Die BITBW wird als Landesbetrieb gem. § 26 LHO geführt. Der Sitz des Landesbetriebs ist Stuttgart. Die BITBW ist IT-Dienstleister für die gesamte Landesverwaltung und untersteht der Dienstaufsicht und Fachaufsicht des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration.

Die BITBW ist faktischer Rechtsnachfolger des Informatikzentrums Landesverwaltung Baden-Württemberg (IZLBW), das im Kapitel 0308 geführt wurde. Die BITBW hat alle Aufgaben und Dienstleistungen des IZLBW übernommen, sowie dessen Vermögen, Forderungen und Verbindlichkeiten.

Die rechtlichen Grundlagen des Landesbetriebs BITBW sind im Gesetz zur Errichtung der Landesoberbehörde IT Baden-Württemberg (Errichtungsgesetz BITBW- BITBWG), in der ergänzenden Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums über die Organisation und den Betrieb (VwV BITBW) und in den Allgemeinen Auftragsbedingungen (AAB-BITBW) geregelt.

Der BITBW sind in § 2 Absatz 1 BITBWG folgende Aufgaben zugewiesen, die ressortübergreifend für die gesamte Landesverwaltung erforderlich sind, die sie in eigener Zuständigkeit wahrnimmt und deren Ausführung und Gestaltung ihr obliegen:

1. Bereitstellung, Betrieb und Ausbau der zentralen informationstechnischen Infrastruktur für die Landesverwaltung,
2. Sicherstellung der Informationssicherheit in der Landesverwaltung,
3. Beschaffung von nicht fachspezifischen Geräten, Programmen und Lizenzen der Informationstechnik für die Landesverwaltung.

Die Aufgaben werden in Nr. 4 VwV BITBW konkretisiert. Sie werden gegenüber den Nutzern nicht abgerechnet. Zur Wahrnehmung dieser Aufgaben erhält die BITBW statt dessen gem. § 2 Absatz 5 BITBWG eine Zuführung für laufende Zwecke (Titel 682 01) und eine Zuführung für Investitionen (Titel 891 01).

Neben den oben genannten Aufgaben erbringt die BITBW IT-Dienstleistungen für die gesamte unmittelbare Landesverwaltung, die kundenspezifisch abgerechnet werden. Dabei handelt es sich sowohl um fachübergreifende IT-Leistungen, die von den Kunden in unterschiedlicher Menge, Qualität und in unterschiedlichen Leistungsklassen benötigt werden, als auch um fachspezifische IT-Leistungen. Diese Leistungen werden direkt zwischen dem Landesbetrieb und dem Kunden vereinbart und abgerechnet (Auftraggeber-Auftragnehmer-Beziehung) und vom Kunden aus dessen Plankapiteln bezahlt. Für diese IT-Dienstleistungen ist im Errichtungsgesetz BITBW eine Nutzungspflicht festgeschrieben.

Hierbei handelt es sich zum Beispiel um

1. Bereitstellung von Hard- und Software für den Standardarbeitsplatz der Bürokommunikation inkl. Mobil- und Festnetztelefonie sowie der erforderlichen Server für die Bürokommunikation und die mobilen Dienste,
2. Nutzung von Unified Communication und Videokonferenztechnik,
3. Bereitstellung von Zugängen und Betrieb des Landesverwaltungsnetzes,
4. Rechenzentrumsbetrieb für die Landesverwaltung,
5. Betrieb der Plattformen für IT-Fachverfahren und Portale im Internet und Intranet,
6. Bereitstellung und Betrieb der Infrastruktur für die IT-Grundverfahren gemäß der Definition in der VwV eGovernment-Standards,
7. Betrieb von Fachverfahren und Datenbanken,
8. Ausschreibung und Beschaffung von IT-Dienstleistungen, Hard- und Software außerhalb des Warenkorbs der IT-Standardgeräte.

Anlage 1 zu Kap. 0309
Zentrale Informationstechnik Landesverwaltung Landesbetrieb IT Baden-Württemberg

A. Erfolgsplan		Betrag für 2015 Ist-Ergebnis	Betrag für 2016 Soll	Betrag für 2017 Planung
Tsd. EUR				
I. Erträge				
1.	Umsatzerlöse	55.588,4	47.200,0	97.020,0
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,0	0,0	0,0
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	0,0	0,0
4.	Sonstige betriebliche Erträge	23,4	31,0	31,0
5.	Erträge aus Beteiligungen, Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, Zins- und ähnliche Erträge	0,0	0,0	0,0
6.	außerordentliche Erträge	0,0	0,0	0,0
	Die Nr. 2-4 können auch unter der Bezeichnung "übrige Erträge" zusammengefasst werden.	55.611,8	47.231,0	97.051,0
	<u>Summe der Erträge</u>			
II. Aufwendungen				
1.	Materialaufwand	43.622,0	45.956,6	65.680,0
1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	11.271,0	9.010,0	12.280,0
1.2	Aufwendungen für Bezogene Leistungen	32.351,0	36.946,6	53.400,0
2.	Personalaufwand	18.153,1	20.865,1	29.401,3
2.1	Löhne und Gehälter	14.056,3	15.402,9	20.900,0
2.2	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	4.096,8	5.462,2	8.501,3
3.	Abschreibungen	2.518,7	2.480,0	6.560,0
4.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	932,0	990,0	1.610,0
4.1	Instandhaltung und Instandsetzung	77,4	101,0	110,0
4.2	Übrige	854,6	889,0	1.500,0
5.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens, Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0
6.	Außerordentliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0
7.	Steueraufwand	0,1	0,1	0,0
	<u>Summe der Aufwendungen</u>	65.225,9	70.291,8	103.251,3
III.	Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-) vor Zu- und Abführungen Land - Ergebnisübernahme	-9.614,1	-23.060,8	-6.200,3
IV.	Zuführungen/Ablieferungen Land - Ergebnisübernahme	11.900,5	20.970,8	7.706,3
1.	Zuführungen für den laufenden Betrieb	11.900,5	20.970,8	7.706,3
2.	Ablieferungen an das Land	0,0	0,0	0,0
V.	Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-) nach Ergebnisübernahme Land	2.286,4	-2.090,0	1.506,0

Die Berechnung der Summen erfolgt auf Basis der EUR-Werte. Durch die Rundung der Einzelwerte im Druck auf Tsd. EUR mit einer Nachkommastelle können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

Das Ist-Ergebnis 2015 des Erfolgsplans betrifft sowohl den Landesbetrieb Informatikzentrum Landesverwaltung Baden-Württemberg (IZLBW) in Kapitel 0308 für den Zeitraum 01.01. bis 30.06.2015 als auch die BITBW für den Zeitraum 01.07. bis 31.12.2015. Die Aufteilung des Ist-Ergebnisses ergibt sich aus der Schlussbilanz des IZLBW zum 30.06.2015 und aus dem Jahresabschluss der BITBW zum 31.12.2015.

Anlage 1 zu Kap. 0309
Zentrale Informationstechnik Landesverwaltung Landesbetrieb IT Baden-Württemberg

B. Finanzplan		Betrag für 2015 Ist-Ergebnis	Betrag für 2016 Soll	Betrag für 2017 Planung
Tsd. EUR				
I. Mittelbedarf				
1.	Jahresfehlbetrag des Erfolgsplans vor Ergebnisübernahme Land	9.614,1	23.060,8	6.200,3
2.	Zugänge des Anlagevermögens einschl. Anzahlungen/Anlagen im Bau und immaterielle Anlagegüter	6.696,8	3.500,0	16.000,0
2.1	Grundstücke und Bauten	0,0	0,0	0,0
2.2	Technische Anlagen und Maschinen	3.733,0	3.280,0	10.000,0
2.3	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	916,4	220,0	1.000,0
2.4	Sonstige Anlagen	2.047,5	0,0	5.000,0
3.	Bildung von Rücklagen	501,0	390,0	506,0
4.	Erfolgswirksame Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse Dritter	0,0	0,0	0,0
5.	Entnahmen/Ablieferung an das Land	0,0	0,0	0,0
	<u>davon erfolgswirksam:</u>			
	a) Ablieferung (Ergebnisübernahme)	0,0	0,0	0,0
	<u>davon erfolgsneutral:</u>			
	b) Kapitalrückzahlungen	0,0	0,0	0,0
	Summe I	16.811,9	26.950,8	22.706,3
II. Deckungsmittel				
1.	Jahresüberschuss des Erfolgsplans vor Ergebnisübernahme Land	0,0	0,0	0,0
2.	Verminderung des Anlagevermögens	2.518,9	2.480,0	6.560,0
2.1	Abgänge	0,2	0,0	0,0
2.2	Abschreibungen	2.518,7	2.480,0	6.560,0
3.	Verwendung/Auflösung von Rücklagen	0,0	0,0	0,0
4.	Zugänge Sonderposten Investitionszuschüsse Dritter	0,0	0,0	0,0
5.	Zuführung des Landes			
	(Kap. 0309 Tit. 682 01)	11.900,5	20.970,8	7.706,3
	(Kap. 0309 Tit. 891 01)	1.469,1	3.500,0	4.600,0
	(Finanzierungsbeteiligungen der Kunden an Erstinvestitionen)	1.772,8	0,0	3.840,0
	<u>davon erfolgswirksam:</u>			
	a) Zuführungen für den laufenden Betrieb (Ergebnisübernahme)	11.900,5	20.970,8	7.706,3
	<u>davon erfolgsneutral:</u>			
	b) Kapitalzuführungen	0,0	0,0	0,0
	c) Zuführungen zur Vermehrung des Anlagevermögens	3.241,8	3.500,0	8.440,0
	d) Zuführungen für Rücklagen	0,0	0,0	0,0
	Summe II	17.661,3	26.950,8	22.706,3

Die Berechnung der Summen erfolgt auf Basis der EUR-Werte. Durch die Rundung der Einzelwerte im Druck auf Tsd. EUR mit einer Nachkommastelle können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

Anlage 1 zu Kap. 0309

Zentrale Informationstechnik Landesverwaltung Landesbetrieb IT Baden-Württemberg

Das Ist-Ergebnis 2015 des Finanzplans betrifft sowohl den Landesbetrieb Informatikzentrum Landesverwaltung Baden-Württemberg (IZLBW) in Kapitel 0308 für den Zeitraum 01.01. bis 30.06.2015 als auch die BITBW für den Zeitraum 01.07. bis 31.12.2015. Die Aufteilung des Ist-Ergebnisses ergibt sich aus der Schlussbilanz des IZLBW zum 30.06.2015 und aus dem Jahresabschluss der BITBW zum 31.12.2015.

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan:

<u>Gesamtbestand Personal</u>		Stellen/VZÄ 2016 Soll	Stellen/VZÄ 2017 Planung
a)	Planmäßige Beamtinnen und Beamte in Stellen	97,5	168,0
	*kw	*1,0	*4,0
b)	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte) in Stellen	192,0	234,0
	*kw	*0,0	*0,0
	Summe a) und b):	289,5	402,0
	*kw:	*1,0	*4,0
c)	Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (in Stellen), Auszubildende, Praktikanten u.ä. (in VZÄ)	0,0	0,0
	*kw	*0,0	*0,0
d)	Auszubildende, Praxissemester-/DHBW-studenten/-innen	6,0	12,0
e)	Praktikanten/-innen, Volontäre, u.ä.	0,0	0,0
	Summe c) bis e):	6,0	12,0
	*kw:	*0,0	*0,0
f)	Nicht nach Stellen bewirtschaftetes Personal	0,0	0,0
g)	Befristet Beschäftigte (nur Museen)	0,0	0,0
	Gesamtsumme a) bis g)	295,5	414,0
	*kw:	*1,0	*4,0

Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte) einschl. kw-/ku-Vermerken	Stellen 2016 Soll	Veränderungen 2017 Planung	Stellen 2017 Planung
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insgesamt			
Außertariflich Beschäftigte	0,0		0,0
Summe	0,0		0,0
Summe *kw	0,0		0,0
Tariflich Beschäftigte	0,0		0,0
1. E15	0,0	+1,0 übertragen von Kapitel 0603 Titel 682 01 in Umsetzung der IT-Neuordnung in der Landesverwaltung	1,0
2. E14 17/15 ku nach Entg.Gr. 13 mit Ausscheiden der Stelleninhaber	21,0	-2,0 Wegfall in Vollzug des persönlichen ku-Vermerks aufgrund Anpassung an die Entgeltordnung vom 01.01.2012	19,0
3. E13	6,0	+2,0 neu in Vollzug des persönlichen ku-Vermerks bei E14 aufgrund Anpassung an die Entgeltordnung vom 01.01.2012	8,0
4. E12	8,0		8,0

Anlage 1 zu Kap. 0309
Zentrale Informationstechnik Landesverwaltung Landesbetrieb IT Baden-Württemberg

5. E11	130,5	+4,5 Flexibilisierungsstellen aus 2015 +6,0 übertragen von Kapitel 0603 Titel 682 01 in Umsetzung der IT-Neuordnung in der Landesverwaltung +9,0 Stellenbedarf durch Insourcing Bürokommunikation Justiz und MWK von T-Systems +4,0 Stellenbedarf durch Einführung des neuen Verfahrens eAkte Justiz +3,0 Stellenbedarf für Neukonzeption und Erweiterung einer Geo-IT Infrastruktur (Geo-IT neu) +2,0 Stellenbedarf durch Einführung des neuen Verfahrens ServiceBW	159,0
6. E10	13,5	+1,0 übertragen von Kapitel 0610 Titel 682 01 in Umsetzung der IT-Neuordnung in der Landesverwaltung	14,5
7. E9	3,0	+1,0 übertragen von Kapitel 0610 Titel 682 01 in Umsetzung der IT-Neuordnung in der Landesverwaltung	4,0
8. E8	2,5	+1,0 übertragen von Kapitel 0610 Titel 682 01 in Umsetzung der IT-Neuordnung in der Landesverwaltung +1,0 übertragen von Kapitel 0603 Titel 682 01 in Umsetzung der IT-Neuordnung in der Landesverwaltung +8,0 übertragen von Kapitel 0615 Titel 682 01 in Umsetzung der IT-Neuordnung in der Landesverwaltung	12,5
9. E6	4,5	+0,5 übertragen von Kapitel 0610 Titel 682 01 in Umsetzung der IT-Neuordnung in der Landesverwaltung	5,0
10. E5	2,0		2,0
11. E2-5	1,0		1,0
Summe	192,0		234,0
Summe *kw	0,0		0,0
Summe	192,0		234,0
Summe *kw	0,0		0,0

Bestand an Dienstfahrzeugen und selbstfahrenden Arbeitsmaschinen:	Anzahl für 2015 Ist-Ergebnis	Anzahl für 2016 Soll	Anzahl für 2017 Planung
Krafträder, Mopeds	1	1	1
Zum Dienstreiseverkehr zugelassene private PKW	0	0	1

Unter Krafträder, Mopeds ist ein Elektrofahrrad (Pedelec) ausgewiesen.

Erläuterungen zum Erfolgsplan:

Zu A I/1: Veranschlagt sind insbesondere die Erstattungen der Dienststellen der unmittelbaren Landesverwaltung für die von der BITBW im Kundenauftrag erbrachten IT-Dienstleistungen. Diese Leistungen werden kundenspezifisch abgerechnet. Hierbei handelt es sich um Erlöse nach dem IT-Servicekatalog, z. B. für Services für den IT-Arbeitsplatz, Server Systeme, Server- und Anwendungsservices, Netzwerk Services, Communication & Collaboration und Business Services sowie um Erlöse für individuelle Dienstleistungen, z. B. für Fachverfahren, für Kundenprojekte und für Leistungen, die noch nicht auf den Servicekatalog umgestellt werden konnten.

Die Umsatzerlöse und korrespondierend hierzu die Aufwendungen können im Vollzug des Erfolgsplans schwanken, abhängig von

1. der Höhe der durchlaufenden Posten, die im Kundenauftrag beschafft und weiterberechnet werden
2. neuen Kundenaufträgen, die im Zuge der IT-Neuordnung von der BITBW erbracht werden.

Die Höhe des Jahresfehlbetrags bleibt dadurch unverändert.

Anlage 1 zu Kap. 0309
Zentrale Informationstechnik Landesverwaltung Landesbetrieb IT Baden-Württemberg

- Zu A I/4:** Hierunter fallen z.B. Kostenerstattungen der Beschäftigten, Erträge aus Anlagenabgang und periodenfremde Erträge.
- Zu A II/1:** Veranschlagt sind Sachaufwendungen, die direkt der Leistungserbringung der BITBW zuzurechnen sind. Hierzu zählen z. B. LVN-Leitungskosten, Miete und Leasing für IT-Ausstattung, externe Dienstleistungen, Wartung IT, Pflege Software, Instandhaltung und Instandsetzung von IT-Gebäudeteilen und IT-Anlagen sowie durchlaufende Posten, die im Kundenauftrag beschafft und weiterberechnet werden.
- Zu A II/2:** Personalaufwand (Bezüge, Gehälter und Sozialaufwand) für 295,5/414,0 Bedienstete (Beamtinnen und Beamte, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Auszubildende - Studenten der Dualen Hochschule Baden-Württemberg). Weitere Aushilfskräfte nach Bedarf.
- Zu AII/3:** Planmäßige Abschreibungen auf das Anlagevermögen. Diese steigen durch den hohen Bedarf an Erstinvestitionen im Zuge der IT-Neuordnung stark an.
- Zu A II.4.1:** Instandhaltung und Instandsetzung von Anlagen, die in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der IT-Dienstleistung der BITBW stehen, z. B. das Zeiterfassungssystem.
- Zu A II/4.2:** Veranschlagt sind z. B. Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung, Miete und Leasing von Geschäftsausstattung, Post- und Telekommunikationsaufwendungen und Verbrauchsmaterial EDV.
- Zu AII/7:** Veranschlagt ist die Kraftfahrzeugsteuer für die Dienstfahrzeuge.
- Zu A IV/1:** Die Zuführungen für den laufenden Betrieb entsprechen der Zuführung an die BITBW für laufende Zwecke (Kapitel 0309 Titel 682 01). Sie dient der Finanzierung der bei der BITBW für die Wahrnehmung der zuführungsfinanzierten Aufgaben anfallenden Kosten. Diese Kosten setzen sich wie folgt zusammen:

Kostenart	Betrag 2017 Tsd. EUR
Primärkosten (sächliche Verwaltungsausgaben)	4.134,7
Personalkosten	2.101,6
Abschreibungen	300,0
Vorleistungen (für die Aufgabenerfüllung benötigte IT-Services)	270,0
Gemeinkostenumlage	1.200,0
Umsatzerlöse (Kostenerstattungen)	-300,0
Summe	<u>7.706,3</u>

- Zu A V:** Die Zuführung für den laufenden Betrieb wird in voller Höhe für die Finanzierung der Aufgaben im Sinne des BITBW benötigt (vgl. A IV/1). Der Jahresüberschuss nach Ergebnisübernahme Land stammt aus Umsatzerlösen für IT-Dienstleistungen und wird für die Zuführung in die zweckgebundene Rücklage für die Modernisierung des Rechenzentrums benötigt (506,0 Tsd. EUR) und als Deckungsmittel im Finanzplan für die während der Umsetzung der IT-Neuordnung erforderlichen umfangreichen Erstinvestitionen in das IT-Anlagevermögen (1.000,0 Tsd. EUR).

Erläuterungen zum Finanzplan:

- Zu BI/2:** Bei den Zugängen des Anlagevermögens sind folgende Neu-, Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen veranschlagt:

Zweckbestimmung	Betrag 2017 Tsd. EUR
1 Investitionen für zuführungsfinanzierte Aufgaben nach § 2 Absatz 1 BITBW	
1.1 Bereitstellung, Betrieb und Ausbau der zentralen informationstechnischen Infrastruktur für die Landesverwaltung	4.450,0
1.2 Sicherstellung der Informationssicherheit in der Landesverwaltung	100,0
1.3 Beschaffung von nicht fachspezifischen Geräten, Programmen und Lizenzen der Informationstechnik für die Landesverwaltung	50,0
	<u>zus.: 4.600,0</u>
2 Investitionen für kundenfinanzierte Dienstleistungen nach § 2 Absatz 3 BITBW	
2.1 Services für den IT-Arbeitsplatz	279,0
2.2 Server Systeme	4.245,0
2.3 Server- und Anwendungsservices	4.505,0
2.4 Netzwerk Services	1.215,0
2.5 Communication & Collaboration	30,0
2.6 Business Services und weitere Dienstleistungen	881,4
	<u>zus.: 11.155,4</u>
3 Investitionen für Querschnittsleistungen	244,6
Zugänge des Anlagevermögens insgesamt	<u>16.000,0</u>

Anlage 1 zu Kap. 0309
Zentrale Informationstechnik Landesverwaltung Landesbetrieb IT Baden-Württemberg

Zu B I/2.2 „Technische Anlagen und Maschinen“ zählen z. B. Server, Speichersysteme, Rechenzentrums- und Netzwerktechnik.
 Zu B I/2.3 „Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung“ zählen z. B. PCs, Monitore, Notebooks, Beamer, Smartphones, Büroausstattung, Software mit einem Einzelpreis ab 150 bis einschließlich 410 EUR netto.
 Zu B I/2.4 „Sonstige Anlagen“ zählt erworbene Software mit einem Einzelpreis über 410 EUR netto.

Zu BI/3: Veranschlagt ist die Bildung einer zweckgebundenen Rücklage für die Modernisierung des Rechenzentrums (vgl. Rücklagenplan). Im Ist 2015 ist die Rücklagenzuführung für 2014 ausgewiesen, da diese erst im Folgejahr, nach Genehmigung des Jahresabschlusses 2014, im Rahmen der Buchung der Ergebnisverwendung umgesetzt werden kann.

Zu BII/2.1: Abgänge des Anlagevermögens in Höhe der Restbuchwerte.

Zu BII/2.2: Planmäßige Abschreibungen auf das Anlagevermögen (vgl. A II/3).

Zu B II/5: Als Deckungsmittel im Finanzplan sind folgende Zuführungen vorgesehen:

1. Zuführung für laufende Zwecke (Kap. 0309 Tit. 682 01) zur Finanzierung der bei der BITBW für die Wahrnehmung der ihr in § 2 Absatz 1 Errichtungsgesetz BITBW zugewiesenen Aufgaben anfallenden Kosten. Zur Zusammensetzung der Kosten vgl. A IV/1.
2. Zuführung für Investitionen (Kap. 0309 Tit. 891 01) zur Finanzierung der Erstinvestitionen für die der BITBW in § 2 Absatz 1 Errichtungsgesetz BITBW zugewiesenen Aufgaben in Höhe der Anlagenzugänge (450,0 Tsd. EUR) abzüglich der Abschreibungen (300,0 Tsd. EUR).
3. Finanzierungsbeteiligungen der Kunden an Erstinvestitionen. Dabei handelt es sich um einmalige Beteiligungen von Kunden an der Finanzierung erstmaliger Investitionen nach Nummer 9.2.4 Satz 3 VwV BITBW, die für die Erbringung individueller Dienstleistungen erforderlich sind. Ohne diese Finanzierungsbeteiligungen würden der BITBW die Deckungsmittel für diese Erstinvestitionen fehlen. Die BITBW plant 2017 mit Finanzierungsbeteiligungen der Kunden für den Kauf von Hard- und Software für die Projekte Geo-IT und eAkte Justiz.

Rücklagenplan:

Zweckbestimmung	Jahr 2015 - Ist		Jahr 2016 - Plan			Jahr 2017- Plan			
	Bestand 01.01.	Zuführung	Bestand 01.01.	Entnahme	Zuführung	Bestand 01.01.	Entnahme	Zuführung	Bestand 31.12.
	Tsd. EUR		Tsd. EUR			Tsd. EUR			
I. Kapitalrücklagen									
aus Einlagen des Landes oder anderer am Betrieb Beteiligter	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
II. Gewinnrücklagen									
1. haushaltsgesetzlich vorgegebene Rücklage (§ 266 Abs. 3 Position A III 1 HGB)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2. nach den Errichtungsregelungen vorgegebene Rücklage aus dem Jahresergebnis (§ 266 Abs. 3 Position A III 3 HGB)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3. andere Rücklagen aus dem Jahresergebnis (§ 266 Abs. 3 Position A III 4 HGB)									
3. Zweckgebundene Rücklage für die Modernisierung des Rechenzentrums	400,0	501,0	901,0	0,0	390,0	1.291,0	0,0	506,0	1.797,0
4. Zweckgebundene Rücklage für Erstinvestitionen in IT-Dienstleistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
5. Zweckgebundene Rücklage für zuführungsfinanzierte Aufgaben	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	400,0	501,0	901,0	0,0	390,0	1.291,0	0,0	506,0	1.797,0
Gewinnrücklagen zusammen	400,0	501,0	901,0	0,0	390,0	1.291,0	0,0	506,0	1.797,0
III. Rücklagen insgesamt (I. + II.)	400,0	501,0	901,0	0,0	390,0	1.291,0	0,0	506,0	1.797,0

Anlage 1 zu Kap. 0309

Zentrale Informationstechnik Landesverwaltung Landesbetrieb IT Baden-Württemberg

Bei den Rücklagen 2015 (Bestand 01.01. und Zuführung) handelt es sich um die Rücklagen des IZLBW. Diese sind gem. § 1 Absatz 4 BITBWG in voller Höhe an die BITBW übergegangen.

Über die Veränderung der Rücklagen (Entnahme oder Zuführung) als Teil der Verwendung des Bilanzergebnisses (Jahresergebnis und Ergebnisvorträge) entscheidet das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen (VV 14.2 zu § 74 LHO). Als Planwerte sind die Veränderungen vorgesehen, die dem Planjahr zuzurechnen sind, auch wenn deren Buchung erst zeitversetzt im Folgejahr, nach der Genehmigung des Jahresabschlusses und der Entscheidung über die Verwendung des Bilanzergebnisses, erfolgen kann.

Die zweckgebundene Rücklage für die Modernisierung des Rechenzentrums wird für künftige kostenintensive Baumaßnahmen im Rechenzentrum der BITBW angespart, um hieraus die Baukosten an den zuständigen Landesbetrieb Vermögen und Bau Baden-Württemberg bezahlen zu können.

Die zweckgebundene Rücklage für Erstinvestitionen in IT-Dienstleistungen wird in der Phase der IT-Neuordnung für die Finanzierung von umfangreichen Erstinvestitionen in das IT-Anlagevermögen der BITBW benötigt.

Die zweckgebundene Rücklage für zuführungsfinanzierte Aufgaben dient dazu, eventuell im Haushaltsjahr von der BITBW zu viel abgerufene Zuführungen für laufende Zwecke (Titel 682 01) oder für Investitionen (Titel 891 01) in die folgenden Haushaltsjahre übernehmen und dann dort zweckentsprechend verwenden zu können. Bei einem kaufmännisch wirtschaftenden Landesbetrieb stehen die tatsächlichen Kosten für die Erfüllung der Aufgaben und der tatsächliche Bedarf für eine Investitionszuführung erst mit der Erstellung des Jahresabschlusses, das heißt nach Ablauf des Haushaltsjahres, fest. Die Zuführung muss jedoch noch während des Haushaltsjahres auf Basis einer Schätzung abgerufen werden.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0310 Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	-------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Vorbemerkung:

- Feuerschutzsteueraufkommen

Das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer (Kap. 1201 Tit. 059 01) ist zweckgebunden zur Förderung des Feuerwehrwesens einzusetzen.

	<u>Tsd. EUR</u>
Das Feuerschutzsteueraufkommen wird geschätzt auf	62.000,0

Das Aufkommen wird wie folgt verwendet:

Zuschussbedarf Landesfeuerwehrschule	7.299,8
Förderung des Feuerwehrwesens und Gefahrstoffabwehr (Tit.Gr. 72)	52.770,2
Ölwehr Bodensee (Tit.Gr. 75)	<u>1.930,0</u>
	62.000,0

- Landesfeuerwehrschule in Bruchsal

(zentrale Aus- und Fortbildungsstätte für die Feuerwehren des Landes, mit einer aufgrund Verwaltungsvereinbarung der Länder vom 7. Juli 1992 eingerichteten Zentralprüfstelle für Funkgeräte). Die Schule verfügt über 210 Betten. Für ca. 6 500 Lehrgangsteilnehmer/-innen an Lehrgängen der Landesfeuerwehrschule Baden-Württemberg sowie dem Betrieb der Akademie für Gefahrenabwehr sind vorgesehen:

Ausgaben:

	<u>Tsd. EUR</u>
Personalausgaben	5.037,8
Sächliche Verwaltungsausgaben (incl. TB Tit.Gr. 69)	2.033,2
Investitionen (incl. TB Tit.Gr. 69)	731,0
Besondere Finanzierungsausgaben	<u>36,0</u>
Zwischensumme:	7.838,0
Einnahmen (Tit. 111 02 bis 231 02):	538,2
Zuschussbedarf	<u>7.299,8</u>

- Brandschutzforschung (Tit.Gr. 71)

Ausgaben i.H. der Einnahmen bei Tit. Gr. 71:	562,4
--	-------

- Landeshilfe nach schweren Naturereignissen und Unglücksfällen (Tit.Gr. 73)

Ausgaben:	0,0
-----------	-----

- Katastrophenschutz (Tit.Gr. 74)

Ausgaben:	4.183,5
-----------	---------

- Staatsbesuche und staatliche Großveranstaltungen (Tit.Gr. 76)

Ausgaben:	0,0
-----------	-----

- Förderung der gemeinnützigen Rettungsdienstorganisationen und des Rettungsdienstes (Tit.Gr. 77)

Ausgaben:	3.165,8
-----------	---------

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0310 Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 02	044	Gebühren	15,0 2,3 20,8	a) b) c)	15,0
--------	-----	----------	---------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Gebühren, die aufgrund des Landesgebührengesetzes für die Prüfung, Zulassung und Anerkennung von Funkgeräten für die Feuerwehr von der Zentralprüfstelle für Funkgeräte an der Landesfeuerwehrschule erhoben werden, sowie allgemeine Gebühren.

111 25	044	Schulgeld	70,0 116,5 112,1	a) b) c)	163,2
--------	-----	-----------	------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Unterrichtsgeld und Kostenersatz für die Ausbildung von erstattungspflichtigen Dritten. Angehörige von Gemeindefeuerwehren und von Werkfeuerwehren haben bei Teilnahme an Lehrgängen der Landesfeuerwehrschule Baden-Württemberg kein Unterrichtsgeld zu zahlen. Die Teilnahme an Lehrgängen der Akademie für Gefahrenabwehr ist kostenpflichtig.

Mehr wegen Aufnahme des Betriebs der Akademie für Gefahrenabwehr.

119 49	044	Vermischte Einnahmen	15,0 1,0 3,9	a) b) c)	25,0
--------	-----	----------------------	--------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind Erlöse aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen und sonstigen beweglichen Gegenständen.

Mehr wegen Verkauf von Gegenständen aufgrund des Umzugs.

124 01	044	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	15,0 8,2 20,3	a) b) c)	12,5
--------	-----	---	---------------------	----------------	------

Erläuterung: Aus der Vermietung von Räumlichkeiten und aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte usw.

Weniger wegen Wegfall der Nutzung der Atemschutzübungsstrecke.

125 31	044	Aus der Verköstigung von Staatsbediensteten, Schülern, Lehrgangsteilnehmern, Gästen u. dgl.	55,0 67,4 69,1	a) b) c)	64,1
--------	-----	---	----------------------	----------------	------

Erläuterung: Ersätze von Lehrgangsteilnehmern/-innen (z. B. Mitgliedern der Katastrophenschutzdienste u. dgl.), vom Personal der Feuerweherschule und von Gästen. Angehörige von Gemeindefeuerwehren und von Werkfeuerwehren an Lehrgängen der Landesfeuerwehrschule Baden-Württemberg haben keinen Ersatz zu leisten.

Mehr wegen Aufnahme des Betriebs der Akademie für Gefahrenabwehr.

Zwischensumme Verwaltungseinnahmen			170,0	a)	279,8
---	--	--	-------	----	-------

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0310 Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Übrige Einnahmen

231 01	044	Sonstige Erstattungen des Bundes		250,0	a)	250,0
				427,1	b)	
				476,2	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind der Höhe nach geschätzte Kostenersätze des Bundes für die integrierte Brandschutzausbildung im erweiterten Katastrophenschutz an der Landesfeuerwehrschule; vgl. dazu die Erläuterungen bei Tit. 538 01.

231 02	N 332	Sonstige Zuweisungen vom Bund		0,0	a)	8,4
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Erstattungen des Bundes für Freiwillige nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz (vgl. Tit. 427 02).

Zwischensumme Übrige Einnahmen				250,0	a)	258,4
---------------------------------------	--	--	--	-------	----	-------

Titelgruppen

71		Brandschutzforschung				
232 71	044	Sonstige Zuweisungen der Länder für Brandschutzforschung		562,4	a)	562,4
				562,4	b)	
				562,4	c)	

Erläuterung: Nach dem Verwaltungsabkommen der Bundesländer über die Brandschutzforschung vom 26. August 1993 bringen die Länder jährlich 562,4 Tsd. EUR für die Brandschutzforschung auf. Die Forschungsaufträge werden hauptsächlich der Forschungsstelle für Brandschutztechnik am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) und dem Institut für Brand- und Katastrophenschutz in Heyrothsberge (Sachsen-Anhalt) erteilt. Die von diesen Forschungsstellen für die Forschungszwecke benötigten staatlichen Räume und Grundstücke werden von den Ländern Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Verwaltung der Mittel ist dem Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg übertragen. Der voraussichtliche Anteil des Landes Baden-Württemberg in Höhe von 80,0 Tsd. EUR jährlich wird bei Tit. 547 72 mitveranschlagt. Die Einnahmen des Tit. 232 71 sind für die Brandschutzforschung der Länder zweckgebunden; sie werden bei Tit. 686 71 verausgabt; vgl. Vermerk bei Tit.Gr. 71 - Ausgaben.

Summe Titelgruppe 71				562,4	a)	562,4
-----------------------------	--	--	--	-------	----	-------

72		Förderung des Feuerwehrwesens und Gefahrstoffabwehr				
119 72	044	Vermischte Einnahmen		0,0	a)	0,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Summe Titelgruppe 72				0,0	a)	0,0
-----------------------------	--	--	--	-----	----	-----

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0310 Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
73		Landeshilfen nach schweren Naturereignissen und Unglücksfällen				
Erläuterung: Veranschlagt sind die aus dem Bundeshaushalt (Kapitel 6002) bzw. aus dem Aufbauhilfefonds (Kapitel 6095) bereitgestellten Mittel für den Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration. Die Veranschlagung erfolgt als Leertitel, da Zeitpunkt und Höhe des Mittelabrufs offen sind. Vgl. Vermerk bei Tit.Gr. 73 - Ausgaben.						
231 73	290	Sonstige Zuweisungen vom Bund		0,0 0,0 -9,3	a) b) c)	0,0
234 73	290	Zuweisungen aus dem Sondervermögen "Aufbauhilfefonds"		0,0 2.230,7 2.628,7	a) b) c)	0,0
Erläuterung: Darin enthalten sind auch Einnahmen aus dem EUSF (Europäischer Solidaritätsfonds).						
Summe Titelgruppe 73				0,0	a)	0,0
75		Ölwehr Bodensee				
381 75	890	Anteil des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft an der Finanzierung der Ölwehr Bodensee		0,0 801,1 0,0	a) b) c)	0,0
Erläuterung: Veranschlagt ist der Anteil des UM an der Finanzierung der Ausgaben für die Ölwehr am Bodensee (vgl. auch Kap. 1005 Tit. 981 90). Leertitel, da der Anteil des UM noch offen ist. Vgl. Vermerk zu Tit.Gr. 75 - Ausgaben.						
Summe Titelgruppe 75				0,0	a)	0,0
Gesamteinnahmen				982,4	a)	1.100,6

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0310 Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Ausgaben

Die Mittel sind übertragbar. Die Tit. 422 01 bis 981 01 - ohne 529 01 - sind gegenseitig und zugunsten der Tit.Gr. 69 und 72 einseitig deckungsfähig.
 Die Ausgabeermächtigungen bei Tit. 422 01 bis 981 01 - ohne 529 01 - sowie bei Tit.Gr. 69 und 72 erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen an Feuerschutzsteuer bei Kap. 1201 Tit. 059 01, bei Tit. 111 02 bis 125 31, bei Tit. 231 01 und 231 02 sowie bei Tit. 119 72; sie erhöhen sich ferner um die Wenigerausgaben der Tit.Gr. 75.
 Wenigerausgaben bei Tit. 422 01 bis 981 01 sowie bei den Tit.Gr. 69, 72 und 75 können Tit. 883 72 zufließen.

Personalausgaben

Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017.

Das Personalausgabenbudget gemäß § 6a Abs. 2 StHG 2017 umfasst die Tit. 422 01, 422 04, 422 05, 427 16, 427 26, 427 51, 428 01, 428 05, 428 06 und 453 01 und hat ein Gesamtvolumen in Höhe von 4.882,0 Tsd. EUR in 2017.

Mit Zustimmung des Ministeriums für Finanzen können in begründeten Fällen die Titel des Personalausgabenbudgets aus der Tit.Gr. 72 verstärkt werden.

422 01	044	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten	2.742,8 2.227,5 2.212,1	a) b) c)	2.928,0
		Die Beamtinnen und Beamten des feuerwehrtechnischen Dienstes erhalten freie Dienstkleidung.			

Erläuterung: In dem Haushaltsansatz sind einschließlich der Zulagen nach Maßgabe der besoldungsgesetzlichen Vorschriften enthalten: Tsd. EUR

1.1 Aufwandsentschädigungen und Zuwendungen aus Gründen der Fürsorge: Dienstkleidungszuschüsse für 40 Beamtinnen / Beamte im Ausbildungsdienst (je 18,40 EUR im Monat)	8,9
1.2 Sonstiges: Taucherzulage	2,0

422 03	044	Bezüge der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst u. dgl.	80,3 63,7 54,8	a) b) c)	83,9
		Die Beamtinnen und Beamten des feuerwehrtechnischen Dienstes im Vorbereitungsdienst erhalten freie Dienstkleidung.			

Erläuterung: In dem Haushaltsansatz sind neben den Anwärterbezügen u. dgl. enthalten: Tsd. EUR

2. Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten	6,0
3. Dienstkleidungszuschüsse für 5 zum Tragen der Uniform verpflichtete Beamtinnen / Beamte im Vorbereitungsdienst je 18,40 EUR im Monat	1,2

422 04	044	Leistungsprämien für Beamtinnen und Beamte gem. § 76 LBesGBW	0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
--------	-----	--	-------------------	----------------	-----

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0310 Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
422 05	044	Mehrarbeitsvergütung und Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten für Beamtinnen und Beamte und dgl.	4,6 0,3 2,2		a) b) c)	4,6
		Erläuterung:				
		Veranschlagt sind:	Tsd. EUR			
		- Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten	2,5			
		- Mehrarbeitsvergütung	2,1			
		zus.	4,6			
427 02	N 332	Aufwendungen nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	12,0
		Mehrausgaben sind in Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 231 02 zulässig.				
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Aufwendungen insbesondere für unentgeltliche Unterkunft, Verpflegung, Arbeitskleidung und Taschengeld für die Freiwilligen nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz (vgl. Tit. 231 02).				
427 16	044	Unterrichtsvergütungen einschl. Reisekosten	54,0 65,9 57,5		a) b) c)	74,8
		Erläuterung: Veranschlagt sind Unterrichtsvergütungen für Gastlehrerinnen / Gastlehrer bei Lehrgängen für den feuerwehrtechnischen Dienst und bei Sonderlehrgängen, Vergütungen für Vorträge bei Lehrveranstaltungen (einschließlich Reisekosten) sowie Vergütungen für Seminare der Akademie für Gefahrenabwehr entsprechend der Vergütungsregelungen.				
		Mehr wegen Vergütung Akademie und intensiver Ausbildung vor Ort.				
427 26	044	Prüfungsvergütungen einschließlich Reisekosten	7,2 9,6 10,1		a) b) c)	9,8
		Erläuterung: Prüfungsvergütungen und Honorare, Kosten der Prüfungsaufsicht bei Prüfungen für den feuerwehrtechnischen Dienst (einschließlich Reisekosten).				
427 51	044	Sonstige Beschäftigungsentgelte	52,3 41,8 40,6		a) b) c)	52,3
		Erläuterung: Veranschlagt sind Urlaubs- und Krankheitsstellvertretungen, Aushilfen (auch Werkstudentinnen/ -studenten, Ferienpraktikantinnen/ -praktikanten, Austauschstudentinnen/ -studenten, ständige Heimarbeiter/ -innen u. dgl.), Aushilfslehrkräfte und Aushilfskanzleikräfte einschließlich Reisekosten sowie Mittel für einen von der Deutschen Telekom AG - Vivento - zur Landesfeuerweherschule abgeordneten Beamten im Fernmeldebereich.				

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0310 Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
428 01	044	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)	1.351,0 1.226,4 1.218,7		a) b) c)	1.519,7
Erläuterung: Veranschlagt sind: Neben den ordentlichen Bezügen für die tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einschließlich der nicht besonders aufgeführten Zulagen aufgrund von Tarifverträgen						
						Tsd. EUR
6. Sonstige Zulagen (Zulage nach § 14 TV-L, §§ 10 und 18 TVÜ-Länder, Zulagen nach § 19 TV-L, Wechselschicht- und Schichtdienstzulagen)			7,8			
7. Dienstkleidungszuschüsse für zwei Arbeitnehmerinnen / Arbeitnehmer im Ausbildungsdienst je 18,40 EUR im Monat			0,5			
428 05	044	Zeitzuschläge, Überstundenentgelte und Entgelte für Mehrarbeit für Beschäftigte	6,1 2,2 2,6		a) b) c)	6,1
Erläuterung: Veranschlagt sind:						
						Tsd. EUR
- Zeitzuschläge			2,0			
- Überstundenentgelte			2,2			
- Mehrarbeit			1,9			
zus.			6,1			
428 06	044	Entgelte der Beschäftigten des Reinigungsdienstes	309,5 281,3 291,2		a) b) c)	274,2
Erläuterung: Veranschlagt sind die Entgelte des Reinigungsdienstes sowie Zeitzuschläge, Überstundenvergütung, Stellvertretungen und Schmutzzulagen. Weniger wegen privatem Reinigungsdienst (siehe auch Tit. 517 01).						
443 02	044	Heilfürsorgeleistungen	59,9 47,2 0,0		a) b) c)	59,9
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten der Heilfürsorge für die technischen Beamtinnen und Beamten der Landesfeuerwehrschule nach § 79 Abs. 1 LBG i.V. mit der Heilfürsorgeverordnung (HVO) vom 3. Januar 2011 (GBl. S. 16).						
453 01	044	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.	12,5 6,1 9,6		a) b) c)	12,5
Erläuterung: Veranschlagt sind:						
						Tsd. EUR
1. Trennungsgelder			11,0			
2. Umzugskostenvergütungen			1,5			
zus.			12,5			
Zwischensumme Personalausgaben			4.680,2		a)	5.037,8

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0310 Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01	044	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	96,9 94,2 84,4	a) b) c)	101,7
--------	-----	--	----------------------	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf (einschließlich Bücher und Druckschriften)	8,1
2. Porto	10,5
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	38,3
4. Unterhaltung und Instandsetzung	44,8
zus.	101,7

514 01	044	Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl.	71,0 76,9 65,0	a) b) c)	113,0
--------	-----	--------------------------------------	----------------------	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Haltung von Dienstfahrzeugen	108,0
2. Betrieb von Dienstwasserfahrzeugen	1,8
3. Sonstiges, darunter Kraftfahrzeugsteuer für steuerpflichtige Fahrzeuge	3,2
zus.	113,0

Eingeschlossen ist der Aufwand für Tragkraftspritzen.

Mehr wegen 10-Jahres-Revision der Drehleiter.

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen und selbstfahrenden Arbeitsmaschinen:	2016	2017
--	------	------

a) Bestand an Fahrzeugen des Bundes

Kombi-, Einsatz- und Spezialfahrzeuge, Fahrzeuge mit Sonderausstattung, Funk usw.	1	1
---	---	---

b) Bestand an Fahrzeugen des Landes

PKW	1	1
Kombi-, Einsatz- und Spezialfahrzeuge, Fahrzeuge mit Sonderausstattung, Funk usw.	41	41
Lkw	1	1
Anhänger für Kfz	4	5
Wasserfahrzeuge	2	2
Selbstfahrende Arbeitsmaschinen	4	5

Die Fahrzeuge werden den Gemeinden auf Anforderung für Sondereinsätze etc. unentgeltlich überlassen.

Zugang

2017:	1	Elektrofahrzeug
	1	Anhänger für Elektrofahrzeug
	1	ELW1
	1	KdoW
	1	Radlader mit Anbaugerät (Palettengabel)
	1	Kehrmaschine

Abgang

2017:	1	ELW1
	1	KdoW
	1	Gabelstapler
	1	Übungsobjekt Tankwagen

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0310 Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

514 02	044	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	36,4 64,6 37,6	a) b) c)		45,2
--------	-----	--	----------------------	----------------	--	------

Erläuterung: Veranschlagt sind Dienstkleidungszuschüsse, Kleidergeld für das Personal im Ausbildungsdienst bei Tit. 422 01, Tit. 422 03 und Tit. 428 01.

Enthalten sind Einkleidungsbeihilfen für neu einzustellende Uniformträger, ferner die Aufwendungen für Schutzkleidung für das Personal und die Lehrgangsteilnehmer/-innen der Landesfeuerwehrschule.

Mehr wegen Änderung der VwV Feuerwehrbekleidung und Vorgaben der Arbeitssicherheit.

514 03	044	Verbrauchsmittel	40,0 35,8 39,7	a) b) c)		40,0
--------	-----	------------------	----------------------	----------------	--	------

Erläuterung: Veranschlagt ist der Bedarf an Verbrauchsmaterial für den Lehrgangsbetrieb (Löschmittel, Material für Atemschutz, Brand- und Löschübungen usw.).

514 31	044	Verpflegungswesen	205,7 179,1 191,2	a) b) c)		205,7
--------	-----	-------------------	-------------------------	----------------	--	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Verpflegung der Lehrgangsteilnehmer/-innen einschließlich der Kosten bei Verpflegung außerhalb der Landesfeuerwehrschule sowie für die vorübergehende Verpflegung von schulfremden Personen für unentgeltliche Bewirtung von Gästen entsprechend der ergangenen Richtlinien.

517 01	044	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)	184,8 200,5 181,1	a) b) c)		250,3
--------	-----	--	-------------------------	----------------	--	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Reinigung (ohne Nr. 3)	58,5
2. Wasser und Abwasser	54,1
3. Verkehrs- und Grünflächen (Verkehrssicherung, Pflege)	4,9
4. Abfallbeseitigung	26,7
8. Geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel (z. B. Putzmittel, WC-Bedarf)	35,0
9. Wartung technischer Anlagen, TÜV-Prüfungen sowie Ersatzbeschaffung von Feuerlöschern	66,1
10. Sonstiges (z. B. Tankreinigung)	5,0
zus.	<u>250,3</u>

Mehr u. a. wegen Fremdreinigung (siehe auch Tit. 428 06).

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0310 Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
517 05	044	Energiebewirtschaftungskosten	370,5 314,2 306,5		a) b) c)	370,5
Erläuterung:						
		Veranschlagt sind:	Tsd. EUR			
		1. Elektrizität	196,4			
		2. Öl, Fernwärme und Gas, sonstige Brennstoffe	174,1			
		zus.	370,5			
518 01	044	Miete und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	0,3 0,0 0,0		a) b) c)	0,3
Erläuterung: Veranschlagt ist die Pacht für ein unbebautes Grundstück für Übungszwecke.						
518 02	044	Mieten und Pachten für Maschinen, Fahrzeuge und Geräte	0,3 0,0 0,1		a) b) c)	0,3
Erläuterung: Veranschlagt sind die Mieten für Maschinen und Fahrzeuge, die von der Landesfeuerwehrschule nur vorübergehend benötigt und daher nicht beschafft werden. In Einzelfällen werden auch neuartige Geräte vor ihrer Beschaffung zur Erprobung gemietet.						
525 01	044	Lehr- und Lernmittel	177,1 145,4 150,7		a) b) c)	185,5
Erläuterung: Veranschlagt sind Geräte, Maschinen, Ausrüstungs- und Ausstattungsgegenstände für Fachaufgaben, Instandsetzung und Unterhaltung der Geräte für den Lehrbetrieb, Lernmittel, insbesondere audiovisuelle Lernmittel. Bücher, Fachzeitschriften, Film- und Fotomaterial, Schreib- und Zeichenbedarf u. dgl. sowie Sonstiges (z. B. Aufwand für die der Schule von den Feuerwehren zu Ausbildungszwecken überlassenen Lehrmittel wie Fluggerät, Boote usw.). Mehr wegen Auslagerung der Schlauchreinigung.						
525 21	044	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten	35,0 37,8 25,1		a) b) c)	45,0
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten einschließlich der Reisekosten für Maßnahmen der beruflichen Weiterqualifizierung der Bediensteten der Landesfeuerwehrschule. Die Kosten sind abhängig von den zu absolvierenden Lehrgängen. Diese differieren zwischen erstem und zweitem Ausbildungsjahr. Mehr wegen höherer Kosten für Brandreferendarinnen/-referendare und Brandinspektoranwärterinnen/-anwärter aufgrund zusätzlicher kostenpflichtiger gesetzlich vorgeschriebener Fortbildungen.						

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0310 Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
526 11	044	Kosten für Sachverständige		0,5 3,2 0,0	a) b) c)	0,5
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind Reisekosten und sonstige Auslagen an Mitglieder des Landesfeuerwehrbeirats, Kosten für die Begutachtung von Feuerlöschgeräten, die Heranziehung von Sachverständigen bei Durchführung von Sonderlehrgängen u. dgl.</p>						
527 01	044	Dienstreisen		10,0 29,7 12,4	a) b) c)	17,5
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind auch Wegstreckenentschädigungen für privateigene Kraftfahrzeuge. Weitere Reisekosten sind veranschlagt bei Tit. 427 16, 427 26, 427 51, 525 21, 526 11, 533 01, 538 01, 525 69, 547 72 und 525 74. Mehr aufgrund verstärkter Ausbildung vor Ort.</p>						
529 01	044	Verfügungsmittel		0,2 0,2 0,2	a) b) c)	0,2
<p>Erläuterung: Zur Verfügung der Dienststellenleitung für Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen.</p>						
533 01	044	Sächliche Prüfungskosten		0,2 0,2 0,0	a) b) c)	0,2
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Prüfungskosten für den feuerwehrtechnischen Dienst einschließlich Reisekosten.</p>						
538 01	044	Unterbringung, Reisekosten, Lohn- und Verdienstaufschlag der Lehrgangsteilnehmer/ -innen		393,2 403,1 333,5	a) b) c)	426,7
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind Unterkunft, Reisekosten (Fahrkostenersatz und Lehrgangstagegeld) an die Lehrgangsteilnehmer/ -innen (auch bei auswärtiger Ausbildung durch die Landesfeuerweherschule) sowie die Kosten der Durchführung von speziellen Fachseminaren durch Dritte im Auftrag der Landesfeuerweherschule. Enthalten sind auch die Kosten für die integrierte Brandschutzausbildung im erweiterten Katastrophenschutz an der Landesfeuerweherschule. Mehr wegen Kooperation mit der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl und Tunnelausbildung.</p>						

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0310 Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

546 11	044	Ausgaben im Zusammenhang mit der Verpachtung der Cafeteria der Landesfeuerwehrschule	0,7 -0,3 0,2		a) b) c)	0,7
--------	-----	--	--------------------	--	----------------	-----

Erläuterung: Die Verpachtung der Cafeteria der Landesfeuerwehrschule an einen privaten Pächter ist steuerlich als Betrieb gewerblicher Art zu behandeln. Veranschlagt ist die vom Land zu leistende Umsatzsteuer.

546 49	044	Vermischte Verwaltungsausgaben	12,5 23,0 16,4		a) b) c)	37,5
--------	-----	--------------------------------	----------------------	--	----------------	------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
2. Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern	1,8
3. Auslagen für Vorstellungsreisen	0,3
4. Sonstige vermischte Verwaltungsausgaben, insbesondere arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Untersuchungen, Kosten für Öffentlichkeitsarbeit und dgl.	35,4
zus.	<u>37,5</u>

Mehr wegen gestiegener Kosten für arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung und Tag der offenen Tür im Rahmen des Neubaus der Landesfeuerwehrschule.

Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben	1.635,3	a)	1.840,8
--	---------	----	---------

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0310 Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Ausgaben für Investitionen

811 21	044	Erwerb von Kraftfahrzeugen (und Anhängern) für die Landesfeuerweherschule	400,0 373,9 249,1	a) b) c)	356,0
--------	-----	---	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind folgende Beschaffungen: Tsd. EUR

a)	Neubeschaffungen	
1	Elektrofahrzeug	40,0
1	Anhänger für Elektrofahrzeug	19,0
b)	Ersatzbeschaffungen	
1	ELW1	115,0
1	KdoW	65,0
1	Radlader mit Anbaugerät (Palettengabel)	82,0
1	Kehrmaschine	35,0
	zus.	356,0

Ausgesondert werden sollen im Jahr 2017:

Dienststelle	Typ des Dienstkraftfahrzeugs	Baujahr	Gesamtfahrleistung am 1. Januar 2016	Voraussichtliche Gesamtfahrleistung zum Aussonderungszeitpunkt	Amtliches Kennzeichen
			km	km	
Landesfeuerweherschule	ELW1	2001	14.644		KA-6112
Landesfeuerweherschule	KdoW	2007	129.728		KA-6100
Landesfeuerweherschule	Gabelstapler	1999			
Landesfeuerweherschule	Übungsobjekt Tankwagen	1980			

Erlöse aus dem Verkauf ausgesonderter Fahrzeuge werden bei Tit. 119 49 vereinnahmt.

812 01	044	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	5.279,8 56,4 35,8	a) b) c)	175,0
--------	-----	--	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung:

Vorgesehen sind Beschaffungen, die für eine der technischen Entwicklung entsprechende Ausstattung der Schule und für einen rationellen Schulbetrieb erforderlich sind:

		Tsd. EUR
1.	Ergänzung der Ausstattung, Geräte und Einrichtungen für die praktische und theoretische Ausbildung u. dgl.	175,0
2.	Ergänzung der Ausstattung im Küchen- und Hauswirtschaftsbereich sowie in den Werkstätten u. dgl.	0,0
3.	Ausstattungsbedarfsplan für den Neubau der Landesfeuerweherschule	0,0
	zus.	175,0

Zwischensumme Ausgaben für Investitionen 5.679,8 a) 531,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0310 Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Besondere Finanzierungsausgaben

981 01	890	Zuführung an Kap. 1212		36,0	a)	36,0
				16,0	b)	
				12,0	c)	

Erläuterung: Der Ansatz dient der Zuführung an den Versorgungsfonds bei Kap. 1212 Tit. 381 01 für sechs Stellen für Beamte/innen.

Zwischensumme Besondere Finanzierungsausgaben				36,0	a)	36,0
--	--	--	--	------	----	------

Titelgruppen

69		Aufwand für Informationstechnik				
511 69A	044	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		83,7	a)	52,5
				60,3	b)	
				52,8	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind Kosten für die Beschaffung von EDV- und nachrichtentechnischen Geräten sowie Kosten für Unterhaltung und Instandsetzung u. a.

511 69B	044	Fernmeldegebühren u. dgl.		15,0	a)	15,0
				9,6	b)	
				9,8	c)	

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	12,3
2. Einmalige Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	0,4
3. Rundfunkbeiträge	2,0
4. Sonstiges	0,3
	<u>0,3</u>
zus.	15,0

514 69	044	Verbrauchsmittel		8,0	a)	8,0
				5,6	b)	
				7,2	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind Verbrauchsmittel wie z. B. DV-Papier, Toner u. dgl.

518 69	044	Maschinen- und Gerätemieten		5,0	a)	5,0
				0,5	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Mieten für Messgeräte und Fernmeldeeinrichtungen.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0310 Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
525 69	044	Aus- und Fortbildung		7,6 8,2 8,5	a) b) c)	7,6
Erläuterung:						
Veranschlagt sind:			Tsd. EUR			
1. Kosten für die Ausbildung von Angehörigen der Landesfeuerwehr-				5,9		
schule in Informationstechnik an auswärtigen Ausbildungsstätten				1,7		
2. Reisekosten						
			zus.	7,6		
526 69	044	Kosten für Sachverständige		0,5 0,0 0,0	a) b) c)	0,5
Erläuterung: Veranschlagt sind Kosten für die Heranziehung von Sachverständigen für Informationstechnik.						
534 69	044	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		107,9 74,6 117,3	a) b) c)	103,8
Erläuterung: Erwerb von Software, Beratungsleistungen für Informationstechnik.						
812 69	044	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		365,0 111,0 180,9	a) b) c)	200,0
Erläuterung:						
Veranschlagt sind:			Tsd. EUR			
1. Fernmeldegeräte für die Ausbildung Nachrichten-, Fernmeldewesen, Funkanlagen und Lehrleitstelle				0,0		
2. Beschaffung von EDV-Geräten und Zubehör				200,0		
			zus.	200,0		
Summe Titelgruppe 69				592,7	a)	392,4

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0310 Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll	2016	a)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
			Ist	2015	b)	
			Ist	2014	c)	
			Tsd. EUR			

71 Brandschutzforschung

Erläuterung: Aufträge und Zuweisungen an Forschungseinrichtungen entsprechend dem Verwaltungsabkommen der Bundesländer über die Forschung auf dem Gebiet des Brandschutz- und Feuerwehrwesens in der jeweils gültigen Fassung. Hierin enthalten ist auch der Aufwand für die Herstellung und den Versand der Forschungsberichte, soweit er nicht von den beauftragten Forschungseinrichtungen, die den Vertrieb der Forschungsberichte übernommen haben, durch Verkaufserlöse abgedeckt wird. Vgl. auch Erl. zu Tit. 232 71.

686 71	044	Aufwand für Brandschutzforschung		562,4	a)	562,4
				537,7	b)	
				708,4	c)	
		Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 232 71				
		Summe Titelgruppe 71		562,4	a)	562,4

72 Förderung des Feuerwehrwesens und Gefahrstoffabwehr

Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterung: zu Tit.Gr. 72 und Tit.Gr. 75

	Tsd. EUR
Das Aufkommen aus der zur Förderung des Feuerwehrwesens zweckgebundenen Feuerschutzsteuer (Kap. 1201 Tit. 059 01) wird geschätzt auf	62.000,0
Aus dem Aufkommen wird zunächst der ungedeckte Aufwand für Kap. 0310 (Landesfeuerweherschule) mit bestritten.	-7.299,8
Der Rest mit	54.700,2
ist für Zwecke des Feuerwehrwesens (einschl. technische Hilfe), des vorbeugenden Brandschutzes und der Gefahrstoffabwehr zur Verausgabung bei Tit.Gr. 72 und 75 vorgesehen.	
Hinzu kommen Einnahmen; vgl. Tit. 119 72 und 381 75	0,0
Ausgaben insg. (ohne Landesfeuerweherschule)	54.700,2

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0310 Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

547 72	044	Sachaufwand		1.662,0	a)	2.022,7
				1.329,8	b)	
				1.214,4	c)	

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Gebühren an den Technischen Überwachungsverein	820,0
2. Anteil des Landes an der Brandschutzforschung	80,0
3. Feuerwehrtage und Fachmessen, Tagungen, Übungen u. a. (einschließlich Reisekosten)	50,0
4. Leistungswettkämpfe und Feuerwehr-Ehrenzeichen	52,0
5. Feuerwehr-Dienstvorschriften, Veröffentlichungen, Lehrfilme, Ausstattung für die Brandschutzerziehung u. a.	50,0
6. Finanzierung Normenausschuss Feuerwehrwesen	35,0
7. Unterhaltung und Wartung der Relaisstellen, einschließlich Reisekosten	400,0
8. Vorbereitung System Digitaler BOS-Funk, einschließlich Reisekosten	5,0
9. Kostenerstattung aufgrund von Verträgen mit Gemeinden und Landkreisen (Betrieb und Unterhaltung der Feuerlöschboote, Wartung von Abrollbehältern)	140,0
10. Erholungsfürsorge für Feuerwehrangehörige nach der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration vom 30. Oktober 2012 (GABl. S. 858)	360,7
11. Verschiedenes	30,0
zus.	2.022,7

Mehr wegen erhöhtem Bedarf bei der Erholungsfürsorge.

633 72	044	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände		10.600,0	a)	10.600,0
				10.059,6	b)	
				10.430,4	c)	

Erläuterung: Enthalten sind insbesondere Zuwendungen nach der VwV Zuwendungen Feuerwehrwesen, insbesondere pauschalierte Zuwendungen pro Feuerwehrangehörigen (Aktive und Jugendfeuerwehr) und Landkreise.

Wegen der Investitionszuschüsse vgl. Tit. 883 72.

681 72	044	Feuerwehrunfallfürsorge		1.200,0	a)	1.200,0
				1.117,2	b)	
				1.049,5	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind die zusätzlichen Leistungen des Landes bei der Unfallversicherung sowie die Unterstützungsleistungen bei im Feuerwehrdienst erlittenen Gesundheitsschäden nach der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration vom 12. Juli 2016 (GABl. S. 558).

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0310 Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

684 72	044	Zuschüsse an den Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg e.V.	598,5 620,1 528,1		a) b) c)	261,5
--------	-----	---	-------------------------	--	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind: Tsd. EUR

1. Ein pauschalierter Zuschuss an den Landesfeuerwehrverband von 1,70 EUR für jeden aktiven Feuerwehrangehörigen (110.000), 0,50 EUR für jeden Jugendfeuerwehrangehörigen (29.000) und für Angehörige der Altersabteilungen (30.000). Dies ergibt rd. 216,5 Tsd. EUR für die Förderung der Jugendfeuerwehren, der Rest ist für die laufenden Aufwendungen des Verbands bestimmt.	216,5
2. Anteil des Landes für eine Geschäftsführerstelle für die Jugendfeuerwehr	45,0
3. Zuschuss für den alle fünf Jahre stattfindenden Landesfeuerwehrtag	0,0
zus.	261,5

812 72	044	Erwerb von Fernmeldeanlagen u. dgl.	100,0 13,1 0,0		a) b) c)	100,0
--------	-----	-------------------------------------	----------------------	--	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt ist insbesondere der Aufwand für Informationstechnik sowie der Aufwand für die Einrichtung von Relaisfunkstellen (Einzel-Relaisfunkstellen und Gleichwellenfunk-Systeme) einschließlich Vorrangsteuerung für die Leitstellen, Erneuerung der Antennenanlagen der Relaisfunkstellen.

883 72	044	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	24.485,5 25.951,9 24.709,3		a) b) c)	37.106,0
--------	-----	--	----------------------------------	--	----------------	----------

	2017
	Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigung	20.000,0
Davon zur Zahlung fällig im	
Haushaltsjahr 2018bis zu	4.000,0
Haushaltsjahr 2019bis zu	4.000,0
Haushaltsjahr 2020bis zu	4.000,0
Haushaltsjahr 2021bis zu	4.000,0
Haushaltsjahr 2022bis zu	4.000,0

Erläuterung: Enthalten sind insbesondere Zuwendungen nach der VwV Zuwendungen Feuerwehrwesen, insbesondere zur Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen u. -geräten, zur Errichtung und Einrichtung von Feuerwehrhäusern, zur Schaffung von Alarmierungs- und Fernmeldeeinrichtungen, zur Errichtung und Einrichtung zentraler Werkstätten etc., Zuwendungen zur Ausstattung von Feuerwehren an besonderen Gefahrenpunkten, Zuwendungen zur Ergänzung der Grundausstattung der Feuerwehren mit Geräten zur Bekämpfung von Schadensfällen.

Für die Gewährung von Zuschüssen zur Förderung des Feuerwehrwesens sind folgende Mittel und Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt:

Haushaltsjahr	Ausgaben	davon für Deckung früherer VE	Rest für neue Bewilligungen	VE neu	Bewilligungs- rahmen insgesamt
1	2	3	4	5	6
2017	37.106,0	14.974,5	22.131,5	20.000,0	42.131,5

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen (Beträge in Tsd. EUR)

Bewilligung im Haushaltsplan	Betrag		davon fällig in			
	2017	2018	2019	2020	2021 ff.	
bis 2015	29.818,0	11.974,5	8.846,7	5.996,8	3.000,0	
2016	15.000,0	3.000,0	3.000,0	3.000,0	3.000,0	
2017	20.000,0		4.000,0	4.000,0	8.000,0	
zus.	64.818,0	14.974,5	15.846,7	12.996,8	11.000,0	

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0310 Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

981 72A	890	Zuführung an Kap. 1208	4.700,0 8.794,6 0,0		a) b) c)	700,0
---------	-----	------------------------	---------------------------	--	----------------	-------

Erläuterung: Die Kosten der Bauunterhaltung und die Kosten der Zusammenlegung der Landesfeuerwehrschule in Bruchsal werden aus dem Aufkommen der Feuerschutzsteuer bestritten. Bei Tit. 981 72A werden Ausgaben in Höhe des Bedarfs bei Kap. 1208 Tit. 713 27 geleistet und die entsprechenden Mittel an Kap. 1208 Tit. 381 01 abgeführt.

Veranschlagt sind	Tsd. EUR
Bauunterhaltung	700,0
Baumaßnahme	0,0

981 72B	890	Zuführung an Kap. 0315	780,0 780,0 780,0		a) b) c)	780,0
---------	-----	------------------------	-------------------------	--	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt ist der Anteil der Feuerwehr an der Finanzierung der Betriebskosten für den Digitalfunk i.H.v. 780,0 Tsd. EUR, der an Kap. 0315 Tit. 381 70 abgeführt wird.

Summe Titelgruppe 72 44.126,0 a) 52.770,2

73 Landeshilfen nach schweren Naturereignissen und Unglücksfällen

Die Mittel sind übertragbar. Ausgaben sind in Höhe der Einnahmen bei Titel 231 73 und 234 73 zulässig, soweit die Einnahmen nicht zur Deckung von Ausgaben aus anderen Haushaltsjahren dienen. Ausgaben dürfen auch vor dem kassenmäßigen Eingang der Einnahmen geleistet werden. Ersätze fließen den Mitteln zu.

Erläuterung: Die Bewilligung von Zuwendungen zur Milderung von Schäden, die durch Hochwasser, Unwetter, Erdbeben, sonstige Naturereignisse oder Unglücksfälle verursacht wurden, wird im Einzelfall von der Landesregierung entschieden. Für Hilfsmaßnahmen der Betroffenen der Hochwasserkatastrophe vom Mai bis Juni 2013 wurden nach der zwischen dem Land (IM) und dem Bund (BMI) geschlossenen Verwaltungsvereinbarung vom 21.06.2013 Mittel als Soforthilfen an Private sowie nach den Regelungen des Aufbauhilfefonds-Errichtungsgesetzes vom 15.07.2013 und der nach § 2 Absatz 4 hierzu erlassenen Rechtsverordnung vom 16.08.2013 Mittel als Aufbauhilfe gewährt. Zudem wurden nach den Regelungen der Verwaltungsvereinbarung über die Verwendung von Mitteln des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zur Bewältigung der durch die Hochwasserkatastrophe 2013 in der Bundesrepublik Deutschland entstandenen Schäden der öffentlichen Hand vom 27.03.2014 Finanzhilfen gewährt. Die Zuwendungen aus dem Sondervermögen „Aufbauhilfefonds“ wurden nach den Bestimmungen der gemeinsamen Verwaltungsvorschrift - VwV Aufbauhilfe - des Landes vom 29.10.2013 (GABl. S. 534) abgewickelt.

633 73	290	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	10.650,0 0,0 0,0		a) b) c)	0,0
--------	-----	---	------------------------	--	----------------	-----

Ausgaben von bis zu 25,0 Mio. Euro je Haushaltsjahr sind zulässig je zur Hälfte gegen Erhöhung der Globalen Minderausgabe bei Kap. 1212 Tit. 972 01 und gegen Minderausgaben bei Kap. 1205 Tit. 613 72A.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0310 Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
681 73	290	Abwicklung von Landeshilfen	10.000,0 2.363,2 2.014,7		a) b) c)	0,0
		Ausgaben von bis zu 5,0 Mio. Euro je Haushaltsjahr sind zulässig je zur Hälfte gegen Erhöhung der Globalen Minderausgabe bei Kap. 1212 Tit. 972 01 und gegen Minderausgaben bei Kap. 1205 Tit. 613 72A.				
		Erläuterung: Für die Abwicklung der Soforthilfe und der Maßnahmen aus dem Sondervermögen „Aufbauhilfefonds“ für den Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration Leertitel, da Zeitpunkt und Höhe des Mittelbedarfs offen sind.				
Summe Titelgruppe 73			20.650,0		a)	0,0
74		Katastrophenschutz, Zentrale Einrichtungen				
		Die Mittel sind übertragbar. Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Ersätze fließen den Mitteln zu.				
		Erläuterung: Zur Abwehr und Bekämpfung von Katastrophen aller Art – Katastrophenschutz – hat das Land nach dem Landeskatastrophenschutzgesetz (LKatSG) in der jeweils gültigen Fassung vorbereitende Maßnahmen zu treffen. Den Schutz der Bevölkerung im Verteidigungsfall sicherzustellen ist darüber hinaus Aufgabe des Bundes. Er finanziert hierfür eine ergänzende Ausstattung und Ausbildung in den Bereichen Brandschutz, ABC-Schutz, Sanitätswesen und Betreuung. Die hierzu erforderlichen Verwaltungsmaßnahmen werden von den Ländern, Kreisen und Gemeinden in Bundesauftragsverwaltung durchgeführt; dabei entstehende persönliche und sächliche Verwaltungskosten haben sie selbst zu tragen.				
511 74	045	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	80,0 42,9 47,0		a) b) c)	80,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände einschließlich Unterhaltung und Instandsetzung.				
525 74	045	Aus- und Fortbildung	150,0 57,8 66,6		a) b) c)	130,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Aus- und Fortbildungsveranstaltungen sowie für Lehrgänge und Übungen (einschl. Reisekosten). Die Intensivierung der Aus- und Fortbildung und die verstärkte Übungstätigkeit muss fortgeführt werden.				
526 74	045	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	10,0 0,3 0,4		a) b) c)	10,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für den Landesbeirat Katastrophenschutz, Ausgaben für Sachverständige u. dgl.				

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0310 Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
546 74	045	Vermischte Verwaltungsausgaben	61,5 111,7 35,9		a) b) c)	161,5
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die vermischten Ausgaben wie sächlicher Aufwand bei besonderen Gefährdungslagen, Vorsorgekosten zur Aufrechterhaltung der Stabsarbeit, Reisekosten anlässlich besonderer Gefährdungslagen und bei Investitionsmaßnahmen. Laufende Kosten für die Vorhaltung des „Krisen“-Internetangebots und anteilige Kosten am Betrieb und Weiterentwicklung des Flut-Informations- und Warnsystems (FLIWAS) sowie laufende Kosten für elektronische Lagedarstellungs-, Führungs-, Protokoll- und Informationssysteme für Serverdienste und Softwarewartung. Aufwand für die Anerkennung besonderer Leistungen der ehrenamtlich Mitwirkenden im Bevölkerungsschutz und von Arbeitgebern für die Freistellung dieser Helfenden sowie zur Gewinnung von ehrenamtlich Mitwirkenden im Bevölkerungsschutz des Landes. Aufwand für die Beteiligung an Forschungsvorhaben.</p> <p>Mehr wegen einer Nachwuchswerbekampagne für alle im Bevölkerungsschutz des Landes mitwirkenden Einrichtungen und Organisationen.</p>						
633 74	045	Zuschüsse an Stadt- und Landkreise zu den Kosten der Katastrophenbekämpfung	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	0,0
<p>Erläuterung: Zuschüsse und Kostenersätze an die Stadt- und Landkreise nach § 34 Abs. 1 LKatSG. Leertitel, da ungewiss, ob und in welcher Höhe Ausgaben anfallen.</p>						
671 74	045	Kostenerstattungen an Träger der Katastrophenhilfe	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	0,0
<p>Erläuterung: Kostenerstattungen an die Träger der Katastrophenhilfe für den Einsatz außerhalb der Landesgrenzen. Leertitel, da ungewiss, ob und in welcher Höhe Kosten anfallen.</p>						
684 74	045	Zuschüsse für die Mitwirkung im Katastrophenschutz	900,0 848,2 859,5		a) b) c)	900,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind Zuschüsse an private Träger der Katastrophenhilfe, an Stadt- und Landkreise sowie an Gemeinden, insbesondere zu deren Aufwendungen für die Aufstellung, Ausbildung, Ausstattung und Unterbringung von Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzdienstes (§ 34 LKatSG) und für die Warnung der Bevölkerung.</p>						
883 74	045	Zuweisungen für Investitionen an Stadt- und Landkreise, Gemeinden und Gemeindeverbände	50,0 0,0 0,0		a) b) c)	20,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind Zuwendungen für Beschaffungen von Fahrzeugen, Maschinen, Geräten und sonstigen Ausrüstungs- und Ausstattungsgegenständen für Zwecke des Katastrophenschutzes.</p>						

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0310 Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

893 74	045	Beschaffungen für den Katastrophenschutz		2.824,0	a)	2.882,0
				5.809,2	b)	
				1.883,0	c)	

			2017	
			Tsd. EUR	
		Verpflichtungsermächtigung	2.500,0	
		Davon zur Zahlung fällig im		
		Haushaltsjahr 2018bis zu	1.200,0	
		Haushaltsjahr 2019bis zu	800,0	
		Haushaltsjahr 2020bis zu	500,0	

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten der vom Land zu beschaffenden Fahrzeuge, Maschinen, Geräte und sonstigen Ausrüstungs- und Ausstattungsgegenstände für Zwecke des Katastrophenschutzes sowie zur Gewinnung von ehrenamtlich Mitwirkenden im Bevölkerungsschutz des Landes.

Mehr wegen einer Nachwuchswerbekampagne für alle im Bevölkerungsschutz des Landes mitwirkenden Einrichtungen und Organisationen.

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen (Beträge in Tsd. EUR)

Bewilligung im Haushaltsplan	Betrag	davon fällig in				
		2017	2018	2019	2020	2021
2016	2.500,0	1.200,0	800,0	500,0		
2017	2.500,0		1.200,0	800,0	500,0	
zus.	5.000,0	1.200,0	2.000,0	1.300,0	500,0	0,0

Summe Titelgruppe 74 4.075,5 a) 4.183,5

75 Ölwehr Bodensee

Die Mittel sind übertragbar. Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgaben der Tit.Gr. 75 erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 381 75.

Erläuterung: Die Ölwehren am Bodensee nehmen Aufgaben wahr, die in die Zuständigkeit des Landes fallen. Die betreffenden Landkreise und Gemeinden erhalten deshalb Zuweisungen für den Betrieb der Ölwehrstützpunkte sowie zur Ergänzung und Erneuerung der Ausrüstung zur Bekämpfung von Ölunfällen auf dem Bodensee.

Wegen der Beteiligung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft an der Finanzierung der Ölwehr Bodensee vgl. Tit. 381 75.

633 75	044	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände		70,0	a)	130,0
				46,9	b)	
				78,9	c)	

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0310 Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

883 75	044	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände		600,0 1.064,2 0,0	a) b) c)	1.800,0
--------	-----	--	--	-------------------------	----------------	---------

2017
Tsd. EUR

Verpflichtungsermächtigung 3.500,0
Davon zur Zahlung fällig im
Haushaltsjahr 2018bis zu 3.500,0

Erläuterung: Umsetzung des überarbeiteten Konzepts zur Erneuerung der Ölwehr (Ersatzbeschaffung von vier Arbeits-/Mehrzweckbooten).

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen (Beträge in Tsd. EUR)

Bewilligung im Haushaltsplan	Betrag	davon fällig in				
		2017	2018	2019	2020	2021
2016						
2017	3.500,0		3.500,0			
	zus.	3.500,0	0,0	3.500,0	0,0	0,0

Summe Titelgruppe 75 670,0 a) 1.930,0

76 Staatsbesuche und staatliche Großveranstaltungen

Die Mittel sind übertragbar. Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Organisationen und Maßnahmen des Katastrophenschutzes und der Rettungsdienste etc. anlässlich von Staatsbesuchen und staatlichen Großveranstaltungen. Leertitel, da ungewiss, ob und in welcher Höhe Kosten anfallen.

427 76	045	Ausgaben für Helfer des Katastrophenschutzes		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
--------	-----	--	--	-------------------	----------------	-----

534 76	045	Kostenerstattungen für Dienstleistungen und Mitwirkung Dritter		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
--------	-----	---	--	-------------------	----------------	-----

547 76	045	Sachaufwand		0,0 0,0 5,1	a) b) c)	0,0
--------	-----	-------------	--	-------------------	----------------	-----

Summe Titelgruppe 76 0,0 a) 0,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0310 Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

77		Förderung der gemeinnützigen Rettungsdienstorganisationen und des Rettungsdienstes				
		Die Mittel sind übertragbar. Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig.				
684 77	314	Zuschüsse für Ausbildungs-, Betriebs- und Verwaltungskosten	1.065,8 776,6 1.090,8		a) b) c)	786,5

Erläuterung:

Veranschlagt sind: Tsd. EUR

1.	Zuschüsse für laufende, den rettungsdienstlichen Verwaltungsbereich betreffende Kosten Deutsches Rotes Kreuz (für Wohlfahrtspflege erhält das Deutsche Rote Kreuz einen Staatsbeitrag aus Kap. 0917 Tit. 684 01; vgl. auch Kap. 0460 Tit. Gr. 77)	
	- Landesverband Baden-Württemberg	75,5
	- Landesverband Badisches Rotes Kreuz	20,2
	Arbeiter-Samariter-Bund (vgl. Kap. 0460 Tit. Gr. 77)	12,4
	Johanniter-Unfallhilfe	10,4
	Malteser-Hilfsdienst	10,5
	Deutsche Lebensrettungsgesellschaft (vgl. auch Kap. 0460 Tit. Gr. 77)	32,5
	Bergwacht Schwarzwald (vgl. auch Kap. 0460 Tit. Gr. 77)	16,5
	DRK-Bergwacht Württemberg	13,0
2.	Ausbildung von Personal im Rettungsdienst	475,5
3.	Anteil des Landes an den Kosten der Stelle zur trägerübergreifenden Qualitätssicherung im Rettungsdienst Baden-Württemberg (SQR-BW)	20,0
4.	Einmaliger Zuschuss an die Bergwacht Schwarzwald und die DRK Bergwacht Württemberg für Kosten bei der Funkzellenvermessung zur Sicherstellung und Verbesserung der polizeilichen Ortungsmöglichkeit von vermissten oder verunglückten Personen in unwegsamem Gelände	100,0
	zus.	786,5

Gefördert werden bei den Nrn. 1 und 2 nur die gemeinnützigen Rettungsdienstorganisationen, mit denen das zuständige Ministerium Vereinbarungen nach § 2 RDG geschlossen hat. Die Mittel bei Nr. 1 dienen der anteiligen pauschalen Finanzierung der für den Bereich des Rettungsdienstes anfallenden Sach- und Personalkosten.

893 77	314	Zuschüsse für Investitionen aufgrund von §§ 26, 30 RDG	2.100,0 2.208,5 3.550,0		a) b) c)	2.379,3
--------	-----	--	-------------------------------	--	----------------	---------

	2017	
	Tsd. EUR	
Verpflichtungsermächtigung	1.450,0	
Davon zur Zahlung fällig im		
Haushaltsjahr 2018bis zu	700,0	
Haushaltsjahr 2019bis zu	600,0	
Haushaltsjahr 2020bis zu	150,0	

Erläuterung: Veranschlagt sind Fördermittel für Investitionen insbesondere zur Sicherstellung der Einhaltung der Hilfsfristen aufgrund §§ 26, 30 RDG in der Fassung vom 8. Februar 2010 (GBl. S. 285). Die Förderung beträgt grundsätzlich 90 v. H. der förderfähigen Kosten. Die Ermittlung der förderfähigen Kosten nach § 26 RDG richtet sich nach den Förderrichtlinien-Rettungsdienst (FRL-RD) vom 22. Oktober 2015 (GABI. S. 811).

Mehr wegen Beschaffungsbedarfs für die Wasserrettung (150.000 EUR).

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und ihre Abdeckung (Beträge in Tsd. EUR)

Bewilligung im Haushaltsplan	Betrag	davon fällig in			
		2017	2018	2019	2020
bis 2015	200,0	200,0			
2016	400,0	200,0	200,0		
2017	1.450,0		700,0	600,0	150,0
zus.	2.050,0	400,0	900,0	600,0	150,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0310 Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Förderprogramm	Tsd. EUR
Für Neubewilligungen stehen zur Verfügung:	
Von den Haushaltsmitteln der Betrag von:	1.979,3
und die Verpflichtungsermächtigungen von bis zu:	<u>1.450,0</u>
zus.	3.429,3

Summe Titelgruppe 77	3.165,8	a)	3.165,8
-----------------------------	---------	----	---------

Gesamtausgaben	<u>85.873,7</u>	a)	<u>70.449,9</u>
-----------------------	-----------------	----	-----------------

Abschluss Kapitel 0310

Verwaltungseinnahmen	170,0	a)	279,8
-----------------------------	-------	----	-------

Übrige Einnahmen	812,4	a)	820,8
-------------------------	-------	----	-------

Gesamteinnahmen	<u>982,4</u>	a)	<u>1.100,6</u>
------------------------	--------------	----	----------------

Personalausgaben	4.680,2	a)	5.037,8
-------------------------	---------	----	---------

Sächliche Verwaltungsausgaben	3.826,5	a)	4.437,4
--------------------------------------	---------	----	---------

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	35.646,7	a)	14.440,4
---	----------	----	----------

Ausgaben für Investitionen	36.204,3	a)	45.018,3
-----------------------------------	----------	----	----------

Besondere Finanzierungsausgaben	5.516,0	a)	1.516,0
--	---------	----	---------

Gesamtausgaben	<u>85.873,7</u>	a)	<u>70.449,9</u>
-----------------------	-----------------	----	-----------------

Kapitel 0310 Zuschuss	<u>84.891,3</u>	a)	<u>69.349,3</u>
------------------------------	-----------------	----	-----------------

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0311 Ausbildung für den Verwaltungsdienst

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	-------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Vorbemerkung:

I. Gehobener Dienst

Im Einzelplan 03 sind nur die Anwärterbezüge (Tit. 422 03), der Anteil der Gemeinden an den Anwärterbezügen für den gehobenen Verwaltungsdienst (Tit. 233 01) sowie die Kosten für Information und Werbung, soweit sie nicht aus Kap. 1463 und 1464 zu leisten sind (Tit. 546 49), veranschlagt.

Der Mittelbedarf für die seit 1. September 2006 als Ausbildungsbehörden für die Ausbildung des gehobenen Verwaltungsdienstes zuständigen Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl und Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg ist komplett bei Kap. 1463 und 1464 veranschlagt. Diesen Kapiteln fließen nunmehr auch die Erstattungen nach § 29 Abs. 2 FAG für die Entschädigungen der Anwärterinnen und Anwärter nach dem Landesreisekostengesetz und dem -umzugskostengesetz zu.

Grundlage für die Ausbildung des gehobenen Verwaltungsdienstes ist die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen Verwaltungsdienst vom 15. April 2014 (GBl. S. 222), die durch Artikel 8 des Gesetzes vom 1. Dezember 2015 (GBl. S. 1047, 1053) geändert worden ist.

II. Mittlerer Dienst

Veranschlagt sind bei

Tsd. EUR

- Tit.Gr. 72 die Ausgaben für die Verwaltungsausbildung und die Staatsprüfung von zus.	46,5
---	------

Ausbildung und Prüfung sind durch die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren Verwaltungsdienst vom 3. September 2013 (GBl. S. 278), die durch Artikel 7 des Gesetzes vom 1. Dezember 2015 (GBl. S. 1047, 1053) geändert worden ist, geregelt.

Prüfungsbehörde für die Staatsprüfung ist für alle Sekretäranwärterinnen und -anwärter das Regierungspräsidium Karlsruhe.

III. Höherer Dienst

Veranschlagt sind bei

Tsd. EUR

- Tit. 453 01 die gewährten Erstattungen an Rechtsreferendarinnen und -referendare in der Verwaltungsstation von	41,0
---	------

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 49	012	Vermischte Einnahmen	0,0	a)	0,0
			0,0	b)	
			0,0	c)	

Erläuterung: Vorgesehen sind insbesondere Einnahmen aus Schadensersatzansprüchen.

Zwischensumme Verwaltungseinnahmen			0,0	a)	0,0
---	--	--	-----	----	-----

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0311 Ausbildung für den Verwaltungsdienst

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Übrige Einnahmen

233 01	012	Anteil der Gemeinden an den Anwärterbezügen für den gehobenen Verwaltungsdienst	27.002,0 23.851,1 21.016,5	a) b) c)	28.082,8
--------	-----	---	----------------------------------	----------------	----------

Erläuterung: Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen Verwaltungsdienst sieht die gemeinsame Ausbildung des Nachwuchses für den Staats- und Kommunaldienst vor. Nach § 29 Abs. 2 FAG werden deshalb die den Anwärterinnen und Anwärtern zu zahlenden Anwärterbezüge (Tit. 422 03) dem Land zu 95 v.H. aus der Finanzausgleichsmasse erstattet. Die Erstattungen für die Entschädigungen nach dem Landesreisekostengesetz und dem -umzugskostengesetz sind im Epl. 14 veranschlagt.

Zwischensumme Übrige Einnahmen	27.002,0	a)	28.082,8
Gesamteinnahmen	27.002,0	a)	28.082,8

Ausgaben

Personalausgaben

422 03	012	Bezüge der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst u. dgl.	28.423,2 25.106,4 22.122,6	a) b) c)	29.560,8
--------	-----	---	----------------------------------	----------------	----------

Erläuterung: Wegen teilweisen Ersatzes für die Bezüge der Regierungsinспекtoranwärterinnen und -anwärter vgl. Tit. 233 01.

453 01	012	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.	41,0 27,4 0,0	a) b) c)	41,0
--------	-----	--	---------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind Trennungsgelder für Rechtsreferendarinnen und -referendare insbesondere anlässlich der Zuweisung an die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer als Ausbildungsstelle der Verwaltungsstation oder der Wahlstation Schwerpunktbereich Verwaltung.

Zwischensumme Personalausgaben	28.464,2	a)	29.601,8
---------------------------------------	----------	----	----------

Sächliche Verwaltungsausgaben

546 49	012	Vermischte Verwaltungsausgaben	6,7 0,0 0,0	a) b) c)	4,8
--------	-----	--------------------------------	-------------------	----------------	-----

Ersätze und Beiträge Dritter fließen den Mitteln zu.

Erläuterung: Veranschlagt sind u.a. Kosten für Information und Werbung für die Ausbildung im gehobenen Verwaltungsdienst.

Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben	6,7	a)	4,8
--	-----	----	-----

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0311 Ausbildung für den Verwaltungsdienst

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Titelgruppen

72 Verwaltungsausbildung und Staatsprüfung für den
mittleren Verwaltungsdienst

Erläuterung: Die Sekretärinwärterinnen und -anwärter besuchen im zweiten Jahr des Vorbereitungsdienstes sechs Monate eine der drei kommunalen Verwaltungsschulen. Die Kosten dafür werden für die Sekretärinwärterinnen und -anwärter der Innenverwaltung aus Kap. 0311 Tit. 525 72 bezahlt. Prüfungsbehörde ist für alle Sekretärinwärterinnen und -anwärter das Regierungspräsidium Karlsruhe.

427 72	012	Persönliche Prüfungskosten	20,0	a)	14,0
			11,3	b)	
			10,2	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind Mittel für die Durchführung der Prüfung einschl. Reisekostenersätze.

511 72	012	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1,5	a)	0,5
			0,0	b)	
			0,0	c)	

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften)	0,2
2. Porto	0,1
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,1
5. Sonstiges	0,1
zus.	<u>0,5</u>

525 72	012	Berufliche Aus- und Fortbildung	23,0	a)	31,0
			18,4	b)	
			14,9	c)	

546 72	012	Vermischte Verwaltungsausgaben	2,0	a)	1,0
			0,5	b)	
			0,9	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für Informationsmaterial und Werbung.

Summe Titelgruppe 72	46,5	a)	46,5
-----------------------------	------	----	------

Gesamtausgaben	28.517,4	a)	29.653,1
-----------------------	----------	----	----------

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0311 Ausbildung für den Verwaltungsdienst

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Abschluss Kapitel 0311

	Übrige Einnahmen	27.002,0	a)	28.082,8
	Gesamteinnahmen	27.002,0	a)	28.082,8
	Personalausgaben	28.484,2	a)	29.615,8
	Sächliche Verwaltungsausgaben	33,2	a)	37,3
	Gesamtausgaben	28.517,4	a)	29.653,1
	Kapitel 0311 Zuschuss	1.515,4	a)	1.570,3

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0312 Landratsämter

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Vorbemerkung: Die Landratsämter sind als untere Verwaltungsbehörden Staatsbehörden und zugleich Behörden der Landkreise. Die für die Aufgaben der unteren Verwaltungsbehörde erforderlichen Beamtinnen und Beamten des höheren Dienstes oder vergleichbare Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden, soweit gesetzlich nichts anderes geregelt ist, vom Land, die übrigen Bediensteten vom Landkreis gestellt. Die Landkreise tragen nach Maßgabe des § 52 Abs. 2 LKrO die Sachkosten des Landratsamts als untere Verwaltungsbehörde. Die Aufwendungen der Landkreise werden im Wege des Finanzausgleichs abgegolten. Die von den Landratsämtern als untere Verwaltungsbehörde festgesetzten Gebühren (einschließlich Auslagensätze), Verspätungszuschläge, Ordnungsgelder und Zwangsgelder werden, soweit sie nicht durch Gesetz oder Vertrag zweckgebunden sind, nach § 11 Abs. 3 des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich (Finanzausgleichsgesetz - FAG), den Landkreisen als eigene Einnahmen überlassen und von ihnen eingezogen.

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 49	012	Vermischte Einnahmen	0,0	a)	0,0
			0,0	b)	
			0,0	c)	
Zwischensumme Verwaltungseinnahmen			0,0	a)	0,0
Gesamteinnahmen			0,0	a)	0,0

Ausgaben

Personalausgaben

Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017.

Das Personalausgabenbudget gemäß § 6a Abs. 2 StHG 2017 umfasst die Tit. 422 01, 422 02, 422 04, 428 01 sowie 453 01 und hat ein Gesamtvolumen in Höhe von 9.729,0 Tsd. EUR in 2017.

422 01	012	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten	9.390,8	a)	9.643,8
			9.004,2	b)	
			8.863,3	c)	
422 02	012	Bezüge und Nebenleistungen für abgeordnete Beamtinnen und Beamte	94,7	a)	74,7
			0,0	b)	
			36,8	c)	
422 04	012	Leistungsprämien für Beamtinnen und Beamte gem. § 76 LBesGBW	0,0	a)	0,0
			0,0	b)	
			0,0	c)	

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0312 Landratsämter

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
428 01	012	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
453 01	012	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.		10,5 4,7 0,0	a) b) c)	10,5
Erläuterung:						
Veranschlagt sind:			Tsd. EUR			
1. Trennungsgelder			8,5			
2. Umzugskostenvergütungen			2,0			
			zus. <u>10,5</u>			
Zwischensumme Personalausgaben			9.496,0		a)	9.729,0

Sächliche Verwaltungsausgaben

Erläuterung: Die sächlichen Kosten der Landratsämter werden von den Landkreisen getragen. Bei den sächlichen Verwaltungsausgaben werden nur diejenigen Beträge veranschlagt, die unmittelbar mit der Besetzung der Landratsämter mit staatlichen Beamtinnen und Beamten zusammenhängen.

546 49	012	Vermischte Verwaltungsausgaben		42,7 11,9 11,9	a) b) c)	38,7
Die Tit. 546 49 und 633 01 sind gegenseitig deckungsfähig. Ersätze fließen den Mitteln zu.						

Erläuterung:

Veranschlagt sind:		Tsd. EUR
4. Sonstige vermischte Ausgaben		
a) Schadensersatzleistungen; vgl. auch § 53 Abs. 2 und § 56 Abs. 2 LKrO	33,7	
b) Sonstiges, insbesondere Kosten für den Rechtsschutz für Landesbeamtinnen und Landesbeamte	5,0	
	zus. <u>38,7</u>	

Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben 42,7 a) 38,7

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0312 Landratsämter

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

**Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Investitionen)**

633 01	012	Erstattung mittelbarer Verwaltungskosten	78,2		a)	21,3
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Die Mittel sind übertragbar. Die Tit. 546 49 und 633 01 sind gegenseitig deckungsfähig. Ersätze fließen den Mitteln zu.

Erläuterung: Veranschlagt sind:

- a) die mittelbaren sächlichen Kosten der Landratsämter als untere Verwaltungsbehörden in den in § 52 Abs. 2 LKrO festgelegten Fällen. In den Einzelplänen der Fachressorts und bei Kap. 0310 Tit. Gr. 75 (Kosten für Ölwehr Bodensee) sind hierfür auch Mittel für den dortigen Bereich veranschlagt;
- b) die Kosten für Folgen fehlerhafter Weisungen nach § 129 Abs. 5 GemO und § 51 Abs. 2 LKrO im Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration.

Dieser Titel umfasst auch Leistungen, die von den Regierungspräsidien festzusetzen sind.

Zwischensumme Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	78,2	a)	21,3
---	------	----	------

Gesamtausgaben	9.616,9	a)	9.789,0
-----------------------	---------	----	---------

Abschluss Kapitel 0312

Gesamteinnahmen	0,0	a)	0,0
------------------------	-----	----	-----

Personalausgaben	9.496,0	a)	9.729,0
-------------------------	---------	----	---------

Sächliche Verwaltungsausgaben	42,7	a)	38,7
--------------------------------------	------	----	------

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	78,2	a)	21,3
---	------	----	------

Gesamtausgaben	9.616,9	a)	9.789,0
-----------------------	---------	----	---------

Kapitel 0312 Zuschuss	9.616,9	a)	9.789,0
------------------------------	---------	----	---------

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0314 Zentrale Veranschlagungen Polizei

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Vorbemerkung:

In Kap. 0314 sind die zentral durch das Landespolizeipräsidium zu steuernden Bereiche wie die zentralen Beschaffungen Ausstattung Polizei und die Abwicklung der Polizeistrukturreform veranschlagt. Darüber hinaus sind die Mittel für die Besoldung und Vergütung der in den regionalen Polizeipräsidien tätigen Beamten/-innen und Arbeitnehmer/-innen veranschlagt. Dies ergibt sich aus der zentralen Stellenveranschlagung im Stellenteil bei Kap. 0314.

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 02	042	Gebühren	2.200,0 3.185,3 3.011,3	a) b) c)	3.000,0
--------	-----	----------	-------------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Veranschlagt sind Gebühren für die polizeiliche Begleitung von Großraum- und Schwertransporten nach dem Landesgebührengesetz.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

119 49	042	Vermischte Einnahmen	0,0 0,0 0,1	a) b) c)	0,0
--------	-----	----------------------	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind die Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen sowie sonstige Einnahmen (Verwaltungskostenzuschläge für verkaufte, verlorene oder beschädigte Gegenstände u. dgl.).

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

119 50	042	Einnahmen aus Schadensersatzansprüchen	647,9 50,4 120,9	a) b) c)	647,9
--------	-----	--	------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Einnahmen aus Schadensersatzforderungen wegen Heilbehandlungskosten für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte. Die Veranschlagung und Verbuchung der Einnahmen aus Schadensersatzansprüchen bei vom Landesamt für Besoldung und Versorgung gewährten Leistungen erfolgt bei Kap. 1212 Tit. 119 50.

Zwischensumme Verwaltungseinnahmen			2.847,9	a)	3.647,9
---	--	--	---------	----	---------

Übrige Einnahmen

272 01	042	Zuweisungen der EU und Dritter für EU-Projekte	0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
--------	-----	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Vereinnahmt werden Zuweisungen der EU und Kofinanzierungsbeiträge Dritter für EU-Projekte. Vgl. Vermerk bei Tit. 547 03.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0314 Zentrale Veranschlagungen Polizei

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

282 01	042	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland		0,0	a)	0,0
				110,0	b)	
				35,0	c)	

Erläuterung: Vereinnahmt werden ggf. Beiträge und Zuwendungen Dritter für Maßnahmen der Kriminalprävention sowie private Gelder, die der Aufklärung einer Straftat dienen. Hierunter fallen auch Beiträge und Zuwendungen für sonstige Zwecke, sofern deren Annahme im Einzelfall durch das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration genehmigt wurde.

Zwischensumme Übrige Einnahmen 0,0 a) 0,0

Gesamteinnahmen 2.847,9 a) 3.647,9

Ausgaben

Die Ausgabeermächtigung bei Kap. 0314 erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 111 02. Sie erhöht sich ferner um die Einnahmen bei den Tit. 119 49 und 282 01.

Personalausgaben

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Polizeireform können Beamtinnen und Beamte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer temporär von Regierungspräsidien zu Polizeidienststellen und von Polizeidienststellen zu Regierungspräsidien ohne Besoldungs- bzw. Vergütungersatz abgeordnet werden.

422 01	042	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten		863.121,7	a)	923.479,2
				911.544,4	b)	
				888.236,6	c)	

Im Rahmen der Ausbildung für den gehobenen und höheren Polizeivollzugsdienst und zur Wahrnehmung von besonderen Aufgaben können Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte zu anderen Polizeidienststellen und zum Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration ohne Besoldungsersatz abgeordnet werden.

Erläuterung: In dem Haushaltsansatz sind einschließlich der Zulagen nach Maßgabe der besoldungsgesetzlichen Vorschriften enthalten: Tsd. EUR

1.1 Aufwandsentschädigungen und Zuwendungen aus Gründen der Fürsorge:	
- Fahndungskostenpauschale von mtl. 20,45 EUR für die im Vollzugsdienst verwendeten Kriminalbeamtinnen und Kriminalbeamten und für die zur Kriminalpolizei abgeordneten Beamtinnen und Beamten der Schutzpolizei	621,0
- steuerfreie Aufwandsentschädigungen nach der AER	10,0
- Schul- und Kinderreisebeihilfen an Beamtinnen und Beamte bei der Vertretung des Landes bei der EU	0,0
1.2 Sonstiges:	
- Zuschuss zu den von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten an die Krankenversicherungen zu zahlenden Versicherungsbeiträgen; § 20 der Heilfürsorgeverordnung - HVO vom 3. Januar 2011 (GBl. S. 16)	29,4
- Zulage für den Umgang mit Munition und Explosivstoffen	2,6

Übertragen nach Kap. 0316 Tit. 422 01 Erl. Ziff. 1.2 88,5 Tsd. EUR.
Übertragen nach Kap. 0316 Tit. 428 05 Erl. Ziff. 2 26,7 Tsd. EUR.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0314 Zentrale Veranschlagungen Polizei

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

428 01	042	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)	113.123,3 109.380,0 111.000,3		a) b) c)	109.971,0
--------	-----	--	-------------------------------------	--	----------------	-----------

Erläuterung: Veranschlagt sind:

Neben den ordentlichen Bezügen für die tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einschließlich der nicht besonders aufgeführten Zulagen aufgrund von Tarifverträgen

Tsd. EUR

- | | |
|--|-------|
| 3. 20/20 Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten und sonstige in einem privatrechtlichen Ausbildungsverhältnis beschäftigte Personen sowie Praxissemesterstudentinnen und -studenten | |
| 4. Zuwendungen aus Gründen der Fürsorge:
- Schul- und Kinderreisebeihilfen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Vertretung des Landes bei der EU | 0,0 |
| 5. Aufwandsentschädigungen:
- Steuerfreie Aufwandsentschädigungen nach der AER | 0,0 |
| 6. Sonstige Zulagen (Zulagen nach § 14 TV-L, Zulagen nach §§ 10 und 18 TVÜ-Länder, Zulagen nach § 19 TV-L, Wechselschicht- und Schichtdienstzulagen) | 494,4 |
| 7. Entschädigung zur pauschalen Abgeltung für Aufwendungen der Berufskraftfahrer gem. Nr. 19 der VwV Kfz für 17 Arbeitnehmer je 25,00 EUR im Monat | 5,1 |
| 8. Sonstiges (Leistungen zur Wahrung des Besitzstandes) | 60,0 |

443 02	042	Heilfürsorgeleistungen	45.633,9 49.522,5 47.243,0		a) b) c)	46.495,5
--------	-----	------------------------	----------------------------------	--	----------------	----------

Ersätze fließen den Mitteln zu.

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten der Heilfürsorge für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten nach §§ 1 und 2 der Heilfürsorgeverordnung - HVO - vom 3. Januar 2011 (GBl. S. 16) sowie Leistungen im Rahmen der Unfallfürsorge, aber nur soweit es sich um solche nach § 48 und § 49 Abs. 1 LBeamtVGBW handelt. Wegen der übrigen Leistungen im Rahmen der Unfallfürsorge vgl. Kap. 0302 Tit. 443 01 und der Leistungen nach § 20 der o. a. Verordnung vgl. Erläuterung zu Tit. 422 01 der Kap. 0314 bis 0318.

Die Arzneien für die Sanitätsstellen sind bei Kap. 0315 Tit. 514 03 veranschlagt. Die Aufgaben auf dem Gebiet der Heilfürsorge für die heilfürsorgeberechtigten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten werden vom Landesamt für Besoldung und Versorgung Baden-Württemberg wahrgenommen. Die Kosten der Heilfürsorge für diese Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sind hier veranschlagt. Ferner sind veranschlagt die Kosten für vorbeugende Behandlung durch ärztliche Maßnahmen für heilfürsorgeberechtigte Beamtinnen und Beamte des Landesamts für Verfassungsschutz, die den Zuschuss für an Krankenversicherungen zu entrichtende Versicherungsbeiträge erhalten.

Übertragen von Kap. 0302 Tit. 461 01 15,2 Tsd. EUR.

453 01	042	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.	2.928,0 1.123,8 2.223,5		a) b) c)	0,0
--------	-----	--	-------------------------------	--	----------------	-----

Zwischensumme Personalausgaben	1.024.806,9	a)	1.079.945,7
---------------------------------------	-------------	----	-------------

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0314 Zentrale Veranschlagungen Polizei

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01	042	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	140,0 931,0 82,6	a) b) c)		100,0
511 02	042	Geräte und Waffen	300,0 0,0 0,0	a) b) c)		0,0
517 01	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)	700,0 0,0 0,0	a) b) c)		0,0
532 01	042	Umzugs- und Verlegungskosten	106,0 282,7 584,4	a) b) c)		365,0
534 01	042	Dienstleistungen Dritter u. dgl.	450,0 88,4 394,5	a) b) c)		450,0
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für externe Unterstützung für das Kompetenzzentrum zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen (islamistischen) Extremismus Baden-Württemberg (KPEBW).						
544 01	042	Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung Aufklärungs-, Informationsmaterial und sonstige Werbeträger können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden. Ersätze fließen den Mitteln zu.	25,8 26,5 30,3	a) b) c)		35,8
547 01	729	Allgemeine Maßnahmen zur Hebung der Verkehrssicherheit und zur Bekämpfung von Unfällen im Straßenverkehr Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.	145,4 289,6 181,8	a) b) c)		145,4

Erläuterung: Fortführung von Verkehrssicherheitskampagnen der Polizei.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0314 Zentrale Veranschlagungen Polizei

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

547 02	042	Sachaufwand		130,0	a)	120,0
				164,4	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Prävention, Geschäftsstelle IM-LPP	50,0
2. Sonstiges	70,0
zus.	120,0

547 03	042	Sachaufwand für EU-Projekte		0,0	a)	0,0
				12,6	b)	
				13,9	c)	

Ausgaben sind bis zur Höhe der Einnahmen bei Tit. 272 01 zulässig.

Erläuterung: Die EU fördert mit Zuweisungen die Entwicklung des europäischen Raumes z.B. durch Hilfen zum Aufbau von Verwaltungsstrukturen (sog. IPA-Programm). Leertitel, da das Aufkommen bei Tit. 272 01 nicht geschätzt werden kann.

Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben	1.997,2	a)	1.216,2
--	---------	----	---------

**Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Investitionen)**

631 02	042	Verwaltungskostenerstattung an den Bund für die Inanspruchnahme von Polizeikräften		28,2	a)	28,2
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um Minderausgaben bei den von § 6 Abs. 1 Satz 1 Nummer 4.1 Staatshaushaltsgesetz umfassten Titeln des Kap. 0314.

Erläuterung: Für Schutz- und Sicherungsmaßnahmen (Personen- und Objektschutz) müssen zur Unterstützung der Polizei des Landes Polizeikräfte des Bundes und anderer Bundesländer herangezogen werden. Veranschlagt ist der Ersatz der dem Bund und den Ländern zusätzlich entstehenden Kosten (Mehrarbeitsvergütungen, Zulage für lageorientierten Dienst, reisekostenrechtliche Abfindung u.a.).

632 01	042	Verwaltungskostenerstattung an das Land Nordrhein-Westfalen für die Inanspruchnahme der Deutschen Hochschule der Polizei Münster		1.230,0	a)	1.230,0
				943,7	b)	
				1.318,8	c)	

Die Mittel sind übertragbar.

Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um Minderausgaben bei den von § 6 Abs. 1 Satz 1 Nummer 4.1 Staatshaushaltsgesetz umfassten Titeln der Kap. 0315, 0316, 0318 und 0335 bis 0346.

Erläuterung: Veranschlagt ist der Kostenanteil des Landes nach dem Abkommen über die einheitliche Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter für den höheren Polizeivollzugsdienst und über die Deutsche Hochschule der Polizei Münster.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0314 Zentrale Veranschlagungen Polizei

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
632 02	042	Verwaltungskostenerstattung an einzelne Länder für die Inanspruchnahme von Polizeikräften	0,0 55,6 0,0		a) b) c)	0,0
		Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um Minderausgaben bei den von § 6 Abs. 1 Satz 1 Nummer 4.1 Staatshaushaltsgesetz umfassten Titeln des Kap. 0314.				
		Erläuterung: Vgl. Erläuterung bei Tit. 631 02.				
685 01	042	Zuschuss an die Kriminologische Zentralstelle e.V.	5,2 11,5 2,6		a) b) c)	10,0
		Erläuterung: Nach dem Staatsvertrag vom 25. Juni 2009 über die Einrichtung eines nationalen Mechanismus aller Länder nach Artikel 3 des Fakultativprotokolls vom 18. Dezember 2002 zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe wird bei der Kriminologischen Zentralstelle e.V. mit Sitz in Wiesbaden eine Kommission zur Verhütung von Folter eingerichtet. Die Kosten tragen der Bund und die Bundesländer, letztere nach dem „Königsteiner Schlüssel“. Der Anteil des Landes wird zwischen Justiz-, Innen- und Sozialverwaltung aufgeteilt.				
685 49	042	Mitgliedsbeiträge an Verbände, Vereine, Gesellschaften, Organisationen u. dgl.	1,5 1,5 1,5		a) b) c)	1,5
		Erläuterung: Veranschlagt ist der Beitrag des Landes für das Deutsche Polizeisportkuratorium.				
Zwischensumme Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			1.264,9		a)	1.269,7
Ausgaben für Investitionen						
893 01	729	Zuschüsse an Verbände für die Einrichtung von Verkehrsschulen	21,1 21,1 21,0		a) b) c)	21,1
		Die Mittel sind übertragbar.				
		Erläuterung: Die Zuschüsse werden projektbezogen aufgrund von Förderrichtlinien gewährt.				
Zwischensumme Ausgaben für Investitionen			21,1		a)	21,1

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0314 Zentrale Veranschlagungen Polizei

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Titelgruppen

69		Aufwand für Informationstechnik				
511 69A	042	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		60,0 729,0 460,7	a) b) c)	0,0
511 69B	042	Fernmeldegebühren u. dgl.		240,0 6,0 10,0	a) b) c)	0,0
Summe Titelgruppe 69				300,0	a)	0,0

72 Staatsbesuche und staatliche Großveranstaltungen

Die Mittel sind übertragbar. Der Gruppentitel 453 72 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten von Tit. 422 72. Die Gruppentitel 518 72 bis 812 72 sind gegenseitig deckungsfähig. Die Titel 422 72 und 453 72 dürfen zur Verstärkung von Titel 422 05 Erläuterungsziffer 1 - Zulage für lageorientierten Dienst - und Titel 453 01 in den Kapiteln 0315 - 0318 und Kap. 0335 - 0346 in Anspruch genommen werden.

Erläuterung: Zur Sicherung des Treffens der G 20 Finanzminister und Notenbankchefs am 17. und 18. März 2017 in Baden-Baden.

422 72	042	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	450,0
453 72	042	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütung u. dgl.		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	300,0
518 72	042	Mieten und Pachten		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	300,0
547 72	042	Sachaufwand		0,0 0,0 15,0	a) b) c)	300,0
631 72	042	Verwaltungskostenerstattung an den Bund für die Inanspruchnahme von Polizeikräften		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	50,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0314 Zentrale Veranschlagungen Polizei

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
632 72	042	Verwaltungskostenerstattungen an andere Bundesländer für die Inanspruchnahme von Polizeikräften		0,0 0,0 94,2	a) b) c)	200,0
812 72	042	Erwerb von Maschinen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	400,0
Summe Titelgruppe 72				0,0	a)	2.000,0
73		Zentrale Beschaffungen Ausstattung Polizei				
		Die Gruppentitel sind übertragbar und gegenseitig deckungsfähig.				
547 73	042	Sachaufwand		1.000,0 808,7 1.860,4	a) b) c)	2.584,0
811 73	042	Erwerb von Dienstfahrzeugen u. dgl. im Rahmen der Sicherheitsoffensive Technik Polizei		1.530,0 1.016,5 4.747,2	a) b) c)	3.100,0
812 73	042	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		10.691,8 5.911,9 3.694,3	a) b) c)	19.616,0
				2017 Tsd. EUR		
		Verpflichtungsermächtigung		4.000,0		
		Davon zur Zahlung fällig im Haushaltsjahr 2018bis zu		4.000,0		
Summe Titelgruppe 73				13.221,8	a)	25.300,0
Gesamtausgaben				1.041.611,9	a)	1.109.752,7

Erläuterung: Veranschlagt sind Beschaffungen in den Bereichen Einsatz- und Spezialtechnik.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0314 Zentrale Veranschlagungen Polizei

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Abschluss Kapitel 0314

Verwaltungseinnahmen	2.847,9	a)	3.647,9
Gesamteinnahmen	2.847,9	a)	3.647,9
Personalausgaben	1.024.806,9	a)	1.080.695,7
Sächliche Verwaltungsausgaben	3.297,2	a)	4.400,2
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	1.264,9	a)	1.519,7
Ausgaben für Investitionen	12.242,9	a)	23.137,1
Gesamtausgaben	1.041.611,9	a)	1.109.752,7
Kapitel 0314 Zuschuss	1.038.764,0	a)	1.106.104,8

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0315 Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll	2016	a)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
			Ist Ist	2015 2014	b) c)	
			Tsd. EUR			

Vorbemerkung:

Im Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei sind die Zuständigkeiten im Bereich der technischen Aufgabenwahrnehmung für die Entwicklung, Koordination und Beschaffung bzw. den Betrieb polizeilicher Führungs- und Einsatzmittel sowie Informations- und Kommunikationstechnik zusammengeführt. Außerdem ist in diesem Präsidium das Landespolizeiorchester angesiedelt.

Die Landesregierung sieht in dem konsequenten staatlichen Zugriff auf illegal erworbenes Vermögen einen wichtigen strategischen Ansatz zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, der Wirtschaftskriminalität und der Bandendelikte. Ein Teil der nach erfolgter Opferentschädigung verbleibenden Mehreinnahmen bei Kap. 0503 Tit. 111 43 verstärkt daher nach Maßgabe des Planvermerks die investiven Ausgabeermächtigungen bei Kap. 0315 für Zwecke der Kriminalitätsbekämpfung in diesen Bereichen sowie für Finanzaufstellungen. Beschafft werden insbesondere Geräte, Ausstattungsgegenstände sowie Hard- und Software zur Telekommunikationsüberwachung, für sonstige Observationstechnik sowie für den Ausbau der operativen Fahndung und Auswertung.

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

112 01	042	Geldstrafen und Geldbußen	0,8	a)	0,8
			0,0	b)	
			2,0	c)	
119 49	042	Vermischte Einnahmen	31,5	a)	31,5
			109,3	b)	
			123,5	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind die Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen sowie sonstige Einnahmen (Verwaltungskostenzuschläge für verkaufte, verlorene oder beschädigte Gegenstände u. dgl.).

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

124 01	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	2,4	a)	2,4
			3,5	b)	
			6,2	c)	

Erläuterung: Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

132 01	042	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen, Maschinen und sonstigen beweglichen Sachen	0,0	a)	0,0
			3.835,1	b)	
			114,5	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind Erlöse aus dem Verkauf von Fahrzeugen.

Zwischensumme Verwaltungseinnahmen	34,7	a)	34,7
---	------	----	------

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0315 Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Übrige Einnahmen

232 01	N 042	Sonstige Erstattungen von Ländern	0,0		a)	0,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind Erstattungen einsatzbedingter sächlicher und personeller Mehrkosten, die dem Land durch die Unterstützung der Polizei anderer Länder entstanden sind. Erstattungen im Zusammenhang mit der Unterstützung der Bundespolizei werden ebenfalls hier gebucht.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben und Vermerk bei Tit. 422 05.

232 02	042	Erstattung von Verwaltungskosten	60,0		a)	60,0
			41,1		b)	
			3,2		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind Stromkostenpauschalen für Überfall- und Einbruchmeldeanlagen u. dgl.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

272 01	042	Zuweisungen der EU und Dritter für EU-Projekte	0,0		a)	0,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Vereinnahmt werden Zuweisungen der EU und Kofinanzierungsbeiträge Dritter im Zusammenhang mit dem Programm „Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung“ (ISEC).

Vgl. Vermerk bei Tit. 547 03.

Zwischensumme Übrige Einnahmen			60,0		a)	60,0
---------------------------------------	--	--	------	--	----	------

Titelgruppen

66		Einnahmen für das Medienzentrum im Rahmen des Programmbudgets Medien				
125 66	042	Einnahmen aus dem Betrieb des Medienzentrums	39,4		a)	39,4
			36,3		b)	
			44,1		c)	
Summe Titelgruppe 66			39,4		a)	39,4

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0315 Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
70		Einnahmen für den Digitalfunk				
119 70	042	Vermischte Einnahmen		0,0 1.343,0 3.363,1	a) b) c)	0,0
124 70	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		0,0 60,3 50,6	a) b) c)	0,0
231 70	042	Sonstige Zuweisungen vom Bund		3.304,0 2.349,9 5.696,8	a) b) c)	2.782,6
281 70	N 890	Anteil des Rettungsdienstes an der Finanzierung der Betriebskosten für den Digitalfunk		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	331,7
381 70	890	Anteil der Feuerwehr an der Finanzierung der Betriebskosten für den Digitalfunk		780,0 780,0 780,0	a) b) c)	780,0
Summe Titelgruppe 70				4.084,0	a)	3.894,3
Gesamteinnahmen				4.218,1	a)	4.028,4

Ausgaben

Die von § 6 Abs. 1 Satz 1 Nummer 4.1 Staatshaushaltsgesetz erfassten Titel der Kap. 0315, 0316, 0317 Titelgruppe 93, 0318 und 0335 bis 0346 sind kapitelübergreifend gegenseitig deckungsfähig.

Zu diesem Deckungskreis zählen ferner die Tit. 453 01 und 459 11 der genannten Kapitel und der Gruppentitel 453 in Kap. 0317 Titelgruppe 93; die Tit. 453 01 und 459 11 der genannten Kapitel sind übertragbar.

Die Ausgabeermächtigung bei Kap. 0315 erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 119 49, 124 01, 232 01 und 232 02.

Soweit die Einnahmen bei Kap. 0503 Tit. 111 43 den Betrag von 6.390,0 Tsd. EUR übersteigen, erhöht sich die Ausgabeermächtigung bei den investiven Ausgaben des Kap. 0315 zu Gunsten aller Polizeidienststellen

- bis zu 15.340,0 Tsd. EUR in Höhe von 50 v.H.
- über 15.340,0 Tsd. EUR bis zu 28.120,0 Tsd. EUR in Höhe von 30 v.H. und
- über 28.120,0 Tsd. EUR bis zu 51.110,0 Tsd. EUR in Höhe von 10 v.H. der Mehreinnahmen.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0315 Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Personalausgaben

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Polizeireform können Beamtinnen und Beamte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer temporär von Regierungspräsidien zu Polizeidienststellen und von Polizeidienststellen zu Regierungspräsidien ohne Besoldungs- bzw. Vergütungersatz abgeordnet werden.

422 01	042	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten	18.676,1 20.193,9 20.148,6	a) b) c)	21.770,5
--------	-----	---	----------------------------------	----------------	----------

Im Rahmen der Ausbildung für den gehobenen und höheren Polizeivollzugsdienst und zur Wahrnehmung von besonderen Aufgaben können Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte zu anderen Polizeidienststellen und zum Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration ohne Besoldungsersatz abgeordnet werden.

Erläuterung: In dem Haushaltsansatz sind einschließlich der Zulagen nach Maßgabe der besoldungsgesetzlichen Vorschriften enthalten: Tsd. EUR

1.1 Aufwandsentschädigungen und Zuwendungen aus Gründen der Fürsorge:	
- steuerfreie Aufwandsentschädigungen nach der AER	0,0
- Schul- und Kinderreisebeihilfen an Beamtinnen und Beamte bei der Vertretung des Landes bei der EU	0,0
1.2 Sonstiges:	
- Zuschuss zu den von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten an die Krankenversicherungen zu zahlenden Versicherungsbeiträgen; § 20 der Heilfürsorgeverordnung - HVO vom 3. Januar 2011 (GBl. S. 16)	3,0
- Zulage für den Umgang mit Munition und Explosivstoffen	0,4

422 05	042	Mehrarbeitsvergütung und Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten für Beamtinnen und Beamte und dgl.	106,0 74,4 74,9	a) b) c)	106,0
--------	-----	--	-----------------------	----------------	-------

Die Tit. 422 05 der Kap. 0315 bis 0318 und 0335 bis 0346 sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgabeermächtigung bei den Mehrarbeitsvergütungen und Zulagen für lageorientierten Dienst erhöht sich um die Erstattungen einsatzbedingter Personalmehrausgaben bei Tit. 232 01.

Erläuterung:
Veranschlagt sind: Tsd. EUR

1. Zulage für lageorientierten Dienst	72,5
2. Mehrarbeitsvergütung	33,5
zus.	106,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0315 Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
427 51	042	Sonstige Beschäftigungsentgelte		21,1 37,7 32,9	a) b) c)	21,1
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Ausgaben für Urlaubs- und Krankheitsstellvertretungen, Aushilfen (Praktikantinnen und Praktikanten u. dgl.), vorübergehende Beschäftigungen von Ausgebildeten im Anschluss an die Ausbildung zur Ableistung eines Praxisjahres sowie Sonstiges (Hausdienstvergütungen, Unterrichtsvergütungen, Vergütungen für Vorträge sowie für Vertragsärztinnen und -ärzte und Apothekerinnen und Apotheker u. dgl. einschließlich Reisekosten).</p>						
428 01	042	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)		15.963,0 16.320,9 16.077,3	a) b) c)	17.014,9
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind: Neben den ordentlichen Bezügen für die tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten) einschließlich der nicht besonders aufgeführten Zulagen aufgrund von Tarifverträgen:</p>						
			Tsd. EUR			
3. 2/2 Auszubildende oder Praktikantinnen und Praktikanten und sonstige in einem privatrechtlichen Ausbildungsverhältnis beschäftigte Personen sowie Praxissemesterstudentinnen und -studenten						
6. Sonstige Zulagen (Zulagen nach § 14 TV-L, Zulagen nach §§ 10 und 18 TVÜ-Länder, Zulagen nach § 19 TV-L, Wechselschicht- und Schichtdienstzulagen, Vorarbeiterzulage)			143,6			
7. Entschädigung zur pauschalen Abgeltung für Aufwendungen der Berufskraftfahrer gem. Nr. 19 der VwV Kfz für 1/1 Arbeitnehmer je 25,00 EUR im Monat.			0,3			
8. Sonstiges (Leistungen zur Wahrung des Besitzstandes)			0,5			
428 05	042	Zeitzuschläge, Überstundenentgelte und Entgelte für Mehrarbeit für Beschäftigte		53,2 34,5 46,4	a) b) c)	53,2
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind:</p>						
			Tsd. EUR			
1. Zeitzuschläge			30,0			
2. Überstundenentgelte			8,3			
3. Entgelte für Mehrarbeit			14,9			
			zus. 53,2			
428 06	042	Entgelte der Beschäftigten des Reinigungsdienstes		56,2 100,7 102,7	a) b) c)	56,2
453 01	042	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.		39,6 9,3 26,4	a) b) c)	39,6

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0315 Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

459 11	042	Abfindungen bei geschlossenem Einsatz und bei Übungen		20,0 0,8 0,4	a) b) c)	5,0
--------	-----	---	--	--------------------	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind auch Reisekosten.

Übertragen nach Kap. 0316 Tit. 459 11 15,0 Tsd. EUR

Zwischensumme Personalausgaben		34.935,2	a)	39.066,5
---------------------------------------	--	----------	----	----------

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01	042	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände		235,2 203,8 894,2	a) b) c)	419,2
--------	-----	---	--	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften)	205,2
2. Porto	25,0
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	95,0
4. Unterhaltung und Instandsetzung	90,0
5. Sonstiges	4,0
zus.	419,2

511 02	042	Geräte und Waffen		33,4 -49,0 -3,2	a) b) c)	33,4
--------	-----	-------------------	--	-----------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für:

- Waffen, waffentechnische und sonstige Geräte u. dgl.,
- Unterhaltung der Waffenwerkstätten,
- Unterhaltung und Ergänzung sonstiger Geräte.

514 01	042	Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl.		563,5 222,1 708,5	a) b) c)	563,5
--------	-----	--------------------------------------	--	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Haltung von Dienstkraftfahrzeugen.

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen bei der Polizei insgesamt:	2016	2017
Pkw	49	49
davon geleast	49	49
Kombi-, Einsatz- und Spezialfahrzeuge, Fahrzeuge mit Sonderausstattung, Funk usw.	4.883	4.847
davon geleast	3.376	3.376
Omnibusse, Mannschaftstransportwagen	5	5
Lkw	56	56
Anhänger für Kfz	168	108
Krafträder und Mopeds	151	151
Selbstfahrende Arbeitsmaschinen	44	20
Fahrräder	645	590
zus.	6.001	5.826

Einsparung von 36 Einsatzfahrzeugen im Rahmen der Umsetzung der Polizeistrukturreform.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0315 Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

514 02	042	Dienst- und Schutzkleidung (persönliche Ausrüstungsgegenstände)	68,7 55,2 39,1		a) b) c)	68,7
--------	-----	---	----------------------	--	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Beschaffung und Instandsetzung sowie Reinigung von Dienst-, Sonder- und Schutzkleidung und persönlichen Ausrüstungsgegenständen.

514 03	042	Verbrauchsmittel	87,2 70,5 44,0		a) b) c)	87,2
--------	-----	------------------	----------------------	--	----------------	------

517 01	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)	77,3 34,8 54,8		a) b) c)	77,3
--------	-----	--	----------------------	--	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel (Putzmittel, WC-Bedarf u. dgl.) sowie Sonstiges.

518 02	042	Mieten und Pachten für Maschinen, Fahrzeuge und Geräte	15.433,5 12.809,7 15.972,8		a) b) c)	13.948,7
--------	-----	--	----------------------------------	--	----------------	----------

Die Verpflichtungsermächtigung kann auch bei Tit. 811 01 in Anspruch genommen werden.

	2017
	Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigung	21.000,0
Davon zur Zahlung fällig im	
Haushaltsjahr 2018bis zu	5.500,0
Haushaltsjahr 2019bis zu	6.970,0
Haushaltsjahr 2020bis zu	6.970,0
Haushaltsjahr 2021bis zu	1.560,0

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Leasingraten für Kfz	13.940,4
2. Miete für mobile Unterkünfte, Kosten für die Inanspruchnahme von Mietkraftwagen, Geräten u. dgl. durch die Polizei	8,3
zus.	13.948,7

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen bzw. über die bis 2015 eingegangenen Verpflichtungen und ihre Abdeckung (Beträge in Tsd. EUR).

Bewilligung im Staatshaushaltsplan	Betrag	davon abzudecken aus Haushaltsmitteln				
		2017	2018	2019	2020	2021
bis 2015	14.859,7	10.655,4	3.295,3	909,0	0,0	0,0
2016	36.500,0	3.285,0	12.165,5	12.165,4	8.884,1	0,0
2017	21.000,0	0,0	5.500,0	6.970,0	6.970,0	1.560,0
zus.	72.359,7	13.940,4	20.960,8	20.044,4	15.854,1	1.560,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0315 Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
525 21	042	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten	16,4 53,8 52,9		a) b) c)	16,4
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die fachliche (Aus- und) Fortbildung, Gebühren für die Teilnahme an Lehrgängen, Seminaren und Arbeitstagungen bei der Deutschen Hochschule der Polizei Münster sowie Kosten für Polizeisport einschließlich der Kosten für die Teilnahme an Sportwettkämpfen der Polizei und Mitwirkung bei der Austragung von Meisterschaften.						
526 01	042	Gerichts- und ähnliche Kosten	2,2 3,6 5,0		a) b) c)	2,2
526 11	042	Kosten für Sachverständige	9,4 0,0 0,0		a) b) c)	9,4
527 01	042	Dienstreisen	75,8 93,0 123,2		a) b) c)	57,3
Erläuterung: Reisekosten werden außerdem aus Tit. 427 51, 459 11, 525 21, 546 49 und 546 69 bezahlt. Dienstreisen, die im Rahmen der Aus- und Fortbildung durchgeführt werden, sind bei Tit. 525 21 veranschlagt. Es sind keine Privatfahrzeuge zum Dienstreiseverkehr zugelassen.						
529 01	042	Zur Verfügung der Dienststellenleitung für Aufwand aus dienstl. Veranlassung in besonderen Fällen	0,5 0,4 0,5		a) b) c)	0,5
Erläuterung: Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.						
532 01	042	Umzugs- und Verlegungskosten	2,2 -0,6 2,0		a) b) c)	2,2
534 01	042	Dienstleistungen Dritter u. dgl.	100,0 24,4 8,7		a) b) c)	100,0
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Vergütungen für Hausmeisterleistungen sowie Kosten für die Heranziehung externer Berater u. dgl.						

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0315 Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
534 05	042	Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes	23,3 6,8 3,0		a) b) c)	23,3
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten zur Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes und der dazugehörigen Unfallverhütungsvorschrift GUV 0.5. Enthalten sind die Kosten für die sicherheitstechnische und betriebsärztliche Betreuung der Beschäftigten einschließlich der Kosten für arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen.</p>						
544 01	042	Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung	0,4 3,6 1,8		a) b) c)	0,4
<p>Aufklärungs-, Informationsmaterial und sonstige Werbeträger können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden. Ersätze fließen den Mitteln zu.</p>						
546 49	042	Vermischte Verwaltungsausgaben	57,9 76,1 44,1		a) b) c)	57,9
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Unfallrenten usw. und Entschädigungen an Dritte (in besonderen Fällen auch aus Billigkeitsgründen), Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, das Abschleppen sichergestellter und beschlagnahmter Fahrzeuge sowie für sonstige vermischte Ausgaben wie z. B. Verlustentschädigungen, Schadensersatzleistungen anlässlich von Kfz-Unfällen, Zuwendungen an Polizeichöre und -musikvereine im Land, Reisekosten und Seminargebühren für Personalrätinnen und Personalräte, Vorstellungsreisen, Aufwand anlässlich der Einladung ausländischer Gäste (insbesondere für die Verpflegung ausländischer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamter), Beseitigung von Straßenverunreinigungen u. dgl.</p>						
547 02	042	Einzelmaßnahmen der Verkehrssicherheit	222,5 30,1 0,0		a) b) c)	222,5
<p>Der Ansatz ist bis zur Freigabe durch das Ministerium für Finanzen gesperrt.</p>						
547 03	042	Sachaufwand für EU-Projekte	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	0,0
<p>Ausgaben sind bis zur Höhe der Einnahmen bei Tit. 272 01 zulässig.</p>						
<p>Erläuterung: Die EU fördert mit Finanzhilfen grenzüberschreitende Maßnahmen zur Vermeidung und Bekämpfung aller Arten von Verbrechen sowie zur Stärkung der Strafverfolgung und der justiziellen Zusammenarbeit (sog. ISEC-Programm). Leertitel, da das Aufkommen bei Tit. 272 01 nicht geschätzt werden kann.</p>						
Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben			17.009,4		a)	15.690,1

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0315 Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Ausgaben für Investitionen

811 01	042	Erwerb von Dienstfahrzeugen u. dgl.	3.800,0 254,7 1.723,6		a) b) c)	0,0
--------	-----	-------------------------------------	-----------------------------	--	----------------	-----

Erlöse aus dem Verkauf von vorzeitig ausgesonderten Kraftfahrzeugen für besondere Einsätze und aus der Veräußerung unbrauchbar gewordener Fahrzeuge, für die Dritte schadensersatzpflichtig sind, fließen den Mitteln zu.

811 02	042	Erwerb von Luftfahrzeugen (Hubschrauber)	30.415,7 30.346,8 7,7		a) b) c)	15,7
--------	-----	--	-----------------------------	--	----------------	------

811 03	042	Erwerb von Booten	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	0,0
--------	-----	-------------------	-------------------	--	----------------	-----

812 01	042	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	511,4 589,2 68,7		a) b) c)	511,4
--------	-----	--	------------------------	--	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für das Arbeitsumfeld (insbesondere Dienstzimmereinrichtungen, Unterkunfts-, Büro- und Werkstattausstattungen), Ausstattungsgegenstände für Einsätze und Übungen	350,0
2. Beschaffungen für die Wasserschutzpolizei (Maschinen und Geräte für die Bootsbehalde und die Bootswerkstatt)	42,0
3. Beschaffung von Spezialeinsatztechnik insbesondere für die Sondereinheiten u. dgl.	119,4
zus.	511,4

812 02	042	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl. für die Verkehrssicherheit	200,0 232,9 0,0		a) b) c)	500,0
--------	-----	---	-----------------------	--	----------------	-------

Der Ansatz ist bis zur Freigabe durch das Ministerium für Finanzen gesperrt.

Zwischensumme Ausgaben für Investitionen			34.927,1	a)	1.027,1
---	--	--	----------	----	---------

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0315 Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Titelgruppen

66		Aufwand für das Medienzentrum im Rahmen des Programmbudgets Medien				
		Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 125 66.				
		Erläuterung: Das Medienzentrum der Polizei hat die Aufgabe, audiovisuelle Medien für die Aus- und Fortbildung sowie die Öffentlichkeitsarbeit der Polizei herzustellen, zu beschaffen, zu verwalten und den Dienststellen zur Verfügung zu stellen.				
427 66	042	Sonstige Beschäftigungsentgelte	9,6 1,0 0,8	a) b) c)		9,6
		Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Vergütungen für die beim Medienzentrum eingesetzten Sprecherinnen und Sprecher, Statistinnen und Statisten u. dgl.				
511 66	042	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	47,0 26,2 42,0	a) b) c)		47,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Büro- und Zeichenbedarf, Druck- und Buchbinderarbeiten, Transport- und Frachtkosten sowie Fahrgelder, Bücher, Landkarten, Druckschriften, Zeitschriften, Zeitungen, Gesetz- und Verordnungsblätter, Juris-Zugriffe / sonstige Recherchekosten, Online-Betrieb, für die Beschaffung elektronischer Literatur, von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, von Schreib-, Rechen-, Druck- und sonstigen Maschinen u. dgl. sowie deren Unterhaltung und Instandsetzung.				
514 66	042	Verbrauchsmittel	4,0 0,1 0,0	a) b) c)		4,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Bild- und Tonträger, Grafikbedarf u. dgl.				
518 66	042	Maschinen- und Gerätemieten	8,2 0,0 0,0	a) b) c)		8,2
		Erläuterung: Veranschlagt sind Mieten für Fahrzeuge, Geräte u. dgl.				
525 66	042	Aus- und Fortbildung	3,6 10,1 6,8	a) b) c)		3,6

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0315 Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
			Tsd. EUR			
534 66	042	Dienstleistungen Dritter u. dgl.	140,1		a)	140,1
			141,7		b)	
			179,4		c)	
Erläuterung: Veranschlagt sind Kosten für Beratungen, Erstellung von Drehbüchern, Urheberrechte u. dgl. sowie Kosten für das Projekt „Polizei-Online“.						
546 66	042	Sonstiger Sachaufwand	0,0		a)	0,0
			0,0		b)	
			2,9		c)	
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Sachleistungen an Dritte für die Unterstützung bei Produktionen u. dgl.						
547 66	042	Sachaufwand für EU-Projekte	0,0		a)	0,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	
812 66	042	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	0,0		a)	0,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	
Summe Titelgruppe 66			212,5		a)	212,5

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0315 Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

69 Aufwand für Informationstechnik

Ersätze fließen den Mitteln zu.

Erläuterung:

- Veranschlagt sind die Mittel für den zentralen IuK-Betrieb. Dies umfasst insbesondere die Weiterentwicklung von polizeilichen Fachverfahren im Rahmen der Länderkooperation mit Hamburg, Hessen und Brandenburg, den Betrieb der polizeilichen Infrastruktur mit PC-Arbeitsplätzen sowie dezentralen und zentralen Servern und Datenspeichersystemen und das hierzu erforderliche Informations- und Kommunikationsnetz. Bei Kap. 0315 sind auch die Mittel für diese Aufwände bei den Kapiteln 0316 bis 0318 und 0335 bis 0346 mit veranschlagt.
- Die bisher vom Landeskriminalamt wahrgenommene Aufgabe einer Zentralstelle für die Planung, die Einrichtung und den Betrieb von Informationssystemen und damit auch die Betriebsverantwortung für das Rechenzentrum der Polizei (RZP) obliegt mit der Umsetzung der Polizeistrukturreform zum 1. Januar 2014 dem Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei. Das RZP dient gleichzeitig der Landesoberbehörde IT Baden-Württemberg (BITBW) als Ausfallrechenzentrum für die polizeilichen Systeme und steht im Rahmen des Möglichen auch anderen Verwaltungen zur Verfügung.

511 69A	042	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	1.236,4	a)	2.236,4
			593,7	b)	
			394,7	c)	

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. zentraler IuK-Betrieb	2.000,0
2. Beschaffung, Wartung und Instandhaltung von Ausstattungsgegenständen und Geräten für die DV und von informationstechnischen Geräten, Unterhaltung und Ergänzung von fernsprech- und fernmeldetechnischen Einrichtungen der Polizei, Unterhaltung und Beschaffung von Rundfunk- und Fernsehgeräten sowie Lizenzkosten für Software.	236,4
zus.	2.236,4

511 69B	042	Fernmeldegebühren u. dgl.	227,8	a)	225,5
			414,7	b)	
			1.944,9	c)	

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen u. dgl.	110,3
2. Gebühren und Kosten für Mobilfunk u. dgl.	19,0
3. Instandhaltungs- und Wartungskosten für Fernmeldeanlagen	40,0
4. Rundfunkbeiträge	2,5
5. Sonstiges (z.B. Notrufanlagen, Anbindung Dienststellen u. dgl.)	53,7
zus.	225,5

Übertragen nach Kap. 1209 Tit. 517 01 2,3 Tsd. EUR

514 69	042	Verbrauchsmittel	56,7	a)	56,7
			19,4	b)	
			29,5	c)	

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0315 Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

518 69	042	Maschinen- und Gerätemieten		15.761,2	a)	11.761,2
				6.688,9	b)	
				6.034,2	c)	

	2017
	Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigung	11.080,0
Davon zur Zahlung fällig im	
Haushaltsjahr 2018bis zu	2.570,0
Haushaltsjahr 2019bis zu	2.770,0
Haushaltsjahr 2020bis zu	2.770,0
Haushaltsjahr 2021bis zu	2.770,0
Haushaltsjahr 2022bis zu	200,0

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. zentraler IuK-Betrieb	11.675,0
2. Mieten für informationstechnische Geräte wie Kopierer u. dgl.	86,2
zus.	11.761,2

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und ihre Abdeckung (Beträge in Tsd. EUR)

Bewilligung im Haushaltsplan	Betrag	davon abzudecken aus Haushaltsmitteln					
		2017	2018	2019	2020	2021	2022ff
bis 2015	16.278,4	5.551,7	5.551,7	3.775,0	1.400,0		
2016	11.040,0	2.680,0	2.760,0	2.760,0	2.760,0	80,0	
2017	11.080,0	2.570,0	2.770,0	2.770,0	2.770,0	2.770,0	200,0
zus.	38.398,4	8.231,7	10.881,7	9.305,0	6.930,0	2.850,0	200,0

525 69	042	Aus- und Fortbildung		35,9	a)	35,9
				311,8	b)	
				185,5	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die fachliche Fortbildung (einschließlich Reisekosten) im IuK-Bereich.

534 69	042	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		10.125,4	a)	13.125,4
				12.999,1	b)	
				17.999,2	c)	

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. zentraler IuK-Betrieb	9.981,3
2. Kosten für Systemberatung und Programmierarbeiten durch Dritte im Rahmen des landesweiten DV-Netztes der Polizei	3.144,1
zus.	13.125,4

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0315 Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

546 69	042	Vermischte Verwaltungsausgaben		0,3 2,3 5,5	a) b) c)	0,3
--------	-----	--------------------------------	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten für Anzeigen-Formulare sowie für Änderungen und Ergänzungen der INPOL Bund/Land-Anweisungen für die Polizeidienststellen des Landes, ferner Bedienhandbücher und Fachzeitschriften.

812 69	042	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		825,1 2.193,1 1.612,6	a) b) c)	825,1
--------	-----	--	--	-----------------------------	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. zentraler IuK-Betrieb	500,0
2. Elektronische Datenverarbeitung	325,1
- insbesondere Geräte zur Leistungsanpassung in den Bereichen RZP, IKNPOL sowie Hard- und Software für spezielle Ermittlungsbereiche	
- Telekommunikationswesen	
- insbesondere Funkausstattung, fernmeldetechnische Anlagen, Geräte u. dgl. sowie fernmeldetechnische Ausstattung und Ausrüstung	
- Sonstiges	
wie Telekommunikationsüberwachung, Notruf, Sondereinheiten der Polizei, Ersatzbeschaffungen von Netzwerkkomponenten für Sprechfunksysteme, IT-Beweissicherung, Wohnraumüberwachung, Ausstattung für die Bekämpfung der IuK-Kriminalität sowie Lizenzkosten für Software.	
zus.	825,1

Summe Titelgruppe 69	28.268,8	a)	28.266,5
-----------------------------	----------	----	----------

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0315 Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
70		Aufwand für den Digitalfunk				
		Die Mittel sind übertragbar. Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um die Einnahmen bei Tit. 119 70, 124 70 und die Mehreinnahmen bei Tit. 231 70. Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 381 70.				
429 70	042	Personalaufwand		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
518 70	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude, Räume und Anlagen		8.732,7 5.476,1 5.578,1	a) b) c)	8.554,3
519 70	042	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen		3.782,1 1.551,5 1.446,5	a) b) c)	4.079,7
525 70	042	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten		15,0 42,3 21,4	a) b) c)	48,6
527 70	042	Dienstreisen		19,2 61,0 54,6	a) b) c)	12,1
534 70	042	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		18,0 5.056,8 4.336,3	a) b) c)	1.199,6
547 70	042	Sachaufwand		34,6 283,9 523,0	a) b) c)	299,4
631 70	042	Verwaltungskostenerstattung an den Bund für den Betrieb der BOS-Anstalt		12.641,4 9.480,0 9.695,1	a) b) c)	13.468,2
		Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für den Betrieb des BOS-Digitalfunknetzes, die Kostenbeteiligung des Landes an der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) sowie Zahlungen für Basisbetriebsleistungen des Betreibers (Gesamtnetzplanung, Sicherheitskonzept, Dokumentation, Projekthandbuch usw.)				
711 70	042	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten		4.044,0 5.408,8 2.628,4	a) b) c)	761,8

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0315 Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
812 70	042	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		806,0 5.107,5 4.199,9	a) b) c)	4.216,7
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Investitionen für Übertragungsstrecken, Leitstellenanbindung und Endgeräte.						
821 70	042	Grunderwerb		0,0 0,0 7,0	a) b) c)	0,0
881 70	042	Zuweisungen für Investitionen an den Bund		1.238,9 872,9 2.581,7	a) b) c)	10,4
892 70	042	Zuweisungen für Investitionen an private Unternehmen		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,4
Summe Titelgruppe 70				31.331,9	a)	32.651,2
Gesamtausgaben				146.684,9	a)	116.913,9
Abschluss Kapitel 0315						
Verwaltungseinnahmen				74,1	a)	74,1
Übrige Einnahmen				4.144,0	a)	3.954,3
Gesamteinnahmen				4.218,1	a)	4.028,4
Personalausgaben				34.944,8	a)	39.076,1
Sächliche Verwaltungsausgaben				57.257,6	a)	57.528,1
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)				12.641,4	a)	13.468,2
Ausgaben für Investitionen				41.841,1	a)	6.841,5
Gesamtausgaben				146.684,9	a)	116.913,9
Kapitel 0315 Zuschuss				142.466,8	a)	112.885,5

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0316 Polizeipräsidium Einsatz

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Vorbemerkung:

Das Polizeipräsidium Einsatz besteht aus den Einsatzeinheiten der bisherigen Bereitschaftspolizei, allen Spezialeinheiten der Polizei (Spezialeinsatzkommando, vier Mobile Einsatzkommandos und zwei Personenschutzkommandos), der Polizeihubschrauberstaffel, der Wasserschutzpolizei, der Polizeireiterstaffeln sowie der Polizeihundeführerschule. Das Polizeipräsidium Einsatz bietet den regionalen Polizeipräsidiien, dem Landeskriminalamt sowie den Polizeien des Bundes und der Länder einsatzunterstützende Kompetenzen aus einer Hand.

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 02	N 042	Gebühren	0,0	a)		12,0
			0,0	b)		
			0,0	c)		

Erläuterung: Veranschlagt sind Gebühren nach dem Landesgebührengesetz sowie Gebühren für Amtshandlungen einschließlich Vollstreckungsmaßnahmen des Polizeivollzugsdienstes mit Ausnahme der Gebühren für die polizeiliche Begleitung von Großraum- und Schwertransporten.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

112 01	042	Geldstrafen und Geldbußen	3,1	a)		3,1
			0,9	b)		
			0,2	c)		

119 49	042	Vermischte Einnahmen	117,3	a)		105,3
			47,4	b)		
			34,1	c)		

Erläuterung: Veranschlagt sind die Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen sowie sonstige Einnahmen (Verwaltungskostenzuschläge für verkaufte, verlorene oder beschädigte Gegenstände u. dgl.).

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

124 01	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	8,9	a)		8,9
			10,5	b)		
			10,8	c)		

Erläuterung: Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0316 Polizeipräsidium Einsatz

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

125 31	042	Aus der Verköstigung von Staatsbediensteten, Schülerinnen und Schülern, Lehrgangsteil- nehmerinnen und -teilnehmern, Gästen u. dgl.	500,0 904,0 828,7	a) b) c)		900,0
--------	-----	---	-------------------------	----------------	--	-------

Erläuterung: Für Bedienstete anderer Dienststellen wird ein Verwaltungskostenzuschlag, für andere Gäste zusätzlich ein Einzelessenszuschlag erhoben. Der Ausgleich für Verpflegung bei geschlossenen Einsätzen und Übungen ist ebenfalls enthalten.

Vgl. Vermerk bei Tit. 514 31.

Zwischensumme Verwaltungseinnahmen		629,3	a)	1.029,3
---	--	-------	----	---------

Übrige Einnahmen

232 01	042	Sonstige Erstattungen von Ländern	180,0 3.053,2 1.357,2	a) b) c)		180,0
--------	-----	-----------------------------------	-----------------------------	----------------	--	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind Erstattungen einsatzbedingter sächlicher und personeller Mehrkosten, die dem Land durch die Unterstützung der Polizei anderer Länder entstanden sind. Erstattungen im Zusammenhang mit der Unterstützung der Bundespolizei werden ebenfalls hier gebucht.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben und Vermerk bei Tit. 422 05.

282 01	N 042	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	0,0 0,0 0,0	a) b) c)		0,0
--------	-------	-----------------------------------	-------------------	----------------	--	-----

Erläuterung: Vereinnahmt werden ggf. Beiträge und Zuwendungen Dritter für Maßnahmen der Kriminalprävention sowie private Gelder, die der Aufklärung einer Straftat dienen. Hierunter fallen auch Beiträge und Zuwendungen für sonstige Zwecke, sofern deren Annahme im Einzelfall durch das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration genehmigt wurde.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Zwischensumme Übrige Einnahmen		180,0	a)	180,0
---------------------------------------	--	-------	----	-------

Gesamteinnahmen		809,3	a)	1.209,3
------------------------	--	-------	----	---------

Ausgaben

Die von § 6 Abs. 1 Satz 1 Nummer 4.1 Staatshaushaltsgesetz erfassten Titel der Kap. 0315, 0316, 0317 Titelgruppe 93, 0318 und 0335 bis 0346 sind kapitelübergreifend gegenseitig deckungsfähig.

Zu diesem Deckungskreis zählen ferner die Tit. 453 01 und 459 11 der genannten Kapitel und der Gruppentitel 453 in Kap. 0317 Titelgruppe 93; die Tit. 453 01 und 459 11 der genannten Kapitel sind übertragbar.

Die Ausgabeermächtigung bei Kap. 0316 erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 111 02, 119 49, 124 01, 232 01 und 282 01.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0316 Polizeipräsidium Einsatz

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Personalausgaben

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Polizeireform können Beamtinnen und Beamte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer temporär von Regierungspräsidien zu Polizeidienststellen und von Polizeidienststellen zu Regierungspräsidien ohne Besoldungs- bzw. Vergütungsersatz abgeordnet werden.

422 01	042	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten	95.733,9 83.794,4 80.329,6	a) b) c)	85.498,5
--------	-----	---	----------------------------------	----------------	----------

Im Rahmen der Ausbildung für den gehobenen und höheren Polizeivollzugsdienst und zur Wahrnehmung von besonderen Aufgaben können Polizeibeamtinnen und -beamte zu anderen Polizeidienststellen und zum Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration ohne Besoldungsersatz abgeordnet werden.

Erläuterung: In dem Haushaltsansatz sind einschließlich der Zulagen nach Maßgabe der besoldungsgesetzlichen Vorschriften enthalten:

	Tsd. EUR
1.1 Aufwandsentschädigungen und Zuwendungen aus Gründen der Fürsorge:	
- Fahndungskostenpauschale von mtl. 20,45 EUR für die im Vollzugsdienst verwendeten Kriminalbeamtinnen und Kriminalbeamten und für die zur Kriminalpolizei abgeordneten Beamtinnen und Beamten der Schutzpolizei	61,4
- steuerfreie Aufwandsentschädigungen nach der AER	0,0
- Schul- und Kinderreisebeihilfen an Beamtinnen und Beamte bei der Vertretung des Landes bei der EU	0,0
1.2 Sonstiges:	
- Zuschuss zu den von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten an die Krankenversicherungen zu zahlenden Versicherungsbeiträgen; § 20 der Heilfürsorgeverordnung - HVO vom 3. Januar 2011 (GBl. S. 16)	3,0
- Zulagen für Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte für besondere polizeiliche Einsätze (§ 19 EZulVO)	1.015,5
- Zulage für den Umgang mit Munition und Explosivstoffen	0,2
- Zulagen für Tauchtätigkeit	49,3
- Aufwandsentschädigung an Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte im Personenschutz (VwVBKIPSErstattPol)	21,2
Übertragen von Kap. 0302 Tit. 461 01	316,0 Tsd. EUR.
Übertragen von Kap. 0314 Tit. 422 01 Erl. Ziff. 1.1	88,5 Tsd. EUR.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0316 Polizeipräsidium Einsatz

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

422 05	042	Mehrarbeitsvergütung und Zulagen für Dienst zu un- günstigen Zeiten für Beamtinnen und Beamte u. dgl.	2.135,4 3.773,6 2.224,4		a) b) c)	2.135,4
--------	-----	--	-------------------------------	--	----------------	---------

Die Tit. 422 05 der Kap. 0315 bis 0318 und 0335 bis 0346 sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgabeermächtigung bei den Mehrarbeitsvergütungen und Zulagen für lageorientierten Dienst erhöht sich um die Erstattungen einsatzbedingter Personalmehrausgaben bei Tit. 232 01. Die Mittel für Mehrarbeitsvergütung und Zulage für lageorientierten Dienst können auch zur Abgeltung von entsprechenden Ansprüchen der Angehörigen des Präsidiums Technik, Logistik, Service der Polizei (Kap. 0315), der Beamten in Ausbildung (Kap. 0317 Tit. 422 03), der Angehörigen des Landeskriminalamtes (Kap. 0318) und der Angehörigen der regionalen Polizeipräsidien (Kap. 0335 bis 0346) verwendet werden.

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Zulage für lageorientierten Dienst	1.793,3
2. Mehrarbeitsvergütung	342,1
zus.	2.135,4

427 51	042	Sonstige Beschäftigungsentgelte	2,8 100,8 18,5		a) b) c)	10,7
--------	-----	---------------------------------	----------------------	--	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Ausgaben für Urlaubs- und Krankheitsstellvertretungen, Aushilfen (Praktikantinnen und Praktikanten bei der Kriminalpolizei), vorübergehende Beschäftigungen von Ausgebildeten im Anschluss an die Ausbildung zur Ableistung eines Praxisjahres sowie Sonstiges (Hausdienstvergütungen, Vergütungen für Vorträge u. a. einschließlich Reisekosten).

Übertragen von Kap. 1212 Tit. 461 01 7,9 Tsd. EUR.

428 01	042	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)	9.227,0 7.061,9 7.100,8		a) b) c)	7.309,1
--------	-----	--	-------------------------------	--	----------------	---------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
Neben den ordentlichen Bezügen für die tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten) einschließlich der nicht besonders aufgeführten Zulagen aufgrund von Tarifverträgen	
6. Sonstige Zulagen (Zulagen nach § 14 TV-L, Zulagen nach §§ 10 und 18 TVÜ-Länder, Zulagen nach § 19 TV-L, Wechselschicht- und Schichtdienstzulagen, Vorarbeiterzulage)	47,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0316 Polizeipräsidium Einsatz

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

428 05	042	Zeitzuschläge, Überstundenentgelte und Entgelte für Mehrarbeit für Beschäftigte		40,0 37,2 38,0	a) b) c)	130,7
--------	-----	---	--	----------------------	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind: _____ Tsd. EUR

1. Zeitzuschläge	99,0
2. Überstundenentgelte	30,0
3. Entgelte für Mehrarbeit	1,7
zus.	130,7

Übertragen von Kap. 0318, 0339 - 0341 Tit. 428 05 Erl. Ziff. 1 64,0 Tsd. EUR.
Übertragen von Kap. 0314 Tit. 422 01 Erl. Ziff. 1.1 26,7 Tsd. EUR.

428 06	042	Entgelte der Beschäftigten des Reinigungsdienstes		783,5 599,1 631,4	a) b) c)	783,5
--------	-----	---	--	-------------------------	----------------	-------

453 01	042	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.		51,5 208,6 218,9	a) b) c)	51,5
--------	-----	--	--	------------------------	----------------	------

459 11	042	Abfindungen bei geschlossenem Einsatz und bei Übungen		500,0 902,1 721,2	a) b) c)	953,0
--------	-----	---	--	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind auch Reisekosten.

Übertragen von Kap. 0315, 0336-0337, 0339-0343 und 0345-0346 Tit. 459 11 223,0 Tsd. EUR.

Zwischensumme Personalausgaben 108.474,1 a) 96.872,4

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01	042	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände		431,6 312,3 302,4	a) b) c)	550,4
--------	-----	---	--	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind: _____ Tsd. EUR

1. Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften)	129,8
2. Porto	27,0
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	294,1
4. Unterhaltung und Instandsetzung	76,0
5. Sonstiges	23,5
zus.	550,4

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 20,7 Tsd. EUR.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0316 Polizeipräsidium Einsatz

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

511 02	042	Geräte und Waffen		132,0 260,8 227,9	a) b) c)	140,2
--------	-----	-------------------	--	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für:
- Waffen, waffentechnische und sonstige Geräte u. dgl.,
- Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung sonstiger Geräte,
- Wartung und Unterhaltung der Ausstattung des Tauchdienstes.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 8,8 Tsd. EUR.

514 01	042	Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl.		5.246,4 6.088,4 4.812,6	a) b) c)	7.511,1
--------	-----	--------------------------------------	--	-------------------------------	----------------	---------

Eine Kostenerstattung bei Benutzung der Polizei-Hubschrauber durch den Landtag und innerhalb der Landesverwaltung findet nicht statt.

Für die Benutzung der Polizeistreifenboote durch andere Landesdienststellen erfolgt kein Kostenersatz.

Erläuterung:		
Veranschlagt sind:		Tsd. EUR
1. Haltung von Dienstfahrzeugen		3.285,6
2. Betrieb von Hubschraubern		3.579,1
3. Haltung von Booten		646,4
	zus.	<u>7.511,1</u>

Bestand an Land- und Wasserdienstfahrzeugen

a) Ausstattungsnachweisung des Bundesministeriums des Innern für die Bereitschaftspolizeien der Länder:

	2016	2017
1. Krafräder	38	38
2. Einsatzfahrzeuge (Pkw, Pkw-Kombi, Transporter)	451	451
3. Gruppenkraftwagen	0	0
4. Lkw	52	52
5. Sonder- und Spezialkraftfahrzeuge	95	93
6. Anhänger	54	50
7. Boote	16	16
	zus.	<u>706</u>
		700

b) Bestand an landeseigenen Dienstfahrzeugen:

	2016	2017
Luftfahrzeuge	7	6
Wasserfahrzeuge	44	44
Anhänger für Boote (Trailer)	27	27
	zus.	<u>78</u>
		77

Bestand an landeseigenen Dienstkraftfahrzeugen vgl. Erläuterungen bei Kap. 0315 Tit. 514 01.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 124,5 Tsd. EUR.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0316 Polizeipräsidium Einsatz

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

514 02	042	Dienst- und Schutzkleidung (persönliche Ausrüstungsgegenstände)	285,6 904,5 569,2		a) b) c)	797,7
--------	-----	---	-------------------------	--	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind: _____ Tsd. EUR

1.	Die Kosten für die Beschaffung, Ergänzung und Instandsetzung sowie Reinigung von Dienst-, Sonder- und Schutzkleidung und persönlichen Ausrüstungsgegenständen. Darunter fällt auch die Schutzkleidung nach den Schutzkleiderrichtlinien (SchKIR) sowie Schutzwesten und Körperschutzausstattung. Ferner sind veranschlagt die Kosten für die Ergänzung und Instandsetzung der Bekleidung und Ausrüstung für Pförtnerinnen und Pförtner sowie für die Bediensteten in der übrigen Polizeiverwaltung.	749,5
2.	Schutzkleidung für den Tauchdienst	48,2
	zus.	797,7

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 13,4 Tsd. EUR.

514 03	042	Verbrauchsmittel	208,5 650,2 471,5		a) b) c)	487,4
--------	-----	------------------	-------------------------	--	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Munition, Arznei- und Verbandsmittel, Hilfsmittel u. dgl. für Sanitätsstellen, Verpflegung, Fotomaterial, Batterien, Einweggeschirr u. dgl.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 9,8 Tsd. EUR.

514 08	042	Haltung von Dienstpferden und Diensthunden	131,9 163,8 145,6		a) b) c)	131,9
--------	-----	--	-------------------------	--	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind: _____ Tsd. EUR

1.	Diensthunde: Durchschnittlicher Bestand an Diensthunden: 15	18,0
2.	Dienstpferde: Durchschnittlicher Bestand an Dienstpferden: 40	113,9
	zus.	131,9

514 31	042	Verpflegungswesen	500,0 904,2 828,3		a) b) c)	900,0
--------	-----	-------------------	-------------------------	--	----------------	-------

Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 125 31.

Erläuterung: Die Verpflegungskosten werden von den Verpflegten erstattet (vgl. Tit. 125 31).

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0316 Polizeipräsidium Einsatz

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
517 01	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)	85,6 62,9 74,3		a) b) c)	85,6
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Abfallbeseitigung, für geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel (z. B. Putzmittel, WC-Bedarf u. dgl.) sowie Sonstiges.						
518 02	042	Mieten und Pachten für Maschinen, Fahrzeuge und Geräte	1,8 10,1 10,7		a) b) c)	1,8
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Miete für mobile Unterkünfte sowie für die Inanspruchnahme von Mietkraftwagen, Geräte u. dgl. durch die Polizei.						
525 21	042	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten	2.222,3 756,9 256,3		a) b) c)	2.434,3
Erläuterung:						
Veranschlagt sind:			Tsd. EUR			
1. Kosten für die fachliche (Aus- und) Fortbildung, Gebühren für die Teilnahme an Lehrgängen, Seminaren und Arbeitstagungen bei der Deutschen Hochschule der Polizei Münster sowie Kosten für Polizeisport einschließlich der Kosten für die Teilnahme an Sportwettkämpfen der Polizei, die Mitwirkung bei der Austragung von Meisterschaften und die Beschaffung von Sportpreisen			487,6			
2. Kosten für die Aus- und Fortbildung von Pilotinnen und Piloten und Flugtechnikerinnen und Flugtechniker der Polizeihubschrauberstaffel des Landes			1.907,1			
3. Schulgeld für die Teilnahme an Sonderlehrgängen auswärtiger Schulen und Gebühren für Teilnahme an Lehrgängen der Wasserschutzpolizeischule Hamburg			39,6			
4. Spitzensportförderung			0,0			
			zus. 2.434,3			
Veranschlagt sind auch Reisekosten.						
526 01	042	Gerichts- und ähnliche Kosten	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	0,0
526 11	042	Kosten für Sachverständige	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	0,0
527 01	042	Dienstreisen	147,1 52,4 72,6		a) b) c)	11,2

Erläuterung: Reisekosten werden außerdem aus Tit. 427 51, 459 11, 525 21, 546 49 und 525 69 bezahlt. Dienstreisen, die im Rahmen der Aus- und Fortbildung durchgeführt werden, sind bei Tit. 525 21 veranschlagt. Es sind keine Privatfahrzeuge zum Dienstreiseverkehr zugelassen.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0316 Polizeipräsidium Einsatz

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
529 01	042	Zur Verfügung der Dienststellenleitung für Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	0,5 0,5 0,5		a) b) c)	0,5
Erläuterung: Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.						
532 01	042	Umzugs- und Verlegungskosten	7,8 -10,9 -7,6		a) b) c)	7,8
534 01	042	Dienstleistungen Dritter u. dgl.	0,0 117,6 86,0		a) b) c)	0,0
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Vergütungen für Hausmeisterleistungen sowie Kosten für die Heranziehung externer Berater u. dgl.						
534 05	042	Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes	12,5 5,4 5,2		a) b) c)	12,5
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten zur Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes und der dazugehörigen Unfallverhütungsvorschrift GUV 0.5. Enthalten sind die Kosten für die sicherheitstechnische und betriebsärztliche Betreuung der Beschäftigten einschließlich der Kosten für arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen.						
537 01	N 042	Ermittlungskosten	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	8,0
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für Blutentnahmen und -untersuchungen.						
		Übertragen von Kap. 0318 Tit. 537 01	8,0			Tsd. EUR.
543 01	042	Kosten für den Freiwilligen Polizeidienst des Landes	8,9 5,0 0,0		a) b) c)	8,9
Hieraus können auch Polizeifreiwillige, die in Polizeimusikkapellen mitwirken, bezahlt werden.						
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für den Einsatz von Angehörigen des Freiwilligen Polizeidienstes (Ausgleich für Zeitaufwand und zusätzliche Verpflegungskosten u. dgl.) und Sonstiges, darunter auch zinslose Darlehen für Rechtsschutz in Straf- und Bußgeldverfahren, sowie insbesondere Lohn- und Kirchensteuer aus dem Ausgleich für Zeitaufwand.						

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0316 Polizeipräsidium Einsatz

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
544 01	042	Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung		1,5 37,9 4,0	a) b) c)	1,5
		Aufklärungs-, Informationsmaterial und sonstige Werbeträger können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden. Ersätze fließen den Mitteln zu.				
546 49	042	Vermischte Verwaltungsausgaben		203,2 109,3 122,8	a) b) c)	203,2
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Unfallrenten usw. und Entschädigungen an Dritte (in besonderen Fällen auch aus Billigkeitsgründen), Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, das Abschleppen sichergestellter und beschlagnahmter Fahrzeuge sowie für sonstige vermischte Ausgaben wie z. B. Verlustentschädigungen, Schadensersatzleistungen anlässlich von Kfz-Unfällen, Zuwendungen an Polizeichöre und -musikvereine im Land, Reisekosten und Seminargebühren für Personalrätinnen und Personalräte, Vorstellungsreisen, Aufwand anlässlich der Einladung ausländischer Gäste (insbesondere für die Verpflegung ausländischer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamter), Beseitigung von Straßenverunreinigungen u. dgl.				
Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben				9.627,2	a)	13.294,0
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)						
632 03	042	Verwaltungskostenerstattung an die Freie und Hansestadt Hamburg für die Inanspruchnahme der Wasserschutzpolizeischule		160,0 265,2 169,3	a) b) c)	300,0
		Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabeermächtigung bei Tit. 632 03 erhöht sich um Minderausgaben bei den von § 6 Abs. 1 Satz 1 Nummer 4.1 Staatshaushaltsgesetz umfassten Titeln.				
Zwischensumme Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)				160,0	a)	300,0
Ausgaben für Investitionen						
812 01	042	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		25,0 190,7 0,0	a) b) c)	25,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind:				
		1. Ersatzbeschaffungen für Dienstpferde		25,0		
			zus.	25,0		
Zwischensumme Ausgaben für Investitionen				25,0	a)	25,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0316 Polizeipräsidium Einsatz

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Titelgruppen

69 Aufwand für Informationstechnik

Ersätze fließen den Mitteln zu.

511 69A	042	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	189,8 510,2 402,9	a) b) c)	355,0
---------	-----	---	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Kosten für Geschäftsbedarf, Bücher und sonstige Druckerzeugnisse, Maschinen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände u. dgl., Fernmeldegeräte u. dgl. (insbesondere Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der polizeieigenen Telekommunikationsanlagen sowie der Mess- und Prüfgeräte), Lizenzen für Software	249,9
2. Kosten für den Flugfunk der Polizeihubschrauberstaffel des Landes	70,9
3. Kosten für den Funk der Wasserschutzpolizei	34,2
zus.	<u>355,0</u>

511 69B	042	Fernmeldegebühren u. dgl.	417,6 412,8 413,6	a) b) c)	413,3
---------	-----	---------------------------	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	270,7
2. Einmalige Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	65,0
3. Rundfunkbeiträge	5,6
4. Sonstiges (u. a. Wartung Telefonanlage und Gefahrenmeldeanlage)	72,0
zus.	<u>413,3</u>

Anzahl der in den Wohnungen von Landesbediensteten vorhandenen dienstlichen Fern-
sprechanschlüsse:

	<u>2016</u>	<u>2017</u>
	3	1

Übertragen nach Kap. 1209 Tit. 517 01 4,3 Tsd. EUR.

514 69	042	Verbrauchsmittel	181,7 34,0 31,7	a) b) c)	36,7
--------	-----	------------------	-----------------------	----------------	------

518 69	042	Maschinen- und Gerätemieten	93,5 75,7 58,0	a) b) c)	58,5
--------	-----	-----------------------------	----------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind Mieten insbesondere für informationstechnische
Geräte wie Kopierer u. dgl.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0316 Polizeipräsidium Einsatz

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
525 69	042	Aus- und Fortbildung		7,4 1,8 1,7	a) b) c)	7,4
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Schulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (IuK-Lehrgänge und -Seminare) einschließlich Reisekosten.						
534 69	042	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		0,5 20,0 17,6	a) b) c)	0,3
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Programmierarbeiten, Systemberatung u. dgl. durch Dritte.						
546 69	042	Vermischte Verwaltungsausgaben		1,1 0,0 0,0	a) b) c)	1,1
812 69	042	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		0,0 87,0 0,0	a) b) c)	15,0
Erläuterung: Veranschlagt sind Lizenzkosten für die Software bei der Polizeihubschrauberstaffel des Landes.						
Summe Titelgruppe 69				891,6	a)	887,3
Gesamtausgaben				119.177,9	a)	111.378,7
Abschluss Kapitel 0316						
Verwaltungseinnahmen				629,3	a)	1.029,3
Übrige Einnahmen				180,0	a)	180,0
Gesamteinnahmen				809,3	a)	1.209,3
Personalausgaben				108.474,1	a)	96.872,4
Sächliche Verwaltungsausgaben				10.518,8	a)	14.166,3
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)				160,0	a)	300,0
Ausgaben für Investitionen				25,0	a)	40,0
Gesamtausgaben				119.177,9	a)	111.378,7
Kapitel 0316 Zuschuss				118.368,6	a)	110.169,4

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0317 Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Vorbemerkung:

Die Hochschule für Polizei Baden-Württemberg ist für die Ausbildung zur Beamtin und zum Beamten des gehobenen Polizeivollzugsdienstes im Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration zuständig. Sie verfügt für den fachtheoretischen Studienabschnitt über eine Kapazität von 854 Plätzen. Der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg obliegen außerdem die Durchführung des ersten Studienjahres im Rahmen des Masterstudiengangs „Öffentliche Verwaltung - Polizeimanagement“ (Public Administration – Police Management) der Deutschen Hochschule der Polizei für den Aufstieg in den höheren Polizeivollzugsdienst.

Der der Hochschule angegliederte Institutsbereich ist für die Ausbildung der Beamtinnen und Beamten des mittleren Polizeivollzugsdienstes und die Ausbildung der Polizeikommissaranwärterinnen und Polizeikommissaranwärter zuständig. Darüber hinaus ist der Institutsbereich für die Fortbildung aller Polizeibediensteten (auch Verwaltungs- und Tarifpersonal) zuständig.

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

112 01	133	Geldstrafen und Geldbußen	0,7 2,0 0,3	a) b) c)	0,7
119 49	133	Vermischte Einnahmen	10,2 6,5 3,8	a) b) c)	10,2

Erläuterung: Veranschlagt sind die Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen, Einnahmen aus der Abgabe von Studienplänen, Studienführern u. dgl. sowie sonstige vermischte Einnahmen (Verwaltungskostenzuschläge für verkaufte, verlorene oder beschädigte Gegenstände u. dgl.).

Vgl. Vermerk zu Ausgaben und bei Tit. 531 01.

125 31	133	Aus der Verköstigung von Staatsbediensteten, Schülerinnen und Schülern, Lehrgangsteilnehmerinnen und -teilnehmern, Gästen u. dgl.	2.423,7 2.441,1 2.457,2	a) b) c)	2.300,0
--------	-----	---	-------------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Der Verpflegungssatz für Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmer entspricht jeweils dem steuerlichen Sachbezugswert. Für Bedienstete anderer Dienststellen wird ein Verwaltungskostenzuschlag, für andere Gäste zusätzlich ein Einzelessenszuschlag erhoben (vgl. Tit. 119 93). Der Ausgleich für Verpflegung bei geschlossenen Einsätzen und Übungen ist ebenfalls enthalten.

Vgl. Vermerk bei Tit. 514 31.

Zwischensumme Verwaltungseinnahmen			2.434,6	a)	2.310,9
---	--	--	---------	----	---------

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0317 Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Titelgruppen

71 Einnahmen aus Benutzungsgebühren, Nebennutzungen
und Verkaufserlösen

Erläuterung: Vgl. Vermerk bei Tit.Gr. 71 - Ausgaben -.

111 71	133	Benutzungsgebühren und sonstige Entgelte	0,0	a)	0,0
			39,0	b)	
			48,6	c)	

119 71	133	Sonstige Einnahmen	0,0	a)	0,0
			3,5	b)	
			1,6	c)	

Erläuterung: Vereinnahmt werden ggf. insbesondere Mahngebühren, Erstattungen für verlorengegangene Bücher sowie Ersatzleistungen von Hochschulangehörigen nach der Hochschulnebenberufungsverordnung.

132 71	133	Verkaufserlöse	31,6	a)	31,6
			45,2	b)	
			48,1	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kostenersätze für private Kopien sowie Erlöse aus dem Verkauf von Produkten des Lehrbetriebs, der Bibliothek und der Informationstechnik.

282 71	133	Beiträge, Zuwendungen und Zuweisungen	0,0	a)	0,0
			0,0	b)	
			0,0	c)	

Erläuterung: Vereinnahmt werden ggf. Beiträge von Studierenden für die Teilnahme an Exkursionen sowie Zuwendungen und Kostenbeiträge Dritter für die Durchführung von Exkursionen.

Summe Titelgruppe 71			31,6	a)	31,6
-----------------------------	--	--	------	----	------

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0317 Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
92		Einnahmen aus Drittmitteln und aus anderen Kapiteln des Staatshaushaltsplans				
Erläuterung: Vgl. Vermerk bei Tit.Gr. 92 - Ausgaben -.						
231 92	133	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen aus dem öffentlichen Bereich	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	0,0
Erläuterung: Vereinnahmt werden ggf. alle Einnahmen aus Zuweisungen, Zuschüssen und Aufträgen öffentlich-rechtlicher Einrichtungen sowie Drittmittel, die direkt oder indirekt Mitteln der öffentlichen Hand entstammen (Europäische Union, Deutsche Forschungsgemeinschaft, Max-Planck-Gesellschaft, Sonderforschungsgebiete u. dgl.). Dies gilt auch für andere Einrichtungen, die nach den Drittmittelrichtlinien den öffentlichen Einrichtungen ausdrücklich gleichgestellt sind. Bei Weitergabe von Einnahmen an andere Einrichtungen sind die Beträge in entsprechender Anwendung des § 35 LHO von den Einnahmen abzusetzen.						
281 92	133	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen aus sonstigen Bereichen	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	0,0
Erläuterung: Vereinnahmt werden ggf. alle Einnahmen aus Zuwendungen, Zuschüssen und Aufträgen sonstiger Dritter. Vgl. Erläuterungen bei 231 92.						
381 92	890	Einnahmen für besondere Zwecke aus anderen Kapiteln des Staatshaushaltsplans	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	0,0
Erläuterung: Vereinnahmt werden ggf. die Zuweisungen aus anderen Kapiteln des Landeshaushalts, insbesondere für die Durchführung von Untersuchungen und Forschungsvorhaben.						
Summe Titelgruppe 92			0,0		a)	0,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0317 Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
93		Einnahmen für den Institutsbereich				
		Erläuterung: Vgl. Vermerk bei Tit.Gr. 93 - Ausgaben -.				
119 93	042	Vermischte Einnahmen	285,0 181,8 139,1		a) b) c)	285,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen, sowie sonstige vermischte Einnahmen (Verwaltungskostenzuschläge für verkaufte, verlorene oder beschädigte Gegenstände u. dgl.).				
124 93	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	115,0 58,1 51,1		a) b) c)	115,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind Einnahmen aus zeitweiliger Vermietung und Nutzung sowie Einnahmen aus der Verpachtung der Kantinen.				
Summe Titelgruppe 93			400,0		a)	400,0
Gesamteinnahmen			2.866,2		a)	2.742,5

Ausgaben

Die von § 6 Abs. 1 Satz 1 Nummer 4.1 Staatshaushaltsgesetz erfassten Titel der Kap. 0315, 0316, 0317 Titelgruppe 93, 0318 und 0335 bis 0346 sind kapitelübergreifend gegenseitig deckungsfähig.

Zu diesem Deckungskreis zählen ferner die Tit. 453 01 und 459 11 der genannten Kapitel und der Gruppentitel 453 in Kap. 0317 Titelgruppe 93; die Tit. 453 01 und 459 11 der genannten Kapitel sind übertragbar.

Die Ausgabeermächtigung bei den Titeln des dezentralen Budgets nach § 6 Staatshaushaltsgesetz, Tit. 453 01 und den Titeln der Titelgruppen 71 und 93 erhöht sich nach näherer Bestimmung des Ministeriums für Finanzen und des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration um Einsparungen durch Nichtbesetzung von Stellen bei den Tit. 422 01 und 428 01.

Die Ausgabeermächtigung bei Kap. 0317 erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 119 49.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0317 Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Personalausgaben

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Polizeireform können Beamtinnen und Beamte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer temporär von Regierungspräsidien zu Polizeidienststellen und von Polizeidienststellen zu Regierungspräsidien ohne Besoldungs- bzw. Vergütungsersatz abgeordnet werden.

422 01	133	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten	20.043,8 24.964,5 24.460,1	a) b) c)	27.750,7
--------	-----	---	----------------------------------	----------------	----------

Im Rahmen der Ausbildung für den gehobenen und höheren Polizeivollzugsdienst und zur Wahrnehmung von besonderen Aufgaben können Polizeibeamtinnen und -beamte zu anderen Polizeidienststellen und zum Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration ohne Besoldungsersatz abgeordnet werden.

Die Mittel sind bis zur Höhe des nicht ausgeschöpften Vergaberahmens für Leistungsbezüge übertragbar.

Erläuterung: In dem Haushaltsansatz sind einschließlich der Zulagen nach Maßgabe der besoldungsgesetzlichen Vorschriften enthalten: Tsd. EUR

1.1 Aufwandsentschädigungen und Zuwendungen aus Gründen der Fürsorge:	
- Fahndungskostenpauschale von monatl. 20,45 EUR für aus laufbahnrechtlichen Gründen zur Kriminalpolizei abgeordnete Polizeibeamtinnen und -beamten	0,5
- steuerfreie Aufwandsentschädigungen nach der AER	0,0
- Schul- und Kinderreisebeihilfen an Beamtinnen und Beamte bei der Vertretung des Landes bei der EU	0,0
1.2 Sonstiges:	
- Zuschuss zu den von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten an die Krankenversicherungen zu zahlenden Versicherungsbeiträgen; § 20 der Heilfürsorgeverordnung - HVO vom 3. Januar 2011 (GBl. S. 16)	1,0

422 02	133	Bezüge und Nebenleistungen für abgeordnete Beamtinnen und Beamte	50,4 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
--------	-----	--	--------------------	----------------	-----

422 03	042	Bezüge der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst u. dgl.	30.768,0 35.985,5 35.433,6	a) b) c)	43.342,4
--------	-----	---	----------------------------------	----------------	----------

Erläuterung: Veranschlagt sind neben den Anwärterbezügen u. dgl.: Tsd. EUR

2. Zulagen für lageorientierten Dienst	1.561,5
--	---------

Aufgrund der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen für den mittleren und den gehobenen Polizeivollzugsdienst (APrOPol mD i.d. jeweils gültigen Fassung und APrOPol gD i.d. jeweils gültigen Fassung) nehmen die Beamtinnen und Beamten an einer berufspraktischen Ausbildung beim Polizeieinzeldienst teil (Praktikum). Dazu werden die Beamtinnen und Beamten in Ausbildung zu Polizeidienststellen abgeordnet. Aus Vereinfachungsgründen wird von einem Besoldungsausgleich abgesehen.

Vgl. Vermerk bei Kap. 0316 Tit. 422 05.

Mehr wegen Einstellungsoffensive.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0317 Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

422 05	133	Mehrarbeitsvergütung und Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten für Beamtinnen und Beamte und dgl.		50,0 99,2 33,4	a) b) c)	50,0
--------	-----	--	--	----------------------	----------------	------

Die Tit. 422 05 der Kap. 0315 bis 0318 und 0335 bis 0346 sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Zulagen für lageorientierten Dienst	50,0
2. Mehrarbeitsvergütung	0,0
zus.	<u>50,0</u>

427 51	133	Sonstige Beschäftigungsentgelte		24,7 5,1 31,5	a) b) c)	14,7
--------	-----	---------------------------------	--	---------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Mittel für Urlaubs- und Krankheitsstellvertretungen sowie Aushilfen.

428 01	133	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)		9.129,3 9.225,0 9.188,5	a) b) c)	9.355,5
--------	-----	---	--	-------------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Veranschlagt sind:

Neben den ordentlichen Bezügen für die tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten) einschließlich der nicht besonders aufgeführten Zulagen aufgrund von Tarifverträgen	Tsd. EUR
3. 3/3 Auszubildende oder Praktikantinnen und Praktikanten und sonstige in einem privatrechtlichen Ausbildungsverhältnis beschäftigte Personen sowie Praxissemesterstudentinnen und -studenten	
6. Sonstige Zulagen (Zulagen nach § 14 TV-L, Zulagen nach §§ 10 und 18 TVÜ-Länder, Zulagen nach § 19 TV-L, Wechselschicht- und Schichtdienstzulagen, Vorarbeiterzulage)	49,8

428 05	133	Zeitzuschläge, Überstundenentgelte und Entgelte für Mehrarbeit für Beschäftigte		81,7 44,4 46,7	a) b) c)	81,7
--------	-----	---	--	----------------------	----------------	------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Zeitzuschläge	58,6
2. Überstundenentgelte	13,5
3. Entgelte für Mehrarbeit	9,6
zus.	<u>81,7</u>

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0317 Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
428 06	133	Entgelte der Beschäftigten des Reinigungsdienstes	500,4 463,1 482,6		a) b) c)	471,7
Erläuterung:						
		Übertragen nach Kap. 1209 Tit. 517 01	11,7	Tsd. EUR.		
		Übertragen nach Kap. 0336 Tit. 428 06	17,0	Tsd. EUR.		
428 51	133	Beschäftigungsentgelte für nicht vollbeschäftigte Arbeitnehmerinnen/-nehmer mit weniger als 50 v.H. der durchschnittl. regelm. wöchentl. Arbeitszeit	191,8 159,4 154,0		a) b) c)	256,4
Erläuterung: Mehr wegen Einstellungsoffensive.						
453 01	133	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.	900,0 783,8 793,9		a) b) c)	1.065,8
Erläuterung: Mehr wegen Einstellungsoffensive.						
Zwischensumme Personalausgaben			61.740,1		a)	82.388,9

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01	133	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	195,5 265,7 422,1		a) b) c)	215,9
Erläuterung:						
		Veranschlagt sind:	Tsd. EUR			
		1. Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften)	99,3			
		2. Porto	8,5			
		3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	38,0			
		4. Unterhaltung und Instandsetzung	38,0			
		5. Sonstiges	32,1			
		zus.	215,9			

Der Geschäftsbedarf für die Bibliothek und den Lehrbetrieb sowie der Aufwand für Pistolen und Kleinkalibermunition bei der Schießausbildung ist bei Tit. 547 71 veranschlagt.

Mehr wegen Einstellungsoffensive.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0317 Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
514 01	133	Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl.		63,9 42,9 48,3	a) b) c)	63,9
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Haltung von Dienstfahrzeugen.</p> <p>Bestand an Dienstkraftfahrzeugen und selbstfahrenden Arbeitsmaschinen vgl. Erläuterungen bei Kap. 0315 Tit. 514 01.</p>						
514 31	133	Verpflegungswesen		2.423,7 2.350,9 2.350,4	a) b) c)	2.300,0
<p>Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 125 31.</p> <p>Erläuterung: Die Verpflegungskosten werden von den Verpflegten erstattet (vgl. Tit. 125 31).</p>						
517 01	133	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)		49,6 93,1 111,5	a) b) c)	30,9
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel (Putzmittel, WC-Bedarf u. dgl.) sowie Sonstiges.</p> <p>Mehr wegen Einstellungsoffensive.</p>						
518 02	133	Mieten und Pachten für Maschinen, Fahrzeuge und Geräte		1,7 0,5 1,0	a) b) c)	1,7
525 21	133	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten		4,3 26,0 24,1	a) b) c)	4,3
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für Fortbildung, Gebühren für die Teilnahme an Lehrgängen u. dgl. an der Deutschen Hochschule der Polizei einschließlich der in diesem Zusammenhang anfallenden Reisekosten sowie Kosten für Polizeisport einschließlich Teilnahme an Sportwettkämpfen und Mitwirkung bei der Austragung von Meisterschaften.</p> <p>Mehr wegen Einstellungsoffensive.</p>						

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0317 Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

527 01	133	Dienstreisen		29,1 46,3 49,2	a) b) c)	32,0
--------	-----	--------------	--	----------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind auch die Reisekosten für Vorstellungsreisen, in Angelegenheiten der Personalvertretung und in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten sowie Wegstreckenentschädigungen für privat-eigene Kfz.

Zugelassene Fahrzeuge	2016	2017
Pkw	7	7

Reisekosten werden außerdem aus Tit. 525 21, 429 71 und 547 71 bezahlt.

Mehr wegen Einstellungs offensive.

529 01	133	Zur Verfügung der Dienststellenleitung für Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen		0,5 0,5 0,5	a) b) c)	0,5
--------	-----	---	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.

531 01	133	Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentation		1,9 4,4 0,4	a) b) c)	1,9
--------	-----	---	--	-------------------	----------------	-----

Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten für Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial, z.B. Studienpläne, Studienführer u. dgl. Einnahmen vgl. Erläuterung bei Tit. 119 49.

533 01	133	Sächliche Prüfungskosten		1,4 2,6 2,0	a) b) c)	1,4
--------	-----	--------------------------	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die sächlichen Ausgaben für die Durchführung von Leistungsnachweisen und Prüfungen, wie besondere Geschäftsbedürfnisse, Kosten für die Anmietung von Prüfungsräumen u. dgl.

534 05	133	Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes		0,8 1,9 5,1	a) b) c)	0,8
--------	-----	---	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten zur Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes einschließlich der Unfallverhütungsvorschrift GUV 0.5. Enthalten sind die Kosten für die sicherheitstechnische und betriebsärztliche Betreuung der Beschäftigten einschließlich der Kosten für arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0317 Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

546 49	133	Vermischte Verwaltungsausgaben		13,8	a)	13,8
				41,2	b)	
				24,0	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Unfallrenten und Entschädigungen an Dritte, Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Auslagen für Vorstellungsreisen sowie sonstige vermischte Ausgaben.

Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben			2.786,2	a)	2.667,1
--	--	--	---------	----	---------

Ausgaben für Investitionen

812 01	042	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		0,0	a)	0,0
				0,0	b)	
				34,1	c)	

Zwischensumme Ausgaben für Investitionen			0,0	a)	0,0
---	--	--	-----	----	-----

Titelgruppen

Die Mittel der Titelgruppen sind übertragbar. Innerhalb der einzelnen Titelgruppen sind die Gruppentitel gegenseitig deckungsfähig.

69 Aufwand für Informationstechnik

Ersätze fließen den Mitteln zu.

511 69A	042	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		42,7	a)	42,7
				87,6	b)	
				161,9	c)	

Erläuterung:

Veranschlagt sind: Tsd. EUR

1. Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl., Lizenzen für Software	39,9
2. Unterhaltung und Instandsetzung	2,8
zus.	<u>42,7</u>

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0317 Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
511 69B	042	Fernmeldegebühren u. dgl.		70,5 46,4 49,8	a) b) c)	70,5
Erläuterung:						
Veranschlagt sind: Tsd. EUR						
1. Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen 25,8						
2. Einmalige Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen 16,6						
3. Rundfunkbeiträge 1,8						
4. Sonstiges 26,3						
zus. 70,5						
514 69	042	Verbrauchsmittel		30,7 19,9 46,8	a) b) c)	30,7
518 69	042	Maschinen- und Gerätemieten		15,8 27,6 42,5	a) b) c)	15,8
Ersätze fließen den Mitteln zu.						
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für die Anmietung von informationstechnischen Geräten wie Kopiergeräten u. dgl.						
525 69	042	Aus- und Fortbildung		1,3 0,3 0,1	a) b) c)	1,3
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die fachliche Aus- und Fortbildung im IuK-Bereich (einschließlich Reisekosten).						
534 69	042	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		14,9 10,0 20,8	a) b) c)	14,9
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Programmierarbeiten, Systemberatung u. dgl. durch Dritte.						
546 69	042	Vermischte Verwaltungsausgaben		0,2 0,0 0,0	a) b) c)	0,2
812 69	042	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
Summe Titelgruppe 69				176,1	a)	176,1

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0317 Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

71 Aufwand für den Lehrbetrieb, für Forschungs- und Entwicklungsaufgaben, für Informationstechnik sowie für die Bibliothek

Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit.Gr. 71. Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.

Erläuterung: Vgl. Tit.Gr. 71 - Einnahmen -.

429 71	133	Personalaufwand	467,4	a)	
			158,6	b)	
			147,3	c)	167,5

Ausgaben sind nur für befristete Beschäftigungsverhältnisse zulässig.

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Vergütung für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte, z.B. Mittel für Hilfstätigkeiten von Studierenden in der Bibliothek u. dgl.	0,0
2. Vergütungen einschließlich Reisekosten für Lehraufträge, Gastvorträge, Gastprofessuren und Gastdozenturen	132,0
3. Persönliche Prüfungskosten	
Veranschlagt sind Vergütungen nach den VwV-Prüfungstätigkeiten vom 29. Oktober 2009 (GABl. S. 266) sowie Vergütungen für vorübergehend beschäftigte Schreibhilfen anlässlich der Durchführung von Leistungsnachweisen, Bachelorarbeiten und Modulprüfungen (einschließlich Reisekosten).	
	35,5
zus.	167,5

Mehr wegen Einstellungsoffensive.

547 71	133	Sachaufwand	364,6	a)	
			652,3	b)	
			707,4	c)	314,9

Hieraus dürfen auch Reisekostenvergütungen und Reisebeihilfen für Reisen, die für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, Pflichtexkursionen sowie die Praxissemester- und Bachelorarbeitenbetreuung unmittelbar erforderlich sind, bestritten werden.

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Aufwand für Informationstechnik	102,0
2. Für die Hochschulbibliothek	83,6
3. Für Lehre und Forschung	123,3
4. Förderung von Studierenden	6,0
	314,9
zus.	314,9

Veranschlagt sind insbesondere die laufenden und einmaligen Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen sowie die Kosten für die Beschaffung, Anmietung, den Betrieb und die Unterhaltung von Geräten.

Anzahl der in den Wohnungen von Landesbediensteten vorhandenen dienstlichen Fernsprechanchlüsse:

2016	2017
2	2

Übertragen nach Kap. 1209 Tit. 517 01 20,8 Tsd. EUR

Mehr wegen Einstellungsoffensive.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0317 Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
811 71	133	Erwerb von Dienstfahrzeugen		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
812 71	133	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		0,0 9,4 0,0	a) b) c)	0,0
981 71	890	Zuführung an Kap. 1208 Tit. 381 01, 381 04 bzw. 381 71 für Baumaßnahmen und Bauunterhaltungsmaßnahmen		0,0 0,0 30,0	a) b) c)	0,0
Summe Titelgruppe 71				832,0	a)	482,4
92		Ausgaben aus Drittmitteln und aus anderen Kapiteln des Staatshaushaltsplans				
		Ausgaben sind in Höhe der Einnahmen bei Tit.Gr. 92 zulässig.				
429 92	133	Personalaufwand		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
547 92	133	Sachaufwand		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
681 92	133	Stipendien		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
812 92	133	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
981 92	890	Zuführung an Kap. 1208 Tit. 381 01, 381 04 bzw. 381 71 für Baumaßnahmen und Bauunterhaltungsmaßnahmen		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
Summe Titelgruppe 92				0,0	a)	0,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0317 Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

93 Aufwand für den Institutsbereich

Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um Mehr- oder Wenigereinnahmen der Tit. 119 93 und 124 93.

427 93	042	Sonstige Beschäftigungsentgelte	489,5 269,3 175,1	a) b) c)	822,7
--------	-----	---------------------------------	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind: Tsd. EUR

1. Urlaubs- und Krankheitsstellvertretungen, Aushilfen (auch Werkstudentinnen und -studenten, Ferienpraktikantinnen und -praktikanten, Austauschstudentinnen und -studenten, ständige Heimarbeiterinnen und -arbeiter u. dgl.) und für Prämien im Rahmen des Vorschlagswesens	30,0
2. Personalaufwand für befristet unterhältig beschäftigte Küchenhilfskräfte bis zum Beschäftigungsumfang von 12 Vollzeitkräften in Entgeltgruppe E3	485,2
3. Unterrichtsvergütungen	305,0
4. Prüfungsvergütungen	2,5
zus.	<u>822,7</u>

Mehr wegen Einstellungsinitiative.

453 93	042	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.	372,0 165,8 136,4	a) b) c)	541,5
--------	-----	--	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Mehr wegen Einstellungsinitiative.

511 93	042	Geschäftsbedarf, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände sowie Geräte und Waffen	691,0 551,3 835,2	a) b) c)	1.167,9
--------	-----	--	-------------------------	----------------	---------

Erläuterung:

Veranschlagt sind: Tsd. EUR

1. Kosten für Geschäftsbedarf (einschließlich Bücher und Druckschriften), Porto, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Unterhaltung und Instandsetzung sowie Sonstiges.	474,9
2. Kosten für - Waffen, waffentechnische und sonstige Geräte u. dgl. (2017: Geräte enthalten für 1.400 Auszubildende Erstausrüstung) - Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung sonstiger Geräte	693,0
zus.	<u>1.167,9</u>

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 60,0 Tsd. EUR.

Mehr wegen Einstellungsinitiative.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0317 Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
514 93	042	Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl., Dienst- und Schutzkleidung (persönl. Ausrüstungsgegenstände) und Verbrauchsmittel	2.591,5 2.370,7 2.102,5		a) b) c)	3.956,3
Erläuterung:						
Veranschlagt sind:						Tsd. EUR
1. Kosten für die Unterhaltung von Dienstfahrzeugen						217,3
2. Kosten für die Beschaffung, Ergänzung und Instandsetzung sowie Reinigung von Dienst-, Sonder- und Schutzkleidung und persönlichen Ausrüstungsgegenständen. Dienstkleidung erhalten: 2017: 1.400 Auszubildende Erstausrüstung						3.420,0
3. Verbrauchsmittel						319,0
zus.						3.956,3
Bestand an Dienstkraftfahrzeugen und selbstfahrenden Arbeitsmaschinen vgl. Erläuterungen bei Kap. 0315 Tit. 514 01.						
Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 90,0 Tsd. EUR.						
Mehr wegen Einstellungsoffensive.						
517 93	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)	58,2 110,7 136,5		a) b) c)	58,2
Erläuterung:						
Veranschlagt sind:						Tsd. EUR
3. Verkehrs- und Grünflächen (Verkehrssicherung, Pflege)						7,0
8. Geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel (z. B. Putzmittel, WC-Bedarf)						41,7
9. Wartung technischer Anlagen, TÜV- Prüfungen sowie Ersatzbeschaffung von Feuerlöschern						9,0
10. Sonstiges						0,5
zus.						58,2
518 93	042	Mieten und Pachten für Maschinen, Fahrzeuge und Geräte	12,6 7,7 7,4		a) b) c)	12,6
525 93	042	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten	6,1 79,8 46,5		a) b) c)	80,1
Erläuterung: Veranschlagt sind Ausgaben für die Aus- und Fortbildung von Bediensteten einschließlich Sprachenausbildung, Ausbildungsbeihilfen für die Teilnahme an Fortbildungskursen und -lehrgängen einschließlich der in diesem Zusammenhang anfallenden Reisekosten sowie Lehr- und Lernmittel für Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmer.						
Mehr wegen Einstellungsoffensive.						
526 93	042	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	1,0 0,2 0,0		a) b) c)	1,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0317 Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
527 93	042	Dienstreisen		87,4 88,1 65,9	a) b) c)	105,3
<p>Erläuterung: Reisekosten werden außerdem aus Tit. 427 93 bezahlt. Dienstreisen, die von Bediensteten der Institute im Rahmen der Aus- und Fortbildung durchgeführt werden, sind bei Tit. 525 93 bzw. 525 69 veranschlagt. Es sind keine Privatfahrzeuge zum Dienstreiseverkehr zugelassen.</p> <p>Mehr wegen Einstellungsoffensive.</p>						
532 93	042	Umzugs- und Verlegungskosten		1,8 5,2 10,6	a) b) c)	1,8
534 93	042	Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes		2,1 1,2 1,2	a) b) c)	2,1
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten zur Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes einschließlich der Unfallverhütungsvorschrift GUV 0.5. Enthalten sind die Kosten für die sicherheitstechnische und betriebsärztliche Betreuung der Beschäftigten einschließlich der Kosten für arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen.</p>						
544 93	042	Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung		102,1 167,7 66,7	a) b) c)	273,4
<p>Aufklärungs-, Informationsmaterial und sonstige Werbeträger können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden. Ersätze fließen den Mitteln zu.</p> <p>Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für die Aufstellung und Ausstattung der Werbe- und Informationsstände der Polizei bei Messen, Ausstellungen usw. sowie für Prospekt- und Bildmaterial u. dgl.</p> <p>Mehr wegen Einstellungsoffensive.</p>						
546 93	042	Vermischte Verwaltungsausgaben		36,0 70,4 37,7	a) b) c)	36,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Unfallrenten und Entschädigungen an Dritte, Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Auslagen für Vorstellungsreisen sowie sonstige vermischte Ausgaben wie Aufwand anlässlich der Einladung ausländischer Gäste (insbesondere für die Verpflegung ausländischer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamter), Bewirtung der Mitglieder der Prüfungsausschüsse der Polizeifachschulen, Kranzspenden und Nachrufe u. dgl.</p>						

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0317 Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

812 93	042	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	182,0
--------	-----	--	--	-------------------	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind die Kosten für Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für das Arbeitsumfeld (insbesondere Unterkunfts- und Verpflegungsausstattungen).

Mehr wegen Einstellungsoffensive.

Summe Titelgruppe 93	4.451,3	a)	7.240,9
-----------------------------	---------	----	---------

Gesamtausgaben	69.985,7	a)	92.955,4
-----------------------	----------	----	----------

Abschluss Kapitel 0317

Verwaltungseinnahmen	2.866,2	a)	2.742,5
-----------------------------	---------	----	---------

Gesamteinnahmen	2.866,2	a)	2.742,5
------------------------	---------	----	---------

Personalausgaben	63.069,0	a)	83.920,6
-------------------------	----------	----	----------

Sächliche Verwaltungsausgaben	6.916,7	a)	8.852,8
--------------------------------------	---------	----	---------

Ausgaben für Investitionen	0,0	a)	182,0
-----------------------------------	-----	----	-------

Gesamtausgaben	69.985,7	a)	92.955,4
-----------------------	----------	----	----------

Kapitel 0317 Zuschuss	67.119,5	a)	90.212,9
------------------------------	----------	----	----------

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0318 Landeskriminalamt

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Vorbemerkung:

Das Landeskriminalamt ist die zentrale Einrichtung der Kriminalitätsbekämpfung in Baden-Württemberg und dem Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration unterstellt. Es übt in den Bereichen Prävention und Kriminalitätsbekämpfung die Fachaufsicht aus und damit zahlreiche koordinierende Funktionen und zentrale Kompetenzen in der Kriminalitätsbekämpfung. Es ermittelt in originärer Zuständigkeit bei Staatsschutzdelikten und in Fällen der Nuklearkriminalität. In besonderen Fällen erstreckt sich die Ermittlungszuständigkeit auch auf Ermittlungen in den Bereichen Organisierte Kriminalität, Geldwäsche, Rauschgifthandel, Schleusungs- und Wirtschaftskriminalität. Das Landeskriminalamt sammelt zentral für das Land alle Nachrichten, die für die präventive und repressive Kriminalitätsbekämpfung bedeutsam sind.

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 02	042	Gebühren	1,0 0,3 0,0	a) b) c)	1,0
--------	-----	----------	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Gebühren für die Erteilung von Unbedenklichkeitsbescheinigungen für nicht mechanisch betriebene Spiele.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

112 01	042	Geldstrafen und Geldbußen	1,3 0,0 0,0	a) b) c)	1,3
--------	-----	---------------------------	-------------------	----------------	-----

119 49	042	Vermischte Einnahmen	47,2 5,1 1,2	a) b) c)	47,2
--------	-----	----------------------	--------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen sowie sonstige Einnahmen (Verwaltungskostenzuschläge für verkaufte, verlorene oder beschädigte Gegenstände u. dgl.).

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

124 01	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	3,6 0,0 0,0	a) b) c)	3,6
--------	-----	---	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Zwischensumme Verwaltungseinnahmen			53,1	a)	53,1
---	--	--	------	----	------

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0318 Landeskriminalamt

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Übrige Einnahmen

281 01	042	Ersätze und Erstattungen Dritter	0,0 5,4 22,8	a) b) c)		0,0
--------	-----	----------------------------------	--------------------	----------------	--	-----

Erläuterung: Vereinnahmt werden ggf. Mittel für EU-Projekte (z. B. Ausbildungsmaßnahmen im Ermittlungsbereich).

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

282 01	042	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	0,0 0,0 0,0	a) b) c)		0,0
--------	-----	-----------------------------------	-------------------	----------------	--	-----

Erläuterung: Vereinnahmt werden ggf. Beiträge und Zuwendungen Dritter für Maßnahmen der Kriminalprävention sowie private Gelder, die der Aufklärung einer Straftat dienen. Hierunter fallen auch Beiträge und Zuwendungen für sonstige Zwecke, sofern deren Annahme im Einzelfall durch das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration genehmigt wurde.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Zwischensumme Übrige Einnahmen		0,0	a)	0,0
---------------------------------------	--	-----	----	-----

Titelgruppen

71		Erstattungen und Zuwendungen für Maßnahmen zur Durchführung des Programms "Polizeiliche Kriminalprävention" der Länder und des Bundes (ProPK)				
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kostenerstattungen der anderen Länder und des Bundes für das Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes - ProPK - (vgl. Vermerk zu Ausgaben der Tit.Gr. 71).						
231 71	042	Kostenerstattung des Bundes	225,7 220,1 219,0	a) b) c)		240,6
232 71	042	Kostenerstattung der Länder	922,3 904,4 897,2	a) b) c)		992,4
282 71	042	Zuwendungen Dritter	0,0 111,4 102,0	a) b) c)		0,0
Summe Titelgruppe 71			1.148,0	a)		1.233,0
Gesamteinnahmen			1.201,1	a)		1.286,1

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0318 Landeskriminalamt

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	-------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Ausgaben

Die von § 6 Abs. 1 Satz 1 Nummer 4.1 Staatshaushaltsgesetz erfassten Titel der Kap. 0315, 0316, 0317 Titelgruppe 93, 0318 und 0335 bis 0346 sind kapitelübergreifend gegenseitig deckungsfähig.

Zu diesem Deckungskreis zählen ferner die Tit. 453 01 und 459 11 der genannten Kapitel und der Gruppentitel 453 in Kap. 0317 Titelgruppe 93; die Tit. 453 01 und 459 11 der genannten Kapitel sind übertragbar.

Die Ausgabeermächtigung bei Kap. 0318 erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 111 02, 119 49 und 124 01. Sie erhöht sich ferner um Einnahmen bei Tit. 281 01 und 282 01.

Personalausgaben

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Polizeireform können Beamtinnen und Beamte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer temporär von Regierungspräsidien zu Polizeidienststellen und von Polizeidienststellen zu Regierungspräsidien ohne Besoldungs- bzw. Vergütungersatz abgeordnet werden.

422 01	042	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten	34.979,7 38.266,1 37.378,0	a) b) c)	41.109,7
--------	-----	---	----------------------------------	----------------	----------

Im Rahmen der Ausbildung für den gehobenen und höheren Polizeivollzugsdienst und zur Wahrnehmung von besonderen Aufgaben können Polizeibeamtinnen und -beamte zu anderen Polizeidienststellen und zum Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration ohne Besoldungsersatz abgeordnet werden.

Erläuterung: In dem Haushaltsansatz sind einschließlich der Zulagen nach Maßgabe der besoldungsgesetzlichen Vorschriften enthalten: Tsd. EUR

1.1 Aufwandsentschädigungen und Zuwendungen aus Gründen der Fürsorge:	
- Fahndungskostenpauschale von monatlich 20,45 EUR für die im Vollzugsdienst verwendeten Kriminalbeamtinnen und -beamte	86,5
1.2 Sonstiges:	
- Zulagen für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte für besondere polizeiliche Einsätze und für Beamtinnen und Beamte als verdeckte Ermittlerinnen und Ermittler	116,2
- Zuschuss zu den von Polizeibeamtinnen und -beamten an Krankenversicherungen zu zahlenden Versicherungsbeiträge; § 20 Heilfürsorgeverordnung -HVO- i. d. jeweils gültigen Fassung	3,0
- Zulagen für den Umgang mit Munition und Explosivstoffen	53,6

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0318 Landeskriminalamt

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

422 05	042	Mehrarbeitsvergütung und Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten für Beamtinnen und Beamte u. dgl.	198,8 144,1 118,3		a) b) c)	205,7
--------	-----	---	-------------------------	--	----------------	-------

Die Tit. 422 05 der Kap. 0315 bis 0318 und 0335 bis 0346 sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Zulage für lageorientierten Dienst	66,8
2. Mehrarbeitsvergütung	138,9
zus.	205,7

Übertragen von Kap. 0302 Tit. 461 01 6,9 Tsd. EUR.

427 51	042	Sonstige Beschäftigungsentgelte	1,1 0,7 3,8		a) b) c)	1,1
--------	-----	---------------------------------	-------------------	--	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind die Ausgaben für Urlaubs- und Krankheitsstellvertretungen, Aushilfen (Praktikantinnen und Praktikanten u. dgl.), vorübergehende Beschäftigungen von Ausgebildeten im Anschluss an die Ausbildung zur Ableistung eines Praxisjahres sowie Sonstiges (Hausdienstvergütungen, Vergütungen für Vorträge u.a. einschließlich Reisekosten).

428 01	042	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)	15.260,8 15.878,5 15.622,1		a) b) c)	17.345,2
--------	-----	---	----------------------------------	--	----------------	----------

Erläuterung: Veranschlagt sind:

Neben den ordentlichen Bezügen für die tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einschließlich der nicht besonders aufgeführten Zulagen aufgrund von Tarifverträgen

	Tsd. EUR
6. Sonstige Zulagen (darunter Zulagen für den Umgang mit Munition, Zulagen nach § 14 TV-L, Zulagen nach §§ 10 und 18 TVÜ-Länder, Zulagen nach § 19 TV-L, Wechselschicht- und Schichtdienstzulagen)	81,9
7. Entschädigung zur pauschalen Abgeltung für Aufwendungen der Berufskraftfahrer gem. Nr. 19 der VwV Kfz für 1/1 Arbeitnehmer je 25,00 EUR im Monat.	0,3

428 05	042	Zeitzuschläge, Überstundenentgelte und Entgelte für Mehrarbeit für Beschäftigte	84,9 36,7 35,4		a) b) c)	60,9
--------	-----	---	----------------------	--	----------------	------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Zeitzuschläge	51,9
2. Überstundenentgelte	5,0
3. Entgelte für Mehrarbeit für Beschäftigte	4,0
zus.	60,9

Übertragen nach Kap. 0316 Tit. 428 05 Erl. Ziff. 1 24,0 Tsd. EUR.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0318 Landeskriminalamt

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
428 06	042	Entgelte der Beschäftigten des Reinigungsdienstes		229,6 198,9 219,1	a) b) c)	229,6
453 01	042	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.		146,3 85,1 102,6	a) b) c)	146,3
Zwischensumme Personalausgaben				50.901,2	a)	59.098,5

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01	042	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände		180,4 161,8 289,8	a) b) c)	519,2
--------	-----	---	--	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften)	211,8
2. Porto	50,1
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	174,6
4. Unterhaltung und Instandsetzung	27,9
5. Sonstiges	54,8
zus.	519,2

Übertragen von Kap. 0302 Tit. 461 01 76,0 Tsd. EUR.
Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 6,9 Tsd. EUR

511 02	042	Geräte und Waffen		126,5 40,8 168,6	a) b) c)	120,3
--------	-----	-------------------	--	------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für:

- Unterhaltung und Ergänzung der kriminaltechnischen Geräte, Fotolaborausstattungen u. dgl. sowie der Waffen, waffentechnischen Geräte u. dgl.,
- Unterhaltung der Schießanlage

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 2,3 Tsd. EUR.

514 01	042	Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl.		868,0 583,2 595,0	a) b) c)	859,6
--------	-----	--------------------------------------	--	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Bestand an Dienstkraftfahrzeugen und selbstfahrenden Arbeitsmaschinen vgl. Erläuterungen bei Kap. 0315 Tit. 514 01.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 32,4 Tsd. EUR.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0318 Landeskriminalamt

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
514 02	042	Dienst- und Schutzkleidung (persönliche Ausrüstungsgegenstände)	100,0 46,1 62,5		a) b) c)	96,8
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Beschaffung und Instandsetzung sowie Reinigung von Dienst-, Sonder- und Schutzkleidung und persönlichen Ausrüstungsgegenständen.</p> <p>Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 3,5 Tsd. EUR.</p>						
514 03	042	Verbrauchsmittel	1.251,9 1.337,8 1.084,9		a) b) c)	1.172,7
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Munition, Waffenersatzteile, Laborbedarf, Foto-, Rohmaterial u. dgl.</p> <p>Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 4,9 Tsd. EUR.</p>						
517 01	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)	27,9 86,4 105,8		a) b) c)	27,9
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Reinigung, Wasser und Abwasser, Verkehrssicherung und Pflege von Verkehrs- und Grünflächen, Abfallbeseitigung, geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel (z. B. Putzmittel und WC-Bedarf).</p>						
517 05	042	Energiebewirtschaftungskosten	12,8 9,4 10,2		a) b) c)	12,8
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Elektrizität, Öl, feste Stoffe, Fernwärme und Gas. Von der Heizungsanlage im Dienstgebäude des Landeskriminalamts werden auch die Räume der Staatlichen Münze und des Landesamts für Verfassungsschutz versorgt. Der auf diese Stellen entfallende Nutzungsaufwand ist bei Kap. 1209 mit veranschlagt.</p>						
518 01	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	161,6 154,0 130,8		a) b) c)	161,6
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für ausgelagerte Organisationseinheiten, für die Anmietung von Wohnraum für verdeckte Ermittlungsmaßnahmen und Zeugenschutzmaßnahmen, für die Anmietung von Wohnraum bei aktuellen Einsatzlagen der Spezialeinheiten und für die Anmietung von Garagen.</p>						
518 02	042	Mieten und Pachten für Maschinen, Fahrzeuge und Geräte	73,4 93,5 96,8		a) b) c)	73,4
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Miete für mobile Unterkünfte sowie für die Inanspruchnahme von Mietkraftwagen, Geräte u. dgl. durch die Polizei.</p>						

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0318 Landeskriminalamt

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
525 21	042	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten		15,0 42,2 63,8	a) b) c)	15,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die fachliche (Aus- und) Fortbildung, Gebühren für die Teilnahme an Lehrgängen, Seminaren und Arbeitstagen bei der Deutschen Hochschule der Polizei Münster sowie Kosten für Polizeisport einschließlich der Kosten für die Teilnahme an Sportwettkämpfen der Polizei, die Mitwirkung bei der Austragung von Meisterschaften und die Beschaffung von Sportpreisen.</p>						
526 21	042	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten		4,5 6,0 4,3	a) b) c)	4,5
527 01	042	Dienstreisen		392,1 421,7 380,0	a) b) c)	296,7
<p>Erläuterung: Reisekosten werden außerdem aus Tit. 427 51, 525 21, 546 49 und 525 69 bezahlt. Dienstreisen, die im Rahmen der Aus- und Fortbildung durchgeführt werden, sind bei Tit. 525 21 veranschlagt.</p>						
		<u>Zugelassene Fahrzeuge</u>		<u>2016</u>	<u>2017</u>	
		Pkw		15	15	
529 01	042	Zur Verfügung der Dienststellenleitung für Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen		0,5 0,5 0,5	a) b) c)	0,5
<p>Erläuterung: Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.</p>						
532 01	042	Umzugs- und Verlegungskosten		3,2 -0,3 0,8	a) b) c)	3,2
534 01	042	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		1.214,7 2.256,5 908,6	a) b) c)	1.214,7
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für externe Untersuchungen von Proben (DNA-Erkennungsdienst).</p>						
534 05	042	Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes		5,2 3,3 3,1	a) b) c)	5,2

Erläuterung: Veranschlagt sind Kosten zur Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes und der dazugehörigen Unfallverhütungsvorschriften GUV 0.5. Enthalten sind die Kosten für die sicherheitstechnische und betriebsärztliche Betreuung der Beschäftigten einschließlich der Kosten für arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0318 Landeskriminalamt

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
537 01	042	Ermittlungskosten	1.488,0 637,0 837,7		a) b) c)	1.480,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Dolmetscherleistungen, Zeugenentschädigungen, Belohnungen, Telekommunikationsüberwachungen und Auslobungen für die Mitwirkung von Privatpersonen bei der Verhütung bzw. Aufklärung strafbarer Handlungen, Zeugenschutzmaßnahmen und Auskunftersuchen sowie allgemeine Ermittlungskosten (Abschleppkosten u. dgl., Landeskriminalblatt und Lagebericht).</p> <p>Übertragen nach Kap. 0316 Tit. 537 01 8,0 Tsd. EUR.</p>						
545 02	042	Vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung, Öffentlichkeitsarbeit	124,6 106,6 115,9		a) b) c)	324,6
<p>Aufklärungs-, Informationsmaterial und sonstige Werbeträger können im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit und der vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.</p> <p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten zur Förderung der kommunalen Kriminalprävention gezielt gegen Wohnungseinbruchsdiebstahl (WED) in Höhe von 200.000 Euro sowie die Kosten für Maßnahmen zur wirksamen Umsetzung der vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung wie Untersuchungen des Kriminalitätsgeschehens und polizeilicher Bekämpfungsmaßnahmen, Sensibilisierung der Bevölkerung durch Veranstaltungen und Ausstellungen sowie Herausgabe und Versand von Aufklärungsmaterial, Bereitstellung geeigneter Geräte, Beschaffung von Geräten sowie Erwerb von Exponaten einschließlich Zubehör für die kriminalpolizeilichen Beratungsstellen im Land und für das Besucherprogramm im Landeskriminalamt (insbesondere zu den Themen „Drogenkriminalität“ und „Diebstahl“) u. dgl.</p>						
546 49	042	Vermischte Verwaltungsausgaben	47,4 33,7 21,6		a) b) c)	47,4
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Unfallrenten usw. und Entschädigungen an Dritte (in besonderen Fällen auch aus Billigkeitsgründen), Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, das Abschleppen sichergestellter und beschlagnahmter Fahrzeuge sowie für sonstige vermischte Ausgaben wie z. B. Verlustentschädigungen, Schadensersatzleistungen anlässlich von Kfz-Unfällen, Reisekosten und Seminargebühren für Personalrätinnen und Personalräte, Vorstellungsreisen, Aufwand anlässlich der Einladung ausländischer Gäste (insbesondere für die Verpflegung ausländischer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamter) u. dgl.</p>						
547 01	042	Für Zwecke der verdeckten Ermittlungen	50,6 15,1 9,0		a) b) c)	50,6
<p>Die Rechnung wird vom Präsidenten des Rechnungshofs Baden-Württemberg geprüft.</p> <p>Erläuterung: Zur Ausstattung und Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten verdeckter Ermittlerinnen und Ermittler.</p>						
Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben			6.148,3		a)	6.486,7

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0318 Landeskriminalamt

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Ausgaben für Investitionen

811 01	042	Erwerb von Dienstfahrzeugen u. dgl.		82,7 68,2 126,6	a) b) c)	82,7
		Erlöse aus dem Verkauf von vorzeitig ausgesonderten Kfz für besondere Einsätze und aus der Veräußerung unbrauchbar gewordener Fahrzeuge, für die Dritte schadenersatzpflichtig sind, fließen den Mitteln zu.				
812 01	042	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		0,0 389,2 0,0	a) b) c)	0,0
Zwischensumme Ausgaben für Investitionen				82,7	a)	82,7

Titelgruppen

69		Aufwand für Informationstechnik				
		Ersätze fließen den Mitteln zu.				
511 69A	042	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		371,7 325,8 428,1	a) b) c)	523,7
		Erläuterung:				
		Veranschlagt sind:		Tsd. EUR		
		1. Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		350,0		
		2. Unterhaltung und Instandsetzung		173,7		
			zus.	523,7		
511 69B	042	Fernmeldegebühren u. dgl.		526,4 386,5 359,2	a) b) c)	518,5
		Erläuterung:				
		Veranschlagt sind:		Tsd. EUR		
		1. Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen		321,9		
		2. Einmalige Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen		186,6		
		3. Rundfunkbeiträge		5,0		
		4. Sonstiges		5,0		
			zus.	518,5		

Anzahl der in den Wohnungen von Landesbediensteten vorhandenen dienstlichen Fernsprechanlüsse:

2016	2017
60	60

Übertragen nach Kap. 1209 Tit. 517 01 7,9 Tsd. EUR.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0318 Landeskriminalamt

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
514 69	042	Verbrauchsmittel		154,5 166,0 205,0	a) b) c)	154,5
518 69	042	Maschinen- und Gerätemieten		93,9 48,1 64,5	a) b) c)	93,9
Erläuterung: Veranschlagt sind Mieten insbesondere für informationstechnische Geräte wie Kopierer u. dgl.						
525 69	042	Aus- und Fortbildung, Umschulung		62,6 116,3 99,7	a) b) c)	62,6
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Schulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (IuK-Lehrgänge und -Seminare) einschließlich Reisekosten.						
534 69	042	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		261,1 341,5 397,1	a) b) c)	109,1
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für Programmierarbeiten, Systemberatung u. dgl. durch Dritte.						
546 69	042	Vermischte Verwaltungsausgaben		0,5 7,6 10,2	a) b) c)	0,5
812 69	042	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		0,0 240,7 9,8	a) b) c)	0,0
Summe Titelgruppe 69				1.470,7	a)	1.462,8

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0318 Landeskriminalamt

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

71 Aufwand für Maßnahmen zur Durchführung des Programms "Polizeiliche Kriminalprävention" der Länder und des Bundes (ProPK)

Die Mittel sind übertragbar. Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit.Gr. 71. Ersätze fließen den Mitteln zu.

Erläuterung: Die Innenminister des Bundes und der Länder sind in der Innenministerkonferenz am 15. Februar 1974 übereingekommen, die vorbeugende Verbrechensbekämpfung nach einem länderübergreifenden Gesamtkonzept durchzuführen. Die Kosten für das Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) werden gemeinsam nach dem Königsteiner Schlüssel getragen.

An Kosten für Maßnahmen zur Durchführung dieses Programms einschließlich der an Baden-Württemberg zu erstattenden Personal- und Sachkosten sind **1.381,0 Tsd. EUR** veranschlagt:

	Tsd. EUR
Voraussichtliche Kostenanteile:	
• Land Baden-Württemberg	148,0
• Bund und andere Länder (vgl. Tit. 231 71 und 232 71)	1.233,0
zus.	<u>1.381,0</u>

429 71	042	Personalaufwand	277,0	a)	297,0
			274,8	b)	
			274,8	c)	

Erläuterung: Veranschlagt ist der Personalaufwand, der dem Land Baden-Württemberg durch die Geschäftsführung für das Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) entsteht, dieser wird seit dem Jahr 1986 umgelegt.

545 71	042	Sachaufwand	1.008,0	a)	1.084,0
			1.094,6	b)	
			1.070,5	c)	

Summe Titelgruppe 71			1.285,0	a)	1.381,0
-----------------------------	--	--	---------	----	---------

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0318 Landeskriminalamt

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	-------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

75 Aufwand für das gemeinsame Zentrum für
Deutsch-Französische Polizei- und
Zollzusammenarbeit in Kehl

Die Mittel sind übertragbar. Die Gruppentitel sind gegenseitig
deckungsfähig. Ersätze fließen den Mitteln zu.

Erläuterung: Zur Umsetzung des Abkommens vom 9. Juli 1997 zwischen der
Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen
Republik über die Zusammenarbeit der Polizei- und Zollbehörden in den Grenzge-
bietern (BGBl. II 1998 S. 2480) wurde in Offenburg das gemeinsame deutsch-
französische Zentrum für Polizei- und Zollzusammenarbeit errichtet. Das gemein-
same Zentrum befindet sich seit Dezember 2002 in Kehl. Dort sind auf deutscher
Seite die Polizeien der Länder Baden-Württemberg sowie - anlassbezogen - des
Saarlandes, die Bundespolizei und die Zollverwaltung, auf französischer Seite die
Police Nationale, die Gendarmerie Nationale und der Zoll vertreten. Im gemein-
samen Zentrum arbeiten Angehörige aller Polizeidienste und der Zollverwaltungen im
Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten räumlich unmittelbar zusammen, um in
Angelegenheiten, die die Grenzgebiete betreffen, Informationen auszutauschen, zu
analysieren und weiterzusteuern, sowie in Fällen, in denen die Aufgabenbereiche
von mehreren Behörden verschiedener Dienstzweige berührt sind, bei der Koordini-
erung von Einsatzmaßnahmen mitzuwirken.

453 75	042	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.	4,2 0,0 1,4	a) b) c)	4,2
--------	-----	--	-------------------	----------------	-----

511 75	042	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegen- stände	5,3 -18,6 -20,9	a) b) c)	5,3
--------	-----	---	-----------------------	----------------	-----

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf (einschließlich Bücher und Druckschriften)	1,0
2. Porto	1,0
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchs- gegenstände	1,0
4. Unterhaltung und Instandsetzung	1,0
5. Sonstiges wie Beschaffung, Wartung und Instandhaltung von Geräten der Fernmelde-, DV- und Informationstechnik	1,3
zus.	5,3

514 75	042	Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl.	5,5 3,3 2,9	a) b) c)	5,5
--------	-----	--------------------------------------	-------------------	----------------	-----

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Kosten für Treib- und Schmierstoffe, Unterhaltung, Instandsetzung von Dienstfahrzeugen u. dgl.	4,4
2. Verbrauchsmittel	1,1
zus.	5,5

517 75	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)	1,5 1,9 1,2	a) b) c)	1,5
--------	-----	---	-------------------	----------------	-----

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0318 Landeskriminalamt

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
525 75	042	Aus- und Fortbildung		0,5 0,0 0,1	a) b) c)	0,5
527 75	042	Dienstreisen		3,0 4,3 2,8	a) b) c)	3,0
537 75	042	Ermittlungskosten		1,0 0,3 0,0	a) b) c)	1,0
544 75	042	Öffentlichkeitsarbeit		1,0 0,8 0,6	a) b) c)	1,0
546 75	042	Vermischte Verwaltungsausgaben		0,3 0,3 -0,2	a) b) c)	0,3
Summe Titelgruppe 75				22,3	a)	22,3
Gesamtausgaben				59.910,2	a)	68.534,0
Abschluss Kapitel 0318						
Verwaltungseinnahmen				53,1	a)	53,1
Übrige Einnahmen				1.148,0	a)	1.233,0
Gesamteinnahmen				1.201,1	a)	1.286,1
Personalausgaben				51.182,4	a)	59.399,7
Sächliche Verwaltungsausgaben				8.645,1	a)	9.051,6
Ausgaben für Investitionen				82,7	a)	82,7
Gesamtausgaben				59.910,2	a)	68.534,0
Kapitel 0318 Zuschuss				58.709,1	a)	67.247,9

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0319 Landesamt für Verfassungsschutz

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Vorbemerkung:

Das Landesamt für Verfassungsschutz nimmt die Aufgaben des Verfassungsschutzes wahr. Sie sind im Einzelnen im Gesetz über den Verfassungsschutz in Baden-Württemberg (Landesverfassungsschutzgesetz – LVSG) i.d.F. vom 5. Dezember 2005 (GBl. 2006 S. 1), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes vom 21. Juli 2015 (GBl. S. 642), festgelegt. Das Landesamt für Verfassungsschutz hat seinen Sitz in Stuttgart und untersteht dem Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration.

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 49	047	Vermischte Einnahmen	50,0 63,8 77,1	a) b) c)	50,0
--------	-----	----------------------	----------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind u.a. Erstattungen für die Durchführung von G10-Maßnahmen im Rahmen der Amtshilfe.

Zwischensumme Verwaltungseinnahmen			50,0	a)	50,0
Gesamteinnahmen			50,0	a)	50,0

Ausgaben

Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 119 49.

Personalausgaben

Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017.

Das Personalausgabenbudget gemäß § 6a Abs. 2 StHG 2017 umfasst die Tit. 422 01, 422 04, 422 05, 427 16, 427 51, 428 01, 428 05, 428 06, 453 01 und 459 49 und hat ein Gesamtvolumen von 18.811,1 Tsd. EUR.

422 01	047	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten	11.403,0 11.411,0 11.194,7	a) b) c)	15.114,0
--------	-----	---	----------------------------------	----------------	----------

Erläuterung:

Veranschlagt sind einschließlich der Zulagen nach Maßgabe der besoldungsgesetzlichen Vorschriften:

	Tsd. EUR
1.1 Aufwandsentschädigungen und Zuwendungen aus Gründen der Fürsorge: Fahndungskostenpauschale von monatlich 20,45 EUR für aus laufbahnrechtlichen Gründen zur Kriminalpolizei abgeordnete Beamtinnen und Beamte des Landesamts für Verfassungsschutz	0,6
1.2 Sonstiges: Zuschuss zu Versicherungsbeiträgen, die die aus dem Polizeivollzugsdienst übernommenen Beamtinnen und Beamten an Krankenversicherungen entrichten (§ 20 der Heilfürsorgeverordnung, HVO, vom 3. Januar 2011, GBl. S. 16)	4,0

Mehr im Zuge des Sonderprogramms zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0319 Landesamt für Verfassungsschutz

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
422 03	N 047	Bezüge der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst u. dgl.		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	14,4
422 04	047	Leistungsprämien für Beamtinnen und Beamte gem. § 76 LBesGBW		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
422 05	047	Mehrarbeitsvergütung und Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten für Beamtinnen und Beamte und dgl.		26,5 25,7 26,2	a) b) c)	26,5
Erläuterung:						
Veranschlagt sind:						Tsd. EUR
- Mehrarbeitsvergütung				25,0		
- Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten für im Rahmen der Aus- und Fortbildung für den mittleren, gehobenen und höheren Dienst der Kriminalpolizei abgeordnete Beamtinnen und Beamte des Landesamts für Verfassungsschutz. Von einem Besoldungsausgleich wird abgesehen. Die Sicherheitszulage wird für die Dauer der Abordnung nicht gewährt.				1,5		
zus.				26,5		
427 16	047	Unterrichtsvergütungen einschl. Reisekosten		0,5 0,0 0,0	a) b) c)	0,5
427 51	047	Sonstige Beschäftigungsentgelte		0,5 0,0 0,0	a) b) c)	0,5
Erläuterung: Veranschlagt sind Urlaubs- und Krankheitsstellvertretungen, Aushilfen.						
428 01	047	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)		3.027,3 3.488,8 3.527,5	a) b) c)	3.538,1
Erläuterung: Veranschlagt sind: Neben den ordentlichen Bezügen für die tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einschließlich der nicht besonders aufgeführten Zulagen aufgrund von Tarifverträgen						Tsd. EUR
6. Sonstige Zulagen (nach § 14 TV-L, nach §§ 10 und 18 TVÜ-Länder, nach § 19 TV-L, Wechselschicht- und Schichtzulagen)				3,0		

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0319 Landesamt für Verfassungsschutz

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

428 05	047	Zeitzuschläge, Überstundenentgelte und Entgelte für Mehrarbeit für Beschäftigte	7,0 2,3 0,6		a) b) c)	7,0
--------	-----	---	-------------------	--	----------------	-----

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
- Zeitzuschläge	0,5
- Überstundenentgelte	6,0
- Entgelte für Mehrarbeit	0,5
zus.	<u>7,0</u>

428 06	047	Entgelte der Beschäftigten des Reinigungsdienstes	116,5 117,6 105,5		a) b) c)	116,5
--------	-----	---	-------------------------	--	----------------	-------

453 01	047	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen	4,7 5,9 4,1		a) b) c)	4,7
--------	-----	--	-------------------	--	----------------	-----

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Trennungsgelder	1,7
2. Umzugskostenvergütungen	3,0
zus.	<u>4,7</u>

459 49	047	Vermischte Personalausgaben	3,3 0,0 0,0		a) b) c)	3,3
--------	-----	-----------------------------	-------------------	--	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind u.a. Prämien im Rahmen des Vorschlagswesens.

Zwischensumme Personalausgaben	14.589,3	a)	18.825,5
---------------------------------------	----------	----	----------

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01	047	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	141,5 198,5 183,0		a) b) c)	236,2
--------	-----	---	-------------------------	--	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften)	65,0
2. Porto	15,0
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	145,7
4. Unterhaltung und Instandsetzung	5,0
5. Sonstiges, insbesondere Bereitstellung von Mitteln im Rahmen der Beteiligung an den Kosten für die Behördenkantine des LKA BW	5,5
zus.	<u>236,2</u>

Mehr im Zuge des Sonderprogramms zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0319 Landesamt für Verfassungsschutz

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

514 01	047	Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl.	345,0 264,5 291,6		a) b) c)	375,0
--------	-----	--------------------------------------	-------------------------	--	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind die Kosten für Betriebs- und Schmierstoffe, Unterhaltung, Instandsetzung u. dgl.

<u>Bestand an Dienstkraftfahrzeugen:</u>	2016	2017
Pkw	103	107
davon geleast	38	38

Die Erhöhung des Fahrzeugbestands in 2016 auf insgesamt 103 Kfz wurde im Rahmen der Haushaltsermächtigung im 2. Nachtrag 2015/2016 durch das Ministerium für Finanzen erteilt.

Zugang von 10 Leasing- und 12 landeseigenen Fahrzeugen in 2016 im Zuge des Sonderprogramms zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus.

Zugang:

2017 7 Pkw (Ersatzbeschaffung, vgl. Tit. 811 01)

Abgang:

2017 3 Pkw

514 03	047	Verbrauchsmittel	6,0 4,2 10,2		a) b) c)	6,0
--------	-----	------------------	--------------------	--	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Munition und Sanitätsverbrauchs-material.

517 01	047	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)	58,4 96,1 77,9		a) b) c)	60,0
--------	-----	--	----------------------	--	----------------	------

Erläuterung:

<u>Veranschlagt sind:</u>	Tsd. EUR
3. Verkehrs- und Grünflächen (Verkehrssicherung, Pflege)	0,2
8. Geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel (z.B. Putzmittel, WC-Bedarf)	11,6
9. Wartung technischer Anlagen, TÜV-Prüfungen sowie Ersatzbeschaffung von Feuerlöschern	4,0
10. Sonstiges	44,2
zus.	60,0

518 01	047	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	255,0 258,6 260,3		a) b) c)	272,1
--------	-----	---	-------------------------	--	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für ausgelagerte Organisationseinheiten, die Anmietung von Garagen u. dgl.

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen (Beträge in Tsd. EUR)

Bewilligungen im Haushaltsplan	Betrag	davon abzudecken aus Haushaltsmitteln Tit. 517 01 und 518 01				
		2017	2018	2019	2020	2021 ff.
2012 (apl.)	1.591,8	272,9	272,9	272,9	272,9	500,2

In der Verpflichtungsermächtigung sind auch die bei Tit. 517 01 zu veranschlagenden Nebenkosten enthalten.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0319 Landesamt für Verfassungsschutz

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

518 02	047	Mieten und Pachten für Maschinen, Fahrzeuge und Geräte	134,0 116,6 139,6		a) b) c)	155,0
--------	-----	--	-------------------------	--	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für Leasingfahrzeuge. Mehr wegen Vergrößerung des Fahrzeugbestandes im Zuge des Sonderprogramms zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus.

525 21	047	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten	40,0 70,8 61,3		a) b) c)	70,0
--------	-----	--	----------------------	--	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Teilnahme an Lehrgängen und Seminaren (u.a. Deutsche Hochschule der Polizei, VWA u. dgl.) einschließlich Reisekosten. Mehr wegen gesteigener Anforderungen an die berufliche Qualifizierung im Verfassungsschutzverbund.

526 21	047	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	1,0 0,1 0,0		a) b) c)	1,0
--------	-----	--	-------------------	--	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind Gerichtskosten, Anwaltshonorare und Zeugenentschädigung.

526 22	047	Kosten für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen	8,3 2,3 3,8		a) b) c)	5,0
--------	-----	--	-------------------	--	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für das Sicherheitsforum Baden-Württemberg – "Die Wirtschaft schützt ihr Wissen".

527 01	047	Dienstreisen	300,0 283,7 290,6		a) b) c)	325,0
--------	-----	--------------	-------------------------	--	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Reisekostenvergütungen	181,0
2. Wegstreckenentschädigungen für privateigene Kraftfahrzeuge	144,0
zus.	<u>325,0</u>

Zugelassene Fahrzeuge	2016	2017
Pkw	<u>77</u>	<u>77</u>

Vgl. Erläuterung zu Tit. 514 01.

Reisekosten werden ggf. außerdem aus Tit. 427 51 bezahlt. Dienstreisen, die im Rahmen einer Aus- und Fortbildung durchgeführt werden, sind bei Tit. 525 21 und 525 69 veranschlagt.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0319 Landesamt für Verfassungsschutz

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
529 01	047	Zur Verfügung der Präsidentin des Landesamtes für Verfassungsschutz für Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen		0,5 0,5 0,5	a) b) c)	0,5
Erläuterung: Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.						
531 02	047	Öffentlichkeitsarbeit		15,0 31,4 0,0	a) b) c)	32,0
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Ausgaben für verstärkte Maßnahmen der Prävention und der Aufklärung der Öffentlichkeit, wie z.B. Broschüren, Messen und Vortragstätigkeiten.						
532 01	047	Umzugs- und Verlegungskosten		1,6 9,1 2,3	a) b) c)	10,0
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Verlegung ausgelagerter Organisationseinheiten.						
534 01	047	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		3,0 51,8 0,2	a) b) c)	6,0
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Werkverträge u. dgl.						
534 05	047	Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes		3,0 5,9 0,0	a) b) c)	6,0
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten zur Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes und der dazugehörigen Unfallverhütungsvorschrift GUV 0.5. Enthalten sind die Kosten für sicherheitstechnische und betriebsärztliche Betreuung der Beschäftigten einschließlich der Kosten für arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen.						
545 01	047	Für Zwecke des Verfassungsschutzes		545,1 536,9 575,7	a) b) c)	598,8
Die Rechnung wird vom Präsidenten des Rechnungshofs Baden-Württemberg geprüft.						
Erläuterung: Für Sammlung und Auswertung von Nachrichten.						

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0319 Landesamt für Verfassungsschutz

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

546 49	047	Vermischte Verwaltungsausgaben		20,0	a)	20,0
				18,9	b)	
				32,9	c)	

Erläuterung:

Veranschlagt sind: _____ Tsd. EUR

2. Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern	0,1
4. Sonstige vermischte Ausgaben (u.a. Ausgaben für Repräsentation einschließlich Bewirtungskosten, Schadenersatzleistungen an Dritte)	
	<u>19,9</u>
zus.	20,0

Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben 1.877,4 a) 2.178,6

**Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Investitionen)**

Die Mittel sind übertragbar. Ersätze fließen den Mitteln zu. Mehrausgaben sind in Höhe entsprechender Einsparungen bei HGr. 5 zulässig.

631 02	047	Kostenerstattung an den Bund für die Inanspruchnahme der gemeinsamen Akademie für Verfassungsschutz		250,0	a)	255,0
				215,1	b)	
				213,0	c)	

Erläuterung: Veranschlagt ist der Kostenanteil des Landes für die gemeinsame Akademie für Verfassungsschutz des Bundes und der Länder.

**Zwischensumme Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Investitionen)** 250,0 a) 255,0

Ausgaben für Investitionen

811 01	047	Erwerb von Dienstfahrzeugen u. dgl.		145,0	a)	290,0
				92,4	b)	
				56,0	c)	

Erlöse aus dem Verkauf von vorzeitig ausgesonderten Kraftfahrzeugen für besondere Einsätze und aus der Veräußerung unbrauchbar gewordener Fahrzeuge, für die Dritte schadenersatzpflichtig sind, fließen den Mitteln zu.

Erläuterung:

Veranschlagt sind folgende Ersatzbeschaffungen: _____ Tsd. EUR

7 Pkw 290,0

Ausgesondert werden sollen:

2017: 3 Pkw

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0319 Landesamt für Verfassungsschutz

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
812 01	047	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		5,0 70,0 29,0	a) b) c)	50,0
Zwischensumme Ausgaben für Investitionen				150,0	a)	340,0

Erläuterung: Veranschlagt sind u.a. die Kosten für den Kauf von Büromöbeln und die Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen.

Titelgruppen

69		Aufwand für Informationstechnik				
		Ersätze und Beiträge Dritter fließen den Mitteln zu.				
		Erläuterung: Veranschlagt sind Mittel zur Fortführung des Informations- und Kommunikationssystems des Landesamtes, vor allem Datenbankanwendungen, sowie für die Ergänzung nachrichtendienstlicher Einrichtungen.				
511 69A	047	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		121,2 253,0 279,6	a) b) c)	219,5
		Erläuterung: Veranschlagt sind:		Tsd. EUR		
		1. Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		150,0		
		2. Unterhaltung und Instandsetzung		69,5		
		zus.		219,5		
		Veranschlagt sind Ersatzbeschaffungen operativer Technik (Hard- und Software einschl. Lizenzen). Mehr im Zuge des Sonderprogramms zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus.				
511 69B	047	Fernmeldegebühren u. dgl.		260,0 255,3 245,6	a) b) c)	289,1
		Erläuterung: Veranschlagt sind:		Tsd. EUR		
		1. Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen		274,8		
		2. Einmalige Gebühren und Kosten		0,0		
		3. Rundfunkbeiträge		4,2		
		4. Sonstiges		10,1		
		zus.		289,1		
514 69	047	Verbrauchsmittel		35,0 37,7 36,5	a) b) c)	28,6
		Erläuterung: Veranschlagt ist Verbrauchsmaterial im IT-Bereich (Toner für Drucker, Fax- und Kopiergeräte).				

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0319 Landesamt für Verfassungsschutz

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
518 69	047	Maschinen- und Gerätemieten		125,0 166,7 124,7	a) b) c)	195,2
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind Leasinggebühren für die Arbeitsplatzrechner des Amtes.</p> <p>Mehr wegen Personalaufwachs im Rahmen des Sonderprogramms zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus.</p>						
525 69	047	Aus- und Fortbildung		10,0 18,7 16,9	a) b) c)	24,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die fachliche Aus- und Fortbildung im IT-Bereich einschließlich Reisekosten.</p>						
534 69	047	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		460,0 473,8 390,3	a) b) c)	361,7
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für Softwareprodukte, Werkverträge und Dienstleistungen Dritter.</p>						
812 69	047	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		335,0 262,3 576,5	a) b) c)	194,2
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind u.a. Mittel für die Weiterführung der DV-Ausstattung im Rahmen der Gesamtkonzeption des Informations- und Kommunikationssystems des Landesamts (IKS-LfV) sowie für Funktechnik, digitale Bildübertragung und Videotechnik.</p>						
Summe Titelgruppe 69				1.346,2	a)	1.312,3
Gesamtausgaben				18.212,9	a)	22.911,4

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
 0319 Landesamt für Verfassungsschutz

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Abschluss Kapitel 0319

Verwaltungseinnahmen	50,0	a)	50,0
Gesamteinnahmen	50,0	a)	50,0
Personalausgaben	14.589,3	a)	18.825,5
Sächliche Verwaltungsausgaben	2.888,6	a)	3.296,7
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	250,0	a)	255,0
Ausgaben für Investitionen	485,0	a)	534,2
Gesamtausgaben	18.212,9	a)	22.911,4
Kapitel 0319 Zuschuss	18.162,9	a)	22.861,4

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0320 Logistikzentrum Baden-Württemberg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Vorbemerkung:

Mit Beschluss der Landesregierung vom 7. April 1997 wurde das Logistikzentrum der Polizei (LZP) zum 1. Januar 1998 als Landesbetrieb errichtet – vgl. Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums über die Umwandlung der Landesbeschaffungsstelle für die Polizei in einen Landesbetrieb mit der Bezeichnung Logistikzentrum der Polizei (LZP) vom 13. Dezember 1997 (GABl. 1998, S. 11).

Durch Kabinettsbeschluss vom 1. März 2005 wurde das LZP in Logistikzentrum Baden-Württemberg (LZBW) umbenannt - vgl. Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums über den Landesbetrieb Logistikzentrum Baden-Württemberg (LZBW) vom 23. März 2005 (GABl. 2005, S. 507). Gemäß § 4 dieser Verwaltungsvorschrift erließ das Innenministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen das Betriebs- und Finanzstatut des Landesbetriebs Logistikzentrum Baden-Württemberg (LZBW) vom 23. März 2005, in dem mit Wirkung ab dem 1. April 2005 die erforderlichen Regelungen u. a. über den Geschäftsbetrieb, die Wirtschaftsführung und die Aufsicht über das LZBW getroffen sind. Wesentlichste Änderung ist die Einsetzung eines Verwaltungsrats zur Beratung und Kontrolle der Geschäftsführung des LZBW.

Das LZBW hat die Aufgabe, die Polizei, den Justizvollzugsdienst sowie Behörden und sonstige öffentliche Stellen des Landes Baden-Württemberg zentral mit Dienst- und Schutzkleidung sowie sonstigen Ausrüstungsgegenständen zu beliefern. Es tätig als Beschaffungsstelle des Landes auch die gemeinsame Beschaffung von Bedarfsgegenständen gemäß der VwV Beschaffung vom 17. März 2015 (GABl. 2015, S. 139) in der jeweils geltenden Fassung für alle Dienststellen des Landes, auf die die VwV Beschaffung Anwendung findet.

Darüber hinaus kann das LZBW für Behörden und sonstige öffentliche Stellen im Land Baden-Württemberg und – wenn dies in einem Verwaltungsabkommen zwischen dem Land Baden-Württemberg und der jeweiligen Gebietskörperschaft grundsätzlich geregelt ist – auch für öffentliche Stellen des Bundes und anderer Bundesländer als Dienstleister auf dem Gebiet der Beschaffung, Logistik und Vergabe tätig werden.

Ausgaben

**Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Investitionen)**

Die Mittel sind übertragbar.
 Die Bildung und Verwendung von Rücklagen bedarf der Einwilligung des Ministeriums für Finanzen.
 Die Betriebsgrundstücke können dem Landesbetrieb unentgeltlich überlassen werden.

682 01	012	Zuführung für den laufenden Betrieb	1.901,9 728,5 2.490,0	a) b) c)	1.418,7
--------	-----	-------------------------------------	-----------------------------	----------------	---------

Nicht im Wirtschaftsplan veranschlagte Investitionen dürfen im Rahmen des Gesamtzuschusses bei Beträgen von über 10.000 EUR im Einzelfall nur mit Einwilligung des Ministeriums für Finanzen geleistet werden.

Abweichungen von der Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte) sind innerhalb der Gesamtstellenanzahl und, wenn die Aufgabe wirtschaftlicher durch eigenes Personal erledigt werden kann, auch darüber hinaus im Rahmen der Aufwendungen des Wirtschaftsplans zulässig (§ 26 Abs. 1 LHO); bei unbefristeten Einstellungen ist die Einwilligung des Ministeriums für Finanzen erforderlich. Die Wirtschaftlichkeit ist im Einzelfall auf Grundlage einer Vollkostenrechnung nachzuweisen. Die Verfahrensregeln des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration und das geltende Tarifrecht sind zu beachten.

Erläuterung: Hier ist die Zuführung für den laufenden Betrieb an das Logistikzentrum Baden-Württemberg (LZBW) veranschlagt. Der Wirtschaftsplan ist als Anlage aufgeführt.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0320 Logistikzentrum Baden-Württemberg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Unentgeltliche Leistungen für den Landesbetrieb	Fläche in m ² bzw. anderer Größenordnung der Leistung	Ist-Ergebnis 2014 Tsd. EUR	Betrag für 2016 (Planung) Tsd. EUR	Betrag für 2017 (Planung) Tsd. EUR
I. Nutzung unentgeltlich überlassener Liegenschaften des Landes (Mietwert, Bewirtschaftung, Bauunterhalt)				
1. 71254 Ditzingen, Dornierstr. 15-19	3.536,87	236,9	458,7	458,7
2. 71254 Ditzingen, Siemensstr. 27	2.293,19	259,2	193,4	193,4
Zusammen	5.830,06	496,1	652,1	652,1
II. Weitere Leistungsblöcke	-keine-			
III. Unentgeltliche Leistungen insgesamt		496,1	652,1	652,1

682 02	012	Zuführung für Bekleidungskonten	3.300,0	a)	4.800,0
			1.820,0	b)	
			0,0	c)	

Erläuterung: Hier ist der Anteil der Zuführung für die Bekleidungskonten gemäß der Polizeidienstkleidungsverordnung (PolDKIVO) in der jeweils gültigen Fassung veranschlagt.

Zwischensumme Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	5.201,9	a)	6.218,7
---	---------	----	---------

Gesamtausgaben	5.201,9	a)	6.218,7
-----------------------	---------	----	---------

Abschluss Kapitel 0320

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	5.201,9	a)	6.218,7
---	---------	----	---------

Gesamtausgaben	5.201,9	a)	6.218,7
-----------------------	---------	----	---------

Kapitel 0320 Zuschuss	5.201,9	a)	6.218,7
------------------------------	---------	----	---------

Wirtschaftsplan

des

Landesbetriebs Logistikzentrum Baden-Württemberg

gemäß § 26 LHO

Anlage 1 zu Kap. 0320
Logistikzentrum Baden-Württemberg

A. Erfolgsplan		Betrag für 2015 Ist-Ergebnis	Betrag für 2016 Soll	Betrag für 2017 Planung
Tsd. EUR				
I. Erträge				
1.	Umsatzerlöse	14.459,0	10.956,0	14.762,5
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,0	0,0	0,0
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	0,0	0,0
4.	Sonstige betriebliche Erträge	97,4	22,3	72,6
5.	Erträge aus Beteiligungen, Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, Zins- und ähnliche Erträge	0,4	2,0	0,4
6.	außerordentliche Erträge	0,0	0,0	0,0
	Die Nr. 2-4 können auch unter der Bezeichnung "übrige Erträge" zusammengefasst werden.	14.556,8	10.980,3	14.835,5
	Summe der Erträge			
II. Aufwendungen				
1.	Materialaufwand	12.378,5	9.075,4	12.102,3
1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	12.372,0	9.057,9	12.095,3
1.2	Aufwendungen für Bezogene Leistungen	6,4	17,5	7,0
2.	Personalaufwand	2.259,0	2.332,8	2.882,9
2.1	Löhne und Gehälter	1.749,9	2.278,2	2.244,8
2.2	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	509,1	54,6	638,0
3.	Abschreibungen	37,4	101,6	44,6
4.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	977,6	1.169,0	1.152,5
4.1	Instandhaltung und Instandsetzung	30,8	41,2	33,0
4.2	Übrige	946,8	1.127,8	1.119,5
5.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens, Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0
6.	Außerordentliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0
7.	Steueraufwand	0,3	0,3	0,5
	Summe der Aufwendungen	15.652,7	12.679,1	16.182,8
III.	Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-) vor Zu- und Abführungen Land - Ergebnisübernahme	-1.095,9	-1.698,8	-1.347,3
IV.	Zuführungen/Ablieferungen Land - Ergebnisübernahme	696,6	1.597,2	1.302,7
1.	Zuführungen für den laufenden Betrieb	696,6	1.597,2	1.302,7
2.	Ablieferungen an das Land	0,0	0,0	0,0
V.	Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-) nach Ergebnisübernahme Land	-399,3	-101,6	-44,6

Die Berechnung der Summen erfolgt auf Basis der EUR-Werte. Durch die Rundung der Einzelwerte im Druck auf Tsd. EUR mit einer Nachkommastelle können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

Anlage 1 zu Kap. 0320
Logistikzentrum Baden-Württemberg

B. Finanzplan		Betrag für 2015 Ist-Ergebnis	Betrag für 2016 Soll	Betrag für 2017 Planung
Tsd. EUR				
I. Mittelbedarf				
1.	Jahresfehlbetrag des Erfolgsplans vor Ergebnisübernahme Land	1.095,9	1.698,8	1.347,3
2.	Zugänge des Anlagevermögens einsch. Anzahlungen/Anlagen im Bau und immaterielle Anlagegüter	29,8	304,7	118,0
2.1	Grundstücke und Bauten	0,0	0,0	0,0
2.2	Technische Anlagen und Maschinen	15,9	20,0	25,0
2.3	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	4,3	284,7	43,0
2.4	Sonstige Anlagen	9,6	0,0	50,0
3.	Bildung von Rücklagen	80,6	0,0	0,0
4.	Erfolgswirksame Auflösung des Sonderpostens für Investitionszu- schüsse Dritter	0,0	0,0	0,0
5.	Entnahmen/Ablieferung an das Land	0,0	0,0	0,0
	<u>davon erfolgswirksam:</u>			
	a) Ablieferung (Ergebnisübernahme)	0,0	0,0	0,0
	<u>davon erfolgsneutral:</u>			
	b) Kapitalrückzahlungen	0,0	0,0	0,0
	c) Sonstiges	1.820,0	3.300,0	4.800,0
	Summe I	1.206,3	2.003,5	1.465,3
II. Deckungsmittel				
1.	Jahresüberschuss des Erfolgsplans vor Ergebnisübernahme Land	0,0	0,0	0,0
2.	Verminderung des Anlagevermö- gens	37,4	101,6	44,6
2.1	Abgänge	0,0	0,0	0,0
2.2	Abschreibungen	37,4	101,6	44,6
3.	Verwendung/Auflösung von Rückla- gen	0,0	0,0	2,0
4.	Zugänge Sonderposten Investitions- zuschüsse Dritter	0,0	0,0	0,0
5.	Zuführung des Landes (Kap. 0320 Tit. 682 01)	728,5	1.901,9	1.418,7
	<u>davon erfolgswirksam:</u>			
	a) Zuführungen für den laufenden Betrieb (Ergebnisübernahme)	696,6	1.597,2	1.302,7
	<u>davon erfolgsneutral:</u>			
	b) Kapitalzuführungen	0,0	0,0	0,0
	c) Zuführungen zur Vermehrung des Anlagevermögens	31,9	304,7	116,0
	d) Zuführungen für Rücklagen	0,0	0,0	0,0
	e) Sonstiges	1.820,0	3.300,0	4.800,0
	Summe II	765,9	2.003,5	1.465,3

Die Berechnung der Summen erfolgt auf Basis der EUR-Werte. Durch die Rundung der Einzelwerte im Druck auf Tsd. EUR mit einer Nachkommastelle können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan:

<u>Gesamtbstand Personal</u>		Stellen/VZÄ	Stellen/VZÄ
		2016 Soll	2017 Planung
a)	Planmäßige Beamtinnen und Beamte in Stellen	4,5	6,0
	*kw	*0,0	*0,0
b)	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte) in Stellen	41,0	45,5
	*kw	*6,0	*6,0
	Summe a) und b):	45,5	51,5
	*kw:	*6,0	*6,0
c)	Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (in Stellen), Auszubildende, Praktikanten u.ä. (in VZÄ)	0,5	0,5
	*kw	*0,0	*0,0
d)	Auszubildende, Praxissemester-/DHBW-studenten/-innen	0,0	0,0
e)	Praktikanten/-innen, Volontäre, u.ä.	0,0	0,0
	Summe c) bis e):	0,5	0,5
	*kw:	*0,0	*0,0
f)	Nicht nach Stellen bewirtschaftetes Personal	0,0	0,0
g)	Befristet Beschäftigte (nur Museen)	0,0	0,0
	Gesamtsumme a) bis g)	46,0	52,0
	*kw:	*6,0	*6,0

Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte) einschl. kw-/ku-Vermerken	Stellen 2016 Soll	Veränderungen 2017 Planung	Stellen 2017 Planung
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insgesamt			
Außertariflich Beschäftigte	0,0		0,0
Summe	0,0		0,0
Summe *kw	0,0		0,0
Tariflich Beschäftigte	0,0		0,0
1. E15	1,0	-1,0 Wegfall gegen Zugang Bes.Gr. A 15 aufgrund Umwandlung in Beamtenstelle	0,0
2. E12	1,0		1,0
** 1,0/1,0 ku nach Entg.Gr. 11 mit Ausscheiden der Stelleninhaber			
3. E11	4,0	+2,0 Zugang aufgrund der Neufassung der VwV Beschaffung +1,0 Zugang im Zuge der Umsetzung des Haushaltsvermerks	7,0
4. E10	5,0		5,0
5. E9	5,0	+2,0 Zugang aufgrund der Neufassung der VwV Beschaffung	7,0
*kw mit Wegfall der Aufgabe 1)	1,0		1,0
6. E6	8,0		8,0
*kw mit Wegfall der Aufgabe 1)	2,0		2,0
7. E5	11,0	+0,5 Zugang aufgrund der Neufassung der VwV Beschaffung -1,0 Wegfall gegen Zugang in Entg.Gr. 4 in Vollzug des ku-Vermerks	10,5
**5,0/4,0 ku nach Entg.Gr. 4 mit Ausscheiden der Stelleninhaber			
8. E4	3,0	+1,0 Zugang gegen Wegfall in Entg.Gr. 5 in Vollzug des ku-Vermerks	4,0

Anlage 1 zu Kap. 0320
Logistikzentrum Baden-Württemberg

9. E3	3,0		3,0
*kw mit Wegfall der Aufgabe 1)	3,0		3,0
Summe	41,0		45,5
Summe *kw	6,0		6,0
Summe	41,0		45,5
Summe *kw	6,0		6,0

- 1) Der Vollzug der kw-Vermerke kann mit Zustimmung des Ministeriums für Finanzen längstens bis zum Ausscheiden eines Stelleninhabers ausgesetzt werden.

Bestand an Dienstfahrzeugen und selbstfahrenden Arbeitsmaschinen:	Anzahl für 2015 Ist-Ergebnis	Anzahl für 2016 Soll	Anzahl für 2017 Planung
PKW	1	1	1
Selbstfahrende Arbeitsmaschinen	0	2	2
Sonstige	5	0	0

Erläuterungen zum Erfolgsplan:

- Zu AI/1 Veranschlagt sind:
1. Erlöse aus Warenverkäufen und Logistikleistungen an die Polizei des Landes (Polizeibeamtinnen und –beamte), Justizbereich, Straßen- und Gewässerunterhaltungsdienste, Kommunen sowie sonstige Stellen.
2. Erlöse aus Warenverkäufen und Logistikleistungen aus Länderkooperationen.
3. Erlöse aus e-Vergabedienstleistungen.
- Zu AII/1.1. Veranschlagt sind Aufwendungen für den Wareneinsatz von Dienst-, Schutz- und Sonderbekleidung sowie Ausrüstung für die Polizeibeamtinnen und – beamten, das Tarifpersonal der Polizeiverwaltung, die Justizbeamtinnen und –beamten, die Straßen- und Gewässerunterhaltungsdienste, die Kommunen, sonstige Stellen und der Wareneinsatz für Länderkooperationen.
- Zu AII/1.2. Veranschlagt sind die Aufwendungen für Transportleistungen, die im Zusammenhang mit den Warenverkäufen und den Logistikleistungen stehen.
- Zu AII/2.1. Veranschlagt ist der Personalaufwand für die Personalstellen wie in der Planung angegeben, sowie weitere Hilfskräfte nach Bedarf.
- Zu AII/2.2. Veranschlagt sind die Sozialaufwendungen, die Aufwendungen für Versorgungszuschlag, die Versorgungsrücklagen sowie Beihilfen für Beamtinnen und Beamte.
- Zu AII/4.1. Veranschlagt sind Wartungskosten für maschinelle Anlagen und Fahrzeuge sowie auch für Bürorenovierungen, die vom Logistikzentrum getragen werden müssen sowie Verbrauchsmaterial für den Fuhrpark.
- Zu AII/4.2. Veranschlagt sind Aufwendungen der Paketzustellung durch einen externen Paketdienst. Aufwendungen für den allgemeinen Geschäftsaufwand (Geschäftsbedarf, Porto, Telefon), Kosten der Aus- und Weiterbildung sowie des Gesundheitsmanagements, Reisekosten, arbeits- und sicherheitstechnische Betreuung, Dienstleistungen Externer für IT-Arbeiten, Aufwendungen für die Leistungen des LCC, Aufwendungen für die Leistungen des BITBW für das BK-Outsourcing, Aufwendungen für die Leistungen der LOK sowie die Verwaltungskostenerstattung an das LBV. Veranschlagt sind auch Fremdarbeiten, Werbekosten und Ausschreibungskosten, Leistungen des Staatsanzeigers, Rechts- und Beratungskosten. Außerdem sind Aufwendungen für die nicht abzugsfähige Vorsteuer veranschlagt.
- Der Aufwand für Unterbringung einschließlich Bewirtschaftungs- und Energiekostenaufwand sowie der Bauunterhaltungsaufwand werden weiterhin in den Kapiteln 1208 und 1209 veranschlagt.
- Zu AII/7: Veranschlagt ist die Kfz-Steuer.

**Anlage 1 zu Kap. 0320
Logistikzentrum Baden-Württemberg**

		2017
		Tsd. EUR
Zu B.1.2.2.	Technische Anlagen und Maschinen	
	Kommissionierkarren	5,0
	Hilfsmittel Warenbewegung Lager 4	5,0
	Ersatzbeschaffung Lagerausstattung	15,0
	Zwischensumme	25,0
Zu B.1.2.3.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	
	IuK Hard- und Software	10,0
	Büroausstattung (Bürostühle, Regale, Schreibtische, Schränke)	14,1
	Ersatz diverser Kleinwerkzeuge und Kleingeräte	6,9
	Erwerb von GWG	10,0
	Arbeitssicherheitsmaßnahmen	2,0
	Zwischensumme	43,0
Zu B.1.2.4.	Sonstige Anlagen	
	Papierloses Kommissionieren	50,0
	Zwischensumme	50,0
	Gesamtinvestitionen	118,0

Anlage 1 zu Kap. 0320
Logistikzentrum Baden-Württemberg

Zweckbestimmung	Jahr 2015-Ist		Jahr 2016-Plan		Jahr 2017-Plan		
	Bestand 01.01.	Zuführung	Bestand 01.01.	Entnahme	Bestand 01.01.	Entnahme	Bestand 31.12.
	Tsd. EUR		Tsd. EUR		Tsd. EUR		
I. Kapitalrücklagen							
aus Einlagen des Landes oder anderer am Betrieb Beteiligter							
II. Gewinnrücklagen							
1. haushaltsgesetzlich vorgegebene Rücklage (§ 266 Abs. 3 Position A III 1 HGB)							
2. nach den Errichtungsregelungen vorgegebene Rücklage aus dem Jahresergebnis (§ 266 Abs. 3 Position A III 3 HGB)							
3. andere Rücklagen aus dem Jahresergebnis (§ 266 Abs. 3 Position A III 4 HGB)							
a) für Ersatz beanstandete Regale ¹	39,9		39,9		39,9	-2,0	37,9
b) für Umzug LZBW in neue Räumlichkeiten ²		80,6	80,6		80,6		80,6
Zusammen	39,9	80,6	120,5		120,5		118,5
Gewinnrücklagen zusammen	39,9	80,6	120,5		120,5		118,5
III. Rücklagen insgesamt (I. + II.)	39,9	80,6	120,5		120,5		118,5

¹ Bei regelmäßigen Sicherheitsüberprüfungen durch einen Dienstleister der Arbeitssicherheit, wurden Mängel in den Regalanlagen festgestellt. Für diese außerplanmäßig beanstandeten Regale und zu ersetzenden Regale wurden zweckgebundene Rücklagen gebildet.

Für auszuführende Arbeitssicherheitsmaßnahmen wird geplant 2 TEUR aus den Rücklagen zu verwenden.

² Das Stadtentwicklungskonzept der Stadt Ditzingen macht mittelfristig einen Standortwechsel des LZBW notwendig. Um die daraus entstehenden zukünftigen Aufwendungen finanzieren zu können, werden hierfür zweckgebundene Rücklagen gebildet.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0330 Ausländer und Aussiedler

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Vorbemerkung:

In diesem Kapitel sind die Aufwendungen des Landes veranschlagt für

1. die Landeseinrichtungen zur Förderung der Kulturarbeit nach § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) (Tit.Gr. 71),
2. die finanzielle Förderung der Kulturarbeit nach § 96 BVFG (Tit.Gr. 72),
3. Erstattungen an Stadt- und Landkreise für die Restabwicklung des Lastenausgleichs (Tit.Gr. 70),
4. die Förderung der Rückkehr von ausreisepflichtigen Ausländerinnen und Ausländern (Tit. 671 01) und Maßnahmen zur Förderung ihrer freiwilligen Rückkehr (Tit. 671 02),
5. die beim Regierungspräsidium Karlsruhe konzentrierte Aufenthaltsbeendigung, Asylverfahren und die dortigen sonstigen ausländerrechtlichen Verfahren,
6. die Abschiebungshafteinrichtung in Pforzheim (Tit.Gr. 76).

Zu 1.:

Landeseinrichtungen zur Förderung der Kulturarbeit nach § 96 BVFG

Das Land erfüllt den in § 96 BVFG verankerten Auftrag zur Förderung der Kulturarbeit mit den nachstehend genannten Einrichtungen (vgl. Tit.Gr. 71).

Das Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg in Stuttgart, durch Beschluss vom 30.03.1976 als nicht rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet, hat die Aufgabe, Kultur und Geschichte der Deutschen aus dem östlichen Europa zu vermitteln und das Bewusstsein um das gemeinsame kulturelle Erbe generationsübergreifend und grenzüberschreitend zu fördern.

Das Institut für Volkskunde der Deutschen des östlichen Europa in Freiburg, 1950 gegründet und seit 1964 in Trägerschaft des Landes dem Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration nachgeordnet, dokumentiert und erforscht als bundesweit einzige Einrichtung nach § 96 BVFG mit spezifisch volkskundlichem Zugang die historische und gegenwärtige Popular- und Alltagskultur der Deutschen in und aus dem gesamten östlichen Europa.

Das Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde in Tübingen, am 01.07.1987 als eine dem Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration unmittelbar nachgeordnete Forschungseinrichtung nach § 96 BVFG gegründet, dokumentiert und erforscht die Geschichte, Landeskunde und Dialekte der deutschen Siedlungsgebiete in Südosteuropa (Ungarn, Rumänien, Kroatien, Serbien) sowie Flucht, Vertreibung und Eingliederung der Heimatvertriebenen.

Daneben fördert das Land die Kulturarbeit nach § 96 BVFG durch Zuwendungen an die rechtsfähigen Stiftungen bürgerlichen Rechts „Donauschwäbisches Zentralmuseum“ in Ulm und „Donauschwäbische Kulturstiftung des Landes Baden-Württemberg“ in Stuttgart.

Zu 3.:

Restabwicklung des Lastenausgleichs

Mit dem Ausgleichsamt Pforzheim wurde Ende 2015 das letzte der ursprünglich 27 Ausgleichsämt im Land geschlossen. Das Bundesausgleichsamt und das Innenministerium BW haben am 22.10.2015/02.11.2015 eine Vereinbarung geschlossen, nach der die Zuständigkeit für die Durchführung des Lastenausgleichsgesetzes zum 1. Januar 2016 auf das Bundesausgleichsamt übergeht. Die Vereinbarung wurde am 2. Dezember 2015 im Bundesanzeiger veröffentlicht. Der Lastenausgleich ist damit für Baden-Württemberg abgeschlossen. Ausgenommen von der Aufgabenübertragung sind wenige Vorgänge, die z.B. Stundungs- oder Vollstreckungsverfahren betreffen. Diese Abschlussarbeiten werden von der Stadt Pforzheim erledigt. Im Jahr 2017 ist nur noch die der Stadt Pforzheim zustehende Schlusspauschale veranschlagt.

Zu 4.:

Förderung der Rückkehr von ausreisepflichtigen und ausreisewilligen Ausländerinnen und Ausländern und Maßnahmen zur Förderung ihrer freiwilligen Rückkehr.

Die Rückkehr umfasst sowohl die freiwillige Rückkehr als auch die Abschiebung. Neben der Finanzierung der REAG/GARP-Programme sollen auch Projekte in den Herkunftsstaaten gefördert werden können, um hierdurch die Bereitschaft zur freiwilligen Rückkehr zu stärken. Da die freiwillige Ausreise Vorrang vor der Abschiebung hat, wird auch die Beratung ausreisepflichtiger Ausländerinnen und Ausländer unter Ausschöpfung der Fördermöglichkeiten der EU intensiviert, um die Bereitschaft zur freiwilligen Ausreise zu erhöhen.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0330 Ausländer und Aussiedler

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Zu 5.:

Mit der am 01.01.2009 in Kraft getretenen Neufassung der Aufenthalts- und Asyl-Zuständigkeitsverordnung (AAZuVO) wurde die Ausländerverwaltung des Landes im staatlichen Bereich neu geordnet. U.a. wurde eine einheitliche Zuständigkeit beim RP Karlsruhe als landesweites Kompetenzzentrum für aufenthaltsbeendende Maßnahmen geschaffen. Im Kapitel 0330 bleiben die beim Regierungspräsidium Karlsruhe erforderlichen Mittel und Stellen für die dort konzentrierten bzw. verbliebenen Verfahren veranschlagt. Ebenso die sukzessiv abzubauenen Stellenüberhänge aus den durch die Neustrukturierung und früheren Eingliederungen erzielten Synergien.

Zu 6.:

Nach dem Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union von 17. Juli 2014 ist der Vollzug der Abschiebungshaft in Justizvollzugsanstalten in Amtshilfe durch die Justiz nicht zulässig. Die Abschiebungshaft ist vielmehr in speziellen Einrichtungen zu vollziehen, die entsprechend dem europa- und bundesrechtlich vorgegebenen Zweck der Abschiebungshaft auszugestalten und auszustatten sind. Im Gebäude der ehemaligen Jugendstrafanstalt Pforzheim wurde deshalb die vom Ministerrat beschlossene Abschiebungshafteinrichtung des Landes eingerichtet. Die Abschiebungshafteinrichtung ist organisatorisch beim Regierungspräsidium Karlsruhe eingerichtet.

Die Abschiebungshafteinrichtung ging am 01.04.2016 mit zunächst 21 Haftplätzen in Betrieb. Durch weitere Baumaßnahmen wird die Anzahl der verfügbaren Haftplätze bis voraussichtlich Frühjahr 2018 sukzessive auf 80 steigen.

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01	246	Gebühren und tarifliche Entgelte	0,0	a)	0,0
			2,5	b)	
			7,5	c)	

Erläuterung: Gebühren und Auslagensätze nach dem Landesgebührengesetz und anderen Rechtsvorschriften.
 Leertitel, weil das Aufkommen ungewiss ist.

119 49	246	Vermischte Einnahmen	0,0	a)	0,0
			0,0	b)	
			0,0	c)	

Zwischensumme Verwaltungseinnahmen			0,0	a)	0,0
---	--	--	-----	----	-----

Übrige Einnahmen

231 01	W 249	Zuweisungen des Bundes zur Durchführung des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes	4.147,0	a)	0,0
			3.953,6	b)	
			3.333,7	c)	

Erläuterung: Übertragen nach Kap. 0302 Tit. 231 06.

231 02	246	Zuweisungen des Bundes	0,0	a)	0,0
			0,0	b)	
			0,0	c)	

Erläuterung: Vereinnahmt werden etwaige Beteiligungen des Bundes, insbesondere an den Kosten der freiwilligen Rückkehr (vgl. dazu Vermerke vor Tit. 547 01).

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0330 Ausländer und Aussiedler

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

272 01	246	Zuweisungen der EU		0,0	a)	0,0
				70,6	b)	
				155,1	c)	

Erläuterung: Vereinnahmt werden etwaige Beteiligungen der EU, insbesondere an den Kosten der freiwilligen Rückkehr (vgl. dazu Vermerke vor Tit. 547 01). Leertitel, da das Aufkommen ungewiss ist.

Zwischensumme Übrige Einnahmen			4.147,0	a)	0,0
---------------------------------------	--	--	---------	----	-----

Titelgruppen

71 Landeseinrichtungen zur Förderung der Kulturarbeit nach § 96 BVFG

119 71	187	Einnahmen aus Veröffentlichungen		4,0	a)	4,0
				1,3	b)	
				2,7	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Einnahmen aus Publikationen. Vgl. Vermerk zu Tit.Gr. 71 – Ausgaben.

124 71	187	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		2,0	a)	2,0
				0,7	b)	
				1,4	c)	

125 71	187	Einnahmen aus Aufträgen Dritter		3,0	a)	3,0
				2,4	b)	
				1,2	c)	

Erläuterung: Vereinnahmt werden hier insbesondere Ersätze Dritter für die Inanspruchnahme der technischen Einrichtungen im Haus der Heimat. Auf einen Kostenersatz durch andere staatliche Dienststellen wird verzichtet. Vgl. Vermerk zu Tit.Gr. 71 – Ausgaben.

129 71	187	Vermischte Einnahmen		4,0	a)	4,0
				0,2	b)	
				0,2	c)	

231 71	187	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen aus dem öffentlichen Bereich		0,0	a)	0,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Unter diese Zweckbestimmung fallen alle Einnahmen aus Zuweisungen, Zuschüssen und Aufträgen öffentlich-rechtlicher Einrichtungen sowie Drittmittel, die direkt oder indirekt Mitteln der öffentlichen Hand entstammen (Bund, Europäische Union, Deutsche Forschungsgemeinschaft, Max-Planck-Gesellschaft, Sonderforschungsbereich usw.); vgl. hierzu Tit. 428 71 und Vermerk zu Tit.Gr. 71 – Ausgaben.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0330 Ausländer und Aussiedler

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
282 71	187	Zuschüsse und Zuwendungen Dritter		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
Erläuterung: Vgl. Vermerk zu Tit.Gr. 71 – Ausgaben.						
Summe Titelgruppe 71				13,0	a)	13,0
72		Förderung der Kulturarbeit nach § 96 BVFG				
129 72	183	Vermischte Einnahmen		5,0 0,0 0,0	a) b) c)	5,0
Erläuterung: Veranschlagt sind Erstattungen.						
Summe Titelgruppe 72				5,0	a)	5,0
75		Asylrecht, Rückführung, Ausweisung				
Erläuterung: Vergleiche Erläuterungen zu Tit.Gr. 75 – Ausgaben.						
111 75	043	Gebühren und Erstattungen		2,5 0,6 0,8	a) b) c)	2,5
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Verwaltungsgebühren in ausländerrechtlichen Verfahren.						
119 75	043	Vermischte Einnahmen		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
Erläuterung: Leertitel, weil das tatsächliche Aufkommen ungewiss ist.						
231 75	043	Kostenerstattungen des Bundes		0,0 0,5 0,0	a) b) c)	0,0

Erläuterung: Vereinnahmt werden die Erstattungen des Bundes im Zusammenhang mit aufenthaltsbeendenden Maßnahmen. Die korrespondierenden Ausgaben sind bei Tit. 532 75 veranschlagt. Vgl. Vermerk bei Tit. 532 75.
Leertitel, weil das tatsächliche Aufkommen ungewiss ist.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0330 Ausländer und Aussiedler

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
232 75	043	Kostenerstattungen der Länder		0,0 334,5 218,1	a) b) c)	0,0
<p>Erläuterung: Vereinnahmt werden die Erstattungen der Länder im Zusammenhang mit aufenthaltsbeendenden Maßnahmen. Die korrespondierenden Ausgaben sind bei Tit. 532 75 veranschlagt. Vgl. Vermerk bei Tit. 532 75. Leertitel, weil das tatsächliche Aufkommen ungewiss ist.</p>						
282 75	043	Sonstige Erstattungen Dritter		0,0 273,3 309,9	a) b) c)	0,0
<p>Erläuterung: Vereinnahmt werden die gegenüber ausreisepflichtigen Ausländerinnen und Ausländern festgesetzten Kostenersätze. Die korrespondierenden Ausgaben sind bei Tit. 532 75 veranschlagt. Vgl. Vermerk bei Tit. 532 75. Leertitel, weil das tatsächliche Aufkommen ungewiss ist.</p>						
Summe Titelgruppe 75				2,5	a)	2,5
76		Abschiebungshafteinrichtung				
119 76	N 043	Vermischte Einnahmen		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
125 76	N 043	Einnahmen aus der Verpflegung des Personals der Abschiebungshafteinrichtung		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	10,0
<p>Erläuterung: Vgl. Vermerk bei Tit. 514 76.</p>						
231 76	N 043	Kostenerstattungen des Bundes		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
<p>Erläuterung: Vgl. Vermerk bei Tit.Gr. 76 – Ausgaben.</p>						
232 76	N 043	Kostenerstattungen der Länder		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
<p>Erläuterung: Ersatz anderer Länder insbesondere aus der Mitbenutzung der Abschiebungshafteinrichtung aufgrund Kooperationsvereinbarungen. Vgl. Vermerk bei Tit.Gr. 76 – Ausgaben.</p>						
Summe Titelgruppe 76				0,0	a)	10,0
Gesamteinnahmen				4.167,5	a)	30,5

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0330 Ausländer und Aussiedler

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Ausgaben

Personalausgaben

422 01	012	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten	19.920,5 4.262,1 3.272,8	a) b) c)	11.398,8
--------	-----	---	--------------------------------	----------------	----------

Die Beamtinnen und Beamten des Vollzugsdienstes in der Abschiebungshafteinrichtung erhalten freie Dienstkleidung.

Erläuterung: Der Haushaltsansatz umfasst auch Zulagen nach Maßgabe der besoldungsgesetzlichen Vorschriften.

Übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 5.679,1 Tsd. EUR.

422 02	N 012	Bezüge und Nebenleistungen für abgeordnete Beamtinnen und Beamte (und Richterinnen und Richter)	0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
--------	-------	---	-------------------	----------------	-----

Ausgaben sind in Höhe der Einsparungen bei Tit. 422 05 zulässig.

422 03	N 012	Bezüge der Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst u. dgl.	0,0 0,0 0,0	a) b) c)	95,0
--------	-------	--	-------------------	----------------	------

Die Beamtinnen und Beamten des Vollzugsdienstes in der Abschiebungshafteinrichtung erhalten freie Dienstkleidung.

Erläuterung: Neu wegen Ausbildung von eigenem Personal für die Abschiebungshafteinrichtung.

422 04	012	Leistungsprämien für Beamtinnen und Beamte gem. § 76 LBesGBW	0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
--------	-----	--	-------------------	----------------	-----

Ausgaben sind bis zur Höhe von Einsparungen bei Titeln des Kap. 0330 zulässig, die gem. § 6 Abs. 1 Nr. 4 und 5 i.V.m. § 6 Abs. 2 StHG von der dezentralen Finanzverantwortung erfasst sind.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0330 Ausländer und Aussiedler

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

422 05	012	Mehrarbeitsvergütung und Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten für Beamtinnen und Beamte und dgl.		1,0 5,1 0,0	a) b) c)	40,5
--------	-----	--	--	-------------------	----------------	------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
- Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten	35,0
- Mehrarbeitsvergütung	5,5
zus.	40,5

Mehr wegen dem Betrieb der Abschiebungshafteinrichtung.

Übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 05 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 0,5 Tsd. EUR.

427 51	187	Sonstige Beschäftigungsentgelte		64,8 67,5 69,3	a) b) c)	66,3
--------	-----	---------------------------------	--	----------------------	----------------	------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Urlaubs- und Krankheitsstellvertretungen, Aushilfen	1,0
2. Sonstiges (Nebenvergütungen für wissenschaftliche Leiter des Instituts für Volkskunde der Deutschen des östlichen Europa und des Instituts für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde, Beschäftigungsentgelte für den Auf- und Abbau von Ausstellungen u. a.)	18,0
3. Wissenschaftliche Hilfskräfte beim Institut für Volkskunde der Deutschen des östlichen Europa, beim Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde und beim Haus der Heimat (vgl. Erl. zu Tit. 428 01)	47,3
zus.	66,3

428 01	012	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)		10.253,5 8.572,5 6.832,6	a) b) c)	6.664,8
--------	-----	---	--	--------------------------------	----------------	---------

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten) des Vollzugsdienstes in der Abschiebungshafteinrichtung erhalten freie Dienstkleidung.

Erläuterung: Veranschlagt sind:

Neben den ordentlichen Bezügen für die tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten) einschließlich der nicht besonders aufgeführten Zulagen aufgrund von Tarifverträgen

6. Sonstige Zulagen (nach § 14 TV-L, nach §§ 10 und 18 TVÜ-Länder, nach § 19 TV-L, Wechselschicht- und Schichtzulagen)	50,0
--	------

Mittel für weitere Beschäftigte mit tarifrechtlich zulässigen befristeten Arbeitsverträgen nach § 30 TV-L sind bei Tit. 429 01 und 428 71 veranschlagt. Mittel für die Beschäftigung von wissenschaftlichen Hilfskräften nach dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) sind bei Tit. 427 51 und 428 71 mitveranschlagt.

Übertragen nach Kap. 0331 Tit. 428 01 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 4.553,2 Tsd. EUR.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0330 Ausländer und Aussiedler

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
428 02	N 012	Entgelte für abgeordnete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)			0,0 a) 0,0 b) 0,0 c)	0,0
		Ausgaben sind in Höhe der Einsparungen bei Tit. 428 05 zulässig.				
428 05	012	Zeitzuschläge, Überstundenentgelte und Entgelte für Mehrarbeit für Beschäftigte			44,0 a) 7,4 b) 16,7 c)	22,0
Erläuterung:						
Veranschlagt sind:					Tsd. EUR	
- Zeitzuschläge					6,0	
- Überstundenentgelte					8,5	
- Entgelte für Mehrarbeit					7,5	
					zus. 22,0	
Übertragen nach Kap. 0331 Tit. 428 05 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 22,0 Tsd. EUR.						
428 06	187	Entgelte der Beschäftigten des Reinigungsdienstes			12,5 a) 2,3 b) 11,2 c)	0,0
Erläuterung: Übertragen nach Kap. 1209 Tit. 51701 6,5 Tsd. EUR.						
428 07	W 012	Entgelte für Beschäftigte im Bereich Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung			2.289,6 a) 268,7 b) 0,0 c)	0,0
Erläuterung: Übertragen nach Kap. 0331 Tit. 428 07 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 229,7 Tsd EUR.						
429 01	187	Sonstiger Personalaufwand			2,5 a) 0,0 b) 0,0 c)	1,0

Erläuterung: Veranschlagt sind die Gesamtbezüge einschließlich Zulagen nach Tarifverträgen und Überstundenvergütungen für wissenschaftlich Beschäftigte mit nach § 30 TV-L zulässigen befristeten Arbeitsverträgen.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0330 Ausländer und Aussiedler

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

453 01	012	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.	50,0 4,1 0,0		a) b) c)	32,0
--------	-----	--	--------------------	--	----------------	------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Trennungsgelder	22,0
2. Umzugskostenvergütungen	10,0
zus.	<u>32,0</u>

Übertragen nach Kap. 0331 Tit. 453 01 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 25,0 Tsd. EUR.

459 49	012	Vermischte Personalausgaben	1,0 0,0 0,0		a) b) c)	1,0
--------	-----	-----------------------------	-------------------	--	----------------	-----

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
2. Sonstiges	1,0

Zwischensumme Personalausgaben	32.639,4	a)	18.321,4
---------------------------------------	----------	----	----------

Sächliche Verwaltungsausgaben

Die Tit. 547 01 bis 671 02 sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ausgabeermächtigung bei diesen Titeln erhöht sich um die Einnahmen bei Tit. 231 02 und Tit. 272 01.

547 01	246	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	5,0 5,0 0,0		a) b) c)	5,0
--------	-----	---	-------------------	--	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind anderen Kapiteln und Titeln nicht zuzuordnende Ausgaben des Fachbereichs, u.a. auch zur Durchführung von übergeordneten Veranstaltungen im Bereich der Kulturarbeit einschließlich Bewirtung und von Maßnahmen zur Fortbildung für Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten, Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentationen, Dienstleistungen Dritter u. dgl.

Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben	5,0	a)	5,0
--	-----	----	-----

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0330 Ausländer und Aussiedler

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

**Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Investitionen)**

Die Mittel sind übertragbar.

Die Tit. 547 01 bis 671 02 sind gegenseitig deckungsfähig.
 Die Ausgabeermächtigung bei diesen Titeln erhöht sich um die
 Einnahmen bei Tit. 231 02 und Tit. 272 01.

671 01	219	Förderung der Rückkehr	485,0 790,0 481,8	a) b) c)	2.685,0
--------	-----	------------------------	-------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kostenbeteiligungen an den Rückkehrkosten nach den REAG/GARP-Programmen sowie dem Bund-Länder-Programm URA2. Aus den Mitteln können auch sonstige Projekte und Maßnahmen zur Förderung der Rückkehr sowie die anteiligen Kostenerstattungen an die Zentralstelle für Informationsvermittlung zur Rückkehrförderung (ZIRF) bestritten werden.

Mehr entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf durch verstärkte Inanspruchnahme der Rückkehrförderung aus dem REAG/GARP-Programm aufgrund gestiegener Zugangszahlen.

671 02	219	Maßnahmen zur Förderung der freiwilligen Rückkehr	690,2 396,9 446,2	a) b) c)	690,2
--------	-----	---	-------------------------	----------------	-------

	2017	
	Tsd. EUR	
Verpflichtungsermächtigung	500,0	
Davon zur Zahlung fällig im		
Haushaltsjahr 2018bis zu	350,0	
Haushaltsjahr 2019bis zu	100,0	
Haushaltsjahr 2020bis zu	50,0	

Erläuterung: Aus dem Titel werden Maßnahmen und Projekte zur Förderung der freiwilligen Rückkehr gefördert. Hierbei kommt neben der Förderung von Projekten mit landesweiter Bedeutung und der Beteiligung an regionalen Rückkehrberatungsprojekten auch die Unterstützung von länderübergreifenden Projekten in Betracht. Besondere Berücksichtigung finden dabei Maßnahmen und Projekte, die auch aus EU-Mitteln (z.B. Migrations- und Integrationsfonds - AMIF) gefördert werden (Komplementärfinanzierung). Die Zuschüsse werden nach der Zuwendungsrichtlinie „Rückkehrförderung“ des Innenministeriums vom 20.06.2007 bewilligt.

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und ihre Abdeckung (Beträge in Tsd. EUR)

Bewilligung im Haushaltsplan	Betrag	davon abzudecken aus Haushaltsmitteln			
		2017	2018	2019	2020
bis 2015	2,5	2,5	0,0	0,0	0,0
2016 (tw. üpl.)	700,0	550,0	100,0	50,0	0,0
2017	500,0	0,0	350,0	100,0	50,0
zus.	1.202,5	552,5	450,0	150,0	50,0

681 01	W 249	Leistungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz	6.380,0 6.047,3 5.080,5	a) b) c)	0,0
--------	-------	---	-------------------------------	----------------	-----

Erläuterung: Übertragen nach Kap. 0302 Tit. 681 01.

Zwischensumme Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			7.555,2	a)	3.375,2
---	--	--	---------	----	---------

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0330 Ausländer und Aussiedler

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Titelgruppen

69 Aufwand für Informationstechnik

Erläuterung: Veranschlagt sind hier insbesondere die Aufwendungen für Informationstechnik für

- die Landeseinrichtungen zur Förderung der Kulturarbeit nach § 96 BVFG (Tit.Gr. 71)
- die Aufgabenbereiche Asylverfahren, Rückkehrmanagement, Ausweisung und Aufenthaltsbeendigung insbesondere beim RP Karlsruhe (Tit.Gr. 75)
- die anteiligen Betriebs- und Betreuungskosten der Fachbereiche am DV-Verfahren OSIP-BW
- die Abschiebungshafteinrichtung in Pforzheim.

Die Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Karlsruhe ist an die Staatsfernsprechzentrale in Karlsruhe angeschlossen.

Der Mehrbedarf der Tit.Gr. ergibt sich aus dem Betrieb der Abschiebungshafteinrichtung.

511 69A	246	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	24,3 28,9 11,6	a) b) c)	99,1
---------	-----	--	----------------------	----------------	------

Erläuterung:

Veranschlagt sind: Tsd. EUR

- | | |
|---|------|
| 1. Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl. | 84,5 |
| 2. Unterhaltung und Instandsetzung | 14,6 |
| zus. | 99,1 |

511 69B	246	Fernmeldegebühren u. dgl.	16,0 6,4 7,6	a) b) c)	17,4
---------	-----	---------------------------	--------------------	----------------	------

Erläuterung:

Veranschlagt sind: Tsd. EUR

- | | |
|---|------|
| 1. Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen | 10,7 |
| 2. Einmalige Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen | 1,5 |
| 3. Rundfunkbeiträge | 0,7 |
| 4. Sonstiges | 4,5 |
| zus. | 17,4 |

514 69	246	Verbrauchsmittel	12,2 5,7 7,0	a) b) c)	16,3
--------	-----	------------------	--------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für DV-Papier, Farbbänder, Toner u. dgl.

518 69	246	Maschinen- und Gerätemieten	21,1 26,5 25,0	a) b) c)	22,8
--------	-----	-----------------------------	----------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Miet- und Wartungskosten für DV-Ausstattung, Kopiergeräte und Telefaxgeräte.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0330 Ausländer und Aussiedler

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
525 69	246	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten		2,0 0,7 0,0	a) b) c)	5,0
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für die Schulung (EDV-Lehrgänge und Seminare) von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (einschließlich Reisekosten).						
534 69	246	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		354,8 447,1 216,4	a) b) c)	295,6
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Ausgaben für den Betrieb und die Pflege des DV-Verfahrens OSIP sowie für die Betreuung der DV-Arbeitsplätze der Dienststellen im Fachbereich durch die BITBW. Darüber hinaus sind die Ausgaben im Zusammenhang mit der Abschiebungshafteinrichtung veranschlagt.						
Übertragen nach Kap. 0331 Tit. 534 69 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 219,1 Tsd. EUR.						
546 69	246	Sonstiger Sachaufwand		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,5
812 69	246	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		5,0 7,3 16,0	a) b) c)	118,6
Erläuterung:						
Veranschlagt sind u.a.:						Tsd. EUR
1.	Anschaffung besonders gesicherter Fernsehgeräte für Räume der Insassen und Gemeinschaftsräume der Abschiebungshafteinrichtung			20,3		
2.	Reparatur und Ergänzung Sicherheitstechnik (Rechner, Austausch Überwachungs-Kameras usw.) der Abschiebungshafteinrichtung			14,0		
3.	Ersatzbeschaffung Personennotrufanlage für die Abschiebungshafteinrichtung			13,5		
4.	Restkosten Erwerb von Lizenzen für Programme Justiz für die Abschiebungshafteinrichtung			24,1		
5.	Erwerb von Up-Date-Paketen aus Microsoft Enterprise Agreement Vertrag für die Abschiebungshafteinrichtung			26,0		
6.	Überholung und Anpassung des Zutrittskontrollsystems der Abschiebungshafteinrichtung			8,5		
7.	Anschaffung unabhängiger Stromversorgungsgeräte (USV) für die Abschiebungshafteinrichtung			7,2		
8.	Anschaffung einer interaktiven Wand als Ausstellungsmedium beim HdH			5,0		
	zus.			118,6		
Summe Titelgruppe 69				435,4	a)	575,3

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0330 Ausländer und Aussiedler

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

70 Lastenausgleich

Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterung:

Veranschlagt ist die Erstattung von Verwaltungsausgaben für die Durchführung der Lastenausgleichsgesetze (vgl. Vorbemerkung zu Kap. 0330) und für die Restabwicklung von Leistungen nach dem Flüchtlingshilfegesetz.

633 70	219	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Stadt- und Landkreise	37,5 111,6 429,6	a) b) c)	25,0
--------	-----	---	------------------------	----------------	------

Die Mittel sind übertragbar.

Erläuterung: Das Land erstattet den Stadt- und Landkreisen die für die Durchführung der Lastenausgleichsgesetze entstehenden Verwaltungsausgaben (vgl. Vorbemerkung zu Kap. 0330). Nach Schließung des Ausgleichsamts Pforzheim Ende 2015 ist die Aufgabe des Lastenausgleichs in Baden-Württemberg beendet. Veranschlagt ist die noch fällige Schlusspauschale an die Stadt Pforzheim nach Nrn. 2.4 und 3.5 VwV Ausgabenerstattung LAG.

Weniger entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf.

863 70	246	Landesanteil an Eingliederungsdarlehen	1,0 0,0 0,0	a) b) c)	1,0
--------	-----	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt ist der Landesanteil (20 v. H.), der bei der Restabwicklung von Eingliederungsdarlehen nach dem Flüchtlingshilfegesetz noch bereitzustellen ist.

Summe Titelgruppe 70			38,5	a)	26,0
-----------------------------	--	--	------	----	------

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0330 Ausländer und Aussiedler

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

71 Landeseinrichtungen zur Förderung
der Kulturarbeit nach § 96 BVFG

Die Gruppentitel - mit Ausnahme von Tit. 529 71 - sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 119 71 und Tit. 125 71; sie erhöht sich ferner um die Einnahmen bei den Tit. 231 71 und Tit. 282 71.

Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.

Auf eine Kostenerstattung für die im Rahmen der Geschäftsführung der "Donauschwäbischen Kulturstiftung" durch Landesbedienstete entstehenden Aufwendungen wird nach Maßgabe einer besonderen Vereinbarung verzichtet.

Auf eine Kostenerstattung für die im Rahmen der Unterbringung
- der Geschäftsstelle und des Archivs der „Kommission für deutsche und osteuropäische Volkskunde“ in Freiburg und
- der Geschäftsstelle der „Südostdeutschen Historischen Kommission“ in Tübingen
entstehenden Aufwendungen wird verzichtet.

Erläuterung:

	Tsd. EUR
Die Gesamtausgaben der Tit.Gr. 71 betragen	409,0
Dazu kommen anteilig:	
- Personalausgaben bei Tit. 422 01 bis 459 49	1.811,0
- Ausgaben der Tit.Gr. 69	138,3
Gesamtaufwand	2.358,3

Dargestellt ist der Gesamtmittelbedarf für die Kultureinrichtungen

- Haus der Heimat (HdH) in Stuttgart
 - Institut für Volkskunde der Deutschen im östlichen Europa (IVDE) in Freiburg und
 - Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde (IdGL) in Tübingen.
- Vgl. auch Nr. 1 der Vorbemerkungen.

Wegen der kostenfreien Unterbringung von Geschäftsstellen und eines Archivs wird auf die Erläuterungen bei Kap. 1209 Tit. 124 01 und den Planvermerk zur Tit.Gr. 71 verwiesen.

Aus den Mitteln der Titelgruppe werden vorübergehend auch die anteiligen Sachkosten an einer an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen eingerichteten Juniorprofessur zum Thema Kultur und Geschichte des östlichen Europa unter Berücksichtigung der deutschen Minderheiten in Südosteuropa insbesondere für zweckentsprechende Forschungs- und Untersuchungsaufträge des IdGL einschließlich deren Präsentation und Veröffentlichung bestritten.

428 71	187	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)	85,0	a)	91,0
			86,4	b)	
			84,8	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind die Mittel für eine/n unbefristet beschäftigte/n wissenschaftliche/n Arbeitnehmerin/Arbeitnehmer der Entgeltgruppe 13. Mit dem zum 01.05.2005 erfolgten Wechsel zum Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde wird bis zum neuerlichen Vorliegen der tariflichen Voraussetzungen eine übertarifliche Vergütung nach Verg.Gr. Ib BAT (alt) gewährt. Aus den Mitteln können im Falle einer Projektförderung durch den Bund, EU u. dgl. (vgl. Tit. 231 71) weitere befristete wissenschaftliche Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Hilfskräfte angestellt werden.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0330 Ausländer und Aussiedler

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

511 71	187	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	70,5 79,2 95,0		a) b) c)	69,1
--------	-----	---	----------------------	--	----------------	------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf (einschließlich Bücher und Druckschriften)	36,8
2. Porto	8,6
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	13,0
4. Unterhaltung und Instandsetzung	5,7
5. Sonstiges	5,0
zus.	<u>69,1</u>

517 71	187	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)	3,6 3,1 3,2		a) b) c)	6,5
--------	-----	--	-------------------	--	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel (z. B. Putzmittel, WC-Bedarf) sowie für Sonderreinigungen im Ausstellungsbereich des HdH.

525 71	187	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten	2,2 1,2 1,5		a) b) c)	1,8
--------	-----	--	-------------------	--	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind die Aus- und Fortbildungskosten für Bedienstete der drei Landeseinrichtungen (einschließlich Reisekosten).

526 71	187	Kosten für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen	2,0 2,3 1,8		a) b) c)	2,6
--------	-----	--	-------------------	--	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Sitzungsvergütungen einschließlich Reisekosten und sonstiger Aufwand für die im Haus der Heimat durchgeführten Veranstaltungen und Sitzungen des Kuratoriums sowie von Gremien, Jurys u. dgl. (einschließlich Reisekosten).

527 71	187	Dienstreisen	24,6 23,9 24,7		a) b) c)	23,5
--------	-----	--------------	----------------------	--	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind auch Wegstreckenentschädigungen für privateigene Kraftfahrzeuge.

Zugelassene Fahrzeuge	2016	2017
Pkw	1	1

Weitere Reisekosten können aus Tit. 525 71, 526 71, 534 71, 535 71, 537 71 und 544 71 gezahlt werden.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0330 Ausländer und Aussiedler

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
529 71	187	Zur Verfügung der Leitungen des HdH, IdGL und IVDE für Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen		0,6 0,4 0,3	a) b) c)	0,6
Erläuterung: Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.						
531 71	187	Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentation		43,0 38,6 35,1	a) b) c)	43,5
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Druckkosten für die von den Einrichtungen herausgegebenen Veröffentlichungen und Dokumentationen.						
532 71	187	Umzugs- und Verlegungskosten		0,5 0,0 0,0	a) b) c)	0,5
534 71	187	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		14,0 9,6 20,3	a) b) c)	16,0
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten für Werkverträge u. ä. sowie für Aufwendungen für die Heranziehung externer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - auch für die differenzierten Teilgebiete der Volkskunde (Dialektologie und Phonetrie) - einschließlich erforderlicher Hilfskräfte, auch von Universitäten und Instituten in den Herkunftsgebieten der Vertriebenen, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler im Rahmen von Kooperationen. Aus diesen Mitteln dürfen auch Reisekosten gezahlt werden.						
535 71	187	Seminare, Arbeitstagungen, Studienreisen, Exkursionen, Medienarbeit u. dgl.		21,8 24,5 35,0	a) b) c)	24,0
Erläuterung: Aus den Mitteln dürfen auch Honorare und Reisekosten sowie Zuschüsse an Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Exkursionen, Studien- und Begegnungsfahrten gezahlt werden.						
537 71	187	Schülerwettbewerbe "Die Deutschen und ihre Nachbarn im Osten"		60,0 69,7 67,9	a) b) c)	60,0
Erläuterung: Veranschlagt sind Aufwendungen im Rahmen des Schülerwettbewerbs. Dieser wird auch grenzüberschreitend in den Herkunftsgebieten der Vertriebenen, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler durchgeführt. Aus den Mitteln dürfen auch Honorare und Reisekosten u. a. für die Auswertung der Fragebogen und Aufwendungen für den Themenbeirat gezahlt werden.						

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0330 Ausländer und Aussiedler

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
544 71	187	Kosten für Ausstellungen und sonstige Veranstaltungen		65,2 64,8 53,3	a) b) c)	65,2
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Aufwendungen für die konzeptionelle, inhaltliche und technische Erarbeitung, Ergänzung, Überarbeitung und Präsentation von Ausstellungen, begleitende Maßnahmen (insbesondere Seminare, Ausstellungsführer und Lehrerhandreichungen) sowie kulturelle Veranstaltungen (Kunst, Literatur, Musik), Lehrgänge u. dgl. innerhalb und außerhalb der Einrichtungen. Aus den Mitteln dürfen auch Honorare und Reisekosten gezahlt werden.</p>						
546 71	187	Vermischte Verwaltungsausgaben		1,0 0,3 1,2	a) b) c)	1,5
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind Unfallrenten usw. und Entschädigungen an Dritte, Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Auslagen für Vorstellungsreisen usw.</p>						
547 71	187	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben		1,5 1,2 1,1	a) b) c)	2,0
685 71	187	Mitgliedsbeiträge an Verbände, Vereine, Gesellschaften, Organisationen u. dgl.		1,5 0,8 0,7	a) b) c)	1,2
<p>Erläuterung: Veranschlagt ist der Mitgliedsbeitrag für die Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen u.a.</p>						
812 71	187	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		6,0 5,9 6,9	a) b) c)	0,0
Summe Titelgruppe 71				403,0	a)	409,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0330 Ausländer und Aussiedler

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

72 Förderung der Kulturarbeit nach § 96 BVFG

Die Mittel sind übertragbar.
Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig.

681 72	183	Kulturpreise und Stipendien		25,0 27,6 37,5	a) b) c)	25,0
--------	-----	-----------------------------	--	----------------------	----------------	------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Donauschwäbischer und russlanddeutscher Kulturpreis	10,0
2. Stipendien zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses	15,0
zus.	<u>25,0</u>

Der donauschwäbische sowie der russlanddeutsche Kulturpreis werden im jährlichen Wechsel vergeben.

Stipendien werden für den wissenschaftlichen Nachwuchs, insbesondere aus den Herkunftsgebieten der Vertriebenen, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler vergeben. Die Mittel werden zur Erfüllung der Forschungsaufträge des Instituts für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde und des Instituts für Volkskunde der Deutschen des östlichen Europa im Rahmen grenzüberschreitender Zusammenarbeit und Kooperationen mit wissenschaftlichen Einrichtungen in den Herkunftsgebieten in Anlehnung an das Landesgraduiertenförderungsgesetz und die Landesgraduiertenförderungsverordnung eingesetzt.

Im Bereich der wissenschaftlichen Kulturarbeit nach § 96 Bundesvertriebenengesetz soll das Ziel einer Neuorientierung der Kulturarbeit mit verstärkter Ausrichtung auf junge Menschen umgesetzt werden. Zugleich wird damit dem Ziel einer Verstärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit als Folge des EU-Beitritts weiterer südosteuropäischer Staaten entsprochen.

684 72	183	Zuschüsse zur institutionellen Förderung und zur Projektförderung		643,8 639,0 705,4	a) b) c)	703,8
--------	-----	---	--	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung:

Vorgesehen sind Zuschüsse zur	Tsd. EUR
1. Institutionellen Förderung von Verbänden der Vertriebenen, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler	325,0
2. Projektförderung für Maßnahmen, die der Pflege des Kulturgutes aus und in den Herkunftsgebieten der Vertriebenen, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler dienen	318,8
3. Einmaliger Zuschuss an den Bund der Vertriebenen (Landesverband Baden-Württemberg) für eine wissenschaftliche Bestandsaufnahme des zu erhaltenden Kulturguts und Ausarbeitung einer Handlungsstrategie für die künftige Kulturarbeit	60,0
zus.	<u>703,8</u>

Die Zuschüsse werden nach der Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums für die Gewährung von Zuwendungen zur Kulturarbeit nach § 96 Bundesvertriebenengesetz vom 31. Oktober 2012 (GABI S. 858) bewilligt.

685 72	183	Zuschüsse an die Donauschwäbische Kulturstiftung und andere Stiftungen		100,0 100,0 76,7	a) b) c)	50,0
--------	-----	--	--	------------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt ist insbesondere der Zuschuss an die Donauschwäbische Kulturstiftung (DSKS) des Landes Baden-Württemberg zur Kulturarbeit in den Herkunftsgebieten der Donauschwaben bzw. heute noch von Donauschwaben bewohnten Gebieten in Ungarn, Rumänien und im ehemaligen Jugoslawien.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0330 Ausländer und Aussiedler

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

686 72	183	Zuschuss des Landes an die Stiftung Donauschwäbisches Zentralmuseum		332,0 345,0 332,0	a) b) c)	385,0
--------	-----	--	--	-------------------------	----------------	-------

				2017 Tsd. EUR		
		Verpflichtungsermächtigung		345,0		
		Davon zur Zahlung fällig im Haushaltsjahr 2018bis zu		345,0		

Erläuterung: Veranschlagt ist der Zuschuss des Landes an die Stiftung Donauschwäbisches Zentralmuseum in Ulm. Das Donauschwäbische Zentralmuseum soll den donauschwäbischen Raum umfassend darstellen und sich an die gesamte Bevölkerung sowie das Ausland richten; es wird in Form einer Stiftung geführt, an der der Bund, das Land, die Stadt Ulm und die Landsmannschaften aus dem donauschwäbischen Raum beteiligt sind. Die Mittel können zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Mehr entsprechend der paritätischen Förderung mit dem Bund.
Die neu veranschlagte Verpflichtungsermächtigung ermöglicht es, die Förderzusage des Landes für das folgende Wirtschaftsjahr frühzeitig zu erteilen.

Summe Titelgruppe 72			1.100,8	a)	1.163,8
-----------------------------	--	--	---------	----	---------

75 Asylrecht, Rückführung, Ausweisung

Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterung: Im Kapitel 0330 Tit.Gr. 75 sind insbesondere Sachmittel für die mit der Neuordnung der Ausländerverwaltung im staatlichen Bereich seit 2009 beim Regierungspräsidium Karlsruhe verbliebener bzw. konzentrierter Zuständigkeitsbereiche für ausländerrechtliche Verfahren, Ausweisungen und Aufenthaltsbeendigungen veranschlagt.
Vgl. auch Vorbemerkung Ziff. 5.

511 75	043	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände		538,4 108,7 89,1	a) b) c)	752,5
--------	-----	---	--	------------------------	----------------	-------

Erläuterung:		
Veranschlagt sind:		Tsd. EUR
1.	Geschäftsbedarf (einschließlich Bücher und Druckschriften)	444,0
2.	Porto	25,0
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	262,0
4.	Unterhaltung und Instandsetzung	20,0
5.	Sonstiges	1,5
	zus.	752,5

Mehr aufgrund erhöhter Abschiebungsmaßnahmen.

517 75	043	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)		5,0 0,2 3,1	a) b) c)	5,0
--------	-----	---	--	-------------------	----------------	-----

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0330 Ausländer und Aussiedler

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
525 75	043	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten		1,8 1,6 0,9	a) b) c)	2,5
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten einschließlich Reisekosten für die berufliche Aus- und Fortbildung der Bediensteten der Dienststelle.						
526 75	043	Kosten für Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten		73,5 57,7 45,2	a) b) c)	120,0
Erläuterung: Mehr aufgrund erhöhter Abschiebungsmaßnahmen.						
527 75	043	Dienstreisen		30,2 13,9 12,5	a) b) c)	50,0
Erläuterung: Veranschlagt sind auch Wegstreckenentschädigungen für privateigene Kraftfahrzeuge.						
		<u>Zugelassene Fahrzeuge</u>	2016	2017		
		Pkw	1	1		
Weitere Reisekosten können aus Tit. 532 75 gezahlt werden. Dienstreisen, die im Zusammenhang mit Aus- und Fortbildung anfallen, sind bei Tit. 525 75 veranschlagt.						
Mehr aufgrund erhöhter Abschiebungsmaßnahmen.						
532 75	043	Kosten der Rückführung, Transportkosten		3.289,8 2.862,7 1.565,1	a) b) c)	5.700,0
Die Ausgabenermächtigung erhöht sich um die Einnahmen bei Tit. 231 75, 232 75 und 282 75.						
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Rückführung ausreisepflichtiger bzw. ausreisewilliger Ausländerinnen und Ausländer. Hierunter fallen vor allem Transportkosten, insbesondere Flugkosten, aber auch alle anderen, in unmittelbarem Zusammenhang mit der Aufenthaltsbeendigung anfallenden Kosten, wie z.B. Kosten für die Flugbegleitung, für die Sicherung und Herstellung der Transportfähigkeit inklusive medizinischer Begleitung, für die Dokumentenbeschaffung und die in diesem Zusammenhang anfallenden Kosten einer angemessenen Verköstigung, soweit nicht durch das LRKG abgedeckt, für die Anschlussversorgung, für Reisekosten sowie für Übersetzerinnen und Übersetzer und Dolmetscherinnen und Dolmetscher.						
Mehr aufgrund erhöhter Abschiebungsmaßnahmen.						
533 75	043	Umzugs- und Verlegungskosten		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0330 Ausländer und Aussiedler

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
534 75	043	Dienstleistungen Dritter u. dgl.	316,0 207,2 80,6		a) b) c)	508,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Ausgaben für Werkverträge, Kosten für die Heranziehung von Dolmetscherinnen und Dolmetschern u. dgl. Mehr aufgrund erhöhter Abschiebungsmaßnahmen.</p>						
546 75	043	Vermischte Verwaltungsausgaben	3,0 15,1 0,6		a) b) c)	3,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind Unfallrenten usw. und Entschädigungen an Dritte, Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Auslagen für Vorstellungsreisen usw.</p>						
812 75	043	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	0,0
Summe Titelgruppe 75			4.257,7		a)	7.141,0
76		Abschiebungshafteinrichtung				
<p>Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig.</p> <p>Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um die Einnahmen bei Tit. 231 76 und 232 76. Ausgaben dürfen auch vor dem kas- senmäßigen Eingang der Einnahmen geleistet werden.</p>						
<p>Erläuterung: Die Abschiebungshafteinrichtung in Pforzheim ist zum 01.04.2016 in Betrieb gegangen. Vgl. auch Vorbemerkung Ziff. 6.</p>						
427 76	N 043	Sonstige Beschäftigungsentgelte	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	47,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind Urlaubs- und Krankheitsvertretungen sowie Aus- hilfskräfte.</p>						

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0330 Ausländer und Aussiedler

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

511 76	N 043	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	271,5
--------	-------	---	-------------------	--	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf (einschließlich Bücher und Druckschriften), Wäsche, Bettzeug	177,0
2. Porto	2,0
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	63,0
4. Unterhaltung, Instandsetzung, Reinigung Kleidung Untergebrachter	6,0
5. Erneuerung Türbeschilderung, Anpassung Sicherheitspläne	13,5
6. Sonstiges	10,0
zus.	271,5

514 76	N 043	Allgemeine Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	443,0
--------	-------	---	-------------------	--	----------------	-------

Ausgaben für die Verpflegung des Personals sind bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Tit. 125 76 zulässig.

Erläuterung:

Veranschlagt sind u.a.:	Tsd. EUR
1. Verpflegung und Hygiene der Untergebrachten	292,0
2. Medizinischer Bedarf (Medikamente, Sanitätsverbrauchs- mittel)	65,0
3. Dienst- und Schutzkleidung (persönliche Ausrüstungs- gegenstände)	35,0
4. Haltung und Betrieb von Dienstfahrzeugen	15,0
5. Verpflegung des Personals der Abschiebungshaftein- richtung	10,0
6. Sonstiges	26,0
zus.	443,0

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen und selbstfahrenden Arbeitsmaschinen:	2016	2017
Pkw	2	2
davon geleast	2	2
Kombi-, Einsatz- und Spezialfahrzeuge, Fahrzeuge mit Sonderausstattung, Funk usw.		
Gefangenentransportwagen	2	2

517 76	N 043	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	35,0
--------	-------	--	-------------------	--	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt ist der Bedarf für geringwertige Gebrauchsgegenstände sowie für Wartungskosten.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0330 Ausländer und Aussiedler

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

518 76	N 043	Mieten und Pachten für Maschinen, Fahrzeuge und Geräte	0,0		a)	10,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Leasingkosten für zwei Dienstkraftfahrzeuge.

525 76	N 043	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten	0,0		a)	50,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die berufliche Weiterqualifizierung und die Ausbildungslehrgänge an der Justizvollzugsschule einschließlich Reisekosten, Lehr- und Lernmittel.

526 76	N 043	Kosten für Sachverständige	0,0		a)	70,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Heranziehung von Sachverständigen.

527 76	N 043	Dienstreisen	0,0		a)	15,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind auch Wegstreckenentschädigungen für privateigene Kraftfahrzeuge.

Zugelassene Fahrzeuge	2016	2017
Pkw	0	1

534 76	N 043	Dienstleistungen Dritter u. dgl.	0,0		a)	953,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung:

Veranschlagt sind insbesondere Kosten für:	Tsd. EUR
1. Privater Sicherheitsdienst im Schichtbetrieb	383,0
2. Essensausgabe	70,0
3. Reinigungsunternehmen	120,0
4. Hausmeisterdienst	75,0
5. Vertragsarzt	66,0
6. Ärztliche Behandlung, Unterbringung in Krankenanstalten, therapeutische Kosten	125,0
7. Seelsorgerische Tätigkeit	25,0
8. Verträge für Technik und Wartung	12,0
9. Arbeitssicherheitsgesetz	2,0
10. Sonstiges, Dolmetscherdienste	75,0
zus.	953,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0330 Ausländer und Aussiedler

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
537 76	N 043	Beförderungs- und Vorführkosten der Untergebrachten (einschließlich Reisekosten)	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	25,0
546 76	N 043	Vermischte Verwaltungsausgaben	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	18,0
681 76	N 043	Leistungen an die Untergebrachten	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	176,0

Die Mittel sind übertragbar.

Erläuterung:

Veranschlagt sind Mittel für:	Tsd. EUR
<hr/>	
1. Taschengelder nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	65,0
2. Unterstützung mittelloser Untergebrachter	96,0
3. Aufwandsentschädigung für beschäftigte Untergebrachte	15,0
zus.	<u>176,0</u>

685 76	N 043	Mitgliedsbeiträge an Verbände, Vereine, Gesellschaften, Organisationen u. dgl.	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	5,0
811 76	N 043	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	48,0

Erläuterung:

Veranschlagt sind folgende Beschaffungen:	Tsd. EUR
<hr/>	
Ersatzbeschaffung	
1 Gefangenentransportwagen mit Zubehör und erforderlichen Umbaumaßnahmen	48,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0330 Ausländer und Aussiedler

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

812 76	N 043	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	272,5
--------	-------	--	--	-------------------	----------------	-------

	2017 Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigung	300,0
Davon zur Zahlung fällig im Haushaltsjahr 2018bis zu	300,0

Erläuterung:

Veranschlagt sind u.a.:	Tsd. EUR
1. Erstausstattungsbedarf der Einrichtung nach weiteren Umbaumaßnahmen (Abteilungsküchen mit Herd, Spülen und Kühlschränke für die Insassen, Insassenschließanlage, Möblierung der Hafräume und Ausstattung weiterer Gemeinschaftsräume)	158,0
2. Schließanlage Restzahlung 1. Bauabschnitt (VE 2016)	12,0
3. Sicht- und Verdunklungsgardinen für zusätzliche Hafräume nach Umbaumaßnahmen bzw. die weiteren Gemeinschaftsräume	22,0
4. Erweiterung und Anpassungen der Schließanlage aus weiteren Umbaumaßnahmen	38,0
5. Ausstattung neu errichteter Sportraum	17,0
6. Einbaumöbel Krankenabteilung nach Umbau (u.a. Apothekenschrank)	6,0
7. Sonstiges	19,5
zus.	272,5

Die Verpflichtungsermächtigung wird für die weiteren Beschaffungen zur Erstaussattung der Einrichtung benötigt (u.a. Anschaffung eines Röntgengerätes).

Summe Titelgruppe 76	0,0	a)	2.439,0
Gesamtausgaben	46.435,0	a)	33.455,7

Abschluss Kapitel 0330

Verwaltungseinnahmen	20,5	a)	30,5
Übrige Einnahmen	4.147,0	a)	0,0
Gesamteinnahmen	4.167,5	a)	30,5
Personalausgaben	32.724,4	a)	18.459,4
Sächliche Verwaltungsausgaben	5.003,6	a)	9.810,0
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	8.695,0	a)	4.746,2
Ausgaben für Investitionen	12,0	a)	440,1
Gesamtausgaben	46.435,0	a)	33.455,7
Kapitel 0330 Zuschuss	42.267,5	a)	33.425,2

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0331 Migration

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Vorbemerkung:

Auf Grund der Bekanntmachung der Landesregierung zur Änderung der Bekanntmachung über die Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien vom 26. Juli 2016 (GBl. S. 456) wurden die Geschäftsbereiche der Ministerien geändert. Danach wurde das Integrationsministerium aufgelöst und die Geschäftsbereiche Aufnahme und Eingliederung ausländischer Flüchtlinge und Spätaussiedler sowie Grundsatzfragen der Migrationspolitik dem Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration zugeordnet. Die Mittel für den Bereich sind weitgehend auf das Kap. 0331 übertragen. Auf die Vorbemerkung zum Epl. 15 wird hingewiesen.

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 49	N	246	Vermischte Einnahmen	0,0	a)	1,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind u.a. Einnahmen von Wohnheimgebühren von ehemals kommunalen Unterbringungsplätzen.

Übertragen von Kap. 1503 Tit. 119 49 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 1,0 Tsd. EUR.

Zwischensumme Verwaltungseinnahmen				0,0	a)	1,0
---	--	--	--	-----	----	-----

Übrige Einnahmen

272 01	N	219	Zuweisungen der EU	0,0	a)	2.000,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Vereinnahmt werden etwaige Förderungen der Europäischen Kommission, insbesondere für Kosten der Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen aus dem Europäischen Flüchtlingsfonds (EFF) und aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF).

Übertragen von Kap. 1503 Tit. 272 01 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 2.000,0 Tsd. EUR.

Zwischensumme Übrige Einnahmen				0,0	a)	2.000,0
---------------------------------------	--	--	--	-----	----	---------

Titelgruppen

75			Landeserstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge			
----	--	--	---	--	--	--

Erläuterung: Vgl. Erläuterungen zu Tit.Gr. 75 - Ausgaben.

111 75	N	235	Gebühren und Erstattungen	0,0	a)	0,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0331 Migration

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

119 75	N	235	Vermischte Einnahmen	0,0	a)	0,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

132 75	N	235	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen, Maschinen und sonstigen beweglichen Sachen	0,0	a)	2,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Erlöse aus dem Verkauf abgängiger Gegenstände u. dgl.

Übertragen von Kap. 1503 Tit. 132 75 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbe-
reiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 2,0 Tsd. EUR.

231 75	N	235	Erstattungen des Bundes	0,0	a)	0,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Der Bund erstattet für Bundesliegenschaften die entstandenen not-
wendigen und angemessenen Erstinstandsetzungs- und Erschließungskosten von
Liegenschaften, die zur Erstunterbringung von Asylbegehrenden und Flüchtlingen
dienen.
Leertitel, weil nicht feststeht, in welcher Höhe Erstattungen gewährt werden.

Summe Titelgruppe 75	0,0	a)	2,0
-----------------------------	-----	----	-----

Gesamteinnahmen	0,0	a)	2.003,0
------------------------	-----	----	---------

Ausgaben

Personalausgaben

422 01	N	012	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten	0,0	a)	5.679,1
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Der Haushaltsansatz umfasst auch Zulagen nach Maßgabe der be-
soldungsrechtlichen Vorschriften.

Übertragen von Kap. 0330 Tit. 422 01 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbe-
reiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 5.679,1 Tsd.
EUR.

422 02	N	012	Bezüge und Nebenleistungen für abgeordnete Beamtinnen und Beamte (und Richterinnen und Richter)	0,0	a)	0,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0331 Migration

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
422 04	N 012	Leistungsprämien für Beamtinnen und Beamte gem. § 76 LBesGBW	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	0,0
<p>Ausgaben sind bis zur Höhe von Einsparungen bei Titeln des Kap. 0331 zulässig, die gem. § 6 Abs. 1 Nr. 4 und 5 i.V.m. § 6 Abs. 2 StHG von der dezentralen Finanzverantwortung erfasst sind.</p>						
422 05	N 012	Mehrarbeitsvergütung und Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten für Beamtinnen und Beamte und dgl.	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	0,5
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind: Tsd. EUR</p> <p>- Mehrarbeitsvergütung 0,5</p> <p>Übertragen von Kap. 0330 Tit. 422 05 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 0,5 Tsd. EUR.</p>						
428 01	N 012	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	4.553,2
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind: Neben den ordentlichen Bezügen für die tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten) einschließlich der nicht besonders aufgeführten Zulagen aufgrund von Tarifverträgen Tsd. EUR</p> <p>6. Sonstige Zulagen (nach § 14 TV-L, nach §§ 10 und 18 TVÜ-Länder, nach § 19 TV-L, Wechselschicht- und Schichtzulagen) 50,0</p> <p>Übertragen von Kap. 0330 Tit. 428 01 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 4.553,2 Tsd. EUR.</p>						
428 02	N 012	Entgelte für abgeordnete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	0,0
<p>Ausgaben sind in Höhe der Einsparungen bei Tit. 428 05 zulässig.</p>						
428 05	N 012	Zeitzuschläge, Überstundenentgelte und Entgelte für Mehrarbeit für Beschäftigte	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	22,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind: Tsd. EUR</p> <p>- Zeitzuschläge 6,0</p> <p>- Überstundenentgelte 8,5</p> <p>- Entgelte für Mehrarbeit 7,5</p> <p style="text-align:right">zus. 22,0</p> <p>Übertragen von Kap. 0330 Tit. 428 05 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 22,0 Tsd. EUR.</p>						

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0331 Migration

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

428 07	N 012	Entgelte für Beschäftigte im Bereich Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	229,7
--------	-------	---	-------------------	--	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt ist der Personalaufwand für bis zu vier befristet Beschäftigte bis zur Entgeltgruppe 6 TV-L.

Übertragen von Kap. 0330 Tit. 428 07 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 229,7 Tsd. EUR.

453 01	N 012	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	25,0
--------	-------	--	-------------------	--	----------------	------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Trennungsgelder	15,0
2. Umzugskostenvergütungen	10,0
zus.	25,0

Übertragen von Kap. 0330 Tit. 453 01 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 25,0 Tsd. EUR.

Zwischensumme Personalausgaben	0,0	a)	10.509,5
---------------------------------------	-----	----	----------

**Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Investitionen)**

Die Mittel sind übertragbar.

633 03	N 246	Pauschale Erstattung von Aufwendungen für die Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	800,0
--------	-------	---	-------------------	--	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Ausgaben für die Gesamtpauschalen nach § 11 Abs. 2 und 3 Eingliederungsgesetz (EgIG).

Die Aufnahme und vorläufige Unterbringung der vom Land aufzunehmenden Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler regelt das EgIG; die Zuständigkeit der Eingliederungsbehörden ist im Übrigen in der Eingliederungs-Zuständigkeitsverordnung (EgIZuVO) geregelt.

Das Land erstattet den Stadt- und Landkreisen die für die vorläufige Unterbringung anfallenden Ausgaben in Form einer einmaligen Gesamtpauschale für jede zugeteilte und von den unteren Eingliederungsbehörden übernommene Person. Die Gesamtpauschale setzt sich aus liegenschaftsbezogenen Ausgaben, sächlichen und personellen Verwaltungsausgaben sowie einem Anteil der Aufwendungen für Betreuung und für Sozialleistungen zusammen. Die Gesamtpauschalen nach § 11 Abs. 2 und 3 EgIG werden jährlich jeweils mit 1 % dynamisiert. Die Gebühreneinnahmen fließen gemäß § 10 Abs. 7 EgIG den Stadt- und Landkreisen als Ausgabenträgern zu.

Übertragen von Kap. 1503 Tit. 633 03 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 800,0 Tsd. EUR.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0331 Migration

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

633 08	N 235	Pauschale Erstattung von Aufwendungen für die Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen	0,0		a)	424.000,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Die Ermächtigungen bei Tit. 633 08 und TitGr. 75 können mit Einwilligung des Ministeriums für Finanzen gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Das Ministerium für Finanzen wird ermächtigt, bei Verfahrensänderungen im Zusammenhang mit der Ausgabenerstattung für die Flüchtlingsaufnahme, -unterbringung und -versorgung haushaltstechnisch erforderliche Titel neu einzurichten und aus dem Ansatz bei Tit. 633 08 zu verstärken. Die insoweit geschaffenen Titel gelten als planmäßig.

Erläuterung: Vgl. Vermerk bei Kap. 1212 Tit. 359 01.

Das Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) vom 19.12.2013 ist am 01.01.2014 in Kraft getreten und regelt die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen im Land. Veranschlagt sind die Ausgaben für die Gesamtpauschalen nach § 15 Abs. 3 und § 22 FlüAG.

Die Aufwendungen für die vorläufige Unterbringung tragen die Stadt- und Landkreise. Die Ausgabenerstattung durch das Land erfolgt in Form einer einmaligen Gesamtpauschale für jede zugeteilte und von einer unteren Aufnahmebehörde übernommene Person. Mit dieser Pauschale werden insbesondere liegenschaftsbezogene Ausgaben, sächliche und personelle Verwaltungsausgaben sowie Leistungs- und Krankenausgaben, die während des Asylverfahrens anfallen, abgegolten. Die Kostenerstattungspauschalen werden aufgrund § 15 Abs. 3 Satz 2 FlüAG jährlich um 1,5 % erhöht.

Übertragen von Kap. 1503 Tit. 633 08 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 424.000,0 Tsd. EUR.

684 01	N 290	Zuschüsse an soziale Einrichtungen	0,0		a)	250,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	

	2017	
	Tsd. EUR	
Verpflichtungsermächtigung	250,0	
Davon zur Zahlung fällig im		
Haushaltsjahr 2018bis zu	250,0	

Erläuterung: Veranschlagt sind Zuschüsse an den Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e. V.

Übertragen von Kap. 1503 Tit. 684 01 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 250,0 Tsd. EUR.

Zwischensumme Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	0,0	a)	425.050,0
---	-----	----	-----------

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0331 Migration

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Titelgruppen

Die Mittel sind übertragbar, sofern keine Übertragbarkeit nach dem jeweiligen StHG besteht.
 Innerhalb der einzelnen Titelgruppen sind die Gruppentitel gegenseitig deckungsfähig, sofern keine Deckungsfähigkeit nach dem jeweiligen StHG besteht.

69 Aufwand für Informationstechnik

Erläuterung: Veranschlagt sind hier die Aufwendungen für Informationstechnik der Landeserstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge (Tit.Gr. 75).

Die Landeserstaufnahmeeinrichtung Karlsruhe ist an die Staatsfernsprechzentrale in Karlsruhe angeschlossen.

511 69A	N	235	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	0,0	a)	500,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung:

Veranschlagt sind: Tsd. EUR

1. Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	100,0
2. Unterhaltung und Instandsetzung	400,0
zus.	<u>500,0</u>

Übertragen von Kap. 1503 Tit. 511 69A infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 500,0 Tsd. EUR.

511 69B	N	235	Fernmeldegebühren u. dgl.	0,0	a)	130,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung:

Veranschlagt sind: Tsd. EUR

1. Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	100,0
2. Einmalige Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	28,0
3. Rundfunkbeiträge	1,0
4. Sonstiges	1,0
zus.	<u>130,0</u>

Übertragen von Kap. 1503 Tit. 511 69B infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 130,0 Tsd. EUR.

514 69	N	235	Verbrauchsmittel	0,0	a)	40,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für DV-Papier, Farbbänder, Toner u. dgl.

Übertragen von Kap. 1503 Tit. 514 69 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 40,0 Tsd. EUR.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0331 Migration

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
518 69	N 235	Maschinen- und Gerätemieten	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	55,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Miet- und Wartungskosten für DV-Ausstattung, oder Kopiergeräte.</p> <p>Übertragen von Kap. 1503 Tit. 518 69 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 55,0 Tsd. EUR.</p>						
525 69	N 235	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	2,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für die Schulung (EDV-Lehrgänge und Seminare) von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (einschließlich Reisekosten).</p> <p>Übertragen von Kap. 1503 Tit. 525 69 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 2,0 Tsd. EUR.</p>						
534 69	N 235	Dienstleistungen Dritter u. dgl.	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	1.605,1
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Ausgaben für die Neukonzeption, den Betrieb und die Pflege des DV-Verfahrens MigVIS sowie für die auf den Bereich Staatsangehörigkeit entfallenden anteiligen Betriebs- und Betreuungskosten am DV-Verfahren Online Sicherheitsprüfung (OSIP).</p> <p>Übertragen von Kap. 0330 Tit. 534 69 219,1 Tsd. EUR Übertragen von Kap. 1503 Tit. 534 69 <u>1.386,0 Tsd. EUR</u> zus. 1.605,1 Tsd. EUR</p> <p>infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung.</p>						
546 69	N 235	Sonstiger Sachaufwand	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	10,0
<p>Erläuterung: Übertragen von Kap. 1503 Tit. 546 69 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 10,0 Tsd. EUR.</p>						
812 69	N 235	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	40,0
<p>Erläuterung: Übertragen von Kap. 1503 Tit. 812 69 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 40,0 Tsd. EUR.</p>						
Summe Titelgruppe 69			0,0		a)	2.382,1

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0331 Migration

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
73		Geschäftsstelle der Ombudsstelle in der Flüchtlingerstaufnahme				
<p>Erläuterung: Geschäftsstelle für die Ombudsstelle in der Flüchtlingerstaufnahme. Die Ombudsstelle ist Ansprech-, Mittler- und Unterstützungsstelle für Flüchtlinge und ehrenamtlich engagierte Bürger in Fragen der Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen in Baden-Württemberg während der Erstaufnahme.</p>						
412 73	N 290	Entschädigungen für ehrenamtlich Tätige	0,0	0,0	a) b) c)	90,0
<p>Erläuterung: Entschädigung von ehrenamtlich Tätigen im Bereich des Ombudswesens in der Flüchtlingerstaufnahme.</p> <p>Übertragen von Kap. 1501 Tit. 412 73 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbe- reiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 90,0 Tsd. EUR.</p>						
527 73	N 290	Dienstreisen	0,0	0,0	a) b) c)	8,0
<p>Erläuterung: Reisekosten für die Ombudsperson in der Flüchtlingerstaufnahme, die ehrenamtlich tätigen Ansprechpartner in den Regierungsbezirken und die Mitar- beiter der Geschäftsstelle.</p> <p>Übertragen von Kap. 1501 Tit. 527 73 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbe- reiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 8,0 Tsd. EUR.</p>						
547 73	N 290	Sachaufwand	0,0	0,0	a) b) c)	30,0
<p>Erläuterung: Sachaufwand der Geschäftsstelle für das Ombudswesen in der Flüchtlingerstaufnahme sowie für die ehrenamtlichen Ansprechpartner in den Regierungsbezirken.</p> <p>Übertragen von Kap. 1501 Tit. 547 73 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbe- reiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 30,0 Tsd. EUR.</p>						
Summe Titelgruppe 73			0,0		a)	128,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0331 Migration

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

75 Landeserstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge

Die Ermächtigungen bei Tit. 633 08 und Tit.Gr. 75 können mit Einwilligung des Ministeriums für Finanzen gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Erläuterung: Vgl. Vermerk bei Kap. 1212 Tit. 359 01.

Veranschlagt sind die Sachausgaben für die Landeserstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge.
 Die Landeserstaufnahmeeinrichtung Karlsruhe (Regierungspräsidium Karlsruhe, Abteilung 9) nimmt Steuerungs- und Verteilungsfunktionen hinsichtlich der vom Land aufzunehmenden Flüchtlinge wahr und ist zuständige Behörde für die Verteilung unerlaubt eingereister Ausländerinnen und Ausländer gem. § 15a Aufenthaltsgesetz.

511 75	N	235	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0 0,0 0,0	a) b) c)	4.000,0
--------	---	-----	---	-------------------	----------------	---------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf (einschließlich Bücher und Druckschriften)	400,0
2. Porto	100,0
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	3.000,0
4. Unterhaltung und Instandsetzung	400,0
5. Sonstiges	100,0
zus.	4.000,0

Übertragen von Kap. 1503 Tit. 511 75 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 4.000,0 Tsd. EUR.

514 75	N	235	Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl.	0,0 0,0 0,0	a) b) c)	100,0
--------	---	-----	--------------------------------------	-------------------	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind u.a.:	Tsd. EUR
1. Haltung von Dienstfahrzeugen	40,0
2. Dienst- und Schutzkleidung (persönliche Ausrüstungsgegenstände)	0,0
3. Verbrauchsmittel	60,0
zus.	100,0

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen und selbstfahrenden Arbeitsmaschinen:	2016	2017
PKW	5	5
Anhänger für Kfz	3	3

Übertragen von Kap. 1503 Tit. 514 75 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 100,0 Tsd. EUR.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0331 Migration

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
517 75	N 235	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	10.400,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel (z. B. Putzmittel, WC-Bedarf).</p> <p>Übertragen von Kap. 1503 Tit. 517 75 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 10.400,0 Tsd. EUR.</p>						
518 75A	N 235	Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	12.000,0
<p>Erläuterung: Anmietung von Räumlichkeiten für die Unterbringung von Flüchtlingen. Umfasst sind auch Aufwendungen für die vorübergehende Anmietung von zusätzlichen Bettenkapazitäten (z. B. Pensionen, Hotelzimmer, Container, Zelten) zur Abdeckung von Kapazitätsengpässen.</p> <p>Übertragen von Kap. 1503 Tit. 518 75A infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 12.000,0 Tsd. EUR.</p>						
518 75B	N 235	Leasing von Fahrzeugen	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	100,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind Leasingkosten für Dienstfahrzeuge.</p> <p>Übertragen von Kap. 1503 Tit. 518 75B infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 100,0 Tsd. EUR.</p>						
519 75	N 235	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	8.000,0
<p>Erläuterung: Einrichtung von Erstaufnahmeeinrichtungen.</p> <p>Übertragen von Kap. 1503 Tit. 519 75 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 8.000,0 Tsd. EUR.</p>						
525 75	N 235	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	100,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten einschl. Reisekosten für die berufliche Aus- und Fortbildung der Bediensteten der Dienststelle.</p> <p>Übertragen von Kap. 1503 Tit. 525 75 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 100,0 Tsd. EUR.</p>						

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0331 Migration

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
526 75	N 235	Kosten für Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	100,0
<p>Erläuterung: Übertragen von Kap. 1503 Tit. 526 75 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 100,0 Tsd. EUR.</p>						
527 75	N 235	Dienstreisen	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	100,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind auch Wegstreckenentschädigungen für privateigene Kraftfahrzeuge.</p> <p>Übertragen von Kap. 1503 Tit. 527 75 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 100,0 Tsd. EUR.</p>						
532 75	N 235	Transportkosten	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	3.000,0
<p style="text-align: center;">Ersätze fließen den Mitteln zu.</p> <p>Erläuterung: Veranschlagt sind vor allem die Kosten des Transports von Flüchtlingen zu den Erstaufnahmeeinrichtungen, insbesondere zur Ersterfassung, und von den Erstaufnahmeeinrichtungen in die Stadt- und Landkreise zur vorläufigen Unterbringung oder in andere Bundesländer sowie die Kosten für den Transport innerhalb des Stadtgebiets bzw. zu den dislozierten Standorten.</p> <p>Übertragen von Kap. 1503 Tit. 532 75 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 3.000,0 Tsd. EUR.</p>						
534 75	N 235	Dienstleistungen Dritter u. dgl.	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	149.000,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Ausgaben für Werkverträge oder für Dolmetscher u. dgl. sowie die Kosten für die Verfahrens- und Sozialberatung bzw. -betreuung für neu ankommende Flüchtlinge. Veranschlagt sind auch die Kosten für den Sicherheitsdienst und für Betrieb der Einrichtungen.</p> <p>Übertragen von Kap. 1503 Tit. 534 75 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 149.000,0 Tsd. EUR.</p>						
546 75	N 235	Vermischte Verwaltungsausgaben	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	100,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Unfallrenten und Entschädigungen an Dritte, Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Auslagen für Vorstellungsreisen, usw.</p> <p>Übertragen von Kap. 1503 Tit. 546 75 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 100,0 Tsd. EUR.</p>						

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0331 Migration

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
547 75	N 235	Verpflegungswesen	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	61.800,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Ausgaben für die Gemeinschaftsverpflegung während des Aufenthalts.</p> <p>Übertragen von Kap. 1503 Tit. 547 75 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbe- reiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 61.800,0 Tsd. EUR.</p>						
681 75	N 287	Leistungen während des Aufenthalts	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	10.688,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Aufwendungen während der Unterbringung, insbesondere Bekleidung, Taschengeld, sonstige bare Leistungen sowie die im Rahmen der Betreuung anfallenden notwendigen Krankenausgaben.</p> <p>Übertragen von Kap. 1503 Tit. 681 75 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbe- reiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 10.688,0 Tsd. EUR.</p>						
684 75	N 235	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale Einrichtungen	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	10.000,0
<p>Erläuterung: Förderung der unabhängigen Sozial- und Verfahrensberatung in den Erstaufnahmeeinrichtungen.</p> <p>Übertragen von Kap. 1503 Tit. 684 75 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbe- reiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 10.000,0 Tsd. EUR.</p>						
811 75	N 235	Erwerb von Dienstfahrzeugen u. dgl.	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	0,0
812 75	N 235	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	4.000,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für die Ergänzung der Ausstattung (Schränke, Betten, Tische u.a.).</p> <p>Übertragen von Kap. 1503 Tit. 812 75 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbe- reiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 4.000,0 Tsd. EUR.</p>						
Summe Titelgruppe 75			0,0		a)	273.488,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0331 Migration

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

77 Sonderkontingent für besonders schutzbedürftige
 Personen aus dem Nordirak

Erläuterung: Aus humanitären Gründen werden über die sonstigen Aufnahmeverpflichtungen Baden-Württembergs hinaus bis zu 1.000 Betroffene aus dem Nordirak aufgenommen, um ihnen die Möglichkeit einer therapeutischen Begleitung anzubieten. Die Unterbringung erfolgt grundsätzlich im Rahmen der vorläufigen Unterbringung auf der Grundlage des Flüchtlingsaufnahmegesetzes mit unmittelbarer medizinischer und sozialer Betreuung in den Kommunen und entsprechenden Einrichtungen. Die Kosten für die Aufnahme, Unterbringung und Betreuung werden pauschal den Stadt- und Landkreisen entsprechend der Sonderkontingentsverordnung Nordirak - VO Nordirak (GBl. 2015 S. 746) erstattet. Die Kosten der Gesundheitsversorgung erstattet das Land auf Nachweis.

633 77A	N	287	Erstattung von Ausgaben an Stadt- und Landkreise für die Gesundheitsversorgung	0,0	a)	17.500,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Übertragen von Kap. 1503 Tit. 633 77A infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 17.500,0 Tsd. EUR.

633 77B	N	287	Pauschale Erstattung von Aufwendungen an Stadt- und Landkreise für die Aufnahme, Unterbringung und Betreuung	0,0	a)	17.350,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Übertragen von Kap. 1503 Tit. 633 77B infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 17.350,0 Tsd. EUR.

Summe Titelgruppe 77				0,0	a)	34.850,0
-----------------------------	--	--	--	-----	----	----------

Gesamtausgaben				0,0	a)	746.407,6
-----------------------	--	--	--	-----	----	-----------

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0331 Migration

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Abschluss Kapitel 0331

Verwaltungseinnahmen	0,0	a)	3,0
Übrige Einnahmen	0,0	a)	2.000,0
Gesamteinnahmen	0,0	a)	2.003,0
Personalausgaben	0,0	a)	10.599,5
Sächliche Verwaltungsausgaben	0,0	a)	251.180,1
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	0,0	a)	480.588,0
Ausgaben für Investitionen	0,0	a)	4.040,0
Gesamtausgaben	0,0	a)	746.407,6
Kapitel 0331 Zuschuss	0,0	a)	744.404,6

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0335 Polizeipräsidium Aalen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 02	042	Gebühren	228,5 268,5 249,3	a) b) c)	228,5
--------	-----	----------	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind Gebühren nach dem Landesgebührengesetz sowie Gebühren für Amtshandlungen einschließlich Vollstreckungsmaßnahmen des Polizeivollzugsdienstes (z. B. Fehlalarme u. dgl.) mit Ausnahme der Gebühren für die polizeiliche Begleitung von Großraum- und Schwertransporten.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

112 01	042	Geldstrafen und Geldbußen	1,7 0,1 0,1	a) b) c)	1,7
--------	-----	---------------------------	-------------------	----------------	-----

119 49	042	Vermischte Einnahmen	61,5 74,8 20,9	a) b) c)	61,5
--------	-----	----------------------	----------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen sowie sonstige Einnahmen (Verwaltungskostenzuschläge für verkaufte, verlorene oder beschädigte Gegenstände u. dgl.).

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

124 01	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	4,7 1,7 1,0	a) b) c)	4,7
--------	-----	---	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Zwischensumme Verwaltungseinnahmen			296,4	a)	296,4
---	--	--	-------	----	-------

Übrige Einnahmen

232 01	042	Sonstige Erstattung von Ländern	0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
--------	-----	---------------------------------	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind Erstattungen einsatzbedingter sächlicher und personeller Mehrkosten, die dem Land durch die Unterstützung der Polizei anderer Länder entstanden sind. Erstattungen im Zusammenhang mit der Unterstützung der Bundespolizei werden ebenfalls hier gebucht.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0335 Polizeipräsidium Aalen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

232 02	042	Erstattung von Verwaltungskosten		6,1 0,0 0,2	a) b) c)	6,1
--------	-----	----------------------------------	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

282 01	042	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
--------	-----	-----------------------------------	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Vereinnahmt werden ggf. Beiträge und Zuwendungen Dritter für Maßnahmen der Kriminalprävention sowie private Gelder, die der Aufklärung einer Straftat dienen. Hierunter fallen auch Beiträge und Zuwendungen für sonstige Zwecke, sofern deren Annahme im Einzelfall durch das Innenministerium genehmigt wurde.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Zwischensumme Übrige Einnahmen	6,1	a)	6,1
---------------------------------------	-----	----	-----

Gesamteinnahmen	302,5	a)	302,5
------------------------	-------	----	-------

Ausgaben

Die von § 6 Abs. 1 Satz 1 Nummer 4.1 Staatshaushaltsgesetz erfassten Titel der Kap. 0315, 0316, 0317 Titelgruppe 93, 0318 und 0335 bis 0346 sind kapitelübergreifend gegenseitig deckungsfähig.

Zu diesem Deckungskreis zählen ferner die Tit. 453 01 und 459 11 der genannten Kapitel und der Gruppentitel 453 in Kap. 0317 Titelgruppe 93; die Tit. 453 01 und 459 11 der genannten Kapitel sind übertragbar.

Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 111 02, 119 49, 124 01 und 232 02. Sie erhöht sich ferner um Einnahmen bei Tit. 232 01 und 282 01.

Personalausgaben

422 05	042	Mehrarbeitsvergütung und Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten für Beamtinnen und Beamte und dgl.		1.251,2 1.084,7 1.057,0	a) b) c)	1.251,2
--------	-----	--	--	-------------------------------	----------------	---------

Die Tit. 422 05 der Kap. 0315 bis 0318 und 0335 bis 0346 sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgabeermächtigung bei den Mehrarbeitsvergütungen und der Zulage für lageorientierten Dienst erhöht sich um die Erstattungen einsatzbedingter Personalmehrausgaben bei Tit. 232 01.

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Zulage für lageorientierten Dienst	1.136,3
2. Mehrarbeitsvergütung	114,9
zus.	1.251,2

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0335 Polizeipräsidium Aalen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

427 51	042	Sonstige Beschäftigungsentgelte		1,4	a)	1,4
				1,1	b)	
				0,4	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind die Ausgaben für Urlaubs- und Krankheitsstellvertretungen, Aushilfen (Praktikantinnen und Praktikanten bei der Kriminalpolizei), vorübergehende Beschäftigungen von Ausgebildeten im Anschluss an die Ausbildung zur Ableistung eines Praxisjahres sowie Sonstiges (Hausdienstvergütungen, Vergütungen für Vorträge u. a. einschließlich Reisekosten).

428 05	042	Zeitzuschläge, Überstundenentgelte und Entgelte für Mehrarbeit für Beschäftigte		67,6	a)	67,6
				54,7	b)	
				42,2	c)	

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Zeitzuschläge	58,1
2. Überstundenentgelte	8,0
3. Entgelte für Mehrarbeit	1,5
zus.	67,6

428 06	042	Entgelte der Beschäftigten des Reinigungsdienstes		54,2	a)	54,2
				41,8	b)	
				41,3	c)	

428 51	042	Beschäftigungsentgelte für nicht voll beschäftigte Arbeitnehmer/-innen mit weniger als 50 v.H. der durchschnittl. regelmäßigen wöchentl. Arbeitszeit		8,9	a)	8,9
				0,6	b)	
				0,0	c)	

453 01	042	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.		27,0	a)	27,0
				51,9	b)	
				-12,0	c)	

459 11	042	Abfindungen bei geschlossenem Einsatz und bei Übungen		39,9	a)	4,6
				3,8	b)	
				1,7	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind auch Reisekosten.

Übertragen nach Kap. 0338 Tit. 459 11 35,3 Tsd. EUR.

Zwischensumme Personalausgaben			1.450,2	a)	1.414,9
---------------------------------------	--	--	---------	----	---------

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0335 Polizeipräsidium Aalen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01	042	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	221,4 169,9 265,7	a) b) c)	362,4
--------	-----	---	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften)	72,5
2. Porto	90,6
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	126,8
4. Unterhaltung und Instandsetzung	54,4
5. Sonstiges	18,1
zus.	<u>362,4</u>

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 12,9 Tsd. EUR.

511 02	042	Geräte und Waffen	59,9 125,6 158,0	a) b) c)	65,4
--------	-----	-------------------	------------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für:

- Unterhaltung und Ergänzung der kriminaltechnischen Geräte, Fotolabora- ausstattungen u. dgl. sowie der Waffen, waffentechnischen Geräte u. dgl.,
- Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der Geräte für die Verkehrsunfallauf- nahme, Schallmessung, Filmvorführung und -aufnahme, Absperrung und Siche- rung sowie Fotogeräte, Scheinwerfergeräte, Lichtpausgeräte, Anhaltestäbe, Ferngläser u. dgl.
- Scheibenmaterial u. dgl.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 5,5 Tsd. EUR.

514 01	042	Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl.	949,2 1.129,2 1.447,1	a) b) c)	1.170,9
--------	-----	--------------------------------------	-----------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Bestand an Dienstfahrzeugen und selbstfahrenden Arbeitsmaschinen vgl. Erläuterungen bei Kap. 0315 Tit. 514 01.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 77,6 Tsd. EUR.

514 02	042	Dienst- und Schutzkleidung (persönliche Ausrüstungsgegenstände)	121,5 96,5 79,7	a) b) c)	129,9
--------	-----	---	-----------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Beschaffung, Ergänzung und Instandsetzung sowie Reinigung von Dienst-, Sonder- und Schutzkleidung und persönlichen Ausrüstungsgegenständen. Darunter fällt auch die Schutzkleidung nach den Schutzkleiderrichtlinien (SchKIR) sowie Schutzwesten und Körperschutz- ausstattung. Ferner sind veranschlagt die Kosten für die Ergänzung und Instandset- zung der Bekleidung und Ausrüstung für Angehörige des Freiwilligen Polizeidienstes und für Pförtnerinnen und Pförtner sowie für die Bediensteten in der übrigen Polizei- verwaltung.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 8,4 Tsd. EUR.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0335 Polizeipräsidium Aalen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
514 03	042	Verbrauchsmittel		106,5 154,4 163,8	a) b) c)	112,6
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Munition, Arznei- und Verbandsmittel, Hilfsmittel u. dgl. für Sanitätsstellen, Verpflegung u. a. für Personen im polizeilichen Gewahrsam, Venülen und Atemalkoholprüfröhrchen, Fotomaterial, Batterien, Einweggeschirr sowie Chemikalien und Toximeter-Prüfröhrchen u. dgl.</p> <p>Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 6,1 Tsd. EUR.</p>						
514 08	042	Haltung von Diensthunden		53,1 38,9 39,6	a) b) c)	53,1
<p>Erläuterung: Durchschnittlicher Bestand an Diensthunden: 46</p>						
517 01	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)		33,9 35,5 39,7	a) b) c)	33,9
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel (Putzmittel, WC-Bedarf u. dgl.) sowie Sonstiges.</p>						
518 01	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume		0,9 1,0 0,2	a) b) c)	0,9
518 02	042	Mieten und Pachten für Maschinen, Fahrzeuge und Geräte		14,6 32,1 0,0	a) b) c)	14,6
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Miete für mobile Unterkünfte sowie für die Inanspruchnahme von Mietkraftwagen, Geräten u. dgl. durch die Polizei.</p>						
525 21	042	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten		18,2 31,0 22,3	a) b) c)	18,2
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die fachliche (Aus- und) Fortbildung, Gebühren für die Teilnahme an Lehrgängen, Seminaren und Arbeitstagen bei der Deutschen Hochschule der Polizei Münster sowie Kosten für Polizeisport einschließlich der Kosten für die Teilnahme an Sportwettkämpfen der Polizei, die Mitwirkung bei der Austragung von Meisterschaften und die Beschaffung von Sportpreisen.</p>						
526 01	042	Gerichts- und ähnliche Kosten		1,0 4,8 2,2	a) b) c)	1,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0335 Polizeipräsidium Aalen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
				Tsd. EUR		
526 11	042	Kosten für Sachverständige		16,8 4,3 6,5	a) b) c)	16,8
527 01	042	Dienstreisen		26,8 9,9 12,3	a) b) c)	20,3
Erläuterung: Reisekosten werden außerdem aus Tit. 427 51, 459 11, 525 21, 546 49 und 525 69 bezahlt. Dienstreisen, die im Rahmen der Aus- und Fortbildung durchgeführt werden, sind bei Tit. 525 21 veranschlagt.						
		Zugelassene Fahrzeuge	2016	2017		
		Pkw	0	1		
529 01	042	Zur Verfügung der Dienststellenleitung für Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen		0,5 0,5 0,5	a) b) c)	0,5
Erläuterung: Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.						
532 01	042	Umzugs- und Verlegungskosten		3,9 0,3 2,4	a) b) c)	3,9
534 01	042	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		3,1 0,6 0,4	a) b) c)	3,1
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Vergütungen für Hausmeisterleistungen sowie Kosten für die Heranziehung externer Berater u. dgl.						
534 05	042	Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes		6,3 4,2 3,8	a) b) c)	6,3
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten zur Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes und der dazugehörigen Unfallverhütungsvorschrift GUV 0.5. Enthalten sind die Kosten für die sicherheitstechnische und betriebsärztliche Betreuung der Beschäftigten einschließlich der Kosten für arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen.						
537 01	042	Ermittlungskosten		559,2 307,5 301,1	a) b) c)	559,2

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Sachverständige in polizeilichen Ermittlungsverfahren, Blutentnahmen und -untersuchungen, Übersetzer- und Dolmetschertätigkeiten, medizinische Betreuung, Belohnungen und Aufwandsersatz für die Mitwirkung von Privatpersonen bei der Aufklärung und Verhütung strafbarer Handlungen und für die Mithilfe bei polizeilichen Maßnahmen sowie sonstige Ermittlungskosten (z. B. Auslobungen, Zeugenentschädigung, Abschleppkosten).

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0335 Polizeipräsidium Aalen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
543 01	042	Kosten für den freiwilligen Polizeidienst des Landes	14,4 16,9 14,4		a) b) c)	14,4
		Hieraus können auch Polizeifreiwillige, die in Polizeimusik- kapellen mitwirken, bezahlt werden.				
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für den Einsatz von Angehörigen des Freiwilligen Polizeidienstes (Ausgleich für Zeitaufwand und zusätzliche Verpfle- gungskosten u. dgl.) und Sonstiges, darunter auch zinslose Darlehen für Rechts- schutz in Straf- und Bußgeldverfahren, sowie insbesondere Lohn- und Kirchensteuer aus dem Ausgleich für Zeitaufwand.				
544 01	042	Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung	0,7 0,7 0,6		a) b) c)	0,7
		Aufklärungs-, Informationsmaterial und sonstige Werbeträger können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden. Ersätze fließen den Mitteln zu.				
545 02	042	Vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung	2,4 3,2 2,8		a) b) c)	2,4
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Maßnahmen zur wirksamen Umset- zung der vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung, wie Untersuchungen der Krimina- litätsgeschehen und polizeilicher Bekämpfungsmaßnahmen, Sensibilisierung der Bevölkerung durch Veranstaltungen und Ausstellungen, Herausgabe und Versand von Aufklärungsmaterial sowie Bereitstellung geeigneter Geräte, Beschaffung von Geräten u. dgl., insbesondere im Bereich der Rauschgift-, Jugend- und Eigentums- kriminalität.				
546 49	042	Vermischte Verwaltungsausgaben	103,9 61,1 80,7		a) b) c)	103,9
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Unfallrenten usw. und Entschädi- gungen an Dritte (in besonderen Fällen auch aus Billigkeitsgründen), Bekannt- machungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, das Abschleppen sichergestellter und beschlagnahmter Fahrzeuge sowie für sonstige vermischte Ausgaben wie z. B. Verlustentschädigungen, Schadensersatzleistungen anlässlich von Kfz-Unfällen, Zuwendungen an Polizeichöre und -musikvereine im Land, Reisekosten und Seminargebühren für Personalrätinnen und Personalräte, Vorstellungreisen, Aufwand anlässlich der Einladung ausländischer Gäste (insbe- sondere für die Verpflegung ausländischer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamter), Beseitigung von Straßenverunreinigungen u. dgl.				
547 01	729	Allgemeine Maßnahmen zur Hebung der Verkehrssicherheit und zur Bekämpfung von Unfällen im Straßenverkehr	2,3 2,4 3,5		a) b) c)	2,3
		Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abge- geben werden.				
		Erläuterung: Fortführung von Verkehrssicherheitskampagnen der Polizei.				
Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben			2.320,5		a)	2.696,7

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0335 Polizeipräsidium Aalen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Titelgruppen

69 Aufwand für Informationstechnik

Ersätze fließen den Mitteln zu.

511 69A	042	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	127,8 191,7 184,4	a) b) c)	60,4
---------	-----	--	-------------------------	----------------	------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	48,3
2. Unterhaltung und Instandsetzung	12,1
zus.	<u>60,4</u>

511 69B	042	Fernmeldegebühren u. dgl.	211,1 269,7 257,1	a) b) c)	205,6
---------	-----	---------------------------	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	86,6
2. Einmalige Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	112,0
3. Rundfunkbeitrag	5,0
4. Sonstiges	2,0
zus.	<u>205,6</u>

Anzahl der in den Wohnungen von Landesbediensteten vorhandenen dienstlichen Fernsprechanchlüsse:

2015	2016	2017
<u>2</u>	<u>2</u>	<u>1</u>

Übertragen nach Kap. 1209 Tit. 517 01 5,5 Tsd. EUR

514 69	042	Verbrauchsmittel	91,8 124,2 152,2	a) b) c)	91,8
--------	-----	------------------	------------------------	----------------	------

518 69	042	Maschinen- und Gerätemieten	47,2 26,5 26,8	a) b) c)	47,2
--------	-----	-----------------------------	----------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind Mieten insbesondere für informationstechnische Geräte wie Kopierer u. dgl.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0335 Polizeipräsidium Aalen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
525 69	042	Aus- und Fortbildung		3,8 6,6 2,2	a) b) c)	3,8
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Schulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (IuK-Lehrgänge und -Seminare) einschließlich Reisekosten.						
534 69	042	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		0,2 4,8 2,0	a) b) c)	0,2
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Programmierarbeiten, Systemberatung u. dgl. durch Dritte.						
546 69	042	Vermischte Verwaltungsausgaben		0,5 0,0 0,0	a) b) c)	0,5
Summe Titelgruppe 69				482,4	a)	409,5
Gesamtausgaben				4.253,1	a)	4.521,1
Abschluss Kapitel 0335						
Verwaltungseinnahmen				296,4	a)	296,4
Übrige Einnahmen				6,1	a)	6,1
Gesamteinnahmen				302,5	a)	302,5
Personalausgaben				1.450,2	a)	1.414,9
Sächliche Verwaltungsausgaben				2.802,9	a)	3.106,2
Gesamtausgaben				4.253,1	a)	4.521,1
Kapitel 0335 Zuschuss				3.950,6	a)	4.218,6

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0336 Polizeipräsidium Freiburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 02	042	Gebühren	313,3 416,7 397,9	a) b) c)	313,3
--------	-----	----------	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind Gebühren nach dem Landesgebührengesetz sowie Gebühren für Amtshandlungen einschließlich Vollstreckungsmaßnahmen des Polizeivollzugsdienstes (z. B. Fehlalarme u. dgl.) mit Ausnahme der Gebühren für die polizeiliche Begleitung von Großraum- und Schwertransporten.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

112 01	042	Geldstrafen und Geldbußen	2,3 0,8 0,0	a) b) c)	2,3
--------	-----	---------------------------	-------------------	----------------	-----

119 49	042	Vermischte Einnahmen	84,3 111,8 64,7	a) b) c)	84,3
--------	-----	----------------------	-----------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen sowie sonstige Einnahmen (Verwaltungskostenzuschläge für verkaufte, verlorene oder beschädigte Gegenstände u. dgl.).

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

124 01	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	6,4 0,0 0,0	a) b) c)	6,4
--------	-----	---	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Zwischensumme Verwaltungseinnahmen			406,3	a)	406,3
---	--	--	-------	----	-------

Übrige Einnahmen

232 01	042	Sonstige Erstattung von Ländern	0,0 6,3 0,0	a) b) c)	0,0
--------	-----	---------------------------------	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind Erstattungen einsatzbedingter sächlicher und personeller Mehrkosten, die dem Land durch die Unterstützung der Polizei anderer Länder entstanden sind. Erstattungen im Zusammenhang mit der Unterstützung der Bundespolizei werden ebenfalls hier gebucht.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0336 Polizeipräsidium Freiburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

232 02	042	Erstattung von Verwaltungskosten		8,4 0,0 5,8	a) b) c)	8,4
--------	-----	----------------------------------	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

282 01	042	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
--------	-----	-----------------------------------	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Vereinnahmt werden ggf. Beiträge und Zuwendungen Dritter für Maßnahmen der Kriminalprävention sowie private Gelder, die der Aufklärung einer Straftat dienen. Hierunter fallen auch Beiträge und Zuwendungen für sonstige Zwecke, sofern deren Annahme im Einzelfall durch das Innenministerium genehmigt wurde.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Zwischensumme Übrige Einnahmen	8,4	a)	8,4
---------------------------------------	-----	----	-----

Gesamteinnahmen	414,7	a)	414,7
------------------------	-------	----	-------

Ausgaben

Die von § 6 Abs. 1 Satz 1 Nummer 4.1 Staatshaushaltsgesetz erfassten Titel der Kap. 0315, 0316, 0317 Titelgruppe 93, 0318 und 0335 bis 0346 sind kapitelübergreifend gegenseitig deckungsfähig.

Zu diesem Deckungskreis zählen ferner die Tit. 453 01 und 459 11 der genannten Kapitel und der Gruppentitel 453 in Kap. 0317 Titelgruppe 93; die Tit. 453 01 und 459 11 der genannten Kapitel sind übertragbar.

Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 111 02, 119 49, 124 01 und 232 02. Sie erhöht sich ferner um Einnahmen bei Tit. 232 01 und 282 01.

Personalausgaben

422 05	042	Mehrarbeitsvergütung und Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten für Beamtinnen und Beamte und dgl.		1.780,6 1.517,0 1.462,6	a) b) c)	1.780,6
--------	-----	--	--	-------------------------------	----------------	---------

Die Tit. 422 05 der Kap. 0315 bis 0318 und 0335 bis 0346 sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgabeermächtigung bei den Mehrarbeitsvergütungen und der Zulage für lageorientierten Dienst erhöht sich um die Erstattungen einsatzbedingter Personalmehrausgaben bei Tit. 232 01.

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Zulage für lageorientierten Dienst	1.622,6
2. Mehrarbeitsvergütung	158,0
zus.	1.780,6

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0336 Polizeipräsidium Freiburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR								
427 51	042	Sonstige Beschäftigungsentgelte		2,0 -1,0 0,0	a) b) c)	2,0								
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Ausgaben für Urlaubs- und Krankheitsstellvertretungen, Aushilfen (Praktikantinnen und Praktikanten bei der Kriminalpolizei), vorübergehende Beschäftigungen von Ausgebildeten im Anschluss an die Ausbildung zur Ableistung eines Praxisjahres sowie Sonstiges (Hausdienstvergütungen, Vergütungen für Vorträge u. a. einschließlich Reisekosten).</p>														
428 05	042	Zeitzuschläge, Überstundenentgelte und Entgelte für Mehrarbeit für Beschäftigte		93,8 76,0 97,1	a) b) c)	93,8								
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind: Tsd. EUR</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 80%;">1. Zeitzuschläge</td> <td style="text-align: right;">78,7</td> </tr> <tr> <td>2. Überstundenentgelte</td> <td style="text-align: right;">7,4</td> </tr> <tr> <td>3. Entgelte für Mehrarbeit</td> <td style="text-align: right;">7,7</td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">zus.</td> <td style="text-align: right; border-top: 1px solid black;">93,8</td> </tr> </table>							1. Zeitzuschläge	78,7	2. Überstundenentgelte	7,4	3. Entgelte für Mehrarbeit	7,7	zus.	93,8
1. Zeitzuschläge	78,7													
2. Überstundenentgelte	7,4													
3. Entgelte für Mehrarbeit	7,7													
zus.	93,8													
428 06	042	Entgelte der Beschäftigten des Reinigungsdienstes		628,1 482,9 558,0	a) b) c)	631,4								
<p>Übertragen nach Kap. 1209 Tit. 517 01 13,7 Tsd. EUR. Übertragen von Kap. 0317 Tit. 428 06 17,0 Tsd. EUR.</p>														
428 51	042	Beschäftigungsentgelte für nicht voll beschäftigte Arbeitnehmer/-innen mit weniger als 50 v.H. der durchschnittl. regelmäßigen wöchentl. Arbeitszeit		12,2 14,4 14,0	a) b) c)	12,2								
453 01	042	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.		37,0 34,5 18,7	a) b) c)	37,0								
459 11	042	Abfindungen bei geschlossenem Einsatz und bei Übungen		54,7 20,6 42,9	a) b) c)	34,0								
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind auch Reisekosten.</p> <p>Übertragen nach Kap. 0338 Tit. 459 11 19,7 Tsd. EUR. Übertragen nach Kap. 0316 Tit. 459 11 1,0 Tsd. EUR.</p>														
Zwischensumme Personalausgaben				2.608,4	a)	2.591,0								

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0336 Polizeipräsidium Freiburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01	042	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	311,2 378,7 279,1		a) b) c)	498,4
--------	-----	---	-------------------------	--	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften)	99,7
2. Porto	124,6
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	174,4
4. Unterhaltung und Instandsetzung	74,8
5. Sonstiges	24,9
zus.	498,4

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 17,7 Tsd. EUR.

511 02	042	Geräte und Waffen	82,2 135,3 126,9		a) b) c)	89,8
--------	-----	-------------------	------------------------	--	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für:

- Unterhaltung und Ergänzung der kriminaltechnischen Geräte, Fotolaborausstattungen u. dgl. sowie der Waffen, waffentechnischen Geräte u. dgl.,
- Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der Geräte für die Verkehrsunfallaufnahme, Schallmessung, Filmvorführung und -aufnahme, Absperrung und Sicherung sowie Fotogeräte, Scheinwerfergeräte, Lichtpausgeräte, Anhaltestäbe, Ferngläser u. dgl.
- Scheibenmaterial u. dgl.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 7,6 Tsd. EUR.

514 01	042	Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl.	1.306,5 1.240,2 1.471,0		a) b) c)	1.611,2
--------	-----	--------------------------------------	-------------------------------	--	----------------	---------

Erläuterung: Bestand an Dienstfahrzeugen und selbstfahrenden Arbeitsmaschinen vgl. Erläuterungen bei Kap. 0315 Tit. 514 01.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 106,8 Tsd. EUR.

514 02	042	Dienst- und Schutzkleidung (persönliche Ausrüstungsgegenstände)	166,6 171,5 205,9		a) b) c)	178,1
--------	-----	---	-------------------------	--	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Beschaffung, Ergänzung und Instandsetzung sowie Reinigung von Dienst-, Sonder- und Schutzkleidung und persönlichen Ausrüstungsgegenständen. Darunter fällt auch die Schutzkleidung nach den Schutzkleiderrichtlinien (SchKIR) sowie Schutzwesten und Körperschutzausstattung. Ferner sind veranschlagt die Kosten für die Ergänzung und Instandsetzung der Bekleidung und Ausrüstung für Angehörige des Freiwilligen Polizeidienstes und für Pförtnerinnen und Pförtner sowie für die Bediensteten in der übrigen Polizeiverwaltung.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 11,5 Tsd. EUR.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0336 Polizeipräsidium Freiburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
514 03	042	Verbrauchsmittel		146,0 275,2 315,7	a) b) c)	154,4
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Munition, Arznei- und Verbandsmittel, Hilfsmittel u. dgl. für Sanitätsstellen, Verpflegung u. a. für Personen im polizeilichen Gewahrsam, Venülen und Atemalkoholprüfröhrchen, Fotomaterial, Batterien, Einweggeschirr sowie Chemikalien und Toximeter-Prüfröhrchen u. dgl.</p> <p>Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 8,4 Tsd. EUR.</p>						
514 08	042	Haltung von Diensthunden		40,4 64,9 54,5	a) b) c)	40,4
<p>Erläuterung: Durchschnittlicher Bestand an Diensthunden: 35</p>						
517 01	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)		46,5 75,9 80,1	a) b) c)	46,5
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel (Putzmittel, WC-Bedarf u. dgl.) sowie Sonstiges.</p>						
518 01	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume		1,2 2,3 1,8	a) b) c)	1,2
518 02	042	Mieten und Pachten für Maschinen, Fahrzeuge und Geräte		20,0 32,5 0,4	a) b) c)	20,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Miete für mobile Unterkünfte sowie für die Inanspruchnahme von Mietkraftwagen, Geräten u. dgl. durch die Polizei.</p>						
525 21	042	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten		24,9 45,6 54,8	a) b) c)	24,9
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die fachliche (Aus- und) Fortbildung, Gebühren für die Teilnahme an Lehrgängen, Seminaren und Arbeitstagen bei der Deutschen Hochschule der Polizei Münster sowie Kosten für Polizeisport einschließlich der Kosten für die Teilnahme an Sportwettkämpfen der Polizei, die Mitwirkung bei der Austragung von Meisterschaften und die Beschaffung von Sportpreisen.</p>						
526 01	042	Gerichts- und ähnliche Kosten		1,4 4,0 7,6	a) b) c)	1,4

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0336 Polizeipräsidium Freiburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
526 11	042	Kosten für Sachverständige		22,9 16,5 17,7	a) b) c)	22,9
527 01	042	Dienstreisen		36,8 69,7 61,2	a) b) c)	27,8
Erläuterung: Reisekosten werden außerdem aus Tit. 427 51, 459 11, 525 21, 546 49 und 525 69 bezahlt. Dienstreisen, die im Rahmen der Aus- und Fortbildung durchgeführt werden, sind bei Tit. 525 21 veranschlagt. Es sind keine Privatfahrzeuge zum Dienstreiseverkehr zugelassen.						
529 01	042	Zur Verfügung der Dienststellenleitung für Aufwand aus dienstl. Veranlassung in besonderen Fällen		0,5 0,5 0,5	a) b) c)	0,5
Erläuterung: Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.						
532 01	042	Umzugs- und Verlegungskosten		5,4 0,6 0,8	a) b) c)	5,4
534 01	042	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		4,3 44,2 20,0	a) b) c)	4,3
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Vergütungen für Hausmeisterleistungen sowie Kosten für die Heranziehung externer Berater u. dgl.						
534 05	042	Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes		8,6 9,8 6,7	a) b) c)	8,6
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten zur Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes und der dazugehörigen Unfallverhütungsvorschrift GUV 0.5. Enthalten sind die Kosten für die sicherheitstechnische und betriebsärztliche Betreuung der Beschäftigten einschließlich der Kosten für arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen.						
537 01	042	Ermittlungskosten		766,9 685,6 649,6	a) b) c)	766,9
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Sachverständige in polizeilichen Ermittlungsverfahren, Blutentnahmen und -untersuchungen, Übersetzer- und Dolmetschertätigkeiten, medizinische Betreuung, Belohnungen und Aufwandsersatz für die Mitwirkung von Privatpersonen bei der Aufklärung und Verhütung strafbarer Handlungen und für die Mithilfe bei polizeilichen Maßnahmen sowie sonstige Ermittlungskosten (z. B. Ausübungen, Zeugenentschädigung, Abschleppkosten).						

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0336 Polizeipräsidium Freiburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
543 01	042	Kosten für den freiwilligen Polizeidienst des Landes		60,2 41,4 45,3	a) b) c)	60,2
		Hieraus können auch Polizeifreiwillige, die in Polizeimusik- kapellen mitwirken, bezahlt werden.				
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für den Einsatz von Angehörigen des Freiwilligen Polizeidienstes (Ausgleich für Zeitaufwand und zusätzliche Verpfle- gungskosten u. dgl.) und Sonstiges, darunter auch zinslose Darlehen für Rechts- schutz in Straf- und Bußgeldverfahren, sowie insbesondere Lohn- und Kirchensteuer aus dem Ausgleich für Zeitaufwand.				
544 01	042	Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung		1,1 12,2 5,3	a) b) c)	1,1
		Aufklärungs-, Informationsmaterial und sonstige Werbeträger können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden. Ersätze fließen den Mitteln zu.				
545 02	042	Vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung		3,3 0,9 1,5	a) b) c)	3,3
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Maßnahmen zur wirksamen Umset- zung der vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung, wie Untersuchungen der Krimina- litätsgeschehen und polizeilicher Bekämpfungsmaßnahmen, Sensibilisierung der Bevölkerung durch Veranstaltungen und Ausstellungen, Herausgabe und Versand von Aufklärungsmaterial sowie Bereitstellung geeigneter Geräte, Beschaffung von Geräten u. dgl., insbesondere im Bereich der Rauschgift-, Jugend- und Eigentums- kriminalität.				
546 49	042	Vermischte Verwaltungsausgaben		142,2 153,1 119,5	a) b) c)	162,2

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Unfallrenten usw. und Entschädigungen an Dritte (in besonderen Fällen auch aus Billigkeitsgründen), Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, das Abschleppen sichergestellter und beschlagnahmter Fahrzeuge sowie für sonstige vermischte Ausgaben wie z. B. Verlustentschädigungen, Schadensersatzleistungen anlässlich von Kfz-Unfällen, Zuwendungen an Polizeichöre und -musikvereine im Land, Reisekosten und Seminargebühren für Personalrätinnen und Personalräte, Vorstellungsreisen, Aufwand anlässlich der Einladung ausländischer Gäste (insbesondere für die Verpflegung ausländischer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamter), Beseitigung von Straßenverunreinigungen u. dgl. sowie für die behördeneigene Kantine.

Mehr wegen Umsatzsteuerzuschuss für behördeneigene Kantinen aus dem Landeshaushalt.

Wirtschaftsplan der behördeneigenen Kantine

	Tsd. EUR
Einnahmen	
1. Teilnehmerbeiträge	200,0
2. Zuschüsse des Landes (Umsatzsteuer u.a.)	20,0
3. Sonstige Einnahmen (Gästeessen, Getränke usw.)	0,0
zus.	220,0
Ausgaben	
1. Personalausgaben	35,0
2. Herstellung der Mahlzeiten	158,0
3. Sonstige Ausgaben (Getränke usw.)	27,0
zus.	220,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0336 Polizeipräsidium Freiburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

547 01	729	Allgemeine Maßnahmen zur Hebung der Verkehrssicherheit und zur Bekämpfung von Unfällen im Straßenverkehr	2,3 2,5 2,4		a) b) c)	2,3
--------	-----	--	-------------------	--	----------------	-----

Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.

Erläuterung: Fortführung von Verkehrssicherheitskampagnen der Polizei.

Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben			3.201,4	a)	3.731,8
--	--	--	---------	----	---------

Titelgruppen

69		Aufwand für Informationstechnik				
		Ersätze fließen den Mitteln zu.				
511 69A	042	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	175,3 245,0 156,1		a) b) c)	72,9

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	58,3
2. Unterhaltung und Instandsetzung	14,6
zus.	72,9

511 69B	042	Fernmeldegebühren u. dgl.	289,5 307,8 372,3		a) b) c)	288,6
---------	-----	---------------------------	-------------------------	--	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	199,1
2. Einmalige Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	78,0
3. Rundfunkbeitrag	8,8
4. Sonstiges	2,7
zus.	288,6

Übertragen nach Kap. 1209 Tit. 517 01 0,9 Tsd. EUR.

514 69	042	Verbrauchsmittel	126,0 38,5 76,9		a) b) c)	126,0
--------	-----	------------------	-----------------------	--	----------------	-------

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0336 Polizeipräsidium Freiburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
518 69	042	Maschinen- und Gerätemieten		64,8 153,2 143,7	a) b) c)	64,8
Erläuterung: Veranschlagt sind Mieten insbesondere für informationstechnische Geräte wie Kopierer u. dgl.						
525 69	042	Aus- und Fortbildung		5,2 1,1 0,3	a) b) c)	5,2
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Schulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (IuK-Lehrgänge und -Seminare) einschließlich Reisekosten.						
534 69	042	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		0,3 27,2 49,1	a) b) c)	0,3
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Programmierarbeiten, Systemberatung u. dgl. durch Dritte.						
546 69	042	Vermischte Verwaltungsausgaben		0,7 0,0 0,0	a) b) c)	0,7
Summe Titelgruppe 69				661,8	a)	558,5
Gesamtausgaben				6.471,6	a)	6.881,3
Abschluss Kapitel 0336						
Verwaltungseinnahmen				406,3	a)	406,3
Übrige Einnahmen				8,4	a)	8,4
Gesamteinnahmen				414,7	a)	414,7
Personalausgaben				2.608,4	a)	2.591,0
Sächliche Verwaltungsausgaben				3.863,2	a)	4.290,3
Gesamtausgaben				6.471,6	a)	6.881,3
Kapitel 0336 Zuschuss				6.056,9	a)	6.466,6

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0337 Polizeipräsidium Heilbronn

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 02	042	Gebühren	234,6 331,8 299,3	a) b) c)	234,6
--------	-----	----------	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind Gebühren nach dem Landesgebührengesetz sowie Gebühren für Amtshandlungen einschließlich Vollstreckungsmaßnahmen des Polizeivollzugsdienstes (z. B. Fehlalarme u. dgl.) mit Ausnahme der Gebühren für die polizeiliche Begleitung von Großraum- und Schwertransporten.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

112 01	042	Geldstrafen und Geldbußen	1,7 0,0 0,5	a) b) c)	1,7
--------	-----	---------------------------	-------------------	----------------	-----

119 49	042	Vermischte Einnahmen	63,2 14,0 21,0	a) b) c)	63,2
--------	-----	----------------------	----------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen sowie sonstige Einnahmen (Verwaltungskostenzuschläge für verkaufte, verlorene oder beschädigte Gegenstände u. dgl.).

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

124 01	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	4,8 0,1 0,2	a) b) c)	4,8
--------	-----	---	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Zwischensumme Verwaltungseinnahmen			304,3	a)	304,3
---	--	--	-------	----	-------

Übrige Einnahmen

232 01	042	Sonstige Erstattung von Ländern	0,0 11,0 0,0	a) b) c)	0,0
--------	-----	---------------------------------	--------------------	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind Erstattungen einsatzbedingter sächlicher und personeller Mehrkosten, die dem Land durch die Unterstützung der Polizei anderer Länder entstanden sind. Erstattungen im Zusammenhang mit der Unterstützung der Bundespolizei werden ebenfalls hier gebucht.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0337 Polizeipräsidium Heilbronn

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll	2016	a)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
			Ist	2015	b)	
			Ist	2014	c)	
			Tsd. EUR			

232 02	042	Erstattung von Verwaltungskosten		6,3	a)	6,3
				0,0	b)	
				1,0	c)	

Erläuterung: Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

282 01	042	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland		0,0	a)	0,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Vereinnahmt werden ggf. Beiträge und Zuwendungen Dritter für Maßnahmen der Kriminalprävention sowie private Gelder, die der Aufklärung einer Straftat dienen. Hierunter fallen auch Beiträge und Zuwendungen für sonstige Zwecke, sofern deren Annahme im Einzelfall durch das Innenministerium genehmigt wurde.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Zwischensumme Übrige Einnahmen	6,3	a)	6,3
---------------------------------------	-----	----	-----

Gesamteinnahmen	310,6	a)	310,6
------------------------	-------	----	-------

Ausgaben

Die von § 6 Abs. 1 Satz 1 Nummer 4.1 Staatshaushaltsgesetz erfassten Titel der Kap. 0315, 0316, 0317 Titelgruppe 93, 0318 und 0335 bis 0346 sind kapitelübergreifend gegenseitig deckungsfähig.

Zu diesem Deckungskreis zählen ferner die Tit. 453 01 und 459 11 der genannten Kapitel und der Gruppentitel 453 in Kap. 0317 Titelgruppe 93; die Tit. 453 01 und 459 11 der genannten Kapitel sind übertragbar.

Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 111 02, 119 49, 124 01 und 232 02. Sie erhöht sich ferner um Einnahmen bei Tit. 232 01 und 282 01.

Personalausgaben

422 05	042	Mehrarbeitsvergütung und Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten für Beamtinnen und Beamte und dgl.	1.293,4	a)	1.293,4
			1.214,1	b)	
			1.095,9	c)	

Die Tit. 422 05 der Kap. 0315 bis 0318 und 0335 bis 0346 sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgabeermächtigung bei den Mehrarbeitsvergütungen und der Zulage für lageorientierten Dienst erhöht sich um die Erstattungen einsatzbedingter Personalmehrausgaben bei Tit. 232 01.

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Zulage für lageorientierten Dienst	1.175,3
2. Mehrarbeitsvergütung	118,1
zus.	1.293,4

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0337 Polizeipräsidium Heilbronn

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR								
427 51	042	Sonstige Beschäftigungsentgelte		1,5 0,0 0,0	a) b) c)	1,5								
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Ausgaben für Urlaubs- und Krankheitsstellvertretungen, Aushilfen (Praktikantinnen und Praktikanten bei der Kriminalpolizei), vorübergehende Beschäftigungen von Ausgebildeten im Anschluss an die Ausbildung zur Ableistung eines Praxisjahres sowie Sonstiges (Hausdienstvergütungen, Vergütungen für Vorträge u. a. einschließlich Reisekosten).</p>														
428 05	042	Zeitzuschläge, Überstundenentgelte und Entgelte für Mehrarbeit für Beschäftigte		68,9 33,2 32,9	a) b) c)	68,9								
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind: Tsd. EUR</p> <table style="width:100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width:5%;">1. Zeitzuschläge</td> <td style="text-align:right;">59,3</td> </tr> <tr> <td>2. Überstundenentgelte</td> <td style="text-align:right;">5,6</td> </tr> <tr> <td>3. Entgelte für Mehrarbeit</td> <td style="text-align:right;">4,0</td> </tr> <tr> <td style="text-align:right;">zus.</td> <td style="text-align:right; border-top: 1px solid black;">68,9</td> </tr> </table>							1. Zeitzuschläge	59,3	2. Überstundenentgelte	5,6	3. Entgelte für Mehrarbeit	4,0	zus.	68,9
1. Zeitzuschläge	59,3													
2. Überstundenentgelte	5,6													
3. Entgelte für Mehrarbeit	4,0													
zus.	68,9													
428 06	042	Entgelte der Beschäftigten des Reinigungsdienstes		159,5 122,0 131,9	a) b) c)	159,5								
428 51	042	Beschäftigungsentgelte für nicht voll beschäftigte Arbeitnehmer/-innen mit weniger als 50 v.H. der durchschnittl. regelmäßigen wöchentl. Arbeitszeit		9,1 0,0 0,0	a) b) c)	9,1								
453 01	042	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.		27,7 85,9 -1,9	a) b) c)	27,7								
459 11	042	Abfindungen bei geschlossenem Einsatz und bei Übungen		41,0 4,2 12,8	a) b) c)	10,2								
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind auch Reisekosten. Übertragen nach Kap. 0316 Tit. 459 11 30,8 Tsd. EUR.</p>														
Zwischensumme Personalausgaben				1.601,1	a)	1.570,3								

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0337 Polizeipräsidium Heilbronn

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01	042	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	234,2 149,0 136,0	a) b) c)		377,4
--------	-----	---	-------------------------	----------------	--	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften)	75,5
2. Porto	94,3
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	132,1
4. Unterhaltung und Instandsetzung	56,6
5. Sonstiges	18,9
zus.	<u>377,4</u>

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 13,2 Tsd. EUR.

511 02	042	Geräte und Waffen	61,5 81,5 52,5	a) b) c)		67,2
--------	-----	-------------------	----------------------	----------------	--	------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für:

- Unterhaltung und Ergänzung der kriminaltechnischen Geräte, Fotolaborausstattungen u. dgl. sowie der Waffen, waffentechnischen Geräte u. dgl.,
- Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der Geräte für die Verkehrsunfallaufnahme, Schallmessung, Filmvorführung und -aufnahme, Absperrung und Sicherung sowie Fotogeräte, Scheinwerfergeräte, Lichtpausgeräte, Anhaltestäbe, Ferngläser u. dgl.
- Scheibenmaterial u. dgl.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 5,7 Tsd. EUR.

514 01	042	Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl.	974,1 1.155,8 1.341,9	a) b) c)		1.202,0
--------	-----	--------------------------------------	-----------------------------	----------------	--	---------

Erläuterung: Bestand an Dienstfahrzeugen und selbstfahrenden Arbeitsmaschinen vgl. Erläuterungen bei Kap. 0315 Tit. 514 01.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 79,8 Tsd. EUR.

514 02	042	Dienst- und Schutzkleidung (persönliche Ausrüstungsgegenstände)	124,7 105,6 78,9	a) b) c)		133,3
--------	-----	---	------------------------	----------------	--	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Beschaffung, Ergänzung und Instandsetzung sowie Reinigung von Dienst-, Sonder- und Schutzkleidung und persönlichen Ausrüstungsgegenständen. Darunter fällt auch die Schutzkleidung nach den Schutzkleiderrichtlinien (SchKIR) sowie Schutzwesten und Körperschutzausstattung. Ferner sind veranschlagt die Kosten für die Ergänzung und Instandsetzung der Bekleidung und Ausrüstung für Angehörige des Freiwilligen Polizeidienstes und für Pförtnerinnen und Pförtner sowie für die Bediensteten in der übrigen Polizeiverwaltung.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 8,6 Tsd. EUR.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0337 Polizeipräsidium Heilbronn

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
514 03	042	Verbrauchsmittel		109,3 135,7 146,9	a) b) c)	115,6
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Munition, Arznei- und Verbandsmittel, Hilfsmittel u. dgl. für Sanitätsstellen, Verpflegung u. a. für Personen im polizeilichen Gewahrsam, Venülen und Atemalkoholprüfröhrchen, Fotomaterial, Batterien, Einweggeschirr sowie Chemikalien und Toximeter-Prüfröhrchen u. dgl.</p> <p>Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 6,3 Tsd. EUR.</p>						
514 08	042	Haltung von Dienststunden		38,1 37,5 35,3	a) b) c)	38,1
<p>Erläuterung: Durchschnittlicher Bestand an Dienststunden: 33</p>						
517 01	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)		34,8 37,3 46,0	a) b) c)	34,8
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel (Putzmittel, WC-Bedarf u. dgl.) sowie Sonstiges.</p>						
518 01	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume		0,9 0,0 0,0	a) b) c)	0,9
518 02	042	Mieten und Pachten für Maschinen, Fahrzeuge und Geräte		15,0 14,9 0,3	a) b) c)	15,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Miete für mobile Unterkünfte sowie für die Inanspruchnahme von Mietkraftwagen, Geräten u. dgl. durch die Polizei.</p>						
525 21	042	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten		18,7 36,7 24,0	a) b) c)	18,7
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die fachliche (Aus- und) Fortbildung, Gebühren für die Teilnahme an Lehrgängen, Seminaren und Arbeitstagen bei der Deutschen Hochschule der Polizei Münster sowie Kosten für Polizeisport einschließlich der Kosten für die Teilnahme an Sportwettkämpfen der Polizei, die Mitwirkung bei der Austragung von Meisterschaften und die Beschaffung von Sportpreisen.</p>						
526 01	042	Gerichts- und ähnliche Kosten		1,0 1,5 0,1	a) b) c)	1,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0337 Polizeipräsidium Heilbronn

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
526 11	042	Kosten für Sachverständige		17,2 13,8 12,1	a) b) c)	17,2
527 01	042	Dienstreisen		27,6 16,9 15,1	a) b) c)	20,9
Erläuterung: Reisekosten werden außerdem aus Tit. 427 51, 459 11, 525 21, 546 49 und 525 69 bezahlt. Dienstreisen, die im Rahmen der Aus- und Fortbildung durchgeführt werden, sind bei Tit. 525 21 veranschlagt. Es sind keine Privatfahrzeuge zum Dienstreiseverkehr zugelassen.						
529 01	042	Zur Verfügung der Dienststellenleitung für Aufwand aus dienstl. Veranlassung in besonderen Fällen		0,5 0,5 0,5	a) b) c)	0,5
Erläuterung: Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.						
532 01	042	Umzugs- und Verlegungskosten		4,0 -4,8 -3,1	a) b) c)	4,0
534 01	042	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		3,2 38,5 39,3	a) b) c)	3,2
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Vergütungen für Hausmeisterleistungen sowie Kosten für die Heranziehung externer Berater u. dgl.						
534 05	042	Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes		6,4 2,2 0,4	a) b) c)	6,4
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten zur Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes und der dazugehörigen Unfallverhütungsvorschrift GUV 0.5. Enthalten sind die Kosten für die sicherheitstechnische und betriebsärztliche Betreuung der Beschäftigten einschließlich der Kosten für arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen.						
537 01	042	Ermittlungskosten		574,2 629,5 483,3	a) b) c)	574,2
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Sachverständige in polizeilichen Ermittlungsverfahren, Blutentnahmen und -untersuchungen, Übersetzer- und Dolmetschertätigkeiten, medizinische Betreuung, Belohnungen und Aufwandsersatz für die Mitwirkung von Privatpersonen bei der Aufklärung und Verhütung strafbarer Handlungen und für die Mithilfe bei polizeilichen Maßnahmen sowie sonstige Ermittlungskosten (z. B. Ausübungen, Zeugenentschädigung, Abschleppkosten).						

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0337 Polizeipräsidium Heilbronn

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
543 01	042	Kosten für den freiwilligen Polizeidienst des Landes		24,3 15,3 17,1	a) b) c)	24,3
		Hieraus können auch Polizeifreiwillige, die in Polizeimusik- kapellen mitwirken, bezahlt werden.				
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für den Einsatz von Angehörigen des Freiwilligen Polizeidienstes (Ausgleich für Zeitaufwand und zusätzliche Verpfle- gungskosten u. dgl.) und Sonstiges, darunter auch zinslose Darlehen für Rechts- schutz in Straf- und Bußgeldverfahren, sowie insbesondere Lohn- und Kirchensteuer aus dem Ausgleich für Zeitaufwand.				
544 01	042	Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung		0,8 2,8 2,0	a) b) c)	0,8
		Aufklärungs-, Informationsmaterial und sonstige Werbeträger können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden. Ersätze fließen den Mitteln zu.				
545 02	042	Vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung		2,4 0,3 0,0	a) b) c)	2,4
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Maßnahmen zur wirksamen Umset- zung der vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung, wie Untersuchungen der Krimina- litätsgeschehen und polizeilicher Bekämpfungsmaßnahmen, Sensibilisierung der Bevölkerung durch Veranstaltungen und Ausstellungen, Herausgabe und Versand von Aufklärungsmaterial sowie Bereitstellung geeigneter Geräte, Beschaffung von Geräten u. dgl., insbesondere im Bereich der Rauschgift-, Jugend- und Eigentums- kriminalität.				
546 49	042	Vermischte Verwaltungsausgaben		106,6 186,3 114,9	a) b) c)	106,6
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Unfallrenten usw. und Entschädi- gungen an Dritte (in besonderen Fällen auch aus Billigkeitsgründen), Bekannt- machungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, das Abschleppen sichergestellter und beschlagnahmter Fahrzeuge sowie für sonstige vermischte Ausgaben wie z. B. Verlustentschädigungen, Schadensersatzleistungen anlässlich von Kfz-Unfällen, Zuwendungen an Polizeichöre und -musikvereine im Land, Reisekosten und Seminargebühren für Personalrätinnen und Personalräte, Vorstellungsreisen, Aufwand anlässlich der Einladung ausländischer Gäste (insbe- sondere für die Verpflegung ausländischer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamter), Beseitigung von Straßenverunreinigungen u. dgl.				
547 01	729	Allgemeine Maßnahmen zur Hebung der Verkehrssicherheit und zur Bekämpfung von Unfällen im Straßenverkehr		2,3 4,7 -2,5	a) b) c)	2,3
		Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abge- geben werden.				
		Erläuterung: Fortführung von Verkehrssicherheitskampagnen der Polizei.				
Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben				2.381,8	a)	2.766,8

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0337 Polizeipräsidium Heilbronn

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Titelgruppen

69		Aufwand für Informationstechnik				
		Ersätze fließen den Mitteln zu.				
511 69A	042	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	131,3 96,4 163,6		a) b) c)	60,4
		Erläuterung:				
		Veranschlagt sind:		Tsd. EUR		
		1. Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		48,3		
		2. Unterhaltung und Instandsetzung		12,1		
		zus.		60,4		
511 69B	042	Fernmeldegebühren u. dgl.	216,7 239,8 316,6		a) b) c)	216,7
		Erläuterung:				
		Veranschlagt sind:		Tsd. EUR		
		1. Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen		155,2		
		2. Einmalige Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen		54,0		
		3. Rundfunkbeitrag		7,5		
		4. Sonstiges		0,0		
		zus.		216,7		
514 69	042	Verbrauchsmittel	94,3 115,4 110,0		a) b) c)	94,3
518 69	042	Maschinen- und Gerätemieten	48,5 74,9 117,3		a) b) c)	48,5
		Erläuterung: Veranschlagt sind Mieten insbesondere für informationstechnische Geräte wie Kopierer u. dgl.				
525 69	042	Aus- und Fortbildung	3,9 0,2 0,0		a) b) c)	3,9
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Schulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (IuK-Lehrgänge und -Seminare) einschließlich Reisekosten.				

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0337 Polizeipräsidium Heilbronn

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
534 69	042	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		0,2 3,8 1,2	a) b) c)	0,2
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Programmierarbeiten, Systemberatung u. dgl. durch Dritte.						
546 69	042	Vermischte Verwaltungsausgaben		0,5 0,0 0,0	a) b) c)	0,5
Summe Titelgruppe 69				495,4	a)	424,5
Gesamtausgaben				4.478,3	a)	4.761,6
Abschluss Kapitel 0337						
Verwaltungseinnahmen				304,3	a)	304,3
Übrige Einnahmen				6,3	a)	6,3
Gesamteinnahmen				310,6	a)	310,6
Personalausgaben				1.601,1	a)	1.570,3
Sächliche Verwaltungsausgaben				2.877,2	a)	3.191,3
Gesamtausgaben				4.478,3	a)	4.761,6
Kapitel 0337 Zuschuss				4.167,7	a)	4.451,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0338 Polizeipräsidium Karlsruhe

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 02	042	Gebühren	391,2 710,4 572,9	a) b) c)	391,2
--------	-----	----------	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind Gebühren nach dem Landesgebührengesetz sowie Gebühren für Amtshandlungen einschließlich Vollstreckungsmaßnahmen des Polizeivollzugsdienstes (z. B. Fehlalarme u. dgl.) mit Ausnahme der Gebühren für die polizeiliche Begleitung von Großraum- und Schwertransporten.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

112 01	042	Geldstrafen und Geldbußen	2,8 0,3 0,6	a) b) c)	2,8
--------	-----	---------------------------	-------------------	----------------	-----

119 49	042	Vermischte Einnahmen	105,3 132,3 146,2	a) b) c)	105,3
--------	-----	----------------------	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen sowie sonstige Einnahmen (Verwaltungskostenzuschläge für verkaufte, verlorene oder beschädigte Gegenstände u. dgl.).

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

124 01	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	8,0 3,5 1,0	a) b) c)	8,0
--------	-----	---	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Zwischensumme Verwaltungseinnahmen			507,3	a)	507,3
---	--	--	-------	----	-------

Übrige Einnahmen

232 01	042	Sonstige Erstattung von Ländern	0,0 7,6 1,2	a) b) c)	0,0
--------	-----	---------------------------------	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind Erstattungen einsatzbedingter sächlicher und personeller Mehrkosten, die dem Land durch die Unterstützung der Polizei anderer Länder entstanden sind. Erstattungen im Zusammenhang mit der Unterstützung der Bundespolizei werden ebenfalls hier gebucht.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0338 Polizeipräsidium Karlsruhe

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

232 02	042	Erstattung von Verwaltungskosten		10,4 0,0 3,0	a) b) c)	10,4
--------	-----	----------------------------------	--	--------------------	----------------	------

Erläuterung: Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

282 01	042	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
--------	-----	-----------------------------------	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Vereinnahmt werden ggf. Beiträge und Zuwendungen Dritter für Maßnahmen der Kriminalprävention sowie private Gelder, die der Aufklärung einer Straftat dienen. Hierunter fallen auch Beiträge und Zuwendungen für sonstige Zwecke, sofern deren Annahme im Einzelfall durch das Innenministerium genehmigt wurde.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Zwischensumme Übrige Einnahmen	10,4	a)	10,4
---------------------------------------	------	----	------

Gesamteinnahmen	517,7	a)	517,7
------------------------	-------	----	-------

Ausgaben

Die von § 6 Abs. 1 Satz 1 Nummer 4.1 Staatshaushaltsgesetz erfassten Titel der Kap. 0315, 0316, 0317 Titelgruppe 93, 0318 und 0335 bis 0346 sind kapitelübergreifend gegenseitig deckungsfähig.

Zu diesem Deckungskreis zählen ferner die Tit. 453 01 und 459 11 der genannten Kapitel und der Gruppentitel 453 in Kap. 0317 Titelgruppe 93; die Tit. 453 01 und 459 11 der genannten Kapitel sind übertragbar.

Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 111 02, 119 49, 124 01 und 232 02. Sie erhöht sich ferner um Einnahmen bei Tit. 232 01 und 282 01.

Personalausgaben

422 05	042	Mehrarbeitsvergütung und Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten für Beamtinnen und Beamte und dgl.		2.201,2 1.914,5 1.774,9	a) b) c)	2.201,2
--------	-----	--	--	-------------------------------	----------------	---------

Die Tit. 422 05 der Kap. 0315 bis 0318 und 0335 bis 0346 sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgabeermächtigung bei den Mehrarbeitsvergütungen und der Zulage für lageorientierten Dienst erhöht sich um die Erstattungen einsatzbedingter Personalmehrausgaben bei Tit. 232 01.

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Zulage für lageorientierten Dienst	2.003,9
2. Mehrarbeitsvergütung	197,3
zus.	2.201,2

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0338 Polizeipräsidium Karlsruhe

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

427 51	042	Sonstige Beschäftigungsentgelte		2,5 0,0 0,0	a) b) c)	2,5
--------	-----	---------------------------------	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind die Ausgaben für Urlaubs- und Krankheitsstellvertretungen, Aushilfen (Praktikantinnen und Praktikanten bei der Kriminalpolizei), vorübergehende Beschäftigungen von Ausgebildeten im Anschluss an die Ausbildung zur Ableistung eines Praxisjahres sowie Sonstiges (Hausdienstvergütungen, Vergütungen für Vorträge u. a. einschließlich Reisekosten).

428 05	042	Zeitzuschläge, Überstundenentgelte und Entgelte für Mehrarbeit für Beschäftigte		115,2 93,5 86,1	a) b) c)	115,2
--------	-----	---	--	-----------------------	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Zeitzuschläge	97,5
2. Überstundenentgelte	9,2
3. Entgelte für Mehrarbeit	8,5
zus.	115,2

428 06	042	Entgelte der Beschäftigten des Reinigungsdienstes		263,0 156,1 166,6	a) b) c)	263,0
--------	-----	---	--	-------------------------	----------------	-------

428 51	042	Beschäftigungsentgelte für nicht voll beschäftigte Arbeitnehmer/-innen mit weniger als 50 v.H. der durchschnittl. regelmäßigen wöchentl. Arbeitszeit		15,2 7,7 3,8	a) b) c)	15,2
--------	-----	--	--	--------------------	----------------	------

453 01	042	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.		46,4 37,5 27,0	a) b) c)	46,4
--------	-----	--	--	----------------------	----------------	------

459 11	042	Abfindungen bei geschlossenem Einsatz und bei Übungen		68,3 154,3 47,9	a) b) c)	123,3
--------	-----	---	--	-----------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind auch Reisekosten.

Übertragen von Kap. 0335 Tit. 459 11	35,3 Tsd. EUR.
Übertragen von Kap. 0336 Tit. 459 11	19,7 Tsd. EUR.

Zwischensumme Personalausgaben	2.711,8	a)	2.766,8
---------------------------------------	---------	----	---------

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0338 Polizeipräsidium Karlsruhe

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01	042	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	403,9 458,3 660,2	a) b) c)	626,7
--------	-----	---	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften)	125,3
2. Porto	156,7
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	219,3
4. Unterhaltung und Instandsetzung	94,0
5. Sonstiges	31,4
zus.	626,7

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 22,1 Tsd. EUR.

511 02	042	Geräte und Waffen	102,6 130,7 103,9	a) b) c)	112,1
--------	-----	-------------------	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für:

- Unterhaltung und Ergänzung der kriminaltechnischen Geräte, Fotolaborausstattungen u. dgl. sowie der Waffen, waffentechnischen Geräte u. dgl.,
- Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der Geräte für die Verkehrsunfallaufnahme, Schallmessung, Filmvorführung und -aufnahme, Absperrung und Sicherung sowie Fotogeräte, Scheinwerfergeräte, Lichtpausgeräte, Anhaltestäbe, Ferngläser u. dgl.
- Scheibenmaterial u. dgl.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 9,5 Tsd. EUR.

514 01	042	Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl.	1.632,4 1.480,0 1.851,8	a) b) c)	2.012,7
--------	-----	--------------------------------------	-------------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Bestand an Dienstfahrzeugen und selbstfahrenden Arbeitsmaschinen vgl. Erläuterungen bei Kap. 0315 Tit. 514 01.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 133,3 Tsd. EUR.

514 02	042	Dienst- und Schutzkleidung (persönliche Ausrüstungsgegenstände)	208,1 106,0 138,3	a) b) c)	222,5
--------	-----	---	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Beschaffung, Ergänzung und Instandsetzung sowie Reinigung von Dienst-, Sonder- und Schutzkleidung und persönlichen Ausrüstungsgegenständen. Darunter fällt auch die Schutzkleidung nach den Schutzkleiderrichtlinien (SchKIR) sowie Schutzwesten und Körperschutzausstattung. Ferner sind veranschlagt die Kosten für die Ergänzung und Instandsetzung der Bekleidung und Ausrüstung für Angehörige des Freiwilligen Polizeidienstes und für Pförtnerinnen und Pförtner sowie für die Bediensteten in der übrigen Polizeiverwaltung.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 14,4 Tsd. EUR.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0338 Polizeipräsidium Karlsruhe

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
514 03	042	Verbrauchsmittel		182,3 248,4 278,3	a) b) c)	192,8
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Munition, Arznei- und Verbandsmittel, Hilfsmittel u. dgl. für Sanitätsstellen, Verpflegung u. a. für Personen im polizeilichen Gewahrsam, Venülen und Atemalkoholprüfröhrchen, Fotomaterial, Batterien, Einweggeschirr sowie Chemikalien und Toximeter-Prüfröhrchen u. dgl.</p> <p>Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 10,5 Tsd. EUR.</p>						
514 08	042	Haltung von Diensthunden		54,2 70,3 81,5	a) b) c)	54,2
<p>Erläuterung: Durchschnittlicher Bestand an Diensthunden: 47</p>						
517 01	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)		58,1 74,9 67,3	a) b) c)	58,1
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel (Putzmittel, WC-Bedarf u. dgl.) sowie Sonstiges.</p>						
518 01	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume		1,5 1,0 3,6	a) b) c)	1,5
518 02	042	Mieten und Pachten für Maschinen, Fahrzeuge und Geräte		25,1 3,3 -0,6	a) b) c)	25,1
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Miete für mobile Unterkünfte sowie für die Inanspruchnahme von Mietkraftwagen, Geräten u. dgl. durch die Polizei.</p>						
525 21	042	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten		31,2 84,9 41,1	a) b) c)	31,2
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die fachliche (Aus- und) Fortbildung, Gebühren für die Teilnahme an Lehrgängen, Seminaren und Arbeitstagen bei der Deutschen Hochschule der Polizei Münster sowie Kosten für Polizeisport einschließlich der Kosten für die Teilnahme an Sportwettkämpfen der Polizei, die Mitwirkung bei der Austragung von Meisterschaften und die Beschaffung von Sportpreisen.</p>						
526 01	042	Gerichts- und ähnliche Kosten		1,6 11,1 0,8	a) b) c)	1,6

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0338 Polizeipräsidium Karlsruhe

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
			Tsd. EUR			Tsd. EUR
526 11	042	Kosten für Sachverständige		28,7 133,0 122,0	a) b) c)	28,7
527 01	042	Dienstreisen		46,0 25,7 29,1	a) b) c)	34,8
Erläuterung: Reisekosten werden außerdem aus Tit. 427 51, 459 11, 525 21, 546 49 und 525 69 bezahlt. Dienstreisen, die im Rahmen der Aus- und Fortbildung durchgeführt werden, sind bei Tit. 525 21 veranschlagt.						
		Zugelassene Fahrzeuge	2016	2017		
		Pkw	0	1		
529 01	042	Zur Verfügung der Dienststellenleitung für Aufwand aus dienstl. Veranlassung in besonderen Fällen		0,5 0,5 0,5	a) b) c)	0,5
Erläuterung: Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.						
532 01	042	Umzugs- und Verlegungskosten		6,7 8,5 3,4	a) b) c)	6,7
534 01	042	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		5,4 60,8 31,6	a) b) c)	5,4
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Vergütungen für Hausmeisterleistungen sowie Kosten für die Heranziehung externer Berater u. dgl.						
534 05	042	Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes		10,8 13,7 4,0	a) b) c)	10,8
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten zur Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes und der dazugehörigen Unfallverhütungsvorschrift GUV 0.5. Enthalten sind die Kosten für die sicherheitstechnische und betriebsärztliche Betreuung der Beschäftigten einschließlich der Kosten für arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen.						
537 01	042	Ermittlungskosten		958,0 1.049,9 781,4	a) b) c)	958,0

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Sachverständige in polizeilichen Ermittlungsverfahren, Blutentnahmen und -untersuchungen, Übersetzer- und Dolmetschertätigkeiten, medizinische Betreuung, Belohnungen und Aufwandsersatz für die Mitwirkung von Privatpersonen bei der Aufklärung und Verhütung strafbarer Handlungen und für die Mithilfe bei polizeilichen Maßnahmen sowie sonstige Ermittlungskosten (z. B. Auslobungen, Zeugenentschädigung, Abschleppkosten).

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0338 Polizeipräsidium Karlsruhe

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
543 01	042	Kosten für den freiwilligen Polizeidienst des Landes	81,1 54,0 54,6		a) b) c)	81,1
		Hieraus können auch Polizeifreiwillige, die in Polizeimusik- kapellen mitwirken, bezahlt werden.				
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für den Einsatz von Angehörigen des Freiwilligen Polizeidienstes (Ausgleich für Zeitaufwand und zusätzliche Verpfle- gungskosten u. dgl.) und Sonstiges, darunter auch zinslose Darlehen für Rechts- schutz in Straf- und Bußgeldverfahren, sowie insbesondere Lohn- und Kirchensteuer aus dem Ausgleich für Zeitaufwand.				
544 01	042	Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung	1,3 10,7 6,0		a) b) c)	1,3
		Aufklärungs-, Informationsmaterial und sonstige Werbeträger können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden. Ersätze fließen den Mitteln zu.				
545 02	042	Vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung	4,1 4,2 4,1		a) b) c)	4,1
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Maßnahmen zur wirksamen Umset- zung der vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung, wie Untersuchungen der Krimina- litätsgeschehen und polizeilicher Bekämpfungsmaßnahmen, Sensibilisierung der Bevölkerung durch Veranstaltungen und Ausstellungen, Herausgabe und Versand von Aufklärungsmaterial sowie Bereitstellung geeigneter Geräte, Beschaffung von Geräten u. dgl., insbesondere im Bereich der Rauschgift-, Jugend- und Eigentums- kriminalität.				
546 49	042	Vermischte Verwaltungsausgaben	177,7 445,3 478,3		a) b) c)	177,7
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Unfallrenten usw. und Entschädi- gungen an Dritte (in besonderen Fällen auch aus Billigkeitsgründen), Bekannt- machungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, das Abschleppen sichergestellter und beschlagnahmter Fahrzeuge sowie für sonstige vermischte Ausgaben wie z. B. Verlustentschädigungen, Schadensersatzleistungen anlässlich von Kfz-Unfällen, Zuwendungen an Polizeichöre und -musikvereine im Land, Reisekosten und Seminargebühren für Personalrätinnen und Personalräte, Vorstellungstreisen, Aufwand anlässlich der Einladung ausländischer Gäste (insbe- sondere für die Verpflegung ausländischer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamter), Beseitigung von Straßenverunreinigungen u. dgl.				
547 01	729	Allgemeine Maßnahmen zur Hebung der Verkehrssicherheit und zur Bekämpfung von Unfällen im Straßenverkehr	2,3 1,4 -2,4		a) b) c)	2,3
		Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abge- geben werden.				
		Erläuterung: Fortführung von Verkehrssicherheitskampagnen der Polizei.				
Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben			4.023,6		a)	4.649,9

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0338 Polizeipräsidium Karlsruhe

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
				Tsd. EUR		

Titelgruppen

69		Aufwand für Informationstechnik				
		Ersätze fließen den Mitteln zu.				
511 69A	042	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	219,1 248,3 149,2		a) b) c)	99,4
		Erläuterung:				
		Veranschlagt sind:		Tsd. EUR		
		1. Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		79,5		
		2. Unterhaltung und Instandsetzung		19,9		
		zus.		99,4		
511 69B	042	Fernmeldegebühren u. dgl.	361,7 286,6 475,5		a) b) c)	358,7
		Erläuterung:				
		Veranschlagt sind:		Tsd. EUR		
		1. Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen		347,2		
		2. Einmalige Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen		0,0		
		3. Rundfunkbeitrag		11,5		
		4. Sonstiges		0,0		
		zus.		358,7		
		Übertragen nach Kap. 1209 Tit. 517 01		3,0 Tsd. EUR.		
514 69	042	Verbrauchsmittel	157,3 222,8 229,9		a) b) c)	157,3
518 69	042	Maschinen- und Gerätemieten	81,0 73,3 55,6		a) b) c)	81,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind Mieten insbesondere für informationstechnische Geräte wie Kopierer u. dgl.				
525 69	042	Aus- und Fortbildung	6,4 8,9 7,9		a) b) c)	6,4
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Schulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (IuK-Lehrgänge und -Seminare) einschließlich Reisekosten.				

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0338 Polizeipräsidium Karlsruhe

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
534 69	042	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		0,4 15,8 22,9	a) b) c)	0,4
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Programmierarbeiten, Systemberatung u. dgl. durch Dritte.						
546 69	042	Vermischte Verwaltungsausgaben		0,9 9,2 1,6	a) b) c)	0,9
Summe Titelgruppe 69				826,8	a)	704,1
Gesamtausgaben				7.562,2	a)	8.120,8
Abschluss Kapitel 0338						
Verwaltungseinnahmen				507,3	a)	507,3
Übrige Einnahmen				10,4	a)	10,4
Gesamteinnahmen				517,7	a)	517,7
Personalausgaben				2.711,8	a)	2.766,8
Sächliche Verwaltungsausgaben				4.850,4	a)	5.354,0
Gesamtausgaben				7.562,2	a)	8.120,8
Kapitel 0338 Zuschuss				7.044,5	a)	7.603,1

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0339 Polizeipräsidium Konstanz

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 02	042	Gebühren	247,3 439,6 379,3	a) b) c)	247,3
--------	-----	----------	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind Gebühren nach dem Landesgebührengesetz sowie Gebühren für Amtshandlungen einschließlich Vollstreckungsmaßnahmen des Polizeivollzugsdienstes (z. B. Fehlalarme u. dgl.) mit Ausnahme der Gebühren für die polizeiliche Begleitung von Großraum- und Schwertransporten.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

112 01	042	Geldstrafen und Geldbußen	1,8 3,3 0,0	a) b) c)	1,8
--------	-----	---------------------------	-------------------	----------------	-----

119 49	042	Vermischte Einnahmen	66,6 25,1 5,5	a) b) c)	66,6
--------	-----	----------------------	---------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen sowie sonstige Einnahmen (Verwaltungskostenzuschläge für verkaufte, verlorene oder beschädigte Gegenstände u. dgl.).

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

124 01	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	5,1 0,2 0,2	a) b) c)	5,1
--------	-----	---	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Zwischensumme Verwaltungseinnahmen			320,8	a)	320,8
---	--	--	-------	----	-------

Übrige Einnahmen

232 01	042	Sonstige Erstattung von Ländern	0,0 15,0 0,0	a) b) c)	0,0
--------	-----	---------------------------------	--------------------	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind Erstattungen einsatzbedingter sächlicher und personeller Mehrkosten, die dem Land durch die Unterstützung der Polizei anderer Länder entstanden sind. Erstattungen im Zusammenhang mit der Unterstützung der Bundespolizei werden ebenfalls hier gebucht.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0339 Polizeipräsidium Konstanz

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

232 02	042	Erstattung von Verwaltungskosten		6,6 3,2 0,0	a) b) c)	6,6
--------	-----	----------------------------------	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

282 01	042	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
--------	-----	-----------------------------------	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Vereinnahmt werden ggf. Beiträge und Zuwendungen Dritter für Maßnahmen der Kriminalprävention sowie private Gelder, die der Aufklärung einer Straftat dienen. Hierunter fallen auch Beiträge und Zuwendungen für sonstige Zwecke, sofern deren Annahme im Einzelfall durch das Innenministerium genehmigt wurde.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Zwischensumme Übrige Einnahmen	6,6	a)	6,6
---------------------------------------	-----	----	-----

Gesamteinnahmen	327,4	a)	327,4
------------------------	-------	----	-------

Ausgaben

Die von § 6 Abs. 1 Satz 1 Nummer 4.1 Staatshaushaltsgesetz erfassten Titel der Kap. 0315, 0316, 0317 Titelgruppe 93, 0318 und 0335 bis 0346 sind kapitelübergreifend gegenseitig deckungsfähig.

Zu diesem Deckungskreis zählen ferner die Tit. 453 01 und 459 11 der genannten Kapitel und der Gruppentitel 453 in Kap. 0317 Titelgruppe 93; die Tit. 453 01 und 459 11 der genannten Kapitel sind übertragbar.

Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 111 02, 119 49, 124 01 und 232 02. Sie erhöht sich ferner um Einnahmen bei Tit. 232 01 und 282 01.

Personalausgaben

422 05	042	Mehrarbeitsvergütung und Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten für Beamtinnen und Beamte und dgl.		1.361,6 1.237,0 1.137,6	a) b) c)	1.361,6
--------	-----	--	--	-------------------------------	----------------	---------

Die Tit. 422 05 der Kap. 0315 bis 0318 und 0335 bis 0346 sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgabeermächtigung bei den Mehrarbeitsvergütungen und der Zulage für lageorientierten Dienst erhöht sich um die Erstattungen einsatzbedingter Personalmehrausgaben bei Tit. 232 01.

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Zulage für lageorientierten Dienst	1.236,9
2. Mehrarbeitsvergütung	124,7
zus.	1.361,6

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0339 Polizeipräsidium Konstanz

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR										
427 51	042	Sonstige Beschäftigungsentgelte		1,6 0,1 0,6	a) b) c)	1,6										
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Ausgaben für Urlaubs- und Krankheitsstellvertretungen, Aushilfen (Praktikantinnen und Praktikanten bei der Kriminalpolizei), vorübergehende Beschäftigungen von Ausgebildeten im Anschluss an die Ausbildung zur Ableistung eines Praxisjahres sowie Sonstiges (Hausdienstvergütungen, Vergütungen für Vorträge u. a. einschließlich Reisekosten).</p>																
428 05	042	Zeitzuschläge, Überstundenentgelte und Entgelte für Mehrarbeit für Beschäftigte		72,5 28,3 28,2	a) b) c)	62,5										
<p>Erläuterung:</p> <table> <tr> <td>Veranschlagt sind:</td> <td align="right">Tsd. EUR</td> </tr> <tr> <td>1. Zeitzuschläge</td> <td align="right">51,7</td> </tr> <tr> <td>2. Überstundenentgelte</td> <td align="right">5,8</td> </tr> <tr> <td>3. Entgelte für Mehrarbeit</td> <td align="right">5,0</td> </tr> <tr> <td>zus.</td> <td align="right"><u>62,5</u></td> </tr> </table> <p>Übertragen nach Kap. 0316 Tit. 428 05 Erl.Ziff. 1 10,0 Tsd. EUR.</p>							Veranschlagt sind:	Tsd. EUR	1. Zeitzuschläge	51,7	2. Überstundenentgelte	5,8	3. Entgelte für Mehrarbeit	5,0	zus.	<u>62,5</u>
Veranschlagt sind:	Tsd. EUR															
1. Zeitzuschläge	51,7															
2. Überstundenentgelte	5,8															
3. Entgelte für Mehrarbeit	5,0															
zus.	<u>62,5</u>															
428 06	042	Entgelte der Beschäftigten des Reinigungsdienstes		71,1 55,7 61,9	a) b) c)	67,1										
<p>Erläuterung: Übertragen nach Kap. 1209 Tit. 517 01 4,0 Tsd. EUR.</p>																
428 51	042	Beschäftigungsentgelte für nicht voll beschäftigte Arbeitnehmer/-innen mit weniger als 50 v.H. der durchschnittl. regelmäßigen wöchentl. Arbeitszeit		9,6 0,0 0,0	a) b) c)	9,6										
453 01	042	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.		29,2 28,4 47,4	a) b) c)	29,2										
459 11	042	Abfindungen bei geschlossenem Einsatz und bei Übungen		43,2 11,0 7,5	a) b) c)	11,0										
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind auch Reisekosten.</p> <p>Übertragen nach Kap. 0316 Tit. 459 11 32,2 Tsd. EUR.</p>																
Zwischensumme Personalausgaben				1.588,8	a)	1.542,6										

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0339 Polizeipräsidium Konstanz

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	-------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01	042	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	232,1 179,8 171,5	a) b) c)	383,9
--------	-----	---	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften)	76,8
2. Porto	96,0
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	134,3
4. Unterhaltung und Instandsetzung	57,6
5. Sonstiges	19,2
zus.	383,9

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 14,0 Tsd. EUR.

511 02	042	Geräte und Waffen	64,9 69,8 57,2	a) b) c)	70,9
--------	-----	-------------------	----------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für:

- Unterhaltung und Ergänzung der kriminaltechnischen Geräte, Fotolaborausstattungen u. dgl. sowie der Waffen, waffentechnischen Geräte u. dgl.,
- Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der Geräte für die Verkehrsunfallaufnahme, Schallmessung, Filmvorführung und -aufnahme, Absperrung und Sicherung sowie Fotogeräte, Scheinwerfergeräte, Lichtpausgeräte, Anhaltestäbe, Ferngläser u. dgl.
- Scheibenmaterial u. dgl.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 6,0 Tsd. EUR.

514 01	042	Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl.	1.031,1 1.296,0 1.466,1	a) b) c)	1.271,6
--------	-----	--------------------------------------	-------------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Bestand an Dienstfahrzeugen und selbstfahrenden Arbeitsmaschinen vgl. Erläuterungen bei Kap. 0315 Tit. 514 01.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 84,3 Tsd. EUR.

514 02	042	Dienst- und Schutzkleidung (persönliche Ausrüstungsgegenstände)	131,5 81,9 60,2	a) b) c)	140,6
--------	-----	---	-----------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Beschaffung, Ergänzung und Instandsetzung sowie Reinigung von Dienst-, Sonder- und Schutzkleidung und persönlichen Ausrüstungsgegenständen. Darunter fällt auch die Schutzkleidung nach den Schutzkleiderrichtlinien (SchKIR) sowie Schutzwesten und Körperschutzausstattung. Ferner sind veranschlagt die Kosten für die Ergänzung und Instandsetzung der Bekleidung und Ausrüstung für Angehörige des Freiwilligen Polizeidienstes und für Pfortnerinnen und Pfortner sowie für die Bediensteten in der übrigen Polizeiverwaltung.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 9,1 Tsd. EUR.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0339 Polizeipräsidium Konstanz

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
514 03	042	Verbrauchsmittel		115,2 184,1 233,3	a) b) c)	121,8
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Munition, Arznei- und Verbandsmittel, Hilfsmittel u. dgl. für Sanitätsstellen, Verpflegung u. a. für Personen im polizeilichen Gewahrsam, Venülen und Atemalkoholprüfröhrchen, Fotomaterial, Batterien, Einweggeschirr sowie Chemikalien und Toximeter-Prüfröhrchen u. dgl.</p> <p>Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 6,6 Tsd. EUR.</p>						
514 08	042	Haltung von Diensthunden		26,6 52,1 38,4	a) b) c)	26,6
<p>Erläuterung: Durchschnittlicher Bestand an Diensthunden: 23</p>						
517 01	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)		36,7 85,6 56,7	a) b) c)	36,7
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel (Putzmittel, WC-Bedarf u. dgl.) sowie Sonstiges.</p>						
518 01	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume		1,0 0,0 0,0	a) b) c)	1,0
518 02	042	Mieten und Pachten für Maschinen, Fahrzeuge und Geräte		15,9 0,7 -0,8	a) b) c)	15,9
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Miete für mobile Unterkünfte sowie für die Inanspruchnahme von Mietkraftwagen, Geräten u. dgl. durch die Polizei.</p>						
525 21	042	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten		19,7 38,7 32,7	a) b) c)	19,7
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die fachliche (Aus- und) Fortbildung, Gebühren für die Teilnahme an Lehrgängen, Seminaren und Arbeitstagen bei der Deutschen Hochschule der Polizei Münster sowie Kosten für Polizeisport einschließlich der Kosten für die Teilnahme an Sportwettkämpfen der Polizei, die Mitwirkung bei der Austragung von Meisterschaften und die Beschaffung von Sportpreisen.</p>						
526 01	042	Gerichts- und ähnliche Kosten		1,1 5,1 2,2	a) b) c)	1,1

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0339 Polizeipräsidium Konstanz

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
526 11	042	Kosten für Sachverständige		18,1 21,4 21,9	a) b) c)	18,1
527 01	042	Dienstreisen		29,0 42,6 35,7	a) b) c)	21,9
Erläuterung: Reisekosten werden außerdem aus Tit. 427 51, 459 11, 525 21, 546 49 und 525 69 bezahlt. Dienstreisen, die im Rahmen der Aus- und Fortbildung durchgeführt werden, sind bei Tit. 525 21 veranschlagt. Es sind keine Privatfahrzeuge zum Dienstreiseverkehr zugelassen.						
529 01	042	Zur Verfügung der Dienststellenleitung für Aufwand aus dienstl. Veranlassung in besonderen Fällen		0,5 0,5 0,5	a) b) c)	0,5
Erläuterung: Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.						
532 01	042	Umzugs- und Verlegungskosten		4,3 5,1 0,1	a) b) c)	4,3
534 01	042	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		3,4 3,3 4,5	a) b) c)	3,4
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Vergütungen für Hausmeisterleistungen sowie Kosten für die Heranziehung externer Berater u. dgl.						
534 05	042	Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes		6,8 1,1 1,0	a) b) c)	6,8
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten zur Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes und der dazugehörigen Unfallverhütungsvorschrift GUV 0.5. Enthalten sind die Kosten für die sicherheitstechnische und betriebsärztliche Betreuung der Beschäftigten einschließlich der Kosten für arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen.						
537 01	042	Ermittlungskosten		605,6 572,0 490,9	a) b) c)	605,6
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Sachverständige in polizeilichen Ermittlungsverfahren, Blutentnahmen und -untersuchungen, Übersetzer- und Dolmetschertätigkeiten, medizinische Betreuung, Belohnungen und Aufwandsersatz für die Mitwirkung von Privatpersonen bei der Aufklärung und Verhütung strafbarer Handlungen und für die Mithilfe bei polizeilichen Maßnahmen sowie sonstige Ermittlungskosten (z. B. Ausübungen, Zeugenentschädigung, Abschleppkosten).						

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0339 Polizeipräsidium Konstanz

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
543 01	042	Kosten für den freiwilligen Polizeidienst des Landes		56,7 25,1 67,3	a) b) c)	56,7
		Hieraus können auch Polizeifreiwillige, die in Polizeimusik- kapellen mitwirken, bezahlt werden.				
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für den Einsatz von Angehörigen des Freiwilligen Polizeidienstes (Ausgleich für Zeitaufwand und zusätzliche Verpfle- gungskosten u. dgl.) und Sonstiges, darunter auch zinslose Darlehen für Rechts- schutz in Straf- und Bußgeldverfahren, sowie insbesondere Lohn- und Kirchensteuer aus dem Ausgleich für Zeitaufwand.				
544 01	042	Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung		0,8 1,8 2,2	a) b) c)	0,8
		Aufklärungs-, Informationsmaterial und sonstige Werbeträger können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden. Ersätze fließen den Mitteln zu.				
545 02	042	Vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung		2,6 0,1 0,0	a) b) c)	2,6
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Maßnahmen zur wirksamen Umset- zung der vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung, wie Untersuchungen der Krimina- litätsgeschehen und polizeilicher Bekämpfungsmaßnahmen, Sensibilisierung der Bevölkerung durch Veranstaltungen und Ausstellungen, Herausgabe und Versand von Aufklärungsmaterial sowie Bereitstellung geeigneter Geräte, Beschaffung von Geräten u. dgl., insbesondere im Bereich der Rauschgift-, Jugend- und Eigentums- kriminalität.				
546 49	042	Vermischte Verwaltungsausgaben		112,5 131,1 70,8	a) b) c)	112,5
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Unfallrenten usw. und Entschädi- gungen an Dritte (in besonderen Fällen auch aus Billigkeitsgründen), Bekannt- machungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, das Abschleppen sichergestellter und beschlagnahmter Fahrzeuge sowie für sonstige vermischte Ausgaben wie z. B. Verlustentschädigungen, Schadensersatzleistungen anlässlich von Kfz-Unfällen, Zuwendungen an Polizeichöre und -musikvereine im Land, Reisekosten und Seminarergebühren für Personalrätinnen und Personalräte, Vorstellungsreisen, Aufwand anlässlich der Einladung ausländischer Gäste (insbe- sondere für die Verpflegung ausländischer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamter), Beseitigung von Straßenverunreinigungen u. dgl.				
547 01	729	Allgemeine Maßnahmen zur Hebung der Verkehrssicherheit und zur Bekämpfung von Unfällen im Straßenverkehr		2,3 -0,8 1,6	a) b) c)	2,3
		Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abge- geben werden.				
		Erläuterung: Fortführung von Verkehrssicherheitskampagnen der Polizei.				
Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben				2.518,4	a)	2.925,3

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0339 Polizeipräsidium Konstanz

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
			Tsd. EUR			

Titelgruppen

69		Aufwand für Informationstechnik				
		Ersätze fließen den Mitteln zu.				
511 69A	042	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	138,4 109,6 137,2		a) b) c)	65,1
		Erläuterung:				
		Veranschlagt sind:	Tsd. EUR			
		1. Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	52,1			
		2. Unterhaltung und Instandsetzung	13,0			
		zus.	65,1			
511 69B	042	Fernmeldegebühren u. dgl.	228,6 311,8 324,7		a) b) c)	227,0
		Erläuterung:				
		Veranschlagt sind:	Tsd. EUR			
		1. Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	204,1			
		2. Einmalige Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	0,0			
		3. Rundfunkbeitrag	22,9			
		4. Sonstiges	0,0			
		zus.	227,0			
		Übertragen nach Kap. 1209 Tit. 517 01	1,6 Tsd. EUR.			
514 69	042	Verbrauchsmittel	99,4 94,1 108,3		a) b) c)	99,4
518 69	042	Maschinen- und Gerätemieten	51,2 86,4 66,8		a) b) c)	51,2
		Erläuterung: Veranschlagt sind Mieten insbesondere für informationstechnische Geräte wie Kopierer u. dgl.				
525 69	042	Aus- und Fortbildung	4,1 0,9 1,3		a) b) c)	4,1
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Schulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (IuK-Lehrgänge und -Seminare) einschließlich Reisekosten.				

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0339 Polizeipräsidium Konstanz

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
534 69	042	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		0,3 13,0 4,0	a) b) c)	0,3
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Programmierarbeiten, Systemberatung u. dgl. durch Dritte.						
546 69	042	Vermischte Verwaltungsausgaben		0,6 0,0 0,0	a) b) c)	0,6
Summe Titelgruppe 69				522,6	a)	447,7
Gesamtausgaben				4.629,8	a)	4.915,6
Abschluss Kapitel 0339						
Verwaltungseinnahmen				320,8	a)	320,8
Übrige Einnahmen				6,6	a)	6,6
Gesamteinnahmen				327,4	a)	327,4
Personalausgaben				1.588,8	a)	1.542,6
Sächliche Verwaltungsausgaben				3.041,0	a)	3.373,0
Gesamtausgaben				4.629,8	a)	4.915,6
Kapitel 0339 Zuschuss				4.302,4	a)	4.588,2

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0340 Polizeipräsidium Ludwigsburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 02	042	Gebühren	248,7 431,2 354,4	a) b) c)	248,7
--------	-----	----------	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind Gebühren nach dem Landesgebührengesetz sowie Gebühren für Amtshandlungen einschließlich Vollstreckungsmaßnahmen des Polizeivollzugsdienstes (z. B. Fehlalarme u. dgl.) mit Ausnahme der Gebühren für die polizeiliche Begleitung von Großraum- und Schwertransporten.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

112 01	042	Geldstrafen und Geldbußen	1,8 0,5 1,3	a) b) c)	1,8
--------	-----	---------------------------	-------------------	----------------	-----

119 49	042	Vermischte Einnahmen	67,0 40,5 22,8	a) b) c)	67,0
--------	-----	----------------------	----------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen sowie sonstige Einnahmen (Verwaltungskostenzuschläge für verkaufte, verlorene oder beschädigte Gegenstände u. dgl.).

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

124 01	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	5,1 0,0 0,0	a) b) c)	5,1
--------	-----	---	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Zwischensumme Verwaltungseinnahmen			322,6	a)	322,6
---	--	--	-------	----	-------

Übrige Einnahmen

232 01	042	Sonstige Erstattung von Ländern	0,0 5,4 0,0	a) b) c)	0,0
--------	-----	---------------------------------	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind Erstattungen einsatzbedingter sächlicher und personeller Mehrkosten, die dem Land durch die Unterstützung der Polizei anderer Länder entstanden sind. Erstattungen im Zusammenhang mit der Unterstützung der Bundespolizei werden ebenfalls hier gebucht.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0340 Polizeipräsidium Ludwigsburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

232 02	042	Erstattung von Verwaltungskosten	6,6		a)	6,6
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

282 01	042	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	0,0		a)	0,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Vereinnahmt werden ggf. Beiträge und Zuwendungen Dritter für Maßnahmen der Kriminalprävention sowie private Gelder, die der Aufklärung einer Straftat dienen. Hierunter fallen auch Beiträge und Zuwendungen für sonstige Zwecke, sofern deren Annahme im Einzelfall durch das Innenministerium genehmigt wurde.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Zwischensumme Übrige Einnahmen	6,6	a)	6,6
---------------------------------------	-----	----	-----

Gesamteinnahmen	329,2	a)	329,2
------------------------	-------	----	-------

Ausgaben

Die von § 6 Abs. 1 Satz 1 Nummer 4.1 Staatshaushaltsgesetz erfassten Titel der Kap. 0315, 0316, 0317 Titelgruppe 93, 0318 und 0335 bis 0346 sind kapitelübergreifend gegenseitig deckungsfähig.

Zu diesem Deckungskreis zählen ferner die Tit. 453 01 und 459 11 der genannten Kapitel und der Gruppentitel 453 in Kap. 0317 Titelgruppe 93; die Tit. 453 01 und 459 11 der genannten Kapitel sind übertragbar.

Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 111 02, 119 49, 124 01 und 232 02. Sie erhöht sich ferner um Einnahmen bei Tit. 232 01 und 282 01.

Personalausgaben

422 05	042	Mehrarbeitsvergütung und Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten für Beamtinnen und Beamte und dgl.	1.370,1		a)	1.370,1
			1.277,5		b)	
			1.141,6		c)	

Die Tit. 422 05 der Kap. 0315 bis 0318 und 0335 bis 0346 sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgabeermächtigung bei den Mehrarbeitsvergütungen und der Zulage für lageorientierten Dienst erhöht sich um die Erstattungen einsatzbedingter Personalmehrausgaben bei Tit. 232 01.

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Zulage für lageorientierten Dienst	1.244,6
2. Mehrarbeitsvergütung	125,5
zus.	1.370,1

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0340 Polizeipräsidium Ludwigsburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR								
427 51	042	Sonstige Beschäftigungsentgelte		1,6 0,0 0,7	a) b) c)	1,6								
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Ausgaben für Urlaubs- und Krankheitsstellvertretungen, Aushilfen (Praktikantinnen und Praktikanten bei der Kriminalpolizei), vorübergehende Beschäftigungen von Ausgebildeten im Anschluss an die Ausbildung zur Ableistung eines Praxisjahres sowie Sonstiges (Hausdienstvergütungen, Vergütungen für Vorträge u. a. einschließlich Reisekosten).</p>														
428 05	042	Zeitzuschläge, Überstundenentgelte und Entgelte für Mehrarbeit für Beschäftigte		73,4 43,2 45,7	a) b) c)	68,4								
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind: Tsd. EUR</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 5%;">1. Zeitzuschläge</td> <td style="text-align: right;">57,4</td> </tr> <tr> <td>2. Überstundenentgelte</td> <td style="text-align: right;">5,9</td> </tr> <tr> <td>3. Entgelte für Mehrarbeit</td> <td style="text-align: right;">5,1</td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">zus.</td> <td style="text-align: right; border-top: 1px solid black;">68,4</td> </tr> </table> <p>Übertragen nach Kap. 0316 Tit. 428 05 Erl.Ziff. 1 5,0 Tsd. EUR.</p>							1. Zeitzuschläge	57,4	2. Überstundenentgelte	5,9	3. Entgelte für Mehrarbeit	5,1	zus.	68,4
1. Zeitzuschläge	57,4													
2. Überstundenentgelte	5,9													
3. Entgelte für Mehrarbeit	5,1													
zus.	68,4													
428 06	042	Entgelte der Beschäftigten des Reinigungsdienstes		12,0 0,0 0,0	a) b) c)	12,0								
428 51	042	Beschäftigungsentgelte für nicht voll beschäftigte Arbeitnehmer/-innen mit weniger als 50 v.H. der durchschnittl. regelmäßigen wöchentl. Arbeitszeit		9,6 0,0 0,0	a) b) c)	9,6								
453 01	042	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.		29,4 25,1 23,6	a) b) c)	29,4								
459 11	042	Abfindungen bei geschlossenem Einsatz und bei Übungen		43,4 17,0 3,2	a) b) c)	12,0								
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind auch Reisekosten. Übertragen nach Kap. 0316 Tit. 459 11 31,4 Tsd. EUR.</p>														
Zwischensumme Personalausgaben				1.539,5	a)	1.503,1								

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0340 Polizeipräsidium Ludwigsburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01	042	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	257,1 140,0 313,2	a) b) c)	405,5
--------	-----	---	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften)	81,1
2. Porto	101,4
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	141,9
4. Unterhaltung und Instandsetzung	60,8
5. Sonstiges	20,3
zus.	405,5

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 14,1 Tsd. EUR.

511 02	042	Geräte und Waffen	65,1 81,2 96,1	a) b) c)	71,1
--------	-----	-------------------	----------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für:

- Unterhaltung und Ergänzung der kriminaltechnischen Geräte, Fotolaborausstattungen u. dgl. sowie der Waffen, waffentechnischen Geräte u. dgl.,
- Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der Geräte für die Verkehrsunfallaufnahme, Schallmessung, Filmvorführung und -aufnahme, Absperrung und Sicherung sowie Fotogeräte, Scheinwerfergeräte, Lichtpausgeräte, Anhaltestäbe, Ferngläser u. dgl.
- Scheibenmaterial u. dgl.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 6,0 Tsd. EUR.

514 01	042	Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl.	1.043,8 1.375,7 1.416,0	a) b) c)	1.286,0
--------	-----	--------------------------------------	-------------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Bestand an Dienstfahrzeugen und selbstfahrenden Arbeitsmaschinen vgl. Erläuterungen bei Kap. 0315 Tit. 514 01.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 84,9 Tsd. EUR.

514 02	042	Dienst- und Schutzkleidung (persönliche Ausrüstungsgegenstände)	132,1 104,6 139,9	a) b) c)	141,2
--------	-----	---	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Beschaffung, Ergänzung und Instandsetzung sowie Reinigung von Dienst-, Sonder- und Schutzkleidung und persönlichen Ausrüstungsgegenständen. Darunter fällt auch die Schutzkleidung nach den Schutzkleiderrichtlinien (SchKIR) sowie Schutzwesten und Körperschutz-ausstattung. Ferner sind veranschlagt die Kosten für die Ergänzung und Instandsetzung der Bekleidung und Ausrüstung für Angehörige des Freiwilligen Polizeidienstes und für Pförtnerinnen und Pförtner sowie für die Bediensteten in der übrigen Polizeiverwaltung.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 9,1 Tsd. EUR.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0340 Polizeipräsidium Ludwigsburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
514 03	042	Verbrauchsmittel	115,8 123,4 154,6		a) b) c)	122,5
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Munition, Arznei- und Verbandsmittel, Hilfsmittel u. dgl. für Sanitätsstellen, Verpflegung u. a. für Personen im polizeilichen Gewahrsam, Venülen und Atemalkoholprüfröhrchen, Fotomaterial, Batterien, Einweggeschirr sowie Chemikalien und Toximeter-Prüfröhrchen u. dgl.</p> <p>Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 6,7 Tsd. EUR.</p>						
514 08	042	Haltung von Diensthunden	35,8 54,7 45,0		a) b) c)	35,8
<p>Erläuterung: Durchschnittlicher Bestand an Diensthunden: 31</p>						
517 01	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)	36,9 55,1 66,1		a) b) c)	36,9
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel (Putzmittel, WC-Bedarf u. dgl.) sowie Sonstiges.</p>						
518 01	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	1,0 0,2 0,3		a) b) c)	1,0
518 02	042	Mieten und Pachten für Maschinen, Fahrzeuge und Geräte	15,9 0,5 0,1		a) b) c)	15,9
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Miete für mobile Unterkünfte sowie für die Inanspruchnahme von Mietkraftwagen, Geräten u. dgl. durch die Polizei.</p>						
525 21	042	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten	19,8 35,8 31,6		a) b) c)	19,8
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die fachliche (Aus- und) Fortbildung, Gebühren für die Teilnahme an Lehrgängen, Seminaren und Arbeitstagen bei der Deutschen Hochschule der Polizei Münster sowie Kosten für Polizeisport einschließlich der Kosten für die Teilnahme an Sportwettkämpfen der Polizei, die Mitwirkung bei der Austragung von Meisterschaften und die Beschaffung von Sportpreisen.</p>						
526 01	042	Gerichts- und ähnliche Kosten	1,1 9,8 2,4		a) b) c)	1,1

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0340 Polizeipräsidium Ludwigsburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
				Tsd. EUR		
526 11	042	Kosten für Sachverständige		18,2 11,4 15,1	a) b) c)	18,2
527 01	042	Dienstreisen		29,2 11,7 28,8	a) b) c)	22,1
Erläuterung: Reisekosten werden außerdem aus Tit. 427 51, 459 11, 525 21, 546 49 und 525 69 bezahlt. Dienstreisen, die im Rahmen der Aus- und Fortbildung durchgeführt werden, sind bei Tit. 525 21 veranschlagt.						
		Zugelassene Fahrzeuge	2016	2017		
		Pkw	0	1		
529 01	042	Zur Verfügung der Dienststellenleitung für Aufwand aus dienstl. Veranlassung in besonderen Fällen		0,5 0,5 0,5	a) b) c)	0,5
Erläuterung: Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.						
532 01	042	Umzugs- und Verlegungskosten		4,3 1,5 2,4	a) b) c)	4,3
534 01	042	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		3,4 4,0 7,4	a) b) c)	3,4
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Vergütungen für Hausmeisterleistungen sowie Kosten für die Heranziehung externer Berater u. dgl.						
534 05	042	Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes		6,9 5,8 9,3	a) b) c)	6,9
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten zur Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes und der dazugehörigen Unfallverhütungsvorschrift GUV 0.5. Enthalten sind die Kosten für die sicherheitstechnische und betriebsärztliche Betreuung der Beschäftigten einschließlich der Kosten für arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen.						
537 01	042	Ermittlungskosten		608,5 559,5 535,7	a) b) c)	608,5
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Sachverständige in polizeilichen Ermittlungsverfahren, Blutentnahmen und -untersuchungen, Übersetzer- und Dolmetschertätigkeiten, medizinische Betreuung, Belohnungen und Aufwandsersatz für die Mitwirkung von Privatpersonen bei der Aufklärung und Verhütung strafbarer Handlungen und für die Mithilfe bei polizeilichen Maßnahmen sowie sonstige Ermittlungskosten (z. B. Auslobungen, Zeugenentschädigung, Abschleppkosten).						

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0340 Polizeipräsidium Ludwigsburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
543 01	042	Kosten für den freiwilligen Polizeidienst des Landes		18,3 11,0 13,8	a) b) c)	18,3
		Hieraus können auch Polizeifreiwillige, die in Polizeimusik- kapellen mitwirken, bezahlt werden.				
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für den Einsatz von Angehörigen des Freiwilligen Polizeidienstes (Ausgleich für Zeitaufwand und zusätzliche Verpfle- gungskosten u. dgl.) und Sonstiges, darunter auch zinslose Darlehen für Rechts- schutz in Straf- und Bußgeldverfahren, sowie insbesondere Lohn- und Kirchensteuer aus dem Ausgleich für Zeitaufwand.				
544 01	042	Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung		0,8 0,8 1,4	a) b) c)	0,8
		Aufklärungs-, Informationsmaterial und sonstige Werbeträger können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden. Ersätze fließen den Mitteln zu.				
545 02	042	Vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung		2,6 1,6 2,7	a) b) c)	2,6
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Maßnahmen zur wirksamen Umset- zung der vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung, wie Untersuchungen der Krimina- litätsgeschehen und polizeilicher Bekämpfungsmaßnahmen, Sensibilisierung der Bevölkerung durch Veranstaltungen und Ausstellungen, Herausgabe und Versand von Aufklärungsmaterial sowie Bereitstellung geeigneter Geräte, Beschaffung von Geräten u. dgl., insbesondere im Bereich der Rauschgift-, Jugend- und Eigentums- kriminalität.				
546 49	042	Vermischte Verwaltungsausgaben		113,0 169,1 78,7	a) b) c)	113,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Unfallrenten usw. und Entschädi- gungen an Dritte (in besonderen Fällen auch aus Billigkeitsgründen), Bekannt- machungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, das Abschleppen sichergestellter und beschlagnahmter Fahrzeuge sowie für sonstige vermischte Ausgaben wie z. B. Verlustentschädigungen, Schadensersatzleistungen anlässlich von Kfz-Unfällen, Zuwendungen an Polizeichöre und -musikvereine im Land, Reisekosten und Seminargebühren für Personalrätinnen und Personalräte, Vorstellungreisen, Aufwand anlässlich der Einladung ausländischer Gäste (insbe- sondere für die Verpflegung ausländischer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamter), Beseitigung von Straßenverunreinigungen u. dgl.				
547 01	729	Allgemeine Maßnahmen zur Hebung der Verkehrssicherheit und zur Bekämpfung von Unfällen im Straßenverkehr		2,3 0,6 1,5	a) b) c)	2,3
		Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abge- geben werden.				
		Erläuterung: Fortführung von Verkehrssicherheitskampagnen der Polizei.				
Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben				2.532,4	a)	2.937,7

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0340 Polizeipräsidium Ludwigsburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Titelgruppen

69		Aufwand für Informationstechnik				
		Ersätze fließen den Mitteln zu.				
511 69A	042	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	139,1 71,9 163,1		a) b) c)	66,3
		Erläuterung:				
		Veranschlagt sind:	Tsd. EUR			
		1. Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	53,0			
		2. Unterhaltung und Instandsetzung	13,3			
		zus.	66,3			
511 69B	042	Fernmeldegebühren u. dgl.	229,7 246,3 238,7		a) b) c)	229,2
		Erläuterung:				
		Veranschlagt sind:	Tsd. EUR			
		1. Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	209,7			
		2. Einmalige Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	3,0			
		3. Rundfunkbeitrag	1,5			
		4. Sonstiges (Raumsicherungs-/Notrufanlagen, sonstige Telekommunikation)	15,0			
		zus.	229,2			
		Übertragen nach Kap. 1209 Tit. 517 01		0,5 Tsd. EUR.		
514 69	042	Verbrauchsmittel	99,9 63,9 95,2		a) b) c)	99,9
518 69	042	Maschinen- und Gerätemieten	51,4 155,3 101,8		a) b) c)	51,4
		Erläuterung: Veranschlagt sind Mieten insbesondere für informationstechnische Geräte wie Kopierer u. dgl.				
525 69	042	Aus- und Fortbildung	4,1 0,0 2,5		a) b) c)	4,1
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Schulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (IuK-Lehrgänge und -Seminare) einschließlich Reisekosten.				

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0340 Polizeipräsidium Ludwigsburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
534 69	042	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		0,3 23,8 28,1	a) b) c)	0,3
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Programmierarbeiten, Systemberatung u. dgl. durch Dritte.						
546 69	042	Vermischte Verwaltungsausgaben		0,6 0,0 0,0	a) b) c)	0,6
Summe Titelgruppe 69				525,1	a)	451,8
Gesamtausgaben				4.597,0	a)	4.892,6
Abschluss Kapitel 0340						
Verwaltungseinnahmen				322,6	a)	322,6
Übrige Einnahmen				6,6	a)	6,6
Gesamteinnahmen				329,2	a)	329,2
Personalausgaben				1.539,5	a)	1.503,1
Sächliche Verwaltungsausgaben				3.057,5	a)	3.389,5
Gesamtausgaben				4.597,0	a)	4.892,6
Kapitel 0340 Zuschuss				4.267,8	a)	4.563,4

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0341 Polizeipräsidium Mannheim

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 02	042	Gebühren	382,7 661,8 619,8	a) b) c)	382,7
--------	-----	----------	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind Gebühren nach dem Landesgebührengesetz sowie Gebühren für Amtshandlungen einschließlich Vollstreckungsmaßnahmen des Polizeivollzugsdienstes (z. B. Fehlalarme u. dgl.) mit Ausnahme der Gebühren für die polizeiliche Begleitung von Großraum- und Schwertransporten.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

112 01	042	Geldstrafen und Geldbußen	2,8 0,3 0,8	a) b) c)	2,8
--------	-----	---------------------------	-------------------	----------------	-----

119 49	042	Vermischte Einnahmen	103,0 121,9 92,5	a) b) c)	103,0
--------	-----	----------------------	------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen sowie sonstige Einnahmen (Verwaltungskostenzuschläge für verkaufte, verlorene oder beschädigte Gegenstände u. dgl.).

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

124 01	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	7,9 0,0 0,0	a) b) c)	7,9
--------	-----	---	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Zwischensumme Verwaltungseinnahmen			496,4	a)	496,4
---	--	--	-------	----	-------

Übrige Einnahmen

232 01	042	Sonstige Erstattung von Ländern	0,0 21,3 0,0	a) b) c)	0,0
--------	-----	---------------------------------	--------------------	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind Erstattungen einsatzbedingter sächlicher und personeller Mehrkosten, die dem Land durch die Unterstützung der Polizei anderer Länder entstanden sind. Erstattungen im Zusammenhang mit der Unterstützung der Bundespolizei werden ebenfalls hier gebucht.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0341 Polizeipräsidium Mannheim

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

232 02	042	Erstattung von Verwaltungskosten		10,2	a)	10,2
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

282 01	042	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland		0,0	a)	0,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Vereinnahmt werden ggf. Beiträge und Zuwendungen Dritter für Maßnahmen der Kriminalprävention sowie private Gelder, die der Aufklärung einer Straftat dienen. Hierunter fallen auch Beiträge und Zuwendungen für sonstige Zwecke, sofern deren Annahme im Einzelfall durch das Innenministerium genehmigt wurde.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Zwischensumme Übrige Einnahmen	10,2	a)	10,2
---------------------------------------	------	----	------

Gesamteinnahmen	506,6	a)	506,6
------------------------	-------	----	-------

Ausgaben

Die von § 6 Abs. 1 Satz 1 Nummer 4.1 Staatshaushaltsgesetz erfassten Titel der Kap. 0315, 0316, 0317 Titelgruppe 93, 0318 und 0335 bis 0346 sind kapitelübergreifend gegenseitig deckungsfähig.

Zu diesem Deckungskreis zählen ferner die Tit. 453 01 und 459 11 der genannten Kapitel und der Gruppentitel 453 in Kap. 0317 Titelgruppe 93; die Tit. 453 01 und 459 11 der genannten Kapitel sind übertragbar.

Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 111 02, 119 49, 124 01 und 232 02. Sie erhöht sich ferner um Einnahmen bei Tit. 232 01 und 282 01.

Personalausgaben

422 05	042	Mehrarbeitsvergütung und Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten für Beamtinnen und Beamte und dgl.		2.160,7	a)	2.160,7
				1.920,6	b)	
				1.763,4	c)	

Die Tit. 422 05 der Kap. 0315 bis 0318 und 0335 bis 0346 sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgabeermächtigung bei den Mehrarbeitsvergütungen und der Zulage für lageorientierten Dienst erhöht sich um die Erstattungen einsatzbedingter Personalmehrausgaben bei Tit. 232 01.

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Zulage für lageorientierten Dienst	1.967,4
2. Mehrarbeitsvergütung	193,3
zus.	2.160,7

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0341 Polizeipräsidium Mannheim

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR								
427 51	042	Sonstige Beschäftigungsentgelte		2,4 0,0 0,0	a) b) c)	2,4								
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Ausgaben für Urlaubs- und Krankheitsstellvertretungen, Aushilfen (Praktikantinnen und Praktikanten bei der Kriminalpolizei), vorübergehende Beschäftigungen von Ausgebildeten im Anschluss an die Ausbildung zur Ableistung eines Praxisjahres sowie Sonstiges (Hausdienstvergütungen, Vergütungen für Vorträge u. a. einschließlich Reisekosten).</p>														
428 05	042	Zeitzuschläge, Überstundenentgelte und Entgelte für Mehrarbeit für Beschäftigte		113,5 62,1 59,4	a) b) c)	88,5								
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind: Tsd. EUR</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 5%;">1. Zeitzuschläge</td> <td style="text-align: right;">70,2</td> </tr> <tr> <td>2. Überstundenentgelte</td> <td style="text-align: right;">9,0</td> </tr> <tr> <td>3. Entgelte für Mehrarbeit</td> <td style="text-align: right;">9,3</td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">zus.</td> <td style="text-align: right; border-top: 1px solid black;">88,5</td> </tr> </table>							1. Zeitzuschläge	70,2	2. Überstundenentgelte	9,0	3. Entgelte für Mehrarbeit	9,3	zus.	88,5
1. Zeitzuschläge	70,2													
2. Überstundenentgelte	9,0													
3. Entgelte für Mehrarbeit	9,3													
zus.	88,5													
<p>Übertragen nach Kap. 0316 Tit. 428 05 Erl.Ziff. 1 25,0 Tsd. EUR.</p>														
428 06	042	Entgelte der Beschäftigten des Reinigungsdienstes		251,3 221,0 212,8	a) b) c)	251,3								
428 51	042	Beschäftigungsentgelte für nicht voll beschäftigte Arbeitnehmer/-innen mit weniger als 50 v.H. der durchschnittl. regelmäßigen wöchentl. Arbeitszeit		14,8 0,0 0,0	a) b) c)	14,8								
453 01	042	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.		45,2 20,4 14,4	a) b) c)	45,2								
459 11	042	Abfindungen bei geschlossenem Einsatz und bei Übungen		66,8 41,7 53,8	a) b) c)	50,5								
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind auch Reisekosten.</p> <p>Übertragen nach Kap. 0316 Tit. 459 11 16,3 Tsd. EUR.</p>														
Zwischensumme Personalausgaben				2.654,7	a)	2.613,4								

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0341 Polizeipräsidium Mannheim

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01	042	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	357,2 259,8 504,9	a) b) c)	577,1
--------	-----	---	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften)	115,4
2. Porto	144,3
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	202,0
4. Unterhaltung und Instandsetzung	86,6
5. Sonstiges	28,8
zus.	577,1

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 21,6 Tsd. EUR.

511 02	042	Geräte und Waffen	100,3 144,5 90,1	a) b) c)	109,6
--------	-----	-------------------	------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für:

- Unterhaltung und Ergänzung der kriminaltechnischen Geräte, Fotolaborausstattungen u. dgl. sowie der Waffen, waffentechnischen Geräte u. dgl.,
- Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der Geräte für die Verkehrsunfallaufnahme, Schallmessung, Filmvorführung und -aufnahme, Absperrung und Sicherung sowie Fotogeräte, Scheinwerfergeräte, Lichtpausgeräte, Anhaltestäbe, Ferngläser u. dgl.
- Scheibenmaterial u. dgl.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 9,3 Tsd. EUR.

514 01	042	Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl.	1.604,3 1.682,3 1.897,2	a) b) c)	1.976,8
--------	-----	--------------------------------------	-------------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Bestand an Dienstfahrzeugen und selbstfahrenden Arbeitsmaschinen vgl. Erläuterungen bei Kap. 0315 Tit. 514 01.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 130,6 Tsd. EUR.

514 02	042	Dienst- und Schutzkleidung (persönliche Ausrüstungsgegenstände)	203,5 142,0 148,0	a) b) c)	217,6
--------	-----	---	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Beschaffung, Ergänzung und Instandsetzung sowie Reinigung von Dienst-, Sonder- und Schutzkleidung und persönlichen Ausrüstungsgegenständen. Darunter fällt auch die Schutzkleidung nach den Schutzkleiderrichtlinien (SchKIR) sowie Schutzwesten und Körperschutzausstattung. Ferner sind veranschlagt die Kosten für die Ergänzung und Instandsetzung der Bekleidung und Ausrüstung für Angehörige des Freiwilligen Polizeidienstes und für Pförtnerinnen und Pförtner sowie für die Bediensteten in der übrigen Polizeiverwaltung.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 14,1 Tsd. EUR.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0341 Polizeipräsidium Mannheim

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
			Tsd. EUR			
514 03	042	Verbrauchsmittel	178,2		a)	188,5
			174,2		b)	
			291,6		c)	
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Munition, Arznei- und Verbandsmittel, Hilfsmittel u. dgl. für Sanitätsstellen, Verpflegung u. a. für Personen im polizeilichen Gewahrsam, Venülen und Atemalkoholprüfröhrchen, Fotomaterial, Batterien, Einweggeschirr sowie Chemikalien und Toximeter-Prüfröhrchen u. dgl.</p> <p>Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 10,3 Tsd. EUR.</p>						
514 08	042	Haltung von Dienststunden	47,3		a)	47,3
			59,7		b)	
			63,1		c)	
<p>Erläuterung: Durchschnittlicher Bestand an Dienststunden: 41</p>						
517 01	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)	56,8		a)	56,8
			77,0		b)	
			67,4		c)	
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel (Putzmittel, WC-Bedarf u. dgl.) sowie Sonstiges.</p>						
518 01	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	1,5		a)	1,5
			0,7		b)	
			1,1		c)	
518 02	042	Mieten und Pachten für Maschinen, Fahrzeuge und Geräte	24,6		a)	24,6
			0,0		b)	
			0,0		c)	
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Miete für mobile Unterkünfte sowie für die Inanspruchnahme von Mietkraftwagen, Geräten u. dgl. durch die Polizei.</p>						
525 21	042	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten	30,5		a)	30,5
			42,4		b)	
			33,7		c)	
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die fachliche (Aus- und) Fortbildung, Gebühren für die Teilnahme an Lehrgängen, Seminaren und Arbeitstagungen bei der Deutschen Hochschule der Polizei Münster sowie Kosten für Polizeisport einschließlich der Kosten für die Teilnahme an Sportwettkämpfen der Polizei, die Mitwirkung bei der Austragung von Meisterschaften und die Beschaffung von Sportpreisen.</p>						
526 01	042	Gerichts- und ähnliche Kosten	1,6		a)	1,6
			1,5		b)	
			0,8		c)	

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0341 Polizeipräsidium Mannheim

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
526 11	042	Kosten für Sachverständige		28,0 64,3 44,9	a) b) c)	28,0
527 01	042	Dienstreisen		45,0 31,8 22,2	a) b) c)	34,0
Erläuterung: Reisekosten werden außerdem aus Tit. 427 51, 459 11, 525 21, 546 49 und 525 69 bezahlt. Dienstreisen, die im Rahmen der Aus- und Fortbildung durchgeführt werden, sind bei Tit. 525 21 veranschlagt. Es sind keine Privatfahrzeuge zum Dienstreiseverkehr zugelassen.						
529 01	042	Zur Verfügung der Dienststellenleitung für Aufwand aus dienstl. Veranlassung in besonderen Fällen		0,5 0,5 0,1	a) b) c)	0,5
Erläuterung: Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.						
532 01	042	Umzugs- und Verlegungskosten		6,5 2,3 0,2	a) b) c)	6,5
534 01	042	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		5,2 10,8 24,0	a) b) c)	5,2
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Vergütungen für Hausmeisterleistungen sowie Kosten für die Heranziehung externer Berater u. dgl.						
534 05	042	Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes		10,6 6,1 6,1	a) b) c)	10,6
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten zur Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes und der dazugehörigen Unfallverhütungsvorschrift GUV 0.5. Enthalten sind die Kosten für die sicherheitstechnische und betriebsärztliche Betreuung der Beschäftigten einschließlich der Kosten für arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen.						
537 01	042	Ermittlungskosten		936,7 1.482,2 1.144,2	a) b) c)	936,7
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Sachverständige in polizeilichen Ermittlungsverfahren, Blutentnahmen und -untersuchungen, Übersetzer- und Dolmetschertätigkeiten, medizinische Betreuung, Belohnungen und Aufwandsersatz für die Mitwirkung von Privatpersonen bei der Aufklärung und Verhütung strafbarer Handlungen und für die Mithilfe bei polizeilichen Maßnahmen sowie sonstige Ermittlungskosten (z. B. Ausübungen, Zeugenentschädigung, Abschleppkosten).						

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0341 Polizeipräsidium Mannheim

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
543 01	042	Kosten für den freiwilligen Polizeidienst des Landes		76,2 85,5 112,6	a) b) c)	76,2
		Hieraus können auch Polizeifreiwillige, die in Polizeimusik- kapellen mitwirken, bezahlt werden.				
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für den Einsatz von Angehörigen des Freiwilligen Polizeidienstes (Ausgleich für Zeitaufwand und zusätzliche Verpfle- gungskosten u. dgl.) und Sonstiges, darunter auch zinslose Darlehen für Rechts- schutz in Straf- und Bußgeldverfahren, sowie insbesondere Lohn- und Kirchensteuer aus dem Ausgleich für Zeitaufwand.				
544 01	042	Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung		1,3 13,3 8,4	a) b) c)	1,3
		Aufklärungs-, Informationsmaterial und sonstige Werbeträger können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden. Ersätze fließen den Mitteln zu.				
545 02	042	Vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung		4,0 2,9 2,8	a) b) c)	4,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Maßnahmen zur wirksamen Umset- zung der vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung, wie Untersuchungen der Krimina- litätsgeschehen und polizeilicher Bekämpfungsmaßnahmen, Sensibilisierung der Bevölkerung durch Veranstaltungen und Ausstellungen, Herausgabe und Versand von Aufklärungsmaterial sowie Bereitstellung geeigneter Geräte, Beschaffung von Geräten u. dgl., insbesondere im Bereich der Rauschgift-, Jugend- und Eigentums- kriminalität.				
546 49	042	Vermischte Verwaltungsausgaben		173,8 276,7 250,7	a) b) c)	173,8
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Unfallrenten usw. und Entschädi- gungen an Dritte (in besonderen Fällen auch aus Billigkeitsgründen), Bekannt- machungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, das Abschleppen sichergestellter und beschlagnahmter Fahrzeuge sowie für sonstige vermischte Ausgaben wie z. B. Verlustentschädigungen, Schadensersatzleistungen anlässlich von Kfz-Unfällen, Zuwendungen an Polizeichöre und -musikvereine im Land, Reisekosten und Seminarergebühren für Personalrätinnen und Personalräte, Vorstellungsreisen, Aufwand anlässlich der Einladung ausländischer Gäste (insbe- sondere für die Verpflegung ausländischer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamter), Beseitigung von Straßenverunreinigungen u. dgl.				
547 01	729	Allgemeine Maßnahmen zur Hebung der Verkehrssicherheit und zur Bekämpfung von Unfällen im Straßenverkehr		2,3 0,5 2,5	a) b) c)	2,3
		Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abge- geben werden.				
		Erläuterung: Fortführung von Verkehrssicherheitskampagnen der Polizei.				
Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben				3.895,9	a)	4.511,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0341 Polizeipräsidium Mannheim

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Titelgruppen

69		Aufwand für Informationstechnik				
		Ersätze fließen den Mitteln zu.				
511 69A	042	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	214,2 185,8 207,0		a) b) c)	97,7
		Erläuterung:				
		Veranschlagt sind:		Tsd. EUR		
		1. Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		78,2		
		2. Unterhaltung und Instandsetzung		19,5		
		zus.		97,7		
511 69B	042	Fernmeldegebühren u. dgl.	353,6 352,6 403,8		a) b) c)	353,6
		Erläuterung:				
		Veranschlagt sind:		Tsd. EUR		
		1. Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen		175,6		
		2. Einmalige Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen		166,9		
		3. Rundfunkbeitrag		11,1		
		4. Sonstiges		0,0		
		zus.		353,6		
514 69	042	Verbrauchsmittel	153,8 113,4 113,3		a) b) c)	153,8
518 69	042	Maschinen- und Gerätemieten	79,2 67,0 78,1		a) b) c)	79,2
		Erläuterung: Veranschlagt sind Mieten insbesondere für informationstechnische Geräte wie Kopierer u. dgl.				
525 69	042	Aus- und Fortbildung	6,3 6,7 6,8		a) b) c)	6,3

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Schulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (IuK-Lehrgänge und -Seminare) einschließlich Reisekosten.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0341 Polizeipräsidium Mannheim

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
534 69	042	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		0,4 20,7 31,7	a) b) c)	0,4
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Programmierarbeiten, Systemberatung u. dgl. durch Dritte.						
546 69	042	Vermischte Verwaltungsausgaben		0,9 0,0 0,0	a) b) c)	0,9
Summe Titelgruppe 69				808,4	a)	691,9
Gesamtausgaben				7.359,0	a)	7.816,3
Abschluss Kapitel 0341						
Verwaltungseinnahmen				496,4	a)	496,4
Übrige Einnahmen				10,2	a)	10,2
Gesamteinnahmen				506,6	a)	506,6
Personalausgaben				2.654,7	a)	2.613,4
Sächliche Verwaltungsausgaben				4.704,3	a)	5.202,9
Gesamtausgaben				7.359,0	a)	7.816,3
Kapitel 0341 Zuschuss				6.852,4	a)	7.309,7

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0342 Polizeipräsidium Offenburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 02	042	Gebühren	205,3 320,9 327,5	a) b) c)	205,3
--------	-----	----------	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind Gebühren nach dem Landesgebührengesetz sowie Gebühren für Amtshandlungen einschließlich Vollstreckungsmaßnahmen des Polizeivollzugsdienstes (z. B. Fehlalarme u. dgl.) mit Ausnahme der Gebühren für die polizeiliche Begleitung von Großraum- und Schwertransporten.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

112 01	042	Geldstrafen und Geldbußen	1,5 0,2 0,0	a) b) c)	1,5
--------	-----	---------------------------	-------------------	----------------	-----

119 49	042	Vermischte Einnahmen	55,3 61,3 89,6	a) b) c)	55,3
--------	-----	----------------------	----------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen sowie sonstige Einnahmen (Verwaltungskostenzuschläge für verkaufte, verlorene oder beschädigte Gegenstände u. dgl.).

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

124 01	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	4,2 0,0 0,0	a) b) c)	4,2
--------	-----	---	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Zwischensumme Verwaltungseinnahmen			266,3	a)	266,3
---	--	--	-------	----	-------

Übrige Einnahmen

232 01	042	Sonstige Erstattung von Ländern	0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
--------	-----	---------------------------------	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind Erstattungen einsatzbedingter sächlicher und personeller Mehrkosten, die dem Land durch die Unterstützung der Polizei anderer Länder entstanden sind. Erstattungen im Zusammenhang mit der Unterstützung der Bundespolizei werden ebenfalls hier gebucht.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0342 Polizeipräsidium Offenburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

232 02	042	Erstattung von Verwaltungskosten	5,5		a)	5,5
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

282 01	042	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	0,0		a)	0,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Vereinnahmt werden ggf. Beiträge und Zuwendungen Dritter für Maßnahmen der Kriminalprävention sowie private Gelder, die der Aufklärung einer Straftat dienen. Hierunter fallen auch Beiträge und Zuwendungen für sonstige Zwecke, sofern deren Annahme im Einzelfall durch das Innenministerium genehmigt wurde.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Zwischensumme Übrige Einnahmen	5,5	a)	5,5
---------------------------------------	-----	----	-----

Gesamteinnahmen	271,8	a)	271,8
------------------------	-------	----	-------

Ausgaben

Die von § 6 Abs. 1 Satz 1 Nummer 4.1 Staatshaushaltsgesetz erfassten Titel der Kap. 0315, 0316, 0317 Titelgruppe 93, 0318 und 0335 bis 0346 sind kapitelübergreifend gegenseitig deckungsfähig.

Zu diesem Deckungskreis zählen ferner die Tit. 453 01 und 459 11 der genannten Kapitel und der Gruppentitel 453 in Kap. 0317 Titelgruppe 93; die Tit. 453 01 und 459 11 der genannten Kapitel sind übertragbar.

Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 111 02, 119 49, 124 01 und 232 02. Sie erhöht sich ferner um Einnahmen bei Tit. 232 01 und 282 01.

Personalausgaben

422 05	042	Mehrarbeitsvergütung und Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten für Beamtinnen und Beamte und dgl.	1.175,4		a)	1.175,4
			1.049,0		b)	
			970,1		c)	

Die Tit. 422 05 der Kap. 0315 bis 0318 und 0335 bis 0346 sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgabeermächtigung bei den Mehrarbeitsvergütungen und der Zulage für lageorientierten Dienst erhöht sich um die Erstattungen einsatzbedingter Personalmehrausgaben bei Tit. 232 01.

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Zulage für lageorientierten Dienst	1.071,9
2. Mehrarbeitsvergütung	103,5
zus.	1.175,4

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0342 Polizeipräsidium Offenburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR								
427 51	042	Sonstige Beschäftigungsentgelte		1,3 0,0 0,0	a) b) c)	1,3								
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Ausgaben für Urlaubs- und Krankheitsstellvertretungen, Aushilfen (Praktikantinnen und Praktikanten bei der Kriminalpolizei), vorübergehende Beschäftigungen von Ausgebildeten im Anschluss an die Ausbildung zur Ableistung eines Praxisjahres sowie Sonstiges (Hausdienstvergütungen, Vergütungen für Vorträge u. a. einschließlich Reisekosten).</p>														
428 05	042	Zeitzuschläge, Überstundenentgelte und Entgelte für Mehrarbeit für Beschäftigte		60,3 32,2 28,1	a) b) c)	60,3								
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind: Tsd. EUR</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 5%;">1. Zeitzuschläge</td> <td style="text-align: right;">50,9</td> </tr> <tr> <td>2. Überstundenentgelte</td> <td style="text-align: right;">4,8</td> </tr> <tr> <td>3. Entgelte für Mehrarbeit</td> <td style="text-align: right;">4,6</td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">zus.</td> <td style="text-align: right; border-top: 1px solid black;">60,3</td> </tr> </table>							1. Zeitzuschläge	50,9	2. Überstundenentgelte	4,8	3. Entgelte für Mehrarbeit	4,6	zus.	60,3
1. Zeitzuschläge	50,9													
2. Überstundenentgelte	4,8													
3. Entgelte für Mehrarbeit	4,6													
zus.	60,3													
428 06	042	Entgelte der Beschäftigten des Reinigungsdienstes		345,0 332,7 334,6	a) b) c)	340,7								
<p>Erläuterung: Übertragen nach Kap. 1209 Tit. 517 01 4,3 Tsd. EUR.</p>														
428 51	042	Beschäftigungsentgelte für nicht voll beschäftigte Arbeitnehmer/-innen mit weniger als 50 v.H. der durchschnittl. regelmäßigen wöchentl. Arbeitszeit		8,0 47,7 48,5	a) b) c)	8,0								
453 01	042	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.		24,3 11,3 17,8	a) b) c)	24,3								
459 11	042	Abfindungen bei geschlossenem Einsatz und bei Übungen		35,9 2,7 12,1	a) b) c)	9,0								
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind auch Reisekosten. Übertragen nach Kap. 0316 Tit. 459 11 26,9 Tsd. EUR.</p>														
Zwischensumme Personalausgaben				1.650,2	a)	1.619,0								

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0342 Polizeipräsidium Offenburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01	042	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	191,5 144,4 247,0	a) b) c)		316,3
--------	-----	---	-------------------------	----------------	--	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften)	63,3
2. Porto	79,1
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	110,7
4. Unterhaltung und Instandsetzung	47,4
5. Sonstiges	15,8
zus.	316,3

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 11,6 Tsd. EUR.

511 02	042	Geräte und Waffen	53,9 87,8 131,4	a) b) c)		58,9
--------	-----	-------------------	-----------------------	----------------	--	------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für:

- Unterhaltung und Ergänzung der kriminaltechnischen Geräte, Fotolaborausstattungen u. dgl. sowie der Waffen, waffentechnischen Geräte u. dgl.,
- Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der Geräte für die Verkehrsunfallaufnahme, Schallmessung, Filmvorführung und -aufnahme, Absperrung und Sicherung sowie Fotogeräte, Scheinwerfergeräte, Lichtpausgeräte, Anhaltestäbe, Ferngläser u. dgl.
- Scheibenmaterial u. dgl.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 5,0 Tsd. EUR.

514 01	042	Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl.	853,8 980,0 1.031,9	a) b) c)		1.053,4
--------	-----	--------------------------------------	---------------------------	----------------	--	---------

Erläuterung: Bestand an Dienstfahrzeugen und selbstfahrenden Arbeitsmaschinen vgl. Erläuterungen bei Kap. 0315 Tit. 514 01.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 70,0 Tsd. EUR.

514 02	042	Dienst- und Schutzkleidung (persönliche Ausrüstungsgegenstände)	109,2 166,5 126,5	a) b) c)		116,7
--------	-----	---	-------------------------	----------------	--	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Beschaffung, Ergänzung und Instandsetzung sowie Reinigung von Dienst-, Sonder- und Schutzkleidung und persönlichen Ausrüstungsgegenständen. Darunter fällt auch die Schutzkleidung nach den Schutzkleiderrichtlinien (SchKIR) sowie Schutzwesten und Körperschutzausstattung. Ferner sind veranschlagt die Kosten für die Ergänzung und Instandsetzung der Bekleidung und Ausrüstung für Angehörige des Freiwilligen Polizeidienstes und für Pfortnerinnen und Pfortner sowie für die Bediensteten in der übrigen Polizeiverwaltung.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 7,5 Tsd. EUR.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0342 Polizeipräsidium Offenburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
514 03	042	Verbrauchsmittel		95,7 131,3 120,6	a) b) c)	101,2
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Munition, Arznei- und Verbandsmittel, Hilfsmittel u. dgl. für Sanitätsstellen, Verpflegung u. a. für Personen im polizeilichen Gewahrsam, Venülen und Atemalkoholprüfröhrchen, Fotomaterial, Batterien, Einweggeschirr sowie Chemikalien und Toximeter-Prüfröhrchen u. dgl.</p> <p>Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 5,5 Tsd. EUR.</p>						
514 08	042	Haltung von Diensthunden		25,4 36,7 36,0	a) b) c)	25,4
<p>Erläuterung: Durchschnittlicher Bestand an Diensthunden: 22</p>						
517 01	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)		30,5 59,5 79,2	a) b) c)	30,5
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel (Putzmittel, WC-Bedarf u. dgl.) sowie Sonstiges.</p>						
518 01	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume		0,8 1,7 0,2	a) b) c)	0,8
518 02	042	Mieten und Pachten für Maschinen, Fahrzeuge und Geräte		13,1 0,9 0,0	a) b) c)	13,1
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Miete für mobile Unterkünfte sowie für die Inanspruchnahme von Mietkraftwagen, Geräten u. dgl. durch die Polizei.</p>						
525 21	042	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten		16,4 31,7 36,3	a) b) c)	16,4
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die fachliche (Aus- und) Fortbildung, Gebühren für die Teilnahme an Lehrgängen, Seminaren und Arbeitstagen bei der Deutschen Hochschule der Polizei Münster sowie Kosten für Polizeisport einschließlich der Kosten für die Teilnahme an Sportwettkämpfen der Polizei, die Mitwirkung bei der Austragung von Meisterschaften und die Beschaffung von Sportpreisen.</p>						
526 01	042	Gerichts- und ähnliche Kosten		0,9 -1,6 1,6	a) b) c)	0,9

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0342 Polizeipräsidium Offenburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR						
			Tsd. EUR									
526 11	042	Kosten für Sachverständige		15,1	a)	15,1						
				13,4	b)							
				15,0	c)							
527 01	042	Dienstreisen		24,1	a)	18,2						
				32,8	b)							
				38,3	c)							
<p>Erläuterung: Reisekosten werden außerdem aus Tit. 427 51, 459 11, 525 21, 546 49 und 525 69 bezahlt. Dienstreisen, die im Rahmen der Aus- und Fortbildung durchgeführt werden, sind bei Tit. 525 21 veranschlagt.</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="text-align: left;">Zugelassene Fahrzeuge</th> <th style="text-align: center;">2016</th> <th style="text-align: center;">2017</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Pkw</td> <td style="text-align: center;">0</td> <td style="text-align: center;">2</td> </tr> </tbody> </table>							Zugelassene Fahrzeuge	2016	2017	Pkw	0	2
Zugelassene Fahrzeuge	2016	2017										
Pkw	0	2										
529 01	042	Zur Verfügung der Dienststellenleitung für Aufwand aus dienstl. Veranlassung in besonderen Fällen		0,5	a)	0,5						
				0,5	b)							
				0,5	c)							
<p>Erläuterung: Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.</p>												
532 01	042	Umzugs- und Verlegungskosten		3,5	a)	3,5						
				0,0	b)							
				0,7	c)							
534 01	042	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		2,8	a)	2,8						
				17,2	b)							
				13,7	c)							
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Vergütungen für Hausmeisterleistungen sowie Kosten für die Heranziehung externer Berater u. dgl.</p>												
534 05	042	Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes		5,7	a)	5,7						
				5,5	b)							
				0,7	c)							
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten zur Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes und der dazugehörigen Unfallverhütungsvorschrift GUV 0.5. Enthalten sind die Kosten für die sicherheitstechnische und betriebsärztliche Betreuung der Beschäftigten einschließlich der Kosten für arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen.</p>												
537 01	042	Ermittlungskosten		502,5	a)	502,5						
				509,1	b)							
				432,8	c)							

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Sachverständige in polizeilichen Ermittlungsverfahren, Blutentnahmen und -untersuchungen, Übersetzer- und Dolmetschertätigkeiten, medizinische Betreuung, Belohnungen und Aufwandsersatz für die Mitwirkung von Privatpersonen bei der Aufklärung und Verhütung strafbarer Handlungen und für die Mithilfe bei polizeilichen Maßnahmen sowie sonstige Ermittlungskosten (z. B. Auslobungen, Zeugenentschädigung, Abschleppkosten).

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0342 Polizeipräsidium Offenburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
543 01	042	Kosten für den freiwilligen Polizeidienst des Landes	38,2 23,7 22,5		a) b) c)	38,2
		Hieraus können auch Polizeifreiwillige, die in Polizeimusik- kapellen mitwirken, bezahlt werden.				
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für den Einsatz von Angehörigen des Freiwilligen Polizeidienstes (Ausgleich für Zeitaufwand und zusätzliche Verpfle- gungskosten u. dgl.) und Sonstiges, darunter auch zinslose Darlehen für Rechts- schutz in Straf- und Bußgeldverfahren, sowie insbesondere Lohn- und Kirchensteuer aus dem Ausgleich für Zeitaufwand.				
544 01	042	Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung	0,7 7,8 4,2		a) b) c)	0,7
		Aufklärungs-, Informationsmaterial und sonstige Werbeträger können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden. Ersätze fließen den Mitteln zu.				
545 02	042	Vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung	2,2 0,0 1,0		a) b) c)	2,2
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Maßnahmen zur wirksamen Umset- zung der vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung, wie Untersuchungen der Krimina- litätsgeschehen und polizeilicher Bekämpfungsmaßnahmen, Sensibilisierung der Bevölkerung durch Veranstaltungen und Ausstellungen, Herausgabe und Versand von Aufklärungsmaterial sowie Bereitstellung geeigneter Geräte, Beschaffung von Geräten u. dgl., insbesondere im Bereich der Rauschgift-, Jugend- und Eigentums- kriminalität.				
546 49	042	Vermischte Verwaltungsausgaben	93,3 93,5 70,1		a) b) c)	93,3
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Unfallrenten usw. und Entschädi- gungen an Dritte (in besonderen Fällen auch aus Billigkeitsgründen), Bekannt- machungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, das Abschleppen sichergestellter und beschlagnahmter Fahrzeuge sowie für sonstige vermischte Ausgaben wie z. B. Verlustentschädigungen, Schadensersatzleistungen anlässlich von Kfz-Unfällen, Zuwendungen an Polizeichöre und -musikvereine im Land, Reisekosten und Seminargebühren für Personalrätinnen und Personalräte, Vorstellungsreisen, Aufwand anlässlich der Einladung ausländischer Gäste (insbe- sondere für die Verpflegung ausländischer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamter), Beseitigung von Straßenverunreinigungen u. dgl.				
547 01	729	Allgemeine Maßnahmen zur Hebung der Verkehrssicherheit und zur Bekämpfung von Unfällen im Straßenverkehr	2,3 0,0 -1,8		a) b) c)	2,3
		Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abge- geben werden.				
		Erläuterung: Fortführung von Verkehrssicherheitskampagnen der Polizei.				
Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben			2.082,1		a)	2.418,6

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0342 Polizeipräsidium Offenburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
				Tsd. EUR		

Titelgruppen

69		Aufwand für Informationstechnik				
		Ersätze fließen den Mitteln zu.				
511 69A	042	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	114,9 120,7 267,0		a) b) c)	49,0
		Erläuterung:				
		Veranschlagt sind:		Tsd. EUR		
		1. Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		39,2		
		2. Unterhaltung und Instandsetzung		9,8		
		zus.		49,0		
511 69B	042	Fernmeldegebühren u. dgl.	189,7 194,3 216,4		a) b) c)	189,7
		Erläuterung:				
		Veranschlagt sind:		Tsd. EUR		
		1. Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen		118,5		
		2. Einmalige Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen		0,0		
		3. Rundfunkbeitrag		7,6		
		4. Sonstiges (IuK-Wartung, Raumsicherungs-/Notrufanlagen, sonst. Telekommunikation)		63,6		
		zus.		189,7		
514 69	042	Verbrauchsmittel	82,5 102,1 92,2		a) b) c)	82,5
518 69	042	Maschinen- und Gerätemieten	42,4 74,4 67,2		a) b) c)	42,4
		Erläuterung: Veranschlagt sind Mieten insbesondere für informationstechnische Geräte wie Kopierer u. dgl.				
525 69	042	Aus- und Fortbildung	3,4 4,4 2,9		a) b) c)	3,4

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Schulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (IuK-Lehrgänge und -Seminare) einschließlich Reisekosten.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0342 Polizeipräsidium Offenburg

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
534 69	042	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		0,2 6,3 1,4	a) b) c)	0,2
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Programmierarbeiten, Systemberatung u. dgl. durch Dritte.						
546 69	042	Vermischte Verwaltungsausgaben		0,5 0,0 0,1	a) b) c)	0,5
Summe Titelgruppe 69				433,6	a)	367,7
Gesamtausgaben				4.165,9	a)	4.405,3
Abschluss Kapitel 0342						
Verwaltungseinnahmen				266,3	a)	266,3
Übrige Einnahmen				5,5	a)	5,5
Gesamteinnahmen				271,8	a)	271,8
Personalausgaben				1.650,2	a)	1.619,0
Sächliche Verwaltungsausgaben				2.515,7	a)	2.786,3
Gesamtausgaben				4.165,9	a)	4.405,3
Kapitel 0342 Zuschuss				3.894,1	a)	4.133,5

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0343 Polizeipräsidium Reutlingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 02	042	Gebühren	290,0 419,8 359,6	a) b) c)	290,0
--------	-----	----------	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind Gebühren nach dem Landesgebührengesetz sowie Gebühren für Amtshandlungen einschließlich Vollstreckungsmaßnahmen des Polizeivollzugsdienstes (z. B. Fehlalarme u. dgl.) mit Ausnahme der Gebühren für die polizeiliche Begleitung von Großraum- und Schwertransporten.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

112 01	042	Geldstrafen und Geldbußen	2,1 1,5 0,0	a) b) c)	2,1
--------	-----	---------------------------	-------------------	----------------	-----

119 49	042	Vermischte Einnahmen	78,0 63,9 66,1	a) b) c)	78,0
--------	-----	----------------------	----------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen sowie sonstige Einnahmen (Verwaltungskostenzuschläge für verkaufte, verlorene oder beschädigte Gegenstände u. dgl.).

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

124 01	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	5,9 2,9 2,5	a) b) c)	5,9
--------	-----	---	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Zwischensumme Verwaltungseinnahmen			376,0	a)	376,0
---	--	--	-------	----	-------

Übrige Einnahmen

232 01	042	Sonstige Erstattung von Ländern	0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
--------	-----	---------------------------------	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind Erstattungen einsatzbedingter sächlicher und personeller Mehrkosten, die dem Land durch die Unterstützung der Polizei anderer Länder entstanden sind. Erstattungen im Zusammenhang mit der Unterstützung der Bundespolizei werden ebenfalls hier gebucht.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0343 Polizeipräsidium Reutlingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

232 02	042	Erstattung von Verwaltungskosten	7,7		a)	7,7
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

282 01	042	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	0,0		a)	0,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Vereinnahmt werden ggf. Beiträge und Zuwendungen Dritter für Maßnahmen der Kriminalprävention sowie private Gelder, die der Aufklärung einer Straftat dienen. Hierunter fallen auch Beiträge und Zuwendungen für sonstige Zwecke, sofern deren Annahme im Einzelfall durch das Innenministerium genehmigt wurde.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Zwischensumme Übrige Einnahmen	7,7	a)	7,7
---------------------------------------	-----	----	-----

Gesamteinnahmen	383,7	a)	383,7
------------------------	-------	----	-------

Ausgaben

Die von § 6 Abs. 1 Satz 1 Nummer 4.1 Staatshaushaltsgesetz erfassten Titel der Kap. 0315, 0316, 0317 Titelgruppe 93, 0318 und 0335 bis 0346 sind kapitelübergreifend gegenseitig deckungsfähig.

Zu diesem Deckungskreis zählen ferner die Tit. 453 01 und 459 11 der genannten Kapitel und der Gruppentitel 453 in Kap. 0317 Titelgruppe 93; die Tit. 453 01 und 459 11 der genannten Kapitel sind übertragbar.

Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 111 02, 119 49, 124 01 und 232 02. Sie erhöht sich ferner um Einnahmen bei Tit. 232 01 und 282 01.

Personalausgaben

422 05	042	Mehrarbeitsvergütung und Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten für Beamtinnen und Beamte und dgl.	1.584,8		a)	1.584,8
			1.433,6		b)	
			1.311,8		c)	

Die Tit. 422 05 der Kap. 0315 bis 0318 und 0335 bis 0346 sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgabeermächtigung bei den Mehrarbeitsvergütungen und der Zulage für lageorientierten Dienst erhöht sich um die Erstattungen einsatzbedingter Personalmehrausgaben bei Tit. 232 01.

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Zulage für lageorientierten Dienst	1.438,6
2. Mehrarbeitsvergütung	146,2
zus.	1.584,8

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0343 Polizeipräsidium Reutlingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR												
427 51	042	Sonstige Beschäftigungsentgelte		1,8 0,0 0,0	a) b) c)	1,8												
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Ausgaben für Urlaubs- und Krankheitsstellvertretungen, Aushilfen (Praktikantinnen und Praktikanten bei der Kriminalpolizei), vorübergehende Beschäftigungen von Ausgebildeten im Anschluss an die Ausbildung zur Ableistung eines Praxisjahres sowie Sonstiges (Hausdienstvergütungen, Vergütungen für Vorträge u. a. einschließlich Reisekosten).</p>																		
428 05	042	Zeitzuschläge, Überstundenentgelte und Entgelte für Mehrarbeit für Beschäftigte		84,3 46,3 50,0	a) b) c)	84,3												
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind: Tsd. EUR</p> <table style="width:100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width:5%;">1.</td> <td style="width:85%;">Zeitzuschläge</td> <td style="width:10%; text-align:right;">72,4</td> </tr> <tr> <td>2.</td> <td>Überstundenentgelte</td> <td style="text-align:right;">6,9</td> </tr> <tr> <td>3.</td> <td>Entgelte für Mehrarbeit</td> <td style="text-align:right; border-top: 1px solid black;">5,0</td> </tr> <tr> <td></td> <td style="text-align:right;">zus.</td> <td style="text-align:right; border-top: 1px solid black;">84,3</td> </tr> </table>							1.	Zeitzuschläge	72,4	2.	Überstundenentgelte	6,9	3.	Entgelte für Mehrarbeit	5,0		zus.	84,3
1.	Zeitzuschläge	72,4																
2.	Überstundenentgelte	6,9																
3.	Entgelte für Mehrarbeit	5,0																
	zus.	84,3																
428 06	042	Entgelte der Beschäftigten des Reinigungsdienstes		41,0 35,5 36,2	a) b) c)	13,1												
<p>Übertragen nach Kap. 1209 Tit. 517 01 27,9 Tsd. EUR.</p>																		
428 51	042	Beschäftigungsentgelte für nicht voll beschäftigte Arbeitnehmer/-innen mit weniger als 50 v.H. der durchschnittl. regelmäßigen wöchentl. Arbeitszeit		11,3 0,0 0,0	a) b) c)	11,3												
453 01	042	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.		34,3 28,6 41,7	a) b) c)	34,3												
459 11	042	Abfindungen bei geschlossenem Einsatz und bei Übungen		50,7 5,4 4,5	a) b) c)	6,6												
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind auch Reisekosten.</p> <p>Übertragen nach Kap. 0344 Tit. 459 11 40,0 Tsd. EUR. Übertragen nach Kap. 0316 Tit. 459 11 4,1 Tsd. EUR.</p>																		
Zwischensumme Personalausgaben				1.808,2	a)	1.736,2												

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0343 Polizeipräsidium Reutlingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01	042	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	269,2 178,8 291,1	a) b) c)	440,1
--------	-----	---	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften)	88,0
2. Porto	110,0
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	154,1
4. Unterhaltung und Instandsetzung	66,0
5. Sonstiges	22,0
zus.	440,1

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 16,4 Tsd. EUR.

511 02	042	Geräte und Waffen	76,0 134,9 195,7	a) b) c)	83,0
--------	-----	-------------------	------------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für:

- Unterhaltung und Ergänzung der kriminaltechnischen Geräte, Fotolaborausstattungen u. dgl. sowie der Waffen, waffentechnischen Geräte u. dgl.,
- Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der Geräte für die Verkehrsunfallaufnahme, Schallmessung, Filmvorführung und -aufnahme, Absperrung und Sicherung sowie Fotogeräte, Scheinwerfergeräte, Lichtpausgeräte, Anhaltestäbe, Ferngläser u. dgl.
- Scheibenmaterial u. dgl.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 7,0 Tsd. EUR.

514 01	042	Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl.	1.202,6 1.572,3 1.679,7	a) b) c)	1.484,3
--------	-----	--------------------------------------	-------------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Bestand an Dienstfahrzeugen und selbstfahrenden Arbeitsmaschinen vgl. Erläuterungen bei Kap. 0315 Tit. 514 01.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 98,7 Tsd. EUR.

514 02	042	Dienst- und Schutzkleidung (persönliche Ausrüstungsgegenstände)	154,2 81,7 112,8	a) b) c)	164,8
--------	-----	---	------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Beschaffung, Ergänzung und Instandsetzung sowie Reinigung von Dienst-, Sonder- und Schutzkleidung und persönlichen Ausrüstungsgegenständen. Darunter fällt auch die Schutzkleidung nach den Schutzkleiderrichtlinien (SchKIR) sowie Schutzwesten und Körperschutzausstattung. Ferner sind veranschlagt die Kosten für die Ergänzung und Instandsetzung der Bekleidung und Ausrüstung für Angehörige des Freiwilligen Polizeidienstes und für Pfortnerinnen und Pfortner sowie für die Bediensteten in der übrigen Polizeiverwaltung.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 10,6 Tsd. EUR.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0343 Polizeipräsidium Reutlingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
514 03	042	Verbrauchsmittel		135,2 213,4 192,6	a) b) c)	143,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Munition, Arznei- und Verbandsmittel, Hilfsmittel u. dgl. für Sanitätsstellen, Verpflegung u. a. für Personen im polizeilichen Gewahrsam, Venülen und Atemalkoholprüfröhrchen, Fotomaterial, Batterien, Einweggeschirr sowie Chemikalien und Toximeter-Prüfröhrchen u. dgl.</p> <p>Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 7,8 Tsd. EUR.</p>						
514 08	042	Haltung von Diensthunden		50,8 62,3 47,3	a) b) c)	50,8
<p>Erläuterung: Durchschnittlicher Bestand an Diensthunden: 44</p>						
517 01	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)		43,1 61,3 64,3	a) b) c)	43,1
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel (Putzmittel, WC-Bedarf u. dgl.) sowie Sonstiges.</p>						
518 01	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume		1,1 0,1 0,0	a) b) c)	1,1
518 02	042	Mieten und Pachten für Maschinen, Fahrzeuge und Geräte		18,6 0,0 2,4	a) b) c)	18,6
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Miete für mobile Unterkünfte sowie für die Inanspruchnahme von Mietkraftwagen, Geräten u. dgl. durch die Polizei.</p>						
525 21	042	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten		23,1 43,5 34,2	a) b) c)	23,1
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die fachliche (Aus- und) Fortbildung, Gebühren für die Teilnahme an Lehrgängen, Seminaren und Arbeitstagen bei der Deutschen Hochschule der Polizei Münster sowie Kosten für Polizeisport einschließlich der Kosten für die Teilnahme an Sportwettkämpfen der Polizei, die Mitwirkung bei der Austragung von Meisterschaften und die Beschaffung von Sportpreisen.</p>						
526 01	042	Gerichts- und ähnliche Kosten		1,3 0,2 0,5	a) b) c)	1,3

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0343 Polizeipräsidium Reutlingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
			Tsd. EUR			
526 11	042	Kosten für Sachverständige		21,2	a)	21,2
				20,5	b)	
				19,9	c)	
527 01	042	Dienstreisen		34,1	a)	25,7
				13,3	b)	
				12,3	c)	
Erläuterung: Reisekosten werden außerdem aus Tit. 427 51, 459 11, 525 21, 546 49 und 525 69 bezahlt. Dienstreisen, die im Rahmen der Aus- und Fortbildung durchgeführt werden, sind bei Tit. 525 21 veranschlagt. Es sind keine Privatfahrzeuge zum Dienstreiseverkehr zugelassen.						
529 01	042	Zur Verfügung der Dienststellenleitung für Aufwand aus dienstl. Veranlassung in besonderen Fällen		0,5	a)	0,5
				0,5	b)	
				0,5	c)	
Erläuterung: Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.						
532 01	042	Umzugs- und Verlegungskosten		5,0	a)	5,0
				2,3	b)	
				0,1	c)	
534 01	042	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		4,0	a)	4,0
				0,8	b)	
				0,0	c)	
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Vergütungen für Hausmeisterleistungen sowie Kosten für die Heranziehung externer Berater u. dgl.						
534 05	042	Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes		8,0	a)	8,0
				5,1	b)	
				4,6	c)	
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten zur Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes und der dazugehörigen Unfallverhütungsvorschrift GUV 0.5. Enthalten sind die Kosten für die sicherheitstechnische und betriebsärztliche Betreuung der Beschäftigten einschließlich der Kosten für arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen.						
537 01	042	Ermittlungskosten		710,1	a)	710,1
				605,7	b)	
				615,1	c)	
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Sachverständige in polizeilichen Ermittlungsverfahren, Blutentnahmen und -untersuchungen, Übersetzer- und Dolmetschertätigkeiten, medizinische Betreuung, Belohnungen und Aufwandsersatz für die Mitwirkung von Privatpersonen bei der Aufklärung und Verhütung strafbarer Handlungen und für die Mithilfe bei polizeilichen Maßnahmen sowie sonstige Ermittlungskosten (z. B. Ausübungen, Zeugenentschädigung, Abschleppkosten).						

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0343 Polizeipräsidium Reutlingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
543 01	042	Kosten für den freiwilligen Polizeidienst des Landes		58,6 30,7 26,4	a) b) c)	58,6
		Hieraus können auch Polizeifreiwillige, die in Polizeimusik- kapellen mitwirken, bezahlt werden.				
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für den Einsatz von Angehörigen des Freiwilligen Polizeidienstes (Ausgleich für Zeitaufwand und zusätzliche Verpfle- gungskosten u. dgl.) und Sonstiges, darunter auch zinslose Darlehen für Rechts- schutz in Straf- und Bußgeldverfahren, sowie insbesondere Lohn- und Kirchensteuer aus dem Ausgleich für Zeitaufwand.				
544 01	042	Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung		1,0 16,3 6,0	a) b) c)	1,0
		Aufklärungs-, Informationsmaterial und sonstige Werbeträger können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden. Ersätze fließen den Mitteln zu.				
545 02	042	Vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung		3,1 4,1 5,8	a) b) c)	3,1
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Maßnahmen zur wirksamen Umset- zung der vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung, wie Untersuchungen der Krimina- litätsgeschehen und polizeilicher Bekämpfungsmaßnahmen, Sensibilisierung der Bevölkerung durch Veranstaltungen und Ausstellungen, Herausgabe und Versand von Aufklärungsmaterial sowie Bereitstellung geeigneter Geräte, Beschaffung von Geräten u. dgl., insbesondere im Bereich der Rauschgift-, Jugend- und Eigentums- kriminalität.				
546 49	042	Vermischte Verwaltungsausgaben		131,8 113,2 173,8	a) b) c)	131,8
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Unfallrenten usw. und Entschädi- gungen an Dritte (in besonderen Fällen auch aus Billigkeitsgründen), Bekannt- machungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, das Abschleppen sichergestellter und beschlagnahmter Fahrzeuge sowie für sonstige vermischte Ausgaben wie z. B. Verlustentschädigungen, Schadensersatzleistungen anlässlich von Kfz-Unfällen, Zuwendungen an Polizeichöre und -musikvereine im Land, Reisekosten und Seminarergebühren für Personalrätinnen und Personalräte, Vorstellungsreisen, Aufwand anlässlich der Einladung ausländischer Gäste (insbe- sondere für die Verpflegung ausländischer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamter), Beseitigung von Straßenverunreinigungen u. dgl.				
547 01	729	Allgemeine Maßnahmen zur Hebung der Verkehrssicherheit und zur Bekämpfung von Unfällen im Straßenverkehr		2,3 0,6 1,1	a) b) c)	2,3
		Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abge- geben werden.				
		Erläuterung: Fortführung von Verkehrssicherheitskampagnen der Polizei.				
Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben				2.954,9	a)	3.424,5

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0343 Polizeipräsidium Reutlingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Titelgruppen

69		Aufwand für Informationstechnik				
		Ersätze fließen den Mitteln zu.				
511 69A	042	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	162,4 130,4 178,2		a) b) c)	77,2
		Erläuterung:				
		Veranschlagt sind:				Tsd. EUR
		1. Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		61,8		
		2. Unterhaltung und Instandsetzung		15,4		
			zus.	77,2		
511 69B	042	Fernmeldegebühren u. dgl.	268,0 262,7 303,7		a) b) c)	255,1
		Erläuterung:				
		Veranschlagt sind:				Tsd. EUR
		1. Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen		242,6		
		2. Einmalige Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen		0,0		
		3. Rundfunkbeitrag		10,5		
		4. Sonstiges		2,0		
			zus.	255,1		
		Übertragen nach Kap. 1209 Tit. 517 01		12,9		Tsd. EUR.
514 69	042	Verbrauchsmittel	116,6 107,4 91,6		a) b) c)	116,6
518 69	042	Maschinen- und Gerätemieten	60,0 112,0 94,6		a) b) c)	60,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind Mieten insbesondere für informationstechnische Geräte wie Kopierer u. dgl.				
525 69	042	Aus- und Fortbildung	4,8 3,2 6,2		a) b) c)	4,8
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Schulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (IuK-Lehrgänge und -Seminare) einschließlich Reisekosten.				

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0343 Polizeipräsidium Reutlingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
534 69	042	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		0,3 4,6 9,3	a) b) c)	0,3
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Programmierarbeiten, Systemberatung u. dgl. durch Dritte.						
546 69	042	Vermischte Verwaltungsausgaben		0,7 0,0 0,0	a) b) c)	0,7
Summe Titelgruppe 69				612,8	a)	514,7
Gesamtausgaben				5.375,9	a)	5.675,4
Abschluss Kapitel 0343						
Verwaltungseinnahmen				376,0	a)	376,0
Übrige Einnahmen				7,7	a)	7,7
Gesamteinnahmen				383,7	a)	383,7
Personalausgaben				1.808,2	a)	1.736,2
Sächliche Verwaltungsausgaben				3.567,7	a)	3.939,2
Gesamtausgaben				5.375,9	a)	5.675,4
Kapitel 0343 Zuschuss				4.992,2	a)	5.291,7

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0344 Polizeipräsidium Stuttgart

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 02	042	Gebühren	356,4 676,7 526,7	a) b) c)	356,4
--------	-----	----------	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind Gebühren nach dem Landesgebührengesetz sowie Gebühren für Amtshandlungen einschließlich Vollstreckungsmaßnahmen des Polizeivollzugsdienstes (z. B. Fehlalarme u. dgl.) mit Ausnahme der Gebühren für die polizeiliche Begleitung von Großraum- und Schwertransporten.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

112 01	042	Geldstrafen und Geldbußen	2,6 0,3 1,2	a) b) c)	2,6
--------	-----	---------------------------	-------------------	----------------	-----

119 49	042	Vermischte Einnahmen	95,9 407,1 202,5	a) b) c)	95,9
--------	-----	----------------------	------------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen sowie sonstige Einnahmen (Verwaltungskostenzuschläge für verkaufte, verlorene oder beschädigte Gegenstände u. dgl.).

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

124 01	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	7,3 11,7 9,9	a) b) c)	7,3
--------	-----	---	--------------------	----------------	-----

Erläuterung: Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Zwischensumme Verwaltungseinnahmen			462,2	a)	462,2
---	--	--	-------	----	-------

Übrige Einnahmen

232 01	042	Sonstige Erstattung von Ländern	0,0 2,7 0,0	a) b) c)	0,0
--------	-----	---------------------------------	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind Erstattungen einsatzbedingter sächlicher und personeller Mehrkosten, die dem Land durch die Unterstützung der Polizei anderer Länder entstanden sind. Erstattungen im Zusammenhang mit der Unterstützung der Bundespolizei werden ebenfalls hier gebucht.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0344 Polizeipräsidium Stuttgart

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

232 02	042	Erstattung von Verwaltungskosten		9,5 0,0 1,7	a) b) c)	9,5
--------	-----	----------------------------------	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

282 01	042	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
--------	-----	-----------------------------------	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Vereinnahmt werden ggf. Beiträge und Zuwendungen Dritter für Maßnahmen der Kriminalprävention sowie private Gelder, die der Aufklärung einer Straftat dienen. Hierunter fallen auch Beiträge und Zuwendungen für sonstige Zwecke, sofern deren Annahme im Einzelfall durch das Innenministerium genehmigt wurde.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Zwischensumme Übrige Einnahmen	9,5	a)	9,5
---------------------------------------	-----	----	-----

Gesamteinnahmen	471,7	a)	471,7
------------------------	-------	----	-------

Ausgaben

Die von § 6 Abs. 1 Satz 1 Nummer 4.1 Staatshaushaltsgesetz erfassten Titel der Kap. 0315, 0316, 0317 Titelgruppe 93, 0318 und 0335 bis 0346 sind kapitelübergreifend gegenseitig deckungsfähig.

Zu diesem Deckungskreis zählen ferner die Tit. 453 01 und 459 11 der genannten Kapitel und der Gruppentitel 453 in Kap. 0317 Titelgruppe 93; die Tit. 453 01 und 459 11 der genannten Kapitel sind übertragbar.

Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 111 02, 119 49, 124 01 und 232 02. Sie erhöht sich ferner um Einnahmen bei Tit. 232 01 und 282 01.

Personalausgaben

422 05	042	Mehrarbeitsvergütung und Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten für Beamtinnen und Beamte und dgl.		2.129,1 1.850,1 1.789,0	a) b) c)	2.129,1
--------	-----	--	--	-------------------------------	----------------	---------

Die Tit. 422 05 der Kap. 0315 bis 0318 und 0335 bis 0346 sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgabeermächtigung bei den Mehrarbeitsvergütungen und der Zulage für lageorientierten Dienst erhöht sich um die Erstattungen einsatzbedingter Personalmehrausgaben bei Tit. 232 01.

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Zulage für lageorientierten Dienst	1.951,7
2. Mehrarbeitsvergütung	177,4
zus.	2.129,1

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0344 Polizeipräsidium Stuttgart

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

427 51	042	Sonstige Beschäftigungsentgelte		2,2 4,5 0,0	a) b) c)	2,2
--------	-----	---------------------------------	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind die Ausgaben für Urlaubs- und Krankheitsstellvertretungen, Aushilfen (Praktikantinnen und Praktikanten bei der Kriminalpolizei), vorübergehende Beschäftigungen von Ausgebildeten im Anschluss an die Ausbildung zur Ableistung eines Praxisjahres sowie Sonstiges (Hausdienstvergütungen, Vergütungen für Vorträge u. a. einschließlich Reisekosten).

428 05	042	Zeitzuschläge, Überstundenentgelte und Entgelte für Mehrarbeit für Beschäftigte		113,4 104,7 105,7	a) b) c)	113,4
--------	-----	---	--	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Zeitzuschläge	105,4
2. Überstundenentgelte	7,0
3. Entgelte für Mehrarbeit	1,0
zus.	<u>113,4</u>

428 06	042	Entgelte der Beschäftigten des Reinigungsdienstes		81,4 78,0 68,3	a) b) c)	81,4
--------	-----	---	--	----------------------	----------------	------

428 51	042	Beschäftigungsentgelte für nicht voll beschäftigte Arbeitnehmer/-innen mit weniger als 50 v.H. der durchschnittl. regelmäßigen wöchentl. Arbeitszeit		13,8 0,0 0,0	a) b) c)	13,8
--------	-----	--	--	--------------------	----------------	------

453 01	042	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.		42,1 40,4 49,2	a) b) c)	42,1
--------	-----	--	--	----------------------	----------------	------

459 11	042	Abfindungen bei geschlossenem Einsatz und bei Übungen		62,3 100,8 95,9	a) b) c)	102,3
--------	-----	---	--	-----------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind auch Reisekosten.

Übertragen von Kap. 0343 Tit. 459 11 40,0 Tsd. EUR.

Zwischensumme Personalausgaben			2.444,3	a)	2.484,3
---------------------------------------	--	--	---------	----	---------

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0344 Polizeipräsidium Stuttgart

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01	042	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	332,6 238,9 546,1	a) b) c)	535,1
--------	-----	---	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften)	107,0
2. Porto	133,8
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	187,3
4. Unterhaltung und Instandsetzung	80,3
5. Sonstiges	26,7
zus.	535,1

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 20,0 Tsd. EUR.

511 02	042	Geräte und Waffen	93,3 130,2 110,0	a) b) c)	101,8
--------	-----	-------------------	------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für:

- Unterhaltung und Ergänzung der kriminaltechnischen Geräte, Fotolabora- ausstattungen u. dgl. sowie der Waffen, waffentechnischen Geräte u. dgl.,
- Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der Geräte für die Verkehrsunfallaufnahme, Schallmessung, Filmvorführung und -aufnahme, Absperrung und Sicherung sowie Fotogeräte, Scheinwerfergeräte, Lichtpausgeräte, Anhaltestäbe, Ferngläser u. dgl.
- Scheibenmaterial u. dgl.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 8,5 Tsd. EUR.

514 01	042	Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl.	1.490,7 1.290,8 1.257,6	a) b) c)	1.834,9
--------	-----	--------------------------------------	-------------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Bestand an Dienstfahrzeugen und selbstfahrenden Arbeitsmaschinen vgl. Erläuterungen bei Kap. 0315 Tit. 514 01.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 119,8 Tsd. EUR.

514 02	042	Dienst- und Schutzkleidung (persönliche Ausrüstungsgegenstände)	189,3 216,2 270,2	a) b) c)	202,2
--------	-----	---	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Beschaffung, Ergänzung und Instandsetzung sowie Reinigung von Dienst-, Sonder- und Schutzkleidung und persönlichen Ausrüstungsgegenständen. Darunter fällt auch die Schutzkleidung nach den Schutzkleiderrichtlinien (SchKIR) sowie Schutzwesten und Körperschutz- ausstattung. Ferner sind veranschlagt die Kosten für die Ergänzung und Instandset- zung der Bekleidung und Ausrüstung für Angehörige des Freiwilligen Polizeidienstes und für Pfortnerinnen und Pfortner sowie für die Bediensteten in der übrigen Polizei- verwaltung.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 12,9 Tsd. EUR.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0344 Polizeipräsidium Stuttgart

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
514 03	042	Verbrauchsmittel		165,9 233,9 208,9	a) b) c)	175,3
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Munition, Arznei- und Verbandsmittel, Hilfsmittel u. dgl. für Sanitätsstellen, Verpflegung u. a. für Personen im polizeilichen Gewahrsam, Venülen und Atemalkoholprüfröhrchen, Fotomaterial, Batterien, Einweggeschirr sowie Chemikalien und Toximeter-Prüfröhrchen u. dgl.</p> <p>Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 9,4 Tsd. EUR.</p>						
514 08	042	Haltung von Diensthunden		49,6 57,4 73,2	a) b) c)	49,6
<p>Erläuterung: Durchschnittlicher Bestand an Diensthunden: 43</p>						
517 01	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)		52,8 121,0 128,4	a) b) c)	52,8
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel (Putzmittel, WC-Bedarf u. dgl.) sowie Sonstiges.</p>						
518 01	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume		1,4 0,5 1,8	a) b) c)	1,4
518 02	042	Mieten und Pachten für Maschinen, Fahrzeuge und Geräte		22,8 3,8 2,2	a) b) c)	22,8
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Miete für mobile Unterkünfte sowie für die Inanspruchnahme von Mietkraftwagen, Geräten u. dgl. durch die Polizei.</p>						
525 21	042	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten		28,4 38,3 22,3	a) b) c)	28,4
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die fachliche (Aus- und) Fortbildung, Gebühren für die Teilnahme an Lehrgängen, Seminaren und Arbeitstagen bei der Deutschen Hochschule der Polizei Münster sowie Kosten für Polizeisport einschließlich der Kosten für die Teilnahme an Sportwettkämpfen der Polizei, die Mitwirkung bei der Austragung von Meisterschaften und die Beschaffung von Sportpreisen.</p>						
526 01	042	Gerichts- und ähnliche Kosten		1,5 8,4 1,5	a) b) c)	1,5

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0344 Polizeipräsidium Stuttgart

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
				Tsd. EUR		
526 11	042	Kosten für Sachverständige		26,1 94,5 95,2	a) b) c)	26,1
527 01	042	Dienstreisen		41,9 15,0 9,2	a) b) c)	31,7
Erläuterung: Reisekosten werden außerdem aus Tit. 427 51, 459 11, 525 21, 546 49 und 525 69 bezahlt. Dienstreisen, die im Rahmen der Aus- und Fortbildung durchgeführt werden, sind bei Tit. 525 21 veranschlagt.						
		Zugelassene Fahrzeuge	2016	2017		
		Pkw	0	1		
529 01	042	Zur Verfügung der Dienststellenleitung für Aufwand aus dienstl. Veranlassung in besonderen Fällen		0,5 0,5 0,5	a) b) c)	0,5
Erläuterung: Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.						
532 01	042	Umzugs- und Verlegungskosten		6,2 -9,0 17,8	a) b) c)	6,2
534 01	042	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		4,9 92,0 116,7	a) b) c)	4,9
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Vergütungen für Hausmeisterleistungen sowie Kosten für die Heranziehung externer Berater u. dgl.						
534 05	042	Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes		9,9 0,0 0,0	a) b) c)	9,9
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten zur Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes und der dazugehörigen Unfallverhütungsvorschrift GUV 0.5. Enthalten sind die Kosten für die sicherheitstechnische und betriebsärztliche Betreuung der Beschäftigten einschließlich der Kosten für arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen.						
537 01	042	Ermittlungskosten		871,6 694,4 602,3	a) b) c)	871,6

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Sachverständige in polizeilichen Ermittlungsverfahren, Blutentnahmen und -untersuchungen, Übersetzer- und Dolmetschertätigkeiten, medizinische Betreuung, Belohnungen und Aufwandsersatz für die Mitwirkung von Privatpersonen bei der Aufklärung und Verhütung strafbarer Handlungen und für die Mithilfe bei polizeilichen Maßnahmen sowie sonstige Ermittlungskosten (z. B. Auslobungen, Zeugenentschädigung, Abschleppkosten).

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0344 Polizeipräsidium Stuttgart

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
543 01	042	Kosten für den freiwilligen Polizeidienst des Landes		21,3 16,9 21,3	a) b) c)	21,3
		Hieraus können auch Polizeifreiwillige, die in Polizeimusik- kapellen mitwirken, bezahlt werden.				
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für den Einsatz von Angehörigen des Freiwilligen Polizeidienstes (Ausgleich für Zeitaufwand und zusätzliche Verpfle- gungskosten u. dgl.) und Sonstiges, darunter auch zinslose Darlehen für Rechts- schutz in Straf- und Bußgeldverfahren, sowie insbesondere Lohn- und Kirchensteuer aus dem Ausgleich für Zeitaufwand.				
544 01	042	Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung		1,2 5,1 14,5	a) b) c)	1,2
		Aufklärungs-, Informationsmaterial und sonstige Werbeträger können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden. Ersätze fließen den Mitteln zu.				
545 02	042	Vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung		3,7 3,2 3,4	a) b) c)	3,7
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Maßnahmen zur wirksamen Umset- zung der vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung, wie Untersuchungen der Krimina- litätsgeschehen und polizeilicher Bekämpfungsmaßnahmen, Sensibilisierung der Bevölkerung durch Veranstaltungen und Ausstellungen, Herausgabe und Versand von Aufklärungsmaterial sowie Bereitstellung geeigneter Geräte, Beschaffung von Geräten u. dgl., insbesondere im Bereich der Rauschgift-, Jugend- und Eigentums- kriminalität.				
546 49	042	Vermischte Verwaltungsausgaben		161,8 652,9 401,6	a) b) c)	161,8
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Unfallrenten usw. und Entschädi- gungen an Dritte (in besonderen Fällen auch aus Billigkeitsgründen), Bekannt- machungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, das Abschleppen sichergestellter und beschlagnahmter Fahrzeuge sowie für sonstige vermischte Ausgaben wie z. B. Verlustentschädigungen, Schadensersatzleistungen anlässlich von Kfz-Unfällen, Zuwendungen an Polizeichöre und -musikvereine im Land, Reisekosten und Seminargebühren für Personalrätinnen und Personalräte, Vorstellungsreisen, Aufwand anlässlich der Einladung ausländischer Gäste (insbe- sondere für die Verpflegung ausländischer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamter), Beseitigung von Straßenverunreinigungen u. dgl.				
547 01	729	Allgemeine Maßnahmen zur Hebung der Verkehrssicherheit und zur Bekämpfung von Unfällen im Straßenverkehr		2,3 2,8 2,7	a) b) c)	2,3
		Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abge- geben werden.				
		Erläuterung: Fortführung von Verkehrssicherheitskampagnen der Polizei.				
Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben				3.579,7	a)	4.147,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0344 Polizeipräsidium Stuttgart

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Titelgruppen

69		Aufwand für Informationstechnik				
		Ersätze fließen den Mitteln zu.				
511 69A	042	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	199,3 146,9 397,7		a) b) c)	92,0
		Erläuterung:				
		Veranschlagt sind:		Tsd. EUR		
		1. Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		73,6		
		2. Unterhaltung und Instandsetzung		18,4		
		zus.		92,0		
511 69B	042	Fernmeldegebühren u. dgl.	329,0 409,6 454,3		a) b) c)	329,0
		Erläuterung:				
		Veranschlagt sind:		Tsd. EUR		
		1. Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen		319,0		
		2. Einmalige Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen		0,0		
		3. Rundfunkbeitrag		5,0		
		4. Sonstiges		5,0		
		zus.		329,0		
514 69	042	Verbrauchsmittel	143,1 67,7 75,6		a) b) c)	69,1
518 69	042	Maschinen- und Gerätemieten	73,7 142,1 118,3		a) b) c)	147,7
		Erläuterung: Veranschlagt sind Mieten insbesondere für informationstechnische Geräte wie Kopierer u. dgl.				
525 69	042	Aus- und Fortbildung	5,9 3,8 11,1		a) b) c)	5,9
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Schulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (IuK-Lehrgänge und -Seminare) einschließlich Reisekosten.				

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0344 Polizeipräsidium Stuttgart

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
534 69	042	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		0,4 12,7 26,5	a) b) c)	0,4
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Programmierarbeiten, Systemberatung u. dgl. durch Dritte.						
546 69	042	Vermischte Verwaltungsausgaben		0,8 0,0 0,0	a) b) c)	0,8
Summe Titelgruppe 69				752,2	a)	644,9
Gesamtausgaben				6.776,2	a)	7.276,2
Abschluss Kapitel 0344						
Verwaltungseinnahmen				462,2	a)	462,2
Übrige Einnahmen				9,5	a)	9,5
Gesamteinnahmen				471,7	a)	471,7
Personalausgaben				2.444,3	a)	2.484,3
Sächliche Verwaltungsausgaben				4.331,9	a)	4.791,9
Gesamtausgaben				6.776,2	a)	7.276,2
Kapitel 0344 Zuschuss				6.304,5	a)	6.804,5

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0345 Polizeipräsidium Tuttlingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 02	042	Gebühren	208,5 301,1 266,1	a) b) c)	208,5
--------	-----	----------	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind Gebühren nach dem Landesgebührengesetz sowie Gebühren für Amtshandlungen einschließlich Vollstreckungsmaßnahmen des Polizeivollzugsdienstes (z. B. Fehlalarme u. dgl.) mit Ausnahme der Gebühren für die polizeiliche Begleitung von Großraum- und Schwertransporten.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

112 01	042	Geldstrafen und Geldbußen	1,5 0,5 0,3	a) b) c)	1,5
--------	-----	---------------------------	-------------------	----------------	-----

119 49	042	Vermischte Einnahmen	56,1 16,8 5,2	a) b) c)	56,1
--------	-----	----------------------	---------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen sowie sonstige Einnahmen (Verwaltungskostenzuschläge für verkaufte, verlorene oder beschädigte Gegenstände u. dgl.).

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

124 01	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	4,3 0,0 0,0	a) b) c)	4,3
--------	-----	---	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Zwischensumme Verwaltungseinnahmen			270,4	a)	270,4
---	--	--	-------	----	-------

Übrige Einnahmen

232 01	042	Sonstige Erstattung von Ländern	0,0 7,3 0,0	a) b) c)	0,0
--------	-----	---------------------------------	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind Erstattungen einsatzbedingter sächlicher und personeller Mehrkosten, die dem Land durch die Unterstützung der Polizei anderer Länder entstanden sind. Erstattungen im Zusammenhang mit der Unterstützung der Bundespolizei werden ebenfalls hier gebucht.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0345 Polizeipräsidium Tuttlingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

232 02	042	Erstattung von Verwaltungskosten		5,6	a)	5,6
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

282 01	042	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland		0,0	a)	0,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Vereinnahmt werden ggf. Beiträge und Zuwendungen Dritter für Maßnahmen der Kriminalprävention sowie private Gelder, die der Aufklärung einer Straftat dienen. Hierunter fallen auch Beiträge und Zuwendungen für sonstige Zwecke, sofern deren Annahme im Einzelfall durch das Innenministerium genehmigt wurde.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Zwischensumme Übrige Einnahmen	5,6	a)	5,6
---------------------------------------	-----	----	-----

Gesamteinnahmen	276,0	a)	276,0
------------------------	-------	----	-------

Ausgaben

Die von § 6 Abs. 1 Satz 1 Nummer 4.1 Staatshaushaltsgesetz erfassten Titel der Kap. 0315, 0316, 0317 Titelgruppe 93, 0318 und 0335 bis 0346 sind kapitelübergreifend gegenseitig deckungsfähig.

Zu diesem Deckungskreis zählen ferner die Tit. 453 01 und 459 11 der genannten Kapitel und der Gruppentitel 453 in Kap. 0317 Titelgruppe 93; die Tit. 453 01 und 459 11 der genannten Kapitel sind übertragbar.

Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 111 02, 119 49, 124 01 und 232 02. Sie erhöht sich ferner um Einnahmen bei Tit. 232 01 und 282 01.

Personalausgaben

422 05	042	Mehrarbeitsvergütung und Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten für Beamtinnen und Beamte und dgl.		1.212,2	a)	1.212,2
				1.107,5	b)	
				1.033,6	c)	

Die Tit. 422 05 der Kap. 0315 bis 0318 und 0335 bis 0346 sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgabeermächtigung bei den Mehrarbeitsvergütungen und der Zulage für lageorientierten Dienst erhöht sich um die Erstattungen einsatzbedingter Personalmehrausgaben bei Tit. 232 01.

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Zulage für lageorientierten Dienst	1.107,1
2. Mehrarbeitsvergütung	105,1
zus.	1.212,2

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0345 Polizeipräsidium Tuttlingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR										
			Tsd. EUR													
427 51	042	Sonstige Beschäftigungsentgelte		1,3 0,0 0,0	a) b) c)	1,3										
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Ausgaben für Urlaubs- und Krankheitsstellvertretungen, Aushilfen (Praktikantinnen und Praktikanten bei der Kriminalpolizei), vorübergehende Beschäftigungen von Ausgebildeten im Anschluss an die Ausbildung zur Ableistung eines Praxisjahres sowie Sonstiges (Hausdienstvergütungen, Vergütungen für Vorträge u. a. einschließlich Reisekosten).</p>																
428 05	042	Zeitzuschläge, Überstundenentgelte und Entgelte für Mehrarbeit für Beschäftigte		61,2 27,2 19,2	a) b) c)	61,2										
<p>Erläuterung:</p> <table> <tr> <td>Veranschlagt sind:</td> <td style="text-align: right;">Tsd. EUR</td> </tr> <tr> <td>1. Zeitzuschläge</td> <td style="text-align: right;">52,2</td> </tr> <tr> <td>2. Überstundenentgelte</td> <td style="text-align: right;">4,9</td> </tr> <tr> <td>3. Entgelte für Mehrarbeit</td> <td style="text-align: right;">4,1</td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">zus.</td> <td style="text-align: right; border-top: 1px solid black;">61,2</td> </tr> </table>							Veranschlagt sind:	Tsd. EUR	1. Zeitzuschläge	52,2	2. Überstundenentgelte	4,9	3. Entgelte für Mehrarbeit	4,1	zus.	61,2
Veranschlagt sind:	Tsd. EUR															
1. Zeitzuschläge	52,2															
2. Überstundenentgelte	4,9															
3. Entgelte für Mehrarbeit	4,1															
zus.	61,2															
428 06	042	Entgelte der Beschäftigten des Reinigungsdienstes		162,4 134,2 145,0	a) b) c)	144,8										
<p>Erläuterung: Übertragen nach Kap. 1209 Tit. 517 01 17,6 Tsd. EUR.</p>																
428 51	042	Beschäftigungsentgelte für nicht voll beschäftigte Arbeitnehmer/-innen mit weniger als 50 v.H. der durchschnittl. regelmäßigen wöchentl. Arbeitszeit		8,1 20,9 22,8	a) b) c)	8,1										
453 01	042	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.		24,7 57,3 14,6	a) b) c)	24,7										
459 11	042	Abfindungen bei geschlossenem Einsatz und bei Übungen		36,4 6,3 2,2	a) b) c)	6,0										
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind auch Reisekosten.</p> <p>Übertragen nach Kap. 0316 Tit. 459 11 30,4 Tsd. EUR.</p>																
Zwischensumme Personalausgaben				1.506,3	a)	1.458,3										

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0345 Polizeipräsidium Tuttlingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01	042	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	198,0 103,5 203,7	a) b) c)		324,0
--------	-----	---	-------------------------	----------------	--	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften)	64,8
2. Porto	81,0
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	113,4
4. Unterhaltung und Instandsetzung	48,6
5. Sonstiges	16,2
zus.	324,0

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 11,8 Tsd. EUR.

511 02	042	Geräte und Waffen	54,7 69,0 86,9	a) b) c)		59,7
--------	-----	-------------------	----------------------	----------------	--	------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für:

- Unterhaltung und Ergänzung der kriminaltechnischen Geräte, Fotolaborausstattungen u. dgl. sowie der Waffen, waffentechnischen Geräte u. dgl.,
- Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der Geräte für die Verkehrsunfallaufnahme, Schallmessung, Filmvorführung und -aufnahme, Absperrung und Sicherung sowie Fotogeräte, Scheinwerfergeräte, Lichtpausgeräte, Anhaltestäbe, Ferngläser u. dgl.
- Scheibenmaterial u. dgl.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 5,0 Tsd. EUR.

514 01	042	Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl.	875,4 1.006,8 1.143,7	a) b) c)		1.078,0
--------	-----	--------------------------------------	-----------------------------	----------------	--	---------

Erläuterung: Bestand an Dienstfahrzeugen und selbstfahrenden Arbeitsmaschinen vgl. Erläuterungen bei Kap. 0315 Tit. 514 01.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 71,0 Tsd. EUR.

514 02	042	Dienst- und Schutzkleidung (persönliche Ausrüstungsgegenstände)	110,8 74,1 96,8	a) b) c)		118,5
--------	-----	---	-----------------------	----------------	--	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Beschaffung, Ergänzung und Instandsetzung sowie Reinigung von Dienst-, Sonder- und Schutzkleidung und persönlichen Ausrüstungsgegenständen. Darunter fällt auch die Schutzkleidung nach den Schutzkleiderrichtlinien (SchKIR) sowie Schutzwesten und Körperschutz-ausstattung. Ferner sind veranschlagt die Kosten für die Ergänzung und Instandsetzung der Bekleidung und Ausrüstung für Angehörige des Freiwilligen Polizeidienstes und für Pförtnerinnen und Pförtner sowie für die Bediensteten in der übrigen Polizeiverwaltung.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 7,7 Tsd. EUR.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0345 Polizeipräsidium Tuttlingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
514 03	042	Verbrauchsmittel		97,1 127,0 128,2	a) b) c)	102,7
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Munition, Arznei- und Verbandsmittel, Hilfsmittel u. dgl. für Sanitätsstellen, Verpflegung u. a. für Personen im polizeilichen Gewahrsam, Venülen und Atemalkoholprüfröhrchen, Fotomaterial, Batterien, Einweggeschirr sowie Chemikalien und Toximeter-Prüfröhrchen u. dgl.</p> <p>Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 5,6 Tsd. EUR.</p>						
514 08	042	Haltung von Diensthunden		23,1 34,0 35,5	a) b) c)	23,1
<p>Erläuterung: Durchschnittlicher Bestand an Diensthunden: 20</p>						
517 01	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)		30,9 45,6 62,4	a) b) c)	30,9
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel (Putzmittel, WC-Bedarf u. dgl.) sowie Sonstiges.</p>						
518 01	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume		0,8 0,0 1,9	a) b) c)	0,8
518 02	042	Mieten und Pachten für Maschinen, Fahrzeuge und Geräte		13,3 10,5 0,1	a) b) c)	13,3
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Miete für mobile Unterkünfte sowie für die Inanspruchnahme von Mietkraftwagen, Geräten u. dgl. durch die Polizei.</p>						
525 21	042	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten		16,6 39,4 24,1	a) b) c)	16,6
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die fachliche (Aus- und) Fortbildung, Gebühren für die Teilnahme an Lehrgängen, Seminaren und Arbeitstagen bei der Deutschen Hochschule der Polizei Münster sowie Kosten für Polizeisport einschließlich der Kosten für die Teilnahme an Sportwettkämpfen der Polizei, die Mitwirkung bei der Austragung von Meisterschaften und die Beschaffung von Sportpreisen.</p>						
526 01	042	Gerichts- und ähnliche Kosten		0,9 1,6 0,8	a) b) c)	0,9

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0345 Polizeipräsidium Tuttlingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
				Tsd. EUR		
526 11	042	Kosten für Sachverständige		15,3 18,0 11,7	a) b) c)	15,3
527 01	042	Dienstreisen		24,5 18,4 16,6	a) b) c)	18,5
Erläuterung: Reisekosten werden außerdem aus Tit. 427 51, 459 11, 525 21, 546 49 und 525 69 bezahlt. Dienstreisen, die im Rahmen der Aus- und Fortbildung durchgeführt werden, sind bei Tit. 525 21 veranschlagt.						
		Zugelassene Fahrzeuge	2016	2017		
		Pkw	0	1		
529 01	042	Zur Verfügung der Dienststellenleitung für Aufwand aus dienstl. Veranlassung in besonderen Fällen		0,5 0,5 0,5	a) b) c)	0,5
Erläuterung: Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.						
532 01	042	Umzugs- und Verlegungskosten		3,6 0,0 8,9	a) b) c)	3,6
534 01	042	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		2,8 2,2 28,7	a) b) c)	2,8
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Vergütungen für Hausmeisterleistungen sowie Kosten für die Heranziehung externer Berater u. dgl.						
534 05	042	Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes		5,7 0,8 0,3	a) b) c)	5,7
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten zur Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes und der dazugehörigen Unfallverhütungsvorschrift GUV 0.5. Enthalten sind die Kosten für die sicherheitstechnische und betriebsärztliche Betreuung der Beschäftigten einschließlich der Kosten für arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen.						
537 01	042	Ermittlungskosten		510,5 519,4 417,7	a) b) c)	510,5

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Sachverständige in polizeilichen Ermittlungsverfahren, Blutentnahmen und -untersuchungen, Übersetzer- und Dolmetschertätigkeiten, medizinische Betreuung, Belohnungen und Aufwandsersatz für die Mitwirkung von Privatpersonen bei der Aufklärung und Verhütung strafbarer Handlungen und für die Mithilfe bei polizeilichen Maßnahmen sowie sonstige Ermittlungskosten (z. B. Auslobungen, Zeugenentschädigung, Abschleppkosten).

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0345 Polizeipräsidium Tuttlingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
543 01	042	Kosten für den freiwilligen Polizeidienst des Landes	49,6 29,8 53,4		a) b) c)	49,6
		Hieraus können auch Polizeifreiwillige, die in Polizeimusik- kapellen mitwirken, bezahlt werden.				
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für den Einsatz von Angehörigen des Freiwilligen Polizeidienstes (Ausgleich für Zeitaufwand und zusätzliche Verpfle- gungskosten u. dgl.) und Sonstiges, darunter auch zinslose Darlehen für Rechts- schutz in Straf- und Bußgeldverfahren, sowie insbesondere Lohn- und Kirchensteuer aus dem Ausgleich für Zeitaufwand.				
544 01	042	Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung	0,7 3,4 5,2		a) b) c)	0,7
		Aufklärungs-, Informationsmaterial und sonstige Werbeträger können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden. Ersätze fließen den Mitteln zu.				
545 02	042	Vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung	2,2 1,7 2,5		a) b) c)	2,2
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Maßnahmen zur wirksamen Umset- zung der vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung, wie Untersuchungen der Krimina- litätsgeschehen und polizeilicher Bekämpfungsmaßnahmen, Sensibilisierung der Bevölkerung durch Veranstaltungen und Ausstellungen, Herausgabe und Versand von Aufklärungsmaterial sowie Bereitstellung geeigneter Geräte, Beschaffung von Geräten u. dgl., insbesondere im Bereich der Rauschgift-, Jugend- und Eigentums- kriminalität.				
546 49	042	Vermischte Verwaltungsausgaben	94,8 88,5 103,5		a) b) c)	94,8
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Unfallrenten usw. und Entschädi- gungen an Dritte (in besonderen Fällen auch aus Billigkeitsgründen), Bekannt- machungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, das Abschleppen sichergestellter und beschlagnahmter Fahrzeuge sowie für sonstige vermischte Ausgaben wie z. B. Verlustentschädigungen, Schadensersatzleistungen anlässlich von Kfz-Unfällen, Zuwendungen an Polizeichöre und -musikvereine im Land, Reisekosten und Seminargebühren für Personalrätinnen und Personalräte, Vorstellungsreisen, Aufwand anlässlich der Einladung ausländischer Gäste (insbe- sondere für die Verpflegung ausländischer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamter), Beseitigung von Straßenverunreinigungen u. dgl.				
547 01	729	Allgemeine Maßnahmen zur Hebung der Verkehrssicherheit und zur Bekämpfung von Unfällen im Straßenverkehr	2,3 0,0 0,7		a) b) c)	2,3
		Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abge- geben werden.				
		Erläuterung: Fortführung von Verkehrssicherheitskampagnen der Polizei.				
Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben			2.134,1		a)	2.475,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0345 Polizeipräsidium Tuttlingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Titelgruppen

69		Aufwand für Informationstechnik				
		Ersätze fließen den Mitteln zu.				
511 69A	042	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	116,7 71,8 123,1		a) b) c)	52,1
		Erläuterung:				
		Veranschlagt sind:		Tsd. EUR		
		1. Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		41,7		
		2. Unterhaltung und Instandsetzung		10,4		
		zus.		52,1		
511 69B	042	Fernmeldegebühren u. dgl.	192,7 253,0 242,2		a) b) c)	191,2
		Erläuterung:				
		Veranschlagt sind:		Tsd. EUR		
		1. Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen		132,5		
		2. Einmalige Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen		51,4		
		3. Rundfunkbeitrag		4,9		
		4. Sonstiges		2,4		
		zus.		191,2		
		Übertragen nach Kap. 1209 Tit. 517 01				1,5 Tsd. EUR.
514 69	042	Verbrauchsmittel	83,8 76,3 119,9		a) b) c)	83,8
518 69	042	Maschinen- und Gerätemieten	43,2 61,2 46,8		a) b) c)	43,2
		Erläuterung: Veranschlagt sind Mieten insbesondere für informationstechnische Geräte wie Kopierer u. dgl.				
525 69	042	Aus- und Fortbildung	3,4 3,9 1,4		a) b) c)	3,4

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Schulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (IuK-Lehrgänge und -Seminare) einschließlich Reisekosten.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0345 Polizeipräsidium Tuttlingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
534 69	042	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		0,2 29,7 6,1	a) b) c)	0,2
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Programmierarbeiten, Systemberatung u. dgl. durch Dritte.						
546 69	042	Vermischte Verwaltungsausgaben		0,5 0,6 1,4	a) b) c)	0,5
Summe Titelgruppe 69				440,5	a)	374,4
Gesamtausgaben				4.080,9	a)	4.307,7
Abschluss Kapitel 0345						
Verwaltungseinnahmen				270,4	a)	270,4
Übrige Einnahmen				5,6	a)	5,6
Gesamteinnahmen				276,0	a)	276,0
Personalausgaben				1.506,3	a)	1.458,3
Sächliche Verwaltungsausgaben				2.574,6	a)	2.849,4
Gesamtausgaben				4.080,9	a)	4.307,7
Kapitel 0345 Zuschuss				3.804,9	a)	4.031,7

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0346 Polizeipräsidium Ulm

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 02	042	Gebühren	243,5 308,4 270,7	a) b) c)	243,5
--------	-----	----------	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind Gebühren nach dem Landesgebührengesetz sowie Gebühren für Amtshandlungen einschließlich Vollstreckungsmaßnahmen des Polizeivollzugsdienstes (z. B. Fehlalarme u. dgl.) mit Ausnahme der Gebühren für die polizeiliche Begleitung von Großraum- und Schwertransporten.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

112 01	042	Geldstrafen und Geldbußen	1,8 1,2 1,3	a) b) c)	1,8
--------	-----	---------------------------	-------------------	----------------	-----

119 49	042	Vermischte Einnahmen	65,5 31,3 28,0	a) b) c)	65,5
--------	-----	----------------------	----------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen sowie sonstige Einnahmen (Verwaltungskostenzuschläge für verkaufte, verlorene oder beschädigte Gegenstände u. dgl.).

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

124 01	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	5,0 1,1 0,4	a) b) c)	5,0
--------	-----	---	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Zwischensumme Verwaltungseinnahmen			315,8	a)	315,8
---	--	--	-------	----	-------

Übrige Einnahmen

232 01	042	Sonstige Erstattung von Ländern	0,0 12,7 0,0	a) b) c)	0,0
--------	-----	---------------------------------	--------------------	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind Erstattungen einsatzbedingter sächlicher und personeller Mehrkosten, die dem Land durch die Unterstützung der Polizei anderer Länder entstanden sind. Erstattungen im Zusammenhang mit der Unterstützung der Bundespolizei werden ebenfalls hier gebucht.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0346 Polizeipräsidium Ulm

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

232 02	042	Erstattung von Verwaltungskosten		6,5 0,2 0,2	a) b) c)	6,5
--------	-----	----------------------------------	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

282 01	042	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
--------	-----	-----------------------------------	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Vereinnahmt werden ggf. Beiträge und Zuwendungen Dritter für Maßnahmen der Kriminalprävention sowie private Gelder, die der Aufklärung einer Straftat dienen. Hierunter fallen auch Beiträge und Zuwendungen für sonstige Zwecke, sofern deren Annahme im Einzelfall durch das Innenministerium genehmigt wurde.

Vgl. Vermerk zu Ausgaben.

Zwischensumme Übrige Einnahmen	6,5	a)	6,5
---------------------------------------	-----	----	-----

Gesamteinnahmen	322,3	a)	322,3
------------------------	-------	----	-------

Ausgaben

Die von § 6 Abs. 1 Satz 1 Nummer 4.1 Staatshaushaltsgesetz erfassten Titel der Kap. 0315, 0316, 0317 Titelgruppe 93, 0318 und 0335 bis 0346 sind kapitelübergreifend gegenseitig deckungsfähig.

Zu diesem Deckungskreis zählen ferner die Tit. 453 01 und 459 11 der genannten Kapitel und der Gruppentitel 453 in Kap. 0317 Titelgruppe 93; die Tit. 453 01 und 459 11 der genannten Kapitel sind übertragbar.

Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 111 02, 119 49, 124 01 und 232 02. Sie erhöht sich ferner um Einnahmen bei Tit. 232 01 und 282 01.

Personalausgaben

422 05	042	Mehrarbeitsvergütung und Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten für Beamtinnen und Beamte und dgl.		1.344,0 1.182,3 1.094,7	a) b) c)	1.344,0
--------	-----	--	--	-------------------------------	----------------	---------

Die Tit. 422 05 der Kap. 0315 bis 0318 und 0335 bis 0346 sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgabeermächtigung bei den Mehrarbeitsvergütungen und der Zulage für lageorientierten Dienst erhöht sich um die Erstattungen einsatzbedingter Personalmehrausgaben bei Tit. 232 01.

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Zulage für lageorientierten Dienst	1.221,0
2. Mehrarbeitsvergütung	123,0
zus.	1.344,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0346 Polizeipräsidium Ulm

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR										
427 51	042	Sonstige Beschäftigungsentgelte		1,5 2,8 0,0	a) b) c)	1,5										
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Ausgaben für Urlaubs- und Krankheitsstellvertretungen, Aushilfen (Praktikantinnen und Praktikanten bei der Kriminalpolizei), vorübergehende Beschäftigungen von Ausgebildeten im Anschluss an die Ausbildung zur Ableistung eines Praxisjahres sowie Sonstiges (Hausdienstvergütungen, Vergütungen für Vorträge u. a. einschließlich Reisekosten).</p>																
428 05	042	Zeitzuschläge, Überstundenentgelte und Entgelte für Mehrarbeit für Beschäftigte		73,0 45,2 51,4	a) b) c)	73,0										
<p>Erläuterung:</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 80%;">Veranschlagt sind:</td> <td style="text-align: right; border-bottom: 1px solid black;">Tsd. EUR</td> </tr> <tr> <td>1. Zeitzuschläge</td> <td style="text-align: right;">61,2</td> </tr> <tr> <td>2. Überstundenentgelte</td> <td style="text-align: right;">5,8</td> </tr> <tr> <td>3. Entgelte für Mehrarbeit</td> <td style="text-align: right;">6,0</td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">zus.</td> <td style="text-align: right; border-top: 1px solid black;">73,0</td> </tr> </table>							Veranschlagt sind:	Tsd. EUR	1. Zeitzuschläge	61,2	2. Überstundenentgelte	5,8	3. Entgelte für Mehrarbeit	6,0	zus.	73,0
Veranschlagt sind:	Tsd. EUR															
1. Zeitzuschläge	61,2															
2. Überstundenentgelte	5,8															
3. Entgelte für Mehrarbeit	6,0															
zus.	73,0															
428 06	042	Entgelte der Beschäftigten des Reinigungsdienstes		86,6 85,1 76,5	a) b) c)	86,6										
428 51	042	Beschäftigungsentgelte für nicht voll beschäftigte Arbeitnehmer/-innen mit weniger als 50 v.H. der durchschnittl. regelmäßigen wöchentl. Arbeitszeit		9,4 0,0 0,0	a) b) c)	9,4										
453 01	042	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.		28,8 14,4 29,7	a) b) c)	28,8										
459 11	042	Abfindungen bei geschlossenem Einsatz und bei Übungen		42,5 7,0 5,0	a) b) c)	7,6										
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind auch Reisekosten.</p> <p>Übertragen nach Kap. 0316 Tit. 459 11 34,9 Tsd. EUR.</p>																
Zwischensumme Personalausgaben																
			1.585,8		a)	1.550,9										

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0346 Polizeipräsidium Ulm

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01	042	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	237,1 184,3 335,1	a) b) c)	387,9
--------	-----	---	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften)	77,6
2. Porto	97,0
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	135,8
4. Unterhaltung und Instandsetzung	58,1
5. Sonstiges	19,4
zus.	387,9

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 13,9 Tsd. EUR.

511 02	042	Geräte und Waffen	63,8 92,2 112,9	a) b) c)	69,7
--------	-----	-------------------	-----------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für:

- Unterhaltung und Ergänzung der kriminaltechnischen Geräte, Fotolaborausstattungen u. dgl. sowie der Waffen, waffentechnischen Geräte u. dgl.,
- Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der Geräte für die Verkehrsunfallaufnahme, Schallmessung, Filmvorführung und -aufnahme, Absperrung und Sicherung sowie Fotogeräte, Scheinwerfergeräte, Lichtpausgeräte, Anhaltestäbe, Ferngläser u. dgl.
- Scheibenmaterial u. dgl.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 5,9 Tsd. EUR.

514 01	042	Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl.	1.026,3 1.312,5 1.489,8	a) b) c)	1.263,6
--------	-----	--------------------------------------	-------------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Bestand an Dienstfahrzeugen und selbstfahrenden Arbeitsmaschinen vgl. Erläuterungen bei Kap. 0315 Tit. 514 01.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 83,1 Tsd. EUR.

514 02	042	Dienst- und Schutzkleidung (persönliche Ausrüstungsgegenstände)	129,4 85,4 89,3	a) b) c)	138,4
--------	-----	---	-----------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Beschaffung, Ergänzung und Instandsetzung sowie Reinigung von Dienst-, Sonder- und Schutzkleidung und persönlichen Ausrüstungsgegenständen. Darunter fällt auch die Schutzkleidung nach den Schutzkleiderrichtlinien (SchKIR) sowie Schutzwesten und Körperschutz-ausstattung. Ferner sind veranschlagt die Kosten für die Ergänzung und Instandsetzung der Bekleidung und Ausrüstung für Angehörige des Freiwilligen Polizeidienstes und für Pförtnerinnen und Pförtner sowie für die Bediensteten in der übrigen Polizeiverwaltung.

Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 9,0 Tsd. EUR.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0346 Polizeipräsidium Ulm

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
514 03	042	Verbrauchsmittel		113,4 203,9 168,1	a) b) c)	119,9
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Munition, Arznei- und Verbandsmittel, Hilfsmittel u. dgl. für Sanitätsstellen, Verpflegung u. a. für Personen im polizeilichen Gewahrsam, Venülen und Atemalkoholprüfröhrchen, Fotomaterial, Batterien, Einweggeschirr sowie Chemikalien und Toximeter-Prüfröhrchen u. dgl.</p> <p>Übertragen von Kap. 0314 Tit. 511 01 6,5 Tsd. EUR.</p>						
514 08	042	Haltung von Diensthunden		25,4 32,3 41,1	a) b) c)	25,4
<p>Erläuterung: Durchschnittlicher Bestand an Diensthunden: 22</p>						
517 01	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)		36,2 64,7 39,8	a) b) c)	36,2
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel (Putzmittel, WC-Bedarf u. dgl.) sowie Sonstiges.</p>						
518 01	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume		0,9 3,3 0,8	a) b) c)	0,9
518 02	042	Mieten und Pachten für Maschinen, Fahrzeuge und Geräte		15,6 0,0 0,0	a) b) c)	15,6
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Miete für mobile Unterkünfte sowie für die Inanspruchnahme von Mietkraftwagen, Geräten u. dgl. durch die Polizei.</p>						
525 21	042	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten		19,4 34,2 33,2	a) b) c)	19,4
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die fachliche (Aus- und) Fortbildung, Gebühren für die Teilnahme an Lehrgängen, Seminaren und Arbeitstagen bei der Deutschen Hochschule der Polizei Münster sowie Kosten für Polizeisport einschließlich der Kosten für die Teilnahme an Sportwettkämpfen der Polizei, die Mitwirkung bei der Austragung von Meisterschaften und die Beschaffung von Sportpreisen.</p>						
526 01	042	Gerichts- und ähnliche Kosten		1,0 2,3 5,1	a) b) c)	1,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0346 Polizeipräsidium Ulm

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
				Tsd. EUR		
526 11	042	Kosten für Sachverständige		17,9 11,2 13,5	a) b) c)	17,9
527 01	042	Dienstreisen		28,6 14,9 17,8	a) b) c)	21,6
Erläuterung: Reisekosten werden außerdem aus Tit. 427 51, 459 11, 525 21, 546 49 und 525 69 bezahlt. Dienstreisen, die im Rahmen der Aus- und Fortbildung durchgeführt werden, sind bei Tit. 525 21 veranschlagt.						
		Zugelassene Fahrzeuge	2016	2017		
		Pkw	0	1		
529 01	042	Zur Verfügung der Dienststellenleitung für Aufwand aus dienstl. Veranlassung in besonderen Fällen		0,5 0,5 0,5	a) b) c)	0,5
Erläuterung: Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.						
532 01	042	Umzugs- und Verlegungskosten		4,2 2,1 0,0	a) b) c)	4,2
534 01	042	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		3,4 1,6 4,8	a) b) c)	3,4
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Vergütungen für Hausmeisterleistungen sowie Kosten für die Heranziehung externer Berater u. dgl.						
534 05	042	Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes		6,7 7,4 5,2	a) b) c)	6,7
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten zur Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes und der dazugehörigen Unfallverhütungsvorschrift GUV 0.5. Enthalten sind die Kosten für die sicherheitstechnische und betriebsärztliche Betreuung der Beschäftigten einschließlich der Kosten für arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen.						
537 01	042	Ermittlungskosten		595,7 471,3 512,2	a) b) c)	595,7

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Sachverständige in polizeilichen Ermittlungsverfahren, Blutentnahmen und -untersuchungen, Übersetzer- und Dolmetschertätigkeiten, medizinische Betreuung, Belohnungen und Aufwandsersatz für die Mitwirkung von Privatpersonen bei der Aufklärung und Verhütung strafbarer Handlungen und für die Mithilfe bei polizeilichen Maßnahmen sowie sonstige Ermittlungskosten (z. B. Auslobungen, Zeugenentschädigung, Abschleppkosten).

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0346 Polizeipräsidium Ulm

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
543 01	042	Kosten für den freiwilligen Polizeidienst des Landes		36,3 15,7 14,9	a) b) c)	36,3
		Hieraus können auch Polizeifreiwillige, die in Polizeimusik- kapellen mitwirken, bezahlt werden.				
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für den Einsatz von Angehörigen des Freiwilligen Polizeidienstes (Ausgleich für Zeitaufwand und zusätzliche Verpfle- gungskosten u. dgl.) und Sonstiges, darunter auch zinslose Darlehen für Rechts- schutz in Straf- und Bußgeldverfahren, sowie insbesondere Lohn- und Kirchensteuer aus dem Ausgleich für Zeitaufwand.				
544 01	042	Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung		0,8 5,4 16,9	a) b) c)	0,8
		Aufklärungs-, Informationsmaterial und sonstige Werbeträger können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden. Ersätze fließen den Mitteln zu.				
545 02	042	Vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung		2,5 0,4 1,6	a) b) c)	2,5
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Maßnahmen zur wirksamen Umset- zung der vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung, wie Untersuchungen der Krimina- litätsgeschehen und polizeilicher Bekämpfungsmaßnahmen, Sensibilisierung der Bevölkerung durch Veranstaltungen und Ausstellungen, Herausgabe und Versand von Aufklärungsmaterial sowie Bereitstellung geeigneter Geräte, Beschaffung von Geräten u. dgl., insbesondere im Bereich der Rauschgift-, Jugend- und Eigentums- kriminalität.				
546 49	042	Vermischte Verwaltungsausgaben		110,7 164,2 47,0	a) b) c)	110,7
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Unfallrenten usw. und Entschädi- gungen an Dritte (in besonderen Fällen auch aus Billigkeitsgründen), Bekannt- machungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, das Abschleppen sichergestellter und beschlagnahmter Fahrzeuge sowie für sonstige vermischte Ausgaben wie z. B. Verlustentschädigungen, Schadensersatzleistungen anlässlich von Kfz-Unfällen, Zuwendungen an Polizeichöre und -musikvereine im Land, Reisekosten und Seminargebühren für Personalrätinnen und Personalräte, Vorstellungsreisen, Aufwand anlässlich der Einladung ausländischer Gäste (insbe- sondere für die Verpflegung ausländischer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamter), Beseitigung von Straßenverunreinigungen u. dgl.				
547 01	729	Allgemeine Maßnahmen zur Hebung der Verkehrssicherheit und zur Bekämpfung von Unfällen im Straßenverkehr		2,3 1,8 2,2	a) b) c)	2,3
		Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abge- geben werden.				
		Erläuterung: Fortführung von Verkehrssicherheitskampagnen der Polizei.				
Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben				2.478,1	a)	2.880,6

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0346 Polizeipräsidium Ulm

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Titelgruppen

69		Aufwand für Informationstechnik				
		Ersätze fließen den Mitteln zu.				
511 69A	042	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	136,2 149,2 142,7		a) b) c)	63,7
		Erläuterung:				
		Veranschlagt sind:				Tsd. EUR
		1. Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		51,0		
		2. Unterhaltung und Instandsetzung		12,7		
		zus.		63,7		
511 69B	042	Fernmeldegebühren u. dgl.	224,9 263,4 276,4		a) b) c)	224,0
		Erläuterung:				
		Veranschlagt sind:				Tsd. EUR
		1. Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen		140,1		
		2. Einmalige Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen		0,0		
		3. Rundfunkbeitrag		7,2		
		4. Sonstiges (IuK-Wartung, Raumsicherungs-/Notrufanlagen, sonst. Telekommunikation)		76,7		
		zus.		224,0		
		Übertragen nach Kap. 1209 Tit. 517 01		0,9		Tsd. EUR.
514 69	042	Verbrauchsmittel	97,8 96,8 89,9		a) b) c)	97,8
518 69	042	Maschinen- und Gerätemieten	50,3 78,7 71,6		a) b) c)	50,3
		Erläuterung: Veranschlagt sind Mieten insbesondere für informationstechnische Geräte wie Kopierer u. dgl.				
525 69	042	Aus- und Fortbildung	4,0 9,3 5,3		a) b) c)	4,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Schulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (IuK-Lehrgänge und -Seminare) einschließlich Reisekosten.				

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0346 Polizeipräsidium Ulm

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
534 69	042	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		0,3 8,6 20,8	a) b) c)	0,3
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Programmierarbeiten, Systemberatung u. dgl. durch Dritte.						
546 69	042	Vermischte Verwaltungsausgaben		0,5 0,0 0,0	a) b) c)	0,5
Summe Titelgruppe 69				514,0	a)	440,6
Gesamtausgaben				4.577,9	a)	4.872,1
Abschluss Kapitel 0346						
Verwaltungseinnahmen				315,8	a)	315,8
Übrige Einnahmen				6,5	a)	6,5
Gesamteinnahmen				322,3	a)	322,3
Personalausgaben				1.585,8	a)	1.550,9
Sächliche Verwaltungsausgaben				2.992,1	a)	3.321,2
Gesamtausgaben				4.577,9	a)	4.872,1
Kapitel 0346 Zuschuss				4.255,6	a)	4.549,8

Einzelplan 03

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

Zusammenstellung 2017

Kapitel	Steuern und steuerähnliche Abgaben	Verwaltungseinnahmen	Übrige Einnahmen	Gesamteinnahmen	Personalausgaben	Sächl. Verwaltungsausgaben	Schuldendienst
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
0301	-	19,7	-	19,7	28.849,9	2.709,2	-
0302	-	22,0	16.889,0	16.911,0	660.121,3	5.296,1	-
0303	-	-	19.842,0	19.842,0	-	25,0	-
0304	-	6.299,2	20.910,7	27.209,9	98.868,4	7.178,1	-
0305	-	39.563,2	4.835,5	44.398,7	55.159,4	5.988,7	-
0306	-	3.805,8	6.230,5	10.036,3	62.749,1	5.453,6	-
0307	-	6.782,3	6.392,9	13.175,2	60.734,5	5.927,9	-
0308	-	-	-	-	-	-	-
0309	-	-	-	-	-	2.998,8	-
0310	-	279,8	820,8	1.100,6	5.037,8	4.437,4	-
0311	-	-	28.082,8	28.082,8	29.615,8	37,3	-
0312	-	-	-	-	9.729,0	38,7	-
0314	-	3.647,9	-	3.647,9	1.080.695,7	4.400,2	-
0315	-	74,1	3.954,3	4.028,4	39.076,1	57.528,1	-
0316	-	1.029,3	180,0	1.209,3	96.872,4	14.166,3	-
0317	-	2.742,5	-	2.742,5	83.920,6	8.852,8	-
0318	-	53,1	1.233,0	1.286,1	59.399,7	9.051,6	-
0319	-	50,0	-	50,0	18.825,5	3.296,7	-
0320	-	-	-	-	-	-	-
0330	-	30,5	-	30,5	18.459,4	9.810,0	-
0331	-	3,0	2.000,0	2.003,0	10.599,5	251.180,1	-
0335	-	296,4	6,1	302,5	1.414,9	3.106,2	-
0336	-	406,3	8,4	414,7	2.591,0	4.290,3	-
0337	-	304,3	6,3	310,6	1.570,3	3.191,3	-
0338	-	507,3	10,4	517,7	2.766,8	5.354,0	-
0339	-	320,8	6,6	327,4	1.542,6	3.373,0	-
0340	-	322,6	6,6	329,2	1.503,1	3.389,5	-
0341	-	496,4	10,2	506,6	2.613,4	5.202,9	-
0342	-	266,3	5,5	271,8	1.619,0	2.786,3	-
0343	-	376,0	7,7	383,7	1.736,2	3.939,2	-
0344	-	462,2	9,5	471,7	2.484,3	4.791,9	-
0345	-	270,4	5,6	276,0	1.458,3	2.849,4	-
0346	-	315,8	6,5	322,3	1.550,9	3.321,2	-
Summe 2017	-	68.747,2	111.460,9	180.208,1	2.441.564,9	443.971,8	-
Summe 2016	-	62.326,3	78.914,3	141.240,6	2.320.999,2	175.804,8	-
Mehr (+) 2017	-	6.420,9 +	32.546,6 +	38.967,5 +	120.565,7 +	268.167,0 +	-
Weniger (-)							

Einzelplan 03

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

Zusammenstellung 2017

Zuweisungen und Zuschüsse/ohne Investitionen	Ausgaben für Investitionen	Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2017 Überschuss (+) Zuschuss (-)	2016 Überschuss (+) Zuschuss (-)	2017 Verbesserung (+) Verschlechtig (-)	Kapitel
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	
2,0	10,0	-	31.571,1	31.551,4 -	25.338,5 -	6.212,9 -	0301
20.883,4	1.725,1	-21.723,8	666.302,1	649.391,1 -	657.651,5 -	8.260,4 +	0302
-	108.742,0	-	108.767,0	88.925,0 -	-	88.925,0 -	0303
12.549,0	383,3	-	118.978,8	91.768,9 -	84.422,4 -	7.346,5 -	0304
11.234,0	115,0	-	72.497,1	28.098,4 -	32.885,9 -	4.787,5 +	0305
14.582,3	414,8	-	83.199,8	73.163,5 -	74.016,9 -	853,4 +	0306
8.692,5	589,2	-	75.944,1	62.768,9 -	64.093,2 -	1.324,3 +	0307
-	-	-	-	-	-	-	0308
24.657,3	4.600,0	-	32.256,1	32.256,1 -	26.253,9 -	6.002,2 -	0309
14.440,4	45.018,3	1.516,0	70.449,9	69.349,3 -	84.891,3 -	15.542,0 +	0310
-	-	-	29.653,1	1.570,3 -	1.515,4 -	54,9 -	0311
21,3	-	-	9.789,0	9.789,0 -	9.616,9 -	172,1 -	0312
1.519,7	23.137,1	-	1.109.752,7	1.106.104,8 -	1.038.764,0 -	67.340,8 -	0314
13.468,2	6.841,5	-	116.913,9	112.885,5 -	142.466,8 -	29.581,3 +	0315
300,0	40,0	-	111.378,7	110.169,4 -	118.368,6 -	8.199,2 +	0316
-	182,0	-	92.955,4	90.212,9 -	67.119,5 -	23.093,4 -	0317
-	82,7	-	68.534,0	67.247,9 -	58.709,1 -	8.538,8 -	0318
255,0	534,2	-	22.911,4	22.861,4 -	18.162,9 -	4.698,5 -	0319
6.218,7	-	-	6.218,7	6.218,7 -	5.201,9 -	1.016,8 -	0320
4.746,2	440,1	-	33.455,7	33.425,2 -	42.267,5 -	8.842,3 +	0330
480.588,0	4.040,0	-	746.407,6	744.404,6 -	-	744.404,6 -	0331
-	-	-	4.521,1	4.218,6 -	3.950,6 -	268,0 -	0335
-	-	-	6.881,3	6.466,6 -	6.056,9 -	409,7 -	0336
-	-	-	4.761,6	4.451,0 -	4.167,7 -	283,3 -	0337
-	-	-	8.120,8	7.603,1 -	7.044,5 -	558,6 -	0338
-	-	-	4.915,6	4.588,2 -	4.302,4 -	285,8 -	0339
-	-	-	4.892,6	4.563,4 -	4.267,8 -	295,6 -	0340
-	-	-	7.816,3	7.309,7 -	6.852,4 -	457,3 -	0341
-	-	-	4.405,3	4.133,5 -	3.894,1 -	239,4 -	0342
-	-	-	5.675,4	5.291,7 -	4.992,2 -	299,5 -	0343
-	-	-	7.276,2	6.804,5 -	6.304,5 -	500,0 -	0344
-	-	-	4.307,7	4.031,7 -	3.804,9 -	226,8 -	0345
-	-	-	4.872,1	4.549,8 -	4.255,6 -	294,2 -	0346
<hr/>							
614.158,0	196.895,3	-20.207,8	3.676.382,2	3.496.174,1 -	2.611.639,8 -	884.534,3 -	
145.335,9	97.346,7	13.393,8	2.752.880,4				
<hr/>							
468.822,1 +	99.548,6 +	33.601,6 -	923.501,8 +				

Einzelplan 03

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

Verpflichtungsermächtigungen 2017

Kapitel Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2017		von dem ges. Betrag Sp. 5 werden fällig				
			Haushalts- ansatz	Verpflich- tungs- ermäch- tigung	2018	2019	2020	In späteren Haushalts- jahren	
			Tsd. EUR						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
0302		Allgemeine Bewilligungen							
	66	Aufwand für die Portalplattform "service-bw" und für E-Bürgerdienste im Rahmen des Programmbudgets Medien sowie für FöBIS							
	631 66 011	Anteil des Landes Baden-Württemberg an der Umlage des Bundes für den Regelbetrieb der einheitlichen Behördenrufnummer 115	216,4	1.082,0	216,4	216,4	216,4	432,8	
0303		Digitalisierung							
	70	Breitbandinfrastruktur							
	883 70A 692	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Breitbandinfrastruktur im Ländlichen Raum	6.900,0	8.500,0	2.000,0	4.000,0	2.500,0	-	
	883 70B 692	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Breitbandinfrastruktur im Ländlichen Raum	82.000,0	25.000,0	10.000,0	10.000,0	5.000,0	-	
0309		Zentrale Informationstechnik Landesverwaltung							
	69	Aufwand für Informationstechnik							
	534 69 011	Dienstleistungen Dritter u. dgl.	2.980,8	39.000,0	16.291,0	9.314,0	10.410,0	2.985,0	
	632 69 011	Anteil des Landes an den länderübergreifenden Aufwänden für im IT-Planungsrat oder in Verwaltungsvereinbarungen beschlossenen Vorhaben	662,0	3.120,5	624,1	624,1	624,1	1.248,2	
0310		Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst							
	72	Förderung des Feuerwehrwesens und Gefahrstoffabwehr							
	883 72 044	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	37.106,0	20.000,0	4.000,0	4.000,0	4.000,0	8.000,0	
	74	Katastrophenschutz, Zentrale Einrichtungen							
	893 74 045	Beschaffungen für den Katastrophenschutz	2.882,0	2.500,0	1.200,0	800,0	500,0	-	
	75	Ölwehr Bodensee							
	883 75 044	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	1.800,0	3.500,0	3.500,0	-	-	-	
	77	Förderung der gemeinnützigen Rettungsdienstorganisationen und des Rettungsdienstes							
	893 77 314	Zuschüsse für Investitionen aufgrund von §§ 26, 30 RDG	2.379,3	1.450,0	700,0	600,0	150,0	-	
0314		Zentrale Veranschlagungen Polizei							
	73	Zentrale Beschaffungen Ausstattung Polizei							
	812 73 042	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	19.616,0	4.000,0	4.000,0	-	-	-	
0315		Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei							
	518 02 042	Mieten und Pachten für Maschinen, Fahrzeuge und Geräte	13.948,7	21.000,0	5.500,0	6.970,0	6.970,0	1.560,0	

Einzelplan 03

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

Verpflichtungsermächtigungen 2017

Kapitel Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2017		von dem ges. Betrag Sp. 5 werden fällig			
			Haushalts- ansatz	Verpflich- tungs- ermäch- tigung	2018	2019	2020	In späteren Haushalts- jahren
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Tsd. EUR								
69		Aufwand für Informationstechnik						
518 69	042	Maschinen- und Gerätemieten	11.761,2	11.080,0	2.570,0	2.770,0	2.770,0	2.970,0
0330		Ausländer und Aussiedler						
671 02	219	Maßnahmen zur Förderung der freiwilligen Rückkehr	690,2	500,0	350,0	100,0	50,0	-
	72	Förderung der Kulturarbeit nach § 96 BVFG						
686 72	183	Zuschuss des Landes an die Stiftung Donauschwäbisches Zentralmuseum	385,0	345,0	345,0	-	-	-
	76	Abschiebungshafteinrichtung						
812 76	043	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	272,5	300,0	300,0	-	-	-
0331		Migration						
684 01	290	Zuschüsse an soziale Einrichtungen	250,0	250,0	250,0	-	-	-
		Einzelplan 03						
		Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration	-	141.627,5	51.846,5	39.394,5	33.190,5	17.196,0

Einzelplan 03
Ministerium für Inneres,
Digitalisierung und Migration

Zusammenstellung der Belastungen aus Verpflichtungsermächtigungen

Verpflichtungsermächtigungen	Gesamtbelastung	Von der Gesamtbelastung werden fällig				
		2017	2018	2019	2020	in späteren Haushaltsjahren
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Vorbelastungen nach den Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre, und zwar						
1.1 eingegangene Verpflichtungen in den Haushaltsjahren 2015 und früher.....	316.694,5	67.328,4	57.107,0	50.068,8	24.981,5	500,2
1.2 lt. Staatshaushaltsplan 2016 (Haushaltssoll).....	87.190,0	17.665,0	19.775,5	19.225,4	15.444,1	15.080,0
2. Künftige Belastungen						
2.1 lt. Staatshaushaltsplan 2017 (Haushaltssoll).....	141.627,5	-	51.846,5	39.394,5	33.190,5	17.196,0
3. Gesamtbelastung.....	545.512,0	84.993,4	128.729,0	108.688,7	73.616,1	32.776,2

Stellenpläne und Stellenübersichten

Einzelplan 03

Ministerium für Inneres, Digitalisierung
und Migration

Erläuterungen zu den Stellenplänen

A. Zur Unterscheidung bestimmter Planstellen

A	=	Archivdienst
BAU	=	Bautechn. Dienst
B	=	Bergtechn. Dienst
BI	=	Bibliotheksdienst
BR	=	Feuerwehrentechn. Dienst
E	=	Eichtechn. Dienst
F	=	Forstdienst
G	=	nichttechn. Dienst bei den Gerichten
GE	=	Dienst bei der Gesundheitsverwaltung (Zusatz Gesundheits- im Eingangsamt)
GW	=	Gewerbe-(aufsichts-)dienst
J	=	Justizdienst
K	=	Kartographendienst
L	=	Landwirtschaftstechn. Dienst
O	=	Aufsichtsdienst bei den Justizvollzugsanstalten
R	=	nichttechn. Verwaltungsdienst (Zusatz Regierungs- im Eingangsamt)
S	=	Sozialdienst
ST	=	Dienst in der Steuerverwaltung
T	=	Technischer Dienst (Zusatz Technischer im Eingangsamt)
V	=	Vermessungstechn. Dienst

B. Empfänger von Amtszulagen (Stand 1.1.2017)

A 5	Amtszulage für Hauptwarte und Gestüthauptwärter kw	1
A 5	Amtszulage für Erste Justizhauptwachtmeister und Oberamtsmeister im Sitzungsdienst der Gerichte	2
A 6	Amtszulage im Spitzenamt für Erste Justizhauptwachtmeister	1
A 8 und A 9	Amtszulage für Straßenmeister und Oberstraßenmeister als Leiter einer Straßenmeisterei oder Autobahnmeisterei	3
A 9	Amtszulage für Oberin/Pflegevorsteher sowie Hauptstraßenmeister und im Spitzenamt für Beamte des übrigen mittleren Dienstes, Kriminalhauptwachtmeister kw	4
A 10	Amtszulage für Erste Oberin/Erster Pflegevorsteher	5
A 11	Amtszulage für Fachoberlehrer mit Funktionszusätzen	6
A 12	Amtszulage für Direktoren und Konrektoren an Schulen	7
A 13	Amtszulage für Direktoren und Konrektoren an Schulen, Sonderschuloberlehrer kw	6
A 13	Amtszulage für bestimmte Konrektoren und Seminarschulräte in künftig wegfallenden Ämtern	8
A 13	Amtszulage im Spitzenamt für Rechtspfleger und für Beamte des gehobenen technischen Dienstes	9
A 14	Amtszulage für bestimmte Beamte in herausgehobenen Funktionen an Schulen	6
A 14	Amtszulage für Professoren an einer Berufsakademie in künftig wegfallenden Ämtern	10
A 15	Amtszulage für Professoren in Ämtern als Bereichsleiter an einem Seminar für Didaktik und Lehrerbildung (Gymnasien und berufliche Schulen) und Amtszulage für Fachberater an einem Seminar für Schulpädagogik kw	11
A 15	Amtszulage für Professoren in Ämtern als der ständige Vertreter des Direktors an einem Seminar für Didaktik und Lehrerbildung (Gymnasien und berufliche Schulen)	12
A 15	Amtszulage für bestimmte Beamte im Schulbereich und an sonstigen Einrichtungen	6
A 15	Amtszulage für Regierungsmedizinalkonrektoren	13
A 15	Amtszulage für Professoren als Studiengangleiter an einer Berufsakademie in künftig wegfallenden Ämtern	14
A 15	Amtszulage für Professoren als Studienbereichsleiter an einer Berufsakademie in künftig wegfallenden Ämtern	15
A 16	Amtszulage für Leiter besonders großer und besonders bedeutender unterer Verwaltungsbehörden, Mittel- oder Oberbehörden	16
B 3	Amtszulage für Direktoren einer Päd. Hochschule mit einer Messzahl von mehr als 1 000 bis zu 2 000 in künftig wegfallenden Ämtern	17
R 1 und R 2	Amtszulage für bestimmte Bad. Amtsnotare	18
R 1 bis R 3	Amtszulage für bestimmte Richter und Staatsanwälte	19
R 1 bis R 3	Amtszulage für Leiter von Gerichten mit Registerzuständigkeit	19
R 1 bis R 3	Amtszulage für Leiter von Gerichten mit Grundbuchzuständigkeit	20

Betrag zum 1. Januar 2017
- monatlich -

Euro

38,64 ¹⁾
71,27 ²⁾
134,97 ³⁾
287,77 ⁴⁾
105,23 ⁵⁾
200,48 ⁶⁾
167,15 ⁷⁾
113,05 ⁸⁾
292,42 ⁹⁾
294,73 ¹⁰⁾
133,66 ¹¹⁾
334,08 ¹²⁾
339,15 ¹³⁾
419,40 ¹⁴⁾
523,32 ¹⁵⁾
224,24 ¹⁶⁾
267,27 ¹⁷⁾
221,67 ¹⁸⁾
339,15 ¹⁹⁾
169,58 ²⁰⁾

Hinweis: Die mit kw-Vermerk und zusätzlich mit * versehenen Stellen werden besonders ausgewiesen und summiert. Sie sind in den Stellenzahlen der zugehörigen Bes., bzw. Entgeltgruppen und in den Summen enthalten.
Amtsbezeichnungen gelten - auch bei Leerstellen - jeweils in weiblicher und männlicher Form (vgl. § 2 LBesGBW).

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0301 Ministerium

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

422 01 011 Stellenplan für Beamtinnen und Beamte

a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte

Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017 - ohne Stellen des Polizeivollzugsdienstes.

Die Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten erhalten freie Dienstkleidung und Heilfürsorge.

Feuerwehrtechnische Beamtinnen und Beamte erhalten freie Dienstkleidung und Ausrüstung.

Es können besetzt werden:

Bis zu drei Stellen des gehobenen und drei Stellen des höheren Verwaltungsdienstes können mit entsprechenden Stellen des Polizeivollzugsdienstes gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Planstellen der Schutzpolizei können auch mit Beamtinnen und Beamten der Kriminalpolizei besetzt werden und umgekehrt.

In bis zu 30 Fällen können Planstellen des mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienstes bzw. Planstellen der beim Landesamt für Verfassungsschutz tätigen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten zwischen Kap. 0301, 0314, 0315, 0316, 0317, 0318 und 0319 mit Zustimmung der obersten Dienstbehörde vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden, um Beamtinnen und Beamte im Anschluss an eine besondere Verwendung versetzen zu können.

B 10	Staatssekretär	1,0	1,0
B 9	Ministerialdirektor	2,0	2,0
	1/1 Stelle kann mit einer außertariflichen Arbeitnehmerin / einem außertariflichen Arbeitnehmer besetzt werden.		
B 6	Ministerialdirigent	5,0	6,0
	1/1 Stelleninhaber behält für seine Person Dienstbezüge der Bes.Gr. B 9		
B 6	Landespolizeipräsident	1,0	1,0
B 4	Inspekteur der Polizei	1,0	1,0
B 3	Leitender Ministerialrat	6,0	8,0
B 3	Ministerialrat	16,0	17,0
	1/2 Stelle kann mit einer außertariflichen Arbeitnehmerin / einem außertariflichen Arbeitnehmer besetzt werden.		
	kw spätestens ab 01.01.2022	* 2,0	* 2,0
B 3	Landeskriminaldirektor	1,0	1,0
B 3	Landespolizeidirektor	1,0	1,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0301 Ministerium

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 16		Ministerialrat	29,0	40,0
		0/1 Stelle kann mit einer außertariflichen Arbeitnehmerin / einem außertariflichen Arbeitnehmer besetzt werden.		
		kw spätestens ab 01.01.2020	* 0,0	* 1,0
		kw spätestens ab 01.01.2022	* 1,0	* 1,0
A 16		Leitender Polizeidirektor	4,0	4,0
A 16		Leitender Kriminaldirektor	0,0	1,0
A 15		Regierungsdirektor	50,0	56,0
		kw spätestens ab 01.01.2018	* 1,0	* 0,0
		kw spätestens ab 01.01.2019	* 0,0	* 1,0
		kw nach Übertragung entsprechender Stellen aus anderen Einzelplänen oder Kapiteln, spätestens ab 01.01.2020	* 2,0	* 2,0
		kw spätestens ab 01.01.2020	* 0,0	* 2,0
		kw spätestens ab 01.01.2021	* 0,0	* 1,0
		kw spätestens ab 01.01.2022	* 2,0	* 2,0
A 15		Kriminaldirektor	4,0	5,0
A 15		Polizeidirektor	3,0	3,0
A 14		Oberregierungsrat	26,0	38,0
		kw spätestens ab 01.01.2018	* 1,0	* 1,0
		kw spätestens ab 01.01.2019	* 0,0	* 2,0
		kw spätestens ab 01.08.2019	* 0,0	* 1,0
		kw nach Übertragung einer entsprechenden Stelle aus anderen Einzelplänen oder Kapiteln, spätestens ab 01.01.2020	* 1,0	* 1,0
		kw spätestens ab 01.01.2020	* 0,0	* 2,0
		kw spätestens ab 01.01.2022	* 2,0	* 2,0
		kw spätestens ab 01.01.2023	* 0,0	* 5,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe	* 2,0	* 2,0
A 14		Kriminaloberrat	1,0	0,0
A 14		Polizeioberrat	7,0	6,0
A 13		Regierungsrat	1,0	3,0
A 13		Oberamtsrat	61,5	79,5
		kw spätestens ab 01.01.2019	* 0,0	* 1,0
		kw spätestens ab 01.08.2019	* 0,0	* 1,0
		kw nach Übertragung entsprechender Stellen aus anderen Einzelplänen oder Kapiteln, spätestens ab 01.01.2020	* 2,0	* 2,0
		kw spätestens ab 01.01.2020	* 0,0	* 2,0
		kw spätestens ab 01.01.2022	* 2,0	* 2,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe	* 1,0	* 1,0
A 13		Erster Kriminalhauptkommissar	5,0	5,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0301 Ministerium

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 13		Erster Polizeihauptkommissar	17,0	17,0
A 12		Amtsrat	36,5	40,5
		kw spätestens ab 01.01.2018	* 1,0	* 0,0
		kw spätestens ab 01.01.2019	* 0,0	* 3,0
		kw spätestens ab 01.01.2020	* 0,0	* 2,0
		kw spätestens ab 01.01.2021	* 0,0	* 1,0
		kw spätestens ab 01.01.2022	* 1,0	* 1,0
		kw spätestens ab 01.01.2023	* 0,0	* 1,0
A 12		Amtsrat (T)	1,0	1,0
A 12		Kriminalhauptkommissar	2,0	2,0
A 12		Polizeihauptkommissar	12,0	12,0
A 11		Regierungsamtmann	0,5	2,0
		kw spätestens ab 01.01.2020	* 0,0	* 1,0
		kw spätestens ab 01.01.2023	* 0,0	* 1,0
A 11		Amtmann (T)	1,0	1,0
A 11		Kriminalhauptkommissar	1,0	1,0
A 11		Polizeihauptkommissar	5,0	5,0
A 10		Regierungsoberinspektor	0,0	1,0
		kw spätestens ab 01.01.2020	* 0,0	* 1,0
A 9		Amtsinspektor + Amtszulage	6,0	8,0
A 9		Amtsinspektor	14,5	15,0
		kw spätestens ab 01.01.2020	* 0,0	* 1,0
A 9		Bauamtsinspektor	1,0	1,0
A 8		Regierungshauptsekretär	6,0	6,0
A 7		Regierungsobersekretär	4,0	4,0
Summe a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte			333,0	395,0
Summe kw			* 21,0	* 49,0

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
B 6	(Ministerialdirigent) übertragen von Kap. 1501 Tit. 422 01 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung	1,0	-
B 3	(Leitender Ministerialrat) übertragen von Kap. 1501 Tit. 422 01 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung	2,0	-
B 3	(Ministerialrat) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	1,0	-

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0301 Ministerium

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 16		(Ministerialrat) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	3,0	-
A 16		(Ministerialrat) übertragen von Kap. 0208 Titel 422 01 gegen Übertragung einer Stelle der Bes.Gr. A15 (Regierungsdirektor)	1,0	-
A 16		(Ministerialrat) übertragen von Kap. 1501 Tit. 422 01 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung	3,0	-
A 16		(Ministerialrat) übertragen von Kap. 0801 Tit. 422 01 Abschnitt 1 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung	1,0	-
A 16		(Ministerialrat) neu für Breitbandförderung	1,0	-
A 16		(Ministerialrat) neu zur Verbesserung der Informationssicherheit (Koordination)	1,0	-
A 16		(Ministerialrat) neu wegen Einführung einer landesweiten elektronischen Akte (E-Akte)	1,0	-
kw		(spätestens ab 01.01.2020) neu für Breitbandförderung	* 1,0	* -
A 16		(Leitender Kriminaldirektor) Stellenhebung von Bes.Gr. A 15 (Kriminaldirektor) wegen Strukturverbesserung	1,0	-
A 15		(Regierungsdirektor) übertragen von Kap. 0806 Tit. 682 01 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung	1,0	-
A 15		(Regierungsdirektor) übertragen von Kap. 1501 Tit. 422 01 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung	3,0	-
A 15		(Regierungsdirektor) neu für Breitbandförderung	2,0	-
A 15		(Regierungsdirektor) neu wegen Einführung einer landesweiten elektronischen Akte (E-Akte)	2,0	-
A 15		(Regierungsdirektor) übertragen nach Kap. 0208 Titel 422 01 gegen Rückübertragung einer Stelle der Bes.Gr. A 16 (Ministerialrat)	-	1,0
A 15		(Regierungsdirektor) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	1,0
kw		(spätestens ab 01.01.2018) Wegfall wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* -	* 1,0
kw		(spätestens ab 01.01.2019) übertragen von Kap. 1501 Tit. 422 01 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung	* 1,0	* -
kw		(spätestens ab 01.01.2020) neu für Breitbandförderung	* 2,0	* -
kw		(spätestens ab 01.01.2021) neu wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* 1,0	* -
A 15		(Kriminaldirektor) Stellenhebung von Bes.Gr. A 14 (Kriminaloberrat) wegen Strukturverbesserung	1,0	-
A 15		(Kriminaldirektor) Stellenhebung von Bes.Gr. A 14 (Polizeiobererrat) wegen Strukturverbesserung	1,0	-
A 15		(Kriminaldirektor) Stellenhebung nach Bes.Gr. A 16 (Leitender Kriminaldirektor) wegen Strukturverbesserung	-	1,0
A 14		(Oberregierungsrat) übertragen von Kap. 1501 Tit. 422 01 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung	5,0	-

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0301 Ministerium

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 14		(Oberregierungsrat) übertragen von Kap. 0806 Tit. 682 01 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung	1,0	-
A 14		(Oberregierungsrat) neu für Breitbandförderung	2,0	-
A 14		(Oberregierungsrat) neu zur Verbesserung der Informationssicherheit	2,0	-
A 14		(Oberregierungsrat) neu wegen Einführung einer landesweiten elektronischen Akte (E-Akte)	5,0	-
A 14		(Oberregierungsrat) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	3,0
kw		(spätestens ab 01.01.2019) übertragen von Kap. 1501 Tit. 422 01 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung	* 2,0	* -
kw		(spätestens ab 01.08.2019) übertragen von Kap. 1501 Tit. 422 01 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung	* 1,0	* -
kw		(spätestens ab 01.01.2020) neu für Breitbandförderung	* 2,0	* -
kw		(spätestens ab 01.01.2023) neu wegen Einführung einer landesweiten elektronischen Akte (E-Akte)	* 5,0	* -
A 14		(Kriminaloberrat) Stellenhebung nach Bes.Gr. A 15 (Kriminaldirektor) wegen Strukturverbesserung	-	1,0
A 14		(Polizeioberrat) Stellenhebung nach Bes.Gr. A 15 (Kriminaldirektor) wegen Strukturverbesserung	-	1,0
A 13		(Regierungsrat) übertragen von Kap. 0806 Tit. 682 01 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung	2,0	-
A 13		(Oberamtsrat) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	9,0	-
A 13		(Oberamtsrat) übertragen von Kap. 1501 Tit. 422 01 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung	4,0	-
A 13		(Oberamtsrat) neu für Breitbandförderung	2,0	-
A 13		(Oberamtsrat) neu zur Verbesserung der Informationssicherheit	1,0	-
A 13		(Oberamtsrat) neu zur Verbesserung der Informationssicherheit (Koordination)	1,0	-
A 13		(Oberamtsrat) neu wegen Einführung einer landesweiten elektronischen Akte (E-Akte)	1,0	-
kw		(spätestens ab 01.01.2019) übertragen von Kap. 1501 Tit. 422 01 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung	* 1,0	* -
kw		(spätestens ab 01.08.2019) übertragen von Kap. 1501 Tit. 422 01 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung	* 1,0	* -
kw		(spätestens ab 01.01.2020) neu für Breitbandförderung	* 2,0	* -
A 12		(Amtsrat) übertragen von Kap. 0806 Tit. 682 01 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung	3,0	-
A 12		(Amtsrat) übertragen von Kap. 1501 Tit. 422 01 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung	7,0	-
A 12		(Amtsrat) neu für Breitbandförderung	2,0	-

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0301 Ministerium

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

Leerstellen für planmäßige Beamtinnen und Beamte (kw)

B 3	Leitender Ministerialrat	1,0	1,0
A 15	Regierungsdirektor	1,0	0,0
A 14	Oberregierungsrat	2,0	1,0
A 14	Polizeioberrat	1,0	1,0
A 11	Regierungsamtmann	2,0	2,0
A 9	Amtsinspektor	2,0	2,0
Summe Leerstellen planmäßige Beamte/innen (kw)		9,0	7,0

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
A 15	(Regierungsdirektor) Wegfall, Bedarf entfallen	-	1,0
A 14	(Oberregierungsrat) Wegfall, Bedarf entfallen	-	1,0
zus. Leerstellen planmäßige Beamte/innen (kw)		-	2,0
bleiben		-	2,0

Summe Stellenplan für Beamtinnen und Beamte (ohne Leerstellen)	333,0	395,0
Summe kw	* 21,0	* 49,0

428 01 011 Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)

TV-L c) Tarifliche Beschäftigte

14		1,0	1,0
	ku 1/1 nach Entg.Gr. 13 mit Ausscheiden des Stelleninhabers		
13		1,0	1,0
11		1,0	1,0
9		11,0	11,0
	kw nach Übertragung einer entsprechenden Stelle aus anderen Einzelplänen oder Kapiteln, spätestens ab 01.01.2020	* 1,0	* 1,0
	kw spätestens ab 01.01.2022	* 1,0	* 1,0
8		16,5	17,5
	ku 3/3 nach Entg.Gr. 6 mit Ausscheiden des Stelleninhabers		
7		3,0	4,0
	kw spätestens ab 01.01.2022	* 2,0	* 2,0
6		23,0	24,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0301 Ministerium

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
5			2,5	1,5
		kw spätestens ab 01.01.2022	* 1,0	* 1,0
4		Kraftfahrer	4,0	4,0
		kw spätestens ab 01.01.2022	* 1,0	* 1,0
2-5		Beschäftigte für Bürokommunikation	15,5	15,5
Summe c) Tarifliche Beschäftigte			78,5	80,5
Summe kw			* 6,0	* 6,0

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
8	übertragen von Kap. 1501 Tit. 428 01 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung	1,0	-
7	übertragen von Kap. 1501 Tit. 428 01 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung	1,0	-
6	übertragen von Kap. 1501 Tit. 428 01 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung	1,0	-
5	Stellenwegfall zum 01.09.2016 gem. § 2 Abs. 3 StHG 2015/16	-	1,0
zus. c) Tarifliche Beschäftigte		3,0	1,0
bleiben		2,0	-

Summe Stellenübersicht Arbeitnehmer/innen	78,5	80,5
Summe kw	* 6,0	* 6,0
Summe Ministerium (ohne Leerstellen)	411,5	475,5
Summe kw	* 27,0	* 55,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

Zum Fachpersonal im Sinne von § 5 Abs. 1 des Landesverwaltungsgesetzes in der Fassung vom 03.02.2005 (GBl. S.159) und des Beschlusses des Ministerrats vom 19.02.1974 zählen:

- die Leiterinnen und Leiter der Referate, die der Fachaufsicht eines anderen Ministeriums als des Innenministeriums unterliegen;
- Beamtinnen und Beamte mit Amtsbezeichnungen, die einen Hinweis auf eine Ausbildung als Technikerin oder Techniker, Naturwissenschaftlerin oder Naturwissenschaftler o. ä. oder im Sozialdienst enthalten und die in einem Referat tätig sind, das der Fachaufsicht eines anderen Ministeriums als des Innenministeriums unterliegt;
- Beschäftigte mit entsprechenden Funktionen;
- Preisprüferinnen und Preisprüfer, soweit sie zum höheren Dienst zu rechnen sind.

Zu den Abschnitten 4 - Versorgungskurkliniken -:
Der Ministerrat hat am 20.07.2004 die Schließung der Versorgungskurkliniken in Bad Mergentheim und Bad Wildbad zum 31.03.2005 beschlossen.

422 01 012 Stellenplan für Beamtinnen und Beamte

a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte

Die Bezirksbrandmeisterin/der Bezirksbrandmeister und zwei feuerwehrentechnische Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter erhalten freie Dienstkleidung und Ausrüstung.

Planstellen der Bes.Gr. A 15 und A 16 der Kapitel 0806, 0809, 0826, 0831, 0913, 1005, 1006 und 1304, die nicht für leitende Fachbeamtinnen und Fachbeamte gebunden sind und auch nicht für Beamtinnen und Beamte der jeweiligen Fachverwaltung bei einem Landratsamt benötigt werden, können im Einvernehmen mit dem jeweiligen Fachressort bei Bedarf vorübergehend für Beamtinnen und Beamte derselben Fachverwaltung beim Regierungspräsidium gegen Besetzung einer dortigen Stelle der Bes.Gr. A 14 in Anspruch genommen werden. Diese Planstellen des höheren Dienstes können gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Die Planstellen des nichttechnischen Verwaltungsdienstes können auch mit Beamtinnen und Beamten anderer Laufbahnen des nichttechnischen Dienstes besetzt werden. Die Planstellen des bautechnischen Verwaltungsdienstes können auch mit Beamtinnen und Beamten anderer Laufbahnen des technischen Dienstes besetzt werden. Die Planstellen des nichttechnischen und technischen Dienstes sind gegenseitig besetzbar.

Zum Ausgleich unterschiedlicher Beförderungsverhältnisse können Planstellen aus Tit. 422 01 Abschnitt 1, Tit. 682 02 und 682 03 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Zum Ausgleich unterschiedlicher Beförderungsverhältnisse können mit Zustimmung der obersten Dienstbehörde in Einzelfällen Planstellen der Bes.Gr. A 14 zwischen Kap. 0304, 0305, 0306 und 0307 einerseits und Kap. 0312 andererseits vorübergehend in Anspruch genommen werden.

1. Regierungspräsidium

B 8	Regierungspräsident	1,0	1,0
-----	---------------------	-----	-----

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
B 4		Regierungsvizepräsident	1,0	1,0
B 3		Abteilungspräsident 2)	5,0	5,0
B 2		Abteilungsdirektor	10,0	10,0
		1 Stelleninhaber behält für seine Person die Dienstbezüge der Bes.Gr. B 3.		
A 16		Leitender Regierungsdirektor	22,0	32,0
		1 Stelle kann mit einer Beamtin/einem Beamten des schulpädagogischen oder schulpsychologischen Dienstes aus Kap. 0403 Tit. 422 01 besetzt werden.		
		1 Stelle kann mit einer/einem außertariflich Beschäftigten besetzt werden.		
A 16		Leitender Baudirektor	14,0	14,0
A 15		Regierungsdirektor	57,0	72,0
		2 Stellen können mit Beamtinnen und Beamten des schulpädagogischen oder schulpsychologischen Dienstes aus Kap. 0403 Tit. 422 01 besetzt werden.		
		kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungs-Verfahren)	* 1,0	* 1,0
A 15		Baudirektor	39,0	41,0
		2/2 beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 422 01 A		
A 14		Oberregierungsrat	99,5	103,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungs-Verfahren)	* 1,0	* 1,0
		kw spätestens ab 01.01.2019	* 1,0	* 1,0
A 14		Oberbaurat	66,5	67,5
		4/4 beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 422 01 A		
A 13		Regierungsrat	16,0	19,0
A 13		Baurat	20,5	28,5
		9/15 beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 422 01 A		
A 13		Oberamtsrat (Bau) + Amtszulage	5,0	5,0
A 13		Oberamtsrat (Bau)	21,0	21,0
		2/2 beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 422 01 A		
A 13		Oberamtsrat (R)	52,0	60,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungs-Verfahren)	* 4,0	* 4,0
A 12		Amtsrat (Bau)	63,0	63,0
		7/7 beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 422 01 A		
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers	* 1,0	* 1,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 12		Amtsrat (R)	103,5	115,5
		kw spätestens ab 01.07.2017	* 3,0	* 0,0
		kw spätestens ab 01.01.2018	* 2,0	* 1,0
		kw spätestens ab 01.01.2019	* 0,0	* 8,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungs-Verfahren)	* 2,0	* 2,0
A 11		Regierungsamtmann	122,5	110,5
		kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungs-Verfahren)	* 4,0	* 4,0
A 11		Bauamtmann	45,0	45,0
		6/6 beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 422 01 A		
A 10		Regierungsoberinspektor	44,0	44,0
		kw spätestens ab 01.01.2018	* 1,0	* 1,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungs-Verfahren)	* 2,0	* 2,0
A 10		Bauoberinspektor	17,0	23,0
		Auf 6 Stellen darf bis zur Verbeamtung eine Arbeitnehmerin/ein Arbeitnehmer der Entg.Gr. 10 TV-L geführt werden.		
		4/10 beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 422 01 A		
A 9		Regierungsinspektor	10,0	10,0
A 9		Amtsinspektor (Bau) + Amtszulage 1)	2,0	2,0
A 9		Amtsinspektor (R) + Amtszulage	10,0	19,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungs-Verfahren)	* 1,0	* 1,0
A 9		Amtsinspektor (Bau) 1)	11,0	11,0
A 9		Amtsinspektor (R) 1)	15,5	7,5
		kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungs-Verfahren)	* 2,5	* 2,5
A 8		Regierungshauptsekretär	34,0	34,0
		kw spätestens ab 01.01.2018	* 1,0	* 0,0
		kw spätestens ab 01.01.2019	* 0,0	* 1,0
A 8		Bauhauptsekretär 1)	3,0	3,0
A 7		Regierungsobersekretär	19,5	19,5
A 7		Bauobersekretär	1,5	1,5
A 6		Regierungssekretär	1,0	1,0
A 6		Oberamtsmeister	1,0	1,0
A 5		Oberamtsmeister	3,0	3,0
Summe 1. Regierungspräsidium			936,0	993,5
Summe kw			* 26,5	* 30,5

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

- 1) Die Leiterinnen und Leiter einer Autobahnmeisterei erhalten eine Amtszulage nach der Fußnote 2) zu Bes.Gr. A 8 bzw. nach der Fußnote 4) zu Bes.Gr. A 9 der Landesbesoldungsordnung A.
 2) Die Amtsbezeichnung kann auch mit einem Zusatz versehen werden, der auf die Fachrichtung der Abteilung hinweist.

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
A 16	(Leitender Regierungsdirektor) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	7,0	-
A 16	(Leitender Regierungsdirektor) übertragen von Kapitel 0307 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	1,0	-
A 16	(Leitender Regierungsdirektor) übertragen von Kapitel 0305 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	1,0	-
A 16	(Leitender Regierungsdirektor) übertragen von Kapitel 0304 Titel 68203 in Umsetzung des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG)	1,0	-
A 15	(Regierungsdirektor) übertragen von Kapitel 0305 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	1,0	-
A 15	(Regierungsdirektor) übertragen von Kapitel 0306 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	2,0	-
A 15	(Regierungsdirektor) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	8,0	-
A 15	(Regierungsdirektor) übertragen von Kapitel 0304 Titel 68203 in Umsetzung des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG)	4,0	-
A 15	(Baudirektor) übertragen von Kapitel 0305 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	1,0	-
A 15	(Baudirektor) übertragen von Kapitel 0307 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	1,0	-
A 14	(Oberregierungsrat) übertragen von Kapitel 0305 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	5,0	-
A 14	(Oberregierungsrat) übertragen von Kapitel 0306 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	4,0	-
A 14	(Oberregierungsrat) übertragen von Kapitel 0307 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	1,0	-
A 14	(Oberregierungsrat) übertragen von Kapitel 0305 Titel 42201 Abschnitt 1 für den Bereich der Windenergie	2,0	-
A 14	(Oberregierungsrat) übertragen von Kapitel 0306 Titel 42201 Abschnitt 1 für den Bereich der Windenergie	1,0	-
A 14	(Oberregierungsrat) übertragen von Kapitel 0307 Titel 42201 Abschnitt 1 für den Bereich der Windenergie	2,0	-
A 14	(Oberregierungsrat) übertragen von Kapitel 0304 Titel 68203 in Umsetzung des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG)	3,5	-
A 14	(Oberregierungsrat) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	7,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 14		(Oberregierungsrat) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	8,0
A 14		(Oberbaurat) übertragen von Kapitel 0305 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	1,0	-
A 13		(Regierungsrat) übertragen von Kapitel 0306 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	1,0	-
A 13		(Regierungsrat) übertragen von Kapitel 0307 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	2,0	-
A 13		(Baurat) übertragen von Kapitel 0305 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	1,0	-
A 13		(Baurat) übertragen von Kapitel 0307 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	1,0	-
A 13		(Baurat) neu für Stellenaufwuchs in der Straßenbauverwaltung	6,0	-
A 13		(Oberamtsrat (R)) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	8,0	-
A 12		(Amtsrat (R)) übertragen von Kapitel 0306 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	1,0	-
A 12		(Amtsrat (R)) übertragen von Kapitel 0307 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	1,0	-
A 12		(Amtsrat (R)) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	6,0	-
A 12		(Amtsrat (R)) neu für Querschnittsaufgaben wegen gestiegener Flüchtlingszahlen (Bewilligung FM vom 02.02.2016, Az.:02-04HH.0300/173)	4,0	-
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für Querschnittsaufgaben wegen gestiegener Flüchtlingszahlen (Bewilligung MFW vom 02.02.2016, Az.:02-04HH.0300/173)	* 4,0	* -
kw		(spätestens ab 01.07.2017) Wegfall wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* -	* 4,0
kw		(spätestens ab 01.07.2017) Wegfall wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* -	* 3,0
kw		(spätestens ab 01.01.2018) Wegfall wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* -	* 1,0
kw		(spätestens ab 01.01.2019) neu wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* 4,0	* -
kw		(spätestens ab 01.01.2019) neu wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* 3,0	* -
kw		(spätestens ab 01.01.2019) neu wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* 1,0	* -
A 11		(Regierungsamtmann) übertragen von Kapitel 0305 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	1,0	-
A 11		(Regierungsamtmann) übertragen von Kapitel 0307 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	1,0	-
A 11		(Regierungsamtmann) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	8,0
A 11		(Regierungsamtmann) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	6,0
A 10		(Bauoberinspektor) neu für Stellenaufwuchs in der Straßenbauverwaltung	6,0	-
A 9		(Amtsinspektor (R) + Amtszulage) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	9,0	-

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 9		(Amtsinspektor (R)) übertragen von Kapitel 0306 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	1,0	-
A 9		(Amtsinspektor (R)) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	9,0
kw		(spätestens ab 01.01.2018) Wegfall wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* -	* 1,0
kw		(spätestens ab 01.01.2019) neu wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* 1,0	* -
		zus. 1. Regierungspräsidium	95,5	38,0
		zus. kw	* 13,0	* 9,0
		bleiben	57,5	-
		bleiben kw	* 4,0	* -

3. SV Sparkassenversicherung

- aus Tit. 422 73 werden beschäftigt -

A 14	Oberregierungsrat	6,0	5,0
	kw 1)	* 6,0	* 5,0
A 14	Oberbaurat	2,0	1,0
	kw 1)	* 2,0	* 1,0
A 13	Oberamtsrat (Bau) + Amtszulage	4,0	4,0
	kw 1)	* 4,0	* 4,0
A 13	Oberamtsrat (Bau)	9,0	7,0
	kw 1)	* 9,0	* 7,0
A 13	Oberamtsrat (R)	6,0	6,0
	kw 1)	* 6,0	* 6,0
A 12	Amtsrat (Bau)	27,0	26,0
	kw 1)	* 27,0	* 26,0
A 12	Amtsrat (R)	10,0	10,0
	kw 1)	* 10,0	* 10,0
A 11	Regierungsamtmann	3,0	3,0
	kw 1)	* 3,0	* 3,0
A 11	Bauamtmann	4,0	3,0
	kw 1)	* 4,0	* 3,0
A 9	Amtsinspektor (R) + Amtszulage	2,0	2,0
	kw 1)	* 2,0	* 2,0
A 9	Amtsinspektor (R)	4,0	4,0
	kw 1)	* 4,0	* 4,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 8		Regierungshauptsekretär	4,0	4,0
		kw 1)	* 4,0	* 4,0
Summe 3. SV Sparkassenversicherung			81,0	75,0
Summe kw			* 81,0	* 75,0

1) Die kw-Vermerke können im Falle des Freiwerdens der Stelle wegen Ruhestand mit Zustimmung des Ministeriums für Finanzen abweichend von § 47 Abs. 2 LHO vollzogen werden.

Veränderungsnachweis	2017	
	Zugang	Abgang
A 14 (Oberregierungsrat) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	-	1,0
kw Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	* -	* 1,0
A 14 (Oberbaurat) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	-	1,0
kw Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	* -	* 1,0
A 13 (Oberamtsrat (Bau)) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	-	2,0
kw Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	* -	* 2,0
A 12 (Amtsrat (Bau)) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	-	1,0
kw Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	* -	* 1,0
A 11 (Bauamtmann) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	-	1,0
kw Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	* -	* 1,0
zus. 3. SV Sparkassenversicherung	-	6,0
zus. kw	* -	* 6,0
bleiben	-	6,0
bleiben kw	* -	* 6,0

Summe a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte 1.017,0 1.068,5

Summe kw * 107,5 * 105,5

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

Leerstellen für planmäßige Beamtinnen und Beamte (kw)

1. Regierungspräsidium

A 14	Oberbaurat	0,0	1,0
A 11	Regierungsamtmann	3,0	3,0
Summe 1. Regierungspräsidium		3,0	4,0

Veränderungsnachweis	2017	
	Zugang	Abgang
A 14 (Oberbaurat) neu für nach § 31 Abs. 1 AzUVO beurlaubte Beamte	1,0	-
zus. 1. Regierungspräsidium	1,0	-
bleiben	1,0	-

Summe Leerstellen planmäßige Beamte/innen (kw) 3,0 4,0

Summe Stellenplan für Beamtinnen und Beamte (ohne Leerstellen) 1.017,0 1.068,5

Summe kw * 107,5 * 105,5

422 03 012 Stellenübersicht für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst u. dgl.

Bei den einzelnen Regierungspräsidien kann die Zahl der beschäftigten Regierungsbaureferendarinnen und Regierungsbaureferendare überschritten werden, wenn dadurch die Gesamtzahl der bei den Regierungspräsidien ausgebrachten Stellen für Regierungsbaureferendarinnen und Regierungsbaureferendare (Kap. 0304 - 0307: insgesamt 30 Stellen) nicht überschritten wird.

Die angegebenen Stellenzahlen können kurzfristig überschritten werden, wenn dies notwendig ist, weil sich Beginn und Ende des Vorbereitungsdienstes teilweise überschneiden.

a) Anwärterinnen und Anwärter und Auszubildende in einem öffentlich- rechtlichen Ausbildungsverhältnis

1. Regierungspräsidium

Regierungsbaureferendar	11,0	11,0
Regierungsbauinspektoranwärter	2,0	2,0
Regierungssekretäranwärter und Auszubildende in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis (mittlerer nichttechnischer Dienst)	18,0	18,0
Summe 1. Regierungspräsidium	31,0	31,0
Summe a) Anwärter/innen und Azubis	31,0	31,0
Summe Stellenübersicht Beamte/innen Widerruf	31,0	31,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
428 01	012	Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)		
TV-L		c) Tarifliche Beschäftigte		
		1. Regierungspräsidium		
15			1,0	5,0
14			12,0	24,5
		kw mit Wegfall der Sonderaufgabe (Inventarisierung in der Denkmalpflege)	* 2,5	* 11,5
		ku 3/10 nach Entg.Gr. 13 mit Ausscheiden des Stelleninhabers		
		davon 2,5/9,5 kw mit Wegfall der Sonderaufgabe (Inventarisierung in der Denkmalpflege)		
14		Natura 2000	3,0	3,0
		Beschäftigt aus Kap. 1008 Tit. 429 91		
		ku 3/3 nach Entg.Gr. 13 mit Ausscheiden des Stelleninhabers		
13			22,5	30,0
		3/3 beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 428 01 A		
		kw mit Wegfall der Sonderaufgabe (Inventarisierung in der Denkmalpflege)	* 3,0	* 8,5
13		Natura 2000	0,0	1,0
		Beschäftigt aus Kap. 1008 Tit. 429 91		
13		Wasserrahmenrichtlinie	1,0	1,0
		Beschäftigt aus Kap. 1005 Tit. 429 76		
12			32,0	32,0
12		Kampfmittelbeseitigungsdienst	3,0	3,0
		Beschäftigt aus Tit. 428 72		
12		Straßenbau	4,0	6,0
		Beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 428 01 A		
11			50,0	53,0
11		Kampfmittelbeseitigungsdienst	1,0	1,0
		Beschäftigt aus Tit. 428 72		
10			32,5	32,5
10		Natura 2000	3,0	3,0
		Beschäftigt aus Kap. 1008 Tit. 429 91		

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
10		Straßenbau Beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 428 01 A	9,0	9,0
9		kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungs- Verfahren)	65,0	73,0
			* 3,0	* 3,0
9		Kampfmittelbeseitigungsdienst Beschäftigt aus Tit. 428 72	7,0	7,0
9		Straßenbau Beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 428 01 A	3,0	5,0
8		kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungs- Verfahren)	107,5	109,5
		ku 7/7 nach Entg.Gr. 7 mit Ausscheiden des Stelleninhabers	* 1,0	* 1,0
8		Straßenbau Beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 428 01 A	20,0	22,5
6		0/1 beschäftigt aus Kap. 1008 Tit. 429 91	62,5	72,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers	* 2,0	* 2,0
		ku 5/5 nach Entg.Gr. 5 mit Ausscheiden des Stelleninhabers		
6		Kampfmittelbeseitigungsdienst Beschäftigt aus Tit. 428 72	14,0	14,0
5		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers	7,5	14,5
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.01.2018	* 1,0	* 1,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungs- Verfahren)	* 1,0	* 1,0
		ku 0/1 nach Entg.Gr. 4 mit Ausscheiden des Stelleninhabers	* 0,5	* 0,5
5		Kraftfahrer	0,5	0,5
4		Kraftfahrer ku 1/1 nach Entg.Gr. 9 mit Ausscheiden des Stelleninhabers	26,5	26,5
2-5		Beschäftigte für Bürokommunikation	76,5	84,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungs- Verfahren)	* 4,0	* 4,0
		kw gem. VRG	* 2,0	* 2,0
Summe 1. Regierungspräsidium			564,0	632,5
Summe kw			* 20,0	* 34,5

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
15	übertragen von Kapitel 0304 Titel 68203 in Umsetzung des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG)	4,0	-
14	übertragen von Kapitel 0305 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege davon 3 Stellen ku nach E 13	3,0	-
14	übertragen von Kapitel 0306 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	1,0	-
14	übertragen von Kapitel 0306 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege davon 4 Stellen ku nach E 13	4,0	-
14	übertragen von Kapitel 0307 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege davon 2 Stellen ku nach Entg.Gr. 13 mit Ausscheiden des Stelleninhabers	4,0	-
14	übertragen von Kapitel 0304 Titel 68203 in Umsetzung des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG)	1,5	-
14	Wegfall in Vollzug des persönlichen ku-Vermerks aufgrund Anpassung an die Entgeltordnung vom 01.01.2012	-	1,0
kw	(mWd Aufgabe spät zum) übertragen von Kapitel 0305 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	* 3,0	* -
kw	(mWd Aufgabe spät zum) übertragen von Kapitel 0306 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	* 4,0	* -
kw	(mWd Aufgabe spät zum) übertragen von Kapitel 0307 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege davon 1 ku nach Entg. Gr. 13 mit Ausscheiden des Stelleninhabers	* 3,0	* -
kw	(mWd Aufgabe spät zum) Wegfall in Vollzug des persönlichen ku-Vermerks aufgrund Anpassung an die Entgeltordnung vom 01.01.2012	* -	* 1,0
13	übertragen von Kapitel 0305 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	2,0	-
13	übertragen von Kapitel 0306 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	1,5	-
13	übertragen von Kapitel 0307 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	3,0	-
13	Zugang in Vollzug des persönlichen ku-Vermerks aufgrund Anpassung an die Entgeltordnung vom 01.01.2012	1,0	-
kw	(mWd Aufgabe spät zum) übertragen von Kapitel 0305 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	* 2,0	* -
kw	(mWd Aufgabe spät zum) übertragen von Kapitel 0306 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	* 1,5	* -
kw	(mWd Aufgabe spät zum) übertragen von Kapitel 0307 Titel 42801 Abschnitt 01 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	* 1,0	* -
kw	(mWd Aufgabe spät zum) Zugang in Vollzug des persönlichen ku-Vermerks aufgrund Anpassung an die Entgeltordnung vom 01.01.2012	* 1,0	* -
13	(Natura 2000) neu wegen Verstetigung einer Sachmittelstelle aus dem Kapitel 1008	1,0	-
12	(Straßenbau) neu für Stellenaufwuchs in der Straßenbauverwaltung	2,0	-
11	übertragen von Kapitel 0305 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	1,0	-

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
11		übertragen von Kapitel 0306 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	1,0	-
11		übertragen von Kapitel 0307 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	1,0	-
9		übertragen von Kapitel 0305 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	3,0	-
9		übertragen von Kapitel 0306 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	3,0	-
9		übertragen von Kapitel 0307 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	2,0	-
9		(Straßenbau) neu für Stellenaufwuchs in der Straßenbauverwaltung	2,0	-
8		übertragen von Kapitel 0305 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	1,0	-
8		übertragen von Kapitel 0307 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	1,0	-
8		(Straßenbau) übertragen von Kapitel 0306 Titel 42801 Abschnitt 1 wegen Übergang Brückenuntersichtsgerät im Straßenbau	1,0	-
8		(Straßenbau) neu für Stellenaufwuchs in der Straßenbauverwaltung	1,5	-
6		übertragen von Kapitel 0305 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	1,0	-
6		übertragen von Kapitel 0306 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	2,0	-
6		übertragen von Kapitel 0307 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	2,0	-
6		übertragen von Kapitel 0304 Titel 68203 in Umsetzung des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG)	3,5	-
6		neu im Rahmen Aufwuchs Naturschutz (Pflegetrupp)	1,0	-
5		übertragen von Kapitel 0306 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	1,0	-
5		übertragen von Kapitel 0307 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	1,0	-
5		übertragen von Kapitel 0304 Titel 68203 in Umsetzung des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG) davon 1 Stelle ku nach Entg.Gr.4	5,0	-
2-5		(Beschäftigte für Bürokommunikation) übertragen von Kapitel 0305 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	3,0	-
2-5		(Beschäftigte für Bürokommunikation) übertragen von Kapitel 0306 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	2,5	-
2-5		(Beschäftigte für Bürokommunikation) übertragen von Kapitel 0307 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	2,0	-
		zus. 1. Regierungspräsidium	69,5	1,0
		zus. kw	* 15,5	* 1,0
		bleiben	68,5	-
		bleiben kw	* 14,5	* -

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
3. SV Sparkassenversicherung				
- aus Tit. 428 73 werden beschäftigt -				
3.1 Nichttechnischer Dienst				
15			1,0	1,0
	kw		* 1,0	* 1,0
13			1,0	0,0
	kw		* 1,0	* 0,0
12			2,0	2,0
	kw		* 2,0	* 2,0
11			8,0	5,0
	kw		* 8,0	* 5,0
10			2,0	2,0
	kw		* 2,0	* 2,0
9			10,0	10,0
	kw		* 10,0	* 10,0
8			18,0	16,0
	kw		* 18,0	* 16,0
6			8,0	6,0
	kw		* 8,0	* 6,0
5			8,0	7,0
	kw		* 8,0	* 7,0
Summe 3.1 Nichttechnischer Dienst			58,0	49,0
Summe kw			* 58,0	* 49,0

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
13	Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	-	1,0
kw	Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	* -	* 1,0
11	Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	-	3,0
kw	Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	* -	* 3,0
8	Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	-	2,0
kw	Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	* -	* 2,0
6	Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	-	2,0
kw	Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	* -	* 2,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
	5	Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	-	1,0
	kw	Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	* -	* 1,0
		zus. 3.1 Nichttechnischer Dienst	-	9,0
		zus. kw	* -	* 9,0
		bleiben	-	9,0
		bleiben kw	* -	* 9,0

3.2 Technischer Dienst

14		2,0	2,0
	kw	* 2,0	* 2,0
13		3,0	3,0
	kw	* 3,0	* 3,0
12		13,0	9,0
	kw	* 13,0	* 9,0
11		17,0	13,0
	kw	* 17,0	* 13,0
10		2,0	2,0
	kw	* 2,0	* 2,0
Summe 3.2 Technischer Dienst		37,0	29,0
Summe kw		* 37,0	* 29,0

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
12	Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	-	4,0
kw	Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	* -	* 4,0
11	Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	-	4,0
kw	Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	* -	* 4,0
	zus. 3.2 Technischer Dienst	-	8,0
	zus. kw	* -	* 8,0
	bleiben	-	8,0
	bleiben kw	* -	* 8,0

Summe 3. SV Sparkassenversicherung 95,0 78,0

Summe kw * 95,0 * 78,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

4. Versorgungskurkliniken

- aus Tit. 428 74 werden beschäftigt -

4.1 Ärzte, Technisches Personal

3			1,0	1,0
	kw		* 1,0	* 1,0
Summe 4.1 Ärzte, Technisches Personal			1,0	1,0
Summe kw			* 1,0	* 1,0

4.2 Pflegepersonal

KR 8a			1,0	1,0
	kw		* 1,0	* 1,0
KR 7a			0,5	0,0
	kw		* 0,5	* 0,0
Summe 4.2 Pflegepersonal			1,5	1,0
Summe kw			* 1,5	* 1,0

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
KR 7a	Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	-	0,5
kw	Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	* -	* 0,5
	zus. 4.2 Pflegepersonal	-	0,5
	zus. kw	* -	* 0,5
	bleiben	-	0,5
	bleiben kw	* -	* 0,5

Summe 4. Versorgungskurkliniken	2,5	2,0
Summe kw	* 2,5	* 2,0
Summe c) Tarifliche Beschäftigte	661,5	712,5
Summe kw	* 117,5	* 114,5
Summe Stellenübersicht für Arbeitnehmer/innen	661,5	712,5
Summe kw	* 117,5	* 114,5

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

682 02 623 Stellenplan für Beamtinnen und Beamte im Landesbetrieb

Landesbetrieb Gewässer

Zum Ausgleich unterschiedlicher Beförderungsverhältnisse können Planstellen aus Tit. 422 01 Abschnitt 1, Tit. 682 02 und 682 03 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Zum Ausgleich unterschiedlicher Beförderungsverhältnisse können
- innerhalb der Laufbahnen des technischen Dienstes und
- innerhalb der Laufbahnen des nichttechnischen Dienstes
mit Zustimmung des Innenministeriums in Einzelfällen Planstellen bei Kap. 0304 - 0307 Tit. 682 02 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Die Planstellen des nichttechnischen Verwaltungsdienstes können auch mit Beamtinnen und Beamten anderer Laufbahnen des nichttechnischen Dienstes besetzt werden. Die Planstellen des bautechnischen Verwaltungsdienstes können auch mit Beamtinnen und Beamten anderer Laufbahnen des technischen Dienstes besetzt werden. Die Planstellen des nichttechnischen und technischen Dienstes sind gegenseitig besetzbar.

Planstellen für Beamtinnen und Beamte im Landesbetrieb

A 16	Leitender Baudirektor	1,0	1,0
A 15	Baudirektor	1,0	1,0
A 14	Oberbaurat	3,5	3,5
A 13	Baurat	1,0	1,0
A 13	Oberamtsrat (Bau) + Amtszulage	1,0	1,0
A 13	Oberamtsrat (Bau)	2,0	2,0
A 12	Amtsrat (Bau)	5,0	5,0
A 11	Regierungsamtmann	1,0	1,0
A 11	Bauamtmann	2,0	2,0
A 9	Amtsinspektor (Bau) + Amtszulage	2,0	2,0
A 9	Amtsinspektor (Bau)	3,0	3,0
A 8	Regierungshauptsekretär	1,0	1,0
A 8	Bauhauptsekretär	1,0	1,0
Summe Planstellen Beamte/innen Landesbetrieb		24,5	24,5
Summe Stellenplan Beamte/innen Landesbetrieb		24,5	24,5

682 03 311 Stellenplan für Beamtinnen und Beamte im Landesbetrieb

Landesbetrieb Landesgesundheitsamt

Zum Ausgleich unterschiedlicher Beförderungsverhältnisse können Planstellen aus Tit. 422 01 Abschnitt 1, Tit. 682 02 und 682 03 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

Die Planstellen des nichttechnischen Verwaltungsdienstes können auch mit Beamtinnen und Beamten anderer Laufbahnen des nichttechnischen Dienstes besetzt werden. Die Planstellen des bautechnischen Verwaltungsdienstes können auch mit Beamtinnen und Beamten anderer Laufbahnen des technischen Dienstes besetzt werden. Die Planstellen des nichttechnischen und technischen Dienstes sind gegenseitig besetzbar.

Im Rahmen der Aus-, Weiter- und Fortbildung werden vorübergehend Angehörige des höheren Dienstes des Landesgesundheitsamts zu Krankenhäusern und anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens und umgekehrt abgeordnet. In diesen Fällen wird zur Geschäftsvereinfachung von einem Besoldungs- oder Vergütungsausgleich abgesehen.

Planstellen für Beamtinnen und Beamte im Landesbetrieb

Die Stellen des ärztlichen Dienstes können auch mit Beamtinnen und Beamten einer anderen Fachrichtung des höheren Dienstes besetzt werden; bei Planstellen der Besoldungsgruppe A 15 und höher jedoch nur, wenn die entsprechende Einzelbewertung durch das Ministerium für Finanzen vorliegt.

B 2	Abteilungsdirektor	1,0	1,0
A 16	Leitender Medizinaldirektor/Leitender Regierungsdirektor	4,0	3,0
A 15	Medizinaldirektor/Regierungsdirektor	18,0	14,0
A 14	Oberbaurat	1,0	1,0
A 14	Obermedizinalrat/Oberregierungsrat	13,5	10,0
	kw spätestens ab 01.01.2018	* 1,0	* 0,0
	kw spätestens ab 01.01.2021	* 0,0	* 1,0
A 13	Oberamtsrat (R)	1,0	1,0
A 12	Amtsrat (R)	1,0	1,0
A 11	Regierungsamtmann	1,0	1,0
A 10	Regierungsoberinspektor	1,0	1,0
A 9	Amtsinspektor	1,0	1,0
A 6	Regierungssekretär	1,0	1,0
Summe Planstellen Beamte/innen Landesbetrieb		43,5	35,0
Summe kw		* 1,0	* 1,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0304 Regierungspräsidium Stuttgart

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
A 16	(Ltd. Medizinal-/Ltd. Regierungsdirektor) übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG)	-	1,0
A 15	(Medizinaldirektor/Regierungsdirektor) übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG)	-	4,0
A 14	(Obermedizinalrat/Oberregierungsrat) übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG)	-	3,5
kw	(spätestens ab 01.01.2018) Wegfall wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* -	* 1,0
kw	(spätestens ab 01.01.2021) neu wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* 1,0	* -
	zus. Planstellen Beamte/innen Landesbetrieb	-	8,5
	zus. kw	* 1,0	* 1,0
	bleiben	-	8,5
	bleiben kw	* -	* -

Summe Stellenplan Beamte/innen Landesbetrieb	43,5	35,0
Summe kw	* 1,0	* 1,0
Summe Regierungspräsidium Stuttgart (ohne Leerstellen und Stellen für Landesbetriebe)	1.709,5	1.812,0
Summe kw	* 225,0	* 220,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0305 Regierungspräsidium Karlsruhe

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

Als Landesanteil für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird eine Stelle der Bes.Gr. A 14 (Oberbaurat) - kw mit Wegfall der Aufgabe - bereitgestellt. Vgl. auch Tit. 637 72.

Zum Fachpersonal im Sinne von § 5 Abs. 1 des Landesverwaltungsgesetzes in der Fassung vom 03.02.2005 (GBl. S.159) und des Beschlusses des Ministerrats vom 19.02.1974 zählen:
 - die Leiterinnen und Leiter der Referate, die der Fachaufsicht eines anderen Ministeriums als des Innenministeriums unterliegen;
 - Beamtinnen und Beamte mit Amtsbezeichnungen, die einen Hinweis auf eine Ausbildung als Technikerin oder Techniker, Naturwissenschaftlerin oder Naturwissenschaftler o. ä. oder im Sozialdienst enthalten und die in einem Referat tätig sind, das der Fachaufsicht eines anderen Ministeriums als des Innenministeriums unterliegt;
 - Beschäftigte mit entsprechenden Funktionen;
 - Preisprüferinnen und Preisprüfer, soweit sie zum höheren Dienst zu rechnen sind.

422 01 012 Stellenplan für Beamtinnen und Beamte

a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte

Die Bezirksbrandmeisterin/der Bezirksbrandmeister und zwei feuerwehrtechnische Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter erhalten freie Dienstkleidung und Ausrüstung.

Planstellen der Bes.Gr. A 15 und A 16 der Kapitel 0806, 0809, 0826, 0831, 0913, 1005, 1006 und 1304, die nicht für leitende Fachbeamtinnen und Fachbeamte gebunden sind und auch nicht für Beamtinnen und Beamte der jeweiligen Fachverwaltung bei einem Landratsamt benötigt werden, können im Einvernehmen mit dem jeweiligen Fachressort bei Bedarf vorübergehend für Beamtinnen und Beamte derselben Fachverwaltung beim Regierungspräsidium gegen Besetzung einer dortigen Stelle der Bes.Gr. A 14 in Anspruch genommen werden. Diese Planstellen des höheren Dienstes können gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Die Planstellen des nichttechnischen Verwaltungsdienstes können auch mit Beamtinnen und Beamten anderer Laufbahnen des nichttechnischen Dienstes besetzt werden. Die Planstellen des bautechnischen Verwaltungsdienstes können auch mit Beamtinnen und Beamten anderer Laufbahnen des technischen Dienstes besetzt werden. Die Planstellen des nichttechnischen und technischen Dienstes sind gegenseitig besetzbar.

Zum Ausgleich unterschiedlicher Beförderungsverhältnisse können Planstellen aus Tit. 422 01 Abschnitt 1 und Tit. 682 02 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Zum Ausgleich unterschiedlicher Beförderungsverhältnisse können mit Zustimmung der obersten Dienstbehörde in Einzelfällen Planstellen der Bes.Gr. A 14 zwischen Kap. 0304, 0305, 0306 und 0307 einerseits und Kap. 0312 andererseits vorübergehend in Anspruch genommen werden.

1. Regierungspräsidium

Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017.

B 8	Regierungspräsident	1,0	1,0
-----	---------------------	-----	-----

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0305 Regierungspräsidium Karlsruhe

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
B 4		Regierungsvizepräsident	1,0	1,0
B 3		Abteilungspräsident 2)	4,0	4,0
B 2		Abteilungsdirektor	10,0	10,0
A 16		Leitender Regierungsdirektor	14,0	20,0
		1 Stelle kann mit einer Beamtin/einem Beamten des schulpädagogischen oder schulpsychologischen Dienstes aus Kap. 0403 Tit. 422 01 besetzt werden.		
A 16		Leitender Baudirektor	9,0	9,0
A 15		Regierungsdirektor	38,0	45,0
		2 Stellen können mit Beamtinnen/Beamten des schulpädagogischen oder schulpsychologischen Dienstes aus Kap. 0403 Tit. 422 01 besetzt werden.		
A 15		Baudirektor	33,0	32,0
		2/2 beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 422 01 A		
A 14		Oberregierungsrat	50,5	28,5
		kw spätestens ab 01.01.2019	* 1,0	* 1,0
A 14		Oberbaurat	46,5	45,5
		2/2 beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 422 01 A		
		kw mit Wegfall der Aufgabe (grenzüberschreitende Zusammenarbeit)	* 1,0	* 1,0
		Als Landesanteil für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, vgl. Tit. 637 72.		
A 13		Regierungsrat	28,5	28,5
		kw spätestens ab 01.01.2019	* 4,0	* 4,0
A 13		Baurat	16,5	18,5
		4/7 beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 422 01 A		
A 13		Oberamtsrat (Bau) + Amtszulage	2,0	2,0
A 13		Oberamtsrat (Bau)	21,0	21,0
		2/2 beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 422 01 A		
A 13		Oberamtsrat (R)	28,0	36,0
A 12		Amtsrat (Bau)	48,5	48,5
		4/4 beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 422 01 A		
A 12		Amtsrat (R)	58,5	65,5
		kw spätestens ab 01.07.2017	* 1,0	* 0,0
		kw spätestens ab 01.01.2018	* 1,0	* 0,0
		kw spätestens ab 01.01.2019	* 0,0	* 3,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2019	* 3,0	* 3,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0305 Regierungspräsidium Karlsruhe

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 11		Regierungsamtmann	63,0	48,0
		kw spätestens ab 01.07.2017	* 2,0	* 0,0
		kw spätestens ab 01.01.2019	* 0,0	* 2,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungs-Verfahren)	* 1,0	* 1,0
A 11		Bauamtmann	41,0	41,0
		5/5 beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 422 01 A		
A 10		Regierungsoberinspektor	26,5	26,5
		kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungs-Verfahren)	* 1,0	* 1,0
A 10		Bauoberinspektor	16,0	19,5
		Auf 3,5 Stellen darf bis zur Verbeamtung eine Arbeitnehmerin/ ein Arbeitnehmer der Entg.Gr. 10 TV-L geführt werden. 0/3,5 beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 422 01 A		
A 9		Regierungsinspektor	19,0	19,0
		kw spätestens ab 01.01.2019	* 3,0	* 3,0
A 9		Amtsinspektor (R) + Amtszulage	7,0	16,0
A 9		Amtsinspektor (Bau) 1)	8,0	8,0
A 9		Amtsinspektor (R)	17,0	8,0
A 8		Regierungshauptsekretär	28,5	28,5
A 8		Bauhauptsekretär 1)	5,0	5,0
A 7		Regierungsobersekretär	38,0	38,0
A 7		Bauobersekretär	1,0	1,0
A 6		Regierungssekretär	31,5	31,5
		kw spätestens ab 01.01.2018	* 3,0	* 3,0
		kw spätestens ab 01.01.2019	* 3,0	* 3,0
Summe 1. Regierungspräsidium			711,5	706,0
Summe kw			* 24,0	* 25,0

1) Die Leiterinnen und Leiter einer Autobahnmeisterei erhalten eine Amtszulage nach der Fußnote 2) zu Bes.Gr. A 8 bzw. nach der Fußnote 4) zu Bes.Gr. A 9 der Landesbesoldungsordnung A.
2) Die Amtsbezeichnung kann auch mit einem Zusatz versehen werden, der auf die Fachrichtung der Abteilung hinweist.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0305 Regierungspräsidium Karlsruhe

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
A 16	(Leitender Regierungsdirektor) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	7,0	-
A 16	(Leitender Regierungsdirektor) übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	1,0
A 15	(Regierungsdirektor) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	8,0	-
A 15	(Regierungsdirektor) übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	1,0
A 15	(Baudirektor) übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	1,0
A 14	(Oberregierungsrat) übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	5,0
A 14	(Oberregierungsrat) übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42201 Abschnitt 1 für den Bereich der Windenergie	-	2,0
A 14	(Oberregierungsrat) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	7,0
A 14	(Oberregierungsrat) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	8,0
A 14	(Oberbaurat) übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	1,0
A 13	(Baurat) neu für Stellenaufwuchs in der Straßenbauverwaltung	3,0	-
A 13	(Baurat) übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	1,0
A 13	(Oberamtsrat (R)) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	8,0	-
A 12	(Amtsrat (R)) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	6,0	-
A 12	(Amtsrat (R)) neu für Querschnittsaufgaben wegen gestiegener Flüchtlingszahlen (Bewilligung FM vom 02.02.2016, Az.:02-04HH.0300/173)	1,0	-
kw	(spätestens ab 01.07.2017) neu für Querschnittsaufgaben wegen gestiegener Flüchtlingszahlen (Bewilligung FM vom 02.02.2016, Az.:02-04HH.0300/173)	* 1,0	* -
kw	(spätestens ab 01.07.2017) Wegfall wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* -	* 1,0
kw	(spätestens ab 01.07.2017) Wegfall wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* -	* 1,0
kw	(spätestens ab 01.01.2018) Wegfall wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* -	* 1,0
kw	(spätestens ab 01.01.2019) neu wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* 1,0	* -
kw	(spätestens ab 01.01.2019) neu wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* 1,0	* -
kw	(spätestens ab 01.01.2019) neu wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* 1,0	* -

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0305 Regierungspräsidium Karlsruhe

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 11		(Regierungsamtman) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	8,0
A 11		(Regierungsamtman) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	6,0
A 11		(Regierungsamtman) übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	1,0
kw		(spätestens ab 01.07.2017) Wegfall wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* -	* 2,0
kw		(spätestens ab 01.01.2019) neu wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* 2,0	* -
A 10		(Bauoberinspektor) neu für Stellenaufwuchs in der Straßenbauverwaltung	3,5	-
A 9		(Amtsinspektor (R) +Amtszulage) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	9,0	-
A 9		(Amtsinspektor (R)) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	9,0
		zus. 1. Regierungspräsidium	45,5	51,0
		zus. kw	* 6,0	* 5,0
		bleiben	-	5,5
		bleiben kw	* 1,0	* -

Summe a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte 711,5 706,0

Summe kw * 24,0 * 25,0

Leerstellen für planmäßige Beamtinnen und Beamte (kw)

1. Regierungspräsidium

A 14	Oberregierungsrat	2,0	2,0
A 13	Baurat	1,0	1,0
A 11	Regierungsamtman	2,0	2,0
A 9	Regierungsinspektor	1,0	1,0

Summe 1. Regierungspräsidium 6,0 6,0

Summe Leerstellen planmäßige Beamte/innen (kw) 6,0 6,0

Summe Stellenplan für Beamtinnen und Beamte (ohne Leerstellen) 711,5 706,0

Summe kw * 24,0 * 25,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0305 Regierungspräsidium Karlsruhe

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

422 03 012 Stellenübersicht für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst u. dgl.

Bei den einzelnen Regierungspräsidien kann die Zahl der beschäftigten Regierungsbaureferendarinnen und Regierungsbaureferendare überschritten werden, wenn dadurch die Gesamtzahl der bei den Regierungspräsidien ausgebrachten Stellen für Regierungsbaureferendarinnen und Regierungsbaureferendare (Kap. 0304 - 0307: insgesamt 30 Stellen) nicht überschritten wird. Die angegebenen Stellenzahlen können kurzfristig überschritten werden, wenn dies notwendig ist, weil sich Beginn und Ende des Vorbereitungsdienstes teilweise überschneiden.

a) Anwärterinnen und Anwärter und Auszubildende in einem öffentlich- rechtlichen Ausbildungsverhältnis

1. Regierungspräsidium

Regierungsbaureferendar	7,0	7,0
Regierungssekretäranwärter und Auszubildende in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis (mittlerer nichttechnischer Dienst)	17,0	17,0
Summe 1. Regierungspräsidium	24,0	24,0
Summe a) Anwärter/innen und Azubis	24,0	24,0
Summe Stellenübersicht Beamte/innen Widerruf	24,0	24,0

428 01 012 Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)

TV-L c) Tarifliche Beschäftigte

1. Regierungspräsidium

Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017.

14		13,5	12,5
	kw mit Wegfall der Sonderaufgabe (Inventarisierung in der Denkmalpflege)	* 0,0	* 0,0
	ku 5/4 nach Entg.Gr. 13 mit Ausscheiden des Stelleninhabers		
	davon 0/0 kw mit Wegfall der Sonderaufgabe (Erfassung von Kulturdenkmalen)		
14	Natura 2000	0,0	1,0
	Beschäftigt aus Kap. 1008 Tit. 429 91		
	ku 0/1 nach Entg.Gr. 13 mit Ausscheiden des Stelleninhabers		
14	Wasserrahmenrichtlinie	0,0	1,0
	Beschäftigt aus Kap. 1005 Tit. 429 76		
	ku 0/1 nach Entg.Gr. 13 mit Ausscheiden des Stelleninhabers		

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0305 Regierungspräsidium Karlsruhe

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
13		1/1 beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 428 01 A	7,5	3,5
		kw mit Wegfall der Sonderaufgabe (Inventarisierung in der Denkmalpflege)	* 5,0	* 0,0
13		Natura 2000 Beschäftigt aus Kap. 1008 Tit. 429 91	4,0	4,0
13		Wasserrahmenrichtlinie Beschäftigt aus Kap. 1005 Tit. 429 76	1,0	0,0
12		2/2 beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 428 01 A	22,0	22,0
12		Hochwasserrisikomanagementpläne Beschäftigt aus Kap. 1005 Tit. 429 74	1,0	1,0
11		2/2 beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 428 01 A	32,5	31,5
10			5,5	5,5
10		Natura 2000 Beschäftigt aus Kap. 1008 Tit. 429 91	2,0	2,0
10		Straßenbau Beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 428 01 A	7,0	7,0
9		1/1 beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 428 01 A	46,0	43,0
9		Straßenbau Beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 428 01 A	0,0	1,0
8		kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber, spätestens ab 01.01.2018 ku 13/13 nach Entg.Gr. 7 mit Ausscheiden des Stelleninhabers	* 1,5	* 1,5
8		Sportförderung Beschäftigt aus Kap. 0460 Tit. 428 78	1,0	1,0
8		Straßenbau Beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 428 01 A	18,0	20,0
7			7,0	7,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0305 Regierungspräsidium Karlsruhe

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
6		0/1 beschäftigt aus Kap. 1008 Tit. 429 91	26,0	26,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.01.2018	* 0,5	* 0,5
		Der kw-Vermerk zur Auflösung der Bekleidungsstellen wird vollzogen, sobald der Stelleninhaber auf einer anderen Stelle geführt wird.		
		ku 4,5/4,5 nach Entg.Gr. 5 mit Ausscheiden des Stelleninhabers		
5			15,5	15,5
		kw spätestens ab 01.01.2018	* 1,0	* 1,0
		kw spätestens ab 01.01.2019	* 1,0	* 1,0
		ku 4/4 nach Entg.Gr. 4 mit Ausscheiden des Stelleninhabers		
4			3,0	3,0
4		Kraftfahrer	2,5	2,5
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.01.2020	* 1,0	* 1,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.01.2023	* 0,5	* 0,5
3			13,0	12,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.01.2018	* 1,0	* 1,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.01.2020	* 2,0	* 2,0
2-5		Beschäftigte für Bürokommunikation	20,0	17,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungsverfahren)	* 2,0	* 2,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers gem. VRG	* 2,0	* 2,0
2-5		Beschäftigte für Bürokommunikation (Sportförderung)	1,0	1,0
		Beschäftigt aus Kap. 0460 Tit. 428 78		
Summe 1. Regierungspräsidium			331,0	321,0
Summe kw			* 17,5	* 12,5

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0305 Regierungspräsidium Karlsruhe

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
14	von Entg.Gr. 13 TV-L mit persönlichem ku-Vermerk aufgrund der Anpassung an die Entgeltordnung vom 01.01.2012	3,0	-
14	übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	3,0
14	Wegfall in Vollzug des persönlichen ku-Vermerks aufgrund Anpassung an die Entgeltordnung vom 01.01.2012	-	1,0
kw	(kw mit Wegfall der Sonderaufgabe) von Entg.Gr. 13 TV-L mit persönlichem ku-Vermerk aufgrund der Anpassung an die Entgeltordnung vom 01.01.2012	* 3,0	* -
kw	(kw mit Wegfall der Sonderaufgabe) übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	* -	* 3,0
14	(Natura 2000) von Entg.Gr. 13 TV-L mit persönlichem ku-Vermerk aufgrund der Anpassung an die Entgeltordnung vom 01.01.2012	1,0	-
14	(Wasserrahmenrichtlinie) von Entg.Gr. 13 TV-L mit persönlichem ku-Vermerk aufgrund der Anpassung an die Entgeltordnung vom 01.01.2012	1,0	-
13	neu in Vollzug des persönlichen ku-Vermerks bei Entg.Gr. 14 aufgrund Anpassung an die Entgeltordnung vom 01.01.2012	1,0	-
13	Wegfall gegen Zugang mit persönlichem ku-Vermerk bei Entg.Gr. 14 TV-L	-	3,0
13	übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	2,0
kw	Wegfall gegen Zugang mit persönlichem ku-Vermerk bei Entg.Gr. 14 TV-L	* -	* 3,0
kw	übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	* -	* 2,0
13	(Natura 2000) neu wegen Verstetigung einer Sachmittelstelle aus dem Kapitel 1008	1,0	-
13	(Natura 2000) nach Entg.Gr. 14 TV-L aufgrund der Anpassung an die Entgeltordnung vom 01.01.2012	-	1,0
13	(Wasserrahmenrichtlinie) nach Entg.Gr. 14 TV-L aufgrund der Anpassung an die Entgeltordnung vom 01.01.2012	-	1,0
11	übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	1,0
9	übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	3,0
9	(Straßenbau) neu für Stellenaufwuchs in der Straßenbauverwaltung	1,0	-
8	übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	1,0
8	(Straßenbau) neu für Stellenaufwuchs in der Straßenbauverwaltung	2,0	-
6	neu im Rahmen Aufwuchs Naturschutz (Pflegetrupp)	1,0	-
6	übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	1,0
3	Stellenwegfall zum 01.01.2015 gem. § 2 Abs. 1 StHG 2015/16	-	1,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0305 Regierungspräsidium Karlsruhe

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
2-5		(Beschäftigte für Bürokommunikation) übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	3,0
		zus. 1. Regierungspräsidium	11,0	21,0
		zus. kw	* 3,0	* 8,0
		bleiben	-	10,0
		bleiben kw	* -	* 5,0
Summe c) Tarifliche Beschäftigte			331,0	321,0
Summe kw			* 17,5	* 12,5
Summe Stellenübersicht für Arbeitnehmer/innen			331,0	321,0
Summe kw			* 17,5	* 12,5

682 02 623 Stellenplan für Beamtinnen und Beamte im Landesbetrieb

Landesbetrieb Gewässer

Zum Ausgleich unterschiedlicher Beförderungsverhältnisse können Planstellen aus Tit. 422 01 Abschnitt 1 und Tit. 682 02 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Zum Ausgleich unterschiedlicher Beförderungsverhältnisse können
- innerhalb der Laufbahnen des technischen Dienstes und
- innerhalb der Laufbahnen des nichttechnischen Dienstes
mit Zustimmung des Innenministeriums in Einzelfällen Planstellen bei Kap. 0304 - 0307 Tit. 682 02 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Die Planstellen des nichttechnischen Verwaltungsdienstes können auch mit Beamtinnen und Beamten anderer Laufbahnen des nichttechnischen Dienstes besetzt werden. Die Planstellen des bautechnischen Verwaltungsdienstes können auch mit Beamtinnen und Beamten anderer Laufbahnen des technischen Dienstes besetzt werden. Die Planstellen des nichttechnischen und technischen Dienstes sind gegenseitig besetzbar.

Planstellen für Beamtinnen und Beamte im Landesbetrieb

A 16	Leitender Baudirektor	2,0	2,0
A 15	Baudirektor	2,0	3,0
	1,5 Stellen für IRP-Aufgaben		
	kw spätestens ab 01.01.2028 IRP	* 0,0	* 1,0
A 14	Oberregierungsrat	1,0	1,0
A 14	Oberbaurat	4,0	4,0
	1 Stelle für IRP-Aufgaben		
A 13	Oberamtsrat (Bau) + Amtszulage	2,0	2,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0305 Regierungspräsidium Karlsruhe

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 13		Oberamtsrat (Bau)	1,0	2,0
		1 Stelle für IRP-Aufgaben		
		kw spätestens ab 01.01.2028 IRP	* 0,0	* 1,0
A 13		Oberamtsrat (R)	1,0	1,0
A 12		Amtsrat (Bau)	9,0	9,0
A 11		Regierungsamtmann	1,0	1,0
A 11		Bauamtmann	2,0	2,0
		1 Stelle für IRP-Aufgaben		
A 9		Amtsinspektor (Bau) + Amtszulage	1,0	2,0
		1 Stelle für IRP-Aufgaben		
		kw spätestens ab 01.01.2028 IRP	* 0,0	* 1,0
A 9		Amtsinspektor (Bau)	4,0	5,0
		1 Stelle für IRP-Aufgaben		
		kw spätestens ab 01.01.2028 IRP	* 0,0	* 1,0
A 8		Regierungshauptsekretär	3,0	3,0
A 8		Bauhauptsekretär	1,0	1,0
Summe Planstellen Beamte/innen Landesbetrieb			34,0	38,0
Summe kw			* 0,0	* 4,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0305 Regierungspräsidium Karlsruhe

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
A 15	(Baudirektor) neu zur Umsetzung des Nationalen Hochwasserschutzprogramms (IRP)	1,0	-
kw	(spätestens ab 01.01.2028 IRP) neu zur Umsetzung des Nationalen Hochwasserschutzprogramms (IRP)	* 1,0	* -
A 13	(Oberamtsrat (Bau)) neu zur Umsetzung des Nationalen Hochwasserschutzprogramms (IRP)	1,0	-
kw	(spätestens ab 01.01.2028 IRP) neu zur Umsetzung des Nationalen Hochwasserschutzprogramms (IRP)	* 1,0	* -
A 9	(Amtsinspektor (Bau) + Amtszulage) neu zur Umsetzung des Nationalen Hochwasserschutzprogramms (IRP)	1,0	-
kw	(spätestens ab 01.01.2028 IRP) neu zur Umsetzung des Nationalen Hochwasserschutzprogramms (IRP)	* 1,0	* -
A 9	(Amtsinspektor (Bau)) neu zur Umsetzung des Nationalen Hochwasserschutzprogramms (IRP)	1,0	-
kw	(spätestens ab 01.01.2028 IRP) neu zur Umsetzung des Nationalen Hochwasserschutzprogramms (IRP)	* 1,0	* -
	zus. Planstellen Beamte/innen Landesbetrieb	4,0	-
	zus. kw	* 4,0	* -
	bleiben	4,0	-
	bleiben kw	* 4,0	* -

Summe Stellenplan Beamte/innen Landesbetrieb 34,0 38,0

Summe kw * 0,0 * 4,0

Summe Regierungspräsidium Karlsruhe (ohne Leerstellen und Stellen für Landesbetriebe) 1.066,5 1.051,0

Summe kw * 41,5 * 37,5

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0306 Regierungspräsidium Freiburg

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

Im Rahmen der grenzüberschreitenden Entwicklungskonzeption Oberrhein Mitte-Süd wird für die Informations- und Beratungsstelle für grenzüberschreitende Fragen in Kehl 1/1 Stelle der Bes.Gr. A 13 (Regierungsrat) - kw mit Wegfall der Aufgabe - sowie 1/1 Stelle der Entg.Gr. 9 TV-L - kw mit Wegfall der Aufgabe - bereitgestellt. Vgl. auch Tit. 429 71.

Als Landesanteil an der deutsch-französischen Informations- und Beratungsstelle für grenzüberschreitende Fragen Palmrain in Weil am Rhein/Hünningen wird 1/1 Stelle der Bes.Gr. A 13 (Regierungsrat) - kw mit Wegfall der Aufgabe - bereitgestellt. Vgl. auch Tit. 681 72.

Als Landesanteil am gemeinsamen Sekretariat der Oberrhein-konferenz wird 1/1 Stelle der Entg.Gr. 14 TV-L - kw mit Wegfall der Aufgabe - und 1/1 Stelle der Entg.Gr. 9 TV-L - kw mit Wegfall der Aufgabe - bereitgestellt. Vgl. auch Tit. 429 76.

Zum Budget der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) vgl. Tit. 429 74.

Zum Fachpersonal im Sinne von § 5 Abs. 1 des Landesverwaltungs-gesetzes in der Fassung vom 03.02.2005 (GBl. S.159) und des Beschlusses des Ministerrats vom 19.02.1974 zählen:
 - die Leiterinnen und Leiter der Referate, die der Fachaufsicht eines anderen Ministeriums als des Innenministeriums unterliegen;
 - Beamtinnen und Beamte mit Amtsbezeichnungen, die einen Hinweis auf eine Ausbildung als Technikerin oder Techniker, Naturwissenschaftlerin oder Naturwissenschaftler o. ä. oder im Sozialdienst enthalten und die in einem Referat tätig sind, das der Fachaufsicht eines anderen Ministeriums als des Innenministeriums unterliegt;
 - Beschäftigte mit entsprechenden Funktionen;
 - Preisprüferinnen und Preisprüfer, soweit sie zum höheren Dienst zu rechnen sind.

422 01 012 Stellenplan für Beamtinnen und Beamte

a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte

Die Bezirksbrandmeisterin/der Bezirksbrandmeister und zwei feuerwehrtechnische Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter erhalten freie Dienstkleidung und Ausrüstung.

Planstellen der Bes.Gr. A 15 und A 16 der Kapitel 0806, 0809, 0826, 0831, 0913, 1005, 1006 und 1304, die nicht für leitende Fachbeamtinnen und Fachbeamte gebunden sind und auch nicht für Beamtinnen und Beamte der jeweiligen Fachverwaltung bei einem Landratsamt benötigt werden, können im Einvernehmen mit dem jeweiligen Fachressort bei Bedarf vorübergehend für Beamtinnen und Beamte derselben Fachverwaltung beim Regierungspräsidium gegen Besetzung einer dortigen Stelle der Bes.Gr. A 14 in Anspruch genommen werden. Diese Planstellen des höheren Dienstes können gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Die Planstellen des nichttechnischen Verwaltungsdienstes können auch mit Beamtinnen und Beamten anderer Laufbahnen des nichttechnischen Dienstes besetzt werden. Die Planstellen des bautechnischen Verwaltungsdienstes können auch mit Beamtinnen und Beamten anderer Laufbahnen des technischen Dienstes besetzt werden. Die Planstellen des nichttechnischen und technischen Dienstes sind gegenseitig besetzbar.

Zum Ausgleich unterschiedlicher Beförderungsverhältnisse können Planstellen aus Tit. 422 01 Abschnitt 1 und Tit. 682 02 gegenseitig in Anspruch genommen werden. Für Abteilungsleitungen und deren Stellvertretungen ist dies auch zwischen den Abschnitten 1 und 5 möglich.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0306 Regierungspräsidium Freiburg

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
		Zum Ausgleich unterschiedlicher Beförderungsverhältnisse können mit Zustimmung der obersten Dienstbehörde in Einzelfällen Planstellen der Bes.Gr. A 14 zwischen Kap. 0304, 0305, 0306 und 0307 einerseits und Kap. 0312 andererseits vorübergehend in Anspruch genommen werden.		
		1. Regierungspräsidium		
		Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017.		
B 8		Regierungspräsident	1,0	1,0
B 4		Regierungsvizepräsident	1,0	1,0
B 3		Abteilungspräsident 3)	4,0	4,0
B 2		Abteilungsdirektor	9,0	9,0
A 16		Leitender Regierungsdirektor	19,0	26,0
		1 Stelle kann mit einer Beamtin/einem Beamten des schulpädagogischen oder schulpsychologischen Dienstes aus Kap. 0403 Tit. 422 01 besetzt werden. 1 Stelle kann mit einer/einem außertariflich Beschäftigten besetzt werden.		
A 16		Leitender Baudirektor	11,0	11,0
A 15		Regierungsdirektor	50,0	56,0
		1 Stelle kann mit einer Beamtin/einem Beamten des schulpädagogischen oder schulpsychologischen Dienstes aus Kap. 0403 Tit. 422 01 besetzt werden.		
		kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungsverfahren)	* 1,0	* 1,0
A 15		Baudirektor	29,0	29,0
		2/2 beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 422 01 A		
A 14		Oberregierungsrat	81,5	61,5
		kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungsverfahren)	* 0,5	* 0,5
		kw spätestens ab 01.01.2019	* 1,0	* 1,0
A 14		Oberbaurat	49,0	49,0
		2/2 beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 422 01 A		
		kw spätestens ab 01.01.2019	* 1,0	* 1,0
A 13		Regierungsrat	27,0	25,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe	* 2,0	* 2,0
		1 für die Informations- und Beratungsstelle in Kehl, vgl. Tit. 429 71. 1 für die Informations- und Beratungsstelle in Weil am Rhein, vgl. Tit. 681 72.		
A 13		Baurat	15,0	20,0
		3/8 beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 422 01 A		
A 13		Oberamtsrat (Bau) + Amtszulage	5,0	5,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0306 Regierungspräsidium Freiburg

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 13		Oberamtsrat (Bau) 2/2 beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 422 01 A	20,0	20,0
A 13		Oberamtsrat (R) kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungs-Verfahren)	30,0 * 3,0	37,0 * 3,0
A 12		Amtsrat (Bau) 5/5 beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 422 01 A kw spätestens ab 01.01.2019 kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers 1)	45,5 * 2,5 * 1,0	45,5 * 2,5 * 1,0
A 12		Amtsrat (R) kw spätestens ab 01.07.2017 kw spätestens ab 01.01.2018 kw spätestens ab 01.01.2019 kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungs-Verfahren)	49,5 * 2,5 * 1,0 * 0,0 * 2,0	53,5 * 0,0 * 0,0 * 4,5 * 2,0
A 11		Regierungsamtmann kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungs-Verfahren)	64,5 * 4,0	53,5 * 4,0
A 11		Bauamtmann 7/7 beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 422 01 A	31,5	31,5
A 10		Regierungsoberinspektor kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungs-Verfahren)	12,0 * 1,0	12,0 * 1,0
A 10		Bauoberinspektor Auf 3,5 Stellen darf bis zur Verbeamtung eine Arbeitnehmerin/ein Arbeitnehmer der Entg.Gr. 10 TV-L geführt werden. 0/3,5 beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 422 01 A	6,0	9,5
A 9		Regierungsinspektor	1,0	1,0
A 9		Amtsinspektor (R) + Amtszulage kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungs-Verfahren)	6,0 * 1,0	13,0 * 1,0
A 9		Amtsinspektor (R) kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungs-Verfahren)	16,0 * 2,0	8,0 * 2,0
A 9		Amtsinspektor (Bau) 2)	8,0	8,0
A 8		Regierungshauptsekretär kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungs-Verfahren)	14,0 * 1,0	14,0 * 1,0
A 8		Bauhauptsekretär	1,0	1,0
A 7		Regierungsobersekretär	4,0	4,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0306 Regierungspräsidium Freiburg

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 6		Oberamtsmeister	2,0	2,0
A 5		Oberamtsmeister	4,0	4,0
Summe 1. Regierungspräsidium			616,5	615,0
Summe kw			* 26,5	* 27,5

1) Der Wegfallvermerk ist im Aufgabenbereich des ehemaligen Staatlichen Gewerbeaufsichtsamts Freiburg ausgebracht, der im Rahmen der Neuorganisation auf das ehemalige Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Villingen-Schwenningen übergegangen ist.

2) Die Leiterinnen und Leiter einer Autobahnmeisterei erhalten eine Amtszulage nach der Fußnote 2) zu Bes.Gr. A 8 bzw. nach der Fußnote 4) zu Bes.Gr. A 9 der Landesbesoldungsordnung A.

3) Die Amtsbezeichnung kann auch mit einem Zusatz versehen werden, der auf die Fachrichtung der Abteilung hinweist.

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
A 16	(Leitender Regierungsdirektor) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	7,0	-
A 15	(Regierungsdirektor) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	8,0	-
A 15	(Regierungsdirektor) übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	2,0
A 14	(Oberregierungsrat) übertragen nach Kapitel 0304; Stellenkorrektur Windkraft im Bereich des UM (Immissionsschutz)	-	1,0
A 14	(Oberregierungsrat) übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	4,0
A 14	(Oberregierungsrat) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	7,0
A 14	(Oberregierungsrat) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	8,0
A 13	(Regierungsrat) übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	1,0
A 13	(Regierungsrat) übertragen nach Abschnitt 5 unter Umwandlung in Bes.Gr. A 13 Baurat	-	1,0
A 13	(Baurat) neu für Stellenaufwuchs in der Straßenbauverwaltung	5,0	-
A 13	(Oberamtsrat (R)) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	7,0	-
A 12	(Amtsrat (R)) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	6,0	-
A 12	(Amtsrat (R)) neu für Querschnittsaufgaben wegen gestiegener Flüchtlingszahlen (Bewilligung FM vom 02.02.2016, Az.:02-04HH.0300/173)	1,0	-

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0306 Regierungspräsidium Freiburg

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 12		(Amtsrat (R)) übertragen nach Abschnitt 5 unter Umwandlung in Bes.Gr. A 12 Amtsrat (Bau) gegen Rückübertragung von zwei Stellen der Bes.Gr. A 11 Bauamtmann unter Umwandlung in Bes.Gr. A 11 Regierungsamtmann in Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	2,0
A 12		(Amtsrat (R)) übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	1,0
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für Querschnittsaufgaben wegen gestiegener Flüchtlingszahlen (Bewilligung FM vom 02.02.2016, Az.:02-04HH.0300/173)	* 1,0	* -
kw		(spätestens ab 01.07.2017) Wegfall wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* -	* 1,0
kw		(spätestens ab 01.07.2017) Wegfall wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* -	* 2,5
kw		(spätestens ab 01.01.2018) Wegfall wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* -	* 1,0
kw		(spätestens ab 01.01.2019) neu wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* 1,0	* -
kw		(spätestens ab 01.01.2019) neu wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* 2,5	* -
kw		(spätestens ab 01.01.2019) neu wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* 1,0	* -
A 11		(Regierungsamtmann) übertragen von Abschnitt 5 unter Umwandlung in Bes.Gr. A 11 Regierungsamtmann gegen Übertragung von zwei Stellen der Bes.Gr. A 13 Oberamtsrat (R) unter Umwandlung in Bes.Gr. A 13 Oberamtsrat (Bau) in Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	2,0	-
A 11		(Regierungsamtmann) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	7,0
A 11		(Regierungsamtmann) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	6,0
A 10		(Bauoberinspektor) neu für Stellenaufwuchs in der Straßenbauverwaltung	3,5	-
A 9		(Amtsinspektor (R) + Amtszulage) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	7,0	-
A 9		(Amtsinspektor (R)) übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	1,0
A 9		(Amtsinspektor (R)) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	7,0
zus. 1. Regierungspräsidium			46,5	48,0
zus. kw			* 5,5	* 4,5
bleiben			-	1,5
bleiben kw			* 1,0	* -

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0306 Regierungspräsidium Freiburg

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
5. Forstdirektion				
<p>Zum Ausgleich unterschiedlicher Beförderungsverhältnisse können mit Zustimmung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz in Einzelfällen Planstellen der Kap. 0306 und 0307 (jeweils Abschnitt 5 - Forstdirektion) sowie der Kap. 0831 und 0835 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden. Die Einbeziehung der Planstellen des Kap. 0831 (Abschnitt 1 - Untere Forstbehörde) bedarf der Einwilligung des Ministeriums für Finanzen.</p>				
B 3		Abteilungspräsident 1)	1,0	1,0
<p>Der Stelleninhaber behält für seine Person die Amtsbezeichnung "Forstpräsident".</p>				
A 16		Leitender Baudirektor	6,0	4,0
A 15		Baudirektor	10,0	13,0
A 14		Oberbaurat	26,0	23,0
A 13		Baurat	0,0	3,0
A 13		Oberamtsrat (Bau) +Amtszulage	0,0	1,0
A 13		Oberamtsrat (Bau)	11,0	14,0
A 12		Amtsrat (Bau)	8,0	6,0
A 11		Bauamtmann	15,0	13,0
A 10		Bauoberinspektor	4,0	4,0
Summe 5. Forstdirektion			81,0	82,0

1) Die Amtsbezeichnung kann auch mit einem Zusatz versehen werden, der auf die Fachrichtung der Abteilung hinweist.

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
A 16	(Leitender Baudirektor) Wegfall gegen Zugang A 15 Baudirektor	-	2,0
A 15	(Baudirektor) Zugang gegen Wegfall A 16 Leitender Baudirektor	2,0	-
A 15	(Baudirektor) Zugang gegen Wegfall A 14 Oberbaurat	1,0	-
A 14	(Oberbaurat) Wegfall gegen Zugang A 15 Baudirektor	-	1,0
A 14	(Oberbaurat) Wegfall gegen Zugang A 15 Baudirektor Wegfall gegen Zugang A 13 Baurat	-	2,0
A 13	(Baurat) Zugang gegen Wegfall A 14 Oberbaurat	2,0	-
A 13	(Baurat) übertragen von Abschnitt 1 Titel 42201 (Regierungsrat)	1,0	-
A 13	(Oberamtsrat (Bau) +Amtszulage) Zugang gegen Wegfall A 13 Oberamtsrat (Bau)	1,0	-

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0306 Regierungspräsidium Freiburg

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

422 03 012 Stellenübersicht für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst u. dgl.

Bei einzelnen Regierungspräsidien kann die Zahl der beschäftigten Regierungsbaureferendarinnen und Regierungsbaureferendare überschritten werden, wenn dadurch die Gesamtzahl der bei den Regierungspräsidien ausgebrachten Stellen für Regierungsbaureferendarinnen und Regierungsbaureferendare (Kap. 0304 - 0307: insgesamt 30 Stellen) nicht überschritten wird. Die angegebenen Stellenzahlen können kurzfristig überschritten werden, wenn dies notwendig ist, weil sich Beginn und Ende des Vorbereitungsdienstes teilweise überschneiden.

a) Anwärterinnen und Anwärter und Auszubildende in einem öffentlich- rechtlichen Ausbildungsverhältnis

1. Regierungspräsidium

Regierungsbaureferendar	7,0	7,0
Regierungssekretäranwärter und Auszubildende in einem öffentlich- rechtlichen Ausbildungsverhältnis (mittlerer nichttechnischer Dienst)	7,0	7,0
Summe 1. Regierungspräsidium	14,0	14,0
Summe a) Anwärter/innen und Azubis	14,0	14,0
Summe Stellenübersicht Beamte/innen Widerruf	14,0	14,0

428 01 012 Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)

TV-L c) Tarifliche Beschäftigte

1. Regierungspräsidium

Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017.

15		1,0	1,0
14		22,5	15,5
	kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2018	* 1,0	* 1,0
	Für das gemeinsame Sekretariat der Oberrheinkonferenz, vgl. Tit. 429 76.		
	kw mit Wegfall der Sonderaufgabe (Erfassung von Kulturdenkmalen in der Denkmalpflege)	* 4,0	* 0,0
	kw mit Wegfall der Aufgabe 1)	* 3,0	* 2,0
	ku 8,5/2,5 nach Entg.Gr. 13 mit Ausscheiden des Stelleninhabers		
	davon 4/0 kw mit Wegfall der Sonderaufgabe (Erfassung von Kulturdenkmalen in der Denkmalpflege) und 2/1 kw mit Wegfall der Aufgabe 1)		

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0306 Regierungspräsidium Freiburg

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
14		Natura 2000 Beschäftigt aus Kap. 1008 Tit. 429 91	4,0	4,0
		ku 4/4 nach Entg.Gr. 13 mit Ausscheiden des Stelleninhabers		
13		2/2 beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 428 01 A	10,5	11,0
		kw mit Erledigung der Sonderaufgabe	* 1,5	* 0,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe 1)	* 1,0	* 2,0
13		Natura 2000 Beschäftigt aus Kap. 1008 Tit. 429 91	0,0	1,0
12		2/2 beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 428 01 A	22,0	22,0
11		1/1 beschäftigt aus Tit. 429 72 2/2 beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 428 01 A	49,5	49,5
		kw mit Wegfall der Aufgabe 1)	* 3,0	* 3,0
11		Natura 2000 Beschäftigt aus Kap. 1008 Tit. 429 91	1,0	2,0
10		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers Der Wegfallvermerk ist im Aufgabenbereich des ehemaligen Staatlichen Gewerbeaufsichtsamts Freiburg ausgebracht, der im Rahmen der Neuorganisation auf das ehemalige Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Villingen-Schwenningen übergegangen ist.	16,0	16,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe 1)	* 1,0	* 1,0
10		Natura 2000 Beschäftigt aus Kap. 1008 Tit. 429 91	1,0	0,0
10		Straßenbau Beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 428 01 A	11,0	11,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0306 Regierungspräsidium Freiburg

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
9		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.01.2018	40,0	36,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.01.2021	* 1,0	* 0,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe 1)	* 0,0	* 1,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungs-Verfahren)	* 1,0	* 1,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe	* 1,0	* 1,0
		Für die Informations- und Beratungsstelle in Kehl, vgl. Tit. 429 71.		
9		Grenzüberschreitende Zusammenarbeit	1,0	1,0
		Beschäftigt aus Kap. 0306 TG 76		
		kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2018	* 1,0	* 1,0
9		Straßenbau	0,0	2,0
		Beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 428 01 A		
8		14/13 beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 428 01 A	83,0	81,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungs-Verfahren)	* 1,0	* 1,0
		ku 16/15 nach Entg.Gr. 7 mit Ausscheiden des Stelleninhabers		
7			1,0	2,0
6		0/1 beschäftigt aus Kap. 1008 Tit. 429 91	80,0	78,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe 1)	* 1,0	* 1,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers	* 1,0	* 0,0
		ku nach Entg.Gr. 2-5 (Bürokommunikation)		
		ku 2,5/2,5 nach Entg.Gr. 5 mit Ausscheiden des Stelleninhabers		
6-9		Fremdsprachenassistent; -sekretär	1,0	1,0
5			5,5	4,5
		kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungs-Verfahren)	* 1,0	* 1,0
4		Kraftfahrer	5,0	5,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0306 Regierungspräsidium Freiburg

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
2-5		Beschäftigte für Bürokommunikation	66,5	59,5
		kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber gem. VRG	* 3,0	* 2,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungs-Verfahren)	* 3,0	* 3,0
Summe 1. Regierungspräsidium			421,5	403,0
Summe kw			* 33,5	* 26,0

1) Die kw-Vermerke sind nach Abschluss bzw. Durchführung der Bodenbestandsaufnahme zum Bodenschutzkonzept für Baden-Württemberg zu vollziehen.

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
14	übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	1,0
14	übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	4,0
14	Wegfall in Vollzug des persönlichen ku-Vermerks aufgrund Anpassung an die Entgeltordnung vom 01.01.2012	-	2,0
kw	(mWd Sonderaufgabe) übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	* -	* 4,0
kw	(mWd Aufgabe) Wegfall in Vollzug des persönlichen ku-Vermerks aufgrund Anpassung an die Entgeltordnung vom 01.01.2012	* -	* 1,0
13	neu in Vollzug des persönlichen ku-Vermerks bei Entg.Gr. 14 aufgrund Anpassung an die Entgeltordnung vom 01.01.2012	1,0	-
13	neu in Vollzug des persönlichen ku-Vermerks bei Entg.Gr. 14 aufgrund Anpassung an die Entgeltordnung vom 01.01.2012	1,0	-
13	übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	1,5
kw	(mit Erledigung der Sonderaufgabe) übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	* -	* 1,5
kw	neu in Vollzug des persönlichen ku-Vermerks bei Entg.Gr. 14 aufgrund Anpassung an die Entgeltordnung vom 01.01.2012	* 1,0	* -
13	(Natura 2000) neu wegen Verstetigung einer Sachmittelstelle aus dem Kapitel 1008	1,0	-
11	neu wegen Stellenhebung von Entg.Gr. 9 für Fachtechnik Nautik	1,0	-
11	übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	1,0
11	(Natura 2000) neu wegen Stellenhebung von Entg.Gr. 10 aufgrund Entwicklung Natura 2000	1,0	-
10	(Natura 2000) Wegfall wegen Stellenhebung nach Entg.Gr. 11 aufgrund Entwicklung Natura 2000	-	1,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0306 Regierungspräsidium Freiburg

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
9		übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	3,0
9		Wegfall wegen Stellenhebung nach Entg.Gr. 11 für Fachtechnik Nautik	-	1,0
kw		(mAd Stelleninhaber spät ab 01.01.2018) Wegfall wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* -	* 1,0
kw		(mAd Stelleninhabers spät ab 01.01.2021) neu wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* 1,0	* -
9		(Straßenbau) neu für Stellenaufwuchs in der Straßenbauverwaltung	2,0	-
8		übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42801 Abschnitt 1 wegen Übergang Brückenuntersichtsgerät im Straßenbau	-	1,0
8		Wegfall in Vollzug des persönlichen ku-Vermerks aufgrund Anpassung an die Entgeltordnung vom 01.01.2012	-	1,0
7		neu in Vollzug des persönlichen ku-Vermerks bei Entg.Gr. 8 aufgrund Anpassung an die Entgeltordnung vom 01.01.2012	1,0	-
6		neu im Rahmen Aufwuchs Naturschutz (Pflegetrupp)	1,0	-
6		übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	2,0
6		Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks mit Ausscheiden des Stelleninhabers	-	1,0
kw		Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks mit Ausscheiden des Stelleninhabers	* -	* 1,0
5		übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	1,0
2-5		(Beschäftigte für Bürokommunikation) übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	2,5
2-5		(Beschäftigte für Bürokommunikation) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks mit Ausscheiden des Stelleninhabers	-	1,0
2-5		(Beschäftigte für Bürokommunikation) Stellenwegfall zum 01.01.2015 gem. § 2 Abs. 1 StHG 2015/16	-	0,5
2-5		(Beschäftigte für Bürokommunikation) Stellenwegfall zum 01.09.2016 gem. § 2 Abs. 3 StHG 2015/16	-	3,0
kw		(mit Ausscheiden der Stelleninhaber) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks mit Ausscheiden des Stelleninhabers	* -	* 1,0
		zus. 1. Regierungspräsidium	9,0	27,5
		zus. kw	* 2,0	* 9,5
		bleiben	-	18,5
		bleiben kw	* -	* 7,5

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0306 Regierungspräsidium Freiburg

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
		5. Forstdirektion		
14		ku 1/1 nach Entg.Gr. 13 mit Ausscheiden des Stelleninhabers	1,0	1,0
14		Forst	1,0	1,0
		Beschäftigt aus Kap. 0833 Landesbetrieb ForstBW		
		ku 1/1 nach Entg.Gr. 13 mit Ausscheiden des Stelleninhabers		
12			2,0	2,0
10			4,0	4,0
9			2,0	2,0
8			0,5	0,5
		Summe 5. Forstdirektion	10,5	10,5
		Summe c) Tarifliche Beschäftigte	432,0	413,5
		Summe kw	* 33,5	* 26,0
		Leerstellen für tarifliche Beschäftigte (kw)		
		1. Regierungspräsidium		
14			0,0	1,5
		Summe 1. Regierungspräsidium	0,0	1,5
Veränderungsnachweis			2017	
			Zugang	Abgang
14		neu für nach § 28 TV-L beurlaubte tarifliche Beschäftigte	1,0	-
14		neu für nach § 15 BEEG beurlaubte tarifliche Beschäftigte	0,5	-
		zus. 1. Regierungspräsidium	1,5	-
		bleiben	1,5	-
		Summe Leerstellen für Beschäftigte	0,0	1,5
		Summe Stellenübersicht für Arbeitnehmer/innen	432,0	413,5
		Summe kw	* 33,5	* 26,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0306 Regierungspräsidium Freiburg

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

682 02 623 Stellenplan für Beamtinnen und Beamte im Landesbetrieb

Landesbetrieb Gewässer

Zum Ausgleich unterschiedlicher Beförderungsverhältnisse können Planstellen aus Tit. 422 01 Abschnitt 1 und Tit. 682 02 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Zum Ausgleich unterschiedlicher Beförderungsverhältnisse können
- innerhalb der Laufbahnen des technischen Dienstes und
- innerhalb der Laufbahnen des nichttechnischen Dienstes
mit Zustimmung des Innenministeriums in Einzelfällen Planstellen bei Kap. 0304 - 0307 Tit. 682 02 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Die Planstellen des nichttechnischen Verwaltungsdienstes können auch mit Beamtinnen und Beamten anderer Laufbahnen des nichttechnischen Dienstes besetzt werden. Die Planstellen des bautechnischen Verwaltungsdienstes können auch mit Beamtinnen und Beamten anderer Laufbahnen des technischen Dienstes besetzt werden. Die Planstellen des nichttechnischen und technischen Dienstes sind gegenseitig besetzbar.

Planstellen für Beamtinnen und Beamte im Landesbetrieb

1. Integriertes Rheinprogramm

A 16	Leitender Baudirektor	1,0	1,0
A 15	Regierungsdirektor	0,0	1,0
A 15	Baudirektor	3,0	4,0
	kw spätestens ab 01.01.2028 IRP	* 0,0	* 1,0
A 14	Oberbaurat	1,0	3,0
	kw spätestens ab 01.01.2028 IRP	* 0,0	* 2,0
A 13	Baurat	1,0	0,0
A 13	Oberamtsrat (Bau) + Amtszulage	1,0	1,0
A 13	Oberamtsrat (Bau)	0,0	2,0
	kw spätestens ab 01.01.2028 IRP	* 0,0	* 2,0
A 12	Amtsrat (Bau)	1,0	2,0
	kw spätestens ab 01.01.2028 IRP	* 0,0	* 1,0
A 12	Amtsrat (R)	1,0	1,0
A 11	Regierungsamtmann	1,0	1,0
A 9	Amtsinspektor (Bau) + Amtszulage	0,0	1,0
	kw spätestens ab 01.01.2028 IRP	* 0,0	* 1,0
A 9	Amtsinspektor (Bau)	0,0	3,0
	kw spätestens ab 01.01.2028 IRP	* 0,0	* 3,0
A 8	Regierungshauptsekretär	1,0	1,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0306 Regierungspräsidium Freiburg

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

A 8	Bauhauptsekretär		1,0	1,0
Summe 1. Integriertes Rheinprogramm			12,0	22,0
Summe kw			* 0,0	* 10,0

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
A 15	(Regierungsdirektor) Stellenhebung von Bes.Gr. A 13 zur rechtlichen Unterstützung des Landesbetriebes (NHWSP)	1,0	-
A 15	(Baudirektor) neu zur Umsetzung des Nationalen Hochwasserschutzprogramms (IRP)	1,0	-
kw	(spätestens ab 01.01.2028 IRP) neu zur Umsetzung des Nationalen Hochwasserschutzprogramms (IRP)	* 1,0	* -
A 14	(Oberbaurat) neu zur Umsetzung des Nationalen Hochwasserschutzprogramms (IRP)	2,0	-
kw	(spätestens ab 01.01.2028 IRP) neu zur Umsetzung des Nationalen Hochwasserschutzprogramms (IRP)	* 2,0	* -
A 13	(Baurat) Wegfall wegen Stellenhebung nach Bes.Gr. A 15 zur rechtlichen Unterstützung des Landesbetriebs (NHWSP) Hochwasserschutzprogramms (IRP)	-	1,0
A 13	(Oberamtsrat (Bau)) neu zur Umsetzung des Nationalen Hochwasserschutzprogramms (IRP)	2,0	-
kw	(spätestens ab 01.01.2028 IRP) neu zur Umsetzung des Nationalen Hochwasserschutzprogramms (IRP)	* 2,0	* -
A 12	(Amtsrat (Bau)) neu zur Umsetzung des Nationalen Hochwasserschutzprogramms (IRP)	1,0	-
kw	(spätestens ab 01.01.2028 IRP) neu zur Umsetzung des Nationalen Hochwasserschutzprogramms (IRP)	* 1,0	* -
A 9	(Amtsinspektor (Bau) + Amtszulage) neu zur Umsetzung des Nationalen Hochwasserschutzprogramms (IRP)	1,0	-
kw	(spätestens ab 01.01.2028 IRP) neu zur Umsetzung des Nationalen Hochwasserschutzprogramms (IRP)	* 1,0	* -
A 9	(Amtsinspektor (Bau)) neu zur Umsetzung des Nationalen Hochwasserschutzprogramms (IRP)	3,0	-
kw	(spätestens ab 01.01.2028 IRP) neu zur Umsetzung des Nationalen Hochwasserschutzprogramms (IRP)	* 3,0	* -
zus. 1. Integriertes Rheinprogramm		11,0	1,0
zus. kw		* 10,0	* -
bleiben		10,0	-
bleiben kw		* 10,0	* -

2. Gewässer I. Ordnung

A 15	Baudirektor		2,0	2,0
------	-------------	--	-----	-----

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0306 Regierungspräsidium Freiburg

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 14		Oberbaurat	1,0	2,0
		kw spätestens ab 01.01.2028	* 0,0	* 1,0
A 13		Baurat	1,0	1,0
A 13		Oberamtsrat (Bau) + Amtszulage	1,0	1,0
A 13		Oberamtsrat (Bau)	5,0	6,0
		kw spätestens ab 01.01.2028	* 0,0	* 1,0
A 12		Amtsrat (Bau)	2,0	2,0
A 9		Amtsinspektor (Bau) + Amtszulage	3,0	3,0
A 9		Amtsinspektor (R)	1,0	1,0
A 9		Amtsinspektor (Bau)	3,0	3,0
A 8		Bauhauptsekretär	1,0	1,0
Summe 2. Gewässer I. Ordnung			20,0	22,0
Summe kw			* 0,0	* 2,0

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
A 14	(Oberbaurat) neu zur Umsetzung des Nationalen Hochwasserschutzprogramms (Gewässer I. Ordnung)	1,0	-
kw	(spätestens ab 01.01.2028) neu zur Umsetzung des Nationalen Hochwasserschutzprogramms (Gewässer I. Ordnung)	* 1,0	* -
A 13	(Oberamtsrat (Bau)) neu zur Umsetzung des Nationalen Hochwasserschutzprogramms (Gewässer I. Ordnung)	1,0	-
kw	(spätestens ab 01.01.2028) neu zur Umsetzung des Nationalen Hochwasserschutzprogramms (Gewässer I. Ordnung)	* 1,0	* -
zus. 2. Gewässer I. Ordnung		2,0	-
zus. kw		* 2,0	* -
bleiben		2,0	-
bleiben kw		* 2,0	* -

Summe Planstellen Beamte/innen Landesbetrieb	32,0	44,0
Summe kw	* 0,0	* 12,0
Summe Stellenplan Beamte/innen Landesbetrieb	32,0	44,0
Summe kw	* 0,0	* 12,0
Summe Regierungspräsidium Freiburg (ohne Leerstellen und Stellen für Landesbetriebe)	1.143,5	1.124,5
Summe kw	* 60,0	* 53,5

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0307 Regierungspräsidium Tübingen

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

Als Landesanteil am Gemeinsamen Technischen Sekretariat zur Abwicklung der Programme INTERREG V "Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein" werden bis zum Wegfall der Aufgabe 1/1 Stelle der Bes.Gr. A 13 (Regierungsrat), 1/1 Stelle der Bes.Gr. A 12 (Amtsrat), 1/1 Stelle der Bes.Gr. A 11 (Regierungsamtmann) sowie 2/2 Stellen der Bes.Gr. A 10 (Regierungsoberinspektor), vgl. auch Tit. 429 73, bereitgestellt.

Zum Fachpersonal im Sinne von § 5 Abs. 1 des Landesverwaltungsgesetzes in der Fassung vom 03.02.2005 (GBl. S.159) und des Beschlusses des Ministerrats vom 19.02.1974 zählen:

- die Leiterinnen und Leiter der Referate, die der Fachaufsicht eines anderen Ministeriums als des Innenministeriums unterliegen;
- Beamtinnen und Beamte mit Amtsbezeichnungen, die einen Hinweis auf eine Ausbildung als Technikerin oder Techniker, Naturwissenschaftlerin oder Naturwissenschaftler o. ä. oder im Sozialdienst enthalten und die in einem Referat tätig sind, das der Fachaufsicht eines anderen Ministeriums als des Innenministeriums unterliegt;
- Beschäftigte mit entsprechenden Funktionen;
- Preisprüferinnen und Preisprüfer, soweit sie zum höheren Dienst zu rechnen sind.

422 01 012 Stellenplan für Beamtinnen und Beamte

a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte

Die Bezirksbrandmeisterin/der Bezirksbrandmeister und eine feuerwehrtechnische Mitarbeiterin oder ein feuerwehrtechnischer Mitarbeiter erhalten freie Dienstkleidung und Ausrüstung.

Planstellen der Bes.Gr. A 15 und A 16 der Kapitel 0806, 0809, 0826, 0831, 0913, 1005, 1006 und 1304, die nicht für leitende Fachbeamtinnen und Fachbeamte gebunden sind und auch nicht für Beamtinnen und Beamte der jeweiligen Fachverwaltung bei einem Landratsamt benötigt werden, können im Einvernehmen mit dem jeweiligen Fachressort bei Bedarf vorübergehend für Beamtinnen und Beamte derselben Fachverwaltung beim Regierungspräsidium gegen Besetzung einer dortigen Stelle der Bes.Gr. A 14 in Anspruch genommen werden. Diese Planstellen des höheren Dienstes können gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Die Planstellen des nichttechnischen Verwaltungsdienstes können auch mit Beamtinnen und Beamten anderer Laufbahnen des nichttechnischen Dienstes besetzt werden. Die Planstellen des bautechnischen Verwaltungsdienstes können auch mit Beamtinnen und Beamten anderer Laufbahnen des technischen Dienstes besetzt werden. Die Planstellen des nichttechnischen und technischen Dienstes sind gegenseitig besetzbar.

Zum Ausgleich unterschiedlicher Beförderungsverhältnisse können Planstellen aus Tit. 422 01 Abschnitt 1, Tit. 682 02 und 682 03 gegenseitig in Anspruch genommen werden. Für Abteilungsleitungen und deren Stellvertretungen ist dies auch zwischen den Abschnitten 1 und 5 möglich.

Zum Ausgleich unterschiedlicher Beförderungsverhältnisse können mit Zustimmung der obersten Dienstbehörde in Einzelfällen Planstellen der Bes.Gr. A 14 zwischen Kap. 0304, 0305, 0306 und 0307 einerseits und Kap. 0312 andererseits vorübergehend in Anspruch genommen werden.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0307 Regierungspräsidium Tübingen

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

Die mit kw-Vermerk versehenen Stellen fallen beim Ausscheiden der Stelleninhaber/in oder bei Freiwerden entsprechender Stellen derselben Fachrichtung in der gleichen Abteilung weg. Die personalbewirtschaftenden Stellen können in begründeten Fällen Ausnahmen zu Lasten gleichwertiger Stellen zulassen.

1. Regierungspräsidium

Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017.

B 8		Regierungspräsident	1,0	1,0
B 4		Regierungsvizepräsident	1,0	1,0
B 3		Abteilungspräsident 1)	3,0	3,0
B 2		Abteilungsdirektor	10,0	10,0
A 16		Leitender Regierungsdirektor	16,0	22,0
		Aus einer Stelle der Bes.Gr. A 16 dürfen gegen Sperrung von 0,5 Stellen der Bes.Gr. A 6 Bezüge der Bes.Gr. B 2 geleistet werden. 1 Stelle kann mit einer Beamtin/einem Beamten des schulpädagogischen oder schulpsychologischen Dienstes aus Kap. 0403 Tit. 422 01 besetzt werden.		
A 16		Leitender Baudirektor	12,0	12,0
A 15		Regierungsdirektor	36,0	44,0
		Aus einer Stelle der Bes.Gr. A 15 dürfen Bezüge der Bes.Gr. A 16 geleistet werden. 1 Stelle kann mit einer Beamtin/einem Beamten des schulpädagogischen oder schulpsychologischen Dienstes aus Kap. 0403 Tit. 422 01 besetzt werden.		
		kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungsverfahren)	* 1,0	* 1,0
A 15		Baudirektor	41,0	40,0
		2/2 beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 422 01 A		
A 14		Oberregierungsrat	58,0	41,0
		0/1 beschäftigt aus Kap. 1008 Tit. 429 91		
		kw spätestens ab 01.01.2019	* 1,0	* 1,0
A 14		Oberbaurat	55,0	55,0
		2/2 beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 422 01 A		
A 13		Regierungsrat	23,5	21,5
		kw mit Wegfall der Aufgabe	* 1,0	* 1,0
		Stelle für das INTERREG V-Programm "Alpenrhein- Bodensee-Hochrhein", vgl. Tit. 429 73.		

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0307 Regierungspräsidium Tübingen

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 13		Baurat 8/12,5 beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 422 01 A	31,5	35,0
A 13		Oberamtsrat (Bau) + Amtszulage	4,0	4,0
A 13		Oberamtsrat (Bau) 2/2 beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 422 01 A	21,0	21,0
A 13		Oberamtsrat (R) kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungs-Verfahren)	27,0 * 2,0	33,0 * 2,0
A 12		Amtsrat (Bau) 3/3 beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 422 01 A	60,5	60,5
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers Beschäftigt aus Kap. 0809 Tit. 427 51	* 1,0	* 1,0
A 12		Amtsrat (R) 0/1 beschäftigt aus Kap. 1008 Tit. 429 91	47,5	54,5
		kw spätestens ab 01.07.2017	* 3,0	* 0,0
		kw spätestens ab 01.01.2018	* 1,0	* 0,0
		kw spätestens ab 01.01.2019	* 0,0	* 5,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungs-Verfahren)	* 2,5	* 2,5
		kw mit Wegfall der Aufgabe Stelle für das INTERREG V-Programm "Alpenrhein- Bodensee-Hochrhein", vgl. Tit. 429 73.	* 1,0	* 1,0
A 11		Regierungsamtmann kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungs-Verfahren)	50,0 * 2,0	37,0 * 2,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe Stelle für das INTERREG V-Programm "Alpenrhein- Bodensee-Hochrhein", vgl. Tit. 429 73.	* 1,0	* 1,0
A 11		Bauamtmann 4/4 beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 422 01 A	36,5	36,5
A 10		Regierungsoberinspektor kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungs-Verfahren)	12,0 * 1,0	12,0 * 1,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe Stelle für das INTERREG V-Programm "Alpenrhein- Bodensee-Hochrhein", vgl. Tit. 429 73.	* 2,0	* 2,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0307 Regierungspräsidium Tübingen

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 10		Bauoberinspektor Auf 3 Stellen darf bis zur Verbeamtung eine Arbeitnehmerin/ein Arbeitnehmer der Entg.Gr. 10 TV-L geführt werden. 3/7 beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 422 01 A	22,5	26,5
A 9		Regierungsinspektor	1,5	1,5
A 9		Amtsinspektor (R) + Amtszulage kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungs-Verfahren)	4,0 * 1,0	11,0 * 1,0
A 9		Amtsinspektor (R) kw spätestens ab 01.07.2017 kw spätestens ab 01.01.2019 kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungs-Verfahren)	11,0 * 0,0 * 0,0 * 1,0	5,0 * 0,0 * 1,0 * 1,0
A 9		Amtsinspektor (Bau) 2)	10,0	10,0
A 8		Regierungshauptsekretär kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungs-Verfahren)	13,0 * 1,0	13,0 * 1,0
A 8		Bauhauptsekretär 2)	5,0	5,0
A 7		Regierungsobersekretär	8,0	8,0
A 7		Bauobersekretär 0/1 beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 422 01 A	1,0	2,0
A 6		Regierungssekretär	4,5	4,5
Summe 1. Regierungspräsidium			627,0	630,5
Summe kw			* 22,5	* 24,5

- 1) Die Amtsbezeichnung kann auch mit einem Zusatz versehen werden, der auf die Fachrichtung der Abteilung hinweist.
2) Die Leiterinnen und Leiter einer Autobahnmeisterei erhalten eine Amtszulage nach der Fußnote 2) zu Bes.Gr. A 8 bzw. nach der Fußnote 4) zu Bes.Gr. A 9 der Landesbesoldungsordnung A.

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
A 16	(Leitender Regierungsdirektor) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	7,0	-
A 16	(Leitender Regierungsdirektor) übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	1,0
A 15	(Regierungsdirektor) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	8,0	-

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0307 Regierungspräsidium Tübingen

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 15		(Baudirektor) übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	1,0
A 14		(Oberregierungsrat) neu im Rahmen Aufwuchs Naturschutz (Bibermanagement)	1,0	-
A 14		(Oberregierungsrat) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	7,0
A 14		(Oberregierungsrat) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	8,0
A 14		(Oberregierungsrat) übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	1,0
A 14		(Oberregierungsrat) übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42201 Abschnitt 1 für den Bereich Windenergie	-	2,0
A 13		(Regierungsrat) übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	2,0
A 13		(Baurat) neu für Stellenaufwuchs in der Straßenbauverwaltung	4,5	-
A 13		(Baurat) übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	1,0
A 13		(Oberamtsrat (R)) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	7,0	-
A 13		(Oberamtsrat (R)) übertragen nach Abschnitt 5 unter Umwandlung in Bes.Gr. A 13 Oberamtsrat (Bau) gegen Rückübertragung einer Stelle der Bes.Gr. A 11 Bauamtmann unter Umwandlung in Bes.Gr. A 11 Regierungsamtmann in Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	1,0
A 12		(Amtsrat (R)) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	6,0	-
A 12		(Amtsrat (R)) neu für Querschnittsaufgaben wegen gestiegener Flüchtlingszahlen (Bewilligung FM vom 02.02.2016, Az.:02-04HH.0300/173)	1,0	-
A 12		(Amtsrat (R)) neu im Rahmen Aufwuchs Naturschutz (Auftragsvergabeverfahren)	1,0	-
A 12		(Amtsrat (R)) übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	1,0
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für Querschnittsaufgaben wegen gestiegener Flüchtlingszahlen (Bewilligung FM vom 02.02.2016, Az.:02-04HH.0300/173)	* 1,0	* -
kw		(spätestens ab 01.07.2017) Wegfall wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* -	* 3,0
kw		(spätestens ab 01.07.2017) Wegfall wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* -	* 1,0
kw		(spätestens ab 01.01.2018) Wegfall wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* -	* 1,0
kw		(spätestens ab 01.01.2019) neu wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* 3,0	* -
kw		(spätestens ab 01.01.2019) neu wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* 1,0	* -
kw		(spätestens ab 01.01.2019) neu wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* 1,0	* -
A 11		(Regierungsamtmann) übertragen von Abschnitt 5 unter Umwandlung in Bes.Gr. A 11 Regierungsamtmann gegen Übertragung einer Stelle der Bes.Gr. A 13 Oberamtsrat (R) unter Umwandlung in Bes.Gr. A 13 Oberamtsrat (Bau) in Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	1,0	-

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0307 Regierungspräsidium Tübingen

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 11		(Regierungsamtman) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	7,0
A 11		(Regierungsamtman) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	6,0
A 11		(Regierungsamtman) übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42201 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	1,0
A 10		(Bauoberinspektor) neu für Stellenaufwuchs in der Straßenbauverwaltung	4,0	-
A 9		(Amtsinspektor (R) + Amtszulage) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	7,0	-
A 9		(Amtsinspektor (R)) neu für Querschnittsaufgaben wegen gesteigener Flüchtlingszahlen (Bewilligung FM vom 02.02.2016, Az.:02-04HH.0300/173)	1,0	-
A 9		(Amtsinspektor (R)) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	7,0
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für Querschnittsaufgaben wegen gesteigener Flüchtlingszahlen (Bewilligung FM vom 02.02.2016, Az.:02-04HH.0300/173)	* 1,0	* -
kw		(spätestens ab 01.07.2017) Wegfall wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* -	* 1,0
kw		(spätestens ab 01.01.2019) neu wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* 1,0	* -
A 7		(Bauobersekretär) neu für Stellenaufwuchs in der Straßenbauverwaltung	1,0	-
zus. 1. Regierungspräsidium			49,5	46,0
zus. kw			* 8,0	* 6,0
bleiben			3,5	-
bleiben kw			* 2,0	* -

5. Forstdirektion

Zum Ausgleich unterschiedlicher Beförderungsverhältnisse können mit Zustimmung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz in Einzelfällen Planstellen der Kap. 0306 und 0307 (jeweils Abschnitt 5 - Forstdirektion) sowie der Kap. 0831 und 0835 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden. Die Einbeziehung der Planstellen des Kap. 0831 (Abschnitt 1 - Untere Forstbehörde) bedarf der Einwilligung des Ministeriums für Finanzen.

B 3	Abteilungspräsident 1)	1,0	1,0
A 16	Leitender Baudirektor	6,0	6,0
A 15	Baudirektor	6,0	6,0
A 14	Oberbaurat	21,0	21,0
A 13	Baurat	2,0	2,0
A 13	Oberamtsrat (Bau)	8,0	9,0
A 12	Amtsrat (Bau)	17,0	20,0
A 12	Amtsrat (R)	3,0	0,0
A 11	Bauamtmann	16,0	15,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0307 Regierungspräsidium Tübingen

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 10		Bauoberinspektor	12,0	12,0
Summe 5. Forstdirektion			92,0	92,0

1) Die Amtsbezeichnung kann auch mit einem Zusatz versehen werden, der auf die Fachrichtung der Abteilung hinweist.

Veränderungsnachweis	2017	
	Zugang	Abgang
A 13 (Oberamtsrat (Bau)) übertragen von Abschnitt 1 Titel 42201 (Oberamtsrat (R))	1,0	-
A 12 (Amtsrat (Bau)) Zugang gegen Wegfall A 12 Amtsrat (R)	3,0	-
A 12 (Amtsrat (R)) Wegfall gegen Zugang A 12 Amtsrat (Bau)	-	3,0
A 11 (Bauamtmann) übertragen nach Abschnitt 1 Titel 42201 (Regierungsamt- mann)	-	1,0
zus. 5. Forstdirektion	4,0	4,0
bleiben	-	-

Summe a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte	719,0	722,5
Summe kw	* 22,5	* 24,5

Leerstellen für planmäßige Beamtinnen und Beamte (kw)

1. Regierungspräsidium

A 14	Oberbaurat	0,0	1,0
A 10	Regierungsoberinspektor	1,0	0,0
A 7	Regierungsobersekretär	0,0	1,0
Summe 1. Regierungspräsidium		1,0	2,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0307 Regierungspräsidium Tübingen

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
A 14	(Oberbaurat) neu für nach § 72 Abs. 1 Nr. 1 LBG beurlaubte Beamte	1,0	-
A 10	(Regierungsoberinspektor) Bedarf entfallen	-	1,0
A 7	(Regierungsobersekretär) neu für nach § 72 Abs. 1 Nr. 1 LBG beurlaubte Beamte	1,0	-
	zus. 1. Regierungspräsidium	2,0	1,0
	bleiben	1,0	-

Summe Leerstellen planmäßige Beamte/innen (kw)	1,0	2,0
Summe Stellenplan für Beamtinnen und Beamte (ohne Leerstellen)	719,0	722,5
Summe kw	* 22,5	* 24,5

422 03 012 Stellenübersicht für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst u. dgl.

Bei den einzelnen Regierungspräsidien kann die Zahl der beschäftigten Regierungsbaureferendarinnen und Regierungsbaureferendare überschritten werden, wenn dadurch die Gesamtzahl der bei den Regierungspräsidien ausgebrachten Stellen für Regierungsbaureferendarinnen und Regierungsbaureferendare (Kap. 0304-0307: insgesamt 30 Stellen) nicht überschritten wird.

Die angegebenen Stellenzahlen können kurzfristig überschritten werden, wenn dies notwendig ist, weil sich Beginn und Ende des Vorbereitungsdienstes teilweise überschneiden.

a) Anwärterinnen und Anwärter und Auszubildende in einem öffentlich- rechtlichen Ausbildungsverhältnis

1. Regierungspräsidium

Regierungsbaureferendar	5,0	5,0
Regierungsbauinspektoranwärter	1,0	1,0
Regierungssekretäranwärter und Auszubildende in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis (mittlerer nichttechnischer Dienst)	6,0	6,0

Summe 1. Regierungspräsidium	12,0	12,0
------------------------------	------	------

Summe a) Anwärter/innen und Azubis	12,0	12,0
------------------------------------	------	------

Summe Stellenübersicht Beamte/innen Widerruf	12,0	12,0
--	------	------

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0307 Regierungspräsidium Tübingen

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
428 01	012	Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)		
TV-L		c) Tarifliche Beschäftigte		
		1. Regierungspräsidium		
		Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017.		
14			25,5	19,5
		kw mit Wegfall der Aufgabe (Erfassung von Kulturdenkmalen)	* 4,0	* 0,0
		ku 11/7 nach Entg.Gr. 13 mit Ausscheiden des Stelleninhabers		
		davon 2/0 kw mit Wegfall der Aufgabe (Erfassung von Kulturdenkmalen)		
14		Natura 2000	1,0	0,0
		Beschäftigt aus Kap. 1008 Tit. 429 91		
		ku 1/0 nach Entg.Gr. 13 mit Ausscheiden des Stelleninhabers		
13			8,0	7,0
		kw mWd Aufgabe	* 0,0	* 0,0
13		Natura 2000	3,0	5,0
		Beschäftigt aus Kap. 1008 Tit. 429 91		
13		Straßenbau	8,0	9,0
		Beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 428 01 A		
13		Wasserrahmenrichtlinie	1,0	1,0
		Beschäftigt aus Kap. 1005 Tit. 429 76		
12			19,0	19,0
12		Straßenbau	4,0	4,0
		Beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 428 01 A		
11			46,0	45,0
11		Straßenbau	2,0	7,0
		Beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 428 01 A		
10			28,0	28,0
10		Natura 2000	2,0	2,0
		Beschäftigt aus Kap. 1008 Tit. 429 91		

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0307 Regierungspräsidium Tübingen

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
10		Straßenbau Beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 428 01 A	10,0	10,0
9		kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungs-Verfahren)	44,5	42,5
9		Straßenbau Beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 428 01 A	* 1,0	* 1,0
9		Straßenbau Beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 428 01 A	0,0	2,0
8		14/9 beschäftigt aus Kap. 1304 Tit. 428 01 A	78,5	67,5
8		kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungs-Verfahren) ku 14/9 nach Entg.Gr. 7 mit Ausscheiden des Stelleninhabers	* 1,0	* 1,0
7		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers gem. VRG	1,0	5,0
7		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers gem. VRG	* 1,0	* 1,0
6		0/2 Beschäftigt aus Kap. 1008 Tit. 429 91	48,0	47,0
6		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers gem. VRG	* 2,0	* 1,0
6		kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungs-Verfahren)	* 1,0	* 1,0
5		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers gem. VRG	11,0	8,0
5		kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungs-Verfahren)	* 2,0	* 1,0
5		kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungs-Verfahren)	* 1,0	* 1,0
5		kw Der kw-Vermerk wird beim Ausscheiden des Stelleninhabers oder bei Freiwerden einer gleichwertigen Stelle derselben Fachrichtung in der gleichen Abteilung vollzogen. Die personalbewirtschafteten Stellen können in begründeten Einzelfällen Ausnahmen zu Lasten einer gleichwertigen Stelle zulassen.	* 1,0	* 0,0
5		Biosphärengebiet Schwäbische Alb Beschäftigt aus Kap. 1008 Tit. 429 91	2,0	3,0
4		Kraftfahrer	4,0	4,0
2-5		Beschäftigte für Bürokommunikation	44,5	42,5
2-5		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers gem. VRG	* 1,0	* 1,0
2-5		kw mit Wegfall der Aufgabe (Ausländerrechtliche und Ausweisungs-Verfahren)	* 3,0	* 3,0
Summe 1. Regierungspräsidium			391,0	378,0
Summe kw			* 18,0	* 11,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0307 Regierungspräsidium Tübingen

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
14	übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege davon 2 ku nach Entg.Gr. 13 mit Ausscheiden des Stelleninhabers	-	4,0
14	Wegfall in Vollzug des persönlichen ku-Vermerks aufgrund Anpassung an die Entgeltordnung vom 01.01.2012	-	2,0
kw	(mWd Aufgabe) übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege davon 1 ku nach Entg.Gr. 13 mit Ausscheiden des Stelleninhabers	* -	* 3,0
kw	(mWd Aufgabe) Wegfall in Vollzug des persönliche ku-Vermerks aufgrund Anpassung an die Entgeltordnung vom 01.01.2012	* -	* 1,0
14	(Natura 2000) Wegfall in Vollzug des persönlichen ku-Vermerks aufgrund Anpassung an die Entgeltordnung vom 01.01.2012	-	1,0
13	neu in Vollzug des persönlichen ku-Vermerks bei Entg.Gr. 14 aufgrund Anpassung an die Entgeltordnung vom 01.01.2012	2,0	-
13	übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	3,0
kw	(mWd Aufgabe) neu in Vollzug des persönlichen ku-Vermerks bei Entg.Gr. 14 aufgrund der Anpassung an die Entgeltordnung vom 01.01.2012	* 1,0	* -
kw	(mWd Aufgabe) übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	* -	* 1,0
13	(Natura 2000) neu in Vollzug des persönlichen ku-Vermerks bei Entg.Gr. 14 aufgrund Anpassung an die Entgeltordnung vom 01.01.2012	1,0	-
13	(Natura 2000) neu wegen Verstetigung einer Sachmittelstelle aus dem Kapitel 1008	1,0	-
13	(Straßenbau) neu für Stellenaufwuchs in der Straßenbauverwaltung	1,0	-
11	übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	1,0
11	(Straßenbau) neu wegen Stellenhebung von Entg.Gr. 8	5,0	-
9	übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	2,0
9	(Straßenbau) neu für Stellenaufwuchs in der Straßenbauverwaltung	2,0	-
8	übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	1,0
8	Wegfall in Vollzug des persönlichen ku-Vermerks aufgrund Anpassung an die Entgeltordnung vom 01.01.2012	-	4,0
8	ku nach E 7 mit Ausscheiden das Stelleninhabers Stellenwegfall zum 01.09.2016 gem. § 2 Abs. 3 StHG 2015/16	-	1,0
8	Wegfall wegen Stellenhebung nach Entg.Gr. 11	-	5,0
7	neu in Vollzug des persönlichen ku-Vermerks bei Entg.Gr. 8 aufgrund Anpassung an die Entgeltordnung vom 01.01.2012	4,0	-
6	neu im Rahmen Aufwuchs Naturschutz (Pflegetrupp)	2,0	-
6	übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	2,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0307 Regierungspräsidium Tübingen

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
	6	Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	-	1,0
	kw	(gem. VRG) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	* -	* 1,0
	5	übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	1,0
	5	Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	-	1,0
	5	Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	-	1,0
	kw	(gem. VRG) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	* -	* 1,0
	kw		* -	* 1,0
	5	(Biosphärengebiet Schwäbische Alb) neu im Rahmen Aufwuchs Naturschutz (Verstärkung des Biosphärengebiets Schwäbische Alb)	1,0	-
	2-5	(Beschäftigte für Bürokommunikation) übertragen nach Kapitel 0304 Titel 42801 Abschnitt 1 in Umsetzung der Neustrukturierung der Denkmalpflege	-	2,0
		zus. 1. Regierungspräsidium	19,0	32,0
		zus. kw	* 1,0	* 8,0
		bleiben	-	13,0
		bleiben kw	* -	* 7,0

5. Forstdirektion

14		1,0	1,0
	Beschäftigt aus Kap. 0833 Landesbetrieb ForstBW		
	ku 1/1 nach Entg.Gr. 13 mit Ausscheiden des Stelleninhabers		
13		3,0	3,0
12		3,0	3,0
10		3,0	3,0
9		1,0	1,0
	Summe 5. Forstdirektion	11,0	11,0
	Summe c) Tarifliche Beschäftigte	402,0	389,0
	Summe kw	* 18,0	* 11,0
	Summe Stellenübersicht für Arbeitnehmer/innen	402,0	389,0
	Summe kw	* 18,0	* 11,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0307 Regierungspräsidium Tübingen

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

682 02 623 Stellenplan für Beamtinnen und Beamte im Landesbetrieb

Landesbetrieb Gewässer

Zum Ausgleich unterschiedlicher Beförderungsverhältnisse können Planstellen aus Tit. 422 01 Abschnitt 1, Tit. 682 02 und 682 03 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Zum Ausgleich unterschiedlicher Beförderungsverhältnisse können
- innerhalb der Laufbahnen des technischen Dienstes und
- innerhalb der Laufbahnen des nichttechnischen Dienstes
mit Zustimmung des Innenministeriums in Einzelfällen Planstellen bei Kap. 0304 - 0307 Tit. 682 02 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Die Planstellen des nichttechnischen Verwaltungsdienstes können auch mit Beamtinnen und Beamten anderer Laufbahnen des nichttechnischen Dienstes besetzt werden. Die Planstellen des bautechnischen Verwaltungsdienstes können auch mit Beamtinnen und Beamten anderer Laufbahnen des technischen Dienstes besetzt werden. Die Planstellen des nichttechnischen und technischen Dienstes sind gegenseitig besetzbar.

Planstellen für Beamtinnen und Beamte im Landesbetrieb

A 15	Regierungsdirektor	1,0	1,0
A 15	Baudirektor	3,0	3,0
A 14	Oberregierungsrat	1,0	1,0
A 14	Oberbaurat	2,0	2,0
A 13	Oberamtsrat (Bau) + Amtszulage	1,0	1,0
A 13	Oberamtsrat (Bau)	4,0	4,0
A 12	Amtsrat (Bau)	9,0	9,0
A 12	Amtsrat (R)	1,0	1,0
A 11	Bauamtmann	4,0	4,0
A 9	Amtsinspektor (Bau) + Amtszulage	1,0	1,0
A 9	Amtsinspektor (R)	1,0	1,0
A 9	Amtsinspektor (Bau)	3,0	3,0
A 8	Bauhauptsekretär	3,0	3,0
A 6	Regierungssekretär	1,0	1,0
Summe Planstellen Beamte/innen Landesbetrieb		35,0	35,0
Summe Stellenplan Beamte/innen Landesbetrieb		35,0	35,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0307 Regierungspräsidium Tübingen

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

682 03 610 Stellenplan für Beamtinnen und Beamte im Landesbetrieb

Landesbetrieb Eich- und Beschusswesen Baden-Württemberg

Ab 01.01.2015 werden die Landesbetriebe Mess- und Eichwesen Baden- Württemberg und Beschussamt Ulm als Landesbetrieb Eich- und Beschusswesen Baden-Württemberg geführt.

Zum Ausgleich unterschiedlicher Beförderungsverhältnisse können Planstellen aus Tit. 422 01 Abschnitt 1, Tit. 682 02 und 682 03 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Die Planstellen des nichttechnischen Verwaltungsdienstes können auch mit Beamtinnen und Beamten anderer Laufbahnen des nichttechnischen Dienstes besetzt werden. Die Planstellen des bautechnischen Verwaltungsdienstes können auch mit Beamtinnen und Beamten anderer Laufbahnen des technischen Dienstes besetzt werden. Die Planstellen des nichttechnischen und technischen Dienstes sind gegenseitig besetzbar.

Planstellen für Beamtinnen und Beamte im Landesbetrieb

A 16	Leitender Baudirektor	2,0	2,0
A 15	Baudirektor	2,0	2,0
A 14	Oberregierungsrat	1,0	1,0
A 14	Oberbaurat	5,0	5,0
A 13	Baurat	1,0	1,0
A 13	Oberamtsrat (Bau) + Amtszulage	1,0	1,0
A 13	Oberamtsrat (Bau)	9,0	9,0
A 12	Amtsrat (Bau)	24,0	24,0
A 12	Amtsrat (R)	2,0	2,0
A 11	Bauamtmann	26,0	26,0
A 10	Bauoberinspektor	2,0	2,0
A 9	Amtsinspektor (Bau) + Amtszulage	10,0	10,0
A 9	Amtsinspektor (R)	1,0	1,0
A 9	Amtsinspektor (Bau)	22,0	22,0
A 8	Bauhauptsekretär	20,0	20,0
A 7	Bauobersekretär	2,0	2,0
Summe Planstellen Beamte/innen Landesbetrieb		130,0	130,0
Summe Stellenplan Beamte/innen Landesbetrieb		130,0	130,0
Summe Regierungspräsidium Tübingen (ohne Leerstellen und Stellen für Landesbetriebe)		1.133,0	1.123,5
Summe kw		* 40,5	* 35,5

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0309 Zentrale Informationstechnik Landesverwaltung

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

682 01 012 Stellenplan für Beamtinnen und Beamte im Landesbetrieb

Planstellen für Beamtinnen und Beamte im Landesbetrieb

B 4	Präsident	1,0	1,0
B 2	Abteilungsdirektor	1,0	1,0
A 16	Leitender Regierungsdirektor	0,0	4,0
A 15	Regierungsdirektor	10,0	15,0
A 15	Polizeidirektor	1,0	1,0
A 14	Oberregierungsrat	8,0	13,0
A 13	Regierungsrat	4,0	2,0
	kw spätestens ab 01.01.2019	* 0,0	* 2,0
A 13	Oberamtsrat (Bau) +Amtszulage	0,0	1,0
A 13	Oberamtsrat (R)	14,0	24,0
	kw mit Wegfall der Aufgabe	* 1,0	* 1,0
A 13	Erster Polizeihauptkommissar	1,0	1,0
A 12	Amtsrat (Bau)	0,0	1,0
A 12	Amtsrat (R)	15,0	42,0
A 12	Polizeihauptkommissar	1,0	1,0
A 11	Regierungsamtmann	14,5	30,5
	kw spätestens ab 01.01.2019	* 0,0	* 1,0
A 11	Polizeihauptkommissar	6,0	6,0
A 10	Regierungsoberinspektor	15,0	15,0
A 10	Polizeioberkommissar	1,0	1,0
A 9	Polizeikommissar	2,0	2,0
A 9	Amtsinspektor (R) +Amtszulage	1,0	2,0
A 9	Amtsinspektor (R)	1,0	2,5
A 8	Regierungshauptsekretär	1,0	2,0
Summe a)Planstellen Beamte/innen Landesbetrieb		97,5	168,0
Summe kw		* 1,0	* 4,0

Veränderungsnachweis	2017	
	Zugang	Abgang
A 16 (Leitender Regierungsdirektor) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	4,0	-
A 15 (Regierungsdirektor) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	1,0	-
A 15 (Regierungsdirektor) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/2016	4,0	-

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0309 Zentrale Informationstechnik Landesverwaltung

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 14		(Oberregierungsrat) übertragen von Kapitel 0603 Titel 682 01 in Umsetzung der IT-Neuordnung in der Landesverwaltung	3,0	-
A 14		(Oberregierungsrat) Stellenbedarf durch Insourcing Bürokommunikation Justiz und MWK von T- Systems	3,0	-
A 14		(Oberregierungsrat) Stellenbedarf durch Einführung des neuen Verfahrens eAkte Justiz	1,0	-
A 14		(Oberregierungsrat) Stellenbedarf für Neukonzeption und Erweiterung einer Geo-IT Infrastruktur	1,0	-
A 14		(Oberregierungsrat) Stellenbedarf durch Einführung des neuen Verfahrens ServiceBW	1,0	-
A 14		(Oberregierungsrat) neu für Landes-CERT	1,0	-
A 14		(Oberregierungsrat) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/2016	-	4,0
A 14		(Oberregierungsrat) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/2016	-	1,0
A 13		(Regierungsrat) neu für IuK-Fachaufgaben wegen gesteigener Flüchtlingszahlen	2,0	-
A 13		(Regierungsrat) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/2016	-	4,0
kw		(spätestens ab 01.01.2019) neu für IuK-Fachaufgaben wegen gesteigener Flüchtlingszahlen	* 2,0	* -
A 13		(Oberamtsrat (Bau) +Amtszulage) übertragen von Kapitel 0615 Titel 682 01 in Umsetzung der IT-Neuordnung in der Landesverwaltung	1,0	-
A 13		(Oberamtsrat (R)) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/2016	2,0	-
A 13		(Oberamtsrat (R)) übertragen von Kapitel 0610 Titel 682 01 in Umsetzung der IT-Neuordnung in der Landesverwaltung	1,0	-
A 13		(Oberamtsrat (R)) übertragen von Kapitel 0603 Titel 682 01 in Umsetzung der IT-Neuordnung in der Landesverwaltung	6,0	-
A 13		(Oberamtsrat (R)) neu für Landes-CERT	1,0	-
A 12		(Amtsrat (Bau)) übertragen von Kapitel 0615 Titel 682 01 in Umsetzung der IT-Neuordnung in der Landesverwaltung	1,0	-
A 12		(Amtsrat (R)) übertragen von Kapitel 0610 Titel 682 01 in Umsetzung der IT-Neuordnung in der Landesverwaltung	2,0	-
A 12		(Amtsrat (R)) übertragen von Kapitel 0603 Titel 682 01 in Umsetzung der IT-Neuordnung in der Landesverwaltung	8,0	-
A 12		(Amtsrat (R)) neu für Landes-CERT	1,0	-
A 12		(Amtsrat (R)) Stellenbedarf durch Insourcing Bürokommunikation Justiz und MWK von T- Systems	8,0	-
A 12		(Amtsrat (R)) Stellenbedarf durch Einführung des neuen Verfahrens eAkte Justiz	3,0	-
A 12		(Amtsrat (R)) Stellenbedarf für Neukonzeption und Erweiterung einer Geo-IT Infrastruktur (Geo-IT neu)	3,0	-
A 12		(Amtsrat (R)) Stellenbedarf durch Einführung des neuen Verfahrens ServiceBW	2,0	-
A 11		(Regierungsamtmann) übertragen von Kapitel 0610 Titel 682 01 in Umsetzung der IT-Neuordnung in der Landesverwaltung	1,0	-

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0309 Zentrale Informationstechnik Landesverwaltung

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 11		(Regierungsamtman) übertragen von Kapitel 0603 Titel 682 01 in Umsetzung der IT-Neuordnung in der Landesverwaltung	2,0	-
A 11		(Regierungsamtman) neu für luK-Fachaufgaben wegen gesteigener Flüchtlingszahlen	1,0	-
A 11		(Regierungsamtman) neu für Landes-CERT	1,0	-
A 11		(Regierungsamtman) Stellenbedarf durch Insourcing Bürokommunikation Justiz und MWK von T- Systems	5,0	-
A 11		(Regierungsamtman) Stellenbedarf durch Einführung des neuen Verfahrens eAkte Justiz	4,0	-
A 11		(Regierungsamtman) Stellenbedarf für Neukonzeption und Erweiterung einer Geo-IT Infrastruktur (Geo-IT neu)	3,0	-
A 11		(Regierungsamtman) Stellenbedarf durch Einführung des neuen Verfahrens ServiceBW	1,0	-
A 11		(Regierungsamtman) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/2016	-	2,0
kw		(spätestens ab 01.01.2019) neu für luK-Fachaufgaben wegen gesteigener Flüchtlingszahlen	* 1,0	* -
A 9		(Amtsinspektor (R) +Amtszulage) übertragen von Kapitel 0603 Titel 682 01 in Umsetzung der IT-Neuordnung in der Landesverwaltung	1,0	-
A 9		(Amtsinspektor (R)) übertragen von Kapitel 0610 Titel 682 01 in Umsetzung der IT-Neuordnung in der Landesverwaltung	0,5	-
A 9		(Amtsinspektor (R)) übertragen von Kapitel 0603 Titel 682 01 in Umsetzung der IT-Neuordnung in der Landesverwaltung	1,0	-
A 8		(Regierungshauptsekretär) übertragen von Kapitel 0610 Titel 682 01 in Umsetzung der IT-Neuordnung in der Landesverwaltung	1,0	-
		zus. a)Planstellen Beamte/innen Landesbetrieb	81,5	11,0
		zus. kw	* 3,0	* -
		bleiben	70,5	-
		bleiben kw	* 3,0	* -
Summe Stellenplan Beamte/innen Landesbetrieb			97,5	168,0
Summe kw			* 1,0	* 4,0
Summe Zentr. Informationstech. Landesverwalt. (ohne Leerstellen und Stellen für Landesbetriebe)			0,0	0,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0310 Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

422 01 044 Stellenplan für Beamtinnen und Beamte

a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte

Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017.

Die Planstellen des nichttechnischen Verwaltungsdienstes können auch mit Beamtinnen und Beamten anderer Laufbahnen des nichttechnischen Dienstes besetzt werden. Die Planstellen des technischen Verwaltungsdienstes können auch mit Beamtinnen und Beamten anderer Laufbahnen des technischen Dienstes besetzt werden. Die Planstellen des nichttechnischen Verwaltungsdienstes und des technischen Dienstes sind gegenseitig besetzbar.

A 16	Leitender Branddirektor	1,0	1,0
A 15	Branddirektor	1,0	1,0
A 14	Oberbrandrat	6,0	6,0
A 13	Brandrat	1,0	1,0
A 13	Oberamtsrat (Br) + Amtszulage	1,0	1,0
A 13	Oberamtsrat (Bau)	1,0	1,0
A 13	Oberamtsrat (Br)	5,0	5,0
A 13	Oberamtsrat (T)	1,0	1,0
A 13	Oberamtsrat (R)	1,0	1,0
A 12	Amtsrat (Br)	9,0	9,0
A 12	Amtsrat (T)	3,0	3,0
A 12	Amtsrat (R)	1,0	1,0
A 12	Lehrer	1,0	1,0
A 11	Brandamtmann	10,0	10,0
A 10	Regierungsobersinspektor	1,0	1,0
A 10	Brandoberinspektor	4,0	4,0
A 9	Brandinspektor	1,0	1,0
A 9	Hauptbrandmeister	1,0	1,0
A 9	Amtsinspektor (R)	1,0	1,0
A 9	Technischer Amtsinspektor	1,0	1,0
A 8	Regierungshauptsekretär	1,0	1,0
Summe a) Planstellen für Beamte/innen		52,0	52,0
Summe Stellenplan für Beamtinnen und Beamte (ohne Leerstellen)		52,0	52,0

422 03 044 Stellenübersicht für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst u. dgl.

Die angegebenen Stellenzahlen können kurzfristig überschritten werden, wenn dies notwendig ist, weil sich Beginn und Ende des Vorbereitungsdienstes teilweise überschneiden.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0310 Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
		a) Anwärterinnen und Anwärter und Auszubildende in einem öffentlich- rechtlichen Ausbildungsverhältnis		
		Brandreferendar	2,0	2,0
		Brandinspektoranwärter	3,0	3,0
		Summe a) Anwärter/innen und Azubis	5,0	5,0
		Summe Stellenübersicht Beamte/innen Widerruf	5,0	5,0
428 01	044	Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)		
TV-L		c) Tarifliche Beschäftigte		
		1. Landesfeuerweherschule		
		1.1 Nichttechnischer Dienst		
11			1,0	1,0
10			1,0	1,0
6			2,0	2,0
5			2,0	2,0
2-5		Beschäftigte für Bürokommunikation	2,0	2,0
		Summe 1.1 Nichttechnischer Dienst	8,0	8,0
		1.2 Technischer Dienst		
9			3,0	3,0
8			2,0	2,0
		ku nach Entg.Gr. 7		
6			5,0	5,0
5			6,0	6,0
3			7,5	7,5
		Summe 1.2 Technischer Dienst	23,5	23,5
		Summe 1. Landesfeuerweherschule	31,5	31,5
		Summe c) Tarifliche Beschäftigte	31,5	31,5
		Summe Stellenübersicht für Arbeitnehmer/innen	31,5	31,5
		Summe Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz (ohne Leerstellen)	88,5	88,5

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0311 Ausbildung für den Verwaltungsdienst

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
422 03	012	Stellenübersicht für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst u. dgl.		
		<p>Im gehobenen Verwaltungsdienst können ab dem Zulassungsjahrgang 2013 bis zu 700 Anwärterinnen und Anwärter zugelassen werden. Wegen des Kostenersatzes nach § 29 Abs. 2 FAG vgl. Titel 233 01.</p> <p>Die angegebenen Stellenzahlen können kurzfristig überschritten werden, wenn dies notwendig ist, weil sich Beginn und Ende des Vorbereitungsdienstes teilweise überschneiden.</p>		
		a) Anwärterinnen und Anwärter und Auszubildende in einem öffentlich- rechtlichen Ausbildungsverhältnis		
		Verwaltungsreferendar	12,0	12,0
		Regierungsinspektoranwärter	2.554,0	2.554,0
		Summe a) Anwärter/innen und Azubis	2.566,0	2.566,0
		Summe Stellenübersicht Beamte/innen Widerruf	2.566,0	2.566,0
		Summe Ausbildung für den Verwaltungsdienst (ohne Leerstellen)	2.566,0	2.566,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0312 Landratsämter

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

422 01 012 Stellenplan für Beamtinnen und Beamte

Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich und der Landkreisordnung vom 05. Dezember 1988 (GBl. S. 398) wurden die Landkreise verpflichtet, die Beamtinnen und Beamten des gehobenen und mittleren Dienstes bei den Landratsämtern als unteren staatlichen Verwaltungsbehörden ab 01. Januar 1990 mit deren Zustimmung in ihren Dienst zu übernehmen. Die verbliebenen Stellen für nicht übergewechselte Beamtinnen und Beamte erhielten kw-Vermerke.

a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte

Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017.

Die Planstellen der Bes.Gr. A 15/16 stehen zur Besetzung durch Dezernenten oder Führungskräfte in vergleichbarer Funktion der Landratsämter - entsprechend der Landkreisgröße - zur Verfügung.

Die nicht für leitende Fachbeamtinnen und Fachbeamte gebundenen Stellen des höheren Dienstes der Bes.Gr. A 13 bis A 16 in den Kapiteln 0312, 0805, 0806, 0809, 0826, 0831, 0913, 1005, 1006 und 1304 können im Einvernehmen mit den jeweiligen Fachressorts gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Zum Ausgleich unterschiedlicher Beförderungsverhältnisse können mit Zustimmung der obersten Dienstbehörde in Einzelfällen Planstellen der Bes.Gr. A 14 zwischen Kap. 0304, 0305, 0306 und 0307 einerseits und Kap. 0312 andererseits vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

B 3	Erster Landesbeamter	9,0	9,0
B 2	Erster Landesbeamter	26,0	26,0
A 16	Leitender Regierungsdirektor	9,0	9,0
A 15	Regierungsdirektor	25,0	35,0
A 14	Oberregierungsrat	55,0	45,0
A 13	Regierungsrat	37,5	36,5
	kw spätestens ab 01.01.2019	* 1,0	* 0,0
A 9	Amtsinspektor (R)	1,0	1,0
	kw 1)	* 1,0	* 1,0
Summe a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte		162,5	161,5
Summe kw		* 2,0	* 1,0

1) 1/1 kw-Vermerk kann im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen abweichend von § 47 Abs. 2 LHO vollzogen werden.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0312 Landratsämter

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
A 15	(Regierungsdirektor) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	10,0	-
A 14	(Oberregierungsrat) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	10,0
A 13	(Regierungsrat) Wegfall gegen Übertragung der entsprechenden Mittel in das Projekt Zukunftsstädte bei Kapitel 0302 Titel 63308	-	1,0
kw	(spätestens ab 01.01.2019) Wegfall gegen Übertragung der entsprechenden Mittel in das Projekt Zukunftsstädte bei Kapitel 0302 Titel 63308	* -	* 1,0
zus. a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte		10,0	11,0
zus. kw		* -	* 1,0
bleiben		-	1,0
bleiben kw		* -	* 1,0

Leerstellen für planmäßige Beamtinnen und Beamte (kw)

B 2	Erster Landesbeamter	1,0	0,0
Summe Leerstellen planmäßige Beamte/innen (kw)		1,0	0,0

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
B 2	(Erster Landesbeamter) Wegfall, Bedarf entfallen	-	1,0
zus. Leerstellen planmäßige Beamte/innen (kw)		-	1,0
bleiben		-	1,0

Summe Stellenplan für Beamtinnen und Beamte (ohne Leerstellen)		162,5	161,5
Summe kw		* 2,0	* 1,0
Summe Landratsämter (ohne Leerstellen)		162,5	161,5
Summe kw		* 2,0	* 1,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0314 Zentrale Veranschlagungen Polizei

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

422 01 042 Stellenplan für Beamtinnen und Beamte

a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte

In Umsetzung der Polizeistrukturereform können Planstellen für Beamtinnen und Beamte zwischen den Kap. 0314, 0315, 0316, 0317 und 0318 vorübergehend bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden.

In Umsetzung der Polizeistrukturereform sind die Planstellen verschiedener Laufbahnen innerhalb und zwischen den Kap. 0314, 0315, 0316, 0317 und 0318 vorübergehend bedarfsgerecht besetzbar.

Planstellen des nichttechnischen Dienstes und des technischen Dienstes können gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Es können besetzt werden:

- Planstellen der Schutzpolizei mit Beamtinnen und Beamten der Kriminalpolizei und umgekehrt,
- in bis zu insgesamt 15,0 Fällen bei den Kap. 0314, 0315, 0316, 0317 und 0318 im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen bis längstens 31.12.2017 Planstellen des Polizeivollzugsdienstes der Besoldungsgruppe A 13 gehobener Dienst mit Aufstiegsbeamtinnen und -beamten des Polizeivollzugsdienstes im Eingangsamts des höheren Dienstes,
- 5,0 Planstellen des gehobenen Dienstes der Schutz- und Kriminalpolizei mit Beamtinnen und Beamten einer anderen Fachrichtung des gehobenen Dienstes oder mit tariflich Beschäftigten als Controller/in,
- bis zu 16,0 Planstellen des gehobenen Dienstes der Schutz- und Kriminalpolizei der Bes.Gr. A 10 bis A 13 mit ehemaligen Polizeibeamtinnen und -beamten, die gem. § 21 Abs. 2 LBG in den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst übernommen wurden. Im Umfang der tatsächlichen Inanspruchnahme dürfen Planstellen des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes der Bes.Gr. A 9 mit Beamtinnen und Beamten des gehobenen Dienstes der Schutz- und Kriminalpolizei besetzt werden,
- bis zu 31,0 Planstellen des mittleren Dienstes der Schutzpolizei der Bes.Gr. A 8, A 9 und A 9 + Amtszulage mit ehemaligen Polizeibeamtinnen und -beamten, die gem. § 21 Abs. 2 LBG in den mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienst übernommen wurden. Im Umfang der tatsächlichen Inanspruchnahme dürfen Planstellen des mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienstes der Bes.Gr. A 7 mit Beamtinnen und Beamten des mittleren Dienstes der Schutz- und Kriminalpolizei besetzt werden.

In bis zu 112 begründeten Einzelfällen können bei Kap. 0314, 0315, 0316 und 0317 ausnahmsweise Planstellen für Beamtinnen und Beamte des mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienstes und Planstellen für Beamtinnen und Beamte des mittleren und gehobenen Verwaltungsdienstes gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Zum Ausgleich unterschiedlicher Beförderungsverhältnisse können in Einzelfällen Planstellen für Beamtinnen und Beamte des höheren Polizeivollzugsdienstes zwischen den Kap. 0314, 0315, 0316, 0317 und 0318 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0314 Zentrale Veranschlagungen Polizei

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

In bis zu 30 Fällen können Planstellen des mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienstes bzw. Planstellen der beim Landesamt für Verfassungsschutz tätigen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten zwischen Kap. 0301, 0314, 0315, 0316, 0317, 0318 und 0319 mit Zustimmung der obersten Dienstbehörde vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden, um Beamtinnen und Beamte im Anschluss an eine besondere Verwendung versetzen zu können.

Zum Ausgleich unterschiedlicher Beförderungsverhältnisse können in bis zu 16 Fällen Planstellen der Bes.Gr. A 14 für Beamtinnen und Beamte des höheren Polizeivollzugsdienstes und Planstellen für Beamtinnen und Beamte einer anderen Fachrichtung des höheren Dienstes zwischen den Kap. 0314, 0315, 0316, 0317 und 0318 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

In den Kap. 0314, 0315, 0316, 0317 und 0318 dürfen mit Einwilligung des Ministeriums für Finanzen die angegebenen Stellenzahlen in den Eingangsstufen des mittleren Polizeivollzugsdienstes (A 7 Polizeimeister) und gehobenen Polizeivollzugsdienstes (A 9 Polizeikommissar) unterjährig kurzfristig überschritten werden, um eine nahtlose Übernahme der Ausbildungsabsolventen in den Polizeidienst zu gewährleisten.

1. Leitung der Polizeipräsidien

B 3	Polizeipräsident eines regionalen Polizeipräsidiums	12,0	12,0
B 2	Polizeivizepräsident eines regionalen Polizeipräsidiums	12,0	12,0
	1/1 Planstelle der Bes.Gr. B 2 (Polizeivizepräsident) kann mit einer Beamtin/einem Beamten einer anderen Laufbahn des höheren Dienstes beim Polizeipräsidium Mannheim besetzt werden.		
	Summe 1. Leitung der Polizeipräsidien	24,0	24,0

2. Schutzpolizei

Die Beamtinnen und Beamten der Schutzpolizei erhalten freie Dienstkleidung einschließlich Sonderbekleidung und Ausrüstung.

A 16	Leitender Polizeidirektor	13,0	15,0
A 15	Polizeidirektor	48,0	64,0
A 14	Polizeioherr	93,0	76,0
A 13	Polizeirat	43,0	43,0
A 13	Erster Polizeihauptkommissar	517,0	535,0
A 12	Polizeihauptkommissar	1.088,0	1.107,0
A 11	Polizeihauptkommissar	2.093,0	2.109,0
A 10	Polizeioberkommissar	2.466,0	2.482,0
A 9	Polizeikommissar	2.262,0	2.515,0
A 9	Polizeihauptmeister + Amtszulage	1.844,0	1.844,0
A 9	Polizeihauptmeister	3.846,0	3.846,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0314 Zentrale Veranschlagungen Polizei

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 8		Polizeiobermeister	2.252,0	2.021,0
A 7		Polizeimeister	242,0	156,0
Summe 2. Schutzpolizei			16.807,0	16.813,0

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
A 16	(Leitender Polizeidirektor) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	2,0	-
A 15	(Polizeidirektor) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	18,0	-
A 15	(Polizeidirektor) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	2,0
A 14	(Polizeioberrat) neu zur Stärkung der Polizei	1,0	-
A 14	(Polizeioberrat) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	18,0
A 13	(Erster Polizeihauptkommissar) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	16,0	-
A 13	(Erster Polizeihauptkommissar) neu zur Stärkung der Polizei	2,0	-
A 12	(Polizeihauptkommissar) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	16,0	-
A 12	(Polizeihauptkommissar) neu zur Stärkung der Polizei	3,0	-
A 11	(Polizeihauptkommissar) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	16,0	-
A 10	(Polizeioberkommissar) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	16,0	-
A 9	(Polizeikommissar) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	317,0	-
A 9	(Polizeikommissar) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	64,0
A 8	(Polizeiobermeister) Stellenhebung von Bes. Gr. A 7 (Polizeimeister) wegen Strukturverbesserung	86,0	-
A 8	(Polizeiobermeister) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	317,0
A 7	(Polizeimeister) Stellenhebung nach Bes. Gr. A 8 (Polizeiobermeister) wegen Strukturverbesserung	-	86,0
zus. 2. Schutzpolizei		493,0	487,0
bleiben		6,0	-

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0314 Zentrale Veranschlagungen Polizei

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
3. Kriminalpolizei				
A 16		Leitender Kriminaldirektor	12,0	12,0
A 15		Kriminaldirektor	16,0	22,0
A 14		Kriminaloberrat	61,0	55,0
A 13		Kriminalrat	16,0	16,0
A 13		Erster Kriminalhauptkommissar	272,0	276,0
A 12		Kriminalhauptkommissar	572,0	583,0
A 11		Kriminalhauptkommissar	1.128,0	1.136,0
A 10		Kriminaloberkommissar	1.132,0	1.140,0
A 9		Kriminalkommissar	305,0	273,0
Summe 3. Kriminalpolizei			3.514,0	3.513,0

Veränderungsnachweis	2017	
	Zugang	Abgang
A 15 (Kriminaldirektor) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	6,0	-
A 14 (Kriminaloberrat) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	6,0
A 13 (Erster Kriminalhauptkommissar) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	8,0	-
A 13 (Erster Kriminalhauptkommissar) neu zur Stärkung der Polizei	2,0	-
A 13 (Erster Kriminalhauptkommissar) Wegfall gegen Zugang von 6 Stellen in E 12 TV-L (Ablösung Planvermerk für Buchprüfer)	-	6,0
A 12 (Kriminalhauptkommissar) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	8,0	-
A 12 (Kriminalhauptkommissar) neu zur Stärkung der Polizei	3,0	-
A 11 (Kriminalhauptkommissar) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	8,0	-
A 10 (Kriminaloberkommissar) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	8,0	-
A 9 (Kriminalkommissar) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	32,0
zus. 3. Kriminalpolizei	43,0	44,0
bleiben	-	1,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0314 Zentrale Veranschlagungen Polizei

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

4. Stellenpool für freiwillige Verlängerer

Die Stellen dürfen nur für Beamtinnen und Beamte in Anspruch genommen werden, denen eine freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit bewilligt wurde.

A 13	Erster Polizeihauptkommissar	0,0	45,0
A 13	Erster Kriminalhauptkommissar	0,0	23,0
A 12	Polizeihauptkommissar	0,0	2,0
A 12	Kriminalhauptkommissar	0,0	1,0
A 9	Polizeihauptmeister + Amtszulage	0,0	50,0
Summe 4. Stellenpool freiwillige Verlängerer		0,0	121,0

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
A 13	(Erster Polizeihauptkommissar) neu zur Schaffung eines Stellenpools freiwillige Verlängerer	45,0	-
A 13	(Erster Kriminalhauptkommissar) neu zur Schaffung eines Stellenpools freiwillige Verlängerer	23,0	-
A 12	(Polizeihauptkommissar) neu zur Schaffung eines Stellenpools freiwillige Verlängerer	2,0	-
A 12	(Kriminalhauptkommissar) neu zur Schaffung eines Stellenpools freiwillige Verlängerer	1,0	-
A 9	(Polizeihauptmeister + Amtszulage) neu zur Schaffung eines Stellenpools freiwillige Verlängerer	50,0	-
zus. 4. Stellenpool freiwillige Verlängerer		121,0	-
bleiben		121,0	-

5. Verwaltung

A 16	Leitender Regierungsdirektor	3,0	3,0
A 15	Regierungsdirektor	12,0	14,0
A 14	Oberregierungsrat	23,0	29,0
A 13	Regierungsrat	1,0	1,0
A 13	Oberamtsrat (R)	15,0	45,0
A 13	Oberamtsrat (T)	12,0	37,0
A 12	Amtsrat (R)	32,5	53,0
A 12	Amtsrat (T)	1,0	1,0
A 11	Regierungsamtmann	85,5	82,0
A 11	Regierungsamtmann (T)	1,0	1,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0314 Zentrale Veranschlagungen Polizei

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 10		Regierungsoberinspektor	81,0	67,0
		kw spätestens ab 01.01.2018	* 9,0	* 0,0
A 9		Regierungsinspektor	14,5	14,5
A 9		Amtsinspektor (R) + Amtszulage	8,0	8,0
A 9		Amtsinspektor (R)	21,0	22,0
A 9		Amtsinspektor (T)	3,0	3,0
A 8		Regierungshauptsekretär	44,0	57,0
		1/1 Stelleninhaber/in behält für ihre / seine Person die Bezüge der Bes.Gr. A 9.		
		1/1 Stelleninhaber/in erhält für ihre / seine Person Bezüge der Bes.Gr. A 9 + Amtszulage.		
A 8		Technischer Hauptsekretär	1,0	1,0
A 7		Regierungsoberssekretär	42,5	39,5
A 6		Regierungssekretär	10,0	0,0
Summe 5. Verwaltung			411,0	478,0
Summe kw			* 9,0	* 0,0

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
A 15	(Regierungsdirektor) neu zur Stärkung der Polizei	2,0	-
A 14	(Oberregierungsrat) neu im Zuge des Anti-Terror-Programms III	1,0	-
A 14	(Oberregierungsrat) neu zur Stärkung der Polizei	5,0	-
A 13	(Oberamtsrat (R)) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	12,0	-
A 13	(Oberamtsrat (R)) neu zur Stärkung der Polizei	18,0	-
A 13	(Oberamtsrat (T)) neu zur Stärkung der Polizei	25,0	-
A 12	(Amtsrat (R)) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	17,5	-
A 12	(Amtsrat (R)) neu zur Stärkung der Polizei	3,0	-
A 11	(Regierungsamtmann) neu im Zuge des Anti-Terror-Programms III	12,0	-
A 11	(Regierungsamtmann) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	15,5
A 10	(Regierungsoberinspektor) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	14,0
kw	(spätestens ab 01.01.2018) Wegfall zur Stärkung der Polizei	* -	* 9,0
A 9	(Amtsinspektor (R)) neu im Zuge des Anti-Terror-Programms III	1,0	-
A 8	(Regierungshauptsekretär) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	13,0	-

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0314 Zentrale Veranschlagungen Polizei

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 7		(Regierungsobersekretär) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	3,0
A 6		(Regierungssekretär) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	10,0
		zus. 5. Verwaltung	109,5	42,5
		zus. kw	* -	* 9,0
		bleiben	67,0	-
		bleiben kw	* -	* 9,0

Summe a) Planstellen für Beamte/innen 20.756,0 20.949,0

Summe kw * 9,0 * 0,0

Leerstellen für planmäßige Beamtinnen und Beamte (kw)

B 2	Vizepräsident 6)	1,0	1,0
A 15	Kriminaldirektor 4)	1,0	0,0
A 15	Polizeidirektor 4)	2,0	0,0
A 14	Kriminaloberrat 4)	2,0	0,0
A 13	Erster Polizeihauptkommissar 2)	1,0	2,0
A 12	Polizeihauptkommissar 2)	0,0	3,0
A 12	Kriminalhauptkommissar 1)	0,0	1,0
A 11	Regierungsamtmann 1)	1,0	0,0
A 11	Kriminalhauptkommissar 1)	1,0	1,0
A 11	Polizeihauptkommissar 1) 2)	28,0	31,0
A 10	Regierungsoberinspektor 1)	2,0	2,0
A 10	Kriminaloberkommissar 1) 3)	3,0	4,0
A 10	Polizeioberkommissar 1) 2) 5)	47,0	55,0
A 9	Regierungsinspektor 1)	1,0	0,0
A 9	Kriminalkommissar 1)	3,0	0,0
A 9	Polizeikommissar 1) 2)	65,0	71,0
A 9	Kriminalhauptmeister 1)	2,0	0,0
A 9	Polizeihauptmeister + Amtszulage 1) 2) 7)	0,0	11,0
A 9	Polizeihauptmeister 1) 2)	68,0	75,0
A 8	Polizeiobermeister 1) 2)	116,0	103,0
A 7	Regierungsobersekretär 1)	2,0	0,0
A 7	Polizeimeister 1) 2)	22,0	17,0
Summe Leerstellen planmäßige Beamte/innen (kw)		368,0	377,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0314 Zentrale Veranschlagungen Polizei

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

- 1) Für nach § 72 LBG und § 31 AzUVO beurlaubte Beamtinnen und Beamte.
- 2) Aufgrund Elternzeit nach § 3 Abs. 2 StHG.
- 3) Für Mitglieder gesetzgebender Körperschaften (1 Stelle).
- 4) Für zur Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) abgeordnete Beamtinnen und Beamte.
- 5) Für zur Wasserschutzpolizei-Schule Hamburg abgeordnete Beamtinnen und Beamte (1 Stelle).
- 6) Für zur Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) ohne Bezüge beurlaubten Beamten zur Wahrnehmung einer Beamtenstelle auf Zeit beim BMI.
- 7) Ruhen der Rechte und Pflichten gem. § 27 AbgG (1 Stelle).

Veränderungsnachweis	2017	
	Zugang	Abgang
A 15 (Kriminaldirektor) Wegfall wegen Übertragung einer höherwertigen Funktion eines zur Deutschen Hochschule für Polizei (DHPol) abgeordneten Beamten (neue Leerstelle in A 16 Leitender Kriminaldirektor bei Kap. 0318 ausgebracht)	-	1,0
A 15 (Polizeidirektor) Beendigung der Abordnung zur Deutschen Hochschule für Polizei (DHPol)	-	2,0
A 14 (Kriminaloberrat) Beendigung der Abordnung zur Deutschen Hochschule für Polizei (DHPol)	-	2,0
A 13 (Erster Polizeihauptkommissar) Neu aufgrund Elternzeit nach § 3 Abs. 2 StHG	1,0	-
A 12 (Polizeihauptkommissar) Neu aufgrund Elternzeit nach § 3 Abs. 2 StHG	3,0	-
A 12 (Kriminalhauptkommissar) Neu für nach §72 LBG beurlaubte Beamte	1,0	-
A 11 (Regierungsamtmann) Beendigung der Beurlaubung	-	1,0
A 11 (Polizeihauptkommissar) Neu aufgrund Elternzeit nach § 3 Abs. 2 StHG	3,0	-
A 10 (Kriminaloberkommissar) Neu für nach §72 LBG beurlaubte Beamte	1,0	-
A 10 (Polizeioberkommissar) Neu aufgrund Elternzeit nach § 3 Abs. 2 StHG	18,0	-
A 10 (Polizeioberkommissar) Beendigung der Beurlaubung	-	10,0
A 9 (Regierungsinspektor) Beendigung der Beurlaubung	-	1,0
A 9 (Kriminalkommissar) Beendigung der Beurlaubung	-	3,0
A 9 (Polizeikommissar) Neu aufgrund Elternzeit nach § 3 Abs. 2 StHG	12,0	-
A 9 (Polizeikommissar) Beendigung der Beurlaubung	-	6,0
A 9 (Kriminalhauptmeister) Beendigung der Beurlaubung	-	2,0
A 9 (Polizeihauptmeister + Amtszulage) Neu für nach §72 LBG beurlaubte Beamte	1,0	-
A 9 (Polizeihauptmeister + Amtszulage) Neu aufgrund Elternzeit nach § 3 Abs. 2 StHG	9,0	-

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0314 Zentrale Veranschlagungen Polizei

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 9		(Polizeihauptmeister + Amtszulage) Neu wegen § 27 AbgG	1,0	-
A 9		(Polizeihauptmeister) Neu für nach § 72 LBG beurlaubte Beamte	1,0	-
A 9		(Polizeihauptmeister) Neu aufgrund Elternzeit nach § 3 Abs. 2 StHG	6,0	-
A 8		(Polizeiobermeister) Neu für nach § 72 LBG beurlaubte Beamte	1,0	-
A 8		(Polizeiobermeister) Neu aufgrund Elternzeit nach § 3 Abs. 2 StHG	7,0	-
A 8		(Polizeiobermeister) Beendigung der Elternzeit	-	21,0
A 7		(Regierungsobersekretär) Beendigung der Beurlaubung	-	2,0
A 7		(Polizeimeister) Neu aufgrund Elternzeit nach § 3 Abs. 2 StHG	1,0	-
A 7		(Polizeimeister) Beendigung der Elternzeit	-	6,0
zus. Leerstellen planmäßige Beamte/innen (kw)			66,0	57,0
bleiben			9,0	-
Summe Stellenplan für Beamtinnen und Beamte (ohne Leerstellen)			20.756,0	20.949,0
Summe kw			* 9,0	* 0,0

428 01 042 Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)

In Umsetzung der Polizeistrukturreform können Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zwischen den Kap. 0314, 0315, 0316, 0317 und 0318 vorübergehend bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden.

Ab dem Zeitpunkt der Schließung der Werkstätten sind 230 mit kw-Vermerk versehene Stellen für tarifliche Beschäftigte abzubauen. Die kw-Vermerke sind spätestens ab der Schließung der Werkstätten zu vollziehen. Anstelle der mit kw-Vermerk bezeichneten Stellen können auch andere, in der Summe finanziell gleichwertige, Stellen gestrichen werden. Von den nach den Richtsätzen (2000) des Ministeriums für Finanzen berechneten Einsparungen durch diesen Stellenabbau können insgesamt bis zu 3.170.224 EUR für die Schaffung höherwertigerer Stellen im Rahmen des Tarifrechts bei den Kap. 0314 bis 0318 verwendet werden. Entsprechende Abweichungen von den Stellenübersichten sind gem. § 17 Abs. 6 Satz 2 LHO mit Einwilligung des Ministeriums für Finanzen zulässig. Die Veränderungen sind jeweils im nächsten Staatshaushaltsplan oder in einem Nachtrag zu etatisieren. Aus der Schließung der Werkstätten sind noch 28,5 Stellen abzubauen. Aus den für Höhergruppierungen zur Verfügung stehenden 3.170.224 Euro sind nach Durchführung der Höhergruppierungen für Zuverlässigkeits- und Sicherheitsüberprüfungen zum 01.03.2015 aus bereits vollzogenen kw-Vermerken noch 183.301,04 Euro verfügbar.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0314 Zentrale Veranschlagungen Polizei

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
TV-L		c) Tarifliche Beschäftigte		
		1. Nichttechnischer - und technischer Dienst		
12			22,0	28,0
11			1,0	16,0
10			5,5	11,0
9			265,0	284,0
8	4) 5)		232,0	413,0
		ku 0/3 nach E 7 TV-L mit Ausscheiden der Stelleninhaber		
		kw spätestens ab 01.01.2018	* 0,0	* 0,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.05.2017 2)	* 0,0	* 1,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.06.2019 2)	* 0,0	* 1,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.05.2021 2)	* 0,0	* 1,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.08.2021 2)	* 0,0	* 1,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.04.2023	* 0,0	* 0,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.06.2023 2)	* 0,0	* 1,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.05.2025 2)	* 0,0	* 1,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.05.2036 2)	* 0,0	* 1,0
7			1,0	20,5
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.01.2023 2)	* 0,0	* 1,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.03.2023 2)	* 0,0	* 1,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.06.2026 2)	* 0,0	* 0,5
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.12.2028 2)	* 0,0	* 1,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.09.2034 2)	* 0,0	* 1,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.08.2036 2)	* 0,0	* 1,0
6			437,0	463,5
		ku 23/10 nach E 5 TV-L mit Ausscheiden der Stelleninhaber		
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.09.2026 2) 3)	* 0,0	* 2,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.03.2029 3)	* 0,0	* 1,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.09.2029 2)	* 0,0	* 1,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0314 Zentrale Veranschlagungen Polizei

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.05.2033 2)	* 0,0	* 1,0
5	5)	ku 45,5/31 nach E 4 TV-L mit Ausscheiden der Stelleninhaber ku 5,5/3,5 nach E 3 TV-L mit Ausscheiden der Stelleninhaber ku 10,5/8,5 nach E 2-5 TV-L mit Ausscheiden der Stelleninhaber	62,5	678,5
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.01.2018 3)	* 1,0	* 0,0
		kw spätestens ab 01.01.2018	* 0,0	* 0,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.01.2020 2)	* 0,0	* 1,0
4			1,0	17,5
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhaber, spätestens ab 01.03.2018	* 0,0	* 1,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.04.2023	* 1,0	* 0,0
4		Krafffahrer	0,0	31,5
		0/2 erhalten eine aufzehrbare Besitzstandszulage		
3			1,0	26,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.01.2017	* 0,0	* 0,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.02.2017	* 0,0	* 1,0
2-5		Beschäftigte für Bürokommunikation	1.056,0	530,0
Summe 1. Nichttechnischer u technischer Dienst			2.084,0	2.519,5
Summe kw			* 2,0	* 20,5

2) Die kw-Vermerke werden ab dem Zeitpunkt der Schließung der Werkstätten vollzogen.

3) Der kw-Vermerk wegen Auflösung der Bekleidungsstellen wird vollzogen, sobald die Stelleninhaberin / der Stelleninhaber auf einer anderen Stelle geführt wird.

4) 156/0 Stellen E 8 TV-L dürfen erst nach Prüfung der tariflichen Eingruppierung durch das Ministerium für Finanzen besetzt werden.

5) 24/0 Stellen E 8 TV-L und 57/0 Stellen E 5 TV-L dürfen erst nach Prüfung der tariflichen Eingruppierung durch das Ministerium für Finanzen besetzt werden.

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
12	Zugang gegen Wegfall von 6 Stellen A 13 (Erster Kriminalhauptkommissar) (Ablösung Planvermerk Buchprüfer)	6,0	-
11	neu zur Stärkung der Polizei	15,0	-
10	übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	5,5	-

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0314 Zentrale Veranschlagungen Polizei

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
	9	übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	19,0	-
	8	übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	170,0	-
	8	neu zur Stärkung der Polizei	12,0	-
	8	Wegfall in Vollzug des von Kap. 0315 übertragenen kw-Vermerks (Werkstatt)	-	1,0
kw		(spätestens ab 01.01.2018) übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* 12,0	* -
kw		(spätestens ab 01.01.2018) Wegfall zur Stärkung der Polizei	* -	* 12,0
kw		(mAd Stelleninhaber spät ab 01.05.2017) übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* 1,0	* -
kw		(mAd Stelleninhaber spät ab 01.06.2019) übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* 1,0	* -
kw		(mAd Stelleninhaber spät ab 01.05.2021) übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* 1,0	* -
kw		(mAd Stelleninhaber spät ab 01.08.2021) übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* 1,0	* -
kw		(mAd Stelleninhaber spät ab 01.04.2023) übertragen von Kap. 0315 Titel 428 01 c) Tarifliche Beschäftigte Abschnitt 1. Nichttechnischer und technischer Dienst	* 1,0	* -
kw		(mAd Stelleninhaber spät ab 01.04.2023) Wegfall in Vollzug des von Kap. 0315 übertragenen kw-Vermerks (Werkstatt)	* -	* 1,0
kw		(mAd Stelleninhaber spät ab 01.06.2023) übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* 1,0	* -
kw		(mAd Stelleninhaber spät ab 01.05.2025) übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* 1,0	* -
kw		(mAd Stelleninhaber spät ab 01.05.2036) übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* 1,0	* -
	7	übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	19,5	-
kw		(mAd Stelleninhaber spät ab 01.01.2023) übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* 1,0	* -
kw		(mAd Stelleninhaber spät ab 01.03.2023) übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* 1,0	* -
kw		(mAd Stelleninhaber spät ab 01.06.2026) übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* 0,5	* -
kw		(mAd Stelleninhaber spät ab 01.12.2028) übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* 1,0	* -
kw		(mAd Stelleninhaber spät ab 01.09.2034) übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* 1,0	* -
kw		(mAd Stelleninhaber spät ab 01.08.2036) übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* 1,0	* -
	6	übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	37,5	-
	6	neu zur Stärkung der Polizei	1,0	-
	6	Wegfall in Vollzug des ku-Vermerks nach E 5 TV-L	-	12,0
		1,0 ku-Vermerk übertragen nach Kap. 0318 Titel 428 01 c) Tarifliche Beschäftigte Abschnitt 1. Nichttechnischer und technischer Dienst		

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0314 Zentrale Veranschlagungen Polizei

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
kw		(mAd Stelleninhaber spät ab 01.09.2026) übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* 2,0	* -
kw		(mAd Stelleninhaber spät ab 01.03.2029) übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* 1,0	* -
kw		(mAd Stelleninhaber spät ab 01.09.2029) übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* 1,0	* -
kw		(mAd Stelleninhaber spät ab 01.05.2033) übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* 1,0	* -
5		Zugang gegen Wegfall von 528 Stellen in E 2-5 TV-L (kostenneutrale Strukturverbesserungen)	528,0	-
5		neu in Vollzug des ku-Vermerks bei E 6 TV-L	12,0	-
5		übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	92,5	-
5		Wegfall in Vollzug der ku-Vermerke nach E 4 TV-L	-	12,5
		2,0 ku-Vermerke übertragen nach Kap. 0318 Titel 428 01 c) Tarifliche Beschäftigte Abschnitt 1. Nichttechnischer und technischer Dienst		
		1,0 ku-Vermerk übertragen nach Kap. 0315 Titel 428 01 c) Tarifliche Beschäftigte Abschnitt 1. Nichttechnischer und technischer Dienst		
5		Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks (Bekleidungslieferstelle)	-	1,0
5		Wegfall in Vollzug des ku-Vermerks nach E 3 TV-L	-	1,0
		1,0 ku-Vermerk übertragen nach Kap. 0315 Titel 428 01 c) Tarifliche Beschäftigte Abschnitt 1. Nichttechnischer und technischer Dienst		
5		Wegfall in Vollzug des ku-Vermerks nach E 2-5 TV-L	-	2,0
kw		(mAd Stelleninhaber spät ab 01.01.2018) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks (Bekleidungslieferstelle)	* -	* 1,0
kw		(spätestens ab 01.01.2018) übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* 57,0	* -
kw		(spätestens ab 01.01.2018) Wegfall zur Stärkung der Polizei	* -	* 57,0
kw		(mAd Stelleninhaber spät ab 01.01.2020) übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* 1,0	* -
4		neu in Vollzug der ku-Vermerke bei E 5 TV-L	12,5	-
4		übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	6,0	-
4		Wegfall in Vollzug des von Kap. 0317 übertragenen des kw-Vermerks	-	1,0
4		Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	-	1,0
kw		(mAd Stelleninhaber spät ab 01.03.2018) übertragen von Kap. 0317 Titel 428 01 c) Tarifliche Beschäftigte	* 1,0	* -
kw		(mAd Stelleninhaber spät ab 01.04.2023) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	* -	* 1,0
4		(Kraftfahrer) übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	31,5	-
3		neu in Vollzug des ku-Vermerks bei E 5 TV-L	1,0	-
3		übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	25,5	-
3		übertrag nach Kap. 0608 Titel 428 01 (gemeinsamer Betrieb Telefonzentrale FA und PP HN)	-	0,5

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0314 Zentrale Veranschlagungen Polizei

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
	3	Wegfall in Vollzug des von Kap. 0317 übertragenen kw-Vermerks	-	1,0
	kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.01.2017) übertragen von Kap. 0317 Titel 428 01 c) Tarifliche Beschäftigte	* 1,0	* -
	kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.01.2017) Wegfall in Vollzug des von Kap. 0317 übertragenen kw-Vermerks	* -	* 1,0
	kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.02.2017) übertragen von Kap. 0317 Titel 428 01 c) Tarifliche Beschäftigte	* 1,0	* -
	2-5	(Beschäftigte für Bürokommunikation) neu in Vollzug des ku-Vermerks bei E 5 TV-L	2,0	-
	2-5	(Beschäftigte für Bürokommunikation) Wegfall gegen Zugang von 528 Stellen in E 5 TV-L (kostenneutrale Strukturverbesserungen)	-	528,0
		zus. 1. Nichttechnischer u technischer Dienst	996,5	561,0
		zus. kw	* 91,5	* 73,0
		bleiben	435,5	-
		bleiben kw	* 18,5	* -

2. Technischer Dienst

10		5,5	0,0
9		19,0	0,0
8	1)4)5)	173,0	0,0

ku 1/0 nach Entg.Gr. 7

Der ku-Vermerk wird beim Freiwerden von Stellen soweit vollzogen, bis die sich in den einzelnen Aufgabenbereichen einer Werkstatt ergebende tarifgemäße Eingruppierung erreicht ist.

ku 6/0 nach E 7 TV-L mit Ausscheiden der Stelleninhaber

kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.01.2017 2)	* 1,0	* 0,0
kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.05.2017 2)	* 1,0	* 0,0
kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.11.2017 2)	* 1,0	* 0,0
kw spätestens ab 01.01.2018	* 12,0	* 0,0
kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.06.2019 2)	* 1,0	* 0,0
kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.05.2021 2)	* 1,0	* 0,0
kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.08.2021 2)	* 1,0	* 0,0
kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.06.2023 2)	* 1,0	* 0,0
kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.05.2025 2)	* 1,0	* 0,0
kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.05.2036 2)	* 1,0	* 0,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0314 Zentrale Veranschlagungen Polizei

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
7			18,5	0,0
		ku 1/0 nach E 6 TV-L		
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.01.2023 2)	* 1,0	* 0,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.03.2023 2)	* 1,0	* 0,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.06.2026 2)	* 0,5	* 0,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.12.2028 2)	* 1,0	* 0,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.09.2034 2)	* 1,0	* 0,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.08.2036 2)	* 1,0	* 0,0
6	1)		38,5	0,0
		ku 1/0 nach E 5 TV-L mit Ausscheiden des Stelleninhabers		
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.09.2026 2)3)	* 2,0	* 0,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.03.2029 3)	* 1,0	* 0,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.09.2029 2)	* 1,0	* 0,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.05.2033 2)	* 1,0	* 0,0
5	1)5)		93,5	0,0
		ku 3/0 nach E 4 TV-L mit Ausscheiden der Stelleninhaber		
		kw spätestens ab 01.01.2018	* 57,0	* 0,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.01.2020	* 1,0	* 0,0
4			4,0	0,0
4	Kraftfahrer		31,5	0,0
		2/0 erhalten eine aufzehrbare Besitzstandszulage		
3	1)		25,5	0,0
Summe 2. Technischer Dienst			409,0	0,0
Summe kw			* 89,5	* 0,0

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
10	übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	-	5,5
9	übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	-	19,0
8	Wegfall in Vollzug des ku-Vemerks nach E 7 TV-L	-	1,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0314 Zentrale Veranschlagungen Polizei

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
	8	übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte und Wegfall der Fußnote 1) 1,0 ku-Vermerk nach E 7 TV-L übertragen nach Kap. 0316 Titel 428 01 c) Tarifliche Beschäftigte Abschnitt 1. Nichttechnischer und technischer Dienst 2,0 ku-Vermerke (mit Ausscheiden der Stelleninhaber) nach E 7 TV-L übertragen nach Kap. 0315 Titel 428 01 c) Tarifliche Beschäftigte Abschnitt 1. Nichttechnischer und technischer Dienst 3,0 ku-Vermerke (mit Ausscheiden der Stelleninhaber) nach E 7 TV-L übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	-	170,0
	8	Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks (Werkstatt)	-	1,0
	8	Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks (Werkstatt)	-	1,0
	kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.01.2017) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks (Werkstatt)	* -	* 1,0
	kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.05.2017) übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* -	* 1,0
	kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.11.2017) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks (Werkstatt)	* -	* 1,0
	kw	(spätestens ab 01.01.2018) übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* -	* 12,0
	kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.06.2019) übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* -	* 1,0
	kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.05.2021) übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* -	* 1,0
	kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.08.2021) übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* -	* 1,0
	kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.06.2023) übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* -	* 1,0
	kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.05.2025) übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* -	* 1,0
	kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.05.2036) übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* -	* 1,0
	7	neu in Vollzug des ku-Vermerks bei E 8 TV-L	1,0	-
	7	übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte 1,0 ku-Vermerk nach E 6 TV-L übertragen nach Kap. 0315 Titel 428 01 c) Tarifliche Beschäftigte Abschnitt 1. Nichttechnischer und technischer Dienst	-	19,5
	kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.01.2023) übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* -	* 1,0
	kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.03.2023) übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* -	* 1,0
	kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.06.2026) übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* -	* 0,5
	kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.12.2028) übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* -	* 1,0
	kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.09.2034) übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* -	* 1,0
	kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.08.2036) übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* -	* 1,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0314 Zentrale Veranschlagungen Polizei

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
	6	Wegfall in Vollzug des ku-Vermerks nach E 5 TV-L	-	1,0
	6	übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte und Wegfall der Fußnote 1)	-	37,5
	kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.09.2026) übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* -	* 2,0
	kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.03.2029) übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* -	* 1,0
	kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.09.2029) übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* -	* 1,0
	kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.05.2033) übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* -	* 1,0
	5	neu in Vollzug des ku-Vermerks bei E 6 TV-L	1,0	-
	5	Wegfall in Vollzug des ku-Vermerks nach E 4 TV-L	-	2,0
	5	übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte und Wegfall der Fußnote 1)	-	92,5
		1,0 ku Vermerk nach E 4 TV-L übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte		
	kw	(spätestens ab 01.01.2018) übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* -	* 57,0
	kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.01.2020) übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* -	* 1,0
	4	neu in Vollzug des ku-Vermerks bei E 5 TV-L	2,0	-
	4	übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	-	6,0
	4	(Krafffahrer) übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	-	31,5
	3	übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte und Wegfall der Fußnote 1)	-	25,5
		zus. 2. Technischer Dienst	4,0	413,0
		zus. kw	* -	* 89,5
		bleiben	-	409,0
		bleiben kw	* -	* 89,5
		Summe c) Tarifliche Beschäftigte	2.493,0	2.519,5
		Summe kw	* 91,5	* 20,5
		Summe Stellenübersicht für Arbeitnehmer/innen	2.493,0	2.519,5
		Summe kw	* 91,5	* 20,5
		Summe Zentrale Veranschlagungen Polizei (ohne Leerstellen)	23.249,0	23.468,5
		Summe kw	* 100,5	* 20,5

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0315 Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

422 01 042 Stellenplan für Beamtinnen und Beamte

a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte

In Umsetzung der Polizeistrukturreform können Planstellen für Beamtinnen und Beamte zwischen den Kap. 0314, 0315, 0316, 0317 und 0318 vorübergehend bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden.

In Umsetzung der Polizeistrukturreform sind die Planstellen verschiedener Laufbahnen innerhalb und zwischen den Kap. 0314, 0315, 0316, 0317 und 0318 vorübergehend bedarfsgerecht besetzbar.

Planstellen des nichttechnischen Dienstes und des technischen Dienstes können gegenseitig in Anspruch genommen werden.

In bis zu 112 begründeten Einzelfällen können bei Kap. 0314, 0315, 0316 und 0317 ausnahmsweise Planstellen für Beamtinnen und Beamte des mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienstes und Planstellen für Beamtinnen und Beamte des mittleren und gehobenen Verwaltungsdienstes gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Zum Ausgleich unterschiedlicher Beförderungsverhältnisse können in bis zu 16 Fällen Planstellen der Bes.Gr. A 14 für Beamtinnen und Beamte des höheren Polizeivollzugsdienstes und Planstellen für Beamtinnen und Beamte einer anderen Fachrichtung des höheren Dienstes zwischen den Kap. 0314, 0315, 0316, 0317 und 0318 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Zum Ausgleich unterschiedlicher Beförderungsverhältnisse können in Einzelfällen Planstellen für Beamtinnen und Beamte des höheren Polizeivollzugsdienstes zwischen den Kap. 0314, 0315, 0316, 0317 und 0318 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

In bis zu 30 Fällen können Planstellen des mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienstes bzw. Planstellen der beim Landesamt für Verfassungsschutz tätigen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten zwischen Kap. 0301, 0314, 0315, 0316, 0317, 0318 und 0319 mit Zustimmung der obersten Dienstbehörde vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden, um Beamtinnen und Beamte im Anschluss an eine besondere Verwendung versetzen zu können.

Es können besetzt werden:

- Planstellen der Schutzpolizei mit Beamtinnen und Beamten der Kriminalpolizei und umgekehrt,
- 7,0 Planstellen des gehobenen Polizeivollzugsdienstes vorübergehend mit Beamtinnen und Beamten des gehobenen Dienstes einer anderen Laufbahn oder mit technischen Beschäftigten,
- in bis zu insgesamt 15 Fällen bei Kap. 0314, 0315, 0316, 0317 und 0318 im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen bis längstens 31.12.2017 Planstellen des Polizeivollzugsdienstes der Besoldungsgruppe A 13 gehobener Dienst mit Aufstiegsbeamtinnen und -beamten des Polizeivollzugsdienst im Eingangsamts des höheren Dienstes,
- 1,0 Planstelle des höheren Polizeivollzugsdienstes der Bes.Gr. A 14 des Abschnitts 2. oder Abschnitts 3. mit einer Beamtin oder einem Beamten einer anderen Laufbahn des höheren Dienstes,

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0315 Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

- bis zu 2,0 Planstellen des mittleren Dienstes der Schutzpolizei der Bes.Gr. A 8, A 9 und A 9 + Amtszulage mit ehemaligen Polizeibeamtinnen und -beamten, die gem. § 21 Abs. 2 LBG in den mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienst übernommen wurden. Im Umfang der tatsächlichen Inanspruchnahme dürfen Planstellen des mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienstes der Bes.Gr. A 7 mit Beamtinnen und Beamten des mittleren Dienstes der Schutz- und Kriminalpolizei besetzt werden,
- bis zu 2,0 Planstellen des gehobenen Dienstes der Schutz- und Kriminalpolizei der Bes.Gr. A 10 bis A 13 mit ehemaligen Polizeibeamtinnen und -beamten, die gem. § 21 Abs. 2 LBG in den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst übernommen wurden. Im Umfang der tatsächlichen Inanspruchnahme dürfen Planstellen des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes der Bes.Gr. A 9 mit Beamtinnen und Beamten des gehobenen Dienstes der Schutz- und Kriminalpolizei besetzt werden.

In den Kap. 0314, 0315, 0316, 0317 und 0318 dürfen mit Einwilligung des Ministeriums für Finanzen die angegebenen Stellenzahlen in den Eingangsstufen des mittleren Polizeivollzugsdienstes (A 7 Polizeimeister) und gehobenen Polizeivollzugsdienstes (A 9 Polizeikommissar) unterjährig kurzfristig überschritten werden, um eine nahtlose Übernahme der Ausbildungsabsolventen in den Polizeidienst zu gewährleisten.

1. Leitung des Präsidiums

B 3	Präsident des Präsidiums Technik, Logistik, Service der Polizei	1,0	1,0
B 2	Vizepräsident des Präsidiums Technik, Logistik, Service der Polizei	1,0	1,0
Summe 1. Leitung des Präsidiums		2,0	2,0

2. Schutzpolizei

A 16	Leitender Polizeidirektor 1/1 Planstelle des höheren Polizeivollzugsdienstes der Bes.Gr. A 16 (Leitender Polizeidirektor) kann mit einer Beamtin / einem Beamten einer anderen Laufbahn des höheren Dienstes besetzt werden.	3,0	3,0
A 15	Polizeidirektor	7,0	7,0
A 14	Polizeioberrat	3,0	3,0
A 13	Polizeirat	2,0	2,0
A 13	Erster Polizeihauptkommissar ku 0/1 nach A 13 Oberamtsrat nach Ausscheiden des Stelleninhabers im Zuge der Neuorganisation des Landespolizeiorchesters	22,0	25,0
A 12	Polizeihauptkommissar	39,0	42,0
A 11	Polizeihauptkommissar	56,0	57,0
A 10	Polizeioberkommissar ku 0/4 nach E 8 / E 9 TV-L nach Ausscheiden der Stelleninhaber im Zuge der Neuorganisation des Landespolizeiorchesters 1)	40,0	39,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0315 Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 9		Polizeikommissar ku 0/1 nach E 8 / E 9 TV-L nach Ausscheiden des Stelleninhabers im Zuge der Neuorganisation des Landespolizeiorchesters 1)	36,5	27,5
A 9		Polizeihauptmeister + Amtszulage ku 0/4 nach E 8 / E 9 TV-L nach Ausscheiden der Stelleninhaber im Zuge der Neuorganisation des Landespolizeiorchesters 1)	34,0	34,0
A 9		Polizeihauptmeister ku 0/2 nach E 8 / E 9 TV-L nach Ausscheiden der Stelleninhaber im Zuge der Neuorganisation des Landespolizeiorchesters 1)	30,0	27,0
A 8		Polizeiobermeister	3,0	9,0
A 7		Polizeimeister	6,0	0,0
Summe 2. Schutzpolizei			281,5	275,5

1) Umwandlung vorbehaltlich der Prüfung der tariflichen Eingruppierung durch das Ministerium für Finanzen.

Veränderungsnachweis	2017	
	Zugang	Abgang
A 13 (Erster Polizeihauptkommissar) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	3,0	-
A 12 (Polizeihauptkommissar) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	3,0	-
A 11 (Polizeihauptkommissar) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	1,0	-
A 10 (Polizeioberkommissar) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	2,0	-
A 10 (Polizeioberkommissar) Wegfall gegen Zugang von 2 Stellen in E 9 TV-L und 1 Stelle in der E 8 TV-L bei Tit. 428 01 Abschnitt c) Tarifliche Beschäftigte 2. Landespolizeiorchester	-	3,0
A 9 (Polizeikommissar) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	9,0
A 9 (Polizeihauptmeister) Wegfall gegen Zugang von 3 Stellen in E 8 TV-L bei it. 428 01 Abschnitt c) Tarifliche Beschäftigte 2. Landespolizeiorchester	-	3,0
A 8 (Polizeiobermeister) Stellenhebung von Bes. Gr. A 7 (Polizeimeister) wegen Strukturverbesserung	6,0	-
A 7 (Polizeimeister) Stellenhebung nach Bes. Gr. A 8 (Polizeiobermeister) wegen Strukturverbesserung	-	6,0
zus. 2. Schutzpolizei	15,0	21,0
bleiben	-	6,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0315 Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
3. Kriminalpolizei				
A 14		Kriminaloberrat	1,0	1,0
A 13		Erster Kriminalhauptkommissar	14,0	14,0
A 12		Kriminalhauptkommissar	20,0	20,0
A 11		Kriminalhauptkommissar	19,0	20,0
A 10		Kriminaloberkommissar	9,0	9,0
A 9		Kriminalkommissar	1,5	0,5
Summe 3. Kriminalpolizei			64,5	64,5

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
A 11	(Kriminalhauptkommissar) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	1,0	-
A 9	(Kriminalkommissar) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	1,0
zus. 3. Kriminalpolizei		1,0	1,0
bleiben		-	-

4. Stellenpool für freiwillige Verlängerer

Die Stellen dürfen nur für Beamtinnen und Beamte in Anspruch genommen werden, denen eine freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit bewilligt wurde.

A 13	Erster Polizeihauptkommissar	0,0	4,0
A 13	Erster Kriminalhauptkommissar	0,0	2,0
A 9	Polizeihauptmeister + Amtszulage	0,0	1,0
Summe 4. Stellenpool freiwillige Verlängerer			7,0

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
A 13	(Erster Polizeihauptkommissar) neu zur Schaffung eines Stellenpools freiwillige Verlängerer	4,0	-
A 13	(Erster Kriminalhauptkommissar) neu zur Schaffung eines Stellenpools freiwillige Verlängerer	2,0	-
A 9	(Polizeihauptmeister + Amtszulage) neu zur Schaffung eines Stellenpools freiwillige Verlängerer	1,0	-
zus. 4. Stellenpool freiwillige Verlängerer		7,0	-
bleiben		7,0	-

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0315 Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
5. Sonstige Laufbahnen				
A 16		Leitender Medizinaldirektor	1,0	1,0
A 15		Medizinaldirektor mit Amtszulage	4,0	4,0
A 15		Regierungsdirektor	1,0	2,0
A 15		Medizinaldirektor	5,0	5,0
A 14		Oberregierungsrat	7,0	8,0
A 14		Obermedizinalrat	7,0	10,0
		kw spätestens ab 01.01.2020	* 0,0	* 3,0
A 13		Regierungsrat	2,0	2,0
A 13		Oberamtsrat (R)	5,0	14,0
A 13		Oberamtsrat (T)	3,0	7,0
A 12		Amtsrat (R)	9,5	18,0
A 12		Amtsrat (T)	4,0	7,0
A 11		Regierungsamtmann	19,5	12,0
		kw spätestens ab 01.01.2020	* 0,0	* 1,0
A 10		Regierungsoberinspektor	11,0	10,0
		kw spätestens ab 01.01.2018	* 1,0	* 0,0
A 10		Regierungsoberinspektor (T)	0,0	1,0
A 9		Regierungsinspektor	3,0	6,0
A 9		Amtsinspektor + Amtszulage	2,0	2,0
A 9		Amtsinspektor	5,0	5,0
A 8		Regierungshauptsekretär	6,0	7,0
A 7		Regierungsobersekretär	3,0	1,0
A 6		Regierungssekretär	2,0	0,0
Summe 5. Sonstige Laufbahnen			100,0	122,0
Summe kw			* 1,0	* 4,0

Veränderungsnachweis	2017	
	Zugang	Abgang
A 15 (Regierungsdirektor) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	1,0	-
A 14 (Oberregierungsrat) neu im Zuge des Anti-Terror-Programms III	1,0	-
A 14 (Oberregierungsrat) neu zur Stärkung der Polizei	1,0	-
A 14 (Oberregierungsrat) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	1,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0315 Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 14		(Obermedizinalrat) Zugang wegen erhöhter Anwärterzahlen (Einstellungsoffensive)	3,0	-
kw		(spät ab 01.01.2020) Zugang wegen erhöhter Anwärterzahlen (Einstellungsoffensive)	* 3,0	* -
A 13		(Oberamtsrat (R)) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	4,0	-
A 13		(Oberamtsrat (R)) neu zur Stärkung der Polizei	5,0	-
A 13		(Oberamtsrat (T)) neu zur Stärkung der Polizei	4,0	-
A 12		(Amtsrat (R)) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	5,5	-
A 12		(Amtsrat (R)) neu zur Stärkung der Polizei	3,0	-
A 12		(Amtsrat (T)) neu im Zuge des Anti-Terror-Programms III	1,0	-
A 12		(Amtsrat (T)) neu zur Stärkung der Polizei	2,0	-
A 11		(Regierungsamtmann) Zugang wegen erhöhter Anwärterzahlen (Einstellungsoffensive)	1,0	-
A 11		(Regierungsamtmann) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	8,5
kw		(spätestens ab 01.01.2020) Zugang wegen erhöhter Anwärterzahlen (Einstellungsoffensive)	* 1,0	* -
A 10		(Regierungsoberinspektor) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	1,0
kw		(spätestens ab 01.01.2018) Wegfall zur Stärkung der Polizei	* -	* 1,0
A 10		(Regierungsoberinspektor (T)) neu zur Stärkung der Polizei	1,0	-
A 9		(Regierungsinspektor) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	1,0	-
A 9		(Regierungsinspektor) Stellenhebung von Bes. Gr. A 6 (Regierungssekretär) wegen Strukturverbesserung	2,0	-
A 8		(Regierungshauptsekretär) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	1,0	-
A 7		(Regierungsobersekretär) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	2,0
A 6		(Regierungssekretär) Stellenhebung nach Bes. Gr. A 9 (Regierungsinspektor) wegen Strukturverbesserung	-	2,0
		zus. 5. Sonstige Laufbahnen	36,5	14,5
		zus. kw	* 4,0	* 1,0
		bleiben	22,0	-
		bleiben kw	* 3,0	* -
Summe a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte			448,0	471,0
Summe kw			* 1,0	* 4,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0315 Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

Leerstellen planmäßige Beamte/innen (kw)

A 14	Polizeioberrat 2)	0,0	1,0
A 12	Polizeihauptkommissar 1)	0,0	1,0
Summe Leerstellen planmäßige Beamte/innen (kw)		0,0	2,0

1) Für nach § 72 LBG und § 31 AzUVO beurlaubte Beamtinnen und Beamte.

2) Ruhen der Rechte und Pflichten gem. § 27 AbgG.

Veränderungsnachweis	2017	
	Zugang	Abgang
A 14 (Polzeioberrat) neu wegen §27 AbgG	1,0	-
A 12 (Polizeihauptkommissar) neu für nach § 72 LBG beurlaubte Beamte	1,0	-
zus. Leerstellen planmäßige Beamte/innen (kw)	2,0	-
bleiben	2,0	-

Summe Stellenplan für Beamtinnen und Beamte (ohne Leerstellen) 448,0 471,0

Summe kw * 1,0 * 4,0

428 01 042 Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)

In Umsetzung der Polizeistrukturreform können Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zwischen den Kap. 0314, 0315, 0316, 0317 und 0318 vorübergehend bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden.

TV-L c) Tarifliche Beschäftigte

1. Nichttechnischer - und technischer Dienst

13	2,0	4,0
12	4,0	3,0
11	18,0	24,0
10	8,5	7,5

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0315 Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
9			52,5	49,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens zum 01.11.2022	* 1,0	* 1,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens zum 01.07.2032	* 1,0	* 1,0
8			103,5	102,0
		ku 0,5/2,5 nach E 7 TV-L mit Ausscheiden der Stelleninhaber		
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens zum 01.04.2023 2)	* 1,0	* 0,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens zum 01.04.2032 2)	* 1,0	* 1,0
7			22,5	21,5
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens zum 01.09.2027 2)	* 1,0	* 1,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens zum 01.08.2034 2)	* 0,0	* 1,0
6			79,5	82,5
		kw spätestens ab 01.01.2020	* 0,0	* 5,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens zum 01.01.2021 2)	* 1,0	* 0,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens zum 01.01.2022 2)	* 1,0	* 1,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens zum 01.01.2026 2)	* 1,0	* 1,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens zum 01.05.2035 2)	* 1,0	* 1,0
		ku 3/3 nach E 5 TV-L mit Ausscheiden der Stelleninhaber		
5			23,0	25,5
		ku 0/5 nach E 3 TV-L mit Ausscheiden der Stelleninhaber		
		ku 2,5/3,5 nach E 4 TV-L mit Ausscheiden der Stelleninhaber		
5		Krafffahrer	1,0	1,0
4			5,0	6,5
3			33,0	33,0
2-5		Beschäftigte für Bürokommunikation	5,5	2,5
2			2,0	2,0
Summe 1. Nichttechnischer u technischer Dienst			360,0	364,0
Summe kw			* 9,0	* 13,0

2) Die kw-Vermerke werden ab dem Zeitpunkt der Schließung der Werkstätten vollzogen.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0315 Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
13	neu zur Stärkung der Polizei	2,0	-
12	übertragen in den Abschnitt 2. Landespolizei orchester (musikalische Leitung)	-	1,0
11	neu zur Stärkung der Polizei	6,0	-
10	übertragen in den Abschnitt 2. Landespolizei orchester (Konzertmanager)	-	1,0
9	neu zur Stärkung der Polizei	1,0	-
9	übertragen in den Abschnitt 2. Landespolizei orchester	-	4,0
9	0,5 ku-Vermerk nach E 8 TV-L (mit Ausscheiden der Stelleninhaber) übertragen von Kap. 0316 Titel 428 01 Abschnitt c) Tarifliche Beschäftigte Abschnitt 1. Nichttechnischer und technischer Dienst	-	0,5
9	Wegfall in Vollzug des von Kap. 0316 übertragenen ku-Vermerks nach E 8 TV-L	-	0,5
8	neu in Vollzug des ku-Vermerks bei E 9 TV-L	0,5	-
8	2,0 ku-Vermerk nach E 7 TV-L übertragen von Kap. 0314 Titel 428 01 c) Tarifliche Beschäftigte Abschnitt 1. Nichttechnischer und technischer Dienst	-	-
8	neu zur Stärkung der Polizei	3,0	-
8	übertragen in den Abschnitt 2. Landespolizei orchester	-	5,0
kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.04.2023) übertragen nach Kap. 0314 Titel 428 01 c) Tarifliche Beschäftigte Abschnitt 1. Nichttechnischer und technischer Dienst	* -	* 1,0
7	1,0 ku-Vermerk nach E 6 TV-L (mit Ausscheiden des Stelleninhabers) übertragen von Kap. 0314 Titel 428 01 c) Tarifliche Beschäftigte Abschnitt 1. Nichttechnischer und technischer Dienst	-	1,0
7	Wegfall in Vollzug des von Kap. 0314 übertragenen ku-Vermerks nach E 6 TV-L	-	-
kw	(mAd Stelleninhaber spät zum 01.08.2034) übertragen von Kap. 0316 Tit. 428 01 c) Tarifliche Beschäftigte Abschnitt 2. Technischer Dienst	* 1,0	* -
6	neu in Vollzug des ku-Vermerks bei E 7 TV-L	1,0	-
6	1,0 ku-Vermerk nach E 5 TV-L (mit Ausscheiden des Stelleninhabers) übertragen von Kap. 0317 Titel 42801 Abschnitt c) Tarifliche Beschäftigte	-	-
6	Zugang wegen erhöhter Anwärterzahlen für Medizinische Fachangestellte (Einstellungsoffensive)	5,0	-
6	übertragen in den Abschnitt 2. Landespolizei orchester (Administration)	-	1,0
6	Wegfall in Vollzug des von Kap. 0317 übertragenen ku-Vermerks nach E 5 TV- L	-	1,0
6	Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks (Werkstatt)	-	1,0
kw	(spät ab 01.01.2020) Zugang wegen erhöhter Anwärterzahlen für Medizinische Fachangestellte (Einstellungsoffensive)	* 5,0	* -
kw	(mAd Stelleninhaber spät zum 01.01.2021) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks (Werkstatt)	* -	* 1,0
5	Zugang gegen Wegfall von 3 Stellen in E 2-5 TV-L (kostenneutrale Strukturverbesserungen)	3,0	-

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0315 Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
5		neu in Vollzug des ku-Vermerks bei E 6 TV-L	1,0	-
		0,5 ku-Vermerk nach E 4 TV-L (mit Ausscheiden des Stelleninhabers) übertragen von Kap. 0318 Titel 428 01 c) Tarifliche Beschäftigte Abschnitt 1. Nichttechnischer und technischer Dienst		
		1,0 ku-Vermerk nach E 4 TV-L (mit Ausscheiden des Stelleninhabers) übertragen von Kap. 0314 Titel 428 01 c) Tarifliche Beschäftigte Abschnitt 1. Nichttechnischer und technischer Dienst		
		1,0 ku-Vermerk nach E 4 TV-L (mit Ausscheiden des Stelleninhabers) übertragen von Kap. 0316 Titel 428 01 c) Tarifliche Beschäftigte Abschnitt 1. Nichttechnischer und technischer Dienst		
		1,0 ku-Vermerk nach E 3 TV-L (mit Ausscheiden des Stelleninhabers) übertragen von Kap. 0314 Titel 428 01 c) Tarifliche Beschäftigte Abschnitt 1. Nichttechnischer und technischer Dienst		
		4,0 ku-Vermerk nach E 3 TV-L (mit Ausscheiden der Stelleninhaber) übertragen von Kap. 0317 Titel 428 01 c) Tarifliche Beschäftigte		
5		1,0 Wegfall in Vollzug des von Kapitel 0314 übertragenen ku-Vermerks nach E 4 TV-L	-	1,5
		0,5 Wegfall in Vollzug des von Kapitel 0318 übertragenen ku-Vermerks nach E 4 TV-L		
4		neu in Vollzug der ku-Vermerke bei E 5 TV-L	1,5	-
2-5		(Beschäftigte für Bürokommunikation) Wegfall gegen Zugang von 3 Stellen in E 5 TV-L (kostenneutrale Strukturverbesserungen)	-	3,0
		zus. 1. Nichttechnischer u technischer Dienst	24,0	20,0
		zus. kw	* 6,0	* 2,0
		bleiben	4,0	-
		bleiben kw	* 4,0	* -

2. Landespolizeiorchester

12	0,0	1,0
10	0,0	1,0
9	0,0	6,0
8	0,0	9,0
6	0,0	1,0
Summe 2. Landespolizeiorchester		18,0

Veränderungsnachweis	2017	
	Zugang	Abgang
12 übertragen von Abschnitt 1. (Musikalische Leitung)	1,0	-
10 übertragen von Abschnitt 1. (Konzertmanager)	1,0	-
9 Zugang gegen Wegfall von 2 Stellen in der Bes.Gr. A 10 (Polizeioberkommissar) in Abschnitt 2. Schutzpolizei (Musiker) im Zuge der Neuorganisation des Landespolizeiorchesters	2,0	-

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0315 Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
9		übertragen von Abschnitt 1. (Musiker)	4,0	-
8		Zugang gegen Wegfall einer Stelle der Bes.Gr. A 10 (Polizeioberkommissar) und drei Stellen in Bes.Gr. A 9 (Polizeihauptmeister) in Abschnitt 2. Schutzpolizei (Musiker) im Zuge der Neuorganisation des Landespolizeiorchesters	4,0	-
8		übertragen von Abschnitt 1. (Musiker)	5,0	-
6		übertragen von Abschnitt 1. (Administration)	1,0	-
		zus. 2. Landespolizeiorchester	18,0	-
		bleiben	18,0	-

	Summe c) Tarifliche Beschäftigte	360,0	382,0
	Summe kw	* 9,0	* 13,0
	Summe Stellenübersicht Arbeitnehmer/innen	360,0	382,0
	Summe kw	* 9,0	* 13,0
	Summe Präs. Technik, Logistik, Service Polizei (ohne Leerstellen)	808,0	853,0
	Summe kw	* 10,0	* 17,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0316 Polizeipräsidium Einsatz

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

422 01 042 Stellenplan für Beamtinnen und Beamte

a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte

In Umsetzung der Polizeistrukturreform können Planstellen für Beamtinnen und Beamte zwischen den Kap. 0314, 0315, 0316, 0317 und 0318 vorübergehend bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden.

In Umsetzung der Polizeistrukturreform sind die Planstellen verschiedener Laufbahnen innerhalb und zwischen den Kap. 0314, 0315, 0316, 0317 und 0318 vorübergehend bedarfsgerecht besetzbar.

Planstellen des nichttechnischen Dienstes und des technischen Dienstes können gegenseitig in Anspruch genommen werden.

In bis zu 112 begründeten Einzelfällen können bei Kap. 0314, 0315, 0316 und 0317 ausnahmsweise Planstellen für Beamtinnen und Beamte des mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienstes und Planstellen für Beamtinnen und Beamte des mittleren und gehobenen Verwaltungsdienstes gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Zum Ausgleich unterschiedlicher Beförderungsverhältnisse können in bis zu 16 Fällen Planstellen der Bes.Gr. A 14 für Beamtinnen und Beamte des höheren Polizeivollzugsdienstes und Planstellen für Beamtinnen und Beamte einer anderen Fachrichtung des höheren Dienstes zwischen den Kap. 0314, 0315, 0316, 0317 und 0318 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

1. Leitung des Präsidiums

B 3	Polizeipräsident des Polizeipräsidiums Einsatz	1,0	1,0
B 2	Polizeivizepräsident des Polizeipräsidiums Einsatz	1,0	1,0
Summe 1. Leitung des Präsidiums		2,0	2,0

2. Vollzugsdienst

Es können besetzt werden:

- die Planstellen der Schutzpolizei auch mit Beamtinnen und Beamten der Kriminalpolizei,
- bis zu 6,0 Planstellen des mittleren Dienstes der Schutzpolizei der Bes.Gr. A 8, A 9 und A 9 + Amtszulage mit ehemaligen Polizeibeamtinnen und -beamten, die gem. § 21 Abs. 2 LBG in den mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienst übernommen wurden. Im Umfang der tatsächlichen Inanspruchnahme dürfen Planstellen des mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienstes der Bes.Gr. A 7 mit Beamtinnen und Beamten des mittleren Dienstes der Schutz- und Kriminalpolizei besetzt werden,
- in bis zu insgesamt 15 Fällen bei den Kap. 0314, 0315, 0316, 0317 und 0318 im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen bis längstens 31.12.2017 Planstellen des Polizeivollzugsdienstes der Besoldungsgruppe A 13 gehobener Dienst mit Aufstiegsbeamtinnen und -beamten des Polizeivollzugsdienstes im Eingangsamt des höheren Dienstes.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0316 Polizeipräsidium Einsatz

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
		Zum Ausgleich unterschiedlicher Beförderungsverhältnisse können in Einzelfällen Planstellen für Beamtinnen und Beamte des höheren Polizeivollzugsdienstes zwischen den Kap. 0314, 0315, 0316, 0317 und 0318 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.		
		In bis zu 30 Fällen können Planstellen des mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienstes bzw. Planstellen der beim Landesamt für Verfassungsschutz tätigen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten zwischen Kap. 0301, 0314, 0315, 0316, 0317, 0318 und 0319 mit Zustimmung der obersten Dienstbehörde vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden, um Beamtinnen und Beamte im Anschluss an eine besondere Verwendung versetzen zu können.		
		Eine Planstelle des gehobenen Polizeivollzugsdienstes kann für eine Beamtin / einen Beamten des gehobenen Dienstes einer anderen Laufbahn oder für eine/ einen technischen Beschäftigte/ n vorübergehend in Anspruch genommen werden.		
		In den Kap. 0314, 0315, 0316, 0317 und 0318 dürfen mit Einwilligung des Ministeriums für Finanzen die angegebenen Stellenzahlen in den Eingangssämtern des mittleren Polizeivollzugsdienstes (A 7 Polizeimeister) und gehobenen Polizeivollzugsdienstes (A 9 Polizeikommissar) unterjährig kurzfristig überschritten werden, um eine nahtlose Übernahme der Ausbildungsabsolventen in den Polizeidienst zu gewährleisten.		
A 16		Leitender Polizeidirektor	3,0	3,0
A 16		Leitender Kriminaldirektor	1,0	1,0
A 15		Polizeidirektor	5,0	6,0
A 15		Kriminaldirektor	2,0	2,0
A 14		Polizeiobererrat	4,0	3,0
A 14		Kriminalobererrat	5,0	5,0
A 13		Polizeirat	3,0	3,0
A 13		Kriminalrat	1,0	1,0
A 13		Erster Polizeihauptkommissar	42,0	44,0
A 13		Erster Kriminalhauptkommissar	16,0	17,0
A 12		Polizeihauptkommissar	101,0	103,0
A 12		Kriminalhauptkommissar	25,0	26,0
A 11		Polizeihauptkommissar	171,0	172,0
A 11		Kriminalhauptkommissar	78,0	79,0
A 10		Polizeioberkommissar	185,0	186,0
A 10		Kriminaloberkommissar	78,0	78,0
A 9		Polizeikommissar	157,5	179,5
A 9		Kriminalkommissar	14,5	11,5
A 9		Polizeihauptmeister + Amtszulage	131,0	131,0
A 9		Polizeihauptmeister	249,0	249,0
A 8		Polizeiobermeister	201,0	206,0
A 7		Polizeimeister	747,5	714,5
Summe 2. Vollzugsdienst			2.220,5	2.220,5

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0316 Polizeipräsidium Einsatz

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

Veränderungsnachweis	2017	
	Zugang	Abgang
A 15 (Polizeidirektor) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	1,0	-
A 14 (Polizeioberrat) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	1,0
A 13 (Erster Polizeihauptkommissar) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	2,0	-
A 13 (Erster Kriminalhauptkommissar) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	1,0	-
A 12 (Polizeihauptkommissar) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	2,0	-
A 12 (Kriminalhauptkommissar) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	1,0	-
A 11 (Polizeihauptkommissar) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	1,0	-
A 11 (Kriminalhauptkommissar) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	1,0	-
A 10 (Polizeioberkommissar) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	1,0	-
A 9 (Polizeikommissar) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	28,0	-
A 9 (Polizeikommissar) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	6,0
A 9 (Kriminalkommissar) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	3,0
A 8 (Polizeiobermeister) Stellenhebung von Bes. Gr. A 7 (Polizeimeister) wegen Strukturverbesserung	33,0	-
A 8 (Polizeiobermeister) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	28,0
A 7 (Polizeimeister) Stellenhebung nach Bes. Gr. A 8 (Polizeiobermeister) wegen Strukturverbesserung	-	33,0
zus. 2. Vollzugsdienst	71,0	71,0
bleiben	-	-

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0316 Polizeipräsidium Einsatz

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

3. Stellenpool für freiwillige Verlängerer

Die Stellen dürfen nur für Beamtinnen und Beamte in Anspruch genommen werden, denen eine freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit bewilligt wurde.

A 13	Erster Polizeihauptkommissar	0,0	4,0
A 13	Erster Kriminalhauptkommissar	0,0	2,0
A 9	Polizeihauptmeister + Amtszulage	0,0	4,0
Summe 3. Stellenpool freiwillige Verlängerer		0,0	10,0

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
A 13	(Erster Polizeihauptkommissar) neu zur Schaffung eines Stellenpools freiwillige Verlängerer	4,0	-
A 13	(Erster Kriminalhauptkommissar) neu zur Schaffung eines Stellenpools freiwillige Verlängerer	2,0	-
A 9	(Polizeihauptmeister + Amtszulage) neu zur Schaffung eines Stellenpools freiwillige Verlängerer	4,0	-
zus. 3. Stellenpool freiwillige Verlängerer		10,0	-
bleiben		10,0	-

4. Sonstige Laufbahnen

In gleichem Umfang wie Stellen des mittleren Polizeivollzugsdienstes für ehemalige Polizeibeamtinnen und -beamte, die gem. § 21 Abs. 2 LBG in den mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienst übernommen wurden, in Anspruch genommen sind, können Stellen des mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienstes der Bes.Gr. A 7 mit Beamtinnen und Beamten der Schutz- und Kriminalpolizei besetzt werden.

A 16	Leitender Regierungsdirektor	1,0	1,0
A 15	Regierungsdirektor	1,0	1,0
A 14	Oberregierungsrat	1,0	2,0
A 14	Oberstudienrat/Oberpsychologierat/Akademischer Oberrat	1,0	1,0
A 13	Studienrat/Psychologierat/Akademischer Rat	1,0	1,0
A 13	Oberamtsrat (R)	2,0	4,0
A 13	Oberamtsrat (T)	0,0	5,0
A 12	Amtsrat (R)	5,0	8,0
A 12	Amtsrat (T)	2,0	2,0
A 11	Regierungsamtmann	12,5	11,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0316 Polizeipräsidium Einsatz

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 10		Regierungsoberinspektor	6,5	5,0
		kw spätestens ab 01.01.2018	* 1,0	* 0,0
A 10		Technischer Oberinspektor	1,0	1,0
		Auf 1/1 Stelle darf bis zur Verbeamtung ein Arbeitnehmer der EntgeltGr. 10 TV-L geführt werden		
A 9		Regierungsinspektor	6,0	9,0
A 9		Amtsinspektor (R) + Amtszulage	1,0	1,0
A 9		Amtsinspektor (R)	3,0	3,0
A 8		Regierungshauptsekretär	8,0	10,0
A 7		Regierungsobersekretär	7,5	7,5
A 6		Regierungssekretär	6,0	0,0
Summe 4. Sonstige Laufbahnen			65,5	72,5
Summe kw			* 1,0	* 0,0

Veränderungsnachweis	2017	
	Zugang	Abgang
A 14 (Oberregierungsrat) neu zur Stärkung der Polizei	1,0	-
A 13 (Oberamtsrat (R)) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	1,0	-
A 13 (Oberamtsrat (R)) neu zur Stärkung der Polizei	1,0	-
A 13 (Oberamtsrat (T)) neu zur Stärkung der Polizei	5,0	-
A 12 (Amtsrat (R)) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	3,0	-
A 11 (Regierungsamtman) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	1,5
A 10 (Regierungsoberinspektor) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	1,5
kw (spätestens ab 01.01.2018) Wegfall zur Stärkung der Polizei	* -	* 1,0
A 9 (Regierungsinspektor) Stellenhebung von Bes. Gr. A 6 (Regierungssekretär) wegen Strukturverbesserung	4,0	-
A 9 (Regierungsinspektor) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	1,0
A 8 (Regierungshauptsekretär) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	2,0	-

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0316 Polizeipräsidium Einsatz

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 6		(Regierungssekretär) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	2,0
A 6		(Regierungssekretär) Stellenhebung nach Bes. Gr. A 9 (Regierungsinspektor) wegen Strukturverbesserung	-	4,0
		zus. 4. Sonstige Laufbahnen	17,0	10,0
		zus. kw	* -	* 1,0
		bleiben	7,0	-
		bleiben kw	* -	* 1,0
Summe a) Planstellen für Beamte/innen			2.288,0	2.305,0
Summe kw			* 1,0	* 0,0

Leerstellen für planmäßige Beamtinnen und Beamte (kw)

Für nach § 72 LBG beurlaubte Beamtinnen und Beamte und aufgrund Elternzeit nach § 3 Abs. 2 StHG.

A 14	Polizeiberrat 1)	0,0	1,0
A 12	Polizeihauptkommissar	1,0	1,0
A 11	Polizeihauptkommissar	0,0	4,0
A 10	Polizeioberkommissar	2,0	3,0
A 9	Regierungsinspektor	1,0	0,0
A 9	Polizeikommissar	3,0	2,0
A 9	Polizeihauptmeister + Amtszulage	0,0	1,0
A 9	Polizeihauptmeister	1,0	1,0
A 8	Polizeiobermeister	3,0	1,0
A 7	Polizeimeister	2,0	0,0
A 6	Regierungssekretär	1,0	0,0
Summe Leerstellen planmäßige Beamte/innen (kw)		14,0	14,0

1) Für zur Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) abgeordnete Beamtinnen und Beamte.

Veränderungsnachweis	2017	
	Zugang	Abgang
A 14 (Polizeiberrat) Neu für einen ab 01.04.2016 als Lehrkraft zur Deutschen Hochschule für Polizei (DHPol) abgeordneten Beamten	1,0	-
A 11 (Polizeihauptkommissar) Neu aufgrund Elternzeit nach § 3 Abs. 2 StHG	3,0	-

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0316 Polizeipräsidium Einsatz

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 11		(Polizeihauptkommissar) Neu für nach § 72 LBG beurlaubte Beamte	1,0	-
A 10		(Polizeioberkommissar) Neu aufgrund Elternzeit nach § 3 Abs. 2 StHG	1,0	-
A 9		(Regierungsinspektor) Beendigung der Beurlaubung	-	1,0
A 9		(Polizeikommissar) Beendigung der Elternzeit	-	1,0
A 9		(Polizeihauptmeister + Amtszulage) Neu aufgrund Elternzeit nach § 3 Abs. 2 StHG	1,0	-
A 8		(Polizeiobermeister) Beendigung der Elternzeit	-	2,0
A 7		(Polizeimeister) Beendigung der Elternzeit	-	2,0
A 6		(Regierungssekretär) Beendigung der Beurlaubung	-	1,0
zus. Leerstellen planmäßige Beamte/innen (kw)			7,0	7,0
bleiben			-	-
Summe Stellenplan für Beamtinnen und Beamte (ohne Leerstellen)			2.288,0	2.305,0
Summe kw			* 1,0	* 0,0

428 01 042 Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)

Vgl. Vermerk bei Kap. 0314 Tit. 428 01

In Umsetzung der Polizeistrukturreform können Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zwischen den Kap. 0314, 0315, 0316, 0317 und 0318 vorübergehend bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden.

TV-L c) Tarifliche Beschäftigte

1. Nichttechnischer - und technischer Dienst

12		2,0	3,0
11		1,0	8,0
10		0,0	0,5
9		9,0	17,0
8	ku 1,5/0 nach E 8 TV-L mit Ausscheiden der Stelleninhaber		
8	4)	20,5	34,5
	ku 3/1 nach E 7 TV-L mit Ausscheiden des Stelleninhabers		
7		0,0	6,0
	kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.07.2021	* 0,0	* 1,0
	2)		
	kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.01.2030	* 0,0	* 1,0
	2)		
6		27,5	44,5

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0316 Polizeipräsidium Einsatz

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
5		ku 4/3 nach E 4 TV-L mit Ausscheiden der Stelleninhaber	6,0	26,0
4			0,0	1,5
4		Kraftfahrer	0,0	2,0
3	1)		1,5	66,0
		kw spätestens ab 01.01.2018	* 0,0	* 0,0
2-5		Beschäftigte für Bürokommunikation	13,0	6,0
Summe 1. Nichttechnischer u technischer Dienst			80,5	215,0
Summe kw			* 0,0	* 2,0

- 1) 14/0 Stellen E 3 TV-L dürfen erst nach Prüfung der tariflichen Eingruppierung durch das Ministerium für Finanzen besetzt werden.
- 2) Die kw-Vermerke werden ab dem Zeitpunkt der Schließung der Werkstätten vollzogen.
- 4) 7/0 Stellen E 8 TV-L dürfen erst nach Prüfung der tariflichen Eingruppierung durch das Ministerium für Finanzen besetzt werden.

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
12	übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	1,0	-
11	neu zur Stärkung der Polizei	7,0	-
10	übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	0,5	-
9	übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	8,0	-
	1,0 ku-Vermerk übertragen nach Kap. 0317 Titel 428 01 c) Tarifliche Beschäftigte und		
	0,5 ku-Vermerk übertragen nach Kap. 0315 Titel 428 01 c) Tarifliche Beschäftigte Abschnitt 1. Nichttechnischer und technischer Dienst		
8	übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	15,0	-
	1,0 ku Vermerk nach E 7 TV-L übertragen von Kap. 0314 Titel 428 01 c) Tarifliche Beschäftigte Abschnitt 1. Nichttechnischer und technischer Dienst		
	2,0 ku-Vermerke nach E 7 TV-L (mit Ausscheiden der Stelleninhaber) übertragen nach Kap. 0317 Titel 428 01 c) Tarifliche Beschäftigte		
8	Wegfall in Vollzug des von Kap. 0314 übertragenen ku-Vermerks nach E 7 TV-L	-	1,0
7	übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	5,0	-
7	neu in Vollzug des ku-Vermerks bei E 8 TV-L	1,0	-
kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.07.2021) übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* 1,0	* -
kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.01.2030) übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* 1,0	* -

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0316 Polizeipräsidium Einsatz

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
6		übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	17,0	-
5		übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	13,5	-
		1,0 ku-Vermerk nach E 4 TV-L (mit Ausscheiden des Stelleninhabers) übertragen nach Kap. 0315 Titel 428 01 Abschnitt c) Tarifliche Beschäftigte Abschnitt 1. Nichttechnischer und technischer Dienst		
		0,5 ku-Vermerk nach E 3 TV-L (mit Ausscheiden des Stelleninhabers) übertragen von Kap. 0317 Titel 428 01 Abschnitt c) Tarifliche Beschäftigte		
5		Zugang gegen Wegfall von 7 Stellen in E 2-5 TV-L (kostenneutrale Strukturverbesserungen)	7,0	-
5		Wegfall in Vollzug des von Kap. 0317 übertragenen ku-Vermerks nach E 3 TV-L	-	0,5
4		übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	1,5	-
4		(Kraftfahrer) übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	2,0	-
3		übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	64,0	-
3		neu in Vollzug des ku-Vermerks bei E 5 TV-L	0,5	-
kw		(spätestens ab 01.01.2018) übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* 14,0	* -
kw		(spätestens ab 01.01.2018) Wegfall zur Stärkung der Polizei	* -	* 14,0
2-5		(Beschäftigte für Bürokommunikation) Wegfall gegen Zugang von 7 Stellen in E 5 TV-L (kostenneutrale Strukturverbesserungen)	-	7,0
		zus. 1. Nichttechnischer u technischer Dienst	143,0	8,5
		zus. kw	* 16,0	* 14,0
		bleiben	134,5	-
		bleiben kw	* 2,0	* -

2. Technischer Dienst

12		1,0	0,0
10		0,5	0,0
9		8,0	0,0
8		16,0	0,0
	kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.01.2020 2)	* 1,0	* 0,0
	kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.07.2023 2)	* 1,0	* 0,0
	kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.09.2032 2)	* 1,0	* 0,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0316 Polizeipräsidium Einsatz

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
7			5,0	0,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.07.2021 2)	* 1,0	* 0,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.01.2030 2)	* 1,0	* 0,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.12.2033 2)	* 1,0	* 0,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.08.2034 2)	* 1,0	* 0,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.01.2040 2)	* 1,0	* 0,0
6			17,0	0,0
5			13,5	0,0
4			1,5	0,0
4		Kraftfahrer	2,0	0,0
3			64,0	0,0
		kw spätestens ab 01.01.2018	* 14,0	* 0,0
Summe 2. Technischer Dienst			128,5	0,0
Summe kw			* 22,0	* 0,0

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
12	übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	-	1,0
10	übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	-	0,5
9	übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	-	8,0
8	übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	-	15,0
8	Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks (Werkstatt)	-	1,0
kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.01.2020) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks (Werkstatt)	* -	* 1,0
kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.07.2023) übertragen nach Kap. 0317 Titel 428 01 c) Tarifliche Beschäftigte	* -	* 1,0
kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.09.2032) übertragen nach Kap. 0317 Titel 428 01 c) Tarifliche Beschäftigte	* -	* 1,0
7	übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	-	5,0
kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.07.2021) übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* -	* 1,0
kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.01.2030) übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* -	* 1,0
kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.12.2033) übertragen nach Kap 0317 Tit. 428 01 c) Tarifliche Beschäftigte	* -	* 1,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0316 Polizeipräsidium Einsatz

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
kw		(mAd Stelleninhaber spät ab 01.08.2034) übertragen nach Kap 0315 Tit. 428 01 c) Tarifliche Beschäftigte Abschnitt 1. Nichttechnischer und technischer Dienst	* -	* 1,0
kw		(mAd Stelleninhaber spät ab 01.01.2040) übertragen nach Kap 0317 Tit. 428 01 c) Tarifliche Beschäftigte	* -	* 1,0
6		übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	-	17,0
5		übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	-	13,5
4		übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	-	1,5
4		(Kraftfahrer) übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	-	2,0
3		übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	-	64,0
kw		(spätestens ab 01.01.2018) übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	* -	* 14,0
		zus. 2. Technischer Dienst	-	128,5
		zus. kw	* -	* 22,0
		bleiben	-	128,5
		bleiben kw	* -	* 22,0
Summe c) Tarifliche Beschäftigte			209,0	215,0
Summe kw			* 22,0	* 2,0
Summe Stellenübersicht Arbeitnehmer/innen			209,0	215,0
Summe kw			* 22,0	* 2,0
Summe Polizeipräsidium Einsatz (ohne Leerstellen)			2.497,0	2.520,0
Summe kw			* 23,0	* 2,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0317 Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

422 01 042 Stellenplan für Beamtinnen und Beamte

a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte

In Umsetzung der Polizeistrukturreform können Planstellen für Beamtinnen und Beamte zwischen den Kap. 0314, 0315, 0316, 0317 und 0318 vorübergehend bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden.

In Umsetzung der Polizeistrukturreform sind die Planstellen verschiedener Laufbahnen innerhalb und zwischen den Kap. 0314, 0315, 0316, 0317 und 0318 vorübergehend bedarfsgerecht besetzbar.

Planstellen des nichttechnischen Dienstes und des technischen Dienstes können gegenseitig in Anspruch genommen werden.

1. Leitung der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

W 3	Präsident bei der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg	1,0	1,0
	Der Stelleninhaber erhält eine Stellenzulage nach Maßgabe der HStZulV.		
B 2	Vizepräsident bei der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg	1,0	1,0
	Summe 1. Leitung der Hochschule für Polizei	2,0	2,0

2. Vollzugsdienst

Es können besetzt werden:

- die Planstellen der Schutzpolizei mit Beamtinnen und Beamten der Kriminalpolizei und umgekehrt,
- 2,0 Planstellen des höheren Kriminaldienstes mit Beamtinnen und Beamten, die nicht dem höheren Polizeivollzugsdienst angehören,
- 1,0 Planstellen der Bes. Gr. A 16 (Leitender Polizeidirektor) als Leiter des Instituts für Management, Psychosoziales Gesundheitsmanagement und Personalgewinnung und zugleich Leiter eines Institutsbereichs sowie 1,0 Planstellen der Bes. Gr. A 15 (Polizeidirektor) als Leiter des Institutsbereichs für Management oder Leiter des Institutsbereichs für Psychosoziales Gesundheitsmanagement oder des Institutsbereichs für Personalgewinnung und zugleich Vertreter des Leiters des Instituts für Management, Psychosoziales Gesundheitsmanagement und Personalgewinnung auch mit Beamtinnen und Beamten einer anderen Laufbahn des höheren Dienstes,
- in bis zu insgesamt 15 Fällen bei Kap. 0314, 0315, 0316, 0317 und 0318 im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen bis längstens 31.12.2017 Planstellen des Polizeivollzugsdienstes der Besoldungsgruppe A 13 gehobener Dienst mit Aufstiegsbeamtinnen und -beamten des Polizeivollzugsdienst im Eingangssamt des höheren Dienstes,

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0317 Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

- bis zu 5,0 Planstellen des mittleren Dienstes der Schutzpolizei der Bes.Gr. A 8, A 9 und A 9 + Amtszulage mit ehemaligen Polizeibeamtinnen und -beamten, die gem. § 21 Abs. 2 LBG in den mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienst übernommen wurden. Im Umfang der tatsächlichen Inanspruchnahme dürfen Planstellen des mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienstes der Bes.Gr. A 7 mit Beamtinnen und Beamten des mittleren Dienstes der Schutz- und Kriminalpolizei besetzt werden.

Zum Ausgleich unterschiedlicher Beförderungsverhältnisse können in Einzelfällen Planstellen für Beamtinnen und Beamte des höheren Polizeivollzugsdienstes zwischen den Kap. 0314, 0315, 0316, 0317 und 0318 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

In bis zu 30 Fällen können Planstellen des mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienstes bzw. Planstellen der beim Landesamt für Verfassungsschutz tätigen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten zwischen Kap. 0301, 0314, 0315, 0316, 0317, 0318 und 0319 mit Zustimmung der obersten Dienstbehörde vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden, um Beamtinnen und Beamte im Anschluss an eine besondere Verwendung versetzen zu können.

Zum Ausgleich unterschiedlicher Beförderungsverhältnisse können in bis zu 16 Fällen Planstellen der Bes.Gr. A 14 für Beamtinnen und Beamte des höheren Polizeivollzugsdienstes und Planstellen für Beamtinnen und Beamte einer anderen Fachrichtung des höheren Dienstes zwischen den Kap. 0314, 0315, 0316, 0317 und 0318 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

In den Kap. 0314, 0315, 0316, 0317 und 0318 dürfen mit Einwilligung des Ministeriums für Finanzen die angegebenen Stellenzahlen in den Eingangsstufen des mittleren Polizeivollzugsdienstes (A 7 Polizeimeister) und gehobenen Polizeivollzugsdienstes (A 9 Polizeikommissar) unterjährig kurzfristig überschritten werden, um eine nahtlose Übernahme der Ausbildungsabsolventen in den Polizeidienst zu gewährleisten.

In bis zu 112 begründeten Einzelfällen können bei Kap. 0314, 0315, 0316 und 0317 ausnahmsweise Planstellen für Beamtinnen und Beamte des mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienstes und Planstellen für Beamtinnen und Beamte des mittleren und gehobenen Verwaltungsdienstes gegenseitig in Anspruch genommen werden.

A 16	Leitender Polizeidirektor	2,0	2,0
A 15	Kriminaldirektor	4,0	7,0
A 15	Polizeidirektor	7,0	9,0
A 14	Kriminaloberrat	10,0	7,0
A 14	Polizeioberrat	12,0	10,0
A 13	Kriminalrat	1,0	1,0
A 13	Polizeirat	8,0	8,0
A 13	Erster Kriminalhauptkommissar	2,0	2,0
A 13	Erster Polizeihauptkommissar	39,0	42,0
A 12	Kriminalhauptkommissar	2,0	2,0
A 12	Polizeihauptkommissar	74,0	76,0

ku 1/0 nach E 11 TV-L übergeleitet von Verg.Gr. IV/III BAT

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0317 Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 11		Polizeihauptkommissar	81,0	83,0
A 10		Polizeioberkommissar	64,0	65,0
A 9		Polizeikommissar	29,0	20,0
A 9		Polizeihauptmeister + Amtszulage	14,0	14,0
A 9		Polizeihauptmeister	13,0	13,0
Summe 2. Vollzugsdienst			362,0	361,0

Veränderungsnachweis	2017	
	Zugang	Abgang
A 15 (Kriminaldirektor) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	2,0	-
A 15 (Kriminaldirektor) Stellenhebung von Bes. Gr. A 14 (Kriminaloberrat) wegen Strukturverbesserung	1,0	-
A 15 (Polizeidirektor) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	1,0	-
A 15 (Polizeidirektor) Stellenhebung von Bes. Gr. A 14 (Polizeiobererrat) wegen Strukturverbesserung	1,0	-
A 14 (Kriminaloberrat) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	2,0
A 14 (Kriminaloberrat) Stellenhebung nach Bes. Gr. A 15 (Kriminaldirektor) wegen Strukturverbesserung	-	1,0
A 14 (Polizeiobererrat) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	1,0
A 14 (Polizeiobererrat) Stellenhebung nach Bes. Gr. A 15 (Polizeidirektor) wegen Strukturverbesserung	-	1,0
A 13 (Erster Polizeihauptkommissar) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	3,0	-
A 12 (Polizeihauptkommissar) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	3,0	-
A 12 (Polizeihauptkommissar) Wegfall in Vollzug des ku-Vermerks nach E 11 TV-L	-	1,0
A 11 (Polizeihauptkommissar) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	2,0	-
A 10 (Polizeioberkommissar) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	1,0	-
A 9 (Polizeikommissar) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	9,0
zus. 2. Vollzugsdienst	14,0	15,0
bleiben	-	1,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0317 Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

3. Stellenpool für freiwillige Verlängerer

Die Stellen dürfen nur für Beamtinnen und Beamte in Anspruch genommen werden, denen eine freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit bewilligt wurde.

A 13	Erster Polizeihauptkommissar	0,0	2,0
A 13	Erster Kriminalhauptkommissar	0,0	2,0
Summe 3. Stellenpool freiwillige Verlängerer		0,0	4,0

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
A 13	(Erster Polizeihauptkommissar) neu zur Schaffung eines Stellenpools freiwillige Verlängerer	2,0	-
A 13	(Erster Kriminalhauptkommissar) neu zur Schaffung eines Stellenpools freiwillige Verlängerer	2,0	-
zus. 3. Stellenpool freiwillige Verlängerer		4,0	-
bleiben		4,0	-

4. Verwaltung

A 15	Regierungsdirektor	1,0	1,0
A 14	Oberregierungsrat	4,0	3,0
A 13	Oberamtsrat (R)	2,0	6,0
	kw spätestens ab 01.01.2020	* 0,0	* 1,0
A 13	Oberamtsrat (T)	5,0	7,0
A 12	Amtsrat (R)	5,5	6,0
A 11	Regierungsamtmann	7,5	11,0
	kw spätestens ab 01.01.2020	* 0,0	* 2,0
A 10	Regierungsoberinspektor	6,5	3,5
A 9	Regierungsinspektor	5,0	10,0
A 9	Amtsinspektor + Amtszulage	1,0	1,0
A 9	Amtsinspektor (R)	3,0	3,0
A 8	Regierungshauptsekretär	6,5	10,0
	kw spätestens ab 01.01.2020	* 0,0	* 1,0
A 7	Regierungsobersekretär	7,0	5,5
A 6	Regierungssekretär	7,0	0,0
Summe 4. Verwaltung		61,0	67,0
Summe kw		* 0,0	* 4,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0317 Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
A 14	(Oberregierungsrat) neu zur Stärkung der Polizei	1,0	-
A 14	(Oberregierungsrat) übertragen nach Abschnitt 4. sonstige Laufbahnen (wg. Besetzung mit Laufbahn informationstechnischer Dienst)	-	2,0
A 13	(Oberamtsrat (R)) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	2,0	-
A 13	(Oberamtsrat (R)) neu zur Stärkung der Polizei	1,0	-
A 13	(Oberamtsrat (R)) Zugang wegen erhöhter Anwärterzahlen (Einstellungsoffensive)	1,0	-
kw	(spätestens ab 01.01.2020) Zugang wegen erhöhter Anwärterzahlen (Einstellungsoffensive)	* 1,0	* -
A 13	(Oberamtsrat (T)) neu zur Stärkung der Polizei	2,0	-
A 12	(Amtsrat (R)) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	0,5	-
A 11	(Regierungsamtmann) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	1,5	-
A 11	(Regierungsamtmann) Zugang wegen erhöhter Anwärterzahlen (Einstellungsoffensive)	2,0	-
kw	(spätestens ab 01.01.2020) Zugang wegen erhöhter Anwärterzahlen (Einstellungsoffensive)	* 2,0	* -
A 10	(Regierungsoberinspektor) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	3,0
A 9	(Regierungsinspektor) Stellenhebung von Bes. Gr. A 6 (Regierungssekretär) wegen Strukturverbesserung	6,0	-
A 9	(Regierungsinspektor) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	1,0
A 8	(Regierungshauptsekretär) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	2,5	-
A 8	(Regierungshauptsekretär) Zugang wegen erhöhter Anwärterzahlen (Einstellungsoffensive)	1,0	-
kw	(spätestens ab 01.01.2020) Zugang wegen erhöhter Anwärterzahlen (Einstellungsoffensive)	* 1,0	* -
A 7	(Regierungsobersekretär) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	1,5
A 6	(Regierungssekretär) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	1,0
A 6	(Regierungssekretär) Stellenhebung nach Bes. Gr. A 9 (Regierungsinspektor) wegen Strukturverbesserung	-	6,0
zus. 4. Verwaltung		20,5	14,5
zus. kw		* 4,0	* -
bleiben		6,0	-
bleiben kw		* 4,0	* -

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0317 Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

5. Sonstige Laufbahnen

Es können besetzt werden:

- 1/1 Planstelle der Bes.Gr. A 14 (Oberstudienrat/Oberpsychologierat) mit Polizeischulrektor (Altfall),
- 1/1 Planstelle der Bes.Gr. A 13 (Studienrat/Psychologierat) mit Polizeischullehrer (Altfall).

A 14	Oberregierungsrat	0,0	2,0
A 14	Oberstudienrat/Oberpsychologierat/Akademischer Oberrat	13,0	13,0
A 13	Studienrat/Psychologierat/Akademischer Rat	11,0	11,0
Summe 5. Sonstige Laufbahnen		24,0	26,0

Veränderungsnachweis	2017	
	Zugang	Abgang
A 14 (Oberregierungsrat) übertragen von Abschnitt 4. Verwaltung in Abschnitt 5. sonstige Laufbahnen (wg. Besetzung mit Laufbahn informationstechnischer Dienst)	2,0	-
zus. 5. Sonstige Laufbahnen	2,0	-
bleiben	2,0	-

6. Professoren

Die aufgrund des Gesetzes zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes und anderer Gesetze sowie des Landeshochschulgesetzes im Staatshaushaltsplan 2005/06 ausgebrachten Stellen der Bes.Gr. W 2 und W 3 für Professoren dürfen von den bisherigen Stelleninhabern/innen mit ihrer bisherigen Besoldung nach Bes.Gr. C 2, C 3 einschließlich Zulagen bis zu ihrem Ausscheiden in Anspruch genommen werden.

2/2 Fachbereichsleiter/innen erhalten noch Stellenzulagen nach Maßgabe der HStZulV in Höhe von je 766,94 EUR/Jahr.

W 3	Professor	8,0	8,0
W 2	Professor	22,5	23,5
	0,5/0,5 Planstellen dürfen mit einer außertariflichen Arbeitnehmerin / einem außertariflichen Arbeitnehmer besetzt werden.		
	kw spätestens ab 01.01.2020	* 0,0	* 1,0
Summe 6. Professoren		30,5	31,5
Summe kw		* 0,0	* 1,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0317 Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
W 2	(Professor) Zugang wegen erhöhter Anwärterzahlen (Einstellungsoffensive)	1,0	-
kw	(spätestens ab 01.01.2020) Zugang wegen erhöhter Anwärterzahlen (Einstellungsoffensive)	* 1,0	* -
	zus. 6. Professoren	1,0	-
	zus. kw	* 1,0	* -
	bleiben	1,0	-
	bleiben kw	* 1,0	* -

Summe a) Planstellen für Beamte/innen 479,5 491,5

Summe kw * 0,0 * 5,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0317 Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

Leerstellen für planmäßige Beamtinnen und Beamte (kw)

Für nach § 72 LBG beurlaubte Beamtinnen und Beamte und aufgrund Elternzeit nach § 3 Abs. 2 StHG.

W 3	Professor	0,0	1,0
A 12	Polizeihauptkommissar	1,0	1,0
A 11	Polizeihauptkommissar	2,0	3,0
A 11	Regierungsamtmann	2,0	0,0
A 10	Polizeioberkommissar	0,0	1,0
A 9	Polizeikommissar	3,0	1,0
A 9	Polizeihauptmeister	2,0	2,0
A7	Polizeimeister	0,0	1,0
Summe Leerstellen planmäßige Beamte/innen (kw)		10,0	10,0

Veränderungsnachweis	2017	
	Zugang	Abgang
W 3 (Professor) neu für nach § 72 Abs. 2 Nr. 2 LBG beurlaubte Beamte	1,0	-
A 11 (Polizeihauptkommissar) Neu aufgrund Elternzeit nach § 3 Abs. 2 StHG	1,0	-
A 11 (Regierungsamtmann) Beendigung der Beurlaubung	-	2,0
A 10 (Polizeioberkommissar) Neu aufgrund Elternzeit nach § 3 Abs. 2 StHG	1,0	-
A 9 (Polizeikommissar) Beendigung der Elternzeit	-	2,0
A7 (Polizeimeister) Neu für nach § 72 LBG beurlaubte Beamte	1,0	-
zus. Leerstellen planmäßige Beamte/innen (kw)	4,0	4,0
bleiben	-	-

Summe Stellenplan für Beamtinnen und Beamte (ohne Leerstellen)	479,5	491,5
Summe kw	* 0,0	* 5,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0317 Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

422 03 042 Stellenübersicht für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst u. dgl.

Stellen für Polizeikommissaranwärter können mit Polizeimeisteranwärtern besetzt werden.

Mit Einwilligung des Ministeriums für Finanzen dürfen die angegebenen Stellenzahlen für Polizeikommissaranwärter und Polizeimeisteranwärter kurzfristig überschritten werden, wenn sich der Beginn und das Ende des Vorbereitungsdienstes teilweise überschneiden oder wenn sich die prognostizierte Personalfuktuation von Anwärtern aufgrund geringerer Personalabgänge beziehungsweise durch Wiederholung von Ausbildungsabschnitten verändert.

a) Anwärterinnen und Anwärter und Auszubildende in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis

Polizeikommissaranwärter	1.440,0	1.220,0
kw spätestens ab 01.09.2016	* 400,0	* 0,0
Polizeimeisteranwärter	1.530,0	1.935,0
<hr/>		
Summe a) Anwärter/innen und Azubis	2.970,0	3.155,0
Summe kw	* 400,0	* 0,0

Veränderungsnachweis	2017	
	Zugang	Abgang
Anwärter (Polizeikommissaranwärter) Zugang wegen Steigerung der Einstellungszahl	180,0	-
Anwärter (Polizeikommissaranwärter) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	-	400,0
kw (spätestens ab 01.09.2016) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	* -	* 400,0
Anwärter (Polizeimeisteranwärter) Zugang wegen Steigerung der Einstellungszahl	405,0	-
zus. a) Anwärter/innen und Azubis	585,0	400,0
zus. kw	* -	* 400,0
bleiben	185,0	-
bleiben kw	* -	* 400,0

Summe Stellenübersicht Beamte/innen Widerruf	2.970,0	3.155,0
Summe kw	* 400,0	* 0,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0317 Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
428 01	042	Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)		
		Vgl. Vermerk bei Kap. 0314 Tit. 428 01		
		In Umsetzung der Polizeistrukturereform können Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zwischen den Kap. 0314, 0315, 0316, 0317 und 0318 vorübergehend bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden.		
TV-L		c) Tarifliche Beschäftigte		
11			3,0	6,0
10			1,0	1,0
9			11,0	10,0
8			16,0	16,0
		ku 3/4 nach E 7 TV-L mit Ausscheiden der Stelleninhaber		
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.07.2023 3)	* 0,0	* 1,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.09.2032 3)	* 0,0	* 1,0
7			15,0	16,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.12.2033 3)	* 0,0	* 1,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.01.2040 3)	* 0,0	* 1,0
6			28,0	28,0
		ku 8,5/0 nach E 5 TV-L mit Ausscheiden der Stelleninhaber		
5			33,5	62,5
		ku 3,5/3,5 nach E 4 TV-L mit Ausscheiden der Stelleninhaber		
		ku 5,5/0 nach E 3 TV-L mit Ausscheiden der Stelleninhaber		
4			4,0	4,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.03.2018	* 1,0	* 0,0
3		2)	38,5	39,5
		kw spätestens ab 01.01.2018	* 14,0	* 0,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.01.2017	* 1,0	* 0,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.02.2017	* 1,0	* 0,0
2-5		Beschäftigte für Bürokommunikation	59,5	29,5
		Summe c) Tarifliche Beschäftigte	209,5	212,5
		Summe kw	* 17,0	* 4,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0317 Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

- 2) 14/0 Stellen E 3 TV-L dürfen erst nach Prüfung der tariflichen Eingruppierung durch das Ministerium für Finanzen besetzt werden.
 3) Die kw-Vermerke werden ab dem Zeitpunkt der Schließung der Werkstätten vollzogen.

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
11	neu in Vollzug des ku-Vermerks bei A 12 (Polizeihauptkommissar)	1,0	-
11	neu zur Stärkung der Polizei	2,0	-
9	1,0 ku-Vermerk nach E 8 TV-L (mit Ausscheiden der Stelleninhaber) übertragen von Kap. 0316 Titel 42801 c) Tarifliche Beschäftigte Abschnitt 1. Nichttechnischer und technischer Dienst	-	1,0
	Wegfall in Vollzug des von Kap. 0316 übertragenen ku-Vermerks nach E 8 TV-L		
8	neu in Vollzug des ku-Vermerks bei E 9 TV-L	1,0	-
	2,0 ku-Vermerke nach E 7 TV-L (mit Ausscheiden der Stelleninhaber) übertragen von Kap. 0316 Titel 42801 c) Tarifliche Beschäftigte Abschnitt 1. Nichttechnischer und technischer Dienst		
8	1,0 Wegfall in Vollzug des ku-Vermerks nach E 7 TV-L	-	1,0
kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.07.2023) übertragen von Kap. 0316 Tit. 428 01 c) Tarifliche Beschäftigte Abschnitt 1. Nichttechnischer und technischer Dienst	* 1,0	* -
kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.09.2032) übertragen von Kap. 0316 Tit. 428 01 c) Tarifliche Beschäftigte Abschnitt 1. Nichttechnischer und technischer Dienst	* 1,0	* -
7	neu in Vollzug des ku-Vermerks bei E 8 TV-L	1,0	-
kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.12.2033) übertragen von Kap. 0316 Tit. 428 01 c) Tarifliche Beschäftigte Abschnitt 1. Nichttechnischer und technischer Dienst	* 1,0	* -
kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.01.2040) übertragen von Kap. 0316 Tit. 428 01 c) Tarifliche Beschäftigte Abschnitt 1. Nichttechnischer und technischer Dienst	* 1,0	* -
5	Zugang gegen Wegfall von 30 Stellen in E 2-5 TV-L (kostenneutrale Strukturverbesserungen)	30,0	-
	4,0 ku-Vermerke nach E 3 TV-L (mit Ausscheiden der Stelleninhaber) übertragen nach Kap. 0315 Titel 428 01 Abschnitt c) Tarifliche Beschäftigte		
	0,5 ku-Vermerk nach E 3 TV-L (mit Ausscheiden der Stelleninhaber) übertragen nach Kap. 0316 Abschnitt c) Tarifliche Beschäftigte Abschnitt 1. Nichttechnischer und technischer Dienst		
5	Wegfall in Vollzug des ku-Vermerks nach E 3 TV-L	-	1,0
kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.03.2018) übertragen nach Kap. 0314 Titel 428 01 c) Tarifliche Beschäftigte Abschnitt 1. Nichttechnischer und technischer Dienst	* -	* 1,0
3	neu in Vollzug des ku-Vermerks bei E 5 TV-L	1,0	-
kw	(spätestens ab 01.01.2018) Wegfall zur Stärkung der Polizei	* -	* 14,0
kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.01.2017) übertragen nach Kap. 0314 Titel 428 01 c) Tarifliche Beschäftigte Abschnitt 1. Nichttechnischer und technischer Dienst	* -	* 1,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0317 Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
kw		(mAd Stelleninhaber spät ab 01.02.2017) übertragen nach Kap. 0314 Titel 428 01 c) Tarifliche Beschäftigte Abschnitt 1. Nichttechnischer und technischer Dienst	* -	* 1,0
2-5		(Beschäftigte für Bürokommunikation) Wegfall gegen Zugang von 30 Stellen in E 5 TV-L (kostenneutrale Strukturverbesserungen)	-	30,0
		zus. c) Tarifliche Beschäftigte	36,0	33,0
		zus. kw	* 4,0	* 17,0
		bleiben	3,0	-
		bleiben kw	* -	* 13,0
Summe Stellenübersicht für Arbeitnehmer/innen			209,5	212,5
Summe kw			* 17,0	* 4,0
Summe Hochschule für Polizei Baden-Württemberg (ohne Leerstellen)			3.659,0	3.859,0
Summe kw			* 417,0	* 9,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0318 Landeskriminalamt

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

422 01 042 Stellenplan für Beamtinnen und Beamte

a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte

In Umsetzung der Polizeistrukturereform können Planstellen für Beamtinnen und Beamte zwischen den Kap. 0314, 0315, 0316, 0317 und 0318 vorübergehend bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden.

In Umsetzung der Polizeistrukturereform sind die Planstellen verschiedener Laufbahnen innerhalb und zwischen den Kap. 0314, 0315, 0316, 0317 und 0318 vorübergehend bedarfsgerecht besetzbar.

Planstellen des nichttechnischen Dienstes und des technischen Dienstes können gegenseitig in Anspruch genommen werden.

1. Leitung des Landeskriminalamts

B 3	Präsident des Landeskriminalamts	1,0	1,0
B 2	Vizepräsident des Landeskriminalamts	1,0	1,0
Summe 1. Leitung des Landeskriminalamts		2,0	2,0

2. Vollzugsdienst

Zum Ausgleich unterschiedlicher Beförderungsverhältnisse können in bis zu 16 Fällen Planstellen der Bes.Gr. A 14 für Beamtinnen und Beamte des höheren Polizeivollzugsdienstes und Planstellen für Beamtinnen und Beamte einer anderen Fachrichtung des höheren Dienstes zwischen den Kap. 0314, 0315, 0316, 0317 und 0318 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

In bis zu insgesamt 15 Fällen können bei den Kap. 0314, 0315, 0316, 0317 und 0318 im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen bis längstens 31.12.2017 Planstellen des Polizeivollzugsdienstes der Besoldungsgruppe A 13 gehobener Dienst mit Aufstiegsbeamtinnen und - beamten des Polizeivollzugsdienstes im Eingangsamts des höheren Dienstes besetzt werden.

Des Weiteren können in bis zu 26 begründeten Einzelfällen ausnahmsweise Planstellen für Beamtinnen und Beamte des gehobenen Polizeivollzugsdienstes und Planstellen für Beamtinnen und Beamte des gehobenen Verwaltungsdienstes gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Die Planstellen der Kriminalpolizei können auch mit Beamtinnen und Beamten der Schutzpolizei besetzt werden und umgekehrt.

Zum Ausgleich unterschiedlicher Beförderungsverhältnisse können in Einzelfällen Planstellen für Beamtinnen und Beamte des höheren Polizeivollzugsdienstes zwischen den Kap. 0314, 0315, 0316, 0317 und 0318 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0318 Landeskriminalamt

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

In bis zu 30 Fällen können Planstellen des mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienstes bzw. Planstellen der beim Landesamt für Verfassungsschutz tätigen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten zwischen Kap. 0301, 0314, 0315, 0316, 0317, 0318 und 0319 mit Zustimmung der obersten Dienstbehörde vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden, um Beamtinnen und Beamte im Anschluss an eine besondere Verwendung versetzen zu können.

In den Kap. 0314, 0315, 0316, 0317 und 0318 dürfen mit Einwilligung des Ministeriums für Finanzen die angegebenen Stellenzahlen in den Eingangssämtern des mittleren Polizeivollzugsdienstes (A 7 Polizeimeister) und gehobenen Polizeivollzugsdienstes (A 9 Polizeikommissar) unterjährig kurzfristig überschritten werden, um eine nahtlose Übernahme der Ausbildungsabsolventen in den Polizeidienst zu gewährleisten.

A 16	Leitender Kriminaldirektor	4,0	5,0
A 15	Kriminaldirektor	9,0	11,0
A 14	Kriminaloberrat	17,0	15,0
A 13	Kriminalrat	8,0	8,0
A 13	Erster Kriminalhauptkommissar	84,0	89,0
A 12	Kriminalhauptkommissar	147,0	159,0
A 11	Kriminalhauptkommissar	256,0	269,0
A 10	Kriminaloberkommissar	112,0	117,0
A 9	Kriminalkommissar	83,0	76,0
Summe 2. Vollzugsdienst		720,0	749,0

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
A 16	(Leitender Kriminaldirektor) Stellenhebung von Bes. Gr. A 15 (Kriminaldirektor) wegen Strukturverbesserung	1,0	-
A 15	(Kriminaldirektor) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	2,0	-
A 15	(Kriminaldirektor) Stellenhebung von Bes. Gr. A 14 (Kriminaloberrat) wegen Strukturverbesserung	1,0	-
A 15	(Kriminaldirektor) Stellenhebung nach Bes. Gr. A 16 (Leitender Kriminaldirektor) wegen Strukturverbesserung	-	1,0
A 14	(Kriminaloberrat) neu zur Stärkung der Polizei (Sondereinheit "Operative Fahndung Staatsschutz")	1,0	-
A 14	(Kriminaloberrat) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	2,0
A 14	(Kriminaloberrat) Stellenhebung nach Bes. Gr. A 15 (Kriminaldirektor) wegen Strukturverbesserung	-	1,0
A 13	(Erster Kriminalhauptkommissar) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	3,0	-
A 13	(Erster Kriminalhauptkommissar) neu zur Stärkung der Polizei (Sondereinheit "Operative Fahndung Staatsschutz")	2,0	-

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0318 Landeskriminalamt

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 12		(Kriminalhauptkommissar) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	3,0	-
A 12		(Kriminalhauptkommissar) neu im Zuge des ergänzenden Sonderprogramms zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus	5,0	-
A 12		(Kriminalhauptkommissar) neu zur Stärkung der Polizei (Sondereinheit "Operative Fahndung Staatsschutz")	4,0	-
A 11		(Kriminalhauptkommissar) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	2,0	-
A 11		(Kriminalhauptkommissar) neu im Zuge des ergänzenden Sonderprogramms zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus	3,0	-
A 11		(Kriminalhauptkommissar) neu zur Stärkung der Polizei (Sondereinheit "Operative Fahndung Staatsschutz")	8,0	-
A 10		(Kriminaloberkommissar) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	1,0	-
A 10		(Kriminaloberkommissar) neu im Zuge des ergänzenden Sonderprogramms zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus	1,0	-
A 10		(Kriminaloberkommissar) neu zur Stärkung der Polizei (Sondereinheit "Operative Fahndung Staatsschutz")	3,0	-
A 9		(Kriminalkommissar) neu zur Stärkung der Polizei (Sondereinheit "Operative Fahndung Staatsschutz")	2,0	-
A 9		(Kriminalkommissar) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	9,0
		zus. 2. Vollzugsdienst	42,0	13,0
		bleiben	29,0	-

3. Stellenpool für freiwillige Verlängerer

Die Stellen dürfen nur für Beamtinnen und Beamte in Anspruch genommen werden, denen eine freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit bewilligt wurde.

A 13	Erster Kriminalhauptkommissar	0,0	8,0
Summe 3. Stellenpool freiwillige Verlängerer		0,0	8,0

Veränderungsnachweis	2017	
	Zugang	Abgang
A 13 (Erster Kriminalhauptkommissar) neu zur Schaffung eines Stellenpools freiwillige Verlängerer	8,0	-
zus. 3. Stellenpool freiwillige Verlängerer	8,0	-
bleiben	8,0	-

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0318 Landeskriminalamt

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

4. Kriminaltechnisches Institut und sonstige Technische Dienste

Die Planstellen des mittleren, gehobenen und höheren Dienstes im Abschnitt 4. können auch mit Beamtinnen und Beamten einer anderen Laufbahn des mittleren, gehobenen und höheren Dienstes besetzt werden.

A 16	Leitender Regierungsdirektor	1,0	1,0
	Die Planstelle kann auch mit einer Beamtin / einem Beamten des höheren Polizeivollzugsdienstes besetzt werden.		
A 15	Regierungsdirektor	9,0	12,0
A 14	Oberregierungsrat	23,0	39,0
A 13	Regierungsrat	27,0	23,0
A 13	Oberamtsrat (T)	1,0	1,0
A 12	Amtsrat (T)	6,0	8,0
A 11	Technischer Amtmann	2,0	2,0
A 10	Technischer Oberinspektor	3,0	3,0
A 8	Technischer Hauptsekretär	2,0	2,0
A 7	Technischer Obersekretär	1,0	1,0
Summe 4. Kriminaltechnisches Institut		75,0	92,0

Veränderungsnachweis	2017	
	Zugang	Abgang
A 15 (Regierungsdirektor) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	3,0	-
A 14 (Oberregierungsrat) neu im Zuge des ergänzenden Sonderprogramms zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus	2,0	-
A 14 (Oberregierungsrat) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	4,0	-
A 14 (Oberregierungsrat) neu im Zuge des Anti-Terror-Programms III	12,0	-
A 14 (Oberregierungsrat) neu zur Stärkung der Polizei	1,0	-
A 14 (Oberregierungsrat) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	3,0
A 13 (Regierungsrat) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	4,0
A 12 (Amtsrat (T)) neu im Zuge des Anti-Terror-Programms III	2,0	-
zus. 4. Kriminaltechnisches Institut	24,0	7,0
bleiben	17,0	-

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0318 Landeskriminalamt

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
5. Verwaltung				
A 16		Leitender Regierungsdirektor	1,0	1,0
A 15		Regierungsdirektor	1,0	1,0
A 14		Oberregierungsrat	2,0	3,0
A 13		Oberamtsrat (R)	1,0	4,0
A 12		Amtsrat (R)	3,0	5,0
A 11		Regierungsamtmann	5,0	4,0
A 10		Regierungsoberinspektor	2,0	0,0
A 9		Regierungsinspektor	7,5	6,5
A 9		Amtsinspektor (R) + Amtszulage	1,0	1,0
A 9		Amtsinspektor (R)	2,0	2,0
A 8		Regierungshauptsekretär	4,0	5,0
A 7		Regierungsobersekretär	3,0	3,0
A 6		Regierungssekretär	1,0	0,0
Summe 5. Verwaltung			33,5	35,5

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
A 14	(Oberregierungsrat) neu zur Stärkung der Polizei	1,0	-
A 13	(Oberamtsrat (R)) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	2,0	-
A 13	(Oberamtsrat (R)) neu zur Stärkung der Polizei	1,0	-
A 12	(Amtsrat (R)) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	2,0	-
A 11	(Regierungsamtmann) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	1,0
A 10	(Regierungsoberinspektor) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	2,0
A 9	(Regierungsinspektor) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	1,0
A 8	(Regierungshauptsekretär) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	1,0	-
A 6	(Regierungssekretär) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	1,0
zus. 5. Verwaltung		7,0	5,0
bleiben		2,0	-

Summe a) Planstellen für Beamte/innen

830,5

886,5

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0318 Landeskriminalamt

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

Leerstellen für planmäßige Beamtinnen und Beamte (kw)

A 16	Leitender Kriminaldirektor 4)	0,0	1,0
A 12	Polizeihauptkommissar 1)	1,0	0,0
A 12	Kriminalhauptkommissar 1) 2)	1,0	1,0
A 11	Polizeihauptkommissar 1)	3,0	1,0
A 11	Kriminalhauptkommissar 1)	3,0	7,0
A 10	Polizeioberkommissar 1)	1,0	0,0
A 10	Kriminaloberkommissar 1)	0,0	3,0
A 8	Polizeiobermeister 1)	1,0	0,0

Summe Leerstellen planmäßige Beamte/innen (kw)	10,0	13,0
--	------	------

- 1) Für nach § 72 LBG und § 31 AzUVO beurlaubte Beamtinnen und Beamte sowie aufgrund Elternzeit nach § 3 Abs. 2 StHG.
- 2) Für ein Mitglied einer gesetzgebenden Körperschaft.
- 4) Für zur Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) abgeordnete Beamtinnen und Beamte.

Veränderungsnachweis	2017	
	Zugang	Abgang
A 16 (Leitender Kriminaldirektor) Neu für Übertragung einer höherwertigen Funktion eines zur Deutschen Hochschule für Polizei (DHPol) abgeordneten Beamten (Wegfall 1,0 Leerstelle in A 15 Kriminaldirektor bei Kap. 0314)	1,0	-
A 12 (Polizeihauptkommissar) Beendigung der Elternzeit	-	1,0
A 11 (Polizeihauptkommissar) Beendigung der Elternzeit	-	2,0
A 11 (Kriminalhauptkommissar) Neu für nach § 72 LBG beurlaubte Beamte	1,0	-
A 11 (Kriminalhauptkommissar) Neu aufgrund Elternzeit nach § 3 Abs. 2 StHG	3,0	-
A 10 (Polizeioberkommissar) Beendigung der Elternzeit	-	1,0
A 10 (Kriminaloberkommissar) Neu für nach § 72 LBG beurlaubte Beamte	1,0	-
A 10 (Kriminaloberkommissar) Neu aufgrund Elternzeit nach § 3 Abs. 2 StHG	2,0	-
A 8 (Polizeiobermeister) Beendigung der Elternzeit	-	1,0
zus. Leerstellen planmäßige Beamte/innen (kw)	8,0	5,0
bleiben	3,0	-

Summe Stellenplan für Beamtinnen und Beamte (ohne Leerstellen)	830,5	886,5
--	-------	-------

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0318 Landeskriminalamt

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

428 01 042 Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)

Vgl. Vermerk bei Kap. 0314 Tit. 428 01

In Umsetzung der Polizeistrukturreform können Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zwischen den Kap. 0314, 0315, 0316, 0317 und 0318 vorübergehend bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden.

TV-L c) Tarifliche Beschäftigte

1. Nichttechnischer - und technischer Dienst

15		1,0	1,0
14		5,0	5,0
13		2,0	2,0
12		19,0	27,0
	kw spätestens ab 01.01.2023	* 0,0	* 5,0
11	3)	8,0	16,0
10	3)	4,0	7,0
9	2) 3)	26,5	114,5
	kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.11.2023	* 1,0	* 1,0
8		15,5	18,5
	ku 0/2 nach E 7 TV-L mit Ausscheiden der Stelleninhaber		
7		0,0	3,0
6		65,5	70,0
	ku 9,5/17 nach E 5 TV-L mit Ausscheiden des Stelleninhabers		
5		49,0	72,5
	ku 33,5/30 nach E 4 TV-L mit Ausscheiden der Stelleninhaber		
4		0,0	6,0
4	Kraftfahrer	0,0	4,0
3		5,0	6,0
2-5	Beschäftigte für Bürokommunikation	39,0	19,0
Summe 1. Nichttechnischer u technischer Dienst		239,5	371,5
Summe kw		* 1,0	* 6,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0318 Landeskriminalamt

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

- 2) 10/0 Stellen E 9 TV-L dürfen erst nach Prüfung der tariflichen Eingruppierung durch das Ministerium für Finanzen besetzt werden.
- 3) 0/4 Stellen der Entgeltgruppe E 11, 0/2 Stellen der Entgeltgruppe E 10 und 0/5 Stellen der Entgeltgruppe E 9 dürfen erst nach Prüfung der tariflichen Eingruppierung durch das Ministerium für Finanzen besetzt werden.

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
12	übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	3,0	-
12	neu zur Stärkung der Polizei	5,0	-
kw	(spätestens ab 01.01.2023) neu zur Stärkung der Polizei	* 5,0	* -
11	übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	3,0	-
11	neu zur Stärkung der Polizei	1,0	-
11	Stellenhebung von E 8 TV-L wegen Strukturverbesserung	4,0	-
10	übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	1,0	-
10	Stellenhebung von E 8 TV-L wegen Strukturverbesserung	2,0	-
9	neu im Zuge des ergänzenden Sonderprogramms zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus	8,0	-
9	von E 8 TV-L aufgrund Weiterführung Nichtvollzugskonzept (ZSÜ)	2,0	-
9	übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	57,0	-
9	Stellenhebung von E 8 TV-L wegen Strukturverbesserung	5,0	-
9	neu zur Stärkung der Polizei	16,0	-
8	übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	16,0	-
8	nach E 9 TV-L aufgrund Weiterführung Nichtvollzugskonzept (ZSÜ)	-	2,0
8	Stellenhebungen nach E 11 TV-L 4 Stellen, E 10 TV-L 2 Stellen und E 9 TV-L 5 Stellen wegen Strukturverbesserung	-	11,0
7	übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte	3,0	-
6	übertragen von Abschnitt 2. unter Wegfall der separaten Abschnitte 1,0 ku-Vermerk nach E 5 TV-L übertragen von Kap. 0314 Titel 428 01 c) Tarifliche Beschäftigte Abschnitt 1. Nichttechnischer und technischer Dienst 7,5 ku-Vermerke nach E 5 TV-L übertragen von Kap. 0317 Titel 428 01 c) Tarifliche Beschäftigte	5,5	-
6	Wegfall in Vollzug des von Kap. 0314 übertragenen ku-Vermerks nach E 5 TV-L	-	1,0
5	Zugang gegen Wegfall von 20 Stellen in E 2-5 TV-L (kostenneutrale Strukturverbesserungen)	20,0	-

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0318 Landeskriminalamt

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
12	übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	-	3,0
11	übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	-	3,0
10	übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	-	1,0
9	übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	-	57,0
8	übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	-	16,0
7	übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	-	3,0
6	übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	-	5,5
5	übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	-	8,5
4	(Kraftfahrer) übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	-	4,0
3	übertragen nach Abschnitt 1. unter Wegfall der separaten Abschnitte	-	1,0
	zus. 2. Technischer Dienst	-	102,0
	bleiben	-	102,0

Summe c) Tarifliche Beschäftigte	341,5	371,5
Summe kw	* 1,0	* 6,0
Summe Stellenübersicht Arbeitnehmer/innen	341,5	371,5
Summe kw	* 1,0	* 6,0
Summe Landeskriminalamt (ohne Leerstellen)	1.172,0	1.258,0
Summe kw	* 1,0	* 6,0

Höhergruppierungen aufgrund Weiterführung Nichtvollzugskonzept

Anzahl	Stellen Wertigkeit	
	alt	neu
2,0	E 8 t	E 9

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0319 Landesamt für Verfassungsschutz

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

422 01 047 Stellenplan für Beamtinnen und Beamte

a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte

Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017

B 3	Präsident des Landesamts für Verfassungsschutz	1,0	1,0
	Die Stelleninhaberin behält für ihre Person die Dienstbezüge der Bes.Gr. B 4.		
B 2	Abteilungsdirektor	1,0	1,0
A 16	Leitender Regierungsdirektor	2,0	2,0
A 15	Regierungsdirektor	6,0	6,0
A 14	Oberregierungsrat	20,0	25,0
A 13	Regierungsrat	3,0	4,0
A 13	Oberamtsrat (R)	26,0	33,0
A 12	Amtsrat (R)	47,0	62,0
A 11	Regierungsamtmann	73,5	90,5
	kw mit Wegfall der Aufgabe (Sicherheitsüberprüfungen)	* 0,5	* 0,5
A 11	Technischer Amtmann	1,0	1,0
A 10	Regierungsoberinspektor	44,0	46,0
A 9	Regierungsinspektor	8,0	8,0
A 9	Amtsinspektor + Amtszulage	14,0	14,0
A 9	Amtsinspektor	20,0	18,0
A 8	Regierungshauptsekretär	1,0	1,0
Summe a) Planstellen für Beamte/innen		267,5	312,5
Summe kw		* 0,5	* 0,5

Veränderungsnachweis	2017	
	Zugang	Abgang
A 14 (Oberregierungsrat) neu wegen Sonderprogramm zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus (Anti-Terror-Paket II)	2,0	-
A 14 (Oberregierungsrat) neu zur Stärkung des Verfassungsschutzes	3,0	-
A 13 (Regierungsrat) neu zur Stärkung des Verfassungsschutzes	1,0	-
A 13 (Oberamtsrat (R)) neu wegen Sonderprogramm zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus (Anti-Terror-Paket II)	1,0	-
A 13 (Oberamtsrat (R)) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	5,0	-
A 13 (Oberamtsrat (R)) neu zur Stärkung des Verfassungsschutzes	1,0	-
A 12 (Amtsrat (R)) neu wegen Sonderprogramm zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus (Anti-Terror-Paket II)	6,0	-

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0319 Landesamt für Verfassungsschutz

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 12		(Amtsrat (R)) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	4,0	-
A 12		(Amtsrat (R)) neu zur Stärkung des Verfassungsschutzes	5,0	-
A 11		(Regierungsamtmann) neu wegen Sonderprogramm zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus (Anti-Terror-Paket II)	20,0	-
A 11		(Regierungsamtmann) neu zur Stärkung des Verfassungsschutzes	6,0	-
A 11		(Regierungsamtmann) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	5,0
A 11		(Regierungsamtmann) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	4,0
A 10		(Regierungsoberinspektor) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	2,0	-
A 9		(Amtsinspektor) Umsetzung des Personalentwicklungsplans gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	2,0
		zus. a) Planstellen für Beamte/innen	56,0	11,0
		bleiben	45,0	-

Leerstellen für planmäßige Beamtinnen und Beamte (kw)

A 9	Amtsinspektor + Amtszulage	1,0	1,0
	Summe Leerstellen planmäßige Beamte/innen (kw)	1,0	1,0
	Summe Stellenplan für Beamtinnen und Beamte (ohne Leerstellen)	267,5	312,5
	Summe kw	* 0,5	* 0,5

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0319 Landesamt für Verfassungsschutz

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

422 03 047 Stellenübersicht für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst u. dgl.

Die angegebenen Stellenzahlen können kurzfristig überschritten werden, wenn dies notwendig ist, weil sich Beginn und Ende des Vorbereitungsdienstes teilweise überschneiden.

a) Anwärterinnen und Anwärter und Auszubildende in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis

Regierungsinspektoranwärter	0,0	3,0
-----------------------------	-----	-----

Die Stellen sind ab 01.09.2017 besetzbar.

Summe a) Anwärter/innen und Azubis	0,0	3,0
------------------------------------	-----	-----

Veränderungsnachweis	2017	
	Zugang	Abgang
Anwärter (Regierungsinspektoranwärter) Zugang ab 01.09.2017 im Zuge der Öffnung der Laufbahnausbildung des Bundes für den gehobenen Dienst im Verfassungsschutz für die Länder	3,0	-
zus. a) Anwärter/innen und Azubis	3,0	-
bleiben	3,0	-

Summe Stellenübersicht Beamte/innen Widerruf	0,0	3,0
--	-----	-----

428 01 047 Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)

TV-L c) Tarifliche Beschäftigte

14	1,0	1,0
----	-----	-----

12	2,0	2,0
----	-----	-----

11	2,0	2,0
----	-----	-----

kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers	* 1,0	* 1,0
--	-------	-------

9	3,0	3,0
---	-----	-----

8	12,0	13,0
---	------	------

6	28,0	28,0
---	------	------

ku 6/6 nach Entg.Gr. 5 mit Ausscheiden der Stelleninhaber

5	3,5	2,5
---	-----	-----

ku 2/2 nach Entg.Gr. 3 mit Ausscheiden der Stelleninhaber

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0319 Landesamt für Verfassungsschutz

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
4			1,0	0,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers	* 1,0	* 0,0
3			1,0	1,0
2-5		Beschäftigte für Bürokommunikation	10,0	10,0
Summe c) Tarifliche Beschäftigte			63,5	62,5
Summe kw			* 2,0	* 1,0

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
8	neu wegen Sonderprogramm zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus (Anti-Terror-Paket II)	1,0	-
5	Wegfall zur Finanzierung von Anwärterstellen im Zuge der Öffnung der Laufbahnausbildung des Bundes für den gehobenen Dienst im Verfassungsschutz für die Länder	-	1,0
4	Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks mit Ausscheiden des Stelleninhabers	-	1,0
kw	Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks mit Ausscheiden des Stelleninhabers	* -	* 1,0
zus. c) Tarifliche Beschäftigte		1,0	2,0
zus. kw		* -	* 1,0
bleiben		-	1,0
bleiben kw		* -	* 1,0

Summe Stellenübersicht für Arbeitnehmer/innen	63,5	62,5
Summe kw	* 2,0	* 1,0
Summe Landesamt für Verfassungsschutz (ohne Leerstellen)	331,0	378,0
Summe kw	* 2,5	* 1,5

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0320 Logistikzentrum Baden-Württemberg

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

682 01 012 Stellenplan für Beamtinnen und Beamte im Landesbetrieb

a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte im Landesbetrieb

A 15	Regierungsdirektor	0,0	1,0
A 14	Oberregierungsrat	1,0	1,5
A 13	Oberamtsrat (R)	1,0	1,0
A 12	Amtsrat (T)	1,0	1,0
A 11	Regierungsamtmann	0,5	0,5
A 9	Amtsinspektor (R)	1,0	1,0
Summe a) Planstellen Beamte/innen Landesbetr.		4,5	6,0

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
A 15	(Regierungsdirektor) Zugang gegen Wegfall von 1,0 Stelle der Entg. Gr. 15 im Wirtschaftsplan	1,0	-
A 14	(Oberregierungsrat) neu aufgrund Neufassung der VwV Beschaffung (Justizariat)	0,5	-
zus. a) Planstellen Beamte/innen Landesbetr.		1,5	-
bleiben		1,5	-

Summe Stellenplan Beamte/innen Landesbetrieb	4,5	6,0
Summe Logistikzentrum Baden-Württemberg (ohne Leerstellen und Stellen für Landesbetriebe)	0,0	0,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0330 Ausländer und Aussiedler

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

422 01 012 Stellenplan für Beamtinnen und Beamte

a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte

Die Planstellen des nichttechnischen Verwaltungsdienstes können auch mit Beamtinnen und Beamten anderer Laufbahnen des nichttechnischen Dienstes besetzt werden.

Aufgabe im Sinne der Fußnote 1) ist in den Abschnitten 2.1 und 2.2 die beschleunigte Abwicklung von Asylverfahren nach dem Asylverfahrensgesetz, die Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in staatlichen Unterkünften, ausländerrechtliche und Ausweisungs-Verfahren und die zügige Aufenthaltsbeendigung abgelehnter Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie sonstiger Ausländerinnen und Ausländer nach dem Aufenthaltsgesetz. Aufgabe im Sinne des Planvermerks "kw mit Wegfall der Aufgabe" ist im Abschnitt 2.4 der Betrieb der Abschiebungshafteinrichtung.

1. Landeseinrichtungen zur Förderung der Kulturarbeit nach § 96 BVFG

A 14	Oberregierungsrat	1,0	1,0
A 13	Regierungsrat	2,0	2,0
A 12	Amtsrat (R)	1,0	1,0
Summe 1. Landeseinr. z. Förderung d. Kulturarb		4,0	4,0

2. Flüchtlingsaufnahme, Ausländerrechtliche Verfahren, Abschiebungshafteinrichtung

Die Planstellen und kw-Vermerke des bisherigen Abschnitts 2.2 – Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) werden ab 2017 in das neue Kapitel 0331 – Migration übertragen und dort geführt. Die Stellen für den Betrieb der Abschiebungshaft in Pforzheim werden im neu eingerichteten Abschnitt 2.4 des Kapitels 0330 geführt.

Die Planstellen für Beamtinnen und Beamte können zwischen den Abschnitten 2.1 und 2.4 sowie den im Kapitel 0331 ausgebrachten Planstellen gegenseitig in Anspruch genommen werden.

- Vgl. Vermerk bei Kap. 1212 Tit. 359 01. -

2.1 Asylrecht, Rückführung, Ausweisung

Das Ministerium für Finanzen kann die Fälligkeitszeitpunkte der kw-Vermerke im Zusammenhang mit der Neukonzeption der Erstaufnahme um bis zu ein Jahr verlängern. Hierdurch entstehende Mehrausgaben werden durch Entnahme aus der Rücklage für Haushaltsrisiken bei Kap. 1212 Tit. 359 01 gedeckt.

A 16	Leitender Regierungsdirektor	3,0	3,0
	kw 1)	* 1,0	* 1,0
	kw spätestens ab 01.01.2018	* 2,0	* 0,0
	kw spätestens ab 01.01.2021	* 0,0	* 2,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0330 Ausländer und Aussiedler

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 15		Regierungsdirektor 2)	5,0	5,0
		kw 1)	* 2,0	* 2,0
		kw spätestens ab 01.07.2017	* 1,0	* 0,0
		kw spätestens ab 01.01.2018	* 2,0	* 0,0
		kw spätestens ab 01.01.2021	* 0,0	* 3,0
A 14		Oberregierungsrat	7,0	19,0
		kw 1)	* 3,0	* 3,0
		kw spätestens ab 01.01.2018	* 3,0	* 0,0
		kw spätestens ab 01.01.2021	* 0,0	* 15,0
A 13		Regierungsrat	1,0	5,0
		kw spätestens ab 01.07.2017	* 1,0	* 0,0
		kw spätestens ab 01.01.2021	* 0,0	* 5,0
A 13		Oberamtsrat (R)	39,0	38,0
		kw 1)	* 8,0	* 8,0
		kw spätestens ab 01.07.2017	* 18,0	* 10,0
		kw spätestens ab 01.01.2018	* 10,0	* 0,0
		kw spätestens ab 01.01.2021	* 0,0	* 17,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2019	* 1,0	* 1,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2021	* 1,0	* 1,0
A 12		Amtsrat (R)	50,5	54,5
		kw 1)	* 15,5	* 15,5
		kw spätestens ab 01.07.2017	* 24,0	* 16,0
		kw spätestens ab 01.01.2018	* 8,0	* 0,0
		kw spätestens ab 01.01.2021	* 0,0	* 20,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2019	* 1,0	* 1,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2021	* 1,0	* 1,0
A 11		Regierungsamtmann	23,0	23,0
		kw 1)	* 18,0	* 15,0
		kw spätestens ab 01.01.2021	* 0,0	* 3,0
A 10		Regierungsoberinspektor	2,0	2,0
		kw 1)	* 1,0	* 1,0
A 9		Regierungsinspektor	4,0	4,0
		kw 1)	* 2,0	* 2,0
A 9		Amtsinspektor (R) + Amtszulage	4,0	4,0
		kw 1)	* 4,0	* 4,0
A 9		Amtsinspektor (R)	49,5	51,5
		kw 1)	* 8,5	* 8,5

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0330 Ausländer und Aussiedler

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
		kw spätestens ab 01.07.2017	* 20,0	* 5,0
		kw spätestens ab 01.01.2018	* 16,0	* 0,0
		kw spätestens ab 01.01.2021	* 0,0	* 33,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2019	* 1,0	* 1,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2021	* 1,0	* 1,0
A 8		Regierungshauptsekretär	17,0	17,0
		kw 1)	* 8,0	* 8,0
		kw spätestens ab 01.01.2018	* 8,0	* 0,0
		kw spätestens ab 01.01.2021	* 0,0	* 8,0
A 7		Regierungsobersekretär 1)	9,0	9,0
		kw 1)	* 9,0	* 9,0
Summe 2.1 Asylrecht, Rückführung, Ausweisung			214,0	235,0
Summe kw			* 199,0	* 220,0

1) Der Wegfallvermerk wird mit Wegfall der Aufgabe vollzogen.

2) 4/4 Stellen stehen hinsichtlich ihrer Wertigkeit unter dem Vorbehalt der besoldungsrechtlichen Prüfung und Bestätigung durch das Ministerium für Finanzen.

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
A 16 LRD kw	(spätestens ab 01.01.2018) Wegfall wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* -	* 2,0
A 16 LRD kw	(spätestens ab 01.01.2021) neu wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* 2,0	* -
A 15 RD kw	(spätestens ab 01.07.2017) Wegfall wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* -	* 1,0
A 15 RD kw	(spätestens ab 01.01.2018) Wegfall wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* -	* 2,0
A 15 RD kw	(spätestens ab 01.01.2021) neu wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* 3,0	* -
A 14	(Oberregierungsrat) neu zur Verstärkung des Aufgabenbereichs Ausländerrecht beim RP Stuttgart	2,0	-
A 14	(Oberregierungsrat) neu zur Verstärkung des Aufgabenbereichs Ausländerrecht beim RP Freiburg	2,0	-
A 14	(Oberregierungsrat) neu zur Verstärkung des Aufgabenbereichs Ausländerrecht beim RP Tübingen	2,0	-
A 14	(Oberregierungsrat) neu zur Verstärkung der Bereiche Ausländerrecht und Aufenthaltsbeendigung der Abteilung 8 - RP Karlsruhe	6,0	-
kw	(spätestens ab 01.01.2018) Wegfall wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* -	* 3,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0330 Ausländer und Aussiedler

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
kw		(spätestens ab 01.01.2021) neu zur Verstärkung der Bereiche Ausländerrecht und Aufenthaltsbeendigung der Abteilung 8 - RP Karlsruhe	* 6,0	* -
kw		(spätestens ab 01.01.2021) neu zur Verstärkung des Bereichs Ausländerrecht beim RP Stuttgart	* 2,0	* -
kw		(spätestens ab 01.01.2021) neu zur Verstärkung des Bereichs Ausländerrecht beim RP Freiburg	* 2,0	* -
kw		(spätestens ab 01.01.2021) neu zur Verstärkung des Bereichs Ausländerrecht beim RP Tübingen	* 2,0	* -
kw		(spätestens ab 01.01.2021) neu wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* 3,0	* -
A 13		(Regierungsrat) neu zur Verstärkung der Bereiche Ausländerrecht und Aufenthaltsbeendigung der Abteilung 8 - RP Karlsruhe	4,0	-
kw		(spätestens ab 01.07.2017) Wegfall wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* -	* 1,0
kw		(spätestens ab 01.01.2021) neu zur Verstärkung der Bereiche Ausländerrecht und Aufenthaltsbeendigung der Abteilung 8 - RP Karlsruhe	* 4,0	* -
kw		(spätestens ab 01.01.2021) neu wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* 1,0	* -
A 13		(Oberamtsrat (R)) neu für ausländerrechtliche Aufgabenerledigung in der LEA Villingen-Schwenningen	1,0	-
A 13		(Oberamtsrat (R)) neu für ausländerrechtliche Aufgabenerledigung im Regierungsbezirk Stuttgart	1,0	-
A 13		(Oberamtsrat (R)) Wegfall zur Finanzierung von Stellenzugängen in der Abteilung 8 - RP Karlsruhe	-	3,0
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für ausländerrechtliche Aufgabenerledigung in der LEA Villingen-Schwenningen	* 1,0	* -
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für ausländerrechtliche Aufgabenerledigung im Regierungsbezirk Stuttgart	* 1,0	* -
kw		(spätestens ab 01.07.2017) Wegfall wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* -	* 10,0
kw		(spätestens ab 01.01.2018) Wegfall zur Finanzierung von Stellenzugängen in der Abteilung 8 - RP Karlsruhe	* -	* 3,0
kw		(spätestens ab 01.01.2018) Wegfall wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* -	* 7,0
kw		(spätestens ab 01.01.2021) neu wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* 17,0	* -
A 12		(Amtsrat (R)) neu zur Verstärkung des Aufgabenbereichs Ausländerrecht beim RP Stuttgart	1,0	-
A 12		(Amtsrat (R)) neu zur Verstärkung des Aufgabenbereichs Ausländerrecht beim RP Freiburg	1,0	-
A 12		(Amtsrat (R)) neu zur Verstärkung des Aufgabenbereichs Ausländerrecht beim RP Tübingen	1,0	-
A 12		(Amtsrat (R)) neu für ausländerrechtliche Aufgabenerledigung in der LEA Villingen-Schwenningen	2,0	-
A 12		(Amtsrat (R)) neu für ausländerrechtliche Aufgabenerledigung im Regierungsbezirk Stuttgart	2,0	-
A 12		(Amtsrat (R)) neu für ausländerrechtliche Aufgabenerledigung in der BEA Freiburg	1,0	-

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0330 Ausländer und Aussiedler

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 12		(Amtsrat (R)) Wegfall zur Finanzierung von Stellenzugängen in der Abteilung 8 - RP Karlsruhe	-	4,0
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für ausländerrechtliche Aufgabenerledigung in der LEA Villingen-Schwenningen	* 2,0	* -
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für ausländerrechtliche Aufgabenerledigung im Regierungsbezirk Stuttgart	* 2,0	* -
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für ausländerrechtliche Aufgabenerledigung in der BEA Freiburg	* 1,0	* -
kw		(spätestens ab 01.07.2017) Wegfall wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* -	* 13,0
kw		(spätestens ab 01.01.2018) Wegfall zur Finanzierung von Stellenzugängen in der Abteilung 8 - RP Karlsruhe	* -	* 4,0
kw		(spätestens ab 01.01.2018) Wegfall wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* -	* 4,0
kw		(spätestens ab 01.01.2021) neu zur Verstärkung des Bereichs Ausländerrecht beim RP Stuttgart	* 1,0	* -
kw		(spätestens ab 01.01.2021) neu zur Verstärkung des Bereichs Ausländerrecht beim RP Freiburg	* 1,0	* -
kw		(spätestens ab 01.01.2021) neu zur Verstärkung des Bereichs Ausländerrecht beim RP Tübingen	* 1,0	* -
kw		(spätestens ab 01.01.2021) neu wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* 17,0	* -
A 11		(Regierungsamtmann) neu zur Verstärkung des Aufgabenbereichs Ausländerrecht beim RP Stuttgart	1,0	-
A 11		(Regierungsamtmann) neu zur Verstärkung des Aufgabenbereichs Ausländerrecht beim RP Freiburg	1,0	-
A 11		(Regierungsamtmann) neu zur Verstärkung des Aufgabenbereichs Ausländerrecht beim RP Tübingen	1,0	-
A 11		(Regierungsamtmann) Wegfall zur Finanzierung von Stellenzugängen in der Abteilung 8 - RP Karlsruhe	-	3,0
kw		Wegfall zur Finanzierung von Stellenzugängen in der Abteilung 8 - RP Karlsruhe	* -	* 3,0
kw		(spätestens ab 01.01.2021) neu zur Verstärkung des Bereichs Ausländerrecht beim RP Stuttgart	* 1,0	* -
kw		(spätestens ab 01.01.2021) neu zur Verstärkung des Bereichs Ausländerrecht beim RP Freiburg	* 1,0	* -
kw		(spätestens ab 01.01.2021) neu zur Verstärkung des Bereichs Ausländerrecht beim RP Tübingen	* 1,0	* -
A 9		(Amtsinspektor (R)) neu für ausländerrechtliche Aufgabenerledigung in der LEA Villingen-Schwenningen	1,0	-
A 9		(Amtsinspektor (R)) neu für ausländerrechtliche Aufgabenerledigung im Regierungsbezirk Stuttgart	1,0	-
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für ausländerrechtliche Aufgabenerledigung in der LEA Villingen-Schwenningen	* 1,0	* -
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für ausländerrechtliche Aufgabenerledigung im Regierungsbezirk Stuttgart	* 1,0	* -
kw		(spätestens ab 01.07.2017) Wegfall wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* -	* 17,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
0330 Ausländer und Aussiedler

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
	kw	(spätestens ab 01.01.2018) Wegfall wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* -	* 16,0
	kw	(spätestens ab 01.01.2021) neu wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* 33,0	* -
A 8 RHS	kw	(spätestens ab 01.01.2018) Wegfall wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* -	* 8,0
A 8 RHS	kw	(spätestens ab 01.01.2021) neu wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* 8,0	* -
		zus. 2.1 Asylrecht, Rückführung, Ausweisung	31,0	10,0
		zus. kw	* 115,0	* 94,0
		bleiben	21,0	-
		bleiben kw	* 21,0	* -

2.2 Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA)

A 16	Leitender Regierungsdirektor	4,0	0,0
	kw 1)	* 1,0	* 0,0
A 15	Regierungsdirektor	12,0	0,0
	kw spätestens ab 01.07.2017	* 2,0	* 0,0
	kw spätestens ab 01.01.2020	* 1,0	* 0,0
	kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2019	* 1,0	* 0,0
	kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2020	* 4,0	* 0,0
	kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2021	* 1,0	* 0,0
A 14	Oberregierungsrat	2,0	0,0
A 13	Regierungsrat	3,0	0,0
	kw spätestens ab 01.07.2017	* 1,0	* 0,0
	kw spätestens ab 01.01.2019	* 1,0	* 0,0
	kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2020	* 1,0	* 0,0
A 13	Oberamtsrat (R)	16,0	0,0
	kw 1)	* 1,0	* 0,0
	kw spätestens ab 01.07.2017	* 10,0	* 0,0
	kw spätestens ab 01.01.2020	* 2,0	* 0,0
	kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2021	* 2,0	* 0,0
A 12	Amtsrat (R)	31,0	0,0
	kw 1)	* 2,0	* 0,0
	kw spätestens ab 01.07.2017	* 21,0	* 0,0
	kw spätestens ab 01.01.2020	* 2,0	* 0,0
	kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2019	* 2,0	* 0,0
	kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2021	* 3,0	* 0,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0330 Ausländer und Aussiedler

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 11		Regierungsamtmann	9,0	0,0
		kw spätestens ab 01.01.2019	* 2,0	* 0,0
		kw spätestens ab 01.01.2020	* 2,0	* 0,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2020	* 5,0	* 0,0
A 9		Regierungsinspektor	2,5	0,0
		kw spätestens ab 01.01.2019	* 2,0	* 0,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2019	* 0,5	* 0,0
A 9		Amtsinspektor (R)	35,0	0,0
		kw spätestens ab 01.07.2017	* 19,0	* 0,0
		kw spätestens ab 01.01.2020	* 3,0	* 0,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2019	* 2,0	* 0,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2020	* 5,0	* 0,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2021	* 4,0	* 0,0
A 8		Regierungshauptsekretär	77,0	0,0
		kw spätestens ab 01.07.2017	* 72,0	* 0,0
		kw spätestens ab 01.01.2020	* 1,0	* 0,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2019	* 1,0	* 0,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2021	* 3,0	* 0,0
A 7		Regierungsoberssekretär	2,0	0,0
		kw 1)	* 2,0	* 0,0
A 6		Regierungssekretär	2,0	0,0
		kw 1)	* 2,0	* 0,0
Summe 2.2 Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA)			195,5	0,0
Summe kw			* 183,5	* 0,0

1) Der Wegfallvermerk wird mit Wegfall der Aufgabe vollzogen.

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
A 16	(Leitender Regierungsdirektor) übertragen in den Abschnitt 2.4	-	1,0
A 16	(Leitender Regierungsdirektor) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	-	3,0
kw	übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	* -	* 1,0
A 15	(Regierungsdirektor) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	-	12,0
kw	(spätestens ab 01.07.2017) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	* -	* 2,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0330 Ausländer und Aussiedler

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
	kw	(spätestens ab 01.01.2020) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	* -	* 1,0
	kw	(mWd Aufg, spät ab 01.01.2019) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	* -	* 1,0
	kw	(mWd Aufg, spät ab 01.01.2020) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	* -	* 4,0
	kw	(mWd Aufg, spät ab 01.01.2021) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	* -	* 1,0
	A 14	(Oberregierungsrat) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	-	2,0
	A 13	(Regierungsrat) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	-	3,0
	kw	(spätestens ab 01.07.2017) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	* -	* 1,0
	kw	(spätestens ab 01.01.2019) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	* -	* 1,0
	kw	(mWd Aufg, spät ab 01.01.2020) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	* -	* 1,0
	A 13	(Oberamtsrat (R)) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	-	16,0
	kw	übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	* -	* 1,0
	kw	(spätestens ab 01.07.2017) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	* -	* 10,0
	kw	(spätestens ab 01.01.2020) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	* -	* 2,0
	kw	(mWd Aufg, spät ab 01.01.2021) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	* -	* 2,0
	A 12	(Amtsrat (R)) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	-	31,0
	kw	übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	* -	* 2,0
	kw	(spätestens ab 01.07.2017) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	* -	* 21,0
	kw	(spätestens ab 01.01.2020) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	* -	* 2,0
	kw	(mWd Aufg, spät ab 01.01.2019) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	* -	* 2,0
	kw	(mWd Aufg, spät ab 01.01.2021) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	* -	* 3,0
	A 11	(Regierungsamtmann) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	-	9,0
	kw	(spätestens ab 01.01.2019) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	* -	* 2,0
	kw	(spätestens ab 01.01.2020) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	* -	* 2,0
	kw	(mWd Aufg, spät ab 01.01.2020) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	* -	* 5,0
	A 9	(Regierungsinspektor) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	-	2,5
	kw	(spätestens ab 01.01.2019) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	* -	* 2,0
	kw	(mWd Aufg, spät ab 01.01.2019) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	* -	* 0,5
	A 9	(Amtsinspektor (R)) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	-	35,0
	kw	(spätestens ab 01.07.2017) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	* -	* 19,0
	kw	(spätestens ab 01.01.2020) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	* -	* 3,0
	kw	(mWd Aufg, spät ab 01.01.2019) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	* -	* 2,0
	kw	(mWd Aufg, spät ab 01.01.2020) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	* -	* 5,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0330 Ausländer und Aussiedler

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
kw		(mWd Aufg, spät ab 01.01.2021) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	* -	* 4,0
A 8		(Regierungshauptsekretär) Wegfall wegen der Überleitung BEA Sigmaringen in LEA Sigmaringen	-	1,0
A 8		(Regierungshauptsekretär) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	-	76,0
kw		(spätestens ab 01.07.2017) Wegfall wegen der Überleitung BEA Sigmaringen in LEA Sigmaringen	* -	* 1,0
kw		(spätestens ab 01.07.2017) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	* -	* 71,0
kw		(spätestens ab 01.01.2020) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	* -	* 1,0
kw		(mWd Aufg, spät ab 01.01.2019) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	* -	* 1,0
kw		(mWd Aufg, spät ab 01.01.2021) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	* -	* 3,0
A 7		(Regierungsobersekretär) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	-	2,0
kw		übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	* -	* 2,0
A 6		(Regierungssekretär) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	-	2,0
kw		übertragen nach Kap. 0331 Tit. 422 01	* -	* 2,0
		zus. 2.2 Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA)	-	195,5
		zus. kw	* -	* 183,5
		bleiben	-	195,5
		bleiben kw	* -	* 183,5

2.4 Abschiebungshafteinrichtung

Die Abschiebungshafteinrichtung in Pforzheim ist zum 01.04.2016 in Betrieb gegangen. Aufgrund der Ermächtigung gem. § 3a Abs. 3 StHG 2015/16 in der Fassung des 2. Nachtrags 2015/2016 wurden im Haushaltsjahr 2016 planmäßig insgesamt 50 Planstellen mit kw-Vermerk geschaffen.

A 16	Leitender Regierungsdirektor	0,0	1,0
	kw mit Wegfall der Aufgabe	* 0,0	* 1,0
A 15	Regierungsdirektor 1)	0,0	1,0
	kw mit Wegfall der Aufgabe	* 0,0	* 1,0
A 13	Oberamtsrat (R)	0,0	1,0
	kw mit Wegfall der Aufgabe	* 0,0	* 1,0
A 12	Amtsrat (R)	0,0	3,0
	kw mit Wegfall der Aufgabe	* 0,0	* 3,0
A 11	Regierungsamtmann	0,0	1,0
	kw mit Wegfall der Aufgabe	* 0,0	* 1,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0330 Ausländer und Aussiedler

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 10		Regierungsoberinspektor	0,0	1,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe	* 0,0	* 1,0
A 9		Amtsinspektor (R) +Amtszulage	0,0	5,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe	* 0,0	* 5,0
A 9		Amtsinspektor (R)	0,0	19,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe	* 0,0	* 19,0
A 8		Regierungshauptsekretär	0,0	16,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe	* 0,0	* 16,0
A 7		Regierungsobersekretär	0,0	8,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe	* 0,0	* 8,0
Summe 2.4 Abschiebungshafteinrichtung			0,0	56,0
Summe kw			* 0,0	* 56,0

1) 0/1 Stellen stehen hinsichtlich ihrer Wertigkeit unter dem Vorbehalt der besoldungsrechtlichen Prüfung und Bestätigung durch das Ministerium für Finanzen.

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
A 16	(Leitender Regierungsdirektor) übertragen von Abschnitt 2.2	1,0	-
kw	(mWd Aufgabe) neu für den Betrieb der Abschiebungshafteinrichtung	* 1,0	* -
A 15	(Regierungsdirektor) neu für den Betrieb der Abschiebungshafteinrichtung	1,0	-
kw	(mWd Aufgabe) neu für den Betrieb der Abschiebungshafteinrichtung	* 1,0	* -
A 13	(Oberamtsrat (R)) neu für den Betrieb der Abschiebungshafteinrichtung	1,0	-
kw	(mWd Aufgabe) neu für den Betrieb der Abschiebungshafteinrichtung	* 1,0	* -
A 12	(Amtsrat (R)) neu für den Betrieb der Abschiebungshafteinrichtung	3,0	-
kw	(mWd Aufgabe) neu für den Betrieb der Abschiebungshafteinrichtung	* 3,0	* -
A 11	(Regierungsamtmann) neu für den Betrieb der Abschiebungshafteinrichtung	1,0	-
kw	(mWd Aufgabe) neu für den Betrieb der Abschiebungshafteinrichtung	* 1,0	* -
A 10	(Regierungsoberinspektor) neu für den Betrieb der Abschiebungshafteinrichtung	1,0	-
kw	(mWd Aufgabe) neu für den Betrieb der Abschiebungshafteinrichtung	* 1,0	* -
A 9	(Amtsinspektor (R) +Amtszulage) neu für den Betrieb der Abschiebungshafteinrichtung	5,0	-
kw	(mWd Aufgabe) neu für den Betrieb der Abschiebungshafteinrichtung	* 5,0	* -

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0330 Ausländer und Aussiedler

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 9		(Amtsinspektor (R)) neu für den Betrieb der Abschiebungshafteinrichtung	19,0	-
kw		(mWd Aufgabe) neu für den Betrieb der Abschiebungshafteinrichtung	* 19,0	* -
A 8		(Regierungshauptsekretär) neu für den Betrieb der Abschiebungshafteinrichtung	16,0	-
kw		(mWd Aufgabe) neu für den Betrieb der Abschiebungshafteinrichtung	* 16,0	* -
A 7		(Regierungsobersekretär) neu für den Betrieb der Abschiebungshafteinrichtung	8,0	-
kw		(mWd Aufgabe) neu für den Betrieb der Abschiebungshafteinrichtung	* 8,0	* -
		zus. 2.4 Abschiebungshafteinrichtung	56,0	-
		zus. kw	* 56,0	* -
		bleiben	56,0	-
		bleiben kw	* 56,0	* -
Summe 2. Flüchtlingsaufn, Ausländerrechtl Verf			409,5	291,0
Summe kw			* 382,5	* 276,0

3. Eingliederung früherer Dienststellen (Ausländerbereich)

Die kw-Vermerke können hinsichtlich der Wertigkeit im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen abweichend von § 47 Abs. 2 LHO vollzogen werden.

A 14	Oberregierungsrat	1,0	1,0
	kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers	* 1,0	* 1,0
A 13	Oberamtsrat (R)	3,0	3,0
	kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers	* 3,0	* 3,0
A 12	Amtsrat (R)	5,0	3,0
	kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.01.2019	* 1,0	* 1,0
	kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers	* 4,0	* 2,0
A 11	Regierungsamtmann	2,0	0,0
	kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.01.2019	* 1,0	* 0,0
	kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers	* 1,0	* 0,0
A 9	Amtsinspektor (R)	4,0	3,0
	kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.01.2019	* 2,0	* 1,0
	kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers	* 2,0	* 2,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0330 Ausländer und Aussiedler

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 8		Regierungshauptsekretär	3,5	3,5
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.01.2019	* 2,5	* 2,5
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers	* 1,0	* 1,0
Summe 3. Einglied. früh. Dienstst. (Ausländ.)			18,5	13,5
Summe kw			* 18,5	* 13,5

Veränderungsnachweis	2017	
	Zugang	Abgang
A 12 (Amtsrat (R)) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	-	2,0
kw (mAd Stelleninhaber) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	* -	* 2,0
A 11 (Regierungsamtmann) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	-	2,0
kw (mAd Stelleninhaber spät ab 01.01.2019) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	* -	* 1,0
kw (mAd Stelleninhaber) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	* -	* 1,0
A 9 (Amtsinspektor (R)) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	-	1,0
kw (mAd Stelleninhaber spät ab 01.01.2019) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	* -	* 1,0
zus. 3. Einglied. früh. Dienstst. (Ausländ.)	-	5,0
zus. kw	* -	* 5,0
bleiben	-	5,0
bleiben kw	* -	* 5,0

Summe a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte 432,0 308,5

Summe kw * 401,0 * 289,5

Summe Stellenplan für Beamtinnen und Beamte (ohne Leerstellen) 432,0 308,5

Summe kw * 401,0 * 289,5

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0330 Ausländer und Aussiedler

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

422 03 012 Stellenübersicht für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst u. dgl.

Die Abschiebungshafteinrichtung in Pforzheim ist zum 01.04.2016 in Betrieb gegangen. Aufgrund der Ermächtigung gem. § 3a Abs. 3 StHG 2015/16 in der Fassung des 2. Nachtrags 2015/2016 wurden im Haushaltsjahr 2016 planmäßig insgesamt 2,0 Stellen mit kw-Vermerk geschaffen. Für die Ausbildungsabschnitte zum 01.04. und 01.10. werden in 2017 5,0 weitere Stellen mit kw-Vermerk veranschlagt.

Die angegebenen Stellenzahlen können kurzfristig überschritten werden, wenn dies notwendig ist, weil sich Beginn und Ende des Vorbereitungsdienstes teilweise überschneiden.

Aufgabe im Sinne des Planvermerks "kw mit Wegfall der Aufgabe" ist im Abschnitt 2.4 der Betrieb der Abschiebungshafteinrichtung.

a) Anwärterinnen und Anwärter und Auszubildende in einem öffentlich-rechtlichen Auszubildendenverhältnis

2. Flüchtlingsaufnahme, Ausländerrechtliche Verfahren, Abschiebungshafteinrichtung

2.4 Abschiebungshafteinrichtung

Obersekretäranwärter	0,0	7,0
kw mit Wegfall der Aufgabe	* 0,0	* 7,0
<hr/>		
Summe 2.4 Abschiebungshafteinrichtung	0,0	7,0
Summe kw	* 0,0	* 7,0

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
Anwärter	(Obersekretäranwärter) neu für den Betrieb der Abschiebungshafteinrichtung	7,0	-
kw	(mWd Aufgabe) neu für den Betrieb der Abschiebungshafteinrichtung	* 7,0	* -
zus. 2.4 Abschiebungshafteinrichtung		7,0	-
zus. kw		* 7,0	* -
bleiben		7,0	-
bleiben kw		* 7,0	* -

Summe 2. Flüchtlingsaufn, Ausländerrechtl Verf	0,0	7,0
Summe kw	* 0,0	* 7,0
<hr/>		
Summe a) Anwärter/innen und Azubis	0,0	7,0
Summe kw	* 0,0	* 7,0
<hr/>		
Summe Stellenübersicht Beamte/innen Widerruf	0,0	7,0
Summe kw	* 0,0	* 7,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0330 Ausländer und Aussiedler

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
428 01	012	Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)		
		Hausmeister/innen in staatlichen Unterkünften, denen die Aufsicht und Weisungsbefugnis über mindestens 3 Hausmeister/innen obliegt, erhalten zu ihrem Entgelt nach Entgeltgruppe 4/ Entgeltgruppe 5 eine stets widerrufliche Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrags zwischen den Lohngr. 5 und 6 MTArb in Lohnstufe 1.		
TV-L		c) Tarifliche Beschäftigte		
		Aufgabe im Sinne des Planvermerks "kw mit Wegfall der Aufgabe" ist in den Abschnitten 2.1, 2.2 und 2.3 die beschleunigte Abwicklung von Asylverfahren nach dem Asylverfahrensgesetz, die Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in staatlichen Unterkünften, ausländerrechtliche und Ausweisungsverfahren und die zügige Aufenthaltsbeendigung abgelehnter Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie sonstiger Ausländerinnen und Ausländer nach dem Aufenthaltsgesetz sowie im Abschnitt 2.4 der Betrieb der Abschiebungshafteinrichtung.		
		1. Landeseinrichtungen zur Förderung der Kulturarbeit nach § 96 BVFG		
14			7,0	7,0
		ku 6/6 mit Ausscheiden des Stelleninhabers nach Entg.Gr. 13		
11			4,0	4,0
10			1,0	1,0
9			5,0	5,0
8			1,0	1,0
6			2,0	2,0
4			1,0	1,0
2-5		Beschäftigte für Bürokommunikation	3,5	3,5
Summe 1. Landeseinr. z. Förderung d. Kulturarb			24,5	24,5

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0330 Ausländer und Aussiedler

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

2. Flüchtlingsaufnahme, Ausländerrechtliche Verfahren, Abschiebungshafteinrichtung

Die Stellen für Beschäftigte und die kw-Vermerke der bisherigen Abschnitte 2.2 – Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) und 2.3 – Pflegedienst im Bereich LEA werden ab 2017 in das neue Kapitel 0331 – Migration in die dortigen Abschnitte 1 – Erstaufnahmeeinrichtungen und 2 – Pflegedienst Erstaufnahmeeinrichtungen übertragen und dort geführt. Die Stellen für den Betrieb der Abschiebungshaft in Pforzheim werden im neu eingerichteten Abschnitt 2.4 des Kapitels 0330 geführt.

Die Stellen für Beschäftigte können zwischen den Abschnitten 2.1 und 2.4 sowie den im Kapitel 0331 Titel 428 01 Abschnitt 1 ausgebrachten Stellen für Beschäftigte gegenseitig in Anspruch genommen werden.

- Vgl. Vermerk bei Kap. 1212 Tit. 359 01. -

2.1 Asylrecht, Rückführung, Ausweisung

Das Ministerium für Finanzen kann die Fälligkeitszeitpunkte der kw-Vermerke im Zusammenhang mit der Neukonzeption der Erstaufnahme um bis zu ein Jahr verlängern. Hierdurch entstehende Mehrausgaben werden durch Entnahme aus der Rücklage für Haushaltsrisiken bei Kap. 1212 Tit. 359 01 gedeckt.

9			13,0	13,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe	* 13,0	* 13,0
8			1,0	1,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe	* 1,0	* 1,0
6			38,0	40,0
		kw spätestens ab 01.07.2017	* 16,0	* 5,0
		kw spätestens ab 01.01.2018	* 16,0	* 0,0
		kw spätestens ab 01.01.2021	* 0,0	* 29,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe	* 2,0	* 2,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2019	* 1,0	* 1,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2021	* 1,0	* 1,0
5			10,5	10,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe	* 2,0	* 2,0
3			4,0	4,0
2-5		Beschäftigte für Bürokommunikation	11,5	11,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe	* 11,0	* 11,0
2			1,0	1,0
Summe 2.1 Asylrecht, Rückführung, Ausweisung			79,0	80,0
Summe kw			* 63,0	* 65,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0330 Ausländer und Aussiedler

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
6	neu für ausländerrechtliche Aufgabenerledigung in der LEA Villingen-Schwenningen	1,0	-
6	neu für ausländerrechtliche Aufgabenerledigung im Regierungsbezirk Stuttgart	1,0	-
kw	(spätestens ab 01.07.2017) neu für ausländerrechtliche Aufgabenerledigung in der LEA Villingen-Schwenningen	* 1,0	* -
kw	(spätestens ab 01.07.2017) neu für ausländerrechtliche Aufgabenerledigung im Regierungsbezirk Stuttgart	* 1,0	* -
kw	(spätestens ab 01.07.2017) Wegfall wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* -	* 13,0
kw	(spätestens ab 01.01.2018) Wegfall wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* -	* 16,0
kw	(spätestens ab 01.01.2021) neu wegen Veränderung des kw-Vollzugszeitpunktes	* 29,0	* -
5	Stellenwegfall zum 01.09.2016 gem. § 2 StHG 2015/16	-	0,5
2-5	(Beschäftigte für Bürokommunikation) Stellenwegfall zum 01.09.2016 gem. § 2 StHG 2015/16	-	0,5
	zus. 2.1 Asylrecht, Rückführung, Ausweisung	2,0	1,0
	zus. kw	* 31,0	* 29,0
	bleiben	1,0	-
	bleiben kw	* 2,0	* -

2.2 Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA)

9		10,0	0,0
	kw mit Wegfall der Aufgabe	* 7,0	* 0,0
8		3,0	0,0
	kw mit Wegfall der Aufgabe	* 1,0	* 0,0
6		51,0	0,0
	kw spätestens ab 01.07.2017	* 30,0	* 0,0
	kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2019	* 4,0	* 0,0
	kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2020	* 2,0	* 0,0
	kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2021	* 6,0	* 0,0
	kw mit Wegfall der Aufgabe	* 3,0	* 0,0
5		22,0	0,0
	kw spätestens ab 01.01.2019	* 4,0	* 0,0
	kw spätestens ab 01.01.2020	* 5,0	* 0,0
	kw mit Wegfall der Aufgabe	* 9,0	* 0,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0330 Ausländer und Aussiedler

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
		kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2019	* 1,0	* 0,0
3			1,0	0,0
2-5		Beschäftigte für Bürokommunikation	4,5	0,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe	* 3,0	* 0,0
Summe 2.2 Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA)			91,5	0,0
Summe kw			* 75,0	* 0,0

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
9	übertragen nach Kap. 0331 Tit. 428 01 Abschnitt 1	-	10,0
kw	(mWd Aufgabe) ertragen nach Kap. 0331 Tit. 428 01 Abschnitt 1	* -	* 7,0
8	übertragen nach Kap. 0331 Tit. 428 01 Abschnitt 1	-	3,0
kw	(mWd Aufgabe) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 428 01 Abschnitt 1	* -	* 1,0
6	übertragen nach Kap. 0331 Tit. 428 01 Abschnitt 1	-	51,0
kw	(spätestens ab 01.07.2017) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 428 01 Abschnitt 1	* -	* 30,0
kw	(mWd Aufg, spät ab 01.01.2019) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 428 01 Abschnitt 1	* -	* 4,0
kw	(mWd Aufg, spät ab 01.01.2020) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 428 01 Abschnitt 1	* -	* 2,0
kw	(mWd Aufg, spät ab 01.01.2021) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 428 01 Abschnitt 1	* -	* 6,0
kw	(mWd Aufgabe) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 428 01 Abschnitt 1	* -	* 3,0
5	übertragen nach Kap. 0331 Tit. 428 01 Abschnitt 1	-	22,0
kw	(spätestens ab 01.01.2019) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 428 01 Abschnitt 1	* -	* 4,0
kw	(spätestens ab 01.01.2020) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 428 01 Abschnitt 1	* -	* 5,0
kw	(mWd Aufgabe) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 428 01 Abschnitt 1	* -	* 9,0
kw	(mWd Aufg, spät ab 01.01.2019) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 428 01 Abschnitt 1	* -	* 1,0
3	Stellenwegfall zum 01.09.2016 gem. § 2 StHG 2015/16	-	1,0
2-5	(Beschäftigte für Bürokommunikation) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 428 01 Abschnitt 1	-	4,5
kw	(mWd Aufgabe) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 428 01 Abschnitt 1	* -	* 3,0
zus. 2.2 Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA)		-	91,5
zus. kw		* -	* 75,0
bleiben		-	91,5
bleiben kw		* -	* 75,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0330 Ausländer und Aussiedler

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
2.3 Pflegedienst im Bereich LEA				
KR 7a			2,0	0,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe	* 2,0	* 0,0
Summe 2.3 Pflegedienst im Bereich LEA			2,0	0,0
Summe kw			* 2,0	* 0,0

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
KR 7a	übertragen nach Kap. 0331 Tit. 428 01 Abschnitt 2	-	2,0
kw	(mWd Aufgabe) übertragen nach Kap. 0331 Tit. 428 01 Abschnitt 2	* -	* 2,0
	zus. 2.3 Pflegedienst im Bereich LEA	-	2,0
	zus. kw	* -	* 2,0
	bleiben	-	2,0
	bleiben kw	* -	* 2,0

2.4 Abschiebungshafteinrichtung

Die Abschiebungshafteinrichtung in Pforzheim ist zum 01.04.2016 in Betrieb gegangen. Aufgrund der Ermächtigung gem. § 3a Abs. 3 StHG 2015/16 in der Fassung des 2. Nachtrags 2015/2016 wurden im Haushaltsjahr 2016 planmäßig insgesamt 2 Stellen für Beschäftigte mit kw-Vermerk geschaffen.

9		0,0	1,0	
	kw mit Wegfall der Aufgabe	* 0,0	* 1,0	
6		0,0	1,0	
	kw mit Wegfall der Aufgabe	* 0,0	* 1,0	
Summe 2.4 Abschiebungshafteinrichtung			0,0	2,0
Summe kw			* 0,0	* 2,0

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
9	neu für den Betrieb der Abschiebungshafteinrichtung	1,0	-
kw	(mWd Aufgabe) neu für den Betrieb der Abschiebungshafteinrichtung	* 1,0	* -
6	neu für den Betrieb der Abschiebungshafteinrichtung	1,0	-

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0330 Ausländer und Aussiedler

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
	kw	(mWd Aufgabe) neu für den Betrieb der Abschiebungshafteinrichtung	* 1,0	* -
		zus. 2.4 Abschiebungshafteinrichtung	2,0	-
		zus. kw	* 2,0	* -
		bleiben	2,0	-
		bleiben kw	* 2,0	* -
Summe 2. Flüchtlingsaufn, Ausländerrechtl Verf			172,5	82,0
Summe kw			* 140,0	* 67,0
3. Eingliederung früherer Dienststellen (Ausländerbereich)				
3.1 Verwaltung, Unterbringung				
14			1,0	1,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.01.2019	* 1,0	* 1,0
11			1,0	1,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers	* 1,0	* 1,0
10			1,0	1,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers	* 1,0	* 1,0
9			5,5	4,5
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.01.2019	* 1,0	* 0,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers	* 4,5	* 4,5
8			1,5	0,5
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.01.2017	* 1,0	* 0,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers	* 0,5	* 0,5
6			4,5	4,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.01.2019	* 0,5	* 0,5
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers	* 4,0	* 3,5
5			4,0	4,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers	* 4,0	* 4,0
2-5		Beschäftigte für Bürokommunikation	8,5	5,5
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.01.2019	* 4,0	* 2,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers	* 4,5	* 3,5

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0330 Ausländer und Aussiedler

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
2			1,0	0,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.01.2017	* 1,0	* 0,0
Summe 3.1 Verwaltung, Unterbringung			28,0	21,5
Summe kw			* 28,0	* 21,5

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
9	Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	-	1,0
kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.01.2019) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	* -	* 1,0
8	Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	-	1,0
kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.01.2017) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	* -	* 1,0
6	Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	-	0,5
kw	(mAd Stelleninhaber) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	* -	* 0,5
2-5	(Beschäftigte für Bürokommunikation) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	-	3,0
kw	(mdA Stelleninhaber spät ab 01.01.2019) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	* -	* 2,0
kw	(mAd Stelleninhaber) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	* -	* 1,0
2	Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	-	1,0
kw	(mAd Stelleninhaber spät ab 01.01.2017) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	* -	* 1,0
zus. 3.1 Verwaltung, Unterbringung		-	6,5
zus. kw		* -	* 6,5
bleiben		-	6,5
bleiben kw		* -	* 6,5

Summe 3. Einglied. früh. Dienstst. (Ausländ.)	28,0	21,5
Summe kw	* 28,0	* 21,5

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0330 Ausländer und Aussiedler

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
4. Frühere Landesaufnahmestelle für Spätaussiedler				
Die Landesaufnahmestelle für Spätaussiedler mit Sitz in Empfingen wurde mit Ablauf des 30. September 2006 geschlossen. In diesem Abschnitt sind die Stellen der am 01. Januar 2017 noch vorhandenen Beschäftigten veranschlagt.				
9			1,0	1,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens ab 01.01.2019	* 1,0	* 1,0
8			1,0	1,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers	* 1,0	* 1,0
5			1,0	1,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers	* 1,0	* 1,0
3			1,0	1,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers	* 1,0	* 1,0
Summe 4. Frühere Landesaufnahmest. f. Spätauss			4,0	4,0
Summe kw			* 4,0	* 4,0
5. Frühere Heimatauskunftstelle				
9			1,0	1,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers	* 1,0	* 1,0
8			1,0	1,0
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers	* 1,0	* 1,0
Summe 5. Frühere Heimatauskunftstelle			2,0	2,0
Summe kw			* 2,0	* 2,0
Summe c) Tarifliche Beschäftigte			231,0	134,0
Summe kw			* 174,0	* 94,5
Summe Stellenübersicht für Arbeitnehmer/innen			231,0	134,0
Summe kw			* 174,0	* 94,5
Summe Ausländer und Aussiedler (ohne Leerstellen)			663,0	449,5
Summe kw			* 575,0	* 391,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0331 Migration

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

422 01 012 Stellenplan für Beamtinnen und Beamte

a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte

In diesem Kapitel werden ab 2017 die Planstellen und kw-Vermerke aus Kapitel 0330 Abschnitt 2.2 weitergeführt.

Die Planstellen des nichttechnischen Verwaltungsdienstes können auch mit Beamtinnen und Beamten anderer Laufbahnen des nichttechnischen Dienstes besetzt werden.

Die Planstellen für Beamtinnen und Beamte können zwischen den im Kapitel 0330 Abschnitte 2.1 und 2.4 ausgebrachten Planstellen gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Aufgabe im Sinne des Planvermerks "kw mit Wegfall der Aufgabe" ist die Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in staatlichen Unterkünften.

Das Ministerium für Finanzen kann die Fälligkeitszeitpunkte der kw-Vermerke im Zusammenhang mit der Neukonzeption der Erstaufnahme um bis zu ein Jahr verlängern. Hierdurch entstehende Mehrausgaben werden durch Entnahme aus der Rücklage für Haushaltsrisiken bei Kap. 1212 Tit. 359 01 gedeckt.

- Vgl. Vermerk bei Kap. 1212 Tit. 359 01. -

A 16	Leitender Regierungsdirektor	0,0	6,0
	kw spätestens ab 01.07.2017	* 0,0	* 3,0
	kw mit Wegfall der Aufgabe	* 0,0	* 1,0
A 15	Regierungsdirektor 1)	0,0	15,0
	kw spätestens ab 01.07.2017	* 0,0	* 5,0
	kw spätestens ab 01.01.2020	* 0,0	* 1,0
	kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2019	* 0,0	* 1,0
	kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2020	* 0,0	* 4,0
	kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2021	* 0,0	* 1,0
A 14	Oberregierungsrat	0,0	5,0
	kw spätestens ab 01.07.2017	* 0,0	* 3,0
A 13	Regierungsrat	0,0	3,0
	kw spätestens ab 01.07.2017	* 0,0	* 1,0
	kw spätestens ab 01.01.2019	* 0,0	* 1,0
	kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2020	* 0,0	* 1,0
A 13	Oberamtsrat (R)	0,0	24,0
	kw spätestens ab 01.07.2017	* 0,0	* 18,0
	kw spätestens ab 01.01.2020	* 0,0	* 2,0
	kw mit Wegfall der Aufgabe	* 0,0	* 1,0
	kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2021	* 0,0	* 2,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0331 Migration

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 12		Amtsrat (R)	0,0	50,0
		kw spätestens ab 01.07.2017	* 0,0	* 40,0
		kw spätestens ab 01.01.2020	* 0,0	* 2,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe	* 0,0	* 2,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2019	* 0,0	* 2,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2021	* 0,0	* 3,0
A 11		Regierungsamtmann	0,0	15,0
		kw spätestens ab 01.07.2017	* 0,0	* 6,0
		kw spätestens ab 01.01.2019	* 0,0	* 2,0
		kw spätestens ab 01.01.2020	* 0,0	* 2,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2020	* 0,0	* 5,0
A 9		Regierungsinspektor	0,0	2,5
		kw spätestens ab 01.01.2019	* 0,0	* 2,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2019	* 0,0	* 0,5
A 9		Amtsinspektor (R)	0,0	54,0
		kw spätestens ab 01.07.2017	* 0,0	* 38,0
		kw spätestens ab 01.01.2020	* 0,0	* 3,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2019	* 0,0	* 2,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2020	* 0,0	* 5,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2021	* 0,0	* 4,0
A 8		Regierungshauptsekretär	0,0	89,0
		kw spätestens ab 01.07.2017	* 0,0	* 84,0
		kw spätestens ab 01.01.2020	* 0,0	* 1,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2019	* 0,0	* 1,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2021	* 0,0	* 3,0
A 7		Regierungsobersekretär	0,0	2,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe	* 0,0	* 2,0
A 6		Regierungssekretär	0,0	2,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe	* 0,0	* 2,0
Summe a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte			0,0	267,5
Summe kw			* 0,0	* 256,5

1) 0/3 Stellen stehen hinsichtlich ihrer Wertigkeit unter dem Vorbehalt der besoldungsrechtlichen Prüfung und Bestätigung durch das Ministerium für Finanzen.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0331 Migration

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
A 16	(Leitender Regierungsdirektor) neu für die Einrichtung des Aufnahmereferrats beim RP Stuttgart	1,0	-
A 16	(Leitender Regierungsdirektor) neu für die Einrichtung des Aufnahmereferrats beim RP Freiburg	1,0	-
A 16	(Leitender Regierungsdirektor) neu für die Einrichtung des Aufnahmereferrats beim RP Tübingen	1,0	-
A 16	(Leitender Regierungsdirektor) übertragen von Kap. 0330 Tit. 422 01 Abschnitt 2.2	3,0	-
kw	(spätestens ab 01.07.2017) neu für die Einrichtung des Aufnahmereferrats beim RP Stuttgart	* 1,0	* -
kw	(spätestens ab 01.07.2017) neu für die Einrichtung des Aufnahmereferrats beim RP Freiburg	* 1,0	* -
kw	(spätestens ab 01.07.2017) neu für die Einrichtung des Aufnahmereferrats beim RP Tübingen	* 1,0	* -
kw	(mWd Aufgabe) übertragen von Kap. 0330 Tit. 422 01 Abschnitt 2.2	* 1,0	* -
A 15	(Regierungsdirektor) neu für die Erstaufnahme im Regierungsbezirk Stuttgart	1,0	-
A 15	(Regierungsdirektor) neu für die LEA in Sigmaringen	1,0	-
A 15	(Regierungsdirektor) neu für LEA in Villingen-Schwenningen	1,0	-
A 15	(Regierungsdirektor) übertragen von Kap. 0330 Tit. 422 01 Abschnitt 2.2	12,0	-
kw	(spätestens ab 01.07.2017) neu für die Erstaufnahme im Regierungsbezirk Stuttgart	* 1,0	* -
kw	(spätestens ab 01.07.2017) neu für die LEA in Sigmaringen	* 1,0	* -
kw	(spätestens ab 01.07.2017) neu für die LEA in Villingen-Schwenningen	* 1,0	* -
kw	(spätestens ab 01.07.2017) übertragen von Kap. 0330 Tit. 422 01 Abschnitt 2.2	* 2,0	* -
kw	(spätestens ab 01.01.2020) übertragen von Kap. 0330 Tit. 422 01 Abschnitt 2.2	* 1,0	* -
kw	(mWd Aufgabe spät ab 01.01.2019) übertragen von Kap. 0330 Tit. 422 01 Abschnitt 2.2	* 1,0	* -
kw	(mWd Aufgabe spät ab 01.01.2020) übertragen von Kap. 0330 Tit. 422 01 Abschnitt 2.2	* 4,0	* -
kw	(mWd Aufgabe spät ab 01.01.2021) übertragen von Kap. 0330 Tit. 422 01 Abschnitt 2.2	* 1,0	* -
A 14	(Oberregierungsrat) neu für die Einrichtung des Aufnahmereferrats beim RP Stuttgart	1,0	-
A 14	(Oberregierungsrat) neu für die Einrichtung des Aufnahmereferrats beim RP Freiburg	1,0	-
A 14	(Oberregierungsrat) neu für die Einrichtung des Aufnahmereferrats beim RP Tübingen	1,0	-
A 14	(Oberregierungsrat) übertragen von Kap. 0330 Tit. 422 01 Abschnitt 2.2	2,0	-

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0331 Migration

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für die Einrichtung des Aufnahmereferrats beim RP Stuttgart	* 1,0	* -
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für die Einrichtung des Aufnahmereferrats beim RP Freiburg	* 1,0	* -
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für die Einrichtung des Aufnahmereferrats beim RP Tübingen	* 1,0	* -
A 13		(Regierungsrat) übertragen von Kap. 0330 Tit. 422 01 Abschnitt 2.2	3,0	-
kw		(spätestens ab 01.07.2017) übertragen von Kap. 0330 Tit. 422 01 Abschnitt 2.2	* 1,0	* -
kw		(spätestens ab 01.01.2019) übertragen von Kap. 0330 Tit. 422 01 Abschnitt 2.2	* 1,0	* -
kw		(mWd Aufgabe spät ab 01.01.2020) übertragen von Kap. 0330 Tit. 422 01 Abschnitt 2.2	* 1,0	* -
A 13		(Oberamtsrat (R)) neu für die Erstaufnahme im Regierungsbezirk Stuttgart	2,0	-
A 13		(Oberamtsrat (R)) neu für die LEA in Villingen-Schwenningen	2,0	-
A 13		(Oberamtsrat (R)) neu für die BEA in Ulm	1,0	-
A 13		(Oberamtsrat (R)) neu für die BEA in Rottenburg-Ergenzingen	1,0	-
A 13		(Oberamtsrat (R)) neu für die BEA in Immendingen	1,0	-
A 13		(Oberamtsrat (R)) neu für die LEA in Sigmaringen	1,0	-
A 13		(Oberamtsrat (R)) übertragen von Kap. 0330 Tit. 422 01 Abschnitt 2.2	16,0	-
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für die LEA in Villingen-Schwenningen	* 2,0	* -
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für die Erstaufnahme im Regierungsbezirk Stuttgart	* 2,0	* -
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für die BEA in Ulm	* 1,0	* -
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für die BEA in Rottenburg-Ergenzingen	* 1,0	* -
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für die BEA in Immendingen	* 1,0	* -
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für die LEA in Sigmaringen	* 1,0	* -
kw		(spätestens ab 01.07.2017) übertragen von Kap. 0330 Tit. 422 01 Abschnitt 2.2	* 10,0	* -
kw		(spätestens ab 01.01.2020) übertragen von Kap. 0330 Tit. 422 01 Abschnitt 2.2	* 2,0	* -
kw		(mWd Aufgabe) übertragen von Kap. 0330 Tit. 422 01 Abschnitt 2.2	* 1,0	* -
kw		(mWd Aufgabe spät ab 01.01.2021) übertragen von Kap. 0330 Tit. 422 01 Abschnitt 2.2	* 2,0	* -
A 12		(Amtsrat (R)) neu für die Einrichtung des Aufnahmereferrats beim RP Stuttgart	1,0	-
A 12		(Amtsrat (R)) neu für die Einrichtung des Aufnahmereferrats beim RP Freiburg	1,0	-
A 12		(Amtsrat (R)) neu für die Einrichtung des Aufnahmereferrats beim RP Tübingen	1,0	-
A 12		(Amtsrat (R)) neu für die Erstaufnahme im Regierungsbezirk Stuttgart	4,0	-
A 12		(Amtsrat (R)) neu für die BEA in Freiburg	1,0	-
A 12		(Amtsrat (R)) neu für die LEA in Meßstetten	1,0	-

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0331 Migration

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 12		(Amtsrat (R)) neu für die LEA in Sigmaringen	4,0	-
A 12		(Amtsrat (R)) neu für die LEA in Villingen-Schwenningen	5,0	-
A 12		(Amtsrat (R)) neu für die BEA in Immendingen	1,0	-
A 12		(Amtsrat (R)) übertragen von Kap. 0330 Tit. 422 01 Abschnitt 2.2	31,0	-
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für die Einrichtung des Aufnahmereferrats beim RP Stuttgart	* 1,0	* -
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für die Einrichtung des Aufnahmereferrats beim RP Freiburg	* 1,0	* -
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für die Einrichtung des Aufnahmereferrats beim RP Tübingen	* 1,0	* -
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für die Erstaufnahme im Regierungsbezirk Stuttgart	* 4,0	* -
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für die BEA in Freiburg	* 1,0	* -
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für die LEA in Meßstetten	* 1,0	* -
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für die LEA in Sigmaringen	* 4,0	* -
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für die LEA in Villingen-Schwenningen	* 5,0	* -
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für die BEA in Immendingen	* 1,0	* -
kw		(spätestens ab 01.07.2017) übertragen von Kap. 0330 Tit. 422 01 Abschnitt 2.2	* 21,0	* -
kw		(spätestens ab 01.01.2020) übertragen von Kap. 0330 Tit. 422 01 Abschnitt 2.2	* 2,0	* -
kw		(mWd Aufgabe) übertragen von Kap. 0330 Tit. 422 01 Abschnitt 2.2	* 2,0	* -
kw		(mWd Aufgabe spät ab 01.01.2019) übertragen von Kap. 0330 Tit. 422 01 Abschnitt 2.2	* 2,0	* -
kw		(mWd Aufgabe spät ab 01.01.2021) übertragen von Kap. 0330 Tit. 422 01 Abschnitt 2.2	* 3,0	* -
A 11		(Regierungsamtmann) neu für die Einrichtung des Aufnahmereferrats beim RP Stuttgart	2,0	-
A 11		(Regierungsamtmann) neu für die Einrichtung des Aufnahmereferrats beim RP Freiburg	2,0	-
A 11		(Regierungsamtmann) neu für die Einrichtung des Aufnahmereferrats beim RP Tübingen	2,0	-
A 11		(Regierungsamtmann) übertragen von Kap. 0330 Tit. 422 01 Abschnitt 2.2	9,0	-
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für die Einrichtung des Aufnahmereferrats beim RP Stuttgart	* 2,0	* -
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für die Einrichtung des Aufnahmereferrats beim RP Freiburg	* 2,0	* -
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für die Einrichtung des Aufnahmereferrats beim RP Tübingen	* 2,0	* -
kw		(spätestens ab 01.01.2019) übertragen von Kap. 0330 Tit. 422 01 Abschnitt 2.2	* 2,0	* -
kw		(spätestens ab 01.01.2020) übertragen von Kap. 0330 Tit. 422 01 Abschnitt 2.2	* 2,0	* -
kw		(mWd Aufgabe spät ab 01.01.2020) übertragen von Kap. 0330 Tit. 422 01 Abschnitt 2.2	* 5,0	* -

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0331 Migration

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 9		(Regierungsinspektor) übertragen von Kap. 0330 Tit. 422 01 Abschnitt 2.2	2,5	-
kw		(spätestens ab 01.01.2019) übertragen von Kap. 0330 Tit. 422 01 Abschnitt 2.2	* 2,0	* -
kw		(mWd Aufgabe spät ab 01.01.2019) übertragen von Kap. 0330 Tit. 422 01 Abschnitt 2.2	* 0,5	* -
A 9		(Amtsinspektor (R)) neu für die Einrichtung des Aufnahmereferrats beim RP Stuttgart	1,0	-
A 9		(Amtsinspektor (R)) neu für die Einrichtung des Aufnahmereferrats beim RP Freiburg	1,0	-
A 9		(Amtsinspektor (R)) neu für die Einrichtung des Aufnahmereferrats beim RP Tübingen	1,0	-
A 9		(Amtsinspektor (R)) neu für die Erstaufnahme im Regierungsbezirk Stuttgart	5,0	-
A 9		(Amtsinspektor (R)) neu für die BEA in Freiburg	1,0	-
A 9		(Amtsinspektor (R)) neu für die LEA in Sigmaringen	2,0	-
A 9		(Amtsinspektor (R)) neu für die LEA in Villingen-Schwenningen	5,0	-
A 9		(Amtsinspektor (R)) neu für die BEA in Rottenburg-Ergenzingen	1,0	-
A 9		(Amtsinspektor (R)) neu für die BEA in Immendingen	2,0	-
A 9		(Amtsinspektor (R)) übertragen von Kap. 0330 Tit. 422 01 Abschnitt 2.2	35,0	-
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für die Einrichtung des Aufnahmereferrats beim RP Stuttgart	* 1,0	* -
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für die Einrichtung des Aufnahmereferrats beim RP Freiburg	* 1,0	* -
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für die Einrichtung des Aufnahmereferrats beim RP Tübingen	* 1,0	* -
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für die Erstaufnahme im Regierungsbezirk Stuttgart	* 5,0	* -
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für die BEA in Freiburg	* 1,0	* -
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für die LEA in Sigmaringen	* 2,0	* -
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für die LEA in Villingen-Schwenningen	* 5,0	* -
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für die BEA in Rottenburg-Ergenzingen	* 1,0	* -
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für die BEA in Immendingen	* 2,0	* -
kw		(spätestens ab 01.07.2017) übertragen von Kap. 0330 Tit. 422 01 Abschnitt 2.2	* 19,0	* -
kw		(spätestens ab 01.01.2020) übertragen von Kap. 0330 Tit. 422 01 Abschnitt 2.2	* 3,0	* -
kw		(mWd Aufgabe spät ab 01.01.2019) übertragen von Kap. 0330 Tit. 422 01 Abschnitt 2.2	* 2,0	* -
kw		(mWd Aufgabe spät ab 01.01.2020) übertragen von Kap. 0330 Tit. 422 01 Abschnitt 2.2	* 5,0	* -
kw		(mWd Aufgabe spät ab 01.01.2021) übertragen von Kap. 0330 Tit. 422 01 Abschnitt 2.2	* 4,0	* -
A 8		(Regierungshauptsekretär) neu für die Erstaufnahme im Regierungsbezirk Stuttgart	4,0	-

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0331 Migration

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
428 01	012	Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)		
		Hausmeister/innen in staatlichen Unterkünften, denen die Aufsicht und Weisungsbefugnis über mindestens 3 Hausmeister/innen obliegt, erhalten zu ihrem Entgelt nach Entgeltgruppe 4/ Entgeltgruppe 5 eine stets widerrufliche Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrags zwischen den Lohngr. 5 und 6 MTArb in Lohnstufe 1.		
TV-L		c) Tarifliche Beschäftigte		
		Ab 2017 werden in Abschnitt 1 die Stellen für Beschäftigte und die kw- Vermerke aus Kapitel 0330 Titel 428 01 Abschnitt 2.2 sowie in Abschnitt 2 die Stellen für Beschäftigte und die kw-Vermerke aus Kapitel 0330 Titel 428 01 Abschnitt 2.3 weitergeführt.		
		Aufgabe im Sinne des Planvermerks "kw mit Wegfall der Aufgabe" ist die Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in staatlichen Unterkünften.		
		- Vgl. Vermerk bei Kap. 1212 Tit. 359 01. -		
		1. Erstaufnahmeeinrichtungen		
		Die Stellen für Beschäftigte können zwischen den im Kapitel 0330 Abschnitte 2.1 und 2.4 ausgebrachten Stellen für Beschäftigte gegenseitig in Anspruch genommen werden.		
		Das Ministerium für Finanzen kann die Fälligkeitszeitpunkte der kw-Vermerke im Zusammenhang mit der Neukonzeption der Erstaufnahme um bis zu ein Jahr verlängern. Hierdurch entstehende Mehrausgaben werden durch Entnahme aus der Rücklage für Haushaltsrisiken bei Kap. 1212 Tit. 359 01 gedeckt.		
9			0,0	10,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe	* 0,0	* 7,0
8			0,0	4,0
		kw spätestens ab 01.07.2017	* 0,0	* 1,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe	* 0,0	* 1,0
6			0,0	88,0
		kw spätestens ab 01.07.2017	* 0,0	* 67,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe	* 0,0	* 3,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2019	* 0,0	* 4,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2020	* 0,0	* 2,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2021	* 0,0	* 6,0
5			0,0	24,0
		kw spätestens ab 01.07.2017	* 0,0	* 2,0
		kw spätestens ab 01.01.2019	* 0,0	* 4,0
		kw spätestens ab 01.01.2020	* 0,0	* 5,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0331 Migration

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
		kw mit Wegfall der Aufgabe	* 0,0	* 9,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2019	* 0,0	* 1,0
3			0,0	5,0
		kw spätestens ab 01.07.2017	* 0,0	* 5,0
2-5		Beschäftigte für Bürokommunikation	0,0	4,5
		kw mit Wegfall der Aufgabe	* 0,0	* 3,0
Summe 1. Erstaufnahmeeinrichtungen			0,0	135,5
Summe kw			* 0,0	* 120,0

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
9	übertragen von Kap. 0330 Tit. 428 01 Abschnitt 2.2	10,0	-
kw	(mWd Aufgabe) übertragen von Kap. 0330 Tit. 428 01 Abschnitt 2.2	* 7,0	* -
8	neu für die LEA in Wertheim	1,0	-
8	übertragen von Kap. 0330 Tit. 428 01 Abschnitt 2.2	3,0	-
kw	(spätestens ab 01.07.2017) neu für die LEA in Wertheim	* 1,0	* -
kw	(mWd Aufgabe) übertragen von Kap. 0330 Tit. 428 01 Abschnitt 2.2	* 1,0	* -
6	neu für die Erstaufnahme im Regierungsbezirk Stuttgart	5,0	-
6	neu für die BEA in Freiburg	2,0	-
6	neu für die LEA in Meßstetten	6,0	-
6	neu für die LEA in Ellwangen	8,0	-
6	neu für die LEA in Sigmaringen	5,0	-
6	neu für die LEA in Villingen/Schwenningen	8,0	-
6	neu für die BEA in Immendingen	3,0	-
6	übertragen von Kap. 0330 Tit. 428 01 Abschnitt 2.2	51,0	-
kw	(spätestens ab 01.07.2017) neu für die Erstaufnahme im Regierungsbezirk Stuttgart	* 5,0	* -
kw	(spätestens ab 01.07.2017) neu für die BEA in Freiburg	* 2,0	* -
kw	(spätestens ab 01.07.2017) neu für die LEA in Meßstetten	* 6,0	* -
kw	(spätestens ab 01.07.2017) neu für die LEA in Ellwangen	* 8,0	* -
kw	(spätestens ab 01.07.2017) neu für die LEA in Sigmaringen	* 5,0	* -
kw	(spätestens ab 01.07.2017) neu für die LEA in Villingen/Schwenningen	* 8,0	* -
kw	(spätestens ab 01.07.2017) neu für die BEA in Immendingen	* 3,0	* -

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0331 Migration

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
kw		(spätestens ab 01.07.2017) übertragen von Kap. 0330 Tit. 428 01 Abschnitt 2.2	* 30,0	* -
kw		(mWd Aufgabe) übertragen von Kap. 0330 Tit. 428 01 Abschnitt 2.2	* 3,0	* -
kw		(mWd Aufgabe spät ab 01.01.2019) übertragen von Kap. 0330 Tit. 428 01 Abschnitt 2.2	* 4,0	* -
kw		(mWd Aufgabe spät ab 01.01.2020) übertragen von Kap. 0330 Tit. 428 01 Abschnitt 2.2	* 2,0	* -
kw		(mWd Aufgabe spät ab 01.01.2021) übertragen von Kap. 0330 Tit. 428 01 Abschnitt 2.2	* 6,0	* -
5		neu für die LEA in Meßstetten	2,0	-
5		übertragen von Kap. 0330 Tit. 428 01 Abschnitt 2.2	22,0	-
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für die LEA in Meßstetten	* 2,0	* -
kw		(spätestens ab 01.01.2019) übertragen von Kap. 0330 Tit. 428 01 Abschnitt 2.2	* 4,0	* -
kw		(spätestens ab 01.01.2020) übertragen von Kap. 0330 Tit. 428 01 Abschnitt 2.2	* 5,0	* -
kw		(mWd Aufgabe) übertragen von Kap. 0330 Tit. 428 01 Abschnitt 2.2	* 9,0	* -
kw		(mWd Aufgabe spät ab 01.01.2019) übertragen von Kap. 0330 Tit. 428 01 Abschnitt 2.2	* 1,0	* -
3		neu für die LEA in Wertheim	5,0	-
kw		(spätestens ab 01.07.2017) neu für die LEA in Wertheim	* 5,0	* -
2-5		(Beschäftigte für Bürokommunikation) übertragen von Kap. 0330 Tit. 428 01 Abschnitt 2.2	4,5	-
kw		(mWd Aufgabe) übertragen von Kap. 0330 Tit. 428 01 Abschnitt 2.2	* 3,0	* -
		zus. 1. Erstaufnahmeeinrichtungen	135,5	-
		zus. kw	* 120,0	* -
		bleiben	135,5	-
		bleiben kw	* 120,0	* -

2. Pflegedienst Erstaufnahmeeinrichtungen

KR 7a		0,0	2,0
	kw mit Wegfall der Aufgabe	* 0,0	* 2,0
	Summe 2. Pflegedienst Erstaufnahmeeinricht.	0,0	2,0
	Summe kw	* 0,0	* 2,0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

0331 Migration

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
KR 7a	übertragen von Kap. 0330 Tit. 428 01 Abschnitt 2.3	2,0	-
kw	(mWd Aufgabe) übertragen von Kap. 0330 Tit. 428 01 Abschnitt 2.3	* 2,0	* -
	zus. 2. Pflegedienst Erstaufnahmeeinricht.	2,0	-
	zus. kw	* 2,0	* -
	bleiben	2,0	-
	bleiben kw	* 2,0	* -

Summe c) Tarifliche Beschäftigte	0,0	137,5
Summe kw	* 0,0	* 122,0
Summe Stellenübersicht für Arbeitnehmer/innen	0,0	137,5
Summe kw	* 0,0	* 122,0
Summe Migration (ohne Leerstellen)	0,0	405,0
Summe kw	* 0,0	* 378,5

Einzelplan 03

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Personalstellen 2017

Kap.	Bezeichnung	Planmäßige Beamtinnen und Beamte			Nichtplanmäßige Beamtinnen und Beamte			Beamtin Widerruf in 2016
		Tit. 422 01			Tit. 422 01			
		2016	2017	2017+/-	2016	2017	2017+/-	
0301	Ministerium	333,0 21,0 kw	395,0 49,0 kw	62,0 + 28,0 kw +	-	-	-	-
0304	Regierungspräsidium Stuttgart	1.017,0 107,5 kw	1.068,5 105,5 kw	51,5 + 2,0 kw -	-	-	-	31,0 -
0305	Regierungspräsidium Karlsruhe	711,5 24,0 kw	706,0 25,0 kw	5,5 - 1,0 kw +	-	-	-	24,0 -
0306	Regierungspräsidium Freiburg	697,5 26,5 kw	697,0 27,5 kw	0,5 - 1,0 kw +	-	-	-	14,0 -
0307	Regierungspräsidium Tübingen	719,0 22,5 kw	722,5 24,5 kw	3,5 + 2,0 kw +	-	-	-	12,0 -
0308	Informatikzentrum Landesverwaltung Baden-Württemberg	-	-	-	-	-	-	-
0309	Zentrale Informationstechnik Landesverwaltung	-	-	-	-	-	-	-
0310	Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst	52,0 -	52,0 -	- -	-	-	-	5,0 -
0311	Ausbildung für den Verwaltungsdienst	-	-	-	-	-	-	2.566,0 -
0312	Landratsämter	162,5 2,0 kw	161,5 1,0 kw	1,0 - 1,0 kw -	-	-	-	-
0314	Zentrale Veranschlagungen Polizei	20.756,0 9,0 kw	20.949,0 -	193,0 + 9,0 kw -	-	-	-	-
0315	Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei	448,0 1,0 kw	471,0 4,0 kw	23,0 + 3,0 kw +	-	-	-	-
0316	Polizeipräsidium Einsatz	2.288,0 1,0 kw	2.305,0 -	17,0 + 1,0 kw -	-	-	-	-
0317	Hochschule für Polizei Baden-Württemberg	479,5 -	491,5 5,0 kw	12,0 + 5,0 kw +	-	-	-	2.970,0 400,0 kw
0318	Landeskriminalamt	830,5 -	886,5 -	56,0 + -	-	-	-	-
0319	Landesamt für Verfassungsschutz	267,5 0,5 kw	312,5 0,5 kw	45,0 + -	-	-	-	-
	Zwischensumme	28.762,0 215,0 kw	29.218,0 242,0 kw	456,0 + 27,0 kw +	-	-	-	5.622,0 400,0 kw

Einzelplan 03

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
Personalstellen 2017

Polizisten und Beamte auf Vorbereitungsdienst u. dgl.		Angestellte und Vollbeschäftigte Arbeiter			Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)			Gesamtzahl der Personalstellen			Kap.
Tit. 422 03		Tit. 425 01 / 426 01			Tit. 428 01						
2017	2017+/-	2016	2017	2017+/-	2016	2017	2017+/-	2016	2017	2017+/-	
-	-	-	-	-	78,5	80,5	2,0 +	411,5	475,5	64,0 +	0301
-	-	-	-	-	6,0 kw	6,0 kw	-	27,0 kw	55,0 kw	28,0 kw +	
31,0	-	-	-	-	661,5	712,5	51,0 +	1.709,5	1.812,0	102,5 +	0304
-	-	-	-	-	117,5 kw	114,5 kw	3,0 kw -	225,0 kw	220,0 kw	5,0 kw -	
24,0	-	-	-	-	331,0	321,0	10,0 -	1.066,5	1.051,0	15,5 -	0305
-	-	-	-	-	17,5 kw	12,5 kw	5,0 kw -	41,5 kw	37,5 kw	4,0 kw -	
14,0	-	-	-	-	432,0	413,5	18,5 -	1.143,5	1.124,5	19,0 -	0306
-	-	-	-	-	33,5 kw	26,0 kw	7,5 kw -	60,0 kw	53,5 kw	6,5 kw -	
12,0	-	-	-	-	402,0	389,0	13,0 -	1.133,0	1.123,5	9,5 -	0307
-	-	-	-	-	18,0 kw	11,0 kw	7,0 kw -	40,5 kw	35,5 kw	5,0 kw -	
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0308
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0309
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
5,0	-	-	-	-	31,5	31,5	-	88,5	88,5	-	0310
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
2.566,0	-	-	-	-	-	-	-	2.566,0	2.566,0	-	0311
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	-	-	162,5	161,5	1,0 -	0312
-	-	-	-	-	-	-	-	2,0 kw	1,0 kw	1,0 kw -	
-	-	-	-	-	2.493,0	2.519,5	26,5 +	23.249,0	23.468,5	219,5 +	0314
-	-	-	-	-	91,5 kw	20,5 kw	71,0 kw -	100,5 kw	20,5 kw	80,0 kw -	
-	-	-	-	-	360,0	382,0	22,0 +	808,0	853,0	45,0 +	0315
-	-	-	-	-	9,0 kw	13,0 kw	4,0 kw +	10,0 kw	17,0 kw	7,0 kw +	
-	-	-	-	-	209,0	215,0	6,0 +	2.497,0	2.520,0	23,0 +	0316
-	-	-	-	-	22,0 kw	2,0 kw	20,0 kw -	23,0 kw	2,0 kw	21,0 kw -	
3.155,0	185,0 +	-	-	-	209,5	212,5	3,0 +	3.659,0	3.859,0	200,0 +	0317
-	400,0 kw -	-	-	-	17,0 kw	4,0 kw	13,0 kw -	417,0 kw	9,0 kw	408,0 kw -	
-	-	-	-	-	341,5	371,5	30,0 +	1.172,0	1.258,0	86,0 +	0318
-	-	-	-	-	1,0 kw	6,0 kw	5,0 kw +	1,0 kw	6,0 kw	5,0 kw +	
3,0	3,0 +	-	-	-	63,5	62,5	1,0 -	331,0	378,0	47,0 +	0319
-	-	-	-	-	2,0 kw	1,0 kw	1,0 kw -	2,5 kw	1,5 kw	1,0 kw -	
5.810,0	188,0 +	-	-	-	5.613,0	5.711,0	98,0 +	39.997,0	40.739,0	742,0 +	
-	400,0 kw -	-	-	-	335,0 kw	216,5 kw	118,5 kw -	950,0 kw	458,5 kw	491,5 kw -	

Einzelplan 03

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Personalstellen 2017

Kap.	Bezeichnung	Planmäßige Beamtinnen und Beamte			Nichtplanmäßige Beamtinnen und Beamte			Beamtin Widerruf in 2016
		Tit. 422 01			Tit. 422 01			
		2016	2017	2017+/-	2016	2017	2017+/-	
0320	Logistikzentrum Baden-Württemberg	-	-	-	-	-	-	-
		-	-	-	-	-	-	-
0330	Ausländer und Aussiedler	432,0	308,5	123,5 -	-	-	-	-
		401,0 kw	289,5 kw	111,5 kw -	-	-	-	-
0331	Migration	-	267,5	267,5 +	-	-	-	-
		-	256,5 kw	256,5 kw +	-	-	-	-
	Einzelplan 03							
	Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration	29.194,0	29.794,0	600,0 +	-	-	-	5.622,0
		616,0 kw	788,0 kw	172,0 kw +	-	-	-	400,0 kw

Einzelplan 03

**Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
Personalstellen 2017**

Richtlinien und Beamte auf Vorbereitungsdienst u. dgl.		Angestellte und Vollbeschäftigte Arbeiter			Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)			Gesamtzahl der Personalstellen			Kap.
Tit. 422 03		Tit. 425 01 / 426 01			Tit. 428 01						
2017	2017+/-	2016	2017	2017+/-	2016	2017	2017+/-	2016	2017	2017+/-	
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	- 0320
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
7,0	7,0 +	-	-	-	231,0	134,0	97,0 -	663,0	449,5	213,5 -	0330
7,0 kw	7,0 kw +	-	-	-	174,0 kw	94,5 kw	79,5 kw -	575,0 kw	391,0 kw	184,0 kw -	
-	-	-	-	-	-	137,5	137,5 +	-	405,0	405,0 +	0331
-	-	-	-	-	-	122,0 kw	122,0 kw +	-	378,5 kw	378,5 kw +	
5.817,0	195,0 +	-	-	-	5.844,0	5.982,5	138,5 +	40.660,0	41.593,5	933,5 +	
7,0 kw	393,0 kw -	-	-	-	509,0 kw	433,0 kw	76,0 kw -	1.525,0 kw	1.228,0 kw	297,0 kw -	

